

Aggressive Medien: Zur Geschichte des Wissens über Mediengewalt

Otto, Isabell

Veröffentlichungsversion / Published Version
Monographie / phd thesis

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
transcript Verlag

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Otto, I. (2008). *Aggressive Medien: Zur Geschichte des Wissens über Mediengewalt*. (Formationen der Mediennutzung, 4). Bielefeld: transcript Verlag. <https://doi.org/10.14361/9783839408834>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>



ISABELL OTTO

AGGRESSIVE MEDIEN

Zur Geschichte des Wissens
über Mediengewalt

[transcript] Formationen der Mediennutzung

Isabell Otto
Aggressive Medien

Formationen der Mediennutzung
Herausgegeben von Irmela Schneider | Band 4

Isabell Otto ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am kulturwissenschaftlichen Forschungskolleg »Medien und kulturelle Kommunikation« und am Institut für Theater-, Film- und Fernsehwissenschaft der Universität zu Köln. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Medien in der Wissenschaftsgeschichte, Mediendiskurse und Medientheorie.

ISABELL OTTO

Aggressive Medien.

Zur Geschichte des Wissens über Mediengewalt

[transcript]

Zugl. Diss. Univ. Köln, Phil. Fak., 2007

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung
der Studienstiftung Niessen.

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte
bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2008 transcript Verlag, Bielefeld



This work is licensed under a Creative Commons
Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 3.0 License.

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld
Umschlagabbildung: Nauman: Anthro/Socio. Rinde Spinning;
Bildquelle: Hamburger Kunsthalle, Hamburg, Germany/Bridgeman
Berlin; © VG Bild-Kunst, Bonn 2007.

Lektorat & Satz: Isabell Otto
Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar
ISBN 978-3-89942-883-4

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei
gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet:
<http://www.transcript-verlag.de>

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis
und andere Broschüren an unter:
info@transcript-verlag.de

INHALT

Die Formel ›Mediengewalt‹

11

Die Kontroverse der Experten

13

Die diskursive Regulation von Mediengewalt

26

TEIL 1: WIRKUNGSKONTROLLE

39

1 Wirkung: Epistemologie des Messens

45

Sozialstatistische Positivitäten und die Objektivierung der Gesellschaft

45

Experimentelle Beobachtung und kontrollierte Kausalität

58

2 Propaganda: Politik der Beeinflussung

77

Techniken politischer Gewaltkommunikation

80

Die Mission der Persuasionsforschung

91

3 Werbung: Ökonomie der Suggestion

101

Anzeigen und ihre mediale Umgebung

110

Die Rationalisierung negativer Werbewirkung

114

Wirkungsforschung im Werbemedium

122

4 Erziehung: Pädagogik der Gefährdung

131

Die Rückseite des Erziehungsmediums

134

Die Delinquenz des unschuldigen Mediennutzers

137

Die Medien der Lerntheorie

146

5 Heilung: Therapie der Mediengewalt

159

Zur Genealogie medizinischer Reinigungskonzepte

162

Mediengewalt als kathartische Arznei

169

Die Widerlegung der Katharsisthese

175

Sozialhygienische Regulation

182

Das Wissen über Mediengewalt: Zwischenbilanz

189

Wirkungsstabilisierende Zählung

189

Das Moralische der Regulation

193

Die moralische Regulation von Mediengewalt

199

TEIL 2: REGIERUNG DER MEDIENNUTZUNG

203

1 Kontexte der Wissensproduktion

207

Rhetoriken der Beweisführung

211

Regulation statt Kontrolle

217

Die sozialhygienische Institution als Ort der Wissensproduktion

222

Justierung des Experimentalsystems

232

2 Formatierung der Wissensordnung

235

Von der Gewalttat zum alltäglichen Normverstoß

239

Dispersion des gefährlichen Mediums

252

a) Fernsehen als Messproblem

254

b) Korrelation in Zeitsprüngen

255

c) Muster der Rezeption

261

Die Überwachung gewalttätiger Mediennutzer

263

3 Diffusion des Wissens

271

Die Irrwege publizierter Daten

274

Staatspolitische Handlungssohnmacht

280

Schließung des Forschungskreislaufs

290

Rezeptionspolitiken

295

Die Offenheit der Mediengewalt-Frage

301

Killerspiele verbieten: Die Sackgasse der Restriktionen

303

Schau hin! Der Appell an autonome Subjekte

309

Literaturverzeichnis

313

VORBEMERKUNG

Bei der vorliegenden Studie handelt es sich um die gekürzte und leicht überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die ich im Februar 2007 an der Philosophischen Fakultät der Universität zu Köln eingereicht habe. Die Arbeit hat sehr profitiert von dem Kontext, in dem sie entstanden ist. Ich möchte an erster Stelle Professor Irmela Schneider danken, die das Projekt intensiv betreut hat. Mein Dank gilt des Weiteren Professor Lutz Ellrich für sein Zweitgutachten und der Studienstiftung Niessen für die Unterstützung der Publikation.

Ganz herzlich möchte ich meinen Kolleginnen und Kollegen am kulturwissenschaftlichen Forschungskolleg *Medien und kulturelle Kommunikation*, am Institut für Theater-, Film- und Fernsehwissenschaft und den Teilnehmern des Doktorandenkolloquiums von Irmela Schneider für zahlreiche Diskussionen und Anregungen danken. Besonders hervorheben, weil sie mir in entscheidenden Situationen zur Klärung verholffen haben, möchte ich Christina Bartz, Christoph Neubert und Gabriele Schabacher.

Mein Dank gebührt außerdem meinen Eltern Hanna und Winfried Otto, die den Prozess dieser Arbeit mit Interesse verfolgt und mir dadurch stets Rückhalt gegeben haben. Danken möchte ich auch Familie Arends für ihr beständiges Interesse. Ganz besonders danke ich Nicole Spekat für ihren vielfältigen und humorvollen Beistand. Schließlich gilt mein Dank Anna Bienefeld, Daniela Franke, Tobias Haupts, Katharina Otto und Tanja Weber für ihre Hilfe beim Korrekturlesen.

Köln, Februar 2008

Isabell Otto

DIE FORMEL ›MEDIENGEWALT‹

Was ist Mediengewalt? Welchen Stellenwert hat die Rede von Mediengewalt in öffentlichen Debatten über Medien und ihre Nutzer? Auf den ersten Blick scheint sich die Bezeichnung ausschließlich auf die dargestellte Gewalt in den Medien zu beziehen: Sie taucht auf, wenn es um Massaker in Horrorfilmen, Schießereien in Fernsehkrimis oder virtuelle Bluttaten in Computerspielen geht. Doch schon solche Auseinandersetzungen legen nahe, dass sich Mediengewalt nicht auf die Darstellungsebene beschränkt. Wenn von Mediengewalt gesprochen wird, ist immer mehr als die bloße Inhaltsseite gemeint. Es handelt sich um eine Argumentationskette, die sich zu einem Begriff verdichtet. Mediengewalt kann als Formel im Sinne einer abkürzenden Verdichtung – und in diesem Sinne als Kurzschlussformel – bezeichnet werden. Sie verweist bereits auf Sorgen und Befürchtungen, die mediale Gewaltdarstellungen auslösen, und ruft auf diese Weise kausale Hypothesen unmittelbar auf: Medien bzw. bestimmte Medienprogramme – so die Implikation der gängigen Rede über Mediengewalt – haben eine schädliche *Wirkung* auf ihre Nutzer, sie steigern die Aggressivität des Film- und Fernsehschauers oder Computerspielers, verleiten möglicherweise zu Gewalttaten und haben vielleicht sogar zur Folge, dass die Gewalt in der Gesellschaft zunimmt.

Die Kurzschlussformel ›Mediengewalt‹ ist keine ein für alle Mal gesicherte Diagnose. In ihr äußert sich vielmehr der Wunsch, den Kausalzusammenhang zwischen Medium und Nutzer klar zu bestimmen. Mediengewalt stellt aus diesem Grund eine wissenschaftliche Herausforderung dar. Als offene Frage formuliert, bildet sie ein Forschungsproblem, das bis heute als ungelöst, keineswegs aber als unlösbar gilt. Seit um die Mitte des 20. Jahrhunderts erste empirische Untersuchungen der Mediengewalt-Frage nachgegangen sind, also den kausalen Zusammenhang zwischen medial dargestellter Gewalt und aggressiven oder gewalttätigen Handlungen des Mediennutzers auszuloten versucht haben, sind unterschiedliche Antworten auf diese Frage formuliert, kritisiert und wieder verworfen worden. Unbeirrt von dieser wechselhaften Geschichte hofft die Mediengewaltforschung, sich ihrer Forschungsfrage immer weiter anzunähern, ohne allerdings den Eindruck zu erwecken, dass eine endgültige Antwort in absehbarer Zukunft zu erreichen wäre.

In der vorliegenden Untersuchung geht es nicht darum, eine neue Antwort auf die Mediengewalt-Frage zu finden. Ziel ist es auch nicht, die

Antwortsuche als sinnloses Unterfangen zu entlarven. Mediengewalt wird in der medienkulturwissenschaftlichen Perspektive der folgenden Ausführungen als kulturelle Objektivation verstanden, die entscheidend dazu beiträgt, Medien und Mediennutzung in gesellschaftlich relevanter Weise zu bestimmen. Die Rede über Mediengewalt, so die Ausgangsüberlegung, impliziert Vorstellungen, die für das soziale Verständnis von Medien und Mediennutzung prägend sind. Im Fokus der Untersuchung steht dabei die sozialwissenschaftliche Mediengewaltforschung, mit deren Hilfe die Kurzschlussformel mit zwar umstrittener, aber dennoch einflussreicher wissenschaftlicher Autorität ausgestattet wird.¹

In punktuellen historischen Einzelanalysen, die nicht auf ein vollständiges Bild einer Geschichte der Mediengewaltforschung zielen, wird beleuchtet, warum das Wissen über Mediengewalt gleichermaßen einflussreich wie unsicher ist. Am Ausgangspunkt dieser Untersuchung steht die Frage, ob nicht eben die *Unsicherheit* der Diagnose »Mediengewalt« ihre Relevanz in öffentlichen Debatten ausmacht. Gerade die Ungelöstheit des Mediengewalt-Problems, die immer wieder neue Versuche, wissenschaftliche Antworten zu finden, herausfordert, soll im Folgenden als diskursive Praxis der Regierung von Mediennutzung untersucht werden. »Regierung« wird dabei im Anschluss an Michel Foucaults späte Ausführungen zum Konzept der *Gouvernementalität* und dessen Weiterentwicklung in den so genannten *governmentality studies* als Prozess verstanden, der sich nicht auf den engeren staatspolitischen Bereich begrenzt, sondern Praktiken des Regierens in unterschiedlichen – pädagogischen, wissenschaftlichen oder ökonomischen – Feldern umfasst. Das so verstandene Konzept des Regierens bezieht sich des Weiteren nicht nur auf die Regierung der anderen, sondern auch auf die Regierung des Selbst.² Die diskursiven Praktiken, die sich um die Formel »Me-

-
- 1 Die Perspektive der Untersuchung ist in diesem Sinne wissenschaftshistorisch geprägt. Sie unterscheidet sich damit von Studien, denen es um eine kulturwissenschaftliche Reformulierung der Konzepte »Mediengewalt« und »Medienwirkung« geht bzw. die eine kulturwissenschaftliche Publikumsforschung unternehmen. Vgl. Martin Andree: *Archäologie der Medienwirkung. Faszinationstypen von der Antike bis heute*, München: Wilhelm Fink Verlag 2005; ders.: *Wenn Texte töten. Über Werther, Medienwirkung und Mediengewalt*, München: Wilhelm Fink Verlag 2006. Die vorliegende Untersuchung nimmt stattdessen eine Rekonstruktion der Mediengewalt-Formel vor, wie sie durch Forschungspraktiken der empirischen Wirkungsforschung hergestellt wird und in dieser Form kulturelle Relevanz gewinnt.
 - 2 Vgl. zusammenfassend Michel Foucault: »Die Gouvernementalität« [1978], in: ders., *Analytik der Macht*, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2005, S. 148-174; als exemplarischen Beitrag aus dem Forschungsbereich der *governmentality studies*, der dieses Konzept aufgreift und weiterentwickelt, vgl. Mitchell Dean: »A Social Structure of Many Souls: Moral Regulation, Government and Self-Formation«, in: Mariana Valverde (Hg.), *Studies*

diengewalt« gruppieren, so die zentrale Hypothese, die im Verlauf der vorliegenden Studie geklärt werden soll, fordern den Mediennutzer zur autonomen Regulierung seines eigenen Rezeptionsverhaltens auf.

Bevor der theoretische Rahmen und die Fragestellung der vorliegenden Studie eine genauere Bestimmung erhalten, erfolgt ein Sprung in medias res: Die Beschreibung des Erfurter Amoklaufs im Frühjahr 2002 als eine medieninduzierte Tat ist eine prominente Ausformulierung der Kurzschlussformel ›Mediengewalt‹, die mittlerweile auch in medien- und kulturwissenschaftlichen Untersuchungen vielfältig reflektiert wurde.³ Die Diagnose ›Mediengewalt‹ – so lässt es sich am Erfurter Amoklauf zeigen – erweist sich nicht nur in der publizistischen Debatte, sondern auch in sozialwissenschaftlichen Abhandlungen, wenn diese einen fundierten empirischen Beweis zu liefern versuchen, als außerordentlich prekär.

Die Kontroverse der Experten

Drei Tage nach dem 26. April 2002, nach dem Tag also, an dem der 19-jährige Robert Steinhäuser 16 Menschen und sich selbst in seiner ehemaligen Schule, dem Erfurter Gutenberg-Gymnasium, erschießt, titelt das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* »Tod in der Schule« und begibt sich auf die Suche nach Ursachen für die ›unfassbare‹ Tat. Das Magazin zitiert »den Augsburger Medienexperten und Schulpädagogen Werner Glogauer«,⁴ der über computerspielende Jugendliche folgenden Befund äußert: »Sie üben die Morde in ihrer Phantasie immer und immer wieder ein, auch, wenn sie nicht am Monitor sitzen. Und irgendwann kommt das, was Kriminalisten den ›Realitätsdurchbruch‹ nennen. Dann wird aus der Mordphantasie blutige Wirklichkeit.«⁵

in Moral Regulation. The Two Paths. Sonderheft des Canadian Journal of Sociology 19 (1994), H. 2, S. 145-168.

- 3 Vgl. Christina Bartz: »Der ›Mike Mendez Killers-Coolness-Faktor‹. Warum Robert Steinhäuser Amok läuft«, in: Irmela Schneider/Christina Bartz (Hg.), Formationen der Mediennutzung I: Medienereignisse, Bielefeld: transcript 2007, S. 229-243; Christof Beyer: Der Erfurter Amoklauf in der Presse. Unerklärlichkeit und die Macht der Erklärung: Eine Diskursanalyse anhand zweier ausgewählter Beispiele, Hamburg: Verlag Dr. Kovač 2004; Lothar Mikos: »Amok in der Mediengesellschaft«, in: Archiv der Jugendkulturen (Hg.), Der Amoklauf von Erfurt, Berlin: Tilsner 2003, S. 46-74; Susanne Regener: »Masken des Bösen: Der Erfurter Amokläufer in den Medien, N – Nachricht«, in: Albert Kümmel/Erhard Schüttelpelz (Hg.), Signale der Störung, München: Wilhelm Fink Verlag 2003, S. 199-207.
- 4 Klaus Brinkbäumer u.a.: »Mörderischer Abgang«, in: Der Spiegel 56 (2002), H. 18, S. 80-92, hier S. 83.
- 5 Werner Glogauer, zit. ebd.

Was macht den *Spiegel* so sicher, dass sich der Amokläufer als Mediennutzer beschreiben lässt? Diese Beschreibung ist nicht die einzige Form, in der die gesellschaftliche Öffentlichkeit ihrem Erklärungsnotstand, in den sie der Gewaltausbruch geführt hat, zu begegnen versucht. Die Mediendebatte nach der Erfurter Bluttat – für die *Der Spiegel* hier exemplarisch steht –⁶ diskutiert ebenso Fehler im Bildungssystem, das Versagen der Familie und Roberts Mitgliedschaft in einem Schützenverein als mögliche Ursachen für das unerklärte Ereignis. Die Identifizierung der Gewalttat als Medienwirkung ist außerdem keineswegs eindeutig. Oft wird die Identifizierung der Gewalttat als Medienwirkung im Bereich einer Vermutung, eines Verdachts belassen: »Machen Ballerspiele wirklich aggressiv?«⁷ – »Vom Gewaltvoyeur zum virtuellen Täter?«⁸ – »Fernsehen macht gewalttätig. Oder auch nicht.«⁹ Die öffentliche Debatte befindet sich nicht nur hinsichtlich des unfassbaren Amoklaufs, sondern auch im Hinblick auf ihr Erklärungsmodell Medienwirkung in einem Erklärungsnotstand. *Der Spiegel* bemüht sich, wenn er den Medienexperten Glogauer zitiert, diesen Erklärungsnotstand zu beseitigen, indem er den vagen Verdacht gegen eine wissenschaftliche Diagnose austauscht. Es handelt sich dabei um eine gängige Praxis publizistischer Debatten: Die Befragung des Experten dient zur argumentativen Unterfütterung eines Verdachts.

Der zitierte Experte Glogauer gilt als »Hardliner unter den Medienkritikern«. Er sieht die Wirkung von Mediengewalt als derart einleuchtend bewiesen an, dass er Forderungen nach »Produkthaftung« bzw. »Schadensersatz und Schmerzensgeld« für gerechtfertigt hält.¹⁰ Während der Expertenstatus Glogauers – auch wenn dieser in publizistischen Tex-

-
- 6 Nahezu die gesamte Presse war beteiligt. Vgl. z.B. die zitierten Titelbilder von *Spiegel*, *Stern*, *Focus* und *Super illu* in: Archiv der Jugendkulturen (Hg.): Der Amoklauf von Erfurt, Berlin: Tilsner 2003, S. 15-17; oder die Auseinandersetzung mit der Debatte in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und im *Spiegel* in: C. Beyer: Erfurter Amoklauf.
 - 7 So schon vor dem Erfurter Amoklauf Steffen Haubner: »Krieg auf dem Monitor«, in: Hamburger Abendblatt vom 20.11.2001.
 - 8 Hans-Dieter Kübler: »Vom Gewaltvoyeur zum virtuellen Täter? Gewaltforschung bei Ego-Shootern«, in: medien praktisch. Zeitschrift für Medienpädagogik 27 (2003), H. 1, Themenschwerpunkt: Gewalt und Medien 3, S. 4-12.
 - 9 Berliner Zeitung: »Medienforschung. Fernsehen macht gewalttätig. Oder auch nicht«, in: Berliner Zeitung vom 30.4.2002.
 - 10 Lars-Olav Beier u.a.: »Die freie Hasswirtschaft. Unterhaltungsindustrie«, in: Spiegel Online vom 7.5.2002, unter <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,194999,99.html> vom 8.8.2005. Vgl. zu den Thesen Glogauers seine Monografie: Kriminalisierung von Kindern und Jugendlichen durch Medien. Wirkungen gewalttätiger, sexueller, pornographischer und satanischer Darstellungen, Baden-Baden: Nomos³1993.

ten immer wieder zitiert wird – unsicher ist und seine Studien häufig als populärwissenschaftliche Hysterisierungen kritisiert werden,¹¹ so ist dies weitaus schwieriger für jene Wissenschaftler, die am Kongress *Mediengewalt. Handeln statt Resignieren!* an der Universität München beteiligt sind. In dessen Rahmen werden drei Monate nach dem Amoklauf, mit der Autorität von Psychologie- und Pädagogikprofessoren aus der ganzen Republik, ähnliche Postulate verlaubar.¹² Ziel der Zusammenkunft sei es, »unter dem Eindruck der tragischen Ereignisse von Erfurt die längst bekannten und gesicherten, doch oft ignorierten Erkenntnisse der Medienwirkungsforschung vorzustellen.«¹³ Der Kongress verabschiedet eine Resolution, die das Erklärungsmodell Medienwirkung als wissenschaftlich sicher belegt darstellt und jeden Zweifel als interessegeleitet bezeichnet:

»Die Behauptung, dass die bisherigen Forschungsergebnisse widersprüchlich seien, ist gezielt falsch. Diese Verfälschung wird von mediennahen Wissenschaftlern, Politikern und Medienvertretern systematisch öffentlich wiederholt, damit das Geschäft mit der Gewalt weitergehen kann.«¹⁴

Der Leiter der beteiligten Schulberatungsstelle Oberbayern-Ost, Rudolf Hänsel, stellt die Gefährlichkeit von medialer Gewaltdarstellung nicht mehr in Zweifel: »Wie schaffen wir es, bei den Kindern einen inneren Schutzwall gegen das ›innenweltverschmutzende‹ Gift der Mediengewalt aufzubauen?«¹⁵ Die Diagnose ›Mediengewalt‹ ist hier derart deutlich, dass die »wissenschaftliche Belegführung« tatsächlich als »fundierte Handlungsanweisung« dient.¹⁶ Auch wenn selbst diese Resolution nicht

-
- 11 Vgl. Manfred Riepe: »Wer die Toten zählt«, in: Die Tageszeitung vom 24.4.2003.
 - 12 Der Kongress ist ein Kooperationsprojekt der Universitäten München und Regensburg mit der Staatlichen Schulberatung Oberbayern-Ost.
 - 13 Für die Familie e.V.: »Mediengewalt: Handeln statt resignieren. Ergebnisse der Medienwirkungsforschung – Politische und pädagogische Konsequenzen«, in: Für die Familie e.V., Infobrief vom 4.12.2002, unter <http://www.fuerdiefamilie.de/MediengewaltHandelnStattResignieren.html> vom 7.12.2004 (Kursivierung im Original).
 - 14 Werner Hopf u.a.: »Resolution. Kongress Mediengewalt: Handeln statt Resignieren! Ergebnisse der Medienwirkungsforschung – Politische und pädagogische Konsequenzen«, 25.7.2002, unter http://www.pluspunkt-online.de/download/hopf_kongress.doc vom 28.9.2005.
 - 15 Rudolf Hänsel: »Stellungnahme zum Kongress ›Mediengewalt: Handeln statt Resignieren! Ergebnisse der Medienwirkungsforschung – politische und pädagogische Konsequenzen‹, LMU München, 25.7.2002«, unter <http://www.schulberatung.bayern.de/erfurt1.htm#stellkongr> vom 28.9.2005.
 - 16 C. Beyer: Erfurter Amoklauf, S. 56. Im Folgenden wird sich zeigen, dass der empirische Beweis keineswegs immer so eindeutig ist. Beyers Darstel-

davon ausgeht, dass *alle* Mediennutzer latente Gewalttäter sind, versorgt der Münchener Kongress die öffentliche Debatte mit Zahlen, die eine gesellschaftliche Gefahr eindeutig belegen sollen: Mediengewalt erhöhe »Aggressivität und Gewalttätigkeit bei 10-15% der Kinder und Jugendlichen. Das sind in Deutschland rund 1,5 Millionen. In Risikogruppen ist die Wirkung noch stärker.«¹⁷ Nur konsequent ist vor dem Hintergrund dieser Gefahr, dass die Forderungen des Kongresses noch viel weiter gehen als die politischen Maßnahmen, die von der Bundesregierung in die Wege geleitet werden. Unter anderem nennt die Resolution: »Ein Verbot der Produktion (national) und des Vertriebs von gewaltverherrlichenden Filmen und Video-/PC-Spielen. Ein Gesetz zur Haftung für Medienprodukte.«¹⁸

Auf dem Kongress informiert der Regensburger Experimentalpsychologe Helmut Lukesch, der im Auftrag der bayerischen Landesregierung seit 2001 eine inhaltsanalytische Untersuchung zum *Weltbild des Fernsehens* unter besonderer Berücksichtigung der Gewaltdarstellung durchführt,¹⁹ über den Ergebnisstand der Mediengewaltforschung. Die wissenschaftlichen Befunde für die Wirkung von medialer Gewaltdarstellung und somit die »Risiken des Medienkonsums«, so Lukesch, sind zwar bekannt, aber »ein Großteil der Diskutanten will davon nichts wissen und setzt anstelle der Ergebnisse empirischer Forschung subjektive Evidenzerlebnisse.«²⁰ Nur nach Ereignissen wie Erfurt komme es zu einer öffentlichen Erregung, die schnell wieder vergessen werde. Das Risikobewusstsein in der deutschen Gesellschaft bezüglich der Gefahren von Mediengewalt sei erstaunlich gering. Lukesch stellt die »objektive« Evidenz des empirischen Beweises über die »überwältigende Menge« bereits

lung, der zufolge die Vertreter der Medienwirkungsforschung generell als »Normalitätsrichter« (ebd.) fungieren, muss also differenziert werden.

- 17 W. Hopf u.a.: »Resolution«, S. 1 (die Seitenzahlen bei Internetseiten beziehen sich im Folgenden immer auf das ausgedruckte Dokument).
- 18 Ebd., S. 2.
- 19 Vgl. Helmut Lukesch u.a.: *Das Weltbild des Fernsehens. Eine Untersuchung der Sendungsangebote öffentlich-rechtlicher und privater Sender in Deutschland*, 2 Bde, Regensburg: S. Roderer Verlag 2004.
- 20 Helmut Lukesch: »Mediengewaltforschung: Überblick und Probleme. Vortrag auf dem Kongress »Mediengewalt. Handeln statt Resignieren!«, LMU München, 25.7.2002«, unter http://rpss23.psychologie.uni-regensburg.de/download/lukesch/kongress_mediengewalt_2002.pdf vom 7.12.2004, S. 1. Lukesch thematisiert nicht, dass jede konsequente politische »Lösung«, die in ihrer radikalsten Form in einem Verbot von medialer Gewaltdarstellung bestünde, in Kollision mit den Grundrechten der Presse- und Meinungsfreiheit geraten würde. Das Spannungsfeld zwischen gouvernementaler Regulation und liberalen Medienrechten, das »objektive Evidenzerlebnisse« verhindert, wird im Teil *Regierung der Mediennutzung* ausführlicher thematisiert.

erbrachter wissenschaftlicher Beweise dar. Er kennzeichnet seine Verfahrensweise als ›Metaanalyse‹ – der Versuch, »auf methodisch nachvollziehbarem Weg die Ergebnisse der empirischen Medienforschung zu sichten«.²¹ Was Lukesch de facto unternimmt, ist eine Metaanalyse zweiter Ordnung: Er referiert vier angloamerikanische Analysen und kumuliert deren Ergebnisse. Auf diese Weise kann Lukesch auf einer Basis von etwa 400 Primärstudien argumentieren. Es handelt sich hierbei um Feldstudien und Laborexperimente, die in einem Zeitraum von 1956 bis 1990 versucht haben, eine kausale Korrelation zwischen medialer Gewaltdarstellung und Aggressivität des Mediennutzers statistisch nachzuweisen. Insgesamt seien damit etwa eine halbe Million Probanden vermessen worden. Ebenso kumulativ verfährt Lukesch mit den Ergebnissen: Er berichtet über die Durchschnittswerte, mit denen die vier Metaanalysen den statistischen Zusammenhang der jeweils berücksichtigten Primärstudien angeben, und kommt zu dem Schluss: »Zusammenfassend findet sich als Globaleffekt ein deutlicher Beleg für die aggressionssteigernde Wirkung des gewalthaltigen Medienkonsums«.²² Die Vorgehensweise einer Metaanalyse ist bei Lukesch von der Überzeugung motiviert, der Beweis sei längst erbracht:

»In der Tat, es braucht hierzu keine neuen Studien mehr. Der kausale Nachweis den [sic] Einflusses der gewalthaltigen medialen Darstellungen auf die Rezipienten ist unter Einbezug vieler differenzierender Bedingungen geführt. Genauso wie in der medizinischen Forschung der Dosis-Wirkungs-Zusammenhang zwischen Rauchen und der Entstehung von Lungenkrebs gut abgesichert ist und die Forschung zu anderen Themen übergehen kann, so ist dies auch im Medienbereich zu sehen. Und hier gibt es sicherlich mehr als genug weitere Themen.«²³

Um den Einwand abzuwehren, nach dem der statistische Zusammenhang zwischen medialer Gewaltdarstellung und Aggressivität des Nutzers nur ein sehr geringer sei, vergleicht ihn Lukesch nicht nur mit der Korrelation von Rauchen und Lungenkrebs, sondern auch mit anderen Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen. Der gemessene Zusammenhang von Aggressivität und Medienkonsum läge »durchaus im gleichen Bereich« wie der Zusammenhang von Aggressivität und Geschlecht, Sozialschicht oder Alkoholenuss.²⁴

Diese Rhetorik einer längst erbrachten Beweisführung bleibt die Antwort auf die Mediengewalt-Frage schuldig, indem sie den wissenschaftlichen Beleg in der Vergangenheit verortet und so die gegenwärtig gestellte Frage als unsinnig herausstellt. Diese Argumentation kann sich nur gegen Bestreiter dieser ›Tatsache‹ richten. Lukesch findet seine

21 H. Lukesch: »Mediengewaltforschung«, S. 4

22 Ebd., S. 6.

23 Ebd., S. 13.

24 Ebd., S. 6.

Feindbilder weniger in der aufgeregten Öffentlichkeit als in Kollegen der deutschen Mediengewaltforschung. Er erklärt deren Ignoranz gegenüber der Schädlichkeit von Mediengewalt mit einer »Abschottung gegen internationale Befunde«²⁵. In der Schusslinie von Lukeschs Polemik gegen »Diskutanten, die zwar als Wissenschaftler in der Öffentlichkeit auftreten, die Befundlage zu dem Thema aber nicht kennen«,²⁶ stehen die Kommunikationswissenschaftler Michael Kunczik (Mainz) und Klaus Merten (Münster). Beide werden zitiert, um zu zeigen, wie wenig die deutsche Kommunikationsforschung sich in Fragen der Mediengewaltforschung auskennt.

Was Kunczik betrifft, so ist Lukeschs Kritik auf den ersten Blick nicht einleuchtend, denn der Professor des Mainzer Publizistikinstituts streitet die Wirkung von medialer Gewaltdarstellung keineswegs ab. Kunczik gibt in einem Vortrag kurz nach dem Erfurter Amoklauf einen Überblick über die Wirkungsforschung, in dem er betont, »die Darstellung von Gewalt in den Medien habe eindeutig negative Auswirkungen auf bestimmte sozial isolierte Problemgruppen«. Er »sei überzeugt, dass Gewaltdarstellungen zur Abstumpfung führen und Nachahmungstäter auf den Plan rufen könnten.«²⁷ Kuncziks 1975 erschienene Dissertation *Gewalt im Fernsehen*²⁸ hat maßgeblich zur Rezeption von angloamerikanischen Studien im deutschsprachigen Raum beigetragen. Von dieser ersten Untersuchung an bis hin zu gegenwärtigen Expertisen und Forschungsbeiträgen²⁹ gilt Kunczik als zentraler Gewährsmann für die Mediengewaltforschung in Deutschland. Eine »Unkenntnis der Befundlage« unterstellt die Fachwelt Kunczik also größtenteils nicht.³⁰ In einem Gespräch noch vor dem Erfurter Amoklauf macht Kunczik deutlich, er habe zwar in den 70er Jahren die damals »sehr populäre« These vertreten, dass Fernsehgewalt keine Wirkung hat, aufgrund »eigener Untersuchungen, aber auch anderer Forschungsreihen«, sei er aber »mittlerweile« davon überzeugt:

25 Ebd., S. 3.

26 Ebd.

27 Associated Press: »Bergmann nennt neues Jugendschutzgesetz dringend notwendig. Erste Zusammenfassung. Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt in Medien soll oberste Priorität haben«, in: Associated Press Worldstream – German vom 28.5.2002.

28 Michael Kunczik: *Gewalt im Fernsehen*, Köln: Böhlau 1975.

29 Sein Studienbuch *Gewalt und Medien* ist in Co-Autorschaft mit Astrid Zipfel 2006 in einer fünften, vollständig überarbeiteten Auflage erschienen. Vgl. Michael Kunczik/Astrid Zipfel: *Gewalt und Medien. Ein Studienhandbuch*, Köln, Weimar, Wien: Böhlau 2006.

30 Vgl. etwa die Überblicksdarstellung »Gewalttätig durch Medien?« in einer Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung: Michael Kunczik/Astrid Zipfel: »Gewalttätig durch Medien?«, in: *Das Parlament* 52 (2002), H. 44, Beilage: Aus Politik und Zeitgeschehen, S. 29-37.

»Für die überwiegende Anzahl von Kindern und Jugendlichen ist Mediengewalt eher unbedenklich, was die negativen Auswirkungen betrifft, bei Problemgruppen allerdings sind ganz eindeutig negative Effekte zu erwarten. Es gilt nun herauszufinden, wo und wie diese Problemgruppen zu lokalisieren sind.«³¹

Kunczik führt hier ein Argument an, das Lukesch in seinem Vortrag zwar nicht explizit kritisiert, das aber doch sehr von der Programmatik des Münchener Kongresses abweicht. Lukeschs Kritik an Kunczik wird so plausibler: Mediale Gewaltdarstellung sei zwar ganz eindeutig, aber nur für Problemgruppen, die überhaupt erst aufgefunden werden müssen, schädlich. Diese Einschränkung markiert nicht nur die Differenz zwischen Kunczik und Lukesch, sondern sie erlaubt auch – so lässt sich vermuten –, dass Kunczik in den Debatten nach Erfurt sowohl als Experte zitiert werden kann, der das Erklärungsmodell Medienwirkung stützt, als auch von Lukesch als Verleumder dieser ›Tatsache‹. Mit einer solchen Doppelinterpretierbarkeit von Aussagen deutet sich ein zentrales Spannungsmoment an, das in den folgenden diskurshistorischen Beleuchtungen der Mediengewaltforschung noch eingehender zu diskutieren sein wird.

In polemischer Abwertung anderer Auffassungen zur Mediengewaltfrage und zur Beurteilung ihres Forschungsstands steht Kunczik dem Regensburger Kollegen in keiner Weise nach. Auch Michael Kunczik und Astrid Zipfel organisieren ihre zahlreichen und vielfach veröffentlichten Forschungsüberblicke in der Rhetorik einer Anklagerede, wobei nicht immer ganz deutlich wird, gegen wen sich diese richtet:

»Obwohl es keinen Bereich der Medienwirkungsforschung gibt, zu dem mehr Studien vorliegen, ist die Publikationsflut ungebrochen. [...] Schätzungen gehen von inzwischen über 5000 Studien zur Gewaltthematik aus, wobei die Quantität der Veröffentlichungen allerdings wenig über die Qualität der Forschungsergebnisse aussagt [...].«³²

Die Qualität lasse vielmehr zu wünschen übrig, denn die einzelnen Studien seien disparat, der Forschungsstand nicht ausreichend entwickelt. Insgesamt gelte »noch immer ein Resümee, das die DFG-Kommission ›Wirkungsforschung‹ im Jahr 1986 gezogen hat: Man wisse zuwenig über den Zusammenhang zwischen Massenkommunikation und Gesell-

31 Michael Kunczik/Joachim von Gottberg: »Normativ vorgehen. Was kann der Jugendschutz mit der Wirkungsforschung anfangen?«, in: TV-Diskurs 4 (2000), H. 14, S. 38-43, hier S. 39.

32 Michael Kunczik/Astrid Zipfel: »Wirkungen von Gewaltdarstellungen«, in: Walter Klingler/Gunnar Roters/Oliver Zöllner (Hg.), Fernsehforschung in Deutschland. Themen – Akteure – Methoden, Bd. 1, Teilbd. 2, Baden-Baden: Nomos 1998, S. 561-577, hier S. 561.

schaft, über die Wirkungsgesetze der Medien«. ³³ Anstatt Sicherheiten der Wirkungsforschung herauszustellen, wenden sich Kunczik und Zipfel – und hier konturieren sie ein klares Feindbild – gegen vermeintliche Klarheiten, die populärwissenschaftliche Studien postulieren:

»Eines der Hauptprobleme der Kommunikationswissenschaft besteht in diesem Kontext auch darin, den Einfluß populärwissenschaftlicher Vorstellungen (zum Beispiel auf medienpolitische Entscheidungen) zurückzudrängen. Gemeint ist damit die Traktätchen-Literatur, wie sie etwa von Neil Postman (»Das Verschwinden der Kindheit«, »Wir amüsieren uns zu Tode«) stammt [...]. Auch Mary Winn (»Die Droge im Wohnzimmer«) oder Jerry Mander (»Schafft das Fernsehen ab«) verdienen Erwähnung. Diese Werke sind wissenschaftlich nur aus einer Warte interessant: Ihre hohe Popularität ist ein Indikator für weitverbreitete kollektive Ängste hinsichtlich möglicher negativer Wirkungen des Fernsehens. Der Erfolg solcher Publikationen liegt darin begründet, daß einfache, für jedermann leicht nachvollziehbare, monokausale (wenngleich auch falsche) Erklärungen für die Problematik der Medienwirkung angeboten werden.« ³⁴

Im Gegensatz zur »Traktätchen-Literatur« plädieren Kunczik und Zipfel für eine differenzierte Wirkungsthese. Sie schließen sich dem Konsens der zuvor noch heftig kritisierten Forschung an, »daß durchaus eine negative Wirkung von Gewaltdarstellungen anzunehmen ist, zumindest was bestimmte Individuen und Problemgruppen angeht«, ³⁵ lehnen aber eine grundsätzliche Korrelation von Medienkonsum und Gewalt »nicht nur in Einzelfällen, was unumstritten ist, sondern regelmäßig, monokausal und direkt« ³⁶ als unwissenschaftlich ab.

Kunczik und Zipfel führen hiermit neue Kriterien ein, nach denen sich die Wissenschaftlichkeit einer Aussage zu schädlicher Medienwirkung bemessen lässt. Sie plädieren für eine differenziertere Betrachtung, ohne jedoch ganz auf das Wirkungskonzept zu verzichten. Schädliche Wirkung wird den »Einzelfällen« zugeschrieben und damit das eigene wissenschaftliche Unternehmen von seiner Nähe zu »Traktätchen« gereinigt, die nur kollektive Ängste bedienen. Im Unterschied zum Münchener Mediengewalt-Kongress geht dem wissenschaftlichen Entwurf von Kunczik und Zipfel aber die Fähigkeit ab, als »fundierte Handlungsan-

33 Ebd., S. 562f. Vgl. den Kommissionsbericht: Deutsche Forschungsgemeinschaft (Hg.): Medienwirkungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland, Teil I. Berichte und Empfehlungen. Enquete der Senatskommission für Medienwirkungsforschung unter dem Vorsitz von Winfried Schulz und der Mitarbeit von Jo Groebel, Teil II. Dokumentation. Katalog der Studien, Weinheim: VCH-Verlagsgesellschaft 1986.

34 M. Kunczik/A. Zipfel: »Wirkungen«, S. 573f.

35 Ebd., S. 562.

36 Ebd., S. 566.

weisung« auftreten zu können. Warum sollten politische und pädagogische Maßnahmen nötig werden, wenn nicht klar ist, wer überhaupt zu dieser ›Problemgruppe‹ gehört, die auf mediale Gewaltdarstellung aggressiv reagiert? Kunczik weist konsequenterweise zurück, dass die Wirkungsforschung in der Lage wäre, Entscheidungen im Bereich Jugendschutz zu erleichtern:

»Jugendschützer möchte ich nicht sein, wenn ich wissenschaftliche Kriterien anlegen müsste. Jugendschützer kann man eigentlich nur sein, wenn man die Haltung hat: Ich bin ein unvollkommener Mensch mit unvollkommenen Kenntnissen der Wirkungsforschung, muss aber Entscheidungen fällen – wobei man hinzufügen sollte, dass die Wirkungsforschung zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings auch keine Entscheidungshilfe bieten könnte.«³⁷

Auf die Frage »Was kann der Jugendschutz mit der Wirkungsforschung anfangen?« entgegnet Kunczik deshalb: »Da müsste ich passen.«³⁸

Das Kriterium Wissenschaftlichkeit setzt auch Klaus Merten, dessen Überlegungen von Lukesch ebenfalls polemisierend verhandelt werden,³⁹ in Kontrast zu kausalen Erklärungsmustern und konkreten Handlungsanweisungen. Er spitzt dies folgendermaßen zu: »Je wissenschaftlich redlicher Untersuchungen zur Wirkung angelegt sind, desto weniger ergeben sich daraus Hinweise für einen direkten Zusammenhang zwischen Gewaltbereitschaft und medialer Gewaltdarstellung.«⁴⁰ Als eher im Randbereich der empirischen Sozialforschung situiert⁴¹ und einen konstruktivistischen Wirkungsansatz vertretender⁴² Kommunikationsforscher positioniert sich Merten in noch schärferem Kontrast zur Resolution des Münchener Kongresses als Kunczik. Merten hat schon in den 70er Jahren

37 M. Kunczik/J. v. Gottberg: »Normativ vorgehen«, S. 43.

38 Ebd., S. 42.

39 Ein Beispiel für diese Polemisierung: Im Anschluss an ein Zitat, in dem Merten den Mangel eines klaren Ergebnisses in der Mediengewaltforschung beschreibt (»Klaus Merten gibt folgendes zum Besten«), fragt Lukesch: »Was ist im Unterschied zu diesen Äußerungen aber Tatsache?« H. Lukesch: »Mediengewaltforschung«, S. 5.

40 Klaus Merten: *Gewalt durch Gewalt im Fernsehen?*, Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1999, S. 159 (im Original fett).

41 In seinem Standardwerk *Medienwirkungsforschung* gesteht Michael Schenk Mertens konstruktivistischer Wirkungsforschung die Fähigkeit zu, »durch interessante Uminterpretation bekannter Fälle von starken Medienwirkungen ihr theoretisches Erklärungspotential unter Beweis [zu] stellen«, ihr mangle es aber »an einer breiten empirischen Fundierung«; Michael Schenk: *Medienwirkungsforschung*, Tübingen: Mohr Siebeck 2002, S. 56.

42 Vgl. Klaus Merten/Siegfried J. Schmidt/Siegfried Weischenberg (Hg.): *Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1994.

die »Ideologie in der Kommunikationsforschung« kritisiert, die den dynamischen Kommunikationsprozess auf einfache Beschreibungsformeln reduziere,⁴³ und weist immer wieder auf den »unbefriedigende[n] Zustand der Wirkungsforschung«⁴⁴ hin. Der traditionellen Wirkungsforschung wirft Merten vor, sie würde immer noch das aus der Physik stammende »Stimulus-Response-Modell« verwenden, das der Propagandaforscher Harold Lasswell Ende der 20er Jahre als Wirkungsmodell in die Kommunikationsforschung eingeführt habe. »[I]n direkter Analogie zum Einwirken einer physikalischen Kraft auf einen Gegenstand« unterstelle dieses Modell: »Der Kommunikator ›zielt‹ auf den Rezipienten. Wenn und sofern es ihm gelingt, diesen zu ›treffen‹ (d.h. zu erreichen, daß der Rezipient sich dem Medium resp. der Aussage aussetzt), muß er [...] Wirkungen erzielen.«⁴⁵ Diesen stark vereinfachten Wirkungsbegriff bemüht sich Merten immer wieder zu modifizieren und in »trimodalen« oder gar »pentamodalen«⁴⁶ Wirkungsmodellen zu beschreiben, in denen er die Selektion des Rezipienten ebenso berücksichtigt wie die reflexive, sich in Feedback-Schleifen selbst verstärkende Struktur des Wirkungsprozesses.

Da der Wirkungsprozess sehr viel komplexer gedacht werden müsse, als es die klassische Wirkungsforschung tut – und hier ist Lukesch sicherlich eingeschlossen –, glaubt Merten, »nicht mehr von den starken, direkten Wirkungen der Massenmedien sprechen«⁴⁷ zu können. Interessanterweise – denn darin wird deutlich, dass er sich alles andere als außerhalb des sozialwissenschaftlichen Diskurses befindet,⁴⁸ sondern durchaus gemäß den Regeln dieses Diskurses argumentiert – schlussfolgert Merten hieraus nicht, dass mediale Gewaltdarstellungen keine starken oder keine messbaren Wirkungen haben. Merten negiert den Zusammenhang nicht,

43 Vgl. Klaus Merten: »Vom Nutzen der Lasswell-Formel – oder Ideologie in der Kommunikationsforschung«, in: Rundfunk und Fernsehen 22 (1974), H. 2, S. 143-165. Merten kritisiert hier die viel zitierte und einflussreiche Formel, die Harold Lasswell 1948 erstmals vorgestellt hat: »Who Says What in Which Channel to Whom With What Effect«. Vgl. Harold D. Lasswell: »The Structure and Function of Communication in Society«, in: Lyman Bryson (Hg.), *The Communication of Ideas*, New York: Harper & Bros. 1964, S. 37-51.

44 Klaus Merten: *Einführung in die Kommunikationswissenschaft*, Münster: LIT Verlag 1999, S. 341.

45 Dieses und das vorangehende Zitat ebd., S. 334.

46 Vgl. ebd., S. 357 u. S. 359.

47 K. Merten: *Gewalt*, S. 82.

48 Hier zeigt sich ein zentrales Spannungsmoment, das im Laufe dieser Studie noch genauer zu untersuchen sein wird: Wer positioniert sich mit welchen Diskursbeiträgen innerhalb des etablierten Diskursfeldes und welcher Forscher oder welche These muss als unwissenschaftlich ausgeschlossen werden?

sondern argumentiert vielmehr, dieser sei noch nicht wissenschaftlich bewiesen, es fehle die »wissenschaftliche Evidenz«.⁴⁹ Gemessen an den »Kriterien der Wissenschaft« gelte: »Es liegen bislang *keine* harten Ergebnisse, die diese These stützen könnten, vor.«⁵⁰ Klar wird hier, dass es Merten nicht nur darum geht, das Erklärungsmodell Medienwirkung infrage zu stellen, sondern auch – oder sogar noch mehr – darum, die »Kriterien der Wissenschaftlichkeit« und deren »Evidenz« zu schärfen und zu verteidigen. Auch wenn Merten Vereinfachungen der traditionellen Wirkungsforschung kritisiert, ist ihm nicht daran gelegen und kann ihm als Mitglied der *community* nicht daran gelegen sein, von jeder empirischen Wirkungsforschung Abstand zu nehmen. Merten plädiert für eine bessere Forschung und lässt die grundsätzliche Annahme einer Messbarkeit von Wirkungen unangetastet. Indem er für die Mediengewaltforschung konstatiert, »[j]e weniger valide die angewandte Methodik, desto beängstigender die festgestellten Wirkungen«,⁵¹ argumentiert er gleichzeitig gegen das vereinfachte Erklärungsmodell Medienwirkung und für die grundsätzliche Erforschbarkeit von Wirkungen.

Ähnlich wie bei Kunczik geschieht dies zum einen in der Abgrenzung der soliden Forschung – gekennzeichnet als »[e]chte Wirkungsuntersuchungen« – von pseudowissenschaftlichen und pädagogischen Forschungen.⁵² Aber Merten geht noch einen Schritt darüber hinaus, indem er die öffentliche Debatte zum Angriffsziel macht. Er beschreibt die Debatte um Medien und Gewalt im Anschluss an Niklas Luhmann unter dem Stichwort »Risikokommunikation«:⁵³ Ausgangspunkt ist ein Gewaltausbruch in der Gesellschaft, der eine soziale Irritation und eine rational nicht begründbare Sorge auslöst. Diese Sorge lässt sich nach Merten als »Urfurcht vor den Wirkungen von Kommunikation und deren Medien« historisch mindestens bis zu Platons Warnung vor schädlichen Wirkungen der *Ilias* oder *Odysee* zurückdatieren.⁵⁴ Diese öffentliche Erregung veranlasst die Wissenschaft dazu, zu den Risiken von Gewalt in den Medien im Rahmen von Untersuchungen Stellung zu nehmen. Jedoch besteht im wissenschaftlichen Bereich Uneinigkeit. Dies wiederum wird vonseiten der »Laien«, Merten nennt hier »Publikum, Eltern, Pädagogen, Politiker«, als mangelnde Glaubwürdigkeit interpretiert. Das »Lager der Laien«, so Merten, ist sich im Gegensatz zu dem der Wissenschaft sehr einig. Es lässt sich von einer rein vom Alltagswissen geprägten Argumentation, wie »Mediengewalt erzeugt reale Gewalt«, leiten und erweist sich hinsichtlich der fehlenden wissenschaftlichen Evidenz als unbelehr-

49 K. Merten: Gewalt, S. 12.

50 Ebd., S. 258.

51 Ebd. (im Original fett).

52 Vgl. ebd., S. 155-159, Zitat: S. 157.

53 Vgl. Niklas Luhmann: Soziologie des Risikos, Berlin, New York: Walter de Gruyter 1991, S. 165-168.

54 K. Merten: Gewalt, S. 160 (Kursivierung im Original); Verweis auf Platon ebd., S. 161.

bar. Die Medien selbst – Merten lässt den Aspekt der Mediendifferenz hier unreflektiert – verstärken diese Auffassung noch, indem sie besondere Emphase auf bedrohliche Aussagen von Experten setzen, in denen die *Schädlichkeit* der medialen Gewaltdarstellung konstatiert wird. Das »Lager der Laien« ist aufgrund seiner »Urfurcht vor Medienwirkungen« rationaler Argumentation wenig zugänglich und ängstigt sich daraufhin noch mehr. Auch diese Angst finde wiederum Eingang in die Medienberichterstattung. Die Experten, so Merten, können dann kognitiv argumentierend an diese Kritik nicht anschließen. Die Verängstigung verstärkt sich weiter, schlimmstenfalls wird sie von Wissenschaft oder Politik instrumentalisiert, die kognitive Argumentation kommt zum Erliegen.⁵⁵

Diese scharfe Kontrastierung von emotionaler und unbelehrbarer Öffentlichkeit und kognitiv-rationaler Wissenschaft ruft Topoi auf, in denen die Diskursmacht der empirischen Wirkungsforschung verborgen bleibt. Merten konzipiert im Gegensatz zu Lukeschs Verweis auf die erdrückende bereits erbrachte Beweislast eine »ohnmächtige« Forschung, die sich unfähig sieht, die *Unbewiesenheit* der Mediengewalt-Wirkung zu vermitteln. Er beschreibt eine »Urfurcht« der Öffentlichkeit, um die Diskrepanz zwischen – aufgrund von Kriterien der Wissenschaftlichkeit notwendigerweise ergebnislosen – empirischen Gewaltforschungen und der Verunsicherung im »Lager der Laien« als eine endlos recycelbare Debatte zu erklären. Ziel dieser Argumentation ist es, den Status des wissenschaftlichen Beweises – paradoxerweise als einer, der eben nicht erbracht werden kann, – umso mehr zu erhöhen und ihn als unwissenschaftlichen Spekulationen überlegen zu profilieren. Die empirische Gewaltforschung wird hier zu einem Rationalisierungsprogramm.⁵⁶

In einem Punkt zumindest ist Merten in seiner Beschreibung des Verhältnisses von Wissenschaft und Öffentlichkeit zuzustimmen: Die »Experten« präsentieren sich uneinig und hinterlassen die öffentliche Debatte ratlos, ohne die Kontroverse beenden zu können. Was in der Mediengewalt-Debatte – ob vor, nach oder veranlasst durch den Erfurter Amoklauf – immer wiederkehrt, ist der Verweis auf den »Streit der Experten«.⁵⁷ Die Debatte kann dabei auf so prominente Vertreter wie Platon und Aristoteles zurückgreifen. Platon wird als Vertreter der Stimulations-

55 Vgl. ebd., S. 222-227, Zitate: S. 226.

56 Prominent wurde die Auffassung, dass die empirische Forschung als Rationalisierung einer übersteigerten Furcht vor Medienwirkungen fungiert, durch den Kommunikationsforscher Denis McQuail, der erstmals 1977 ein Phasenmodell der Wirkungsforschung vorgestellt und damit die Lehrbuchgeschichtsschreibung entscheidend geprägt hat. Vgl. Denis McQuail: »The Influence and Effects of Mass Media«, in: James Curran/Michael Gurevitch/Janet Woollacott (Hg.), *Mass Communication and Society*, London: Arnold 1977, S. 70-94. Dieses Phasenmodell wird im nächsten Kapitel genauer erläutert.

57 Vgl. S. Haubner: »Krieg«. Vgl. auch Berliner Zeitung: »Medienforschung«.

diese angeführt – Gewaltdarstellungen führen zu sozialer Gewalt – und Aristoteles als Vertreter der Katharsisthese – Gewaltdarstellungen haben eine von Aggressionen ›reinigende‹ Wirkung.⁵⁸ Die Positionen von Lukesch (der Beweis ist erbracht und Handeln ist dringend nötig), Kunczik (der Beweis ist für Einzelfälle zwar erbracht, diese sind aber nicht leicht zu identifizieren, was konkretes Handeln schwierig macht) und Merten (der Beweis ist noch nicht erbracht, die Forschung ist ohnmächtig, Handlungsanweisungen sind unmöglich) fächern in einer Beobachtung zweiter Ordnung das Spektrum auf, in dem sich diese Uneinigkeit situert. Dessen ungeachtet forciert der wissenschaftliche Diskurs – und hier spricht er durchaus mit einer Stimme – die Vermutung, dass der empirische Beweis einen Ausweg aus der prekären Verdachtsituation der öffentlichen Debatte bietet. Dies geschieht, indem selbst Skeptiker des Erklärungsmodells ›Medienwirkung‹, die Merten repräsentiert, betonen, dass der Beweis *noch nicht* erbracht ist und damit gleichzeitig versprechen, dass er grundsätzlich erbracht werden *kann*.

Auch in die Kontroverse, ob am Erfurter Amoklauf die Medien Schuld haben, findet dieses als rationalisierende Entwarnung getarnte Versprechen Eingang, das die Erwartung reproduziert, »daß alles erklärt werden kann«:⁵⁹ »Gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse gibt es noch nicht«.⁶⁰ Oder: »Die Forschung zu diesem Thema steht noch ganz am Anfang und hat bisher keine wirklichen Einsichten in diese komplexen Zusammenhänge bringen können«.⁶¹ Der Wunsch einer Lösung des sozialen Problems ›Mediengewalt‹ erfüllt die sozialwissenschaftliche Expertise also nicht. Die Debatte wird in ihrer irritierten Schwebe gehalten, der wissenschaftliche Beleg kann sie nicht stillstellen. Mit der Zeit ebbt die Irritation ab, um beim nächsten unerklärbaren Gewaltausbruch in exakt der gleichen Weise wieder aufzubranden und erneut eine wissenschaftlich-objektive Antwort zu fordern. Die aufgeschobene Antwort führt zu einem unendlichen Regress.

Doch selbst in Mertens' Kritik bleibt unhinterfragt, da im blinden Fleck eines Beobachters, der sich im ›Diskursinneren‹ der empirischen Sozialforschung situert, in welchem Verhältnis sich die Mediengewalt-

58 Vollständig ausgeblendet bleibt dabei, dass die Thesen Platons und Aristoteles' noch vor der Ausdifferenzierung technischer Verbreitungsmedien formuliert wurden und daher nur mit großen Einschränkungen vergleichbar mit Debatten sind, wie sie in der modernen Mediengesellschaft geführt werden.

59 Niklas Luhmann: Die Wissenschaft der Gesellschaft, Frankfurt/Main: Suhrkamp ²1994, S. 624.

60 Karsten Weber: »Gewalt und Medien. Gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse gibt es noch nicht«, in: Telepolis vom 3.5.2002, unter <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/12459/1.html> vom 28.2.2003.

61 Tilman Baumgärtel: »Fighter mit Gefühl. Mehr Medienkompetenz für Politiker und Journalisten! Neue Studien über den Zusammenhang zwischen Computerspielen und Jugendgewalt«, in: Die Tageszeitung vom 4.12.2002.

forschung zu jener sozialen Irritation befindet, für die sie sich als – zwangsläufig scheiternde – Lösung anbietet. Auch wenn die Mediengewaltforschung für die kontroverse Debatte, ob Mediennutzer zu Gewalttätern werden können, ein breites Spektrum an Antwortmöglichkeiten bereithält, beschreibt sie sich selbst – und so versteht sie auch die Öffentlichkeit – als potenziellen, verbesserungsbedürftigen, überforderten oder zu wenig beachteten Lieferanten von Beweisen, der seine Lieferung spätestens in einer fernen Zukunft ausführt. In dieser fest gefügten Gewissheit produziert der bestehende Diskurs um die Wirkung von medialer Gewaltdarstellung trotz seiner Disparatheit ein allgemein akzeptiertes Wissen: Könnte der Beweis erbracht werden, dass Medienkonsum aggressiv und gewalttätig macht, oder könnte das Gegenteil wissenschaftlich belegt werden, dann wäre die Antwort gefunden und die Jahrtausende währende Debatte endlich stillgestellt. Diese allgemeingültige Akzeptanz des Medien-Gewalt-Diskurses, diese Diskursregel, lässt sich nur kritisch beobachten, wenn die Unschuld der empirisch gemessenen Mediengewalt selbst infrage gestellt wird, ihre anerkannte Objektivität als historische Gewordenheit ausgewiesen und damit einerseits ihre Kontingenz herausgestellt und sie andererseits als Produkt einer spezifischen Machtkonstellation ausgewiesen wird. Dies ist das Vorhaben der vorliegenden Untersuchung.

Die diskursive Regulation von Mediengewalt

Um die ›Unschuld‹ des empirischen Beweises als die akzeptierte Wissensformation des bestehenden, Forschung und öffentliche Debatte umfassenden, Mediengewalt-Diskurses infrage zu stellen, lohnt es, die Anlass-Reaktions-Struktur, in der die Verflechtung von realer Gewalttat und Identifizierung ihrer Ursache in den Massenmedien gängigerweise beschrieben wird, einmal umzukehren: Die Mediengewaltforschung ist dann nicht als Reaktion auf eine öffentliche Irritation zu beschreiben, die ihrerseits durch einen unerklärten Gewaltausbruch veranlasst ist, sondern es geht vielmehr darum, auszuloten, welchen Anteil die Forschung an der ›Umschrift‹ des Gewaltausbruchs in ein Diskursereignis hat und welches Potenzial ihr zukommt, auf diese Weise Auslöser der öffentlichen Beunruhigung zu sein. Inwiefern fungiert die Mediengewaltforschung als Initiator der Debatte um Mediengewalt? Warum gelingt es ihr nicht bzw. warum strebt sie überhaupt nicht an, die soziale Irritation, die sie ausgelöst hat, wieder zu beruhigen? Wie wird über die vorgeblich objektiv-unschuldige Empirie der Forschung eine soziale Gewalttat zur Medienwirkung programmiert? Wie und mit welcher Zielrichtung werden Medien zur Gefahr? Wie und mit welchem Gewinn wird der Mediennutzer mit einem Gewalttäter identifizierbar? Und warum handelt es sich dabei immer um umstrittenes, unsicheres Wissen?

Diese Fragestellungen finden eine theoretische Rahmung in der grundsätzlichen Überlegung, inwiefern die Mediengewalt-Formel Teil ei-

ner diskursiven Praxis der Regulation ist. Mediengewalt ist auch in der Wirkungsforschung meist als die mediale Gewaltdarstellung bestimmt und der Gewalttat in der Gesellschaft bzw. der Gewalttätigkeit des Mediennutzers als möglicherweise verursachende Größe gegenübergestellt. Für beide ›Gewaltformen‹ gilt, dass in der Forschung keine Einigkeit über deren definitorische Bestimmung herrscht. Was mediale und was soziale Gewalt jeweils *ist*, bleibt häufig im Ermessen jeder einzelnen Studie. Die vorliegende Untersuchung versucht nicht, die beiden einander gegenübergestellten Gewaltbegriffe zu klären, sondern nimmt jeweils das als ›mediale Gewalt‹ bzw. ›soziale Gewalt‹ an, was die Forschung darunter versteht. Allerdings soll – wie bereits einleitend verdeutlicht – dem Begriff ›Mediengewalt‹, wie er als Gegenstand der Mediengewaltforschung verhandelt wird, unterstellt werden, dass er nicht allein die dargestellte Gewalt meint, sondern schon eine abkürzende Verdichtung ist, also Wirkungsthesen impliziert. Ohne diese implizite Annahme würde die mediale Gewaltdarstellung gar nicht erst zum Gegenstand der Forschung werden. Mediengewalt – so die Ausgangsüberlegung – bezieht sich immer schon auf die Möglichkeit einer schädlichen *Wirkung* der medialen Gewaltdarstellung. Dieses Verständnis der Rede von Mediengewalt wird im Folgenden durch die Beschreibung von Mediengewalt als einer *Kurzschlussformel* kenntlich gemacht.

Unter der Bezeichnung ›aggressive Medien‹ wird ein – neben dargestellter und sozialer Gewalt – dritter Gewaltaspekt angesprochen, der den Medien unabhängig von ihrer Darstellungsebene diskursiv zugeschrieben wird. ›Aggressive Medien‹ soll einerseits auf die – chemischen Substanzen analoge – Fähigkeit zu einer schnellen und heftigen Wirkung verweisen, andererseits auf die *Potenzialität* von Mediengewalt, also einer schädlichen Wirkung auf den Mediennutzer, referieren. Als leitendes Konzept findet sie im Laufe dieser Untersuchung eine genauere Klärung.

Wenn von Mediengewalt-Diskurs die Rede ist, kennzeichnet der Aspekt des Diskursiven, dass die Regulationspraktiken der Forschung nicht auf den Bereich der wissenschaftlichen Disziplin im engeren Sinn beschränkt bleiben, sondern sich mit politischen, ökonomischen, pädagogischen und medizinischen Diskurssegmenten sowie mit deren Zirkulationsformen in der Öffentlichkeit verschränken. In diesem Sinne wird der Mediengewalt-Diskurs als Menge aller Aussagen einer »diskursiven Formation«⁶² nach Michel Foucault verstanden, in der Wissen über Messbarkeit und Messung von Mediengewalt ausgehandelt bzw. formiert wird. Die diskursive Praxis der Mediengewaltforschung – verstanden in diesem erweiterten Sinne – wäre dann eine »Gesamtheit von anonymen, historischen, stets im Raum und in der Zeit determinierten Regeln«,⁶³ nach denen die Aussagen über Mediengewalt konstituiert werden. Die ›Unschuld‹ des empirischen Beweises kann beispielsweise als eine zent-

62 Michel Foucault: Archäologie des Wissens, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1997, S. 156 (Kursivierung im Original).

63 Ebd., S. 171.

rale Regel des Diskurses im historischen Einsatzpunkt des Erfurter Amoklaufs betrachtet werden.

Die Verhandlung der Mediengewaltforschung als eine Regulierungspraxis impliziert auch, dass die Begriffe ›Regulierung‹ bzw. ›Regulation‹ sich nicht, wie die Thematik ›Medien und Gewalt‹ zu vermuten Anlass geben könnte, auf selbst- und fremdkontrollierende Maßnahmen zur Einschränkung von Gewaltdarstellungen in den Medien beziehen, die unter dem Stichwort »Rundfunkregulation«⁶⁴ geläufig sind. Es geht vielmehr um ein weiter gefasstes, nicht im engeren Sinn juristisches Verständnis von Regulation, das diese Maßnahmen einschließt, aber nicht deckungsgleich mit ihnen ist. Regulation von Mediengewalt, wie sie in der vorliegenden Untersuchung verstanden wird, impliziert Verfahren der Formation, verweist also nicht nur auf Prozesse der Zähmung, sondern hat auch einen produktiven Anteil: Wenn Mediengewalt reguliert wird, wird sie gleichzeitig formiert, und sie wird ihrerseits zu einem Verfahren, das Medien und Mediennutzer auf eine spezifische Weise sichtbar macht und damit zuallererst *herstellt*.

Das Konzept ›Regulation‹ soll die Beobachtung des Mediengewalt-Diskurses in die Nähe von Diskussionen um Regierungstechniken innerhalb einer liberalen Rationalität rücken, wie sie von Foucault in seinen späteren Schriften und Vorlesungen angestoßen wurden und im Rahmen der *governmentality studies*⁶⁵ weitergeführt werden. Die Untersuchung erhebt dabei nicht den Anspruch, sich in dem Sinne streng an Foucault'schen Konzepten wie ›Diskursformation‹ oder ›Gouvernementali-

64 Jessica Eisermann: Mediengewalt. Die gesellschaftliche Kontrolle von Gewaltdarstellungen im Fernsehen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2001, S. 14. Eisermann hat sich in ihrer Untersuchung mit dem Thema Mediengewalt in diesem Verständnis von Regulation beschäftigt.

65 Zu dem aus *Regieren* (to govern/gouverner) und Denkweise (mentality/mentalité) zusammengesetzten Begriff vgl. Michel Foucault: Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2004, S. 162-165; zum Stellenwert des Konzepts in Foucaults Arbeiten und zu der sich daraus entwickelnden, seit den 1990er Jahren zunehmend Bedeutung gewinnenden Forschungsrichtung vgl. Thomas Lemke: »Räume der Regierung. Kunst und Kritik der Menschenführung«, in: Peter Gente (Hg.), Foucault und die Künste, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2004, S. 162-180; Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2000; Thomas Lemke: Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität, Berlin, Hamburg: Argument 1997. Als einflussreiche Startstudie der *governmentality studies* ist zu nennen: Graham Burchell/Colin Gordon/Peter Miller (Hg.): The Foucault Effect. Studies in Governmentality With Two Lectures and an Interview With Michel Foucault, Chicago: University of Chicago Press 1991.

tät« zu orientieren, dass alle Implikationen dieser Konzepte fruchtbar gemacht werden können. Außerdem muss davon abgesehen werden, dass diese Konzepte in Foucaults Texten in unterschiedlicher Weise verwendet werden und als kohärente Analyseinstrumente problematisch sind, zumal aufgrund ihrer Verortung in unterschiedlichen Schaffensperioden Foucaults. Hier geht es lediglich um den heuristischen Wert, der sich für eine Beobachtung der Mediengewaltforschung aus einer mit Foucault'schen Konzepten informierten theoretischen Rahmung ergibt.

Aus der Perspektive einer bestimmten Akzentuierung der Foucault-Rezeption könnte die Rede einer so verstandenen, an Foucaults Konzept der *Gouvernementalität* anschließenden ›diskursiven Regulation‹ insbesondere deshalb irritieren, weil sie Ansätze aus frühen, diskursanalytischen, und späten, machtheoretischen, Schriften und Vorlesungen Foucaults zusammenbindet. Aus der Sicht zahlreicher Foucault-Lektüren lässt sich eine frühe, archäologische Phase ausmachen, deren zentrale methodologische Studie *Archäologie des Wissens* die ›diskursive Formation‹ als zentrales Konzept konturiert, und eine zweite, genealogische oder machtanalytische Phase, die Foucaults spätere Schriften nach 1970 umfasst und in der das Konzept der ›Gouvernementalität‹ eine zentrale Stellung gewinnt.⁶⁶ Während das Projekt der Archäologie den Zusammenhang von Diskurs und Macht ausschließlich ›negativ‹ im Sinne einer Verknappung von Aussagemöglichkeiten versteht, fragt die Genealogie danach, welche *Produktivität* im Verhältnis von Macht und Wissen liegt.⁶⁷ Problematisch könnte ein Zusammendenken von Diskursanalyse und Analyse von Regierungstechniken deshalb sein, weil es in der ›archäologischen Phase‹ um die Analyse von Aussageformen geht, um die Regeln, die das Sprechen über bestimmte Gegebenheiten festlegen, in der ›genealogischen Phase‹ dagegen um gesellschaftsstrukturelle Aspekte der Macht und der Formierung von Subjekten.

Die vorliegende Untersuchung folgt jedoch der Ansicht, dass sich historische Diskursanalyse und Beobachtung von Regierungstechniken nicht antagonistisch gegenüberstehen müssen. Der Diskurs über Mediengewalt wird im Folgenden nicht als folgenloses Sprechen aufgefasst. Als Mediendiskurs wird ihm vielmehr unterstellt, dass er ein performatives

66 Vgl. exemplarisch: Martin Kusch: *Foucault's Strata and Fields. An Investigation into Archaeological and Genealogical Science Studies*, Dordrecht, Boston, London: Kluwer Academic Publishers 1991. Die Foucault-Rezeption bestimmt gemeinhin die subjekttheoretischen Arbeiten des späten Foucault als eine dritte Phase. Vgl. hierzu die Aufteilung der Hauptwerke Foucaults nach den Begriffen ›Diskurs‹, ›Macht‹ und ›Ethik des Selbst‹ in: Michael Ruoff: *Foucault-Lexikon*, Paderborn: Wilhelm Fink Verlag 2007. Diese dritte Phase Foucaults ist für das Konzept der *moralischen Regulation* entscheidend, das im Folgenden kurz skizziert und im Kapitel *Das Wissen über Mediengewalt: Zwischenüberlegungen* eingehender verhandelt wird.

67 Vgl. T. Lemke: *Kritik der politischen Vernunft*, S. 53.

Potenzial hat, also Medien und Mediennutzung in einer spezifischen Weise herstellt.⁶⁸ Auf der anderen Seite wird Regulation bzw. Regierung der Mediennutzung nicht in der Hinsicht untersucht, ob sie gesellschaftliche Gegebenheiten tatsächlich ändert und in diesem Sinne auf gesellschaftsstruktureller Ebene am Werk ist. Ebenso wie das Sprechen über Mediengewalt eine Praxis der formierenden *Regulation* ist, lässt sich die Regulierung von Mediengewalt als eine *diskursive* Technik betrachten. Die Analyse einer Regulation von Mediengewalt wird in diskursiven Appellen identifiziert, die Mediennutzer zur Selbstregierung auffordern. Ob der Mediennutzer dieser Aufforderung in seinem Verhalten nachkommt, liegt außerhalb des Interesses der vorliegenden Untersuchung.

Eine ständig mitlaufende, grundsätzliche Frageperspektive der folgenden Analysen lautet: Worin genau besteht die diskursive Regulation von Mediengewalt und was leistet sie? Welchen Stellenwert hat die in einem Spektrum von Lukesch über Kunczik bis hin zu Merten beschriebene ›Uneinigkeit der Experten‹ für diese Regulierungspraxis? Um diesen Fragen nachzugehen, verfolgt die Untersuchung eine *diskurs-historische* Perspektive. Sie versucht, in Aushandlungsprozessen und zentralen historischen Formationsereignissen die ›Gewordenheit‹⁶⁹ der Mediengewalt-Formel aufzuzeigen, um die Selbstverständlichkeit ihres gegenwärtigen Prozessierens infrage zu stellen.

Ein zentrales Anliegen dieser Vorgehensweise ist, das Verhältnis zwischen dem wissenschaftlichen Wissen über Mediengewalt und der öffentlichen *Debatte* über Mediengewalt neu zu perspektivieren: Es lässt sich die Geschichte einer *moralischen* Entrüstung über Medien und ihre

68 ›Mediendiskurs‹ meint also mehr als die bloße Thematisierung von Medien in Medien: Mediendiskurse leisten eine kulturelle Formation von medialen Dispositiven und entwerfen Konzepte der Mediennutzung: »Diskurse sind [...] *performativ*, also *folgenreich* in *doppelter* Hinsicht: für die Ereignisse, Themen, Sachverhalte, für die *Informationen*, die sie vermitteln und für die Medien, die die *Mitteilung* vollziehen. Mit Mediendiskursen wird die kulturelle Stellung der Medien ausgehandelt. Mediendiskurse formieren immer auch Medien.« Irmela Schneider: »›Rundfunk für alle‹. Zur Paradoxie von All-Inklusion und Differenzkonstruktion durch Verbreitungsmedien« [unveröffentlichtes Vortragsmanuskript]. Workshop »Achsen der Differenzen. Soziale Ungleichheit und Medien«, Frankfurt/Main, 7./8.10.2005, S. 4. Vgl. zum Begriff des Mediendiskurses auch: Irmela Schneider/Peter M. Spangenberg (Hg.): *Medienkultur der 50er Jahre. Diskursgeschichte der Medien nach 1945*, Bd. 1, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002 (Einleitung).

69 Zur »Gewordenheitskritik« in Foucaults historischem Konzept der ›Genealogie‹ vgl. Martin Saar: »Genealogie und Subjektivität«, in: Axel Honeth/Martin Saar (Hg.), Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption. Frankfurter Foucault Konferenz 2001, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2003, S. 157-177, hier S. 171.

Produkte, insbesondere über die Darstellung von Gewalt erzählen, die in Kampagnen gegen Brutalität auf der Theaterbühne, Schundliteratur und -film oder gegen blutrünstige Computerspiele einzelne Etappen ausbildet, ›moralische Paniken‹ auslöst und sich in gesetzlichen Bestimmungen der Medienregulation niederschlägt.⁷⁰

Die folgenden Ausführungen folgen der Überlegung, dass die Geschichte des Wissens über Mediengewalt nicht unabhängig von moralischen Fragen gesehen werden kann. Dieses Wissen, das sich zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt als *wissenschaftliches* Wissen zu formieren beginnt und sich im Rahmen der Mediengewaltforschung im wissenschaftlichen Feld etabliert, steht der aufgebrachten Debatte gerade nicht unschuldig gegenüber. Der empirische Beweis ist in seinem Versuch, eine öffentliche Sorge durch wissenschaftliche ›Fakten‹ zu ersetzen, nicht unbetroffen von einer moralischen Beobachtung von Mediengewalt.

Wenn es die Mediengewaltforschung als diskursives Regulierungsverfahren zu beobachten gilt, ist es aufschlussreich, dass ein Forschungssegment innerhalb der *governmentality studies* den Aspekt der *Moralisierung* durchaus auch in Praktiken der Regulation beobachtet hat: »Die scheinbar neutralen maschinellen Technologien der Verhaltenssteuerung verbinden sich mit moralischen Regulationsmechanismen, die an jene angeschlossen oder sogar in sie eingewoben sind.«⁷¹ Studien zu Praktiken der moralischen Regulation teilen – ohne eine einheitliche theoretische Perspektive zu Grunde zu legen – ein gemeinsames Interesse an postreligiösen Formen der moralischen Regulierung des Alltagslebens, die eng mit politischen und ökonomischen Machttechniken verschaltet sind. Bei solchen Verfahren der Moralisierung handelt es sich keineswegs ausschließlich um viktorianische Praktiken, die in der Gegenwart nicht mehr anzutreffen sind. Stattdessen ist vielfach gezeigt worden, dass Prozesse der Moralregierung als Technologien der Subjektivierung auch gegenwärtig noch am Werk sind. Sie beziehen sich des Weiteren nicht nur auf Kampagnen gegen Schmutz und Schund, sondern sind auch in wissenschaftlichen Verfahren zu finden.⁷²

70 Vgl. Thomas Hausmanninger: Kritik der medienethischen Vernunft. Die ethische Diskussion über den Film in Deutschland im 20. Jahrhundert, München: Wilhelm Fink Verlag 1992; John Springhall: Youth, Popular Culture and Moral Panics. Penny Gaffs to Gangsta-Rap, 1830-1996, New York: St. Martin's Press 1998; Chas Critcher: Moral Panics and the Media, Buckingham, Philadelphia: Open University Press 2003.

71 Susanne Krasmann: »Kriminelle Elemente regieren – und produzieren«, in: Honneth/Saar (Hg.), Michel Foucault (2003), S. 94-114, hier S. 101. Vgl. auch ebd., Anm. 24.

72 Vgl. Mariana Valverde (Hg.): Studies in Moral Regulation. The Two Paths. Sonderheft des Canadian Journal of Sociology 19 (1994), H. 2 (Editor's Introduction).

Der Begriff der Moral ist innerhalb der *moral regulation studies* nicht unumstritten und wirft auch, wenn er mit der Mediengewaltforschung in Verbindung gebracht wird, einige Fragen auf. Ist nicht die mit Methoden des statistisch-experimentellen Messens, auf Mittel- und Durchschnittswerte zielende empirische Forschung eher Verfahren der *Normalisierung* zuzuordnen, die – wie Jürgen Link immer wieder zeigt – sich gerade im Unterschied zu Normen und Moral vollzieht?⁷³ Das Spannungsfeld zwischen Normalisierung und Moralisierung, in dem die Mediengewaltforschung operiert, wird im Verlauf der folgenden Ausführungen zu klären sein.

Indem die Mediengewaltforschung im Rahmen von Praktiken einer moralischen Regulation von Mediengewalt in den Blick genommen wird, kann die häufig vorgenommene Zweiteilung des Mediengewalt-Diskurses in eine emotional-moralisierende öffentliche Debatte und eine rationalisierende Forschung infrage gestellt werden.⁷⁴ Gerade die vermeintlich unabhängig von Wertvorstellungen und normierenden Standards operierende empirische Forschung soll als eine Machttechnologie in den Blick rücken, die Entwürfe von richtiger und falscher Mediennutzung herstellt, ohne die Akzeptanz dieser Entwürfe zu erzwingen, die Mediengewalt bekämpft, ohne sie zu beseitigen und die Mediengewalt gerade auf diese Weise beständig reproduziert. Indem die Mediengewaltforschung im Rahmen einer moralischen Regulation von Mediengewalt beobachtet wird, soll der Unschuld des empirischen Beweises von Mediengewalt ihre Selbstverständlichkeit entzogen werden.

Die vorliegende Untersuchung unternimmt dies in zwei Schritten: Bevor die Operationsweise der Mediengewaltforschung im Rahmen von Praktiken der moralischen Regulation genauer in den Blick genommen wird, untersucht der erste Hauptteil *Wirkungskontrolle* wie sich Mediengewalt als Bezugsproblem der Regulation historisch formiert. Wie entsteht überhaupt der Bedarf, so die Fragestellung des ersten Teils, Praktiken, die Mediennutzung mit Unterstützung von *wissenschaftlichen Verfahren* moralisch regulieren, in Gang zu setzen? Ausgangsüberlegung ist dabei nicht die weit verbreitete Annahme, dass sich eine Sorge vor schädlichen Medienwirkungen durch die gesamte Mediengeschichte hindurch und bei jeder Einführung eines neuen Mediums wieder beobachten lässt. Die historische Untersuchung verfolgt keine Geschichte der öffentlichen Erregung über mediale Gewaltdarstellung, der sich eine objektive Forschung rationalisierend entgegenstellt. Vielmehr unternimmt sie eine

73 Vgl. Jürgen Link: Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht³ 2006, S. 33-35.

74 Vgl. die oben skizzierte Darstellung von Merten. Ähnlich argumentieren auch J. Eisermann: Mediengewalt, insbesondere S. 127-134, oder Thomas Hausmanninger: »Die Geschichte der ethischen Debatte über Gewalt im Film«, in: ders./Thomas Bohrmann (Hg.), Mediale Gewalt. Interdisziplinäre und ethische Perspektiven, München: W. Fink (UTB) 2002, S. 37-50.

Diskurskritik, die ihren Bezugspunkt im wissenschaftlichen Kern des Diskurses selbst findet.

Die Untersuchung setzt in unterschiedlichen Diskurssegmenten an, in denen Medienwirkung epistemologisch, politisch, ökonomisch, pädagogisch bzw. medizinisch konzeptualisiert wird. Die Ausgangshypothese dieser Vorgehensweise lautet: Mediengewalt geht aus Praktiken der Wirkungskontrolle hervor, die auf Adressierungsprobleme technischer Verbreitungsmedien antworten.⁷⁵ Da unter den Bedingungen von Massenkommunikation zunehmend unsichtbar bleibt, wie der einzelne Mediennutzer an die mediale Kommunikation anschließt, werden Verfahren entwickelt, die den Prozess der Nutzung wieder sichtbar und kontrollierbar machen.⁷⁶ Diese Verfahren der Sichtbarmachung umfassen Praktiken, die spezifische *Wirkungen* der Medien sicherzustellen und zu kontrollieren versuchen. Diese Praktiken der Wirkungskontrolle – so die Überlegung – fungieren als Machttechniken bzw. als Maßnahmen der *Regierung von Mediennutzern*.

Mediengewalt wird in der vorliegenden Untersuchung nicht als klar bestimmbare Positivität verstanden, um die sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine wissenschaftliche Disziplin herauszubilden beginnt, sondern als ein Prozess, der ohne diskursive Ereignisse und Praktiken nicht existieren würde.⁷⁷ Ausgangspunkt dieser Bestimmung ist die Beobachtung, dass der Begriff ›Mediengewalt‹ oder *media violence* im Diskurs sich höchstens vorgeblich ausschließlich auf mediale Gewaltdar-

75 Mit Niklas Luhmann geht die vorliegende Untersuchung davon aus, dass Verbreitungsmedien »den Empfängerkreis einer Kommunikation« durch die Verbreitung von Informationen »bestimmen und erweitern«. Schon mit der Erfindung der Druckerpresse und verstärkt mit der Einführung der Massenmedien Presse, Radio und Fernsehen tauchen dadurch neue Probleme auf: »Es sind zu viele, unüberschaubar viele beteiligt, und man kann nicht mehr feststellen, ob und wozu eine Kommunikation motiviert hatte.« Niklas Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, 2 Bde, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1999, Bd. 1, S. 202 u. 203. Mit dieser Bezugnahme auf Luhmanns Begriff der Verbreitungsmedien ist aber keine Verschaltung von Systemtheorie und Diskurskritik angestrebt.

76 Vgl. Irmela Schneider/Christina Bartz (Hg.): *Formationen der Mediennutzung I: Medienereignisse*, Bielefeld: transcript 2007 (Einleitung).

77 Vgl. Michel Foucault: *Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik*, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2004, S. 38f. Diese Bestimmung erfolgt in Anlehnung an Foucaults Diskursanalysen des Wahnsinns, der Krankheit, der Delinquenz und der Sexualität, in denen es ihm um den Nachweis geht, »wie die Koppelung einer Reihe von Praktiken mit der Herrschaft der Wahrheit ein Dispositiv des Wissens und der Macht bildet, das das Nichtexistierende in der Wirklichkeit tatsächlich in Erscheinung treten lässt und es auf legitime Weise der Unterscheidung zwischen dem Wahren und dem Falschen unterwirft.« Ebd., S. 39.

stellungen meist fiktionaler Art bezieht. Implizit, oft sogar explizit ist in diesem Begriff nämlich immer schon ein kausaler Zusammenhang zur konkreten physischen Gewalttat oder zu einer grundsätzlichen Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft vorhanden. Mediengewalt ist also eine abkürzende Verdichtung, eine Kurzschlussformel, die immer schon eine unterstellte *Wirkung* medialer Gewaltdarstellungen mit sich führt. Der Begriff meint mehr als reine Gewaltdarstellungen, die in Inhaltsanalysen zu untersuchen sind. Er bezeichnet einen Prozess, der im Moment des diskursiven Prozessierens hergestellt wird und deshalb »in gewissem Sinne« keine Existenz hat. Was Mediengewalt ist, wird immer nur punktuell ausformuliert, der Diskurs kommt nie zu einer eindeutigen und längerfristig stabilen Bestimmung darüber, ob ein Zusammenhang – und wenn ja, welcher – zwischen der medialen Gewaltdarstellung und der sozialen Gewalt besteht. Mediengewalt ist außerhalb des Diskurses nichts als eine diffuse Unterstellung. Innerhalb des Diskurses behauptet die Formel in mehr oder weniger starkem Sinne eine Wirkung der Medien und stabilisiert damit das aporetische Kausalitätsmodell der sozialwissenschaftlichen Wirkungsforschung.

Für die historische Analyse des Mediengewalt-Diskurses bedeutet diese »Nichtexistenz« seines Gegenstandes eine Untersuchung von verschiedenen »Ereignissen« und »Praktiken«, die sich um die »unterstellte Sache« gruppieren.⁷⁸ Bei den Ereignissen und Praktiken, die sich um die Kurzschlussformel »Mediengewalt« versammeln, so die These der vorliegenden Untersuchung, handelt es sich um eben jene Resultate oder Nebenprodukte, die mitgeführt werden, wenn wirkungsstabilisierende Verfahren in der Medienwirkungsforschung installiert werden. Der diskursive Prozess »Mediengewalt« greift diese Resultate und Nebenprodukte auf und die Mediengewaltforschung entsteht in gewisser Hinsicht in Bearbeitung von Folgekosten, die sich aus den Stabilisierungsverfahren der Wirkungsforschung ergeben.

Ausgangüberlegung ist, dass der Mediengewalt-Diskurs sich formiert, indem in den einzelnen Diskurssegmenten eine »stabilisierende Zähmung« von »aggressiven«, d.h. stark wirkenden Medien installiert wird: In den Bereichen Politik, Ökonomie und Pädagogik ist die Annahme von starker Medienwirkung diskurspolitisch notwendig; in jedem Bereich muss daher auch mit negativen Wirkungen gerechnet werden. Dieser Vorgang der Wirkungsbändigung kann nicht zum Ziel haben, negative Medienwirkung zu verhindern, denn diese wird gerade in ihren negativen Ausprägungen besonders evident. Es geht also vielmehr darum, die schädliche Medienwirkung in ein gesellschaftlich verträgliches Lot zu bringen und in diesem Sinne zu *regulieren*.

Die folgenden Untersuchungen können bei Weitem nicht den komplexen Bereich der Wirkungsforschung vollständig erfassen. Sie verstehen sich als exemplarische Erkundungen in zentralen Diskursfeldern. Ort und Zeit dieser diskurshistorischen Untersuchungen sind vorrangig die

78 Ebd., S. 16.

USA in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, wobei punktuell Diskurslinien in ›Vorgeschichten‹, etwa in europäischen Debatten des 18./19. Jahrhunderts, zurückverfolgt werden. Dieses Vorhaben kann auch als ›archäologisch‹⁷⁹ verstanden werden, insofern es die diskursive Formation von Mediengewalt untersucht, noch bevor sich auf diesem Feld eine wissenschaftliche Disziplin ›herausgeschält‹⁸⁰ hat, es also eine Wissenschaft gibt, die sich selbst als Mediengewaltforschung versteht und als solche öffentlich wahrgenommen wird. Diese Analyse ist an einem historischen Zeitpunkt angesiedelt, an dem das Wissen über schädliche Medienwirkung die »Schwelle der Wissenschaftlichkeit«⁸¹ noch nicht überschritten hat bzw. gerade erst im Begriff ist, diese zu überschreiten. Die Analyse richtet sich hier insofern auf ein ›archäologisches Gebiet‹, als sie sich auf eine Zeit konzentriert, in der die Mediengewaltforschung »im Element« dieser Diskursformation und »auf dem Grunde des Wissens«,⁸² auf einem Gebiet also, dass mehr und auch anderes umfasst als den engeren Bereich der Wissenschaft, noch nicht erschienen ist. Um die Analyse der Ereignisse und Praktiken, die sich um die Formel ›Mediengewalt‹ gruppieren, zusätzlich zu schärfen, werden Arbeiten aus den neueren *science studies*⁸³ fruchtbar gemacht, in denen die ›Materialität der Forschung‹ besondere Beachtung findet.

Grundlage für politische, ökonomische und pädagogische Medienwirkungskonzepte, die in den Kapiteln 2-4 jeweils an exemplarisch herausgegriffenen diskursiven Gegenständen verdeutlicht werden, ist die epistemologische Bestimmung der Messbarkeit von Wirkung, denn Messung bedeutet ihre Sichtbarmachung, also überhaupt erst ihre Herstellung. Das Kapitel *Wirkung: Epistemologie des Messens* verfolgt genealogische Pfade der Messung bis in die statistische Erfassung der Bevölkerung im 18./19. Jahrhundert und beobachtet die zentralen Paradoxien des Messens von Kausalität im Rahmen von positivistischen bzw. behavioristischen Konzeptualisierungen der Sozialforschung.

Im Kapitel *Propaganda: Politik der Beeinflussung* geht es dann um Vor- und Frühgeschichten des Konzepts ›Persuasion‹, das für die Konzeptualisierung von Medienwirkung zentral ist. Das ökonomische Seg-

79 Felix Keller hat für die Meinungsforschung eine archäologische Untersuchung unternommen (vgl. Felix Keller: *Archäologie der Meinungsforschung. Mathematik und die Erzählbarkeit des Politischen*, Konstanz: UVK Universitätsverlag 2001) und ist damit einer der wenigen, die Verfahren der empirischen Sozialforschung diskurshistorisch perspektivieren.

80 Vgl. M. Foucault: *Archäologie*, S. 263.

81 Ebd., S. 266.

82 Ebd., S. 262.

83 Zu dieser Forschungsrichtung, die seit den 1980er Jahren Wissenschaftsgeschichte hinsichtlich der historischen Praxis von Forschungskulturen und der konkreten Orte der Wissensproduktion untersucht, vgl. Michael Hagner (Hg.): *Ansichten der Wissenschaftsgeschichte*, Frankfurt/Main: Fischer 2001 (Einleitung).

ment des Wirkungsdiskurses, der Bereich der Kauflenkung, wird unter dem Titel *Werbung: Ökonomie der Suggestion* verhandelt. Die implizite Frage, die hier Medien als »aggressive Medien« konzipiert, lautet: Wie gelingt es, den Mediennutzer durch geschickte Suggestion zum Käufer zu programmieren? Der pädagogische Bereich des Wirkungsdiskurses, der im Kapitel *Erziehung: Pädagogik der Gefährdung* thematisiert wird, ist dagegen von der Hoffnung auf Verbesserung des Mediennutzers geprägt, Medienwirkung wird hier positiv als Sozialisation von Kindern und Jugendlichen durch mediales Lernen ausformuliert.

Das schon zum zweiten Hauptteil überleitende Kapitel *Heilung: Therapie der Mediengewalt* richtet sein Augenmerk auf ein Diskursereignis, das entscheidend für die Formierung der Mediengewaltforschung ist. Im Bereich der Medizin entsteht ein konkurrierendes Modell zur Zähmung schädlicher Medienwirkungen, das mit dem »Herausschälen« der Mediengewaltforschung aus dem archäologischen Feld ausgeschlossen wird: die Katharsishypothese. Dieser Hypothese liegt ein Konzept von Wirkung zugrunde, das mit dem diskursmächtigen Stimulus-Response-Modell nicht zu vereinbaren ist. Wenn Mediengewalt zur heilenden Reinigung wird, kann sie nicht mehr als Schädigung die grundsätzliche Wirkungsannahme stabilisieren. Die Widerlegung der Katharsishypothese gibt ex negativo Aufschluss über die Diskursregeln des etablierten Feldes. Die zentrale Frage des therapeutischen Diskurssegments darf nicht lauten: Kann Mediengewalt den einzelnen Mediennutzer heilen? Sondern sie muss heißen: Macht Mediengewalt die Gesellschaft krank?

Der Hauptteil *Regierung der Mediennutzung* fokussiert, ebenso punktuell und exemplarisch wie der erste Teil, einen historischen Zeitpunkt, an dem die Mediengewaltforschung die »Schwelle der Wissenschaftlichkeit« überschritten hat. Die hier angestellten Überlegungen situieren sich – in der Beschreibung Foucaults – in einer »epistemologische[n] Geschichte der Wissenschaften«, die sich vornimmt zu zeigen, »wovon sich die Wissenschaft befreit hat und was sie alles aus sich herausfallen lassen mußte, um die Schwelle der Wissenschaftlichkeit zu erreichen.«⁸⁴

Mit »Etablierung« ist nicht gemeint, dass sich die Mediengewaltforschung nun im Gegensatz zu den disparaten Diskurssegmenten als homogene Wissenschaft installiert. Das »archäologische Gebiet« bleibt in seiner Disparatheit neben dem »wissenschaftlichen Gebiet« bestehen und der wissenschaftliche Bereich ist alles andere als homogen. In der diskurspolitischen Steuerung des etablierten Feldes der Mediengewaltforschung zeigt sich die Verflechtung der im ersten Hauptteil dargestellten Diskurssegmente in Verfahren der *Produktion, Ordnung und Diffusion* des Wissens über Mediengewalt. Diese Verfahren werden jeweils in einem Kapitel verhandelt. Für das untersuchte »etablierte Feld« in den USA Ende der 1960er bis in die 1970er Jahre, in dem die Mediengewaltforschung als akzeptierter Wissenschaftsbereich im Wissenschaftssystem

84 M. Foucault: Archäologie, S. 271.

operiert, kann der Begriff des ›Experimentalsystems‹ produktiv gemacht werden, der das Zusammenspiel von Forschungspraktiken, politischen, pädagogischen und ökonomischen Interessen sowie publizistischer Mediengewalt-Debatte beschreibbar macht.⁸⁵

Von den ersten Senatsanhörungen zum Thema Fernsehgewalt in den 1950er Jahren über die Behandlung von Mediengewalt im Rahmen einer nationalen Forschungskommission zur sozialen Gewalt Ende der 60er Jahre bis hin zu einer groß angelegten Untersuchung des Public Health Service ist ein zunehmender Einsatz von Sicherheitsmechanismen gegen Mediengewalt zu beobachten. Eine weitere Ausgangsüberlegung der vorliegenden Untersuchung lautet dementsprechend: Wenn die Mediengewaltforschung sich als Forschungsbereich herauskristallisiert, der im Bereich der Wissenschaft Akzeptanz findet, formiert sie sich in dem Geflecht von politischen, ökonomischen, pädagogischen und publizistischen Diskurssegmenten im Rahmen von Praktiken der moralischen Regulation. Die Mediengewaltforschung stellt Wissen zur Verfügung, das im Kontext einer liberalen Gouvernamentalität die Regierung von Mediennutzern ermöglicht, ohne mit Verfahren des Zwangs oder der Kontrolle zu operieren. Die Regulation von Mediennutzung, so die Hypothese, ist in erster Linie ein Prozess, der den Mediennutzer zur autonomen Regulation seines eigenen Nutzungsverhaltens herausfordert.

Exemplarisch wird diese Operationsweise anhand eines diskursiven Netzes beobachtet, das sich um den Brief des US-amerikanischen Senators John Pastore im März 1969 entfaltet. Pastore richtet diesen Brief an das Gesundheitsministerium und bittet darum, der Surgeon General, die ranghöchste medizinische Instanz in der US-amerikanischen Sozialmedizin, möge sich des Problems der Mediengewalt annehmen. Dieser Brief setzt eine Fülle von Forschungsaktivitäten, öffentliche Anhörungen, juristische Kontroversen und publizistische Debatten in Gang, die das Spannungsfeld auffächern, in dem die Mediengewaltforschung als Praxis der diskursiven Regulation operiert.

85 Vgl. Hans-Jörg Rheinberger/Michael Hagner: »Experimentalsysteme«, in: dies. (Hg.), *Die Experimentalisierung des Lebens. Experimentalsysteme in den biologischen Wissenschaften 1850/1950*, Berlin: Akademie Verlag 1993, S. 8-27. Vgl. auch Hans-Jörg Rheinberger: *Experimentalsysteme und epistemische Dinge. Eine Geschichte der Proteinsynthese im Reagenzglas*, Göttingen: Wallstein 2001.

TEIL 1: WIRKUNGSKONTROLLE

Die Geschichte der Mediengewaltforschung ist schon vielfach geschrieben worden: In jedem Lehrbuch des Fachs findet sich ein historiografischer Teil,¹ der die ›Wurzeln‹ einer Furcht vor schädlicher Medienwirkung und den Einsatz ihrer empirischen Vermessung nachzeichnet. Jedoch: Lehr- oder »Textbücher [...] werden von Wissenschaftlern geschrieben, die national oder international als Repräsentanten eines Spezialgebiets oder einer ganzen Disziplin gelten.«² Die dort entworfene Geschichte situiert sich im etablierten Feld eines Forschungsbereichs. Lehrbücher präsentieren das anerkannte Theoriegebäude einer Wissenschaft, sie schildern »Leistungen der Vergangenheit [...], die von einer bestimmten wissenschaftlichen Gemeinschaft eine Zeitlang als Grundlagen für ihre weitere Arbeit anerkannt werden.«³ Im Bereich der Massenkommunikationsforschung – als deren Teilbereich die empirische Mediengewaltforschung sich im Wissenschaftssystem etabliert hat – geschieht dies auffallend häufig durch wissenschaftshistorische Konturierung: Die Referenz auf die Vergangenheit geschieht hier nicht nur, um zentrale Leistungen, die das Theoriegebäude der Disziplin konturieren, zu beschreiben. Die historische Erbschaft wird auch so entworfen, dass sie einer aktuellen Forschungspolitik entspricht.⁴ Folgt man einem prominenten Modell dieser ›Lehrbuchgeschichten‹, einem Phasenmodell, das der Kommunikationsforscher Denis McQuail erstmals 1977 vorgestellt und damit die Lehrbuchgeschichtsschreibung der Wirkungsforschung entscheidend geprägt hat,⁵ ergibt sich ein historisches Bild,

-
- 1 Vgl. exemplarisch das Kapitel »Zur historischen Dimension der Diskussion um Mediengewalt«, in: Michael Kunczik: Gewalt und Medien, Köln, Weimar, Wien: Böhlau ³1996, S. 17-38.
 - 2 Hans-Jörg Rheinberger: »Mischformen des Wissens«, in: ders.: Iterationen, Berlin: Merve Verlag 2005, S. 74-100, hier S. 78.
 - 3 Thomas S. Kuhn: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen [1962], Frankfurt/Main: Suhrkamp ⁹1988, S. 25.
 - 4 Dass die ausgeprägte Selbsthistorisierung ein Sonderfall der Sozialwissenschaften ist, kann hier nur vermutet, aber nicht abschließend geklärt werden. Eine interdisziplinär vergleichende Studie zur Konzeptionalisierung der eigenen Geschichte in unterschiedlichen Disziplinen wäre wünschenswert.
 - 5 Vgl. D. McQuail: »Influence and Effects«, Eine Weiterentwicklung des Modells findet sich in Denis McQuail: Mass Communication Theory. An Introduction, London, Thousand Oaks, New Delhi: Sage Publications

nach dem der Beginn der empirischen Mediengewaltforschung in folgende Entwicklung einzuordnen ist:

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts herrschte die Annahme übermächtiger Medien vor – McQuail nennt diese Zeit die Phase der »all powerful media«. ⁶ Der Glaube an die Macht der neuen Massenmedien Presse, Film und Radio basierte nicht auf wissenschaftlicher Untersuchung, sondern allein auf der Beobachtung ihrer großen Reichweite und Popularität. Verstärkt wurde das Konzept der mächtigen Medien durch ihren Einsatz zu Propagandazwecken im Ersten Weltkrieg. Neben dieser im Alltagswissen verankerten Bestimmung lieferte Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts die europäische und nordamerikanische Soziologie einen ähnlichen Entwurf mächtiger Medien. ⁷ Die Konzeption von »Massenmedien« – in Verbindung mit einem vorwiegend negativen Verständnis von »Masse« ⁸ – wurde hier in den aus Industrialisierung und Urbanisierung resultierenden sozialen Wandel eingeordnet und teilweise mit Hoffnungen auf Sozialisation, ⁹ zum Teil mit Befürchtungen vor sozialer Desintegration ¹⁰ verknüpft.

In den 1920er und 1930er Jahren begann dann vor dem Hintergrund solcher Vorstellungen die sozialpsychologisch geprägte empirische Untersuchung von Medienwirkung. Es bildete sich das dominante Paradigma der Forschung heraus, nach dem Medien hinsichtlich ihrer Wirkungen zu untersuchen sind. Dieses Paradigma verband die Vorstellung mächtiger Medien mit dem Methodenarsenal der entstehenden empirischen Sozialwissenschaften: Datenerhebungen, Experimente und statisti-

³1994. McQuails Phaseneinteilung verwendet z.B. auch M. Schenk: Medienwirkungsforschung, S. 693-697. Kritisch beschreiben Frank Esser und Hans-Bernd Brosius die Prominenz des Modells in der Lehrbuchgeschichte Vgl. Frank Esser/Hans-Bernd Brosius: »Auf der Suche nach dem Stimulus-Response-Modell. Ein kritischer Beitrag zur Geschichtsschreibung der Medienwirkungsforschung«, in: Angela Schorr (Hg.), Publikums- und Wirkungsforschung. Ein Reader, Wiesbaden 2000: Westdeutscher Verlag, S. 55-70, hier S. 61f.

6 D. McQuail: Mass Communication Theory, S. 328.

7 Vgl. ebd., S. 34.

8 Der Begriff »Mass Communication«, in dem diese negative Konnotation ausgeblendet ist, taucht erst in den späten 1930er Jahren auf. Vgl. ebd., S. 35.

9 »Mass Media were a potential force for a new kind of cohesion, able to connect scattered individuals in a shared national, city and local experience.« Ebd., S. 34.

10 »While the fundamental changes were social and economic, it was possible to point to newspapers, film and other forms of popular culture (music, books, magazines, comics) as potential contributors both to individual crime and declining morality and also to rootlessness, impersonality and lack of attachment or community.« Ebd.

sche Analysen.¹¹ Jedoch führte der Einsatz empirischer Methoden – McQuail nennt den Vorgang »theory of powerful media put to the test«¹² – zu einer konzeptuellen Änderung, er leitet die zweite Phase der »natural history of media effect research and theory«¹³ ein. Die empirische Forschung differenziert nun einerseits ihre Methoden immer weiter aus und konzentriert sich andererseits auf die Untersuchung, inwiefern Medienwirkungen, etwa in politischen Kampagnen, gezielt eingesetzt oder wie mögliche schädigende Wirkungen – »in respect of delinquency, prejudice and aggression«¹⁴ – kontrolliert werden können. Solche Unternehmungen führten alsbald zu einer Ernüchterung, denn Ergebnis der experimentellen Studien war, dass Medien keine oder nur sehr geringe Wirkungen haben. Eine Neubestimmung wurde notwendig: »a new statement of conventional wisdom which assigned a much more modest role to media in causing any planned or unintended effects.«¹⁵ Vormalige Annahmen übermächtiger Wirkungen werden nun als unwissenschaftliche Mythen bezeichnet.

Bei dieser Desillusionierung blieb die Wirkungsforschung – in diesem historiografischen Modell – aber nicht stehen. In den 1960er Jahren – McQuail macht hier eine dritte Phase aus – gelangte die Forschung durch erneute methodische Differenzierung wiederum zu einer Modifizierung, die das Paradigma des geringen Effekts seinerseits zum Mythos erklärt und eine Rückkehr zum Konzept der »powerful media« einleitete. Die jüngste Zeit schließlich beschreibt McQuail als eine vierte Phase der Wirkungsforschung, in der sozialkonstruktivistische Ansätze rein quantitative Analysen zunehmend ablösen.

McQuails Phasenmodell repräsentiert insofern ein anerkanntes Theoriegebäude, als es eine Fortschrittsgeschichte der Forschung erzählt. Auch wenn kein geradliniger Anstieg des Wissens über Medienwirkung zu beobachten sei, konstatiert McQuail: »Even so, we can distinguish a number of stages in the history of the field which indicate some degree of ordered progression and reflect the accumulation of knowledge.«¹⁶ Auch wenn seine Paradigmenwechsel und Brüche dies nahe legen, unternimmt McQuail keine Geschichtsschreibung in Diskontinuitäten. Seine historische Erzählung ist vielmehr akkumulativ und kontinuierlich; sie lässt sich als positivistisches oder empiristisches Modell von Wissenschaftsgeschichte beschreiben. Historischer Wandel taucht in diesem Modell zwar auf der Ebene von einander ablösenden Theorien auf, jedoch findet dieser nur auf der Oberflächenstruktur der Wissenschaftsentwicklung statt. Im Modell ist nämlich eine tiefere, von den wechselnden Theorien unabhängige Schicht vorgesehen, die aus Beobachtungen und Experi-

11 Vgl. ebd., S. 42.

12 Ebd., S. 329.

13 Ebd., S. 328.

14 Ebd., S. 329.

15 Ebd.

16 Ebd., S. 328.

menten besteht. Diese Tiefenstruktur wird historisch als kontinuierliche Progressgeschichte gedacht: »The empirist or the positivist conceive of science as being founded upon accumulating observations that, as time goes by, get more precise and enlarge in scope.«¹⁷ Die positivistischen Voraussetzungen des Modells legen es nahe, Wissenschaftsgeschichte – so wie McQuail es tut – als Geschichte der Methoden und Forschungsergebnisse zu schreiben.¹⁸

Eine weitere Implikation des positivistisch-empiristischen Wissenschaftsmodells besteht – veranlasst durch die Kontinuitätsannahme – in der Suche nach Vorgängern und Antizipationen des aktuellen Stands der Forschung.¹⁹ In McQuails Modell ist dieser Aspekt weniger ausgeprägt, er findet sich aber in einem weiteren, insbesondere in den USA prominenten Ansatz: der biografisch perspektivierten Wissenschaftsgeschichte, orientiert an »Ahnen« und »Urahnen«, die der Kommunikationsforscher Wilbur Schramm – der selbst wiederum als Gründer dieser Forschung gilt²⁰ – 1963 erstmals darstellt²¹ und in seinen Memoiren anekdotisch fortsetzt.²² Als »Forefathers« der US-amerikanischen Kommunikationsforschung nennt Schramm den Soziologen Paul Lazarsfeld, die Psychologen Kurt Lewin und Carl Hovland sowie den Politologen Harold Lasswell²³ und ordnet jedem eine spezifische Rolle in der Etablierung

17 M. Kusch: Foucault's Strata, S. 87. Kusch beschreibt diese Konzeption von Wissenschaftsgeschichte in Anlehnung an Peter Galison: »History, Philosophy, and the Central Metaphor«, in: Science in Context 2 (1988), S. 197-212.

18 Vgl. M. Kusch: Foucault's Strata, S. 88.

19 Vgl. ebd.

20 Vgl. Everett M. Rogers: A History of Communication Study. A Biographical Approach, New York: Free Press 1994. Rogers weitet in seinem historiografischen Modell den Kreis der Urahnen auf Charles Darwin, Sigmund Freud und Karl Marx aus.

21 Vgl. Wilbur Schramm: »Kommunikationsforschung in den Vereinigten Staaten«, in: ders. (Hg.), Grundfragen der Kommunikationsforschung [The Science of Human Communication 1963], München: Juventa ⁵1973, S. 9-26.

22 Vgl. Wilbur Schramm: The Beginnings of Communication Study in America. A Personal Memoir, Thousand Oaks, London, New Delhi: Sage Publications 1997.

23 Ebd., S. 19. Schramm nennt zwar noch andere »Ahnen« der Kommunikationsforschung – wie die Sozialwissenschaftler Walter Lippman, Charles Horton Cooley und Robert Ezra Park oder den Anthropologen Edward Sapir –, er bezeichnet aber nur Lasswell, Lazarsfeld, Lewin und Hovland als »Vorväter«. Diese Auswahl bezeichnet Schramm als gerechtfertigt, weil alle vier Forscher den empirischen Zugang in den Vordergrund rücken, weil sie die Massenmedien in Relation zu ihren Kommunikationsstudien setzen

des universitären Forschungsunternehmens zu.²⁴ Die vier »Forefathers« formieren eine spezifische interdisziplinäre Zusammenstellung, mit der Schramm die *communication study* konturiert. Dies geschieht nicht durch abstrakte Festlegung eines Forschungsprogramms, sondern durch das Postulat einer »natürlichen« historischen Entwicklung, bei der einzelne Forscherpersönlichkeiten die Bürgschaft für forschungspolitische Versatzstücke übernehmen.

Wenn im Folgenden eine diskurshistorische Perspektive gewählt wird, um die Herausbildung der Mediengewaltforschung zu beschreiben und eine historische Diskurskritik ihrer zentralen Regeln vorzunehmen, geht es nicht darum, die Geschichte neu bzw. anders und besser zu *erzählen*. Vielmehr soll der Fokus von einer kontinuierlichen *Geschichte* der Disziplin zur *Geschichtlichkeit* ihrer Diskursregeln hin verschoben werden. Der hier gewählte Anschluss an Methoden Foucaults – an seine archäologischen und genealogischen Projekte – macht dabei vornehmlich zwei Aspekte produktiv: Zum einen die Historisierung von vorgeblich ahistorischen Dingen,²⁵ zum anderen die Zurückweisung eines Geschichtsmodells, das auf Kontinuität setzt, ohne allerdings dies durch ein Modell der Diskontinuitäten – etwa durch ein Modell, das Wissenschaftsgeschichte in Revolutionen denkt – zu ersetzen.²⁶

und weil »all of them were deeply interested in examining the effects of communication in life as well as in laboratories or in books.« Ebd.

- 24 Lazarsfeld bringt als empirisch forschender Soziologe, der sich für das Publikum und die Wirkung der neuen Massenkommunikationsmittel interessiert, in den frühen 1930er Jahren entscheidende Forschungsimpulse aus Wien in die USA; ebenso Kurt Lewin, der sich als Gestalt- und Experimentalpsychologe vornehmlich für Gruppenkommunikation interessiert und eine psychologische Komponente in die sich neu konstituierende Disziplin einbringt. Ebenfalls dem experimentalpsychologischen Bereich ordnet Schramm seinen »Gründungsvater« Hovland zu. Den Bereich der Propagandaforschung bringt der Politologe Harold Lasswell in die Gründung der *communication study* ein. Vgl. W. Schramm: »Kommunikationsforschung«.
- 25 Vgl. hierzu M. Saar: »Genealogie«, S. 162f.: »Aber was historisiert eine Genealogie? Sie historisiert Dinge, die bisher keine signifikante Geschichte hatten und vergrößert so das Feld des Historischen.«
- 26 Foucault beschreibt in seiner Inauguralvorlesung am Collège de France zwar die Diskontinuität als zentrale Implikation seines genealogischen Projekts: »Die grundlegenden Begriffe, die sich jetzt aufdrängen, sind nicht mehr diejenigen des Bewußtseins und der Kontinuität (mit den dazugehörigen Problemen der Freiheit und der Kausalität), es sind auch nicht die des Zeichens und der Struktur. Es sind die Begriffe des Ereignisses und der Serie, mitsamt dem Netz der daran anknüpfenden Begriffe: Regelmäßigkeit, Zufall, Diskontinuität, Abhängigkeit, Transformation.« Michel Foucault: Die Ordnung des Diskurses. Inauguralvorlesung am Collège de France, 2.12.1970, Frankfurt/Main: Fischer 1991, S. 36. Kusch kann aber plausibel

Die diskurshistorische Perspektivierung der Formel ›Mediengewalt‹ in den unterschiedlichen Formen der Konzeptualisierung von Medienwirkung, um die es im Folgenden geht, verfolgt das grundsätzliche Anliegen, eine Annahme des gegenwärtigen Diskurses zu historisieren: Die apriorische Setzung, nach der ein wissenschaftlicher Beweis von Mediengewalt sich einer übertriebenen Furcht vor schädlicher Medienwirkung entgegenstellt und diese rationalisiert, soll durch eine historische ›Gewordenheitskritik‹ infrage gestellt werden. Die Erfolgs- und Fortschrittsgeschichten – so gilt es zu zeigen – sind ein programmatisches Postulat, das Aporien und Störungspotenziale im Projekt der Wirkungsvermessung unsichtbar halten soll. Es wird davon ausgegangen, dass unterschiedliche Verfahren der Unsichtbarmachung installiert werden, wenn sich die Mediengewaltforschung im etablierten Wissenschaftsfeld konstituiert.

Schädliche Medienwirkung ist in den der Etablierung vorangehenden historischen Aushandlungsprozessen noch nicht in der Weise formatiert, wie sie als diskursiver Gegenstand im etablierten Feld auftaucht. Jedoch stehen die ›genealogischen Pfade‹ dem Diskursfeld um die Mitte des 20. Jahrhunderts auch nicht unverbunden gegenüber, sie fungieren vielmehr als seine historische Bedingung und rahmen es auch weiterhin. Sie sind Voraussetzung dafür, dass die Mediengewaltforschung schließlich die ›Schwelle der Wissenschaftlichkeit‹ überschreitet. Im folgenden Kapitel wird es um die *epistemologischen* Voraussetzungen gehen.

nachweisen, dass Foucault in seinen diskurshistorischen Projekten durchaus auch auf Kontinuität setzt. Die Archäologie beschreibt Kusch daher als Methode ›beyond continuity and discontinuity‹. M. Kusch: Foucault's Strata, S. 83.

1 WIRKUNG: EPISTEMOLOGIE DES MESSENS

Sozialstatistische Positivitäten und die Objektivierung der Gesellschaft

Im einleitend beschriebenen Beispiel des Erfurter Amoklaufs finden Zahlen als Autorität, die einen definitiven Beweis verbürgen soll, Eingang in die Debatte: bei 10-15 Prozent aller Kinder und Jugendlichen, d.h. bei 1,5 Millionen in Deutschland, erhöht mediale Gewaltdarstellung die Gewaltbereitschaft, so die Behauptung des Münchener Mediengewalt-Kongresses, die keinen Zweifel an der ›Objektivität‹ gefährlicher Medienwirkung lässt. Statistik – denn um statistisches Wissen handelt es sich, wenn Zahlen hier als Beweise zum Einsatz gebracht werden – »ist ein leistungsstarker Mechanismus zur Erzeugung objektiven Wissens«.¹ Ein Mechanismus, der brüchig und anfechtbar, aber dennoch unverzichtbar ist, denn er scheint »aus heiß umstrittenen Themen lösbare Probleme machen zu können.«² Woher aber gewinnt statistisches Wissen seine Au-

-
- 1 Gerd Gigerenzer u.a.: Das Reich des Zufalls. Wissen zwischen Wahrscheinlichkeiten, Häufigkeiten und Unschärfen, Heidelberg, Berlin: Spektrum Akademischer Verlag 1999, S. 256. Die sechs Autoren der kollektiv verfassten Studie seien hier vollständig genannt, da die Darstellung in diesem Kapitel von der Studie sehr profitiert. Es handelt sich um renommierte Forscher der *science studies*: Gerd Gigerenzer, Zeno Swijtink, Theodore Porter, Lorraine Daston, John Beatty, Lorenz Krüger. Die Forschergruppe hat im akademischen Jahr 1982/83 an dem Projekt ›The Probabilistic Revolution‹ am Zentrum für interdisziplinäre Forschung in Bielefeld teilgenommen, dessen Ergebnisse in zwei Bänden veröffentlicht wurden (vgl. Lorenz Krüger/Lorraine Daston/Michael Heidelberger (Hg.): The Probabilistic Revolution, Bd. 1. Ideas in History, Cambridge/MA, London: MIT Press 1987; Lorenz Krüger/Gerd Gigerenzer/Mary S. Morgan (Hg.): The Probabilistic Revolution, Bd. 2. Ideas in the Sciences, Cambridge/MA, London: MIT Press 1987). Das Autorenkollektiv greift in seiner Darstellung des ›Reichs des Zufalls‹ auf diese Ergebnisse zurück.
 - 2 G. Gigerenzer u.a.: Reich des Zufalls, S. 258. Ein US-amerikanisches Statistik-Lehrbuch aus den 50er Jahren definiert Statistik zuversichtlich als »Zusammenfassung von Methoden, welche uns erlauben, vernünftige Entscheidungen im Falle von Ungewißheit zu treffen.« Allen W. Wallis/Harry

torität? Wie, wenn überhaupt, gelingt es ihm, dem Zusammenhang, dessen objektive Vermessung es postuliert hat, Geltung zu verleihen? Welche Bedeutung und welche Konsequenzen hat eine auf diese Weise als *objektiv* bezeichnete Messung?

Diese Fragen rechtfertigen einen historischen Sprung, denn sie führen in Prozesse, vornehmlich des 18. und 19. Jahrhunderts, die in den bereits erwähnten *governmentality studies* unter dem Stichwort ›Biomacht‹ bzw. ›Biopolitik‹ verhandelt werden und im Rahmen der neueren Wissenschaftsforschung als ›probabilistische Revolution‹ geläufig sind. Die Objektivität der statistischen Zahl ist in Kontroversen ausgehandelt worden, noch bevor zu Beginn des 20. Jahrhunderts objektiv-statistisches Wissen über die positive oder negative Wirkung der Verbreitungsmedien mehr und mehr als Verfahren zum Einsatz kommt, um das unsichtbare Publikum als empirische Größe zurückzugewinnen. Wenn statistisches Wissen antritt, das unter Bedingungen der ›Massenkommunikation‹ entstehende Adressierungsproblem zu lösen, greift es auf ältere Aushandlungsprozesse zurück.

Im 18. Jahrhundert beginnt sich unter dem neu geprägten Begriff ›Statistik‹³ eine »Wissenschaft vom Staat«⁴ herauszubilden. Es ist der Sta-

V. Roberts: Methoden der Statistik. Anwendungsbereiche, 400 Beispiele, Verfahrenstechniken [1956], Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1973, S. 1.

- 3 Gottfried Achenwall wird zugeschrieben, den Begriff 1748 aus dem italienischen ›statista‹ (Staatsmann) und ›ragione di stato‹ abgeleitet und als ›Lehre von der Staatsverfassung eines oder mehrerer einzelner Staaten‹ bzw. als Lehre von den ›Staatsmerkwürdigkeiten‹ eingeführt zu haben. Vgl. Heinz Maus: »Zur Vorgeschichte der empirischen Sozialforschung«, in: René König (Hg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 1. Geschichte und Grundprobleme der empirischen Sozialforschung, Stuttgart: Enke³1973, S. 21-56, hier S. 23; Eckart Elsner: »Entwicklungslinien der Statistik«, in: Humanismus und Technik 18 (1974), S. 132-155, hier S. 143; Eckart Pankoke: »Soziologie, Gesellschaftswissenschaften«, in: Otto Brunner u.a. (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, 7 Bde., Stuttgart: Klett 1972ff, Bd. 4 (1978), S. 997-1032, hier S. 999; Andreas Diekmann: Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt⁹2002, S. 80.
- 4 M. Foucault: Gouvernementalität I, S. 152. Die Geschichte der Statistik – verstanden als ›Zählung‹ oder ›Erhebung‹ – lässt sich bis zu Großzählungen in Israel, Ägypten oder dem Römischen Reich zurückverfolgen. Vgl. E. Elsner: »Statistik«, S. 132. Statistik als Staatswissenschaft entsteht, wenn sich Verfahren des Zählens mit mathematischen Methoden der wissenschaftlichen Berechnung zu verbinden beginnen. In Statistikgeschichten werden hier vornehmlich zwei Entwicklungslinien geltend gemacht: die quantifizierende ›politische Arithmetik‹ in England und die in Deutschland entstehende, eher beschreibende Universitätsstatistik. Vgl. A. Diekmann:

tistik trotz ihrer historischen Transformation in die unterschiedlichsten Anwendungsgebiete bis heute eigentümlich, eine Verknüpfung aus Praktiken des Regierens und wissenschaftlichem Wissen zu sein.⁵ Foucault beschreibt die Statistik als einen der »technischen Hauptfaktoren«⁶ für die Herausbildung einer Regierungskunst im 18. Jahrhundert, in der die alten Strukturen der Souveränität überwunden und neue Techniken des Regierens in der Form der politischen Ökonomie installiert werden. Statistik ermöglicht es, Regieren nicht mehr am – für ihre Dimensionen unzulänglichen – Modell der Familie auszurichten, also den Staatenlenker als Familienvater zu beschreiben, sondern die Bevölkerung als Gegenstand der Gouvernamentalität – Foucaults Ausführungen lassen sich hier zuspitzen – sichtbar zu machen:

»In der Tat, jene Statistik, die bis dahin innerhalb von Verwaltungsrahmen und demnach innerhalb des Funktionszusammenhangs der Souveränität funktioniert hatte, dieselbe Statistik offenbart und zeigt allmählich, daß die Bevölkerung ihre eigenen Regelmäßigkeiten hat: ihre Anzahl an Toten, ihre Anzahl an Kranken, ihre Regelmäßigkeiten bei Unfällen. [...] Die Statistik läßt, indem sie die der Bevölkerung eigenen Phänomene zu quantifizieren erlaubt, deren nicht auf den kleinen Rahmen der Familie reduzierbare Eigenart zutage treten.«⁷

Für die Handlungen der Regierung ist nach dieser Umstellung auf Gouvernamentalität im 18. Jahrhundert also nicht mehr der Mikrokosmos der Familie relevant, die Bedeutung des einzelnen Individuums für die Praktiken der Regierungskunst verschiebt sich. Statt des Individuums tritt die Bevölkerung als »politisches Subjekt« zutage.⁸ Die statistische Sicht-

Empirische Sozialforschung, S. 78-81. In der Lehrbuchgeschichtsschreibung der empirischen Sozialforschung wird häufig der Methodenstreit zwischen quantitativen und qualitativen Methoden auf diese beiden Entwicklungsstränge zurückdatiert. Vgl. ebd., S. 81: »Im Hinblick auf die teilweise hitzige Debatte über quantitative und qualitative Forschungsmethoden sollte man sich bewußtmachen, daß der Kern der Kontroverse ganz und gar nicht neuen Datums ist.«

5 Alain Desrosière liest in seiner statistikhistorischen Studie *The Politic of Large Numbers* statistische Praktiken insbesondere auf diese Doppelbedeutung hin: »Because it holds its persuasive power from a double reference to two generally distinguished principles of solidification – that of science and that of the state – the space of statistical information is especially significant if one wishes to study whatever makes a public sphere both possible and impossible.« Alain Desrosière: *The Politic of Large Numbers. A History of Statistical Reasoning*, Cambridge/MA, London: Harvard University Press 1998, S. 325.

6 M. Foucault: *Gouvernamentalität I*, S. 156.

7 Ebd., S. 157.

8 Ebd., S. 70.

barmachung der Bevölkerung, die Foucault hier mit der Irrelevanz des Individuums⁹ für die Regierungskunst in Verbindung bringt, haben Autoren im Anschluss an Foucault – wie etwa François Ewald – als eine andere Form der Individualisierung präzisiert,¹⁰ denn sie bedeutet nicht nur eine Neu-Konzeptualisierung des Kollektivs, sondern auch das Erscheinen eines neuen Verständnisses des Subjekts: Das vernünftige Individuum der Aufklärung muss dem statistischen Durchschnittsmenschen weichen, einem Kollektivsubjekt, das die Bevölkerung objektivieren soll. Das, worauf die statistischen Methoden in ihrer Funktion als »Sicherheitsdispositiv« zugreifen, was sie sichtbar und auf diese Weise regierbar machen sollen, bezeichnet Foucault als die »Bevölkerung in ihrer Naturalität«, als »Gesamtheit natürlicher Phänomene«;¹¹ er spricht auch von einer Regierung der Dinge »auf der Ebene ihrer Natur« bzw. von einer »Steuerung im Element der Realität«.¹² Foucault scheint sich hier ein Stück weit das optimistische Postulat der Sozialstatistiker des 18. und 19. Jahrhunderts zu Eigen zu machen, nach dem es qua statistischer Erhebung möglich wäre, das Abstraktum »Bevölkerung« und ihre Gesetzmäßigkeiten als »reale« Kategorien plausibel zu machen.

Auf welche Vorgänge innerhalb der »Staatswissenschaft« Statistik Foucault referiert, wenn er von der Erfassung der Bevölkerung in ihren Gesetzmäßigkeiten spricht, lässt sich mit einem Blick auf den Umstellungsprozess Ende des 18./Anfang des 19. Jahrhunderts deutlicher machen, den Lorraine Daston als Wechsel von »Probability to Statistics«¹³ beschreibt: Die klassische Wahrscheinlichkeitstheorie verliert ihren Geltungsbereich und die neue Berechnung von Wahrscheinlichkeiten findet in der Statistik ihr wichtigstes Anwendungsgebiet.¹⁴

-
- 9 Relevant ist das Individuum nur noch als »Instrument [...], als Relais oder Bedingung, um etwas auf der Ebene der Bevölkerung durchzusetzen.« Ebd. Ein Instrument ist das Individuum hinsichtlich seiner Körperlichkeit, die ein zentrales Bezugsproblem einer biopolitischen Regulation ist.
 - 10 François Ewald: *Der Vorsorgestaat*, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1993, S. 192: »Mit der Theorie des Durchschnittsmenschen begründet Quételet einen Modus der Individualisierung der Individuen, der nicht mehr von ihnen selbst ausgeht, von dem, was ihre Natur ist oder ihr Ideal zu sein hätte, sondern von der Gruppe, der sie angehören.«
 - 11 M. Foucault: *Gouvernementalität I*, S. 505.
 - 12 Ebd., S. 75 u. S. 76.
 - 13 Vgl. Lorraine Daston: »Rational Individuals versus Laws of Society. From Probability to Statistics«, in: Krüger/Daston/Heidelberger (Hg.), *The Probabilistic Revolution*, Bd. 1 (1987), S. 296-304.
 - 14 Vgl. G. Gigerenzer u.a.: *Reich des Zufalls*, S. 59.

In der klassischen Wahrscheinlichkeitstheorie,¹⁵ der nicht an einer Zählung der Bevölkerung, sondern an einem mathematischen Kalkül des Zufalls gelegen ist, wird dennoch schon die Hoffnung gehegt, man könne die Gesellschaft im Sinne einer ›mathematique sociale‹ (Condorcet) erfassen. Mathematiker wie Jakob Bernoulli oder Pierre Simon de Laplace streben an, das Kalkül der Wahrscheinlichkeit für die *moral sciences* der Aufklärung fruchtbar zu machen. Zentral für diese Beschreibung der Gesellschaft ist das rationale Individuum, dessen Vernunft »als implizite Kalkulation«, als »zuverlässiges Rechnen« verstanden wird. Im Sinne der wahrscheinlichkeitstheoretischen Vertreter der *moral sciences* forderten deshalb staatliche Gesetze »Gehorsam im selben Sinne, in dem mathematische Beweise Zustimmung erzwingen, nämlich durch einen Appell an die Vernunft«. Die gesellschaftliche Ordnung ergibt sich in diesem Verständnis nicht durch Gesetzmäßigkeiten oder Strukturen der Bevölkerung, sondern wird durch eine Elite vernünftig denkender Einzelner hergestellt.¹⁶

Diese soziale Mathematik der klassischen Wahrscheinlichkeit erodiert Ende des 18. Jahrhunderts:¹⁷ »Die Wahrscheinlichkeitstheoretiker des neunzehnten Jahrhunderts vollzogen die Wende von der Rationalität der Wenigen zur Irrationalität der Vielen.«¹⁸ Mit dieser Umstellung fest verbunden ist der Name des belgischen Astronomen Adolphe Quetelet. Im Gegensatz zur *sozialen Mathematik* der Aufklärung nennt er sein Programm einer Mathematisierung der Gesellschaft, das eine neue Allianz zwischen mathematischer Wahrscheinlichkeit und Gesellschaftstheorie entwirft, *physique sociale*.¹⁹

Indem Quetelet das Wahrscheinlichkeitskalkül auf die Statistik anwendet, gelingt ihm die Berechnung von Mittelwerten, die es ihm seiner Ansicht nach ermöglichen, durch die individuelle Verschiedenheit und Variation der Phänomene hindurch das Gesetz der ›Natur‹ ausfindig zu machen. Ein neuer Blick auf das Verhältnis von Wahrscheinlichkeitstheorie und statistischen Daten macht Quetelet die Anwendung der Gauß-

15 Vgl. hierzu Ian Hacking: *The Emergence of Probability. A Philosophical Study of Early Ideas About Probability, Induction, and Statistical Inference*, Cambridge, London, New York: Cambridge University Press 1975.

16 G. Gigerenzer u.a.: *Reich des Zufalls*, S. 53f., Zitate: S. 54.

17 Daston sieht in der Französischen Revolution den Auslöser dafür, dass der Glaube an ein vernünftiges Individuum ins Wanken gerät. Vgl. L. Daston: *Rational Individuals*, S. 300.

18 G. Gigerenzer u.a.: *Reich des Zufalls*, S. 57. Vgl. zu dieser Umstellung auch Theodore Porter: *The Rise of Statistical Thinking. 1820-1900*, Princeton: Princeton University Press 1986.

19 Quetelets Programm wurde in der empirischen Medienforschung insbesondere von Lazarsfeld und seinen Mitarbeitern aufgegriffen. Vgl. Wolfgang Hagen: »Lazarsfelds ›Soziale Physik‹. Für eine Archäologie der Demoskopie«, in: ders.: *Gegenwartsvergessenheit. Lazarsfeld – Adorno – Innis – Luhmann*, Berlin: Merve Verlag 2003, S. 23-36.

schen Glockenkurve auf gesellschaftliche Daten möglich, die eine Normalverteilung im Bereich der Gesellschaft sichtbar macht.²⁰ Je größer die Zahl der beobachteten Individuen, so Quetelet, desto mehr verschwinden ihre individuellen Besonderheiten, und die im Normalbereich situierten »Tatsachen« der Gesellschaft treten hervor. Da er es für unmöglich hält, direkt zu einer adäquaten Erkenntnis des Individuums zu gelangen, wählt Quetelet den aus seiner Sicht notwendigen »Umweg« über das Kollektiv. Geleitet ist diese Vorgehensweise von dem Glauben, dass regelmäßige Muster, die auf der Ebene des Individuums unsichtbar sind, auf der sozialen Ebene sichtbar werden.²¹ Diesen Umweg stellt die Berechnung des *homme moyen* dar, ein Kollektivsubjekt, das die Gesellschaft nicht mehr als Ansammlung rationaler Individuen denkt, sondern als ein einziges, »politisches Subjekt«. Dieses Subjekt enthält das die physischen, moralischen und intellektuellen Eigenschaften aller Individuen in ihrem Mittelwert:

»Der Mensch, wie ich ihn hier betrachte, ist in der Gesellschaft dasselbe, was der Schwerpunkt in den Körpern ist; er ist das Mittel, um das die Elemente der Gesellschaft oszillieren; er ist, wenn man so will, ein fingiertes Wesen, bei dem alle Vorgänge den in bezug auf die Gesellschaft erlangten mittleren Ergebnissen entsprechen werden.«²²

-
- 20 Die Glockenkurve wurde in der Astronomie zur Kontrolle von Messfehlern entwickelt. Sie erlaubt die Darstellung, dass sich die Ergebnisse in einem mittleren Bereich – in einem mittleren Wert – häufen; extreme Messwerte finden sich an den auslaufenden Enden der Kurve. Vgl. Ian Hacking: *The Taming of the Chance*, Cambridge u.a.: Cambridge University Press 1990, S. 106f.
- 21 Quetelets »unshakable faith« in dieses Potenzial der Statistik (L. Daston: »Rational Individuals«, S. 301) scheinen nicht nur Historiografien der empirischen Sozialforschung zu teilen (vgl. H. Maus: »Vorgeschichte«, S. 25). Auch Foucault vermittelt den Eindruck, in seinen Beschreibungen von Bezugsproblemen der Biomacht diese Zuversicht zu teilen: »Wie Sie sehen, handelt es sich um kollektive Phänomene, die in ihren ökonomischen und politischen Wirkungen erst auf der Ebene der Masse in Erscheinung [sic] treten und bedeutsam werden. Es sind zufällige und unvorhersehbare Phänomene, wenn man sie individuell für sich nimmt, die jedoch auf kollektiver Ebene Konstanten aufweisen, die ausfindig zu machen leicht oder immerhin möglich ist.« Michel Foucault: *In Verteidigung der Gesellschaft*, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1999, S. 283f.
- 22 Adolphe Quetelet: *Soziale Physik oder Abhandlung über die Entwicklung und Fähigkeiten des Menschen* [1869], 2 Bde., Jena: Verlag von Gustav Fischer 1914, Bd. 1, S. 165. Hinsichtlich der Frage, ob Quetelet den *homme moyen* als reales Subjekt gedacht hat, besteht kein Konsens in der Sekundärliteratur. Nach Ewald erhebt Quetelet für seinen Durchschnittsmenschen keinen realistischen Anspruch, dieser sei nichts anderes als »die Gesell-

Gerade mittels der Wahrscheinlichkeitstheorie, die im 18. Jahrhundert noch vernünftige Individuen berechnet hat, entwirft Quetelet damit ein antipsychologisches Gesellschaftskonzept. Mit dem mittleren Menschen führt er eine Größe zur objektiven Messung und statistischen Repräsentation der Gesellschaft ein.²³

Aber das neue Kollektivsubjekt hat eine doppelte Konsequenz: »[...] the average man led to both a new kind of information about populations and a new conception of how to control them.«²⁴ Ian Hacking hat deutlich gemacht, dass durch die »Zahlenlawine«,²⁵ die im 19. Jahrhundert in Gang gesetzt wird, indem durch die Installation einer statistischen Bürokratie alle Bereiche der Bevölkerung vermessen werden, soziale Phänomene nicht einfach gezählt, sondern gleichzeitig klassifiziert und auf diese Weise kontrolliert werden: »Categories had to be invented into which people could conveniently fall in order to be counted.«²⁶ Voraussetzung für den Siegeslauf der Statistik ist nach Hacking der Zerfall des traditionellen, metaphysischen Determinismus.²⁷ Der daraufhin entstehende In-

schaft selbst, so wie sie von der Soziologie objektiviert wird.« F. Ewald: Vorsorgestaat, S. 190. Die »Woge von Kritiken«, die Quetelets fiktiver Figur entgegenschläge, werde meist aus einer realistischen Perspektive formuliert und zeuge von den »Schwierigkeiten, die Auswirkungen und Verschiebungen jener soziologischen Dezentrierung zu denken, die von der Soziologie in die Wissenschaft vom Menschen eingeführt wurden.« Ebd., S. 191. Ebenso beschreibt Diekmann den *homme moyen* als »oft mißverstandene Kunstfigur.« A. Diekmann: Empirische Sozialforschung, S. 82. Hacking dagegen argumentiert, Quetelet hätte den Durchschnittsmenschen durchaus realistisch verstanden, darin läge sogar die Besonderheit seines Programms: »He transformed the theory of measuring unknown physical quantities, with a definite probable error, into the theory of measuring ideal or abstract properties of a population. Because these could be subjected to the same formal techniques they became real quantities. This is a crucial step in the taming of chance. It began to turn statistical laws that were merely descriptive of large-scale regularities into laws of nature and society that dealt in underlying truths and causes.« I. Hacking: Taming of Chance, S. 108.

23 Vgl. L. Daston: »Rational Individuals«, S. 301-302; F. Ewald: Vorsorgestaat, S. 174-206; I. Hacking: Taming of the Chance, S. 105-114; A. Diekmann: Empirische Sozialforschung, S. 28f.

24 I. Hacking: Taming of Chance, S. 108.

25 Vgl. Ian Hacking: »Biopower and the Avalanche of Printed Numbers«, in: Humanities in Society 5 (1982), H. 3-4, S. 279-295.

26 I. Hacking: Taming of Chance, S. 3.

27 Der metaphysische Determinismus kann folgendermaßen charakterisiert werden: »Da alle Ereignisse oder Zustände, die jetzt betrachtet werden, eine Vorgeschichte haben, mußten sie zwangsläufig eintreten. Anders gesagt: Für jede gegebene Vergangenheit gibt es nur eine einzige, eindeutig deter-

determinismus setzt zwar den Zufall frei, jedoch bedeutet dies nicht, dass damit der menschlichen Willensfreiheit ein Weg bereitet wäre. Stattdessen erfährt der aufscheinende Zufall sofort eine ›Zähmung‹, indem er in einen neuen, nämlich statistischen Determinismus überführt wird. Die Emergenz einer statistischen Bürokratie reduziert die menschlichen Freiheiten, indem sie die Gesetzmäßigkeiten der Bevölkerung bestimmt. Die statistische Zähmung des Zufalls greift nach Hacking gerade deshalb, weil ein soziales Gefüge dem traditionellen Determinismus nicht mehr vollständig unterworfen ist. Die Möglichkeiten des Zwangs durch numerische Kategorisierung sind umso größer, je weniger die Vorstellung einer metaphysischen Determinierung noch virulent ist.²⁸ Die Abkehr von Vorstellungen der Determination, die mit dem Siegeszug der statistischen Wahrscheinlichkeit einhergeht, vergrößert deren Zugriffsraum: »[D]ie Herrschaft der Zahlen wurde flexibler gestaltet, damit ihre Grenzen erweitert werden konnten.«²⁹

Besonders deutlich wird diese statistische Festlegung des Individuums in der Messung von Abweichungen, die im Mittelpunkt der ersten Bemühungen steht, statistische Gesetze in der Bevölkerung auszumachen. Diese Festlegung, so Hacking, ist bis heute virulent:

»Most of the law-like regularities were first perceived in connection with deviancy: suicide, crime, vagrancy, madness, prostitution, disease. This fact is instructive. It is now common to speak of information and control as a neutral term embracing decision theory, operations research, risk analysis and the broader but less well specified domains of statistical inference. We shall find that the roots of the idea lie in the notion that one can improve – control – a deviant subpopulation by enumeration and classification.«³⁰

Quetelet impliziert in seinem Entwurf des Durchschnittsmenschen ein wertendes Moment, er idealisiert den *homme moyen* »als den goldenen Mittelweg zwischen schädlichen Extremen [...] und als die Verkörperung der Mäßigung in einer ewig durch Revolutionen gefährdeten Welt.«³¹ Mit dieser Idealisierung geht eine Festlegung dessen einher, was als ›normal‹ zu gelten hat und was als Abweichung der Kontrolle bedarf. Die Bevölkerung erfährt eine Normalisierung, die Gesellschaft wird zur Normalisierungsgesellschaft.³² Statistik ist also kein neutrales Wissen,

minierte Zukunft.« Diese Ansicht wird von Vertretern der klassischen, vorstatistischen Wahrscheinlichkeitstheorie wie Jakob Bernoulli oder Pierre Simon de Laplace vertreten. G. Gigerenzer u.a.: Reich des Zufalls, S. 301.

28 Vgl. Ian Hacking: »How Should We Do the History of Statistics?«, in: Burchell/Gordon/Miller (Hg.), *The Foucault Effect* (1991), S. 181-195.

29 G. Gigerenzer u.a.: Reich des Zufalls, S. 310.

30 I. Hacking: *Taming of Chance*, S. 3.

31 G. Gigerenzer u.a.: Reich des Zufalls, S. 75.

32 Foucault beschreibt die Normalisierung in Abgrenzung zur Norm bzw. zur Disziplinierung: »Hier [im System der Normalisierung, I.O.] haben wir

sondern Machtwissen, das Möglichkeiten der Kontrolle eröffnet. Autorität gewinnt sie durch ihre Verknüpfung von Regierungstechniken und wissenschaftlichen Praktiken, jedoch vor allem durch ihr Verfahren, soziale Phänomene sichtbar zu machen und damit als »reale Gegebenheiten« herauszustellen.

Die Verfahren der Statistik erlauben aber nicht nur, die Ränder der Normalverteilung zu bestimmen, sie verschieben auch die Abweichung – umgerechnet in ein Risiko, das alle betrifft – in den Durchschnittsbereich. In den statistischen Mittelwerten glauben die Sozialstatistiker des 19. Jahrhunderts, selbst die Irrationalitäten und Gefahren innerhalb der Bevölkerung in geordneter Form ausfindig machen zu können. Auch im Durchschnittsmenschen bleibt durch die wahrscheinlichkeitstheoretische Rechenoperation »eine gewisse Neigung zum Verbrechen« übrig. Doch diese Neigung zur gesellschaftlichen Gefahr kann mittels des *homme moyen* auf der Ebene der Bevölkerung lokalisiert und so als eine durch die Gesellschaft bedingte Krankheit identifiziert werden. Indem sie »Handlungen gegen die Gesellschaft [als] Produkte der gesellschaftlichen Bedingungen« herausstellt, macht die Sozialstatistik Heilungsangebote. Sie kann darauf hinweisen, dass Maßnahmen der Sozialhygiene notwendig sind. Aufgabe der *physique sociale* ist es also, gesellschaftliche Störungen zu erkennen und zu vermeiden zu helfen. Das Verbrechen wird der Gesellschaft und ihrer Fähigkeit zur Verbesserung überantwortet, der Verbrecher selbst ist dann kein willentliches Individuum mehr, sondern ein Opfer der gesellschaftlichen Umstände.³³

Welche Bedeutung hat diese Konstellation aber als Vorgeschichte der Mediengewaltforschung? Unter diesen historischen Bedingungen des 19. Jahrhunderts steht ein statistisches Dispositiv zur Verfügung, das seine Autorität aus seiner engen Verknüpfung mit der Regierungskunst bezieht. Dieses Dispositiv ist in der Lage, den gesellschaftlichen Normalbereich festzulegen und seine Abweichungen zu kontrollieren. Dennoch wäre es außerordentlich schwierig, qua Statistik eine Gewalttat als schädliche Medienwirkung zu diagnostizieren. Was zu Beginn des 21. Jahrhunderts nahe liegt und schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein erfolgreiches Verfahren ist – einen jugendlichen Verbrecher mit der Autorität der beweisenden Zahlen als Mediennutzer zu identifizieren –,

[...] eine Ortung des Normalen und des Anormalen, eine Ortung der verschiedenen Normalitätskurven, und der Vorgang der Normalisierung besteht darin, diese Normalitätsaufteilungen wechselseitig in Gang zu setzen und auf diese Weise zu bewirken, daß die ungünstigsten auf die günstigsten zurückgeführt werden.« M. Foucault: *Gouvernementalität I*, S. 98.

- 33 G. Gigerenzer u.a.: *Reich des Zufalls*, S. 63-65, Zitate: S. 63. Kritisiert wurde des Modell u.a. mit dem Argument, es unterstelle einen statistischen Determinismus, der die Willensfreiheit des Subjekts untergräbt, da es in den Berechnungen der Sozialstatistik gar nicht anders kann, als zum Verbrecher zu werden. Hacking beschreibt diese Befürchtung unter dem Stichwort »statistical fatalism«. Vgl. I. Hacking: *Taming of Chance*, S. 115-124.

wäre zu diesem historischen Zeitpunkt noch nicht denkbar. Dies liegt nicht so sehr an der noch zu geringen Verbreitung der Massenmedien, was sie noch nicht als ›allgegenwärtig‹ und ›all-inklusiv‹ beschreibbar macht. Auch ist der Grund weniger in der noch nicht ausreichenden statistischen Vermessung des Medienpublikums zu suchen. Zwei andere Gründe sind sehr viel wichtiger: Die Sozialstatistik kann erstens zwar soziale Phänomene als Regelmäßigkeiten und soziale Gegebenheiten als zusammenhängende Gesetzmäßigkeiten beschreiben, es gelingt ihr aber nicht – und es entspricht, was häufig übersehen wird, auch gar nicht ihrem Anspruch – diese Zusammenhänge als *Ursachen* und *Wirkungen* sichtbar zu machen. Zweitens interessiert sich die soziale Physik, wie beschrieben, nicht für die Ebene der Individuen, sie betrachtet den Einzelnen nur über die Vermessung des Kollektivs. Für einen Einzeltäter kann und will sie keine Diagnose bezüglich der Ursachen für sein Verbrechen erstellen.

Die Gründe für das Desinteresse an Ursache und Wirkung, die das einzelne Individuum betreffen, sind in dem Ideal einer positivistischen Objektivierung der Gesellschaft zu suchen, das Quetelet und die Sozialstatistiker in seiner Nachfolge anstreben. Die empiristisch fundierte Erkenntnistheorie des Positivismus geht davon aus, dass sich jede Erkenntnis allein aus dem ableiten lässt, was durch die Erfahrung gegeben ist. Ein solches Konzept einer positivistischen Forschung fordert Henri de Saint-Simon ein und sein Schüler Auguste Comte formuliert es zu einem Programm: Unter dem Stichwort ›Positivismus‹ verfolgt die soziale Wissenschaft den Anspruch, einer naturwissenschaftlichen Forschung gleichzukommen. Sie versteht sich als ›positive‹ Wissenschaft, insofern sie gesellschaftliche Zusammenhänge als ›natürliche‹ Gesetzmäßigkeiten begreift, ohne nach Sinnzusammenhängen zu fragen. Striktes Beobachten von ›Tatsachen‹, die für sich selbst sprechen sollen, wird zum zentralen Instrument dieser naturwissenschaftlichen *sociologie*.³⁴ Jedoch tritt in den Sozialwissenschaften – schon viel früher als in den Naturwissenschaften³⁵ – der Verdacht auf, das Wissenschaftsideal der reinen Tatsachenbeobachtung könne von theoretischen Vorannahmen getrübt sein. Comte formuliert sogar grundsätzliche Annahmen einer gesellschaftlichen Ordnung, die seiner Tatsachenbeobachtung vorausgehen, und sieht sich damit – aus der Perspektive des 20. Jahrhunderts – dem Vorwurf ausgesetzt, seiner eigenen Programmatik zu widersprechen: »Der Positivismus, der mit dem Ideal strenger Wissenschaftlichkeit aufgetreten war,

34 Comte signalisierte mit dieser Begriffsbildung einen Wissenschaftsentwurf in Abgrenzung zu Quetelets sozialer Physik und ihrer statistischen Vermessung, die er ablehnte, und rückte sein Konzept in methodologische Nähe zur Biologie seiner Zeit. Vgl. E. Pankoke: »Soziologie«, S. 1006.

35 Die Unschuld des naturwissenschaftlichen Tatsachenblicks – so kann man zugespitzt formulieren – ist erst in wissenschaftshistorischen Untersuchungen der neueren *science studies* systematisch infrage gestellt worden.

läuft sich in einer neuen Metaphysik fest.«³⁶ Dem Ideal einer naturwissenschaftlichen Soziologie kommt aus dieser Perspektive die – von Comte verachtete – statistische Zählung und Messung Quetelets sehr viel näher:

»Mit Quételet erfüllt sich, so jedenfalls erschien es den Zeitgenossen, die langgehegte Erwartung einer strengen Sozialwissenschaft, die, auf objektiver Beobachtung, Zählung und Messung beruhend, nachzuweisen vermöge, daß auch Handlungen der Individuen, sobald sie massenhaft auftreten, Gesetzen unterworfen sind, die denen ähneln, welche die unbelebte Natur beherrschen.«³⁷

Die Voraussetzung für die naturwissenschaftlich-soziologische Beobachtung ist aber, dass sie eben nicht vom einzelnen Individuum ausgehen kann. Die beobachteten Gesetze »ähneln« den Naturgesetzen auch nur: sie können keine Kausalität im strikten physikalischen Sinn nachweisen: »Quetelets statistisches Verfahren war Positivismus in Reinkultur. Er setzte keine Kenntnis tatsächlicher Ursachen voraus, sondern identifizierte nur Regelmäßigkeiten und nach Möglichkeit ihre Vorbedingungen.«³⁸

Durch diese »Unzulänglichkeiten«, die sie in Kauf nimmt, um ihren positivistischen Idealen zu genügen, verhält sich die Sozialstatistik diskontinuierlich zu statistischen Vermessungen der Medienwirkung im 20. Jahrhundert. Die »Unzulänglichkeiten« lassen sich in der zeitgenössischen Kritik an der Mittelwertsberechnung der sozialen Physik wiederfinden und sie werden vor allem im Bereich der Medizin³⁹ geäußert, in Form von Gegenstimmen zu einem Vorgang, den Foucault unter dem Begriff der »Medizinisierung« als zentral für die biopolitische Regulation der Normalisierungsgesellschaft beschreibt.⁴⁰ Die sozialstatistische

36 Friedrich Jonas: Geschichte der Soziologie II. Sozialismus – Positivismus – Historismus. Mit Quellentexten, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1968, S. 95-104, Zitat: S. 104.

37 H. Maus: »Vorgeschichte«, S. 25.

38 G. Gigerenzer u.a.: Reich des Zufalls, S. 64. Christina Bartz zeigt, dass Quetelet dennoch von »Ursachen« und »Wirkungen« spricht, die auf der Ebene des *homme moyen* auszumachen sind. Vgl. Christina Bartz: MassenMedium: Fernsehen. Die Semantik der Masse in der Medienbeschreibung, Bielefeld: transcript 2007, S. 87-100. Dies mag Quetelets emphatischer Konzeption des Durchschnittsmenschen geschuldet sein, die Regelmäßigkeiten gleich zu Kausalitäten umformuliert. Möglich ist auch, dass sich Quetelet ebenso wie Comte an diesem Punkt von seinem streng positivistischen Vorhaben entfernt.

39 Auf das medizinische Diskurssegment der Mediengewaltforschung wird im Kapitel *Heilung: Therapie der Mediengewalt* genauer eingegangen.

40 »Die Medizinisierung, das heißt die Tatsache, dass sich die Existenz, die Führung, das Verhalten und der menschliche Körper ab dem 18. Jahrhun-

Vermessung der Bevölkerung ist von einer Umstellung der Medizin auf eine Sozialmedizin begleitet, die sich nicht mehr am Individuum, sondern an der Gesellschaft ausrichtet. Krankheit wird in medizinischen Statistiken als kollektives Phänomen sichtbar gemacht, als Epidemie, die potenziell jedes Individuum befallen kann und deshalb nach Maßnahmen der »öffentlichen Hygiene«, wie Verbesserung der Sauberkeit, Präventionsmaßnahmen und Impfungen, verlangt.⁴¹ Aber diese quantifizierenden Methoden stoßen noch nicht im gesamten medizinischen Bereich auf Akzeptanz. Die numerische Methode ist weiten Teilen der Medizin des 19. Jahrhunderts noch fremd. Nach wie vor virulent bleibt die Auffassung, dass eine ärztliche Diagnose und Therapie einer genauen Untersuchung des einzelnen Individuums bedürfe: »[A] doctor could not treat patients »on the average.« He had to find the direct causes of the illness in order to eliminate it completely«,⁴² so die Ansicht der schärfsten Kritiker der Sozialmedizin. Die Heilung des Patienten setze das individuelle Urteil eines Arztes voraus, der für den spezifischen Einzelfall auch die Gesetze der Mehrheit ignorieren muss: »Sich mit einem Durchschnittswert zufriedenzugeben bedeutet, daß man die Nuancierung außer acht läßt, die für das Heilen der Patienten die höchste Bedeutung hat.«⁴³ Selbst wenn statistische Mittelwerte für Maßnahmen der öffentlichen Hygiene sinnvoll sein mögen, weil sie Informationen zur politischen Intervention liefern – so eine abgeschwächtere Form dieser Kritik –, für den einzelnen Kranken seien sie fragwürdig: »[W]ere these averages, which were consistent with macrosocial action, also effective in discovering the precise and direct causes of the disease?«⁴⁴ Das kranke Individuum ist kein Durchschnittsmensch, so der Tenor dieser Einwände, die Gründe für seine Krankheit – oder die Ursache für sein Verbrechen – können also auch nicht statistisch ermittelt werden. Die Kritik an der Orientierung an Mittelwerten lässt sich einer noch nicht sozialen, »vor-modernen« Medizin zuordnen: »[D]er Aufstieg der Statistik in der Heilkunde war Teil des Prozesses der Objektivierung, durch den die Naturwissenschaften im großen Maßstab in die Medizin einzogen.«⁴⁵

Wichtig ist, dass mit diesem Prozess der positivistischen »Objektivierung« in den Wissenschaften, einschließlich der Medizin, wie er sich im

dert in ein immer dichteres und bedeutenderes Netz der Medizinisierung einfügen, das immer weniger Dinge durchschlüpfen lässt.« Michel Foucault: »Die Geburt der Sozialmedizin« (Vortrag) [1977], in: ders.: Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits, Bd. III. 1976-1979, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2003, S. 272-298, hier S. 273.

41 Vgl. A. Desrosières: *Large Numbers*, S. 82. Foucault beschreibt die Normalisierung der Krankheit durch die Sozialmedizin am Beispiel der Pockenimpfung. Vgl. M. Foucault: *Gouvernementalité I*, S. 25f.

42 A. Desrosières: *Large Numbers*, S. 83f.

43 G. Gigerenzer u.a.: *Reich des Zufalls*, S. 69.

44 A. Desrosières: *Large Numbers*, S. 84.

45 G. Gigerenzer u.a.: *Reich des Zufalls*, S. 69.

19. Jahrhundert vollzieht, eine Umstellung im Konzept der ›Objektivität‹ einhergeht.⁴⁶ Nach Daston bildet sich im 19. Jahrhundert eine neue Form der wissenschaftlichen Objektivität heraus, die sie als ›aperspektivisch‹ bezeichnet. Dieses Objektivitätskonzept, das sich »gegen die Subjektivität individueller Eigenarten« in der Forschung richtet, versucht das Individuelle in der Forschung zu überwinden, um zur »Bildung einer tragfähigen wissenschaftlichen Gemeinschaft« beizutragen.⁴⁷ Diese veränderte Konzeption von Objektivität geht nach Daston mit der Expansion des Wissenschaftsbereichs im 19. Jahrhundert einher, der die Anpassung von Forschungspraktiken an die Kommunizierbarkeit innerhalb der immer größer werdenden wissenschaftlichen Gemeinschaft erlaubt. Mit dieser Zielvorstellung wurden bestimmte Formen der Quantifizierung wegen ihrer einfachen Mittelbarkeit zum neuen Ideal:⁴⁸ »Aperspektivische Objektivität war das Ethos des austauschbaren Beobachters – eines Beobachters also, der durch keinerlei Besonderheiten geprägt sein durfte.«⁴⁹

Das Objektivitätsideal des austauschbaren Beobachters könnte man aus der Sicht des einzelnen Forschers auch als Ausstreichung seiner eigenen, individuellen Beobachtung beschreiben. Das Individuum wird im Fall der sozialstatistischen Forschung also doppelt ausgestrichen: auf der Seite des Forschenden und auf der Seite des Untersuchungsgegenstands. Objektivität meint dann eine Referenz auf ›Tatsachen‹, die mit dem Anspruch auftreten, keine individuellen Beobachterleistungen, sondern die intersubjektiv mitteilbaren ›realen Gegebenheiten‹ selbst zu sein. Das Postulat einer naturwissenschaftlich reinen Beobachtung, das die positivistische Sozialstatistik formuliert, wäre dann als das Ideal einer Beobachtung ohne Beobachterstandpunkt zu präzisieren: *The View from nowhere*.⁵⁰

Wenn die Kritiker der Sozialmedizin auf der Notwendigkeit eines subjektiven ärztlichen Urteils bestehen, so widersetzen sie sich dieser ›objektivierenden‹ Ausstreichung. Da dieser Widerstand eng mit dem Anspruch verknüpft ist, man wolle die ›unmittelbaren Ursachen‹ für die Krankheit des Patienten finden, lässt sich folgende Vermutung formulie-

46 Daston hat mehrfach darauf hingewiesen, dass Objektivität eine Geschichte hat und unzulässigerweise häufig als ahistorisches Konzept verhandelt wird. Vgl. Lorraine Daston: »Objektivität und die Flucht aus der Perspektive«, in: dies.: Wunder, Beweise und Tatsachen. Zur Geschichte der Rationalität, Frankfurt/Main: Fischer 2003, S. 127-155, hier S. 127-131. Vgl. in jüngster Zeit: Lorraine Daston/Peter Galison: Objektivität, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2007.

47 L. Daston: »Objektivität und die Flucht aus der Perspektive«, S. 140.

48 Vgl. Theodore Porter: »Quantification and the Accounting Ideal in Science«, in: Social Studies of Science 22 (1992), S. 633-652.

49 L. Daston: »Objektivität und die Flucht aus der Perspektive«, S. 143.

50 Daston zitiert diese Studie des Philosophen Thomas Nagel, um ihr Konzept der aperspektivischen Objektivität zu verdeutlichen. Vgl. L. Daston: »Objektivität und die Flucht aus der Perspektive«, S. 129.

ren: Die Identifizierung von ›Ursachen‹ und ›Wirkungen‹ – auch und gerade wenn sie quantifiziert werden sollen – benötigt einen Beobachter, der eben diese kausale Relationierung *feststellt*. Die Objektivierung von Kausalität setzt zwei einander entgegengesetzte Bewegungen voraus: Die Beobachtung muss zum einen aperspektivisch sein, d.h. der Beobachter muss so weit wie möglich hinter seinen Gegenstand zurücktreten. Zum anderen wird der Beobachter benötigt, um Kausalität sichtbar zu machen.⁵¹ Es muss also in der Genealogie der Mediengewaltforschung Verfahren geben, die den Beobachter *als Beobachter von Kausalität* in das aperspektivische Objektivitätsideal einführen, und es muss möglicherweise weitere Verfahren geben, die das darin implizierte Paradox unsichtbar halten.⁵²

Experimentelle Beobachtung und kontrollierte Kausalität

Der Erhebung von sozialstatistischen Positivitäten liegt – wie zu sehen war – ein empiristisches Erkenntnisideal zugrunde: Der Empirismus lässt nur die unmittelbare Erfahrung als Erkenntnisgrundlage zu, er fordert eine Beschränkung der wissenschaftlichen Forschung auf ›Tatsachen‹, die

51 Vgl. zur Aktualität dieses epistemologischen Problems: Werner Fröh: »Die Interpretationsbedürftigkeit von Kausalität oder: Woher kommen die Ursachen«, in: Werner Wirth/Edmund Lauf/Andreas Fahr (Hg.), *Forschungslogik und -design in der Kommunikationswissenschaft 1. Einführung, Problematisierungen und Aspekte der Methodenlogik aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive*, Köln: Herbert von Halem Verlag 2004, S. 13-38.

52 Es gibt durchaus schon zeitgleich zu Quetelets Mittelwerts-Statistik Programme der Sozialforschung, die den Beobachter präsen- ter werden lassen. So die soziografische Methode von Frédéric Le Play, der den Anspruch erhebt, empirische Tatsachen mit einem genauen Blick auf ›die Menschen selbst‹ vorzunehmen. Vgl. Michael Z. Brooke: *Le Play. Engineer and Social Scientist*, London: Longman 1970. Le Play stellt sich selbst in die Tradition von Comte und grenzt sich von Quetelets Statistik ab. Nach Hacking wird aber dieser Machtkampf klar zugunsten der »standard statistical machinery of information and control« entschieden. Vgl. I. Hacking: *Taming of Chance*, S. 133-141, Zitat: S. 141. Das Spannungsverhältnis zwischen den Programmatiken von Quetelet und Le Play wird später in Selbst-historisierungen der Massenkommunikationsforschung aufgegriffen, um das eigene Forschungsfeld als statistisch, aber nicht ausschließlich zählend zu konturieren; so insbesondere von Hans Zeisel: »Zur Geschichte der Soziographie«, in: Marie Jahoda/Paul F. Lazarsfeld/Hans Zeisel: *Die Arbeitslosen von Marienthal* [1933], Frankfurt/Main: Suhrkamp 1975, S. 113-142.

in der empirisch erfahrbaren Welt beobachtet werden können.⁵³ Unabhängig davon, ob dieses Wissenschaftsprogramm in den einzelnen sozialwissenschaftlichen Projekten des 19. Jahrhunderts umgesetzt wurde bzw. überhaupt umsetzbar ist, stellt sich die Frage: Wie lässt sich ›Kausalität‹ innerhalb einer auf diese Weise vorgenommenen ›aperspektivischen Objektivierung‹ der Gesellschaft denken? Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wird das Kausalitätsproblem in einer empiristisch-positivistischen Philosophie insbesondere im Rahmen des ›Wiener Kreises‹ verhandelt, in dem unter dem Begriff ›logischer Empirismus‹ oder ›logischer Positivismus‹ jede Metaphysik abgelehnt und eine analytische Philosophie und Wissenschaftstheorie entwickelt wird, die auf mathematischer Logik beruht.⁵⁴ Der ›Wiener Kreis‹ diskutiert auch die empiristischen Wissenschaftslehren des 19. Jahrhunderts, die eine Grundlage der Sozialstatistik bilden. In diesem philosophischen Programm haben die Konzepte ›Ursache‹ und ›Wirkung‹ einen äußerst schlechten Stand: »Gemäß dem logischen Positivismus ist Kausalität ein *metaphysischer* Begriff, der verrät, daß wir den Dingen Absichten und geheime innere Kräfte usw. unterstehen, also ein Begriff, der animistische oder anthropomorphe Vorstellungen erkennen läßt.«⁵⁵

Jedoch bedeutet dies nicht, dass in einer radikal empiristischen Auffassung keine Kausalitätsaussagen möglich sind. Der – dem Wiener Kreis nahe stehende – österreichische Philosoph, Mathematiker und Techniker Richard von Mises setzt sich 1939⁵⁶ in seinem *Kleinen Lehrbuch des Positivismus* mit dem Kausalitätsbegriff des Empiristen David Hume auseinander: Ohne Beobachtung und Erfahrung – so von Mises – ist kein Wissen von Ursachen und Wirkungen möglich. Von dem, was gängigerweise als ›notwendige Folge‹ bezeichnet wird, ist nichts anderes

53 Vgl. Hergen Riedel: Zur Erforschung von Wirkungen. Über den kritischen Rationalismus in den Sozialwissenschaften und dessen Adaption in der Medienwirkungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Main u.a.: Peter Lang Verlag 1990, S. 82.

54 Vgl. Art. »Ursache/Wirkung«, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer/Gottfried Gabriel (Hg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 11. U-V, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2001, Sp. 377-412, hier Sp. 402.

55 Cornelis Sanders: Die behavioristische Revolution in der Psychologie, Salzburg: Müller 1978, S. 106f.

56 Der ›Wiener Kreis‹ wurde 1938 von den Nationalsozialisten zerschlagen, seine Mitglieder emigrierten u.a. in die USA, wodurch die wissenschaftstheoretischen Impulse dort bekannt wurden. Von Mises schrieb sein Lehrbuch im türkischen Exil. Vgl. Friedrich Stadler: »Richard von Mises (1883-1953) – Wissenschaft im Exil«, in: Richard von Mises: Kleines Lehrbuch des Positivismus. Einführung in die empiristische Wissenschaftsauffassung, hg. u. eingeleitet v. Friedrich Stadler, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1990, S. 7-51.

bekannt, »als eine Verknüpfung zwischen zwei Dingen, die *erfahrungsgemäß* zeitlich (und in einem gewissen Maße auch örtlich) miteinander verbunden sind«. ⁵⁷ Wird Kausalität strikt an beobachtbare »Tatsachen« zurückgebunden, so lässt sich diese Darstellung umkehren, dann kann sie auch zum Instrumentarium im Rahmen einer positivistischen Wissenschaftstheorie werden. Wichtig ist allerdings: »Ursache« und »Wirkung« sind Beobachtungsleistungen, ihre Erkenntnis erfordert eine gedankliche Verknüpfung durch den Beobachter. Im Kausalitätsproblem verlässt die Wissenschaftslehre das strenge positivistische Ideal. ⁵⁸ Es sei denn, es gelingt ihr, den Beobachter in dieses Ideal zu integrieren.

Um Kausalität zu beobachten, entwickelt die empiristische Wissenschaftslehre eine spezifische Methode: das Experiment, in dem »ein Faktor isoliert zur Wirkung gebracht werden kann«. ⁵⁹ Als Mittel der sicheren Naturerkenntnis im Rahmen einer empiristischen Auffassung lässt sich das zielgerichtet angestellte Experiment bis zu Francis Bacons Konzeption einer Neugliederung aller Wissenschaften in seinem *Novum organon*

57 Richard von Mises: Kleines Lehrbuch des Positivismus. Einführung in die empiristische Wissenschaftsauffassung, hg. u. eingeleitet v. Friedrich Stadler, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1990, S. 242.

58 Aus diesem Grund wird die Erforschbarkeit von Kausalität im Rahmen empiristisch-positivistischer Wissenschaftsauffassungen auch häufig infrage gestellt. So etwa im Rahmen des kritischen Rationalismus' Karl Poppers, der die Wissenschaftslehre der empirischen Sozialforschung maßgeblich beeinflusst hat. Nach Popper ist das Wissen über soziale Phänomene von einer grundlegenden Asymmetrie geprägt: Alle Hypothesen und Gesetze sind nur potenziell falsifizierbar, aber niemals verifizierbar. Die zentrale Logik des Kritischen Rationalismus sieht eine stete Annäherung an das »Wesen« der Welt vor, das niemals erreicht werden kann. Die Annäherung ist aber dennoch von einem grundlegenden Optimismus geleitet: »[O]bwohl ich nicht glaube, daß wir jemals durch unsere allgemeinen Gesetze ein *letztes* Wesen der Welt beschreiben können, so bezweifle ich doch nicht, daß wir danach streben, immer tiefer in die Welt oder, wie wir sagen können, in immer wesentlichere Eigenschaften der Welt einzudringen.« Karl R. Popper: »Die Zielsetzung der Erfahrungswissenschaft«, in: Hans Albert (Hg.), Theorie und Realität, Tübingen: Mohr 1964, S. 73-86, hier S. 78. Eine Kausalaussage ist nach Poppers Auffassung in diesem Sinne überhaupt nicht überprüfbar. Sie ist deshalb keine wissenschaftliche Aussage und muss in jedem Fall als metaphysisch abgelehnt werden. Vgl. Kurt Eberhard: »Die Kausalitätsproblematik in der Wissenschaftstheorie und in der sozialen Praxis«, in: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit 4 (1973), S. 118-131.

59 H. Riedel: Erforschung von Wirkungen, S. 53. Riedel beschreibt das Experiment als »die dem Empirismus verbundene Methode par excellence«. Ebd., S. 79.

scientiarum (1620) zurückverfolgen.⁶⁰ Im emphatischen und programmatischen Sinne der erfahrungswissenschaftlichen Forschung, die dem experimentellen Beobachter seinen aperspektivischen Standpunkt wieder zurückgeben möchte, kann dem Experiment die Rolle zugeschrieben werden, die »Wirklichkeit« dazu zu veranlassen »hervorzutreten«. ⁶¹ Aber das Experiment macht nicht einfach Unsichtbares sichtbar, sondern hat die Eigenschaft, eine neue, vom menschlichen Beobachter kontrollierbare Wirklichkeit zu erzeugen. Schon Bacon kann die Erkenntnis zugeschrieben werden, dass mit dem Experiment »der traditionelle Naturbegriff um den einer neuen, vom Menschen hervorgebrachten Natur erweitert war.« ⁶² Kausalität muss also zuerst künstlich erzeugt werden, um sie dann in einer zweiten Natur den empiristischen Standards gemäß beobachten zu können – eine zweite Natur, die in der institutionalisierten Forschung als Konstruktion unsichtbar gehalten wird und dann als erste Natur behandelt werden kann.

Die Einführung des Experiments in die human- und sozialwissenschaftliche Forschung steht also im Zusammenhang einer naturwissenschaftlichen Fundierung, die für Comtes und Quetelets Programm maßgeblich ist. Diese Tendenz, die Forschung zunehmend zu quantifizieren, ihr damit ein naturwissenschaftliches Prestige zu verleihen und sie dabei von hermeneutisch-geisteswissenschaftlichen Wissensmodellen abzugrenzen, vollzieht sich auch in der Psychologie, ⁶³ die das Experiment zum epistemologischen Ort macht, an dem menschliches Verhalten als Wirkung einer spezifischen Ursache sichtbar gemacht werden kann. Mit der Etablierung des ersten experimentalpsychologischen Labors durch Wilhelm Wundt in Leipzig 1879 gewinnt das empiristische Beobachtungskonzept auch in der Psychologie Bedeutung. ⁶⁴ Das Experiment gilt von nun an in der Psychologie als Methode, die es dem Experimentator erlaubt, aktiv in das Geschehen einzugreifen und auf diese Weise Erkenntnis zu erzeugen: »Experiments are particular ways of making observa-

60 Vgl. Jens Brockmeier/Johannes Rohbek: »Beobachten, Kalkulieren, Eingreifen. Zusammenhänge zwischen Gesellschaftstheorie und Naturtheorie bei der Entstehung der rechnend-experimentellen Wissenschaft im 17. Jahrhundert«, in: Peter Damerow/Wolfgang Lefèvre (Hg.), Rechenstein, Experiment, Sprache. Historische Fallstudien zur Entstehung des exakten Wissens, Stuttgart: Klett-Cotta 1981, S. 171-221, hier S. 174.

61 Elisabeth Noelle-Neumann: »Die Rolle des Experiments in der Publizistikwissenschaft«, in: Publizistik 3 (1965), H. 10, S. 239-250, hier S. 240.

62 Christoph Meinel (Hg.): Instrument – Experiment. Historische Studien. Berlin, Diepholz: GNT-Verlag 2000, (Vorwort), S. 9.

63 Vgl. Edwin G. Boring: »The Beginning and Growth of Measurement in Psychology«, in: Harry Woolf (Hg.), Quantification. A History of the Meaning of Measurement in the Natural and Social Sciences, Indianapolis: Bobbs-Merrill 1961, S. 108-127.

64 Vgl. Uwe Czienskowski: Wissenschaftliche Experimente: Planung, Auswertung, Interpretation, Weinheim: Belz 1996, S. 14.

tions. An experiment differs from other research methods in that the experimenter has some degree of control over the variables involved and the conditions under which the variables are observed.«⁶⁵

Die Objektivierung der Gesellschaft, die sich als Ausstreichung der Beobachterperspektive beschreiben lässt, hat in den sozialstatistischen Positivitäten des 19. Jahrhunderts eine entscheidende Implikation: Sie hält, indem sie die Individualität des Beobachters ausblendet, die Machtpolitik der Forschung unsichtbar. Das Objektivitätsideal blendet aus, dass auch der Sozialstatistiker nur in einer bestimmten Perspektive beobachten kann und dass dies die Richtlinie für seine kontrollierende Klassifikation der Bevölkerung installiert.

Um die Mitte des 20. Jahrhunderts bildet sich innerhalb der Experimentalpsychologie ein epistemologisches Programm heraus, das diesem Objektivitätsideal zu entsprechen versucht. Dieses Programm bemüht sich, an die Methoden der Statistik und der Wahrscheinlichkeitstheorie anzuschließen und sie in einem experimentellen Setting geltend zu machen. Der Beobachter wird im Zuge einer statistischen Kalkulation aus dem psychologischen Experiment wieder »hinausgerechnet«. Diese Kombination von Statistik und Experiment wird im Folgenden in einem ersten Schritt verhandelt. Das statistisch berechnete Experiment liefert, wie zu sehen sein wird, eine Möglichkeit, den Beobachter von Kausalität unsichtbar zu halten, produziert aber nur ein sehr schwaches Konzept von wahrscheinlichkeitstheoretisch erschlossener »Wirkung«.

Wenn im Folgenden die historische Chronologie verlassen und in einem zweiten Schritt ein gegenläufiges epistemologisches Programm verhandelt wird, das bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts in der psychologischen Forschung Geltung gewinnt, so ist dies von einer Hypothese geleitet, die für die weiteren Ausführungen grundlegend ist: Die Schwierigkeit, Wirkung als empirisch messbare Größe zu plausibilisieren, veranlasst Projekte, die *Medienwirkung* kontrollierbar zu machen versuchen, auf epistemologische Programme zurückzugreifen, die zwar möglicherweise im Widerspruch zum Ideal der empirisch-objektiven Messung stehen, die jedoch attraktive Konzepte einer starken »Wirkung« sichtbar machen.

Bei dem sicherlich einflussreichsten dieser »alternativen« Programme handelt es sich um den Behaviorismus. Diese psychologische Richtung wird daher am Ende dieses Kapitels ausführlicher behandelt. Dem Behaviorismus ist in keiner Weise an der Latenz des kontrollierenden Anteils der Sozialforschung gelegen, sondern er macht die Kontrolle zu einem zentralen Verfahren seiner Wissenschaftslehre. In den Projekten des Behaviorismus spielt die Statistik nur eine marginale Rolle. Einerseits bemüht sich der Behaviorismus nicht nur, so weit wie möglich dem positi-

65 Allen L. Edwards: »Experiments. Their Planning and Execution«, in: Gardner Lindzey (Hg.), *Handbook of Social Psychology*, Bd. 1, Theory and Method, Cambridge/MA: Addison-Wesley Publishing 1954, S. 259-288, hier S. 260.

vistischen Ideal und seinen Objektivitätsanforderungen zu genügen, sondern dieses noch radikal zuzuspitzen – eine Bemühung, die sich im paradoxen Entwurf eines *kontrollierenden aperspektivischen Beobachters* niederschlägt. Der behavioristische Beobachter setzt sich jedoch andererseits, auch wenn er noch so sehr auf seine Objektivität und seine Beschränkung auf das *Beobachtbare* verweist, dem Verdacht aus, dem Ideal einer entsubjektivierten Forschung, wie sie die Sozialstatistik des 19. Jahrhunderts propagiert hat, nicht zu genügen. Seine deterministischen Reiz-Reaktions-Vorstellungen rücken den Behaviorismus in die Nähe eines ideologischen Programms, in dem Zufall, Unsicherheit und Wahrscheinlichkeit – jene zentralen Aspekte der sozialstatistischen Positivitäten – keinen Platz haben. Es gelingt dem Behaviorismus jedoch – und das macht ihn für Projekte der Medienwirkungskontrolle so attraktiv – eindeutige Kausalaussagen zu formulieren.

Die Installation statistischer Methoden in der Experimentalpsychologie beginnt sich in den 1940er Jahren durchzusetzen: »Der große Durchbruch geschah zwischen 1940 und 1955 mit statistischen Methoden, welche den Schluß von Daten auf Hypothesen ermöglichen sollten.«⁶⁶ Die sogenannte »Inferenzstatistik« oder auch »schließende Statistik« wird damit zur zentralen Methode der experimentellen Psychologie.⁶⁷ Die statistisch schließende Experimentalpsychologie greift auf Methoden zurück, die in der Agrarwissenschaft entwickelt wurden, um Fragen der Düngung von Feldern zu klären: »Verursacht ein bestimmter Dünger kausal eine Ertragssteigerung bei einer bestimmten Getreidesorte? [...] Welches System von Durchschnittswerten kann öffentlich und objektiv nachweisen, daß es sich so verhält, ohne daß die Antwort eine bloße Meinungsäußerung ist?«⁶⁸ In den agrarwissenschaftlichen Versuchen, diese Fragen über wahrheitstheoretische Berechnung zu beantworten, die maßgeblich der englische Statistiker Ronald A. Fisher unternommen hat,⁶⁹ fällt das akribische Bemühen auf, den Beobachter so weit wie möglich aus dem Experiment verschwinden zu lassen und es auf diese Weise dem

66 G. Gigerenzer u.a.: Reich des Zufalls, S. 227.

67 Gerd Gigerenzer und David J. Murray haben diesen historischen Vorgang als »Inference Revolution« bezeichnet. Vgl. dies.: *Cognition as Intuitive Statistics*, Hillsdale/NJ, London: Lawrence Erlbaum 1987. Das gegenwärtig gängige Lehrbuch *Statistik für Sozialwissenschaftler* von Jürgen Bortz präsentiert die Inferenzstatistik neben der deskriptiven Statistik als zentralen Anwendungsbereich des statistischen Kalkulierens in der Sozialforschung. Vgl. ders.: *Statistik für Sozialwissenschaftler*, Berlin u.a.: Springer 1999, S. 12.

68 G. Gigerenzer u.a.: Reich des Zufalls, S. 95.

69 Nach Gigerenzer u.a. ist Fisher der »Hauptarchitekt der neuen Theorie der Planung und Auswertung von Experimenten«. Fishers einflussreichste Bücher zur Inferenzstatistik sind: *Statistical Methods for Research Workers* (1925) und *The Design of Experiments* (1935). Vgl. dies.: Reich des Zufalls, S. 95.

sozialstatistischen Objektivitätsideal zu unterwerfen. Zwei Aspekte der Fisher'schen Methodik zur Messung von Kausalität sind hierfür besonders aufschlussreich: die Randomisierung und der Signifikanztest.⁷⁰

Die Randomisierung ist eine Methode der Planung von Experimenten, die sich erst in den 1930er Jahren durchsetzt, aber schon Vorläufer in parapsychologischen Experimenten des 19. Jahrhunderts – insbesondere in der Telepathieforschung – hat.⁷¹ Die Methode wird in vergleichenden Experimenten angewandt, um zu vermeiden, dass der Experimentator bei der Auswahl der Versuchspersonen – oder im genannten Beispiel: der Ackerparzellen – nicht subjektiv beeinflusst entscheidet, welche Personen (Parzellen) behandelt (gedüngt) werden sollen und welche keine Behandlung erfahren und so zur Kontrolle der Versuchsergebnisse dienen: »Vergleichende Experimente zu randomisieren bedeutet, nicht einfach willkürlich, sondern durch einen ›physikalischen experimentellen Prozess‹ wie den Wurf einer Münze die Zuteilung der Behandlung zu bestimmen«. ⁷² Über Randomisierung soll eine im Vergleich zur willkürlichen Auswahl des Experimentators andere »Kausalmatrix« eingeführt und so eine beobachterunabhängige Objektivität erreicht werden.⁷³ Die Entscheidung, welche Versuchsgruppe einer Behandlung ausgesetzt wird und welche nicht, bleibt also dem Zufall überlassen – der beobachtende Experimentator ist aus diesem Prozess ausgeschlossen.⁷⁴

70 Die mathematisch-statistischen Implikationen können hier nur sehr verkürzt dargestellt werden. Vgl. genauer: J. Bortz: Statistik, insbesondere Kapitel 4: »Formulierung und Überprüfung von Hypothesen«, S. 107-131 und Kapitel 6: »Verfahren zur Überprüfung von Zusammenhangshypothesen«, S. 173-227; kontrastiv hierzu, weil die historischen Differenzen dargestellt werden, die Bortz ausblendet: G. Gigerenzer u.a.: Reich des Zufalls, S. 114-128.

71 Hacking hat gezeigt, dass auch in diesem Randgebiet des Wissenschaftssystems zentrale Experimentalmethoden ausgehandelt wurden. Im 19. Jahrhundert hat insbesondere der französische Physiologe Charles Richet positivistische Standards der Zeit für seine Telepathie-Experimente fruchtbar gemacht und Methoden der Wahrscheinlichkeitstheorie in experimentellen Settings zum Einsatz gebracht. Vgl. Ian Hacking: »Telepathy: Origins of Randomization in Experimental Design«, in: Isis 79 (1988), S. 427-451.

72 G. Gigerenzer u.a.: Reich des Zufalls, S. 96.

73 Ebd., S. 97.

74 Eine Steigerung erfährt die Methode der Randomisierung durch den – ebenfalls schon im 19. Jahrhundert diskutierten – so genannten Blindversuch, bei dem der Experimentator auch während des Versuchs nicht weiß, welche Personen/welches Feld behandelt/gedüngt werden. In der Psychologie und der Medizin kann der Blindversuch durch den »Doppelblindversuch« insofern gesteigert werden, dass zudem die untersuchten Personen nicht wissen, ob sie eine Behandlung bekommen oder nicht. Ebd., S. 109f.

Noch deutlicher wird der Ausschluss des Beobachters im Verfahren des Signifikanztests. Diese inferenzstatistische Methode kann als Beitrag dazu gesehen werden, Kausalität zu berechnen und auf diese Weise zu behaupten, sie wäre von Beobachterleistungen unabhängig. In vergleichenden Experimenten geht es statistisch gesehen um eine besondere Form der Korrelationsanalyse: Es wird getestet – um im agrarwissenschaftlichen Beispiel zu bleiben –, ob ein bestimmter Dünger eine positive Wirkung auf das Wachstum einer Getreidesorte hat. Nach Fishers theoretischem Entwurf muss der Experimentator nun versuchen, die sogenannte »Nullhypothese« zu widerlegen, dass der Dünger keine Wirkung hat.⁷⁵ Der Beweis einer Kausalhypothese ist nach Fishers Auffassung nicht möglich, nur die *Widerlegung der gegenteiligen Behauptung*. Der Signifikanztest sieht nicht vor, Hypothesen einen bestimmten Wahrscheinlichkeitsgrad zuzuordnen, sondern er macht es nur möglich, die Unsicherheit von Hypothesen in Anbetracht der gemessenen Daten probabilistisch auszudrücken. Fishers Signifikanztest ist also ein »schwaches Argument«, das nur die mangelnde Plausibilität der Nullhypothese nahe legen kann.⁷⁶

In einem Signifikanztest berechnet der experimentelle Beobachter auf der Grundlage seiner gemessenen und aufgelisteten Daten – im Beispiel wäre dies das beobachtete Pflanzenwachstum in den gedüngten und ungedüngten Feldern –, wie wahrscheinlich es ist, dass die Hypothese »Der Dünger hat keine Wirkung auf das Pflanzenwachstum« *nicht* zutrifft. Um die Nullhypothese zu widerlegen muss ihre Wahrscheinlichkeit also möglichst gering sein. Die Grenze, die dieser Wert nicht überschreiten darf, wird in Fishers Experimenttheorie – und in der Folgezeit in den statistischen Lehrbüchern der Sozialwissenschaften bis in die Gegenwart – als »Signifikanzniveau« bezeichnet. Ein Vergleich der errechneten Wahrscheinlichkeit der Nullhypothese mit dem Signifikanzniveau zeigt, ob das Ergebnis der Untersuchung signifikant oder nicht signifikant ist. Wichtig ist hierbei: Der maximal tolerierte Grenzwert ist kein auf die Beobachtung von Daten zurückführbares Ergebnis, sondern wird nach Fisher in der probabilistischen Rechenoperation einfach festgelegt: »Bei welchem Signifikanzniveau der Daten eine Nullhypothese verworfen wird – anders gesagt, was als ein »signifikantes« Ergebnis gilt – ist nicht eine Frage der Logik des Experiments, sondern seiner Pragmatik.«⁷⁷

Die Ablehnung einer Nullhypothese auf der Grundlage eines Signifikanztests bedeutet nach Fisher noch keine Akzeptanz der Hypothese, dass der Dünger eine Wirkung habe. Eine Aussage hierüber kann nur durch mehrere signifikante Ergebnisse in verschiedenen Experimenten getroffen werden. In seiner Studie *The Design of Experiment* unterscheidet Fisher »die Durchführung von Signifikanztests von dem Nachweis ei-

75 Vgl. ebd., S. 98.

76 Ebd., S. 116.

77 Ebd., S. 101.

nes Naturphänomens.«⁷⁸ Genau diese Unterscheidung wird aufgehoben, wenn Fishers an Beispielen der Agrarwissenschaft gewonnene Theorie Eingang in die sozialwissenschaftlichen Lehrbücher findet, »welche die Theorie befreit vom Aroma der Landwirtschaft präsentieren: also ohne Ferkelgewicht, Bodenfruchtbarkeit und die Wirkung von Dung auf das Kartoffelwachstum.«⁷⁹ In psychologischen und soziologischen Lehrbüchern wird Mitte der 1950er Jahre der Gebrauch von Signifikanztests nicht mehr zur Widerlegung von Nullhypothesen, sondern zur Überprüfung von Kausalhypothesen fest etabliert. Dabei mischen die Lehrbuchautoren Fishers Konzepte mit konkurrierenden mathematischen Modellen, in denen Einwände gegen den Signifikanztest formuliert wurden,⁸⁰ zu einem »Theorieeintopf« des statistischen Schließens, mit dem Psychologie- und Soziologiestudenten Statistik »als eine abstrakte Wahrheit, als die Logik induktiven Schließens aus einem Guß« beigebracht wird.⁸¹ Anstatt die Wahrscheinlichkeit der Nullhypothese zu verhandeln, lehren Statistikbücher bis in die Gegenwart, in Signifikanztests werde die »Irrtumswahrscheinlichkeit«⁸² der zugrunde liegenden Hypothese (Dünger hat eine Wirkung) festgestellt. Je kleiner die Irrtumswahrscheinlichkeit, desto eher kann – in dieser nun gängigen und etablierten Version des statistischen Schließens – eine auf ein Experiment bezogene Hypothese der Art x hat eine Wirkung auf y akzeptiert werden. Die Grenze, die ein Ergebnis nicht überschreiten darf, um noch als signifikant zu gelten – das Signifikanzniveau – beschreiben statistische Lehrbücher nicht als Kalkulation, sondern als Übereinkunft.

In den Sozialwissenschaften hat sich durchgesetzt, das Signifikanzniveau auf fünf Prozent oder sogar auf ein Prozent festzulegen.⁸³ Statistische Signifikanz eines Wirkungsexperiments wird dadurch gleichbedeutend mit seiner wissenschaftlichen Qualität: je signifikanter das Ergebnis, desto zuverlässiger seine Aussage über die Kausalität des untersuchten Zusammenhangs. Nichtsignifikanz wird zum Zeichen für ein schlecht durchgeführtes Experiment, entsprechende Ergebnisse werden deshalb überhaupt nicht veröffentlicht. Die Übersetzung agrarwissenschaftlicher Konzepte in sozialwissenschaftliche Lehrbücher blendet zahlreiche Fragen aus, vereinfacht und homogenisiert. Ob statistische Modelle, die für agrarwissenschaftliche Fragen entwickelt wurden, überhaupt geeignet sind, um Anwendung in sozialwissenschaftlichen Experimenten zu finden, steht nicht mehr zur Diskussion.⁸⁴

78 Vgl. ebd., S. 118f., Zitat: S. 119.

79 Ebd., S. 228.

80 Vgl. zu den Korrekturen und Verbesserungen, die Egon S. Pearson und Jerzey Neyman an Fishers Signifikanztest vorzunehmen meinten, ebd., S. 120–128.

81 Ebd., S. 129.

82 J. Bortz: Statistik, S. 12.

83 Vgl. ebd.

84 Vgl. G. Gigerenzer u.a.: Reich des Zufalls, S. 130f.

Über diese Homogenisierungen und Modifizierungen der Lehrbücher hinaus installiert die Inferenzstatistik eine Möglichkeit, Kausalität fast vollständig von Beobachterleistungen unabhängig zu machen. Beobachtet und gemessen werden nur die Daten. Auf deren Grundlage wird dann Kausalität zugeschrieben, wenn die Wahrscheinlichkeit eines Irrtums in dieser Zuschreibung möglichst gering ist. Kausalität ist damit weder ein metaphysisches Konzept noch die Verknüpfungsleistung eines empiristischen Beobachters, sondern eine Leerstelle, die allein über eine geringe Irrtumswahrscheinlichkeit bestimmt wird. Die Kombination von Statistik und Experiment scheint in den inferenzstatistischen Experimenten positivistische Objektivierung und Kontrolle von Kausalität gleichermaßen zu erreichen.

Jedoch ist auch jede noch so positivistische Statistik – wie gesehen – eine Form der Klassifizierung und subtilen, unsichtbaren Determinierung. Der Einzug der Statistik in die Experimentalpsychologie hält demnach einen entscheidenden Aspekt unsichtbar: die Kontrolle des Beobachters. Tatsächlich geht es aber um kontrollierte Kausalität *in Ausblendung* der Kontrolle. Die Übersetzungsleistung der statistischen Lehrbücher ist ein Teil dieser Unsichtbarmachung, wenn sie die Statistik als objektive Methode zur Berechnung von kausalen Wahrscheinlichkeiten beschreibt und die kontroverse Herleitung der zugrunde liegenden mathematischen Konzepte ausblendet.

Mit dem Einzug statistischer Methoden der Quantifizierung in das psychologische Labor wird auch das individuelle Untersuchungssubjekt gegen ein Kollektivsubjekt ausgetauscht. Dieses führt die sozialstatistischen Implikationen der Determinierung und Klassifizierung von Subjekten mit sich. Indem die Versuchsperson im psychologischen Experiment ab Mitte des 20. Jahrhunderts als Durchschnitt einer statistischen Population errechnet wird, können Laborergebnisse leichter generalisiert und auf die zugrunde gelegte Grundgesamtheit außerhalb des Labors hochgerechnet werden.⁸⁵ Dem Experiment ist es damit gelungen, die Prozeduren seiner Herstellung von Kausalität in seinen probabilistischen Rechenoperationen zu invisibilisieren und damit dem positivistischen Objektivitätsideal anzunähern. Analog zur Exklusion des Individuums aus dem statistischen Wissen in der Soziologie wird das Individuum dabei irrelevant. Die Subjektkonstruktion wird dem statistischen Durchschnittswert unterworfen.⁸⁶

Die statistische Experimentalpsychologie zahlt für die Objektivierung ihrer Kausalitätsmessung darüber hinaus einen Preis, der nicht gering zu veranschlagen ist: Sie verfügt nicht über den Charme, klare Aussagen zur Vorhersage und Kontrolle menschlicher Reaktionen – gedacht als ›Wirkungen‹ – machen zu können. Ihr Gelingen im Idealfall probabi-

85 Vgl. Kurt Danziger: *Constructing the Subject. Historical Origins of Psychological Research*, Cambridge u.a.: Cambridge University Press 1990, S. 88.

86 Vgl. ebd., S. 94.

listische Aussagen von der Art: Die Hypothese »x hat eine Wirkung auf y« ist signifikant zutreffend, das heißt ein Irrtum in dieser Hypothese ist signifikant unwahrscheinlich. Während im 19. Jahrhundert noch keine Möglichkeit bestanden hätte nachzuweisen, ob die Gewalttätigkeit eines Mediennutzers kausal mit seinem Medienkonsum zusammenhängt, weil Kausalaussagen in statistisch-positivistischen Epistemologien keinen Platz haben, ist um die Mitte des 20. Jahrhunderts die empirische Sichtbarmachung möglich, aber prekär: Wenn sich die kontrollierte Kausalität als »reine Wissenschaft« präsentiert und ihren Einsatz von Kontrolle so weit wie möglich ausblendet, sieht sie sich mit dem Unvermögen konfrontiert, eindeutige Kausalaussagen zu formulieren. Es leuchtet ein, dass eine anwendungsorientierte Psychologie Wirkung mit einer größeren Eindeutigkeit behaupten muss und sich daher – zumindest zunächst – eher das Programm des Behaviorismus zu nutze macht.

Die genealogischen Spuren des Behaviorismus können bis in die Evolutionstheorie Charles Darwins, in René Descartes mechanistische Konzeption des Handlungsreflexes oder in die physiologischen Reiz-Reaktions-Tests Ivan Pavlovs zurückverfolgt werden.⁸⁷ Der Beginn der behavioristischen Psychologie im engeren Sinn lässt sich jedoch an dem »Gründungsmanifest« »Psychology as the Behaviorist Views It« festmachen, das John Watson 1913 in der Zeitschrift *Psychological Review* veröffentlicht.⁸⁸ In diesem engeren Sinn handelt es sich um ein weitgehend auf die USA konzentriertes und auf die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts datierbares, aber keineswegs einheitliches⁸⁹ Forschungsprogramm, das für einige Jahrzehnte eine dominante Position in der psychologischen

87 Vgl. Robert Boakes: *From Darwin to Behaviorism*, Cambridge: Cambridge University Press 1984, S. 2-8, S. 85-89 u. S. 110-135.

88 Watson gilt als »Gründungsvater« des Behaviorismus. Vgl. David Cohen: J.B. Watson: *The Founder of Behaviourism. A Biography*, London, Boston, Henley: Routledge & Kegan Paul 1979. Bei den *Psychological Reviews* handelt es sich um die renommierte Fachzeitschrift der American Psychological Association, deren erster Jahrgang 1894 erschienen ist. Der Artikel war derart einflussreich, dass Watson schon zwei Jahre später zum Präsidenten der Association gewählt wurde. Vgl. Bernard J. Baars: *The Cognitive Revolution in Psychology*, New York: Guilford Press 1986, S. 41.

89 William O'Donohue und Richard F. Kitchener weisen darauf hin, dass zu Unrecht von dem Behaviorismus die Rede ist, und widmen ihre Aufsatzsammlung den unterschiedlichen Behaviorismen von John Watson, Edward C. Tolman, Clark L. Hull, Burrhus F. Skinner, ja sogar von Ludwig Wittgenstein, Gilbert Ryle oder Willard Van Orman Quines. Vgl. William O'Donohue/Richard Kitchener (Hg.): *Handbook of Behaviorism*, San Diego/CA, London: Academic Press 1999.

Forschung der USA eingenommen hat⁹⁰ und bis heute virulent ist.⁹¹ In der viel zitierten Eingangspassage des programmatischen und polemischen Artikels legt Watson das neue Forschungsprogramm fest:

»Psychology as the behaviorist views it is a purely objective experimental branch of natural science. Its theoretical goal is the prediction and control of behavior. Introspection forms no essential part of its methods, nor is the scientific value of its data dependent upon the readiness with which they lend themselves to interpretation in terms of consciousness. The behaviorist, in his efforts to get a unitary scheme of animal response, recognizes no dividing line between man and brute. The behavior of man, with all of its refinement and complexity, forms only a part of the behaviorist's total scheme of investigation.«⁹²

Watson konzeptioniert die Psychologie hier nicht in Anlehnung an ein naturwissenschaftliches Wissenschaftsideal – er behauptet, die Psycholo-

90 Baars gibt folgende anschauliche Beschreibung dieser Dominanz: »Behaviorists taught two generations of American psychologists to lower their voices when speaking of ›purpose‹ or ›experience‹, ›knowledge‹, ›thinking‹, or ›imagination‹. These words were effectively taboo, along with the rest of the commonsense vocabulary that applies to human beings. [...] In America, almost all scientific journals in psychology were controlled by behaviorists, and tenure and promotion in most American universities were conditional upon at least an outward obedience to behavioristic method.« B. Baars: Cognitive Revolution, S. 52.

91 Auch wenn häufig das Ende des Behaviorismus durch die ›kognitive Revolution‹ in der Psychologie, die das menschliche Bewusstsein wieder zum Forschungsgegenstand macht, postuliert wird (vgl. B. Baars: Cognitive Revolution), ist sein Einfluss insbesondere in der anwendungsorientierten Psychologie bis heute ungebrochen. Vgl. W. O'Donohue/R. Kitchener: Handbook of Behaviorism (Introduction), S. 10f. Nach O'Donohue und Kitchener ist das Ende des Behaviorismus ein Mythos, seine Hegemonie sei durch die kognitive Revolution aber infrage gestellt. Vgl. ebd., S. 7. Nachdem der Behaviorismus ab Mitte des 20. Jahrhunderts den Status der einflussreichsten psychologischen Richtung der Kognitionspsychologie abtreten muss, werden die behavioristischen Postulate in ihrer radikalsten Form vor allem durch Burrhus F. Skinner weitergeführt. Vgl. ders.: About Behaviorism, London: Knopf 1974. Vgl. zu jüngeren Auseinandersetzungen mit Skinners Behaviorismus James T. Todd/Edward K. Morris: Modern Perspectives on B.F. Skinner and Contemporary Behaviorism, Westport/CT, London: Greenwood 1995.

92 John B. Watson: »Psychology as the Behaviorist Views It«, in: Psychological Review 20 (1913), H. 2, S. 158-177, hier S. 158. Vgl. zur Analyse dieser Eingangspassage Edward K. Morris/James T. Todd: »Watsonian Behaviorism«, in: O'Donohue/Kitchener (Hg.), Handbook of Behaviorism (1999), S. 15-69, hier S. 32-45.

gie sei eine Naturwissenschaft, deren prinzipiellen⁹³ Ziele darin bestehen, das Verhalten der Lebewesen, unabhängig davon, ob es sich um Tiere oder Menschen handelt,⁹⁴ vorherzusagen und zu kontrollieren.

Ein zentrales Stichwort, dass die Polemik des Artikels deutlich als Abgrenzungsgestus herausstellt und an dem sich zeigen lässt, inwiefern Watson mit seiner neuen Psychologie ein objektivistisches Beobachtungsideal einführt, ist das der Introspektion. Die auch als »subjektive Beobachtung« bezeichnete Forschungsmethode⁹⁵ wird zur Zeit des behavioristischen Manifests – möglicherweise zu unrecht⁹⁶ – mit der deutschen Psychologie des 19. Jahrhunderts in Verbindung gebracht, von der die frühe amerikanische Psychologie wichtige Impulse erhalten hat, aber sich mehr und mehr abzugrenzen beginnt. Ein zentraler Aspekt der Introspektion, gegen den sich die Kritik der Behavioristen richtet, ist, dass sie nur von geschulten Beobachtern durchgeführt werden kann: Es handelt sich um »trained introspection by special observers«.⁹⁷ Nur wer psychologische Kenntnisse und in der Methode der Introspektion Übung hat, ist auch in der Lage, sich selbst zu beobachten; die subjektive Beobachtung ist eine Methode, die »dem Durchschnittsmenschen nicht leichtfällt«, die also noch stark auf die Individualität des Beobachters setzt. Außerdem ermöglicht sie keinen intersubjektiven Austausch der Forschenden, da »sich ihr Bericht nicht nachprüfen läßt«⁹⁸ und die unterschiedlichen Ergebnisse der Introspektion den Verdacht erwecken, sie

93 So die Lesart von »theoretical« durch E. Morris/J. Todd (»Watsonian Behaviorism«, S. 33): »By *theoretical*, Watson presumably meant *in principle*, because prediction and control were not always achievable in practice.«

94 Im Hintergrund dieser Argumentation steht eine biologische und psychologische Forschungsentwicklung, die seit Darwin die Unterschiede zwischen menschlichem und tierischem Verhalten nur graduell bestimmt und davon ausgeht, die mentalen Prozesse von Menschen seien auch über die Untersuchung von Tieren zu erfassen. Vgl. R. Boakes: *From Darwin*, S. 21. Watson hat bezeichnenderweise den ersten PhD in Tierpsychologie, der in den USA vergeben wurde, erworben. Vgl. B. Baars: *Cognitive Revolution*, S. 43.

95 Vgl. C. Sanders: *Behavioristische Revolution*, S. 44.

96 In der Perspektive von Baars wurde die Methode der Introspektion aus amerikanischer Sicht insbesondere mit der Wundtschen Psychologie identifiziert, was aber eine starke Verkürzung sei. Vgl. ders.: *Cognitive Revolution*, S. 30f. Da es hier weniger um historische Richtigkeit als um die Strategie geht, die den Blick auf die Regeln des psychologischen Diskurses lenkt, ist hier die Abgrenzungsbewegung der amerikanischen Psychologen durchaus ernst zu nehmen.

97 Ebd., S. 32.

98 C. Sanders: *Behavioristische Revolution*, S. 44.

verhielten sich different zur physikalischen Welt.⁹⁹ Damit unterscheidet sich die Experimentalpsychologie des 19. Jahrhunderts von anderen Disziplinen und verfehlt so ihr naturwissenschaftliches Idealbild: »Dieser nur schwer unter Kontrolle zu bringende Faktor existiert in anderen Wissenschaften nicht.«¹⁰⁰ Aus der Sicht des Behaviorismus, der ein enges Konzept von Nachprüfbarkeit zugrunde legt, ist die Psychologie von wissenschaftlicher »Objektivität« noch weit entfernt.¹⁰¹

Hier verlangt das behavioristische Programm eine grundlegende Änderung. Dies geschieht, indem es die positivistische Orientierung, die sich in der Soziologie schon durchgesetzt hat, in sein Wissenschaftskonzept inkorporiert. Für den Behaviorismus ist der Positivismus »the source of the ›principle‹ by which subjective formulations could be generally replaced with objective ones, both in comparative psychology and throughout psychology.«¹⁰² Der Behaviorismus vollzieht diese Entsubjektivierung der Psychologie durch eine Reduktion auf das für den Beobachter *Sichtbare*. Nur was den Blicken eines externen Beobachters zugänglich ist, kann zum Gegenstand der Forschung werden, alles andere wird aus dem Bereich der Forschungsgegenstände exkludiert. Die Behavioristen weisen jede Erforschung von »inneren« psychischen Prozessen, jede Studie des »Bewusstseins« als undurchführbar zurück und erklären allein die externen Manifestationen, also das tierische oder menschliche *Verhalten*, zum Untersuchungsbereich der Psychologie.¹⁰³ Beobachtung meint hier also eine radikal externe Perspektive und formuliert damit ein

99 »Are introspective reports ›privileged‹? Can they be contradicted by physical evidence? Are they reports of a reality different from the physical world? These philosophical issues had methodological consequences, as in the problem of individual differences. Some people are color-blind, others are not; some are tone-deaf, and others have perfect pitch; and there may be other, more subtle differences.« B. Baars: *Cognitive Revolution*, S. 32.

100 C. Sanders: *Behavioristische Revolution*, S. 48.

101 Dabei versuchte die Experimentalpsychologie des 19. Jahrhunderts durchaus, den Status der empiristischen Objektivität zu erreichen, z.B. gründete Gustav Fechner – in auffälliger Ähnlichkeit zu Quetelets *physique sociale* – das Forschungsfeld der »Psychophysik«. Vgl. B. Baars: *Cognitive Revolution*, S. 29.

102 Brian D. Mackenzie: *Behaviourism and the Limits of Scientific Method*, Atlantic Highlands/NJ: Humanities Press 1977, S. 96. Als epistemologische Grundlage des Behaviorismus wäre noch der amerikanische Pragmatismus zu nennen. Diese empiristische Philosophie war insbesondere an der Universität Chicago einflussreich, an der Watson seine behavioristischen Forschungen beginnt. Vgl. hierzu Klaus-Jürgen Bruder: *Psychologie ohne Bewußtsein. Die Geburt der behavioristischen Sozialtechnologie*, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1982.

103 Vgl. B. Baars: *Cognitive Revolution*, S. 21.

leicht modifiziertes Objektivitätskonzept: Der Behaviorismus fügt der Ortlosigkeit des Beobachters das Versprechen hinzu, er sei in keiner Weise von seinem beobachteten Gegenstand kontaminiert, er sei sogar so strikt von ihm getrennt, dass kein psychologisches Spezialwissen, kein Wissen eines *Insiders* nötig ist, um die Untersuchung durchzuführen.¹⁰⁴ Während das Objektivitätsideal der Sozialstatistik das Individuum auf beiden Seiten des Forschungsprozesses ausstreicht, scheint der Behaviorismus noch weiter zu gehen, indem er den Beobachter und das Beobachtete auf *registrierende* bzw. auf bestimmte Weise *reagierende* Maschinen reduziert.¹⁰⁵

Es scheint klar zu sein, dass deterministische Vorstellungen von Ursache und Wirkung in dieser radikal-positivistischen Wissensordnung nicht gedacht werden können. Umso überraschender ist es, dass sich apriorische Kausalitätsvorstellungen doch in das behavioristische Programm einschleichen. Der Behaviorismus schließt in seiner Konzeption von Kausalität an Pavlovs physiologische Experimente mit Tieren zum konditionierten Reflex an, in denen gezeigt wurde, dass der Experimentator einen Reiz (Stimulus) mit einer bestimmten Reaktion (Response) des Versuchstiers in Verbindung bringen kann.¹⁰⁶ Behavioristische Projekte

-
- 104 »The peculiarity of scientific psychology is [...] that scientists are conducting their research as observers, standing outside their subject matter, even as each scientist is ultimately an *insider* to the subject matter of psychology. Watson's solution to this dilemma was radical: let us pretend that we are ultimate outsiders, that we are studying animals and people only as bodies moving through space. In Watson's view, then, there is no room in psychology for anything that cannot be externally observed: no room for consciousness, purpose, thought, meaning, feelings, imagery, self, and the like.« Ebd., S. 43.
- 105 Eine Vorgeschichte dieser Form der Reduktion lässt sich in Untersuchungen tierischen Verhaltens durch Jacques Loeb und Herbert Spencer Jennings um 1900 sehen. Beide Forscher vertreten eine »extreme Form des *Reduktionismus*, d.h. das Bestreben, psychologische Probleme auf physiologische und sogar auf physikalisch-chemische Fragen zurückzuführen.« C. Sanders: Behavioristische Revolution, S. 27.
- 106 Watson beruft sich vorrangig auf ein berühmtes Experiment Pavlovs. Ausgangspunkt ist, dass Futter bei einem Hund Rezeptoren im Mund anregt und so zur Speichelsekretion führt. Im Verlauf des Experiments wird jede Fütterung des Hundes von einem Lichtsignal begleitet. Es stellt sich heraus, dass nach einiger Zeit der Hund auch dann Speichel absondert, wenn er nur durch das Lichtsignal stimuliert wird, ohne anschließend gefüttert zu werden: »Ein bedingter Reflex hat sich ausgebildet. Bezeichnet man das Licht als Reiz A, das Futter als Reiz B und die Speichelabsonderung als Reaktion R, dann wirkt A im ursprünglichen Reflex B-R als Ersatz für B, und man erhält den bedingten Reflex A-R.« C. Sanders: Behavioristische Revolution, S. 66.

konzipieren Kausalität dementsprechend in Analogie zu Reflexsequenzen, wobei sie von ›Stimulus‹ anstelle von ›Ursache‹ und ›Response‹ anstelle von ›Wirkung‹ sprechen. Sie nehmen radikal Abstand von der Vorstellung, es gäbe innere Ursachen, die das Verhalten beeinflussen:

»Behaviorism rejects putative internal causes – particularly human agency – and instead focuses on external, environmental relations with behavior. All behavior is assumed to be lawfully related to the environment. This externalism heightens the objectivity of the science of human behavior by placing causes in the observable environment.«¹⁰⁷

Diese Umbenennung hat entscheidende Konsequenzen, denn sie hält den metaphysischen Aspekt unsichtbar, der auch dann impliziert ist, wenn Verhalten als determinierbar durch externe Stimuli gedacht wird. Stattdessen wird behauptet, man spräche allein von empirischen und d.h. beobachtbaren Prozessen, Kausalität wird als »empirical discovery« herausgestellt – »as if psychologists in their laboratories had finally found the real causal relationships between perception and action.«¹⁰⁸ In das positivistische Programm radikaler Objektivität hat sich ein Essentialismus eingeschlichen: Kausalität ist zur empirischen ›Realität‹ geworden, die nicht nur beobachtbar ist, sondern vom Experimentator auch aktiv zum Einsatz gebracht werden kann, um gewünschte Reaktionen bei Versuchstieren oder -menschen auszulösen.

Die radikale Reduktion des Beobachters auf eine registrierende Maschine geschieht also nur vorgeblich und ist der behavioristischen Programmatik geschuldet. Wie Watson in der Eingangspassage seines Manifests offen legt, ist ›prediction and control‹ das zentrale Ziel der behavioristischen Forschung. Das deterministische Implikat des Stimulus-Response-Modells lässt auch den Experimentator zu einem determinierenden, kontrollierenden Beobachter werden. Dieser kann – so die grundsätzliche Annahme – Reize/Ursachen gezielt einsetzen, um gewünschte Reaktionen/Wirkungen zu erzielen, bzw. er ist in der Lage vorherzusagen, welche Reaktionen Versuchspersonen zeitigen, wenn bestimmte Stimuli zum Einsatz gebracht werden. Bezeichnend für die beängstigende und diabolische Macht des Experimentators, die der radikale Behaviorismus postuliert, ist folgende ›berühmte‹ Aussage Watsons:

»Give me a dozen healthy infants, well-formed and my own specified world to bring them up in and I'll guarantee to take any one at random and train him to become any type of specialist I might select – doctor, lawyer, artist, merchant-

107 W. O'Donohue/R. Kitchener: Handbook of Behaviorism (Introduction), S. 4.

108 B. Baars: Cognitive Revolution, S. 50.

chief and, yes, even beggar-man and thief, regardless of his talents, penchants, tendencies, abilities, vocations, and race of his ancestors.«¹⁰⁹

Das im Behaviorismus zentrale und explizit postulierte Ziel ›prediction and control‹ wird durchaus mit der Utopie verknüpft, der Mensch sei auf diese Weise zum Besseren zu verändern: »The mission of psychology was to improve people in the same way that physics or chemistry helped to improve the human environment.«¹¹⁰ Die besondere Einflusskraft und der spezifische Reiz der behavioristischen Psychologie liegen dementsprechend in dem Angebot, praktischen Nutzen zu haben, d.h. in unterschiedlichen Kontexten anwendbar zu sein. Vorhersage und Kontrolle sollen nicht nur in Watsons ›own specified world‹ möglich sein, sondern in den unterschiedlichsten Gebieten der angewandten Psychologie zum Einsatz kommen. Bezeichnenderweise nimmt Watson, nachdem er seine universitäre Laufbahn beendet hat, einen Posten in einer Werbeagentur an.¹¹¹

Vor dem Hintergrund dieser Anwendungsorientiertheit wird auch die auf den ersten Blick paradox erscheinende Kombination eines kontrollierend-aperspektivischen Beobachters einleuchtender: Der Beobachter soll kontrollieren können, sein Standpunkt hat aber gleichzeitig austauschbar zu sein. Ebenso wie die objektiven Ergebnisse der psychologischen Experimente intersubjektiv nachvollziehbar angelegt sein müssen, ist der Beobachterstandpunkt eine Leerstelle: Jeder – auch der nicht unbedingt wissenschaftlich geschulte Beobachter – soll diese Stelle einnehmen können und in der Lage sein, Verhalten vorherzusagen und zu kontrollieren. Kontrollierend, aber aperspektivisch meint also: Es besteht die Möglichkeit, das Instrumentarium der Kontrolle für jeden Beobachter bereitzustellen. Dieses Potenzial macht den Behaviorismus so attraktiv für die *applied psychology*, in deren Rahmen sich die Medienwirkungsforschung zu Beginn des 20. Jahrhunderts herauszubilden beginnt. Wie dies geschieht und wie die Mediengewaltforschung auf der ›Rückseite‹ dieser Entwicklung auftaucht, wird dementsprechend in den folgenden Kapiteln in einzelnen ›Anwendungsfeldern‹ untersucht: Politik, Werbung und Erziehung.

-
- 109 John B. Watson: Behaviorism, Chicago: University of Chicago Press 1930, S. 82, hier zitiert nach: B. Baars: Cognitive Revolution, S. 48, der dieses Zitat als »Watson's most famous words« bezeichnet. Vgl. E. Morris/J. Todd: »Watsonian Behaviorism«, S. 52, wo die Aussage als Watsons »dozen healthy infants« statement« bezeichnet wird; ebenso auch bei W. O'Donohue/R. Kitchener: Handbook of Behaviorism (Introduction), S. 34.
- 110 B. Baars: Cognitive Revolution, S. 45. Vgl. zum utopistischen Programm auch ebd., S. 51-55.
- 111 Vgl. B. Baars: Cognitive Revolution, S. 45. Auf Watsons Karriere als Werbeberater wird in Kapitel Werbung: Ökonomie der Suggestion eingegangen.

Im Vergleich zur inferenzstatistischen Experimentalpsychologie liefert der Behaviorismus ein Instrumentarium der Wirkungskontrolle, das in unterschiedlichsten Bereichen zum Einsatz gebracht werden kann. Wenn in diesen unterschiedlichen Bereichen die Anforderung entsteht, die Wirkung von Verbreitungsmedien vorhersagbar und kontrollierbar werden zu lassen, stellt das behavioristische Stimulus-Response-Modell brauchbarere Verfahren zur Verfügung als die Kombination von Statistik und Experiment, die nur vorsichtige und vage Wirkungsaussagen treffen kann. Das inferenzstatistische Experiment rechnet den kontrollierenden Beobachter aus der Praxis der Wirkungskontrolle »hinaus« und hält auf diese Weise die Praxis der Kontrolle unsichtbar. Indem sich der Behaviorismus dagegen deutlich als Verfahren der Wirkungskontrolle zu erkennen gibt und einen mächtigen Experimentator bzw. Beobachter entwirft, dem es gelingt, Wirkungen zu erzwingen, führt er Praktiken der gewaltsamen Einflussnahme in die Epistemologie der Kausalität ein. These der vorliegenden Untersuchung ist es, dass diese Praktiken, wenn sie in Projekten der *Medienwirkungskontrolle* zum Einsatz kommen, sich um die Kurzschlussformel »Mediengewalt« gruppieren und dass die Mediengewaltforschung um die Mitte des 20. Jahrhunderts auftaucht, indem sie diesen Praktiken ein Verfahren der regulierenden Zählung entgegensetzt.

Wie sich die Praktiken der Wirkungskontrolle konkret ausformulieren, ist abhängig von den Diskursregeln der einzelnen Felder, in denen das Wissen über Medienwirkung ausgehandelt wird. Es wird im Folgenden darum gehen, die Praktiken des Behaviorismus in den Feldern Politik, Ökonomie und Erziehung zu verdeutlichen. Darüber hinaus wird eine leitende Frage sein, welche anderen Praktiken der Wirkungskontrolle und welche diskursiven Ereignisse sich historisch im Umfeld der Formel »Mediengewalt« ansiedeln und auf diese Weise ihre Geschichtlichkeit konstituieren. Im nächsten Kapitel soll zuerst das politische Diskurssegment in den Blick rücken. Es wird beleuchtet, wie während des Ersten und Zweiten Weltkriegs die Verbreitungsmedien als wirkmächtige Propagandainstrumente konzipiert werden und wie daraus sofort die Befürchtung erwächst, die feindliche Seite könne sich die Medien in derselben Weise zunutze machen.

2 PROPAGANDA: POLITIK DER BEEINFLUSSUNG

Propaganda, so Harold Lasswell im Schlusskapitel seiner Studie *Propaganda Technique in the World War* (1927), ist eines der mächtigsten Instrumente der modernen Welt. Während die Mitglieder von Stammesgesellschaften noch über Tänze und andere rituelle Praktiken in einen Kriegsrausch versetzt werden konnten, sind unter den Bedingungen großer Industriegesellschaften neue Maßnahmen angezeigt. Lasswells Rhetorik in der Darlegung eines äußerst kriegerischen Arguments lohnt ein längeres Zitat:

»In the Great Society it is no longer possible to fuse the waywardness of individuals in the furnace of the war dance; a new and subtler instrument must weld thousands and even millions of human beings into one amalgamated mass of hate and will and hope. A new flame must burn out the canker of dissent and temper the steel of bellicose enthusiasm. The name of this new hammer and anvil of social solidarity is propaganda. [...] Propaganda is a concession to the rationality of the modern world. A literate world, a reading world, a schooled world prefers the thrive on argument and news. It is sophisticated to the extend of using print; and he that takes to print shall live or perish by the Press. All the apparatus of diffused erudition popularizes the symbols and forms of pseudorational appeal; the wolf of propaganda does not hesitate to masquerade in the sheepskin. All the voluble men of the day – writers, reporters, editors, preachers, lecturers, teachers, politicians – are drawn into the service of propaganda to amplify a master voice. All is conducted with the decorum and the trappery of intelligence, for this is a rational epoch, and demands its raw meat cooked and garnished by adroit and skilful chefs.«¹

Lasswell untersucht in *Propaganda Technique* mittels vergleichender Inhaltsanalysen von Propagandabotschaften, wie die Krieg führenden Staaten im Ersten Weltkrieg erfolgreiche oder misslingende Beeinflussungsstrategien zum Einsatz bringen. In Anbetracht der schonungslosen Weise, in der Lasswell ein unverhohlen gewaltsames Mittel zur Massenbeeinflussung in einer modernen, demokratischen Gesellschaft, ja ein Mittel, das zu Gewalt anstiften soll, beschreibt, ist es erstaunlich, dass seine Propagandaforschung bis heute als Pionierwerk der Massenkommunika-

1 Vgl. Harold D. Lasswell: *Propaganda Technique in World War I* [*Propaganda Technique in the World War 1927*], Cambridge/MA London: MIT Press 1971, S. 220f., Zitat: S. 221.

tionsforschung gehandelt wird und Lasswell als einer der Gründungsväter der Disziplin gilt.² Dies ist umso verwunderlicher für den deutschsprachigen Raum, in dem erwartet werden kann, dass die Rhetorik dieser Studie sofort die pejorative Belastung des Propagandabegriffs durch den Nationalsozialismus aufruft.³ Selbsthistoriografien blenden den Gewaltaspekt in Lasswells Propagandakonzeption aus, indem sie etwa konstatieren, hier sei das Analyseinstrumentarium für die spätere Forschung entwickelt worden, ohne den Kontext dieser Entwicklung zu berücksichtigen. Oder indem sie die berühmte Lasswell-Formel – »Who Says What in Which Channel to Whom With What Effect?« – als überzeitlich gültiges Frage- und Ordnungsraster für die Medienforschung zitieren, ohne ihre Herkunft aus dem Kriegswissen transparent zu machen.⁴

- 2 Vgl. etwa E. Rogers: *History of Communication Study*, S. 203-243. Wie Brett Gary beschreibt, lässt sich die Gründungsfigur Lasswell als Knotenpunkt einander überschneidender Diskurse verstehen: »An empiricist, a behaviorist, a Freudian, a systems theorist, a quantifier, the developer of the scientific method of content analysis, one of the ›founding fathers‹ of the scientific school of mass communications, and cofounder of the policy sciences, Lasswell aimed to develop an interdisciplinary political science that could contribute to the prevention of political violence by understanding those factors – especially insecurity – that create upheaval.« Brett Gary: *The Nervous Liberals. Propaganda Anxieties from World War I to the Cold War*, New York: Columbia University Press 1999, S. 56.
- 3 Wolfgang Schieder und Christof Dipper sprechen von einer »Verdrängung des Propagandabegriffs« im westlichen Teil Deutschlands. Wolfgang Schieder/Christof Dipper: »Propaganda«, in: Brunner u.a. (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 4 (1978), S. 69-112, hier S. 112. Dass in den USA diese Verdrängung sich nicht gleichermaßen konsequent vollzieht und der Propagandabegriff auch im Laufe des 20. Jahrhunderts noch als neutraler Terminus verwendet wird, legt etwa die Studie von Garth S. Jowett und Victoria O'Donnell (*Propaganda and Persuasion*, Newbury Park u.a.: Sage Publications 1986) oder der Lexikonartikel von Leonard W. Doob (»Propaganda«, in: Erik Barnouw (Hg.), *International Encyclopedia of Communications*, New York, Oxford: Oxford University Press 1989, S. 374-378) nahe. Eine begriffsgeschichtlich vergleichende Aufarbeitung der Verwendung von »Propaganda« im deutsch- und englischsprachigen Raum kann hier nur als Desiderat angezeigt werden. Wichtig ist, dass die kriegerischen Implikationen ausgeblendet bleiben, wenn Lasswells Darstellungen zur Propaganda in der Lehrbuchgeschichte weitertradiert werden.
- 4 Vgl. für die Betonung des Analyseinstrumentariums etwa Hans-Bernd Brosius: *Modelle und Ansätze der Medienwirkungsforschung. Überblick über ein dynamisches Forschungsfeld* [Düsseldorfer Medienwissenschaftliche Vorträge 8], Bonn: ZV Zeitungs-Verlag Service 1997. Vgl. für die Lasswell-Formel etwa Renate Schumacher: »Zur Geschichte der Hörfunkforschung«, in: Joachim-Felix Leonhard u.a. (Hg.), *Medienwissenschaft. Ein*

Lasswell spricht in seiner Studie nicht explizit von Medien, obwohl die Verbreitungsmedien – wie in der zitierten Passage deutlich wird – eng mit seinem Verständnis von Propaganda verschaltet sind. Der »new hammer and anvil of social solidarity« kann seine Ziele nur erreichen, wenn er sich die Presse oder – so die eigentümlich abstrakt gehaltene Formulierung, die einen Medienbegriff fast einfordert – »the apparatus of diffused erudition« zunutze macht. Wie auch für andere kommunikationstheoretische Studien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist für *Propaganda Technique in the World War* eine »eigenartige Medienvergessenheit«⁵ kennzeichnend. Hier wird die mediale Komponente im Kommunikationsprozess noch nicht problematisiert, sondern in einem isomorphen Verständnis von Kommunikation gefragt, »kommt die Nachricht an oder nicht?«⁶ Ob die Beeinflussung der Massen zu Kriegszeiten über die Presse oder über andere mediale Wege vollzogen wird, scheint aus Lasswells Sicht zweitrangig zu sein. Wichtig ist nur, dass sie gelingt. Medien werden zu bloßen Containern, in denen die Propagandabotschaft vom sendenden Kommunikator zum empfangenden Publikum transportiert wird.⁷

In Lasswells Konzeption erscheint Propaganda als die Fortsetzung von physischer Gewalt mit anderen Mitteln: als ein Wolf im Schafspelz der rhetorischen Kunstgriffe, dessen Gewaltaspekt Lasswell aber kei-

Handbuch zur Entwicklung der Medien und Kommunikationsformen [Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft 15], Bd. 2, Berlin, New York: de Gruyter 2001, S. 1445-1459, hier S. 1445: »Ein noch heute brauchbares Ordnungsschema für die mit Massenmedien zusammenhängenden Forschungen bietet die von Harold D. Lasswell 1948, also etwa 30 Jahre nach Einführung des Hörfunks, formulierte und nach ihm benannte Formel«.

- 5 Erhard Schüttelpelz: »Von der Kommunikation zu den Medien/In Krieg und Frieden (1943-1960)«, in: Jürgen Fohrmann (Hg.), *Gelehrte Kommunikation. Wissenschaft und Medium zwischen dem 16. und 20. Jahrhundert*, Wien, Köln, Weimar: Böhlau 2005, S. 483-552, hier S. 510.
- 6 Ebd., S. 513. Erhard Schüttelpelz zeigt, dass es in der Zeit von 1946 bis 1952 zu einem Durchbruch des Begriffs »Kommunikation« in diesem Verständnis kommt. Die Voraussetzungen hierfür werden durch Kriegswissen geschaffen, das zum einen in der Propagandaforschung, zum anderen in der Kybernetik produziert wird. Vgl. auch ders.: »»Get the message through«. Von der Kanaltheorie der Kommunikation zur Botschaft des Mediums: Ein Telegramm aus der nordatlantischen Nachkriegszeit«, in: Irmela Schneider/Peter M. Spangenberg (Hg.), *Medienkultur der 50er Jahre. Diskursgeschichte der Medien nach 1945*, Bd. 1, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002, S. 51-76.
- 7 Vgl. Klaus Krippendorf: »Der verschwundene Bote. Metaphern und Modelle der Kommunikation«, in: Merten/Schmidt/Weischenberg (Hg.), *Die Wirklichkeit der Medien* (1994), S. 80-113.

neswegs verleugnet. Die Mittel, mit deren Hilfe die physische Gewalt transformiert wird, sind keine anderen als die Verbreitungsmedien, auch wenn Lasswell diese nicht explizit thematisiert. Das Konzept ›Propaganda‹, das in diesem Kapitel zentral ist, situiert sich im diskursiven Umfeld der verknappenden Kurzschlussformel ›Mediengewalt‹. Lasswell macht in seinem Propagandakzept – wie noch genauer zu sehen sein wird – behavioristische Annahmen der Wirkungskontrolle im Feld des Politischen für die Verbreitungsmedien geltend. Es wird im Folgenden um die Frage gehen, inwiefern Praktiken der Wirkungskontrolle im Feld des Politischen wirkmächtige und in diesem Sinne aggressive Medien formieren, die für politische Interessen produktiv gemacht werden können, aber immer schon die Gefahr der feindlichen Gegenpropaganda mit sich führen. Der Fokus auf eine *Politik der Beeinflussung* zielt in diesem Sinne auf diskurspolitische Ordnungen, die im engeren Bereich des (Staats-) Politischen besonders offensichtlich werden. Die Propagandaforschung, deren Beginn in Selbsthistorisierungen der Wirkungsforschung mit Lasswell identifiziert wird, lässt sich insofern als Vorgeschichte der Mediengewaltforschung begreifen, als hier zentrale Bezugsprobleme in Erscheinung treten. Die aggressiven Medien, die in der Propagandaforschung entworfen werden, lassen den Bedarf einer regulatorischen Zählung entstehen.

Möglicherweise steht mit Lasswells ›Medienvergessenheit‹ die Art und Weise in Zusammenhang, in der Selbsthistorisierungen der Massenkommunikationsforschung Lasswells Propagandaanalyse geschichtlich positionieren oder unsichtbar halten: Lasswells Plädoyer für produktiv eingesetzte Praktiken der Mediengewalt bleibt latent, wenn seine Studie als bedeutender Teil in einer Vorgeschichte der Medienwirkungsforschung zitiert wird. Überhaupt keine Erwähnung findet sie, wenn es um eine Geschichte der Mediengewaltforschung geht. Die offensichtliche Gewalthaltigkeit in Lasswells Kommunikationskonzept bleibt in beiden Fällen unsichtbar. Die Unsichtbarkeit oder zumindest Zweitrangigkeit des Mediums in Texten der Propagandaforschung an der Schwelle zur institutionalisierten Massenkommunikationsforschung – so die Hypothese – hängt eng mit dieser historiografischen *Ausblendung des Gewaltaspekts* zusammen: Das aggressive Medium bleibt verdeckt, um auch die Gewalt seiner propagierten Wirkungen im Hintergrund zu halten. Dass es eine basale Voraussetzung und ein unabdingbarer Funktionsgarant für Propaganda ist, bleibt sowohl in Lasswells Propagandakzept als auch in den Selbsthistorisierungen ausgeblendet. Im Folgenden soll in diesem Sinne auch den Latenzen der Lehrbuchgeschichte nachgespürt werden.

Techniken politischer Gewaltkommunikation

Der Begriff Propaganda verweist historisch zunächst nicht auf politische, sondern auf religiöse Kontexte: An erste Verwendungen des Begriffs und an die Gründung der päpstlichen Institution *S. Congregatio de propa-*

ganda fide im 17. Jahrhundert anschließend wird die verselbstständigte Gerundivform ›propaganda‹ (von lat. *propagare* = ausdehnen, fortpflanzen; pfpflanzen) zuerst zur konfessionsneutralen Bezeichnung für christliche Missionsanstalten. Ende des 18. Jahrhunderts benutzen dann protestantische Aufklärer den Terminus, um Befürchtungen vor einer katholischen Verschwörung gegen den Protestantismus Ausdruck zu verleihen, deren Steuerung man in Aktivitäten der römischen Propagandakongregation vermutet. Schon in frühen Verwendungsformen ist der Semantik von Propaganda also zweierlei eingeschrieben: Zum einen ein institutioneller Aspekt: Propaganda, so die Annahme, installiert eine spezifische organisatorische Struktur. Zum anderen ist die Bedeutung durch eine agonale Komponente ausgezeichnet, die verschwörungstheoretisch unterlegt ist: Propaganda bezeichnet in ihren negativen Ausformulierungen eine *befürchtete* Machenschaft des Gegners.⁸

Diese beiden Aspekte schreiben sich fort, wenn der Begriff im Zuge der Französischen Revolution in das Feld des Politischen übergeht. Zunächst von den Revolutionären selbst benutzt, um in Analogie zur christlichen Verwendung ihre politische Mission zu beschreiben, wird der Begriff wiederum von der Gegenseite – hier von royalistischen Emigranten – gewendet und mit einer pejorativen Semantik ausgestattet: Indem die Royalisten die Existenz einer geheimen, universellen Propagandaorganisation postulierten und den Propagandabegriff auf diese Weise negativ prägten, versuchten sie, das konservative Europa gegen die Revolutionäre aufzubringen. In der Folgezeit hat ›Propaganda‹ aufgrund dieser frühen Konnotationen in politischen Verwendungsweisen eine vorwiegend negative Bedeutung: Sie wird mit den Strategien des Feindes identifiziert. Dies ändert sich erst am Ende des 19. Jahrhunderts, wenn der Begriff Eingang in die Sprache der ökonomischen Werbung findet: Nun kann ›Propaganda‹ *auch* im positiven Sinne einer politischen Selbstdarstellung Verwendung finden. Seine Tendenz, immer in eine negative Semantik umzuschlagen, haftet dem Propagandabegriff weiterhin an.⁹

Während und infolge des Ersten Weltkriegs wird ›Propaganda‹ zum Zentralbegriff der modernen psychologischen Kriegsführung.¹⁰ Es kommt

8 Vgl. W. Schieder/C. Dipper: »Propaganda«, S. 69 u. S. 71f. Eine Geschichte der Propagandatechnik vor der Verwendung des Begriffs lässt sich noch weiter – bis ins Römische Imperium – zurückverfolgen. Vgl. Oliver Thomson: *Mass Persuasion in History. An Historical Analysis of the Development of Propaganda Techniques*, Edinburgh: Harris 1977, S. 55-67; G. Jowett/V. O'Donnell: *Propaganda and Persuasion*, S. 40-42.

9 Vgl. W. Schieder/C. Dipper: »Propaganda«, S. 77-82 u. S. 70.

10 Vgl. Christopher Simpson zufolge, greift das Konzept *psychological warfare* zwar auf ältere Methoden der Kriegsführung zurück, existiert aber in seinem modernen Sinn erst seit dem Ersten Weltkrieg. In seiner Studie verwendet er die Begriffe *proaganda* und *psychological warfare* analog, zumindest nicht trennscharf. Eine vergleichende Begriffsgeschichte liegt bisher nicht vor. Vgl. ders.: *Science of Coercion. Communication Research*

nicht nur in den europäischen Staaten, sondern auch in den USA, deren nationale Beobachtungsperspektive im Zentrum der folgenden Ausführungen steht, zu einem »neuen Durchbruch«¹¹ des Begriffs. Lasswell zufolge entsteht der Terminus sogar jetzt erst: »A word has appeared, which has come to have an ominous clang in many minds – Propaganda.«¹² Die Regierungen der kriegsbeteiligten Staaten initiieren die Erforschung von Propagandatechniken und gründen Organisationen zu ihrer Steuerung. In den USA institutionalisiert sich die *psychological warfare* 1917 im Committee of Public Information, das nach seinem Leiter, dem Zeitungsherausgeber George Creel, auch Creel Committee genannt wird. Creel knüpft an die positive Konnotation an, die das Begriffsfeld der Propaganda durch seine Überschneidung mit der Wirtschaftssprache gewonnen hat. Seine Arbeit während des Krieges beschreibt Creel 1920 in einem Buch mit dem Titel *How We Advertised America*.¹³ In Creels Studie ist explizit von »appellierenden Medien« als Propagandainstrumenten die Rede:

»[T]here was no part of the great war machinery that we did not touch, no medium of appeal that we did not employ. The printed word, the spoken word, the motion picture, the telegraph, the cable, the wireless, the poster, the sign-board – all these were used in our campaign to make our own people and other peoples understand the causes that compelled America to take arms.«¹⁴

Zwar ist das »medium« auch hier noch weit davon entfernt, selbst zur »message« zu werden und einen Medienbegriff im strengen Sinne vorzustellen.¹⁵ Creels instrumentelles Medienverständnis ähnelt der Zweitrangigkeit, die Lasswell den Propagandaapparaturen zuschreibt. Jedoch gewinnt die Konzeption eines – zwar nicht explizit herausgestellten, aber implizit unabdingbaren – stark wirkenden aggressiven Mediums schon

and Psychological Warfare. 1945-1960, New York, Oxford: Oxford University Press 1994, S. 15.

11 W. Schieder/C. Dipper: »Propaganda«, S. 103.

12 H. Lasswell: Propaganda Technique, S. 2.

13 Jowett und O'Donnell weisen darauf hin, dass der amerikanische Congress bemüht war, Creels Propagandatätigkeit verdeckt zu halten, jedoch: »Creel, who was proud of his activities, discussed in detail the history of the CPI's domestic and foreign activities.« Dies.: Propaganda and Persuasion, S. 98.

14 George Creel: *How We Advertised America. The First Telling of the Amazing Story of the Committee on Public Information that Carried the Gospel of Americanism to Every Corner of the Globe*, New York, London: Harper & Brothers 1920, S. 5.

15 Nach Schüttpelz kommt es erst 1958 mit McLuhans Slogan »The Medium is the Message« zur Durchsetzung des Medienbegriffs. Vgl. E. Schüttpelz: »Von der Kommunikation«, S. 523.

im Kontext der Propagandakonzeption im Zuge des Ersten Weltkriegs allmählich Kontur.¹⁶

Die Projekte der psychologischen Kriegsführung hinterlassen in den USA vor allem im wissenschaftlichen Feld der *mass communications research*, das sich zu dieser Zeit allmählich herausbildet, ihre Spuren.¹⁷ Insbesondere für Lasswells *Propaganda Technique* ist dabei entscheidend, dass sich Versatzstücke der Propagandaforschung mit der psychologischen Schule des Behaviorismus koppeln. Ergebnis dieser Kopplung ist die Integration von Verbreitungsmedien in die Lehre des Behaviorismus.¹⁸ Lasswell verbindet das behavioristische Stimulus-Response-Modell mit einem technisch geprägten, aus der mathematischen Informationstheorie stammenden Sender-Empfänger-Modell: »[T]he propagandist may be said to be concerned with the multiplication of those stimuli which are best calculated to evoke the desired responses, and with the nullification of those stimuli which are likely to instigate the undesired responses.«¹⁹ Lasswells Modell ist die Vorstellung eines aktiven Kommunikators und eines passiven Empfängers von Propagandabotschaften eingeschrieben.²⁰

Der Behaviorismus hat mit seinem Entwurf eines aperspektivisch-kontrollierenden Beobachters dem politischen Feld ein Konzept bereitgestellt, mit dessen Hilfe dem Propagandisten ein übermächtiger Einfluss gewährleistet zu sein scheint. Dass diese Macht über die Adressaten der Propaganda keineswegs gewaltfrei gedacht wird, macht Lasswell in seinem Verständnis von Propaganda unmissverständlich deutlich: »Propa-

-
- 16 Der Erste Weltkrieg wird häufig als erster Krieg angesehen, in dem sich ein Bewusstsein von der engen Verflochtenheit der modernen Kommunikationsmedien und den Techniken öffentlicher Beeinflussung entwickelt hat. Vgl. B. Gary: *Nervous Liberals*, S. 1. Vgl. auch Siegfried Quandt (Hg.): *Der Erste Weltkrieg als Kommunikationsereignis* [Medien Kommunikation Geschichte 1], Gießen: Justus-Liebig-Universitätsverlag 1993.
 - 17 Walter Lippmann stützt seine zentralen Studien zur öffentlichen Meinung, *Public Opinion* (1922) und *The Phantom Public* (1925), ebenfalls auf seine Propagandatätigkeit, u.a. als Verfasser von Flugblättern im Dienst der amerikanischen Regierung. Vgl. C. Simpson: *Science of Coercion*, S. 16.
 - 18 »The combination of the psychologist's view of a uniform human response system and the political view that the mass media were powerful produced the idea that mass media messages were received in the same way by all people in an audience and, furthermore, that the responses to such messages were immediate and direct.« G. Jowett/V. O'Donnell: *Propaganda and Persuasion*, S. 100.
 - 19 Harold D. Lasswell: »The Theory of Political Propaganda«, in: *American Political Science Review* 21 (1927), H. 3, S. 627-631, hier S. 630.
 - 20 Vgl. Kevin Robins/Frank Webster/Michael Pickering: »Propaganda, Information, and Social Control«, in: Jeremy Hawthorn (Hg.), *Propaganda, Persuasion, and Polemic*, London: Arnold 1987, S. 1-17, hier S. 3.

ganda is concerned with the management of opinions and attitudes by the direct manipulation of social suggestion«. Nach Lasswell ist Propaganda neben »Military Pressure« und »Economic Pressure« eine der drei zentralen Operationsweisen, die gegen einen Kriegsfeind zum Einsatz gebracht werden können.²¹ Doch nicht nur Propaganda gegen ein feindliches Publikum, auch die Regierung der »eigenen« Bevölkerung folgt einer – dank neuer Kommunikationsformen notwendigen – *Umschrift von physischer in kommunikative Gewalt*.²² »Most of that which formerly could be done by violence and intimidation must now be done by argument and persuasion«. ²³ Dass es Lasswell um eine Applikation von mechanistischen Stimulus-Response-Vorstellungen auf ein schwer zu kontrollierendes Publikum der Verbreitungsmedien geht, macht sein Vergleich der Suggestionsfähigkeit von – als menschlichen Maschinen gedachten – Soldaten und Zivilisten deutlich:

»Military life approximates the aggregation of disciplined men in a dehumanizing environment. The civilian lacks the automatic discipline of drill and remains in an environment in which his sentiment-life (his *human* life) continues. Civilian unity is not achieved by the regimentation of muscles. It is achieved by a repetition of ideas rather than movements. The civilian mind is standardized by news and not by drills. Propaganda is the method by which this process is aided and abetted.«²⁴

21 H. Lasswell: Propaganda Technique, S. 9.

22 Die Rede von »kommunikativer Gewalt« oder »Gewaltkommunikation« bezieht sich hier zwar speziell auf Verfahren der politischen Wirkungskontrolle in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, ist aber durchaus mit dem Begriff von »Gewaltkommunikation« in Verbindung zu bringen, den Angela Keppler für die Gewaltdarstellung im Fernsehen geltend macht und insbesondere für ihre Analyse der Berichterstattung am 11. September 2001 verwendet. Vgl. Angela Keppler: Mediale Gegenwart. Eine Theorie des Fernsehens am Beispiel der Darstellung von Gewalt, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2006, S. 306f.

23 H. Lasswell: »Theory of Political Propaganda«, S. 631. Die Begriffe (*mass*) *persuasion* und *propaganda* werden häufig nicht trennscharf verwendet. Eine Unterscheidung der beiden Termini, wie Jowett und O'Donnell sie vorschlagen (Propaganda = Erzeugung von Wirkungen im Sinne des Kommunikators – Persuasion = Interaktion, die sowohl den Bedürfnissen des Kommunikators als auch denen des Empfängers genügt) erscheint daher wenig einleuchtend. Vgl. G. Jowett/V. O'Donnell: Propaganda and Persuasion, S. 13-37. Sinnvoller ist die Darstellung von Schüttpelz, wonach der Begriff »Propaganda« im Zuge seiner Ausdifferenzierungen zunehmend durch weniger krieglerische Bezeichnungen ersetzt wird. Vgl. E. Schüttpelz: »Von der Kommunikation«, S. 511. Dieser Zusammenhang wird im Laufe des Kapitels noch genauer beleuchtet.

24 H. Lasswell: Propaganda Technique, S. 11.

Die Gegenüberstellung von ›news‹ und ›drills‹ scheint auf den ersten Blick mit Foucaults Rede von einer biopolitischen Regulation im Gegensatz zur Disziplinarmacht in Verbindung zu stehen.²⁵ Die Umstellung, auf die Lasswell anspielt, verweist auf die grundsätzliche Frage, welche Rolle die Umschreibung von Verfahren der Disziplinierung auf Verfahren der Regulation für die Wirkungskontrolle der Verbreitungsmedien spielt. Es handelt sich hier um eine Frage, auf die im Verlauf dieser Untersuchung noch zurückzukommen sein wird.

Propaganda ist in Lasswells Auffassung, wie sie in dem Zitat ersichtlich wird, ein Instrument, dessen Wirkungsmacht noch weiter geht als das behavioristische Programm von ›Vorhersage und Kontrolle‹; sie geht einen Schritt über eine rein mechanistische Reflexkonditionierung hinaus. Lasswell scheint sogar die Möglichkeit zuzulassen, dass der Propagandaempfänger nicht auf die Weise reagiert, die der Kommunikator intendiert. Gute Propaganda zeichnet sich in Lasswells Verständnis gerade dadurch aus, dass ihrem Adressaten die Option erhalten bleibt, die erwünschten Reaktionsmöglichkeiten trotz der propagandistischen Beeinflussung eben nicht zu aktualisieren. Jedoch reagiert Propaganda nach Lasswell auf die ›Halsstarrigkeit‹ (*wilfulness*) einer modernen, demokratischen Gesellschaft, die zwar nicht mehr den Zwängen einer monarchischen Ständegesellschaft ausgesetzt ist, aber dennoch neue Methoden des Zwangs notwendig werden lässt: »The new antidote to wilfulness is propaganda. If the mass will be free of chains of iron, it must accept its chains of silver. If it will not love, honour and obey, it must not expect to escape seduction.«²⁶ Propaganda übt eine neue Art von disziplinierendem Zwang aus, der subtiler ist, aber dennoch eine wirkungsvolle Steuerung des Adressaten anstrebt. Die Ersetzung von ›drills‹ durch ›news‹ lässt sich als ein Zwischenergebnis in einer schrittweise erfolgenden Umstellung von Disziplinierung auf Regulation beschreiben. Lasswells Propagandakonzept ist jedoch noch weit davon entfernt, die Aspekte der Disziplinierung zu beseitigen.

Diese ›silbernen Ketten‹ sind sowohl dann, wenn die eigene Bevölkerung beeinflusst werden soll, als auch im Fall der Persuasion eines Feindes auf Verbreitungsmedien angewiesen. Auch wenn der US-amerikanische Beobachter Lasswell dies nicht explizit reflektiert und Medien zu bloßen »stimulus-carrier[s]« bzw. zu »carriers of suggestions«²⁷ erklärt, macht er in seinen Beschreibungen ganz deutlich, dass es immer auch um die Frage geht, wie *welches* Medium zum Einsatz gebracht werden kann, um Propagandabotschaften über die Kriegsfront hinweg zu verbreiten. Mediendifferenzen spielen also – auch ohne als solche benannt zu werden – bei Lasswell durchaus eine Rolle: Ein wich-

25 Vgl. etwa M. Foucault: *Gouvernementalité I*, S. 88-90.

26 H. Lasswell: *Propaganda Technique*, S. 222.

27 Ebd., S. 210.

tiges Element der Kriegspropaganda sieht er in der Erfindung von »ways and means for the transmission of suggestions to the enemy«.²⁸

Die Krieg führenden Staaten versuchen, sich nicht nur die Presse neutraler Länder wie der Schweiz durch Inserate zunutze zu machen, sie publizieren auch Zeitschriften, die sich speziell an die gegnerischen Soldaten richten, um sie von der Aussichtslosigkeit eines Sieges zu überzeugen, sie zu demoralisieren oder ihnen die Option des Desertierens schmackhaft zu machen. Lasswell führt dies am Beispiel französischer Propaganda gegen deutsche Soldaten vor. Entsprechende Publikationen werden 1915 etwa unter den Titeln *Die Feldpost*, *Kriegsblätter für das deutsche Volk* und *Das freie deutsche Wort* bekannt. Unregelmäßiger lässt die französische Regierung *Briefe aus Deutschland* publizieren, in denen die Soldaten über Neuigkeiten aus ihrem Land informiert werden sollen, oder *Grüße an die Heimat*, in denen deutsche Soldaten von ihrer äußerst angenehmen französischen Kriegsgefangenschaft berichten. Eine Verschärfung dieser Propagandamethoden geschieht durch die Fälschung deutscher Zeitungen wie der *Frankfurter Zeitung* im Juli 1917. Frankreich initiiert auch die Veröffentlichung von Büchern, Broschüren und Pamphleten, in denen deutsche Intellektuelle die Kriegsschuld ihres Herkunftslandes verhandeln.²⁹

Interessant im Hinblick auf implizite Reflexionen von Mediendifferenz ist, dass Lasswell die Anstrengungen diskutiert, Propagandamaterial von den feindlichen Autoritäten unbemerkt über die Grenze ins gegnerische Land zu transportieren. Dies gelingt der französischen Regierung, die ein schweizerisches Verlagshaus nutzt, um Propagandamaterial herzustellen, und es in Konservenkartons gefüllt nach Deutschland schmuggelt. Weniger erfolgreich ist die britische Regierung in ihrem Verbreitungsversuch, wenn sie 1917-1918 das Propagandablatt *Le Courrier de l'Air* von einem Flugzeug aus in den besetzten Gebieten abwirft, um der Bevölkerung zu versichern, dass ihre Lage nicht hoffnungslos sei. Die Propagandaaktion muss eingestellt werden, da sie von der deutschen Regierung bemerkt und strafrechtlich verfolgt wird.³⁰ Wie ein neuer »mode of dissemination« gefunden wird, führt Lasswell vor, indem er eine Methodenreflexion über mögliche Verbreitungsprojekte des britischen Majors C.J.C. Street zitiert. Der Text lässt sich darüber hinaus als Reflexion über die Medialität des Flugblatts lesen:

»There is no intrinsic difficulty in scattering pieces of paper any more than there is in scattering pieces of steel, but the desired destination of the two forms of missile varies, as does the effect they are intended to produce. A shell, to secure its maximum effect, should burst in the centre of a group of men; propaganda leaflets, on the contrary, should be dispersed as widely as possible, and then should avoid the highly disciplined group, and should arrive within the

28 Ebd., S. 177.

29 Vgl. ebd., S. 178f.

30 Vgl. ebd., S. 180. Das folgende Zitat: ebd.

grasp of the lonely sentry, free from the influence of his compatriots, and with nothing else to divert his thoughts. The group would probably treat a leaflet as a joke, the isolated man would read it through sheer boredom, and would possibly be induced to believe that there was something in its argument.«³¹

Street verhandelt hier das Propagandamedium Flugblatt in Differenz und in Analogie zu einer kriegerischen Handlung, die den Feind physisch zerstören soll. Die Wirkungsweise des Mediums im Vergleich zur Waffe entfaltet sich nicht in der Gemeinschaft, sondern im Rezeptionsprozess eines dispersen Medienpublikums. Die einsame Lektüre des Flugblattlesers macht in dieser Konzeption die Wirkung der Propaganda überhaupt erst möglich. Die Disposition, in die technische Verbreitungsmedien den Mediennutzer versetzen, ist also unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen von Propaganda. Ebenso wie die physische Waffe gewaltsam in die feindliche Bevölkerung eindringt, gibt sich das Propagandamedium jedoch als Instrument der Gewalt zu erkennen. Es erscheint als aggressives Medium, dem eine starke Wirkung zugetraut wird.

Streets Beschreibung verschiedener Verbreitungsmöglichkeiten von Flugblättern erfolgt im Sinne dieser Propagandakonzeption. Neben dem Beschuss des feindlichen Adressaten mit einem speziellen Granatenwerfer, der nach seiner Explosion Pamphlete auf die erstaunten Feinde herabregnen lässt, und dem Abwurf von Flugblättern durch einen Bombenflieger, sei es die effizienteste Methode, einen Fesselballon mit Propagandamaterial zu bestücken, ihn mithilfe einer Zündschnur über der gewünschten Stelle in Brand zu setzen und die Schriften ins feindliche Land fallen zu lassen: »The idea had always been obvious; load a balloon with the leaflets it was intended to distribute, send it up with a favourable wind, and there you were.«³² In Streets Beschreibung scheint schon das Verbreitungsmedium Radio auf, das während des Ersten Weltkriegs noch nicht zur Verfügung steht, aber im Zweiten zentral wird: Die Propagandabotschaft soll den Empfänger lautlos und möglichst unsichtbar durch die Luft erreichen und im privaten Raum rezipiert werden. Die Verbreitungsmedien der Propagandabotschaft – so wird aus Streets Darstellung deutlich – sind zunächst mit »Heeresgeräten« identisch, um sich dann allmählich von diesen loszulösen.³³

31 Street, zit. ebd., S. 181.

32 Ebd., S. 183.

33 Dies lässt sich durchaus mit Friedrich Kittlers Thesen in Verbindung bringen, dass medientechnische Entwicklungen durch Kriege einen entscheidenden Innovationsschub erhalten und Unterhaltungsmedien aus einem »anarchischen Mißbrauch von Heeresfunkgerät« entstehen. Friedrich Kittler zeigt, dass das Radio, zwar nicht als Propagandamedium, aber in seiner Vorform als Kriegsfunkgerät durchaus schon im Ersten Weltkrieg eine Rolle gespielt hat. Vgl. Friedrich Kittler: *Gramophon Film Typewriter*, Berlin: Brinkmann & Bose 1986, S. 148-150, Zitat S. 150. Vgl. zur These, dass Medientechniken eine militärische Herkunft haben, auch Rudolf Ma-

Nicht nur der Verbreitung, auch dem Inhalt der Propaganda ist kriegsgerische Gewalt eingeschrieben. Das wird ganz besonders in einem Propagandatyp deutlich, der in Lasswells Analyse entscheidend für die Transformation der eigenen Bevölkerung in eine »amalgamated mass of hate and will and hope«³⁴ ist und der bis in gegenwärtige Analysen als signifikant für den Ersten Weltkrieg gilt: die *atrocities* oder *hate propaganda*. Insbesondere auf der Seite der Alliierten werden Gräueltaten des Feindes verbreitet, um Angst und Hass im eigenen Land zu schüren.³⁵ Es handelt sich hierbei um mediale Gewaltdarstellung insbesondere in Artikeln und Abbildungen der alliierten Presse, aber auch in medial reproduzierten Gerüchten, in Pamphleten früher Kriegsberichterstatter und in Hollywoodfilmen.³⁶ Diese Gewaltdarstellungen entwerfen ein Feindbild des gegnerischen Soldaten durch visuelle Diabolisierung und durch Beschreibung seiner grausamen Handlungen, die sich vor allem auf Gräueltaten an der Zivilbevölkerung, insbesondere auf die Schändung von Frauen und Misshandlung von Kindern, beziehen.

Abbildungen der alliierten Presse zeigen den deutschen Soldaten etwa als Hunne oder als blutrünstige, affenähnliche Bestie.³⁷ Eine zentrale Rolle spielt im Mediendiskurs der *atrocities*, die deutsche Soldaten an der belgischen Zivilbevölkerung verübt haben, das Motiv der »abgehack-

resch/Niels Werber (Hg.): Kommunikation, Medien, Macht, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1999 (Einleitung), S. 12.

34 H. Lasswell: *Propaganda Technique*, S. 221.

35 Vgl. G. Jowett/V. O'Donnell: *Propaganda and Persuasion*, S. 130. Jowett/O'Donnell geben als Kriterium für *atrocity propaganda* an, dass die gegnerischen Gräueltaten erfunden seien. Diese Frage wird im Folgenden ausgeblendet, denn ob auf tatsächliche Kriegstaten referiert wird oder nicht, spielt für die Funktionsweise der Propaganda keine Rolle. Vgl. als aktuelle Studie zu Gräueltaten deutscher Soldaten im Ersten Weltkrieg, die historische Ereignisse und ihre unterschiedliche Verhandlung in alliierter Propaganda und deutscher Erinnerungskultur analysiert, John N. Horne/Alan Kramer: *German Atrocities, 1914. A History of Denial*, New Haven: Yale University Press 2001.

36 »There were literally hundreds of books and pamphlets devoted to the most graphic details of supposed atrocities committed by both sides.« G. Jowett/V. O'Donnell: *Propaganda and Persuasion*, S. 130. Vgl. zum *atrocity*-Diskurs, insbesondere in der britischen und amerikanischen Presse, Gordon Williams: »Remember the Llandovery Castle: Cases of Atrocity Propaganda in the First World War«, in: Hawthorn (Hg.), *Propaganda* (1987), S. 19-34; Hermann Joseph Hiery: »Angst und Krieg. Die Angst als bestimmender Faktor im Ersten Weltkrieg«, in: Franz Bosbach (Hg.), *Angst und Politik in der europäischen Geschichte*, Dettelbach: Röhl 2000, S. 167-124, hier S. 186-204.

37 Vgl. H. Hiery: »Angst und Krieg«.

ten Kinderhände«. Es wird zur Metapher für deutsche Grausamkeit.³⁸ In seiner Kriegsberichterstattung *The Retreat from Mons* (1916) schildert der britische Major A. Corbett-Smith folgendes Bild:

»Hanging up in the open window of a shop, strung from a hook in the cross-beam like a joint in a butcher's shop, was the body of a little girl, five years old, perhaps. Its poor little hands had been hacked off, and through the slender body were vicious bayonet stabs.«³⁹

Diese Steuerung von Mediengewalt entsprechend einer Freund/Feind-Logik macht deutlich, dass die historischen Praktiken, die sich um die Formel »Mediengewalt« gruppieren, sich durchaus diskontinuierlich zu einem Verständnis von Mediengewalt verhalten, wie es gegenwärtig gängig ist. Hier scheint eine Konzeption von Mediengewalt auf, die zwar Ähnlichkeiten, aber auch entscheidende Differenzen zum gegenwärtigen Diskurs aufweist: Es wird über die Auswirkungen medialer Gewaltdarstellungen auf den Mediennutzer diskutiert, aber: die Schädlichkeit für den Mediennutzer spielt hier zunächst keine Rolle, sie tritt hinter das Nützlichkeitskalkül der erwünschten Propaganda gegen den Feind zurück: »After all, stories of atrocity aroused two of the strongest of human emotions: hate and fear. Through them the public was to be convinced of the utter monstrosity of the enemy.«⁴⁰

Wenn unerwünschte Wirkungen der *atrocitiy propaganda* schließlich doch thematisiert werden, dann erfolgt dies gemäß den Diskursregeln des politischen Feldes: Nicht eine Gefährdung des Mediennutzers wird hier verhandelt, sondern ein Misslingen der Propaganda. Ganz deutlich wird dies in der frühesten umfassenden Studie zu diesem Thema: *Atrocity Propaganda, 1914-1919* von James Morgan Read. Ebenso wie Lasswell ist Read ein US-amerikanischer Beobachter; seine Studie, die 1941 erstmals erscheint, steht schon im Bannkreis des nächsten Weltkriegs. Während die letzten Passagen der Lasswell'schen Analyse noch euphorisch schildern, wie am Ende des Krieges die »monumental rhetoric« des Präsidenten Wilson – »who spoke in elegiac prose of a better world«⁴¹ – sowohl Deutschland als auch das eigene Land überströmt, ist Read sehr viel skeptischer, was den Erfolg der alliierten Propaganda betrifft. Read vertritt die Auffassung, dass die alliierte *atrocity propaganda* zu Schwächen im Versailler Vertrag und damit zu einem instabilen Frieden geführt hat: Er führt den Teil des Vertrags, der die Auslieferung von Kriegsverbrechern fordert (»Part VII«) und der große Unzufriedenheit in Deutsch-

38 Vgl. J. Horne/A. Kramer: *German Atrocities*, S. 208f.

39 Corbett-Smith, zit. nach: G. Williams: »Remember the Llandovery Castle«, S. 19f.

40 James Morgan Read: *Atrocity Propaganda 1914-1919* [1941], New York: Arno 1972, S. viii.

41 H. Lasswell: *Propaganda Technique*, S. 216-218, Zitate: S. 216.

land hervorgerufen hat,⁴² auf die Gräuelpropaganda in der Öffentlichkeit der Alliierten zurück:

»Part VII was called into being by the propaganda of atrocities, which led to the overpowering demand for punishment of the war criminals. Since the governments fostered much of this propaganda, the statesmen at Paris in 1919 were largely the prisoners of their own machinations. The press had coöperated willingly, however, as atrocities made good copy. Propaganda of atrocities, in other words, might be said to have contributed more than any other single factor to the making of a severe peace.«⁴³

Reads Methode, die Propaganda im Ersten Weltkrieg aufzudecken, besteht in ihrer genauen Analyse. So beschreibt er etwa »[n]otorious [c]ases«⁴⁴, die in der Öffentlichkeit der alliierten Staaten – insbesondere in Großbritannien – während des Kriegs verhandelt werden. Einer dieser Fälle kreist um die Hinrichtung der englischen Krankenschwester Edith Cavell. »Nurse Cavell« wird im August 1915 von der deutschen Besatzungsmacht in Belgien gefangen genommen, weil sie in ihrem Hospital in Brüssel französische, englische und belgische Soldaten beherbergt und ihnen zur Flucht nach Holland verholfen hat. Vor dem deutschen Gericht gesteht Cavell diese Taten, die sie als ihre Vaterlandspflicht versteht, freimütig ein und wird zum Tod durch Erschießen verurteilt.

Während des Krieges und in der Nachkriegszeit wird die Geschichte zu einem Medienereignis: Vom 16. Oktober bis zum 27. November 1915 gibt die britische Presse dem Fall einen prominenten Platz, schon 1915 findet die Geschichte eine erste filmische Bearbeitung und während der Friedenskonferenz wird sie zum Gegenstand von Zeitschriftenartikeln.⁴⁵ Die englische Presse, empört über die Unbarmherzigkeit der Verurteilung, macht Cavell zur Märtyrerin, wobei sie die grausamen Details der Geschichte nicht ausspart: »The emotional effect of the story was heightened by descriptions of the scene of the execution.«⁴⁶

Read kritisiert diesen propagandistischen Einsatz von Gewaltdarstellungen, indem er die Rolle des deutschen Barons von der Lancken beschreibt, der dem politischen Department in Brüssel vorsteht. Lancken habe zwar vergeblich versucht, beim militärischen Gouverneur zu erreichen, dass der Urteilsspruch gemildert werde, jedoch habe dieser Aspekt die britischen Zeitungen nicht erreicht. Obwohl Lancken später die Un-

42 Vgl. hierzu auch J. Horne/A. Kramer: *German Atrocities*. Hier wird den Gräueltaten ebenfalls eine wichtige Rolle für den Versailler Vertrag zugeschrieben.

43 J. Read: *Atrocity Propaganda*, S. viif.

44 Ebd., S. 210.

45 Vgl. ebd., S. 212 u. S. 210.

46 Ebd., S. 211.

barmherzigkeit gegenüber Cavell als politischen Fehler bezeichnet, erscheint er 1919 auf der Liste der Kriegsverbrecher.⁴⁷

In Reads Analyse erscheint die Mediengewalt der *atrocities stories* als unerwünschte Wirkung. Jedoch kritisiert Read hiermit keinesfalls, dass die britischen Mediennutzer durch die grausame Schilderung von Cavells Hinrichtung Schaden genommen oder zu Aggressivität aufgestachelt worden seien. Unerwünscht ist hier als *politisch ungünstig* zu verstehen: Die *atrocity*-Propaganda hat nicht so gewirkt, wie sie wirken soll, um für die eigene Seite günstigen Einfluss auf die Kriegs- und Nachkriegspolitik zu nehmen. Die *Schädlichkeit* von Mediengewalt im Sinne einer Schädigung des Mediennutzers bzw. einer Schädigung der Gesellschaft durch aggressive Mediennutzer ist Sache des pädagogischen und medizinischen Diskurssegments. Politische Unerwünschtheit wird hier an einem ökonomischen Nützlichkeitskalkül ausgerichtet. Auf diesen Aspekt wird im folgenden Kapitel zur Werbung noch genauer eingegangen.

Die Mission der Persuasionsforschung

1927 glaubt Lasswell noch nicht, dass eine Untersuchung von Propaganda sich auf Ergebnisse empirischer Messungen stützen könnte:

»The people who probe the mysteries of public opinion in politics must, for the present, at least, rely upon something other than exact measurement, to confirm or discredit their speculations. Generalizations about public opinion stick because they are plausible and not because they are experimentally established.«⁴⁸

Vor und mit dem Zweiten Weltkrieg jedoch setzt sich in den USA im Zuge der Angst vor feindlicher Propaganda eine Fülle von Forschungen in Gang,⁴⁹ die im politischen Feld initiiert werden oder deren Ergebnisse im Bereich der Politik Relevanz bekommen. Schon wenige Jahre nach Lasswells Skepsis gegenüber der empirischen Messbarkeit von Propaganda bringt er selbst zahlreiche Forschungsprojekte auf den Weg, »to expose, monitor, analyze, measure, control, punish, and counteract Fascist propaganda activities in the United States and abroad.«⁵⁰ In amerikanischen Fachorganen wie dem *Journal of Social Psychology* (JoSP) und in dem Hausorgan der School of Public Affairs der Universität Princeton *Public Opinion Quarterly* (POQ) wird die Propagandafrage zu einem dominanten Thema.

Es lässt sich eine Verschiebung in dem Verhältnis der wissenschaftlichen Projekte zu ihrem Untersuchungsgegenstand »Propaganda« beob-

47 Vgl. ebd., S. 213-215.

48 H. Lasswell: Propaganda Technique, S. 5.

49 Vgl. zur Angst vor feindlicher Propaganda in den USA B. Gary: The Nervous Liberals, S. 77-84.

50 B. Gary: The Nervous Liberals, S. 81.

achten. Während Lasswell in seiner Studie von 1927 die Propagandatechnik beschrieben und ihre Effizienz im Vergleich der Krieg führenden Staaten abgeschätzt hat, rücken einzelne Forschungsprojekte ihrem Untersuchungsobjekt immer näher. Indem sich akademische Kreise zunehmend an regierungspolitischen Interessen orientieren, bekommt der wissenschaftliche Beobachter selbst einen Status in einem – im engeren Sinn – politischen Prozess der Beeinflussung.⁵¹

Experimentalanordnungen dieser Zeit rücken in eine eigentümliche Nähe zu Propagandatechniken, die Lasswell beschrieben hat, wie etwa die Manipulation oder Fälschung von Zeitungen. Die Methode des sogenannten »planted content«, die Autoren einer Experimentbeschreibung im JoSP vorstellen, stellt eine Umkehrfigur dieser Praxis der Zeitungs-fälschung zu Propagandazwecken dar: Um die Presse in ihrer Eigenschaft, die öffentliche Meinung zu formieren, in den Blick zu nehmen, so die Ausgangsüberlegung der Forscher, »the social psychologist can study the influence of the press experimentally.«⁵² Dazu »pflanzen« sie in eine aktuelle Ausgabe einer Tageszeitung einen bestimmten Inhalt ein, ohne dass der Leser bzw. die Versuchsperson von dieser Manipulation etwas merkt. Auf diese Weise kann – nach Auffassung der Experimentatoren – untersucht werden, inwiefern favorisierende bzw. kritisierende Artikel über eine politische Persönlichkeit die Meinungsbildung von Zeitungslesern prägen.⁵³ Das wissenschaftliche Experiment selbst setzt nun die Techniken der Beeinflussung ein, um diese als messbare Größe kontrollieren zu können.

Die amerikanische Propagandaforschung ist aber keineswegs ausschließlich mit dem Medium Zeitung beschäftigt. Mit der Verbreitung des Radios, das im Ersten Weltkrieg für Propagandafragen noch keine Rolle gespielt hat, lotet die Forschung ein neues Medium der Beeinflussung aus, das sie hierfür als sehr viel geeigneter, aber auch als sehr viel gefährlicher konzipiert. Schon 1935 stellen Hadley Cantril und Gordon W. Allport in ihrer Studie *The Psychology of Radio* fest: »The type of propaganda [...] found in any particular country, depends upon who owns and controls the air.«⁵⁴ Was Major Street in seiner Beschreibung von Propagandatechniken schon vorformuliert hat, nämlich das Ideal einer unsichtbaren und unhörbaren Verbreitung von Propagandabotschaften durch die Luft, die erst in einem räumlich dispersen Massenpublikum

51 Vgl. zur Rolle der sozialwissenschaftlichen Experten als geheime Politikerberater Ute Daniel: »Suggestive Experten: Zur Etablierung der US-amerikanischen Medienforschung in den 1930-1950er Jahren«, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 30 (2007), S. 183-198.

52 Albert D. Annis/Norman C. Meier: »The Induction of Opinion Through Suggestion by Means of »Planted Content«, in: Journal of Social Psychology 5 (1934), H. 1 S. 65-81, hier S. 65.

53 Vgl. ebd., S. 78f.

54 Hadley Cantril/Gordon W. Allport: *The Psychology of Radio* [1935], New York: Arno Press 1971, S. 59.

ihre volle Suggestionskraft entfalten, bekommt zu einem Zeitpunkt, an dem einerseits das Radio als Propagandamedium zur Verfügung steht und andererseits wiederum den Gefahren eines Weltkriegs begegnet werden muss, besondere Brisanz.

Während in Großbritannien die BBC schon kurz nach dem Ersten Weltkrieg beginnt, ausländische Kurzwellensendungen zu analysieren, setzen so genannte *monitoring services* in den USA erst später ein. Eines der ersten Forschungszentren, in dem Sendungen aus Berlin, London, Paris, Rom und Moskau systematisch abgehört, übersetzt und analysiert werden, ist von 1939-1941 das Princeton Listening Center. Das von der Rockefeller Foundation⁵⁵ finanzierte Zentrum wird 1941 von der Federal Communications Commission übernommen und auf diese Weise von einer wissenschaftlichen in eine regierungspolitische Institution überführt. Der Direktor der Institution – Harold N. Graves – behält diese Position auch nach der Überführung in ein zentrales Instrument der amerikanischen Kriegspolitik.⁵⁶

Die zentrale Frage der amerikanischen Abhöraktionen lautet: Wie gefährlich ist die feindliche »Propaganda by Short Waves« für die Bevölkerung der USA? Mit welcher Bedrohung ist zu rechnen, wenn es technisch möglich geworden ist, Botschaften unter dem Vorzeichen »Berlin Calling America«⁵⁷ in den USA empfangen zu können?

55 Vgl. zur Propagandaforschung, die von der Rockefeller Foundation vor und während des Zweiten Weltkriegs gefördert wurde, das Kapitel »Mobilizing for the War on Words: The Rockefeller Foundation, Communication Scholars, and the State« in: B. Gary: *The Nervous Liberals*, S. 85-129.

56 Vgl. Stephen C. Mercado: »FBIS Against the Axis, 1941-1945. Open-Source Intelligence From the Airwaves«, in: *CSI Studies Fall/Winter* (2001), unter http://www.cia.gov/csi/studies/fall_winter_2001/article04.html vom 27.11.2005. Das Center geht zunächst aus einer Initiative von John B. Whitton hervor und wird dann von einer Kommission an der School of Public and International Affairs an der Universität Princeton geplant, der mehrere Professoren der Universität angehören, u.a. Hadley Cantril, William S. Carpenter und Harwood L. Childs. Ziel der Kommission ist es, angesichts der zunehmenden Nazipropaganda über Kurzwelle deren kontinuierliche Erforschung auf den Weg zu bringen. Vgl. Princeton University Library: »Records of the Princeton Listening Center (1939-1941)«, unter http://infoshare1.princeton.edu/libraries/firestone/rbnc/finding_aids/plc.html vom 27.11.2005, S. 1.

57 So der Titel bzw. Untertitel eines Aufsatzes in *POQ*, in dem Harold N. Graves deutsche Propagandasendungen für ein amerikanisches Publikum beschreibt. Vgl. Harold N. Graves: »Propaganda by Short Wave: Berlin Calling America«, in: *Public Opinion Quarterly* 4 (1940), H. 4, S. 601-619. Unter dem gleichen Titel erscheint 1942 der Abschlussbericht des Centers mit einem Anhang von Charles A. Rigby, der u.a. über die Übertragungstechnik der Kurzwellen und ihrer historischen Entwicklung berichtet. Vgl.

Es ist kaum überraschend, dass die empirische Forschung den Anspruch hat, die nebulöse Gefahr zu durchleuchten. »That the belligerents abroad are using radio as a new weapon of warfare to influence the thinking of people in the United States«, wird als Tatsache verhandelt. Um die Fragen der Gefährdung für die USA zu klären – »Who listens to these broadcasts? Is the number of short-wave listeners large or small? Why do they listen? What effect, if any, does this listening have on public attitudes and opinions?«⁵⁸ –, ist aus der Sicht der besorgten amerikanischen Beobachter empirische Forschung nötig. Mit der Verbreitung über *short waves* ist Propaganda zu einer unsichtbaren Machenschaft geworden, die anhand ihrer Wirkungen sichtbar gemacht werden muss.

Gleichzeitig gerät das Konzept »Propaganda« in der amerikanischen Öffentlichkeit in Misskredit. Ihr Gewaltaspekt, den Lasswell in seiner Studie *Propaganda Technique* noch so produktiv gemacht hat, wird nun scharf kritisiert. Die entstehende empirische Forschung bemüht sich nicht nur um eine Invisibilisierung dieses Gewaltaspekts, indem sie Verfahren der Messung zum Einsatz bringt, die ein »objektives« Wissen versprechen. Sie sucht auch nach alternativen Konzepten, die das Kriegswissen der Propaganda in friedlicheren Begriffen weiterführen.⁵⁹

Im historischen Umfeld der Kurzschlussformel »Mediengewalt« spielt ein weiteres sozialpsychologisches Unternehmen eine wichtige Rolle, das ebenfalls Kriegswissen in das entstehende Forschungsfeld überführt. Nach dem Trauma von Pearl Harbor sieht sich die amerikanische Armee vor die Aufgabe gestellt, neu rekrutierte Zivilpersonen zu Soldaten zu erziehen. Neben relativ einfachen Schulungsmaßnahmen, die das Tragen einer Uniform, das Salutieren, Marschieren und den Gebrauch von Waffen betreffen, verfolgen die militärischen Autoritäten die sehr viel schwierigere Aufgabe, Motivation und Arbeitsmoral der neuen Soldaten zu formen. Um mangelndem Wissen ebenso entgegenzuarbeiten wie fehlender Motivation, wendet sich die Armee an Hollywood und lässt Orientierungsfilme produzieren, die so genannten »Why We Fight«-Filme. Zur wissenschaftlichen Überprüfung, ob und wie diese Filme wirken, beauftragt die Armee ein Forschungsteam um den Experimentalpsychologen

Harwood Lawrence Childs/John B. Whitton (Hg.): *Propaganda by Short Wave Including Charles A. Rigby's The War on the Short Waves* [1942], New York: Arno Press 1972.

58 Harwood Lawrence Childs: »Short-Wave Listening in the United States«, in: *Public Opinion Quarterly* 5 (1941), H. 2, S. 210-226, hier S. 210 u. S. 211.

59 Ein zentraler Ort dieser Umschrift ist das *Communications Seminar* der Rockefeller Foundation, an dem auch Lasswell beteiligt ist. »Kommunikation« wird hier als zentrales Gegenkonzept zu »Propaganda« entworfen. Vgl. Isabell Otto: »»Public Opinion and the Emergency«. Das *Rockefeller Communications Seminar*«, in: Irmela Schneider/Isabell Otto (Hg.), *Formationen der Mediennutzung II: Strategien der Verdattung*, Bielefeld: transcript 2007, S. 73-91.

Carl Hovland, das seine Ergebnisse erst 1949 unter dem Titel *Experiments on Mass Communication* veröffentlicht. Hovland und seine Mitarbeiter kommen aber in ihren Experimenten zu einem Ergebnis, das für die Auftraggeber äußerst unbefriedigend ist: Die Filme steigern zwar das militärische Wissen der Rekruten, haben aber keine Wirkung auf ihre Motivation zu kämpfen.⁶⁰

Über die Störung des Persuasionsprozesses, die das Team um Hovland aufgezeigt hat, wird aber eine entscheidende Umstellung möglich: die Ausblendung des Gewaltaspekts, die dem Propagandakonzept anhaftet. Den Orientierungsfilmern liegt die Bemühung zugrunde, medieninduzierte Aggression produktiv zu machen: Zivilisten sollen zu kampfwilligen Soldaten programmiert werden. Dass dieses Vorhaben scheitert, mag zwar in der konkreten Forschungssituation unbefriedigend sein, im Hinblick auf die Konturierung des neuen Forschungsfeldes ist dies äußerst gewinnbringend: Die Persuasionsforschung versorgt sich nicht nur selbst mit neuen Forschungsprojekten,⁶¹ sondern macht den impliziten Gewaltaspekt des Wirkungskonzepts unsichtbar. Denn wenn davon ausgegangen werden muss, dass die Persuasion nicht wirkt, muss auch ihre Gefährlichkeit, ihre Aggressivität im Sinne einer zwingenden, starken Wirkung relativiert werden.

Noch deutlicher wird dies in der programmatischen Konturierung des neuen Forschungsfelds *communications research*, die sich 1950 an einem ungewöhnlichen Ort findet, und zwar im Vorwort zu Leo Handels Studie *Hollywood Looks at its Audience*, die Methoden der Hörerforschung auf das Publikum kommerzieller Filme anwendet. Der Verfasser dieses Vorworts – Paul Lazarsfeld – geht kaum auf Handels Studie ein, sondern nutzt diesen Anlass, um eine Politik der *communications research* in den Vereinigten Staaten der Nachkriegszeit darzulegen. Diese wiederum hat für Handels Studie keine größere Bedeutung als für irgendeine andere kommunikationswissenschaftliche Publikation: »Fifteen years ago the term [communications research, I.O.] had not yet been invented, and se-

60 Vgl. Shearon A. Lowery/Melvin L. de Fleur: *Milestones in Mass Communication Research*. Media Effects, New York, London: Longman ²1988, S. 106-110; Carl I. Hovland/Arthur A. Lumsdaine/Fred D. Sheffield: *Experiments on Mass Communication*, Princeton: Princeton University Press 1949, S. 254f.

61 Hovland bleibt bei diesem unbefriedigenden Ergebnis nicht stehen, sondern begibt sich auf die Suche nach den »magic keys« of persuasion« S. Lowery/M. De Fleur: *Milestones*, S. 134. 1953 veröffentlicht ein neues Forscherteam um Hovland die Ergebnisse dieser Suche: vgl. Carl I. Hovland/Irving L. Janis/Harold H. Kelley: *Communication and Persuasion. Psychological Studies of Opinion Change*, New Haven, London: Yale University Press 1953.

veral years ago the area had only a bare existence. Today we have a large literature and courses are taught in numerous universities.«⁶²

Lazarsfeld sieht in den kommerziellen Anforderungen der wachsenden »Kommunikationsindustrie« nur eine vordergründige Ursache für die Explosion der Forschung. Tatsächlich seien politische Gründe zu veranschlagen: »[T]here are more basic social forces behind the development of communications research, and they are closely related to the contemporary political scene.« Lazarsfeld stellt fest, dass sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine neue Form zwischenstaatlicher Beziehungen herausgebildet hat, wobei es ihm darauf ankommt, auf eine Parallelität hinzuweisen: Hinter dem »Iron Curtain« – so Lazarsfeld – befinden sich von politischen Parteien dominierte Satellitenstaaten, die ihrerseits unter der Führung der Kommunistischen Partei in Russland stehen. Die westeuropäischen Länder sind zwar politisch frei, stehen jedoch in einem Abhängigkeitsverhältnis, weil sie für ihre Verteidigung und ihre wirtschaftliche Wiederherstellung auf die Hilfe Amerikas angewiesen sind. »In both cases, it is one dominant power which exercises leadership over a large number of countries.« Während die Ostblockstaaten über eine repressive Führung zusammengehalten werden, verwenden die USA andere Mittel, um ihre Vormachtstellung zu behaupten; Mittel – das ist entscheidend – deren Wirksamkeit weniger sicher ist:

»In case of the Western world, this leadership presents a large number of new problems. The United States cannot and would not »buy« the co-operation of European countries. Still less does it consider machinery of coercion. It depends to a large extent on the creation of understanding and good will. Whatever parts of the world this country co-ordinates in the »American Century,« it has to do much of its work by devices of long-distance communication.«⁶³

62 Paul F. Lazarsfeld: »Foreword«, in: Leo A. Handel: *Hollywood Looks at its Audience. A Report of Film Audience Research*, Urbana: University of Illinois Press 1950, S. ix-xiv, hier S. ix.

63 Vgl. ebd., S. ix f., das erste Zitate: S. ix, die beiden anderen S. x. Die Unsicherheit, die Lazarsfeld thematisiert, lässt sich mit der Transformation der Rhetorik in Verbindung bringen, die mit der Umstellung auf eine moderne Mediengesellschaft einhergeht. Nach Joachim Knappe geht die Vorstellung von einem homogenen Publikum verloren, wenn die Kommunikation nicht mehr situativ begrenzt ist und die »Dimission, d.h. die situationsüberschreitende Distanzcommunication [...] rasch eine völlig neue Qualität in Form der sog. Massenkommunikation« gewinnt. Ders.: »Persuasion«, in: Gert Ueding (Hg.), *Historisches Wörterbuch der Rhetorik*, Bd. 6, Tübingen: Niemeyer 2003, Sp. 874-907, hier Sp. 881. Vgl. die ähnliche Argumentation in systemtheoretischer Perspektive: Elena Esposito: »Macht als Persuasion oder Kritik der Macht«, in: Maresch/Werber (Hg.), *Kommunikation* (1999), S. 83-107, hier S. 91. Sowohl Knappe als auch Esposito verstehen die Medienwirkungsforschung als Lösungsstrategie auf das somit

Lazarsfeld betont, dass amerikanische Medienprodukte in beinahe jeder Hauptstadt der Welt verfügbar sind: Überall gibt es amerikanische Bücher, Filme, Zeitschriften oder Radioprogramme. Das »American Century« mit dem britischen Empire vergleichend, konstatiert er: »[W]hile the British Empire discharged trusteeship through the proverbial colonial civil servant, the »American Empire« does so through the help of its information and communications officers.« Die Nutzung der Verbreitungsmedien durch die USA stellt in Lazarsfelds Argumentation nicht nur das entscheidende Äquivalent zur politischen Repression dar, mit deren Hilfe die UdSSR ihre Vormachtstellung über die Ostblockstaaten behauptet, sondern wird auch parallelisiert mit dem Kolonialsystem des britischen Empire: »Thus coercion is being displaced by influence; and influence is becoming an increasingly intricate combination of face-to-face contacts and the skilful use of mass media of communication.«⁶⁴

Ebenso wie das britische sieht Lazarsfeld auch das amerikanische Empire von einem wissenschaftlichen Unternehmen begleitet:

»New forms of social organization call for new developments in social knowledge. It would not be difficult to show that the problems of the British colonial administration gave considerable impetus to the development of anthropology. [...] There was a strong mutual influence between anthropology as a science and colonial administration as the face-to-face contact between representatives of different cultures.

It seems likely that current problems of international integration will have their social science correlate in the rapidly developing discipline of communications research. As a matter of fact, it is quite possible that the rapid development of this field is partly the result of a vague feeling that the American Century will need this kind of knowledge.«⁶⁵

Die von Lasswell im Schlussteil seiner *Propaganda Technique in the World War* beschriebene »Great Society« ist nun zu weltgesellschaftlichen Ausmaßen angewachsen. Die Massenkommunikationsforschung wird hier als Globalisierungsforschung formiert. Lasswells Kriegskonzept der Propaganda hat Lazarsfeld vollständig in die friedliche Variante »influence« überführt. Jedoch, um die Gewalt aus einem Konzept zu tilgen, »das einmal Propaganda war«⁶⁶, ist ein weiterer Argumentationsschritt nötig:

neu entstandene Adressierungsproblem. Vgl. J. Knappe: »Persuasion«, Sp. 881; E. Esposito: »Macht als Persuasion«, S. 98f.

64 P. Lazarsfeld: »Foreword«, S. x u. S. xi (Hervorhebungen im zweiten Zitat I.O.).

65 Ebd., S. xi.

66 »»Kommunikation« war einmal »Propaganda« gewesen, und der erste Propaganda-Effekt der »Kommunikation« war es, diesen Wechsel zu neutralisieren.« E. Schüttelpelz: »Von der Kommunikation«, S. 511.

»But what does all this mean? Do these media really influence people? How do we know that many of them don't boomerang, having quite different consequences than those intended by their American sponsors? Who really knows what role the different media play in other countries? More frequent and ever louder are the voices which raise these questions.«⁶⁷

Lazarsfelds Argumentation hat drei entscheidende Konsequenzen für die Konturierung der Kommunikationsforschung: Zum einen bringt der Verweis auf mögliche Bumerang-Effekte,⁶⁸ also Wirkungen, die der Kommunikator nicht intendiert hat, eine Verschiebung der Gewalt-Komponente in der propagandistischen Kommunikation mit sich. Die kriegeri-sche Metapher des Bumerangs legt nahe: Persuasion ist nicht dann gewalttätig, wenn ihre Beeinflussung gelingt, sondern nur dann, wenn sie *nicht* gelingt. Nur in diesem Fall richtet sie sich in Form einer Waffe gegen den Kommunikator. Die Gewalthaltigkeit des persuasiven Zwangs wird hier zugunsten einer Verschiebung auf die mögliche Dysfunktion des Persuasionsprozesses ausgeblendet.

Zum Zweiten scheint eben dieser Verschiebungsvorgang die »eigen-tümliche Medienvergessenheit«⁶⁹ außer Kraft zu setzen, die kennzeichnend für die frühe Kommunikationsforschung war. Das Medium kommt genau dann in den Blick, wenn befürchtet werden muss, es könnte die Kommunikation *stören*,⁷⁰ entweder dadurch, dass es nicht wirkt, oder indem es nicht so wirkt, wie es wirken soll. Im Fall der Störung durch Bumerang-Effekte wird das Medium als aggressives Medium sichtbar, das die guten Absichten des Kommunikators untergräbt. Schließlich formuliert Lazarsfeld mit der Beschreibung von Medien als potenzielle Störgrößen das Forschungsfeld der neuen *communications research*: Die Massenkommunikationsforschung soll gewährleisten, dass genau der Fall nicht eintritt, in dem die Medien keine oder unerwünschte Wirkungen auf Adressaten der Beeinflussung haben.⁷¹

67 P. Lazarsfeld: »Foreword«, S. xif.

68 »Boomerang effect« ist in der zeitgenössischen Forschung eine gängige Bezeichnung für einen unerwünschten Effekt. Vgl. etwa C. Hovland/A. Lumsdaine/F. Sheffield: *Experiments*, S. 46-50. Handel verwendet den Begriff »boomerang response«. Leo A. Handel: *Hollywood Looks at its Audience. A Report of Film Audience Research*, Urbana: University of Illinois Press 1950, S. 183.

69 E. Schüttpelz: »Von der Kommunikation«, S. 510.

70 Vgl. zur Überlegung, dass eine Störung bzw. ein Rauschen im Prozess der Kommunikation auf die Medialität des Mediums verweist: Jürgen Fohrmann: »Der Unterschied der Medien«, in: ders./Erhard Schüttpelz (Hg.), *Die Kommunikation der Medien*, Tübingen: Max Niemeyer Verlag 2004, S. 5-19, hier S. 6.

71 Vgl. zum letzten Aspekt die Argumentation von Schüttpelz, nach der die frühe Massenkommunikationsforschung um die Gewährleistung einer

Der Bumerang-Effekt ist also ein Signal dafür, dass die Gewalthaltigkeit der Persuasionspolitik auf die Medien übertragen wird. Aspekte der Mediengewalt treten im Diskurs – sowohl bei Lazarsfeld als auch in den Propagandaanalysen des Ersten Weltkriegs – in der Form von Analogiebildungen zutage: Das Medium wird mit einer Waffe, seine Wirkung mit physischer Zerstörung parallelisiert. Die Gegenüberstellung von ›coercion‹ und ›influence‹, die Lazarsfeld vornimmt, um damit den Führungsstil der UdSSR einerseits und der USA andererseits zu beschreiben, wiederholt sich in gewisser Hinsicht nochmals auf der Seite der USA: Der Aspekt des Zwangs in der uneingeschränkt positiv gedachten persuasiven Einflussnahme der USA wird auf die Kommunikationsmedien übertragen. Die Folge ist, dass die Medien verdächtigt werden müssen, mehr zu sein als bloße Übertragungskanäle, sie nehmen selbst – als aggressive Medien – einen gewaltsamen Einfluss auf den Adressaten der Persuasion. Die Mission der Persuasionsforschung führt als Konsequenz der Ausblendung ihres Gewaltaspekts ein unerwünschtes Nebenprodukt mit sich: das aggressive Medium, das die Forschung weiter reproduziert, auch wenn sie sich von dem Kriegswissen der Propaganda befreit.

»möglichst optimalen Einwegkommunikation« bemüht ist: »[E]s kann auch nicht überraschen, dass die entsprechende ›Hörerforschung‹, schon um sich selbst zu legitimieren und auf Dauer zu stellen, sehr bald auf die Unzuverlässigkeit der medialen Einwegeffizienz stieß.« E. Schüttpelz: »»Get the message through««, S. 63.

3 WERBUNG: ÖKONOMIE DER SUGGESTION

Wie eng Medienwirkungskonzepte, die im politischen und wirtschaftlichen Diskurssegment entworfen werden, miteinander verflochten sind, zeigt insbesondere George Creels Bericht über die Arbeit des Committee of Public Information mit dem sprechenden Titel *How We Advertised America*. Auf welche Weise aber gestaltet sich diese Verflochtenheit? Gibt es ein vorgängiges und ein nachgeordnetes Wirkungskonzept, ist Propaganda die Transformation von Wirtschaftswerbung in den Bereich des Politischen oder durchläuft das Propagandakonzept vielmehr in seiner Geschichte einen Prozess der Zivilisierung und Kommerzialisierung?¹ Um die Geschichtlichkeit der Mediengewalt-Formel auszuloten, um zu beleuchten, wie sich die Kurzschlussformel »Mediengewalt« – als abkürzende Verdichtung eines kausalen Zusammenhangs – in den historischen Aushandlungsprozessen entfaltet und welche Diskontinuitäten sie in diesen Prozessen durchläuft, sind Fragen nach einer Vor- und Nachgängigkeit der Konzepte weniger von Interesse als grundsätzlichere Wechselbeziehungen der Diskurssegmente Politik und Ökonomie. Ebenso wenig wie im Kapitel *Propaganda: Politik der Beeinflussung* ein Politikbegriff im engeren Sinne im Zentrum der Analysen stand, sondern es um Aspekte einer *diskursiven Politik* ging, die in besonderem Maße im Bereich der staatlichen (Kriegs-) Politik formiert wird, geht es auch in diesem Kapitel um einen erweiterten Begriff von Ökonomie,² der seiner-

-
- 1 Vgl. zur ersten Auffassung Stuart B. Ewen: »History of Advertising«, in: Barnouw (Hg), *International Encyclopedia of Communications* (1989), S. 14-21, hier: S. 18: »Advertising as a device of social engineering and opinion molding moved into the political realm during World War I.« In ihrer Begriffsgeschichte zu Propaganda vertreten Schieder und Dipper die zweite Auffassung: »Erst als der Propagandabegriff in der Sprache der wirtschaftlichen Werbung mit dem der »Reklame« zusammengebracht worden war, wurde zu Anfang des 20. Jahrhunderts der Weg frei für eine positive Ausdeutung des Begriffs in der Politik als einer Bezeichnung für besondere Methoden vor allem außenpolitischer Selbstdarstellung.« Dies.: »Propaganda«, S. 70. Doob wiederum versteht Werbung als Teilbereich von Propaganda, die er in weiterem Sinn als Versuch der Beeinflussung bestimmt. Vgl. ders.: »Propaganda«, S. 374.
 - 2 Diese Erweiterung bezieht sich jedoch nicht auf eine umfassende ökonomische Perspektivierung der Medien, wie sie in jüngerer Zeit etwa Hartmut

seits im wirtschaftlichen Diskurssegment besonders offensichtlich wird. Steht im Folgenden also im engeren Sinne die frühe Werbewirkungsforschung im Mittelpunkt, so liegt der Fokus auf einer *Ökonomie der Suggestion* als Formationsregel des Wirkungs-Diskurses. Suggestion ist – wie im Folgenden zu sehen sein wird – eine zentrale Kategorie der Werbeforschung, an der deutlich wird, wie sich auch im ökonomischen Diskurssegment Konzepte von ›Wirkung‹, ›Medienbotschaft‹ und ›Zuschauer‹ um die Leerstelle ›Mediengewalt‹ gruppieren und damit Diskursregeln aushandeln, die im etablierten Feld der Mediengewaltforschung bestimmend sein werden. Bei dem Konzept der Suggestion handelt es sich um eine epistemologische Technik der Wirkungskontrolle, die im Feld des Ökonomischen zum Einsatz kommt, noch bevor der Behaviorismus als wirkungskontrollierendes Verfahren in diesem Feld Anwendung findet.

Zunächst seien einige Aspekte des theoretischen Rahmens vertieft: In seinen Studien zur Gouvernamentalität versteht Foucault die ›Regierung‹ als ein Ensemble von Techniken, das sich nicht auf den engeren Bereich des Staates begrenzt. Foucault beschreibt »Gouvernamentalität« als

»die aus den Institutionen, den Vorgängen, Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken gebildete Gesamtheit, welche es erlauben, diese recht spezifische, wenn auch sehr komplexe Form der Macht auszuüben, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als wichtigste Wissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat.«³

Wie die Disziplinarmacht, die Foucault in seiner Untersuchung von Strafsystemen konturiert, eine »politische Besetzung des Körpers« installiert, die »mittels komplexer und wechselseitiger Beziehungen an seine ökonomische Nutzung gebunden« ist und ihn als »Arbeitskraft« konstituiert,⁴ erfolgt auch seit dem 18. Jahrhundert der gouvernementale Zugriff auf die statistisch vermessene Bevölkerung gemäß einer ökonomischen Wissensordnung. In einem erweiterten Sinn versteht Foucault unter politischer Ökonomie »jede Regierungsmethode, die geeignet ist, den Wohlstand einer Nation zu sichern«. Im Anschluss an Rousseaus Artikel »Politische Ökonomie« in Diderots *Enzyklopädie* Ende des 18. Jahrhunderts spitzt Foucault das Konzept auf »eine Art von allgemeiner Reflexion auf

Winkler unter besonderer Berücksichtigung der Kategorien des Tauschs und der Zirkulation durchgeführt hat (vgl. Hartmut Winkler: Diskursökonomie. Versuch über die innere Ökonomie der Medien, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2004), sondern bezieht sich – wie im Folgenden beschrieben – auf die Verflechtung von Machtstrategien und wissenschaftlichen Projekten im Bereich der Werbung.

3 M. Foucault: Gouvernamentalität I, S. 162.

4 Michel Foucault: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1994, S. 37.

die Organisation, die Verteilung und die Begrenzung der Macht in einer Gesellschaft« zu. Entscheidend ist, dass Foucault der politischen Ökonomie damit einen wichtigen Platz in der Gouvernamentalität zuweist, insofern ihre Sicherung durch eine »Selbstbegrenzung der gouvernementalen Vernunft« ermöglicht wurde.⁵

Was sich mit der Umstellung auf eine gouvernementale Bevölkerungspolitik zu installieren beginnt, ist eine »Macht der Ökonomie«, die in erster Linie eine »Ökonomie der Macht« ist.⁶ Die Selbstbegrenzung der gouvernementalen Vernunft bringt Foucault mit dem im 18. Jahrhundert entstehenden Liberalismus in Verbindung, den er erneut in einem »sehr weiten Sinn« versteht: Liberalismus ist demnach einerseits die Anerkennung einer Begrenzung der Regierung, andererseits auch die Praxis dieser Begrenzung und die Lösung, »die darin besteht, die Formen und Bereiche des Regierungshandelns maximal zu begrenzen.«⁷ In einem weiteren Schritt bestimmt Foucault den Liberalismus als »die Organisation der Transaktionsverfahren, die geeignet sind, die Begrenzung der Regierungspraktiken zu bestimmen«. Foucault zählt verschiedene Verfahren der Transaktion auf und legt, indem er »Meinung«, »Presse« und »Erhebungen« nennt, nahe, dass die Verbreitungsmedien und die empirische Sichtbarmachung des Sozialen, ebenso wie die staatspolitischen Verfahren »Verfassung«, »Parlament« und »Kommissionen«, eine entscheidende Position im Rahmen der liberalistischen Gouvernamentalität einnehmen.⁸

Die Begrenzung des Politischen bedeutet nicht in dem Sinne eine Ausweitung des Ökonomischen, dass nun der Markt, von politischen Interventionen befreit, den Staat dominiert. Der »Rückzug des Staates« bzw. »die Dominanz des Marktes« ist vielmehr selbst »ein politisches Programm«.⁹ Gerade die »Befreiung« des Marktes ist zentral für diese Ökonomie der Macht, die immer auch Verfahren der Regulation impliziert und damit eng an die biopolitische Regierung der Bevölkerung gekoppelt ist. Liberalismus und Biopolitik sind – so Foucaults spätere Vorlesungen – nicht voneinander zu trennen.¹⁰ Die liberale Gouvernamentalität reduziert, indem sie die Freiheit des ökonomischen Individuums stärkt, die politische Macht nicht, sondern etabliert neue Formen der Machtausübung, die »Sicherheitsdispositive«:

5 Dieses und die vorangehenden Zitate: M. Foucault: Gouvernamentalität II, S. 30.

6 Vgl. T. Lemke/S. Krasmann/U. Bröckling (Hg.): Gouvernamentalität (Einleitung), S. 26.

7 M. Foucault: Gouvernamentalität II [Manuskript], S. 40.

8 Dieses und das vorangehende Zitat: ebd., S. 41.

9 T. Lemke/S. Krasmann/U. Bröckling (Hg.): Gouvernamentalität (Einleitung), S. 26.

10 Vgl. M. Foucault: Gouvernamentalität II, S. 43.

»Das Problem des Liberalismus besteht [...] darin, in welchem Maße die freie Verfolgung der individuellen Interessen eine Gefahr für das Allgemeininteresse darstellt: Wie hoch sind die ›Produktionskosten‹ der Freiheit? Die liberale Freiheit kann daher nicht unbeschränkt gelten, sondern wird dem Prinzip eines Kaliküls unterstellt: *Sicherheit*. Damit die Mechanik der Interessen und die Dynamik des Begehrens keine Gefahr für Individuen und Kollektivität darstellen, ist es notwendig, ›Mechanismen der Sicherheit‹ zu etablieren. Sie sind die Kehrseite und die Bedingung des Liberalismus.«¹¹

Diese grundsätzliche Untrennbarkeit von politischer Regulation und ökonomischer Rationalität überdauert in Foucaults Analyse auch die Transformationen der liberalen Gouvernamentalität im 19. und 20. Jahrhundert.¹² Es wird im Verlauf der vorliegenden Arbeit zu fragen sein, inwiefern sich die emergierende Mediengewaltforschung um die Mitte des 20. Jahrhunderts in diesem Sinne als Sicherheitsdispositiv installiert, das im Rahmen von Verfahren der *moralischen Regulation* operiert.

Noch bevor in den USA Mitte des 20. Jahrhunderts das neoliberalistische Programm der Chicagoer Schule entscheidenden Einfluss gewinnt,¹³ ist die ›politische Ökonomie‹ des Liberalismus in einer genealogischen Perspektivierung der Mediengewaltforschung relevant. Ein zentraler, immer noch aktueller Topos im etablierten Feld der Mediengewaltforschung besteht in der Klage, die kommerziellen Medieninstitutionen würden aufgrund einer Dominanz des Marktes über die Politik verhindern, dass dringend notwendige Verbote medialer Gewaltdarstellungen in Kraft treten können. Um ihre Werbekunden zufrieden zu stellen, so die Argumentation, müssten die Medienkonzerne möglichst viele Mediennutzer erreichen bzw. hohe Einschaltquoten erzielen. Dies gelänge äußerst zielsicher über die Darstellung von Gewalt. In einem nächsten Schritt der Argumentation wird die mediale Gewaltdarstellung dann als schädliche Medienwirkung beschrieben, die Mediennutzer zu Gewalttätern macht und deshalb für Gewalt in der Gesellschaft verantwortlich ist. Gewalt in den Medien und Gewalt durch Medien ist in dieser Diskursfigur also Teil des ökonomischen Operierens einer malignen Medienindustrie. Mediengewalt, so die Argumentation, kann aufgrund von wirtschaftlichen Interessen nicht beseitigt werden.¹⁴ Die Medien werden, in-

11 T. Lemke: Kritik der politischen Vernunft, S. 186 (Kursivierung im Original).

12 Vgl. ebd., S. 195-256.

13 Vgl. M. Foucault: Gouvernamentalität II, S. 300-366. Es wäre wünschenswert zu erforschen, welchen Einfluss der amerikanische Neoliberalismus auf die Medienpolitik der USA (und welchen Einfluss der Ordoliberalismus auf die deutsche Medienpolitik) im Einzelnen hat. Es können hier nur grobe Tendenzen angedeutet werden.

14 Vgl. etwa Albert Bandura, dessen lerntheoretische Konzeption von Mediengewalt im Kapitel *Erziehung: Pädagogik der Gefährdung* noch rele-

dem man sie als kommerzielle Institutionen verhandelt und mit Gewalt identifiziert, als gesellschaftsfeindliche Akteure konzipiert.¹⁵ Voraussetzung dieser diskursiven Operation ist eine konzeptionelle Trennung von ökonomischen, medialen und politischen Prozessen. Die Diskursfigur leistet eine Ausgrenzung von ›Gewalt‹ in ein soziales Außen und damit eine reinigende Trennung von Gewalt und Gesellschaft.

Eine Historisierung dieses diskursiven Topos und eine Analyse der Prozesse, in denen er im ökonomischen Diskurssegment – und das heißt konkreter: in der frühen Werbewirkungsforschung – ausgehandelt wird, lässt Aspekte fraglich werden, die im etablierten Feld als selbstverständlich gelten: Warum identifiziert der Diskurs Medien mit ökonomischen Institutionen? Auf welche Weise vollzieht er die Trennung von ohnmächtigen politischen Operationen und mächtigen ökonomischen Interessen? Die von Foucault als ›Ökonomie der Macht‹ herausgestellte ›Macht der Ökonomie‹ ermöglicht dabei einen anderen Blick auf die Geschichte der Medienpolitik in den USA, die in der beschriebenen Diskursfigur häufig für das Dilemma der medialen Gewaltdarstellung verantwortlich gemacht wird. Zwar wird schon 1918 im so genannten Alexander Bill festgelegt und im Radio Act von 1927 sowie im Communication Act von 1934 bestätigt, Radiowellen seien Eigentum der Bevölkerung, das Radio – und später auch das Fernsehen – sei also eine Angelegenheit des öffentlichen Interesses und unterstehe damit regierungspolitischer Regulation. Um dies zu gewährleisten wird die Federal Communications Commission etabliert.¹⁶ Jedoch – so die Argumentation des amerikanischen Historikers David Potter – seien diese Festlegungen nur vordergründig, denn tatsächlich werde die Kontrolle der Radiowellen privaten Unternehmen überlassen:

vant wird: »Was Anklang findet, wird umfassend kopiert, mit dem Ergebnis, daß die verschiedenen Sender Kontrastprogramme mit ähnlichen Inhalten bringen und so dem Zuschauer nur wenig Auswahl lassen. Die imitative Vermehrung von Western- und Kriminalserien liefert zusätzliche Beweise für den Einfluß gewinnbringender aggressiver Modellierung. Ohne effektive Mittel der Gegeneinflußnahme bleibt sowohl das Medium als auch das allgemeine Fernsehpublikum den Mißständen einer übermäßigen Kommerzialisierung ausgesetzt.« Albert Bandura: Aggression. Eine soziallerntheoretische Analyse, Stuttgart: Klett-Cotta 1979, S. 303.

- 15 Vorausgesetzt ist hierbei ein Gesellschaftsbegriff, den gewalttheoretische Erwägungen zugrunde legen, wenn sie Gewalt als das ›Andere‹ der Gesellschaft beschreiben. Vgl. Dirk Baecker: »Gewalt im System«, in: Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis 47 (1996), H. 1, S. 92–109.
- 16 Vgl. zur Beschreibung des Prozesses, der in den USA von 1920–1934 zu dieser medienpolitischen Regelung führt, Philip T. Rosen: The Modern Stentors. Radio Broadcasters and the Federal Government, 1920–1934, Westport/CT, London: Greenwood Press 1980.

»[A]t a more pragmatic level, the American tradition had placed strong taboos upon government activity in any area which could be occupied by private enterprise [...]. [O]n the whole, regulation went against the American grain, and the fact that the airwaves belonged to the public carried no necessary implication that the use of the airwaves would be vigorously regulated.«¹⁷

Die politische Unkontrollierbarkeit der Medien, die Potter konstatiert – mit dieser Beschreibung steht er exemplarisch für den dargestellten Diskurstopos –, ist eine Zuschreibung, die unsichtbar hält, dass die liberale Reduktion staatlicher Interventionen selbst ein politisches Programm ist. Im gleichen Zug trennt Potter auch mediale von ökonomischen Praktiken, um in einem nächsten Schritt zu beschreiben, wie sich Medien in den Dienst kommerzieller Institutionen stellen: »The broadcasters really had nothing to sell except access to a mass audience, and the only parties who had reason to pay for such access were advertisers.«¹⁸ Was Potter und mit ihm zahlreiche Vertreter dieser Argumentationsfigur nicht erwähnen, ist, dass die hier eingeforderten Maßnahmen staatlicher Kontrolle in Konflikt mit der Rede- und Pressefreiheit geraten, die im so genannten First Amendment seit 1791 als Teil des Bill of Rights zentral in der amerikanischen Verfassung verbürgt sind:

»Congress shall make no law respecting an establishment of religion, or prohibiting the free exercise thereof; or abridging the freedom of speech, or of the press; or the right of the people peaceably to assemble, and to petition the Government for a redress of grievances.«¹⁹

Die politische Regulation der Medien geht also nicht einfach gegen den »American grain«, sondern in der amerikanischen Verfassung ist *als politisches Programm* verankert, dass diese Intervention nicht zu weit gehen darf. Der Rückzug des Staates aus dem amerikanischen Mediensystem ist also politisch motiviert und nur eine Argumentation, die Politik, Medien und Ökonomie strikt voneinander trennt, kann die Medien als Instrumente kommerzieller Konzerne konzipieren, die sich jeder Regulation widersetzen.

Um die Trennung von politischen, ökonomischen und medialen Programmen, wie sie im etablierten Feld des Mediengewalt-Diskurses gän-

17 David Potter: »The Meaning of Commercial Television« [1966], in: John W. Wright (Hg.), *The Commercial Connection. Advertising and the American Mass Media*, New York: Dell 1979, S. 82-93, hier S. 86.

18 Ebd., S. 87.

19 First Amendment Center: »About the First Amendment«, unter http://www.firstamendmentcenter.org/about.aspx?item=about_firstam vom 27. 12.2005. Auf das First Amendment im Rahmen des Mediengewalt-Diskurses wird im Teil *Regierung der Mediennutzung* noch genauer eingegangen.

gig ist, einer Diskurskritik zu unterziehen, ist es zum einen aufschlussreich, die parallele, einander wechselseitig stützende Ausdifferenzierung von Werbung und Verbreitungsmedien zu berücksichtigen, auf die historiografische Darstellungen zur Werbung vielfach hingewiesen haben.²⁰ Diese Wechselwirkung setzt mit dem Medium Zeitung ein und bekommt noch vor der Einführung des Radios als Werbemedium Ende der 1920er Jahre einen entscheidenden Auftrieb mit dem Medium Zeitschrift: »The burgeoning of the large-circulation magazine in many countries in the late nineteenth and early twentieth centuries facilitated advertising's growth and vice versa.«²¹

Zum anderen – und dies ist für eine Diskursgeschichte der Medien- und Werbeforschung noch entscheidender – spiegelt sich die parallele Ausdifferenzierung von Medien- und Werbesystem in den Austauschprozessen der sozialpsychologischen Forschungen, die seit Beginn des 20. Jahrhunderts in beiden Bereichen einsetzen. Was dabei häufig in historiografischen Texten der Massenkommunikationsforschung übersehen wird, ist die historische Vorgängigkeit der Werbeforschung, die schon vor dem Ersten Weltkrieg als angewandt forschender Teilbereich der Psychologie wichtige methodologische Voraussetzungen für spätere Medienexperimente auf den Weg bringt.²² Ähnlich wie für den Behavioris-

20 »Advertising is the engine of the media system«, so spitzt dies etwa Leo Bogart zu. Ders.: *Strategy in Advertising. Matching Media and Messages to Markets and Motivations*, Lincolnwood/IL: NTC Business Books³ 1996, S. xvii. Siegfried J. Schmidt sieht die Entstehung des Werbesystems als Teilbereich des Wirtschaftssystems an zwei Entwicklungen gekoppelt: Erstens an die Entwicklung eines kapitalistischen, industriell geprägten Wirtschaftssystems seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, zweitens an das Aufkommen der Massenmedien im selben Zeitraum. Vgl. ders.: *Werbewirtschaft als soziales System. Arbeitshefte Bildschirmmedien* 27 (1991), S. 6.

21 S. Ewen: »History of Advertising«, S. 17. Die Bedeutung der Zeitschrift stellt auch Theodore Petterson heraus. Vgl. ders.: »Magazine Advertising: Its Growth and Effects«, in: Wright (Hg.), *The Commercial Connection* (1979), S. 38-58. Vgl. zur Zeitung Robert Atwan: »Newspapers and the Foundations of Modern Advertising«, ebd., S. 9-23, hier: S. 9: »The role of the advertising agent, the payment of commissions, the function of agencies, the publication of circulation figures, competition among media for the advertising dollar, even the market research survey were all familiar aspects of the advertising-media connection before the rise of mass-circulation in the 1890s.« Vgl. zur Verflechtung von Radio- und Werbungsentwicklung John W. Spalding: »1928: Radio Becomes a Mass Advertising Medium«, ebd., S. 70-81.

22 Claudia Regnery weist darauf hin, dass die Historiografie der Kommunikationsforschung die frühe Werbeforschung als vorwissenschaftlich zurückweist und nicht in ihre Geschichtsschreibung aufnimmt. Diese Diskurspolitik der Ausgrenzung beschreibt sie – wobei sie allerdings stark vereinfacht

mus ist auch im Bereich der Werbeforschung die deutsche Experimentalpsychologie des 19. Jahrhunderts für die Forschungsentwicklung in den USA zentral. Einflussreich sind hier zunächst das mechanistische Bewusstseinsmodell Wilhelm Wundts, aus dem die Werbeforschung zentrale Annahmen über den Wirkungsverlauf der Werbung übernimmt, und Methoden aus der Wirtschaftspsychologie bzw. der Psychotechnik.²³

Eine Diskurskritik des argumentativen Topos, der die Medien im Dienst kommerzieller Institutionen sieht und für Gewalt in der Gesellschaft verantwortlich macht, der davon ausgeht, dass ökonomische Interessen eine Lösung des Mediengewalt-Problems verhindern, kann also erfolgen, indem gezeigt wird, dass Konzepte von Medienwirkung vielfältig von ökonomischen Aspekten geprägt sind. Dies kann geschehen, indem der diskursiv verengte Zugriff auf soziale Gewalt und kommerzielle Medieninstitutionen um umfassendere Aspekte des ökonomischen Diskurssegments erweitert wird. Die doppelte Verschränkung der Ausdifferenzierungsprozesse von Verbreitungsmedien und Werbung einerseits und der ihnen zugeordneten Forschungsunternehmen andererseits deutet darauf hin, dass Aspekte der Ökonomie und Fragen der Medienwirkung nicht voneinander zu trennen sind. Die Wirkungskonzeption der modernen Verbreitungsmedien steht im Kontext einer Ökonomie der gouvernementalen Vernunft, die ihre Eingriffe in die Interessen der Individuen und des Kollektivs einem Nützlichkeitskalkül entsprechend organisiert, also alle Regierungshandlungen nach ihrem Nutzwert »in einer Gesellschaft, in der der Tausch den wahren Wert der Dinge bestimmt«, einschätzt.²⁴

– folgendermaßen: »Der Beginn der Kommunikationsforschung ist zeitlich etwa auf die Mitte der 40er Jahre, örtlich auf die USA und methodisch auf die Empirie zu fixieren. Forschungen außerhalb der Vereinigten Staaten und vor dem 2. Weltkrieg rekurrten – so der Tenor dieser Kommunikationsgeschichtsschreibung – auf ein diffuses Konglomerat von Dogmen wie Reiz-Reaktions-Verständnis, Masse-Individuum-Dichotomie, omnipotente Medienwirkung, Manipulation ohne oberen Schwellenwert.« Claudia Regnery: *Die Deutsche Werbeforschung 1900 bis 1945*, Münster: Monsenstein und Vannerdat 2003, S. 8f.

- 23 Vgl. ebd., S. 44-49. Die Psychotechnik ist nach Dominik Schrage gekennzeichnet durch unterschiedliche Verfahren des Eignungstest, die sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts als angewandte Psychologie statistisch und experimentell um die Optimierung des »subjektiven Faktors« im Prozess der industriellen Produktion bemüht. Schrage beschreibt Psychotechnik und Radio als konvergierende bzw. einander ergänzende Subjektivierungsverfahren. Vgl. ders.: *Psychotechnik und Radiophonie: Subjektkonstruktion in artifiziellen Wirklichkeiten 1918-1932*, München: Fink 2001.
- 24 M. Foucault: *Gouvernementalität II*, S. 76. Foucault stellt den Begriff des »Interesses« als zentral für die liberale Regierungskunst heraus: »Das Interesse, dessen Prinzip die gouvernementale Vernunft gehorchen muß, das

Konzeptualisierungen des Werbemediums, mediale Gewaltdarstellungen und die Wirkungsforschung selbst sind – wie im Folgenden zu sehen sein wird – diesem Nützlichkeitskalkül ebenfalls unterworfen. Im Segment des Medienwirkungs-Diskurses, das als ökonomisch im engeren Sinne gekennzeichnet ist, also im Bereich der frühen Werbewirkungsforschung, wird besonders deutlich, wie Medienkonzepte, Wirkungsannahmen und die Wirkungsforschung dahingehend befragt werden, inwieweit sie im Hinblick auf eine *Ökonomie der Suggestion* des Käufers nützlich oder hinderlich sind. Was sich schon im politischen Diskurssegment, insbesondere in Reads Beurteilung der *atrocity propaganda*, angedeutet hat,²⁵ wird hier explizit: Mangelnde Nützlichkeit meint nicht Schädlichkeit für den Mediennutzer, sondern bezieht sich ausschließlich auf die Produktivität im ökonomischen Prozess. Während im Bereich der Erziehung unerwünschte Medienwirkung als Sorge verhandelt wird, der Mediennutzer könne das Falsche lernen,²⁶ geht es im Bereich der Wirtschaft um die Befürchtung, bestimmte Techniken der persuasiven Werbekommunikation, die sich als Teil des diskursiven Umfeldes der Formel »Mediengewalt« verstehen lassen, könnten zur Folge haben, dass der Mediennutzer sich nicht in der erwünschten Weise als Käufer betätigt. Die Aushandlung dessen findet statt, noch bevor Mediengewalt im etablierten Feld der Mediengewaltforschung als Teil der »Produktionskosten« liberaler Medienkonzeptionen zu beobachten ist und Sicherheitsmechanismen notwendig werden lässt.

Der epistemologische Kontext der Aushandlung von Konzepten erwünschter und unerwünschter Wirkungen im ökonomischen Diskurssegment, die sich um die diskursive Formel »Mediengewalt« gruppieren, ist von zwei psychologischen Richtungen geprägt, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts vorherrschen: die Gestaltpsychologie, die in Deutschland entsteht und durch Wissenstransfer auch in den USA Bedeutung gewinnt, und erneut die zentrale US-amerikanische Psychologie des Behaviorismus.²⁷ Im Folgenden soll zunächst beleuchtet werden, inwiefern die Ge-

sind jetzt die Interessen, ein komplexes Spiel zwischen individuellen und kollektiven Interessen, zwischen dem sozialen Nutzen und dem ökonomischen Profit, zwischen dem Gleichgewicht des Marktes und der Herrschaft der öffentlichen Gewalt. Es ist ein komplexes Spiel zwischen Grundrechten und der Unabhängigkeit der Regierten usw. Die Regierung, jedenfalls die Regierung, die sich diese neue gouvernementale Vernunft zu eigen macht, ist etwas, das mit Interessen umgeht.« Ebd., S. 73.

25 Vgl. den Abschnitt *Techniken politischer Gewaltkommunikation* im vorangegangenen Kapitel.

26 Hiermit beschäftigt sich das folgende Kapitel *Erziehung: Pädagogik der Gefährdung*.

27 Der Psychologiehistoriograf Edwin G. Boring betont Ende der 20er Jahre: »[...] [T]here is now very little experimental work of broad scope or great significance that has not in some way been affected by one or the other of these new movements.« Edwin G. Boring: *A History of Experimental Psy-*

staltpsychologie in frühen Medienreflexionen der Werbewirkungsforschung relevant ist, bevor am Beispiel der Debatte um »negative Appelle« gezeigt wird, wie die Verhandlung von unerwünschten Wirkungen sich an Kriterien der Nützlichkeit orientiert. Im letzten Teil dieses Kapitels geht es dann um den Behaviorismus, der nach und nach die Diskursmacht gewinnt und frühe gestaltpsychologische Medien- und Rezipientenkonzepte verdrängt. Die Aushandlung einer *Ökonomie der Suggestion*, verstanden als Komplex, in dem Bezugsprobleme der Mediengewaltforschung auftauchen, gibt sich hierin besonders deutlich als Machtprozess zu erkennen. Exklusionsmechanismen sichern, dass eine bestimmte Wissensordnung allmählich durchsetzungsfähig wird. Wichtig für die zentrale Fragestellung dieses Kapitels nach der Verflochtenheit von politischen, ökonomischen und medialen Prozessen ist, dass der Behaviorismus sich selbst in die Praktiken der Werbewirtschaft einerseits und in die des Werbemediums andererseits einschreibt: Er findet als grundlegendes Konzept der Wirkungsforschung Verbreitung über Prozesse der Werbung.

Anzeigen und ihre mediale Umgebung

In den 1910er und 20er Jahren beginnt die amerikanische Industrie Sozialwissenschaftler und Psychologen zu beschäftigen, um ihre Werbestrategien zu verbessern. Die Auftragsforschung zu dieser Zeit macht es sich zur Aufgabe, die Wirkung von Werbeappellen auf den potenziellen Käufer als mess- und vorhersagbare Größe zu bestimmen.²⁸ Ein prominenter Vertreter der neuen, auftragsorientierten Werbeforschung ist der Psychologe Walter Dill Scott, der Suggestion zu einer elementaren Kategorie in ökonomischen Konzepten der Beeinflussung macht. In seiner Studie *Influencing Men in Business*, die 1911 erscheint, entwirft er eine histori-

chology, New York, London: The Century Co. 1929, S. 570. Die Gestaltpsychologie entsteht zu Beginn des 20. Jahrhunderts als Symbiose heterogener philosophischer und psychologischer Forschungen, die an den Universitäten Prag, Würzburg, Berlin und Graz angestellt werden. Die wichtigsten Vertreter der Gestaltpsychologie sind Max Wertheimer, Wolfgang Köhler, Karl Bühler, Kurt Koffka und Kurt Lewin. Zentraler Fokus dieser unterschiedlichen Strömungen liegt auf den Wahrnehmungsprozessen des Menschen; wichtige Paradigmen zur Wahrnehmung der »Gestalten« sind »die Nichtsummativität des Ganzen und die Transponierbarkeit der Struktur«. Vgl. Friedhart Klix: »Über Gestaltpsychologie«, in: Zeitschrift für Psychologie 112 (2001), H. 209/1, S. 1-16, Zitat: S. 2.

- 28 Vgl. James R. Beniger: *The Control Revolution. Technological and Economic Origins of the Information Society*, Cambridge/MA, London: Harvard University Press 1986, S. 282 u. S. 386f., sowie S. Ewen: »History of Advertising«, S. 18f.

sche Entwicklung, nach der das Verständnis des Menschen sich vom vernünftigen zum suggestiblen Lebewesen gewandelt habe: »While tradition regarded man as wholly logical, the modern conception [...] makes him largely a creature of suggestion.«²⁹ Scott beschreibt den Mesmerismus als Vorläufer des Suggestionprozesses und betrachtet James Braid, Ambroise-Auguste Libeault und Hippolyte Bernheim mit ihren hypnotischen Experimenten als seine eigentlichen Entdecker.³⁰ Seitdem sei die Suggestion in unterschiedlichsten Bereichen, vor allem aber in der Geschäftswelt von großer Relevanz:

»During recent years suggestion has been heralded as the great force in education and religion, in social and political movements, and in the promotion of health and the amelioration of sickness. It has been confidently asserted that the results of the advertiser and of all salesmen are dependent upon the subtle working of suggestion rather than upon the logical presentation of facts to the reason of the customers.«³¹

Der Unterschied zwischen Hypnoseexperimenten des 19. und Werbepraktiken des frühen 20. Jahrhunderts ist nach Scott nur graduell. Der Geschäftsmann habe in der Suggestion, die er selbst zur Anwendung bringen soll, eine abgeschwächte Form von Hypnose zu sehen: »In hypnosis he sees the extreme working of a method of influencing men which is available for him in less extreme forms.«³²

Suggestion, wie sie von Scott konzipiert wird, gibt sich deutlich als ein Verfahren der Wirkungskontrolle zu erkennen. Um welche Wirkung geht es aber in diesem ökonomischen Diskurs zu Beginn des 20. Jahrhunderts? Zielen die wirkungskontrollierenden Verfahren allein auf erfolgreiche Produktwerbung, oder wird die Medienwirkung zu diesem frühen Zeitpunkt bereits im Prozess der Werbung mitreflektiert? Aufschlussreich ist hier die Einschreibung eines weiteren epistemologischen Programms: Seine Anleitungsschrift für erfolgreiche Werbung, die 1913 erscheint, entwickelt Scott – ohne diesen theoretischen Bezug zu nennen – in Anlehnung an gestaltpsychologische Konzepte.³³ Das wird beson-

29 Walter Dill Scott: *Influencing Men in Business. The Psychology of Argument and Suggestion* [1911]. Revised and Enlarged by Delton T. Howard, New York: The Ronald Press Comp. 1928, S. 35.

30 Vgl. ebd., S. 32-34.

31 Ebd., S. 34.

32 Ebd., S. 48.

33 Über die in der Studie deutlichen Bezüge hinausgehend ist ein direkter Wissenstransfer der Gestaltpsychologie in die USA naheliegend, weil Scott nach seinem Studium in den USA bei Wilhelm Wundt an der Universität Leipzig promovierte und 1900 in die USA zurückkehrte. Vgl. *Northwestern University Alumni News*, February 1939: *Northwestern's Number One Alumnus*. Dr. Walter Dill Scott, unter <http://www.angelfire.com/biz/pot->

ders deutlich in dem für die Gestaltpsychologie zentralen Paradigma der ganzheitlichen Wahrnehmung, das Scott auch für die Werbung geltend macht:

»The point to be emphasized is that *we do not first perceive the parts and unite them to form the greater wholes, but that we first perceive the wholes and only after the process of analysis has been completed do we perceive the parts.*«³⁴

Diese Konzeption des Wahrnehmungsprozesses ist wichtig, weil sie zu einem viel früheren Zeitpunkt, als dies etwa im politischen Diskurssegment geschieht, den Begriff des Mediums in epistemologische Vermessungen des Wirkungsprozesses einführt: »*The medium gives a tone of its own to all the advertisements contained in it.*«³⁵ Die Beschaffenheit des Werbemediums, das hier durch die Unterschiedlichkeit verschiedener Publikationsorte gekennzeichnet ist, bestimmt Scott nicht als sekundär, sondern sie trägt seiner Auffassung nach entscheidend zur Wahrnehmung einer Anzeige bei:

»In choosing the publications in which he should place his advertisement, the advertiser should not only consider the circulation and the kind of circulation, but he should also consider the tone which each publication would add to his particular advertisement.«³⁶

Das gestaltpsychologische Prinzip der ›Fusion‹ von Teilen zu einer Wahrnehmung des Ganzen hat eine Kopplung von Medium und Anzeige zur Folge, die Scott wiederum mit einer Konzeption des durchschnittlichen, suggestiblen Menschen verbindet:

»The ordinary man and woman are not accustomed to critical logical thinking. They are not accustomed to consider an object or argument on its own merits and independent of all other things. They are more inclined to take objects, arguments, and events in their entirety. [...] If those who construct and place advertisements would consider this principle of fusion, they would be more care-

tershouse/walterdillscott/bio_w_d_scott_feature1.html vom 29.12.2005. Boring weist 1929 in seiner *History of Experimental Psychology* darauf hin, dass in den 1920er Jahren Wolfgang Köhler und Kurt Koffka entscheidend zur Rezeption der Gestaltpsychologie in den USA beigetragen haben. Vgl. ebd., S. 575.

34 Walter Dill Scott: *The Theory and Practice of Advertising. A Simple Exposition of the Principles of Psychology in their Relation to Successful Advertising* [1913], Bristol: Thoemmes 2002, S. 99 (Kursivierung im Original).

35 Ebd., S. 102 (Kursivierung im Original).

36 Ebd., S. 103.

ful in their choice of mediums, in the association of advertisements, in the make-up and in the construction of the individual advertisements.«³⁷

Scott legt in seiner Werbelehre dem Geschäftsmann also nahe, die ›Wahl des Mediums‹ zu bedenken. Er geht dabei zwar nicht so weit, die Medialität der Werbung oder die grundsätzliche Verflochtenheit von Medien- und Werbewirkung, die er implizit voraussetzt, auch zu reflektieren. Die Relevanz des Mediums ist in Scotts Konzeption einem Defizit des Rezipienten geschuldet, nämlich seiner Unfähigkeit, die ›reine‹, a-mediale Werbebotschaft wahrnehmen zu können. Auch wenn Scott zu seiner Beschreibung gelangt, indem er den ›gewöhnlichen‹ Mediennutzer als Käufer abwertet, bleibt hierbei dennoch entscheidend: Das Medium sowie die Wahrnehmung des Konsumenten spielen eine wichtige Rolle in der Konzeption der Werbewirkung. Werbung wirkt in diesem Verständnis nur, wenn sie auf die richtige Weise medial vermittelt wird und wenn der Rezipient sie wahrnimmt. Selbst wenn dies nur für ›the ordinary man and woman‹ gilt, macht Scott die Bedeutung des Mediums und der ganzheitlichen Wahrnehmung in seiner Beschreibung von Werbestrategien zentral. Denn schließlich konstatiert Scott: »The advertiser must deal with man as he is and not with some ideal being.«³⁸ Auch wenn sich die Container-Vorstellung des Mediums zentral einschreibt, steht diese im Spannungsverhältnis zu weiteren Überlegungen, die Scott einbringt: Über die gestaltpsychologische Wahrnehmungskonzeption erhält das Medium eine wichtige Position im Prozess der Werbung.

Was die Einschreibung der Medien in die Werbewirkungsforschung im Hinblick auf eine Ökonomie der Macht und als Prozess, in dem Formationsregeln des Mediengewalt-Diskurses ausgehandelt werden, signifikant macht, ist die Integration der Wirkungsfrage in ein ökonomisches Nützlichkeitskalkül: Die Medien geraten in den Blick, weil die ökonomische Suggestion erfolgreich verlaufen soll. In der Forschungspraxis erweist es sich als unabdingbar, das Medium in den Werbungsprozess zu integrieren und eine starke Medienwirkung, in diesem Sinne ›aggressive Medien‹, anzunehmen. Werbung lässt sich nicht a-medial denken: Um erfolgreich zu sein, muss sie wirkende Verbreitungsmedien voraussetzen. Diese implizite Voraussetzung bleibt auch bestehen, wenn gestaltpsychologische Medienkonzepte verdrängt und durch behavioristische ersetzt werden, in denen das Medium als bloßer Kanal der Stimulus-Übertragung fungiert. Bevor die Rolle des Behaviorismus im Rahmen einer ›Ökonomie der Macht‹ im Mediengewalt-Diskurs in den Blick kommt, soll exemplarisch eine zentrale Debatte der frühen Werbewirkungsforschung beleuchtet werden.

37 Ebd., S. 115.

38 Ebd., S. 60.

Die Rationalisierung negativer Werbewirkung

Wie kann gewährleistet werden, dass die Medien auch im Sinne des werbenden Kommunikators wirken? Kann der Kommunikator die Macht des Werbemediums auf den Rezipienten endlos steigern, oder gibt es Grenzen der Werbekommunikation? Wann schlägt eine suggestive Werbebotschaft von Nützlichkeit in Schädlichkeit um? Wann ist Werbung negativ im Sinne von: kaufhinderlich? In der Frühzeit der Werbeforschung findet sich eine breite Debatte, die diese Fragen unter den Bezeichnungen *negative suggestion* oder *negative appeal* für das Medium Zeitschrift verhandelt. In der Diskussion um negative Werbereize – so die Ausgangsüberlegung – wird der Gewaltaspekt in den Praktiken der Suggestion verhandelt, die im Bereich der Werbung zum Einsatz gebracht werden, um Wirkung zu stabilisieren. Die Konzepte *negative suggestion* und *negative appeal* sollen im Folgenden sowohl hinsichtlich ihrer Kontinuität als auch hinsichtlich ihrer Diskontinuität zur Kurzschlussformel »Mediengewalt«, wie sie im gegenwärtigen Diskurs erscheint, beleuchtet werden.

Der im Psychological Laboratory der Indiana University tätige Werbepsychologe Harry D. Kitson beschreibt *negative suggestion* 1922 im *Journal of Applied Psychology* folgendermaßen:

»A negative suggestion was defined as (a) a phrase containing ›no,‹ ›none,‹ ›nothing,‹ or ›not;‹ (b) the mention of any act on the part of the buyer which would deny the use of the commodity advertised, e.g., ›Do not wear yourself out by sweeping;‹ (c) the mention by word or through illustration of any article competing with the one being advertised.«³⁹

Die Definition der *negative appeals* durch die Werbeforscher D.B. Lucas und C.E. Benson zielt – nicht unbedingt im Gegensatz zu Kitsons Definition – auf die psychologischen Prozesse des adressierten Käufers:

»Any appeal to human motivation involves either a desire for attainment or an impulse to avoid. All appeals to attainment may be called positive, while appeals to avoidance are negative. A negative advertising appeal is then an attempt to stimulate the reader to the avoidance of a repulsive situation.«⁴⁰

Um diesen Vorgang des negativen Werbereizes exemplarisch zu verdeutlichen, führen Lucas und Benson zwei illustrierte Zeitschriftenwerbun-

39 Harry D. Kitson: »Minor Studies in the Psychology of Advertising. From the Psychological Laboratory of Indiana University VII. Negative Suggestion in Advertising«, in: *The Journal of Applied Psychology* 6 (1922), H. 1, S. 66-68, hier S. 66.

40 D.B. Lucas/C.E. Benson: »The Historical Trend of Negative Appeals in Advertising«, in: *The Journal of Applied Psychology* 13 (1929), H. 4, S. 346-356, hier S. 347.

gen an, die dasselbe Produkt – eine Zahncreme der Marke Pebeco – auf ganz unterschiedliche Weise anpreisen. Die eine Anzeige versucht, die Zahncreme über positive Beschreibungen und Werbeversprechen für den potenziellen Käufer attraktiv zu machen: »Admired everywhere, the radiant smiles that show The Mouth of Youth«; die andere Anzeige warnt dagegen vor den Konsequenzen, die der Rezipient zu befürchten hat, wenn er das Produkt nicht anwendet: Die Anzeige zeigt einen Mann, der sich mit schmerzverzerrtem Gesicht die Wange hält: »I had six teeth pulled this morning«. Six precious teeth he has lost forever! Six teeth that would still be in his gums – firm, white teeth, good to look at – had he taken proper care of them.«⁴¹ Ein weiteres Beispiel führen Lucas und Benson an: Eine Zeitschriftenwerbung zeigt im Wald spielende Kinder, denen eine unheimliche Gestalt auflauert. Der dazugehörige Werbetext für ein Arzneimittel warnt: »An Appeal to Parents, protect the cuts and bruises from the Gray Specter of Infection.«⁴²

Die Frage nach der Nützlichkeit von negativen Werbereizen und Suggestionen treibt in den 1920er und 30er Jahren zahlreiche US-amerikanische Werbeforscher und -praktiker um. Der Psychologe Albert Poffenberger konstatiert Ende der 20er Jahre: »One of the most disputed questions confronting the advertising specialist concerns the relative value of positive and negative appeals.«⁴³ Lucas und Benson finden diese Auffassung in der Werbepaxis bestätigt: »A copy writing supervisor in one of the world's leading advertising agencies verifies this statement, and adds that the question is discussed, argued and rationalized weekly in practically every advertising agency in the country.«⁴⁴

Die Debatte um die negative Werbung lässt sich als Spiegelung der Kontroverse um die *atrocities stories* aus dem Bereich der Kriegspolitik in den – im engeren Sinne – ökonomischen Bereich verstehen. Auch bei den *negative appeals* und *suggestions* handelt es sich um Diskursfiguren, die sich im Umfeld der Kurzschlussformel »Mediengewalt« situieren und so auf die Geschichtlichkeit dieser Formel verweisen: Wie bei den *atrocities stories* wird Mediengewalt einerseits auf der Inhaltsebene der Werbung, andererseits in der Reaktion des Rezipienten sichtbar, ohne explizit als »Gewalt« gekennzeichnet zu werden. Negative Werbung versucht den Rezipienten zum Kauf zu bewegen, indem sie ihm eine unangenehme Situation vorführt, die mithilfe des beworbenen Produkts abgewendet werden kann, oder indem sie ihm suggeriert, eine bestimmte Handlung nicht auszuführen. Was die Debatte zu einer Figur der Inversion im Hinblick

41 Zit. nach: D.B. Lucas/C.E. Benson: »The Relative Values of Positive and Negative Advertising Appeals as Measured by Coupons Returned«, in: The Journal of Applied Psychology 13 (1929), H. 3, S. 274-300, hier S. 276 u. 277.

42 Zit. nach: D. Lucas/C. Benson: »Historical Trend«, S. 354.

43 Hier zitiert nach: Albert T. Poffenberger: Psychology in Advertising, New York, London: McGraw-Hill 1932, S. 573.

44 D. Lucas/C. Benson: »Relative Values«, S. 274.

auf den etablierten Mediengewalt-Diskurs macht, ist, dass die Reaktion des Rezipienten als negative Emotion bzw. als Angst hinsichtlich ihrer Nützlichkeit oder Schädlichkeit für den Erfolg der Werbewirkung in den Blick gerät. Die Frage der negativen Werbung lässt sich also, unter der Voraussetzung des Konzepts von Mediengewalt als einer Leerstelle, um die sich unterschiedliche Konzepte eines medialen Wirkungsprozesses gruppieren, folgendermaßen zuspitzen: Kann Mediengewalt ökonomisch nutzbar gemacht werden? Die Produktivität von Mediengewalt, wie sie hierbei verhandelt wird, ist identisch mit ihrer Fähigkeit, Werbewirkung zu kontrollieren bzw. zwingend zu machen.

In der Kontroverse um diesen ökonomischen Nutzen plädieren Werbepsychologen wie Kitson und Scott dafür, negative Suggestionen durch positive zu ersetzen.⁴⁵ Scott verknüpft dies mit dem in seiner Werbepsychologie zentralen Argument, dass der Mensch ein suggestibles Lebewesen sei. Er betont, dass die Emotionen des Rezipienten eine große Rolle im Prozess der Suggestion spielen: »[T]he attention value of an object depends on the intensity of the feeling aroused.«⁴⁶ Für den Werbeerfolg ist die Erregung von Gefühlen also unabdingbar, nach Scott dürfen diese aber in aller Regel nicht negativ sein:

»The advertiser must avoid arousing feelings that mitigate against a favorable response to his appeal, or that produce negative or inhibited attitudes.

The advertiser may adopt as a general rule the principle that pleasant feelings should be aroused by an advertisement, and unpleasant feelings avoided. Only under the most exceptional conditions should anything be permitted in an advertisement that would suggest or induce an unpleasant feeling-tone. It is this principle that leads advertisers to avoid »negative« copy.«⁴⁷

Anfang der 20er Jahre versucht Kitson mittels der so genannten »historischen Methode« zu klären, ob sich die Werbeindustrie an diesen Rat gehalten hat bzw. ob sich die Ineffizienz negativer Appelle in der praktischen Werbearbeit als richtig erweist. Nach Kitson zeigen aktuelle Anzeigen den »trend of progress« in der Werbung, sie liefern »guide posts showing the location of pitfalls and pointing out the directions in which success has been attained«; es sei davon auszugehen, dass in der Werbung effektive Strategien sich in einer Art »economic »survival of the fittest«⁴⁸ durchsetzen. Aus diesem Grund glaubt Kitson, Werbewirksamkeit auf folgende Weise messbar machen zu können:

45 Vgl. H. Kitson: »Negative Suggestion«, S. 66.

46 W. Scott: Theory and Practice, S. 29 (Kursivierung im Original).

47 Walter Dill Scott: The Psychology of Advertising [1932, Completely Revised by Delton T. Howard], Bristol: Thoemmes 2000, S. 140.

48 Harry D. Kitson: »Minor Studies in the Psychology of Advertising. From the Psychological Laboratory of Indiana University. Introduction: The Use of the Historical Method in Investigation of Problems of Advertising«, in: The Journal of Applied Psychology 5 (1921), H. 1, S. 5-7, hier S. 6 u. S. 7.

»In employing it [the historical method, I.O.] we must first state our problem in the form of a question; then go to the files of newspapers and magazines such as exist in almost every library of parts. Among the advertisements contained therein we must search for the answer to our question; then we may tabulate our results and express them graphically.«⁴⁹

In Anwendung der ›historischen Methode‹ auf die Frage der *negative suggestions* wertet Kitson drei repräsentative Zeitschriften – *Harper's Weekly*, *Literary Digest* und *Collier's* – der Jahre 1900 bis 1920 systematisch aus. Kitson stellt fest, dass die negative Suggestion im historischen Verlauf nachlässt und bewertet dies als Zeichen für die Unwirtschaftlichkeit dieser Werbeform: »In so far as historical evidence is indicative of the financial success of a mode of appeal, they indicate that advertisers have found it increasingly profitable to reduce the number of negative suggestions.«⁵⁰ Wenn er einen leichten Anstieg negativer Suggestion im Untersuchungszeitraum zu erklären versucht, wird diese Argumentation allerdings unklar: »The slight increase in 1910 may be due to the fact that advertising was taking on great vigor about the time and that in their zeal for achieving impressiveness advertisers were tempted to use quantity regardless of the value of their suggestions.«⁵¹

Was aber bedeutet ›quantity‹ im Vergleich zu ›value‹, wenn es doch darum geht, anhand des Gebrauchs einer bestimmten Werbeform ihren ökonomischen Erfolg zu verdeutlichen? Unterminiert Kitson hier implizit seine eigene Beweisführung, indem er der negativen Werbung ›impressiveness‹ unterstellt? Die Vermutung liegt nahe, dass dem Kalkül der ökonomischen Nützlichkeit hier andere Bewertungskriterien an die Seite gestellt werden, die negative Suggestion nicht mehr nur entlang der Unterscheidung verkaufsfördernd/verkaufshinderlich messen, sondern an der Unterscheidung gut/schlecht. Negative Suggestion wird zu einem Zeichen von qualitativ schlechter, möglicherweise sogar geschmackloser Werbung.⁵²

Ende der 20er Jahre führen Lucas und Benson eine Studie durch, die das Kriterium der ökonomischen Nützlichkeit sehr viel radikaler geltend macht und dementsprechend zu einem anderen Ergebnis kommt. Die Effektivitätsmessung von positiver bzw. negativer Werbung führen die Forscher mithilfe einer Auswertung von *return coupons* durch. Wie Scott in seiner *Theory and Practice of Advertising* beschreibt, ist es schon ab En-

49 Ebd., S. 6.

50 H. Kitson: »Negative Suggestion«, S. 68.

51 Ebd.

52 Im Zusammenhang mit seiner Beschreibung von angenehmen und unangenehmen Emotionen, die durch positive bzw. negative Werbung hervorgerufen werden können, rekurriert Scott auf das Kriterium des guten Geschmacks: »In any established community, however, there exist certain standards of ›good taste.‹ These standards must be carefully respected by the advertiser.« W. Scott: *Psychology of Advertising*, S. 144.

de des 19. Jahrhunderts üblich, den Anzeigen einen Einsendeabschnitt beizufügen, über den der Zeitschriftenleser der werbenden Firma seine Adresse übermitteln kann, um Sonderangebote des beworbenen Produkts zugeschiedt zu bekommen. Zu Beginn als Hilfsmittel für den Werbetreibenden gedacht, damit dieser die Effizienz der unterschiedlichen Zeitschriften, in denen er seine Werbung platziert, überprüfen kann, stellt Scott den *return coupon* als Teil der Werbung heraus: Der Bestellcoupon weckt die Aufmerksamkeit des Lesers und fordert ihn zur unmittelbaren Handlung heraus. Aus diesem Grund nimmt er nach Scott eine wichtige Funktion im Suggestionsprozess der Anzeige ein.⁵³

Lucas und Benson schließen an die Funktion des *return coupons* zur Wirkungskontrolle an und schätzen seinen Wert noch höher ein als Verkaufszahlen, weil er über eine entsprechende Kennzeichnung die direkte Zuschreibung einer Rezipientenreaktion zu einem spezifischen Werbeappell erlaubt.⁵⁴ Während Kitson die Rhetorik des Werbetreibenden zum Kriterium des ökonomischen Nutzens von negativer Werbung macht, konzentrieren sich Lucas und Benson auf die Reaktion des Mediennutzers. Die Verschiedenheit der Konzepte *negative suggestion* (Kitson) bzw. *negative appeals* (Lucas/Benson) steht in engem Zusammenhang mit dieser unterschiedlichen Gewichtung der Studien.⁵⁵

Die Werbepsychologen Lucas und Benson stellen die Anzahl der Coupons positiver und negativer Werbungen jeweils für dasselbe Produkt,⁵⁶ die aus populären amerikanischen Zeitschriften stammen, in Relation zueinander dar und konstatieren im Unterschied zu Kitson, »there is no inherent advantage favoring positive appeals as compared with negative appeals in advertising those products which are now using both types.«⁵⁷ Darüber hinaus argumentieren auch Lucas und Benson über den Gebrauchswert von Anzeigen in der Werbepaxis. Sie zitieren *practical advertisers*, die sowohl für den Erfolg der *positive* als auch für den der *negative appeals* plädieren. Mit Bezug auf Scotts und Kitsons Argumentation stellen sie die Kontroverse um die negative Werbung als Streit zwischen Theorie und Praxis dar: »It would seem that there is a wide difference of opinion between psychologists and practical advertisers«; ihre

53 Vgl. W. Scott: *Theory and Practice*, S. 79-95.

54 Vgl. D. Lucas/C. Benson: »Relative Values«, S. 279.

55 Dies zeigt sich schon in der Unterschiedlichkeit, mit der jeweils festgelegt wird, was eine Werbung als *negative suggestion* bzw. *appeal* kennzeichnet: Kitson beschreibt sie als Teil der rhetorischen Werbestrategie, die sich im Voraus und unabhängig von der Werbewirkung bestimmen lässt. Lucas und Benson verstehen sie als erst im Wirkungsprozess identifizierbar und gelangen daher über die Klassifikation von Anzeigen durch mehrere Beobachter zur Kennzeichnung einer Anzeige als *negative appeal*. Vgl. etwa: D. Lucas/C. Benson: »Historical Trend«, S. 349.

56 Vgl. den oben beschriebenen positiven und negativen Appell, die Pebecco-Zahncrème zu kaufen.

57 Ebd., S. 299.

eigenen Studien, so legen es die beiden Forscher nahe, sollen für die Seite der Werbepraktiker den »lack of scientific data« beheben. Empirie fungiert hier also als Brückenschlag zwischen Werbetheorie und Werbepraxis.⁵⁸ Was Lucas und Benson einfordern, ist, die Frage der negativen Werbung differenzierter zu betrachten, sie nicht grundsätzlich abzulehnen. Sie unterwerfen ihr Konzept der *negative appeals* damit radikal ökonomischen Kriterien, orientieren es an werbepraktischen Gesichtspunkten und bemühen sich um eine wissenschaftliche Unterfütterung dieser Strategie.

Die Differenzierung des negativen Werbereizes treiben Lucas und Benson in zwei Untersuchungen noch weiter, die das *Journal of Applied Psychology* 1930 veröffentlicht. Bei der ersten Studie handelt es sich um ein Laborexperiment, das die Erinnerung an Produktmarken testet. Den Versuchspersonen – es handelt sich im ersten Durchlauf um erwachsene Studenten, im zweiten um Schüler im Kindesalter – werden Anzeigen mit positiven und negativen Werbereizen gezeigt. Anhand einer Liste von Produkten sollen sie sich anschließend an die zugehörigen Markennamen erinnern. Ergebnis des Experiments ist, dass positive und negative Werbung bei den Erwachsenen keinen Unterschied hinsichtlich des Erinnerungswerts aufweisen, auch bei der Unterscheidung von Männern und Frauen zeigen sich keine Differenzen. Jedoch kommt das Experiment mit Kindern zu einem anderen Ergebnis: Insbesondere für kleine Kinder gilt, dass positive Werbereize besser erinnert werden.⁵⁹ Ohne von Schädlichkeit der negativen Werbereize zu sprechen, wird hier eine Differenzierung eingeführt, die im Rahmen einer Diskursgeschichte der Mediengewaltforschung zentral ist: die Unterscheidung zwischen Kindern und Erwachsenen hinsichtlich ihrer Reaktionen auf Formen der Mediengewalt. Allerdings bleibt diese Differenzierung eingebunden in die ökonomische Rationalität: Negative Werbung wirkt bei Kindern – bezogen auf die Erinnerung als Voraussetzung für den gewünschten Kaufimpuls – weniger gut als positive.

In einer weiteren Untersuchung verlegen Lucas und Benson ihre Bemühung, negative Appelle differenziert zu betrachten, auf die Produktebene. Das Ergebnis eines Vergleichs von Verkaufszahlen zeigt: Die Effektivität der unterschiedlichen Werbearten divergiert von Produkt zu Produkt. Bei einer Arzneiwerbung, so Lucas und Benson, erweist sich die Warnung vor gesundheitlichen Schäden erfolgreicher im Vergleich zu einer Anzeige, die mit guter Gesundheit argumentiert. Dieses Ergebnis sei besonders bedeutsam, weil Experten bisher ein umgekehrtes Ranking behauptet haben: »The error in their judgment is a further proof on

58 Ebd., S. 298.

59 Vgl. D.B. Lucas/C.E. Benson: »The Recall Values of Positive and Negative Advertising Appeals«, in: *The Journal of Applied Psychology* 14 (1930), H. 3, S. 218-238.

the need for more scientific knowledge about advertising, and also the necessity for making separate studies for each class of goods.«⁶⁰

Die Kontroverse, ob und wie negative Werbung kalkulierbar und positiv einsetzbar gemacht werden kann, beschränkt sich nicht auf die frühe Werbeforschung. Die Debatte ist zwar für die 1920er und 30er Jahre zentral, beschäftigt die Werbepaxis und -forschung in ihrem historischen Verlauf aber weiterhin.⁶¹ Da hier einige Aspekte explizit werden, die in der frühen Werbeforschung eher implizit verhandelt werden, sei abschließend ein Artikel aus den 1970er Jahren erwähnt. Die Studie der Marketingforscher John Wheatley und Sadaomi Oshikawa, die am Institute of Life Insurance der Washington University tätig sind, macht die Zuschauerdifferenzierung, die auch Lucas und Benson vornehmen, zum zentralen Thema. Die Forscher untersuchen die Relation zwischen der Angst des Käufers und positivem oder negativem *appeal*, wobei von folgender lerntheoretischer Annahme ausgegangen wird:

»[A]ny stimulus presented to an individual is associated with a particular response if that response is followed by psychological reinforcement [...]. Psychologists have shown that a negative message which succeeds in arousing anxiety or fear creates a secondary drive and a reduction of the fear or anxiety thus created has been shown to constitute an effective kind of reinforcement. [...] [U]nder these circumstances, learning – and consequently attitudinal and behavioral change on the part of the message recipient – can take place. [...] [T]he person involved will attempt to reduce his or her anxiety level, for example by searching for some kind of reassurance.«⁶²

Gerade durch die Angst des Käufers setzt also der erwünschte Lernprozess ein – wenn diese Angst durch die rettende Empfehlung der Werbung aufgefangen wird. Im Beispiel von Lucas und Benson wäre diese: »Begin using Pebeco today«. Der Faktor Angst wird bei Wheatley und Oshikawa

60 D.B. Lucas/C.E. Benson: »Some Sales Results for Positive and Negative Advertisements«, in: The Journal of Applied Psychology 14 (1930), H. 4, S. 363-370, hier S. 368. Durch weitere Experimente kommen Lucas und Benson zu dem Schluss: Auch Werbung für Bücher erzielt bessere Ergebnisse, wenn sie negativ appelliert, ein Weiterbildungskurs sollte dagegen besser über positive Reize beworben werden.

61 Vgl. Norman Kangun: »How Advertisers Can Use Learning Theory. Mass Marketing Requires Mass Communications«, in: Business Horizons 11 (1968), H. 2, S. 29-40, hier S. 36: »One of the most vexing problems facing advertisers is the choice of appeal (or appeals) to be used in an advertisement. Should the promoted characteristic of a product or service be positive or negative?«

62 John J. Wheatley/Sadaomi Oshikawa: »The Relationship Between Anxiety and Positive and Negative Advertising Appeals«, in: Journal of Marketing Research 7 (1970), S. 85-89, hier S. 85.

– und das ist entscheidend – explizit zum grundlegenden Element des Wirkungsprozesses: »anxiety may produce emotional tension and effectively arouse in the recipient a sense of need which is, of course, an essential ingredient in the persuasive communications process.«⁶³ Allerdings schränken die Marketingforscher ihre Ausgangshypothese, die sie anhand eines Experiments mit positiven und negativen Werbetexten einer Lebensversicherung als grundsätzlich zutreffend herausstellen, ein: Die erzeugte Angst darf nicht zu groß sein: »It is generally agreed that a communication must, if it is to be effective, be strong enough to arouse the recipient to a »drive state« but not beyond that point.«⁶⁴

Hier wird eine Fragestellung deutlich, die schon in der frühen Werbeforschung anzutreffen ist: Gibt es eine Möglichkeit, die Angst des Käufers kalkulierbar zu machen und den Interessen des Kommunikators entsprechend einzusetzen? Die Debatte um negative Werbereize lässt sich im Hinblick auf die Geschichtlichkeit der Mediengewalt-Formel folgendermaßen zuspitzen: Während Scott und Kitson den Gewaltaspekt in suggestiven Verfahren der Wirkungskontrolle unsichtbar halten wollen, indem sie negative Suggestion als ineffizient und unerwünscht ablehnen, orientieren sich Lucas und Benson in ihrer Beurteilung dieser Facette von Mediengewalt radikal an einem ökonomischen Nützlichkeitskalkül. In ihrem Plädoyer dafür, unter bestimmten Bedingungen negative Werbung einzusetzen, lassen sie sichtbar werden, dass Verfahren der Wirkungskontrolle mit einer gewaltsamen Einflussnahme operieren – mit einer Gewalt, die ökonomisch produktiv gemacht wird.

Die Untersuchungen von Wheatley und Oshikawa haben noch eine weitere Implikation: Ihre Beschreibung des Werbeprozesses im Stimulus-Response-Modell macht deutlich, dass gestaltpsychologische Konzeptionen, die für die frühe Werbeforschung zentral sind, im historischen Verlauf der Werbeforschung an Bedeutung verlieren. Eine andere psychologische Schule, der Behaviorismus, gewinnt die Diskursmacht, gerade im Bereich der *applied psychology*. Wheatley und Oshikawa verhandeln eine lerntheoretische Modifikation des Behaviorismus, auf die im folgenden Kapitel zum pädagogischen Diskurssegment näher eingegangen wird. Zunächst werden aber nochmals die Anfänge des Behaviorismus und seine Verbreitung in den 1920er Jahren in den Blick genommen, also der Zeitpunkt, an dem sich die behavioristische Wirkungs-

63 Ebd., S. 86.

64 Ebd., S. 85f. Hinzu kommt, dass die Ängstlichkeit der Zielpersonen unterschiedlich ist: »[A] person with an already high preexposure anxiety level might respond better to a positive appeal than a negative appeal because such an individual is likely to distort or shut out the fear-arousing message«. Ebd., S. 86. Mit dieser Hypothese ist die Studie anschließbar an das Erinnerungsexperiment von Lucas und Benson, wonach bei – man könnte nun ergänzen: ängstlicheren – kleinen Kindern bessere Erinnerungswerte für positive Werbung gemessen werden können.

forschung selbst in die ökonomischen Prozesse der Medienwirkung einschreibt.

Wirkungsforschung im Werbemedium

Wenn sich der Text »Psychology as the Behaviorist Views It« aus dem Jahr 1913 als Manifest eines zentralen Diskursereignisses, das als »Gründung« des Behaviorismus beschrieben werden kann, lesen lässt, so ist auch John B. Watson »Diskursbegründer« des Behaviorismus, insofern seine Funktion als »Autor« dieses Textes sich »als Prinzip der Gruppierung von Diskursen, als Einheit und Ursprung ihrer Bedeutungen, als Mittelpunkt ihres Zusammenhalts«⁶⁵ verstehen lässt. Wenn Watson 1920 den akademischen Bereich verlässt und von seiner Professur an der John Hopkins University in Baltimore zu einem Posten in der Werbeagentur J. Walter Thompson wechselt, so wird dies dementsprechend nicht als biografisches Ereignis im Leben des »Gründungsvaters« Watson verstanden.⁶⁶ Vielmehr ist hier von Interesse, dass er als »Überläufer« in den Bereich der Werbewirtschaft die behavioristische Konzeption einer Ökonomie der Werbewirkung entscheidend prägt. Dies geschieht zeitgenössisch durch die publizistische Verhandlung der Transformation eines Experimentalpsychologen in einen Werbefachmann, wie etwa 1928 durch einen Artikel des *New Yorker*⁶⁷ oder, bereits 1923, durch eine Radiowerbung – ausgerechnet für die Zahncreme der Marke Pebecco –, in der Watson mit wissenschaftlicher Autorität als Experte für Zahngesundheit auftritt.⁶⁸

Im Anschluss an behavioristisch informierte Werbepraktiken, wie Watson sie etabliert, formiert sich das öffentliche Verständnis von Werbung neu. Nunmehr artikuliert sich die Sorge vor der manipulativen Macht subtiler Kauflenkung – subtil, da durch wissenschaftliche Autori-

65 M. Foucault: Ordnung des Diskurses, S. 20.

66 Vgl. zu dieser biografischen Perspektive, in der als Grund für Watsons Ausschluss aus dem akademischen Bereich ein Scheidungsskandal angegeben wird, D. Cohen: J.B. Watson, S. 145-167.

67 Der *New Yorker* beschreibt Watson als »chief show piece of J. Walter Thompson«, der an einem Schreibtisch arbeitet, »which cost the agency more than half what Johns Hopkins paid him as a professor's salary«. *New Yorker* 6.10.1928, zit. nach D. Cohen: J.B. Watson, S. 185.

68 »He cashed in on his reputation as scientist and made one of the first advertising broadcasts. He was introduced as a man who had been professor of psychology at Johns Hopkins, an eminent scientist who would now give a talk on the care of teeth. The talk, it was said, was sponsored by Pebecco. The announcer then faded out and Watson himself never uttered the word Pebecco. The behaviorist gave a ten-minute lecture on teeth.« D. Cohen: J.B. Watson, S. 182.

tät »legitimiert«. Diese Vorstellung wird entscheidend durch die Publikation von Vance Packards »populärwissenschaftlichem Pamphlet«⁶⁹ *The Hidden Persuaders* geprägt, das 1957 erscheint. Erstaunlich ist in Packards Argumentation, die Werbung mache sich obskure Verfahren der Psychologie zunutze, dass dies als neuer Trend in der Werbung beschrieben wird, obwohl Scott schon 1911 den Werbepraktikern nahe gelegt hat, sich Methoden der Suggestion zu bedienen.⁷⁰ Der Watson-Biograf David Cohen liest *The Hidden Persuaders* plausibel im Anschluss an die Werbetätigkeit des Behavioristen: Erst durch die Verbreitung der behavioristischen Werbepraktiken – so könnte man Cohen zufolge argumentieren – dringt die wissenschaftliche Expertise in der Werbepraxis an die Öffentlichkeit. Allerdings blendet auch Cohen die frühe Werbeforschung aus und behauptet, mit Watson habe die Anwendung der Psychologie für die Werbeforschung überhaupt erst begonnen. Auch wenn Cohen die Vorarbeiten von Scott u.a. nennt, hält er sie nicht für relevant: »Neither author was active in business. So when Watson went to Madison Avenue there really was no serious psychology in advertising.«⁷¹ An Cohens Darstellung wird deutlich, wie sehr der Behaviorismus in der amerikanischen Psychologie diskursmächtig geworden ist, sodass die vorgängigen und parallel durchgeführten Forschungen, die etwa im *Journal of Applied Psychology* oder in Scotts Monografien publiziert werden, historisch rückblickend keine Beachtung mehr finden. Dass Scott schon 1911 die werbepsychologische Einflussnahme als abgeschwächte Form der Hypnose beschrieben hat, gerät sowohl Packard als auch Cohen aus dem Blick. Es wird insbesondere in Cohens Darstellung deutlich, wie sich die Ausblendung von Aussagen innerhalb des Diskurses zugunsten hegemonialer Konzepte auch in der historischen Rezeption weiterschreibt.

Darüber hinaus sind zwei weitere Aspekte entscheidend, in denen Watson als »Mittelpunkt« fungiert, der unterschiedliche Aspekte einer Ökonomie des Behaviorismus, dem für eine Diskursgeschichte der Mediengewaltforschung zentralen Theoriekonzept, »zusammenhält«: zum einen durch behavioristische Werbeforschung, die Watson im Rahmen seiner neuen Tätigkeit vornimmt, und zum anderen durch Praktiken der »Popularisierung« behavioristischer Konzepte, die Watson parallel zu seiner werbepraktischen Tätigkeit verstärkt betreibt. Diese beiden Aspekte sollen nun genauer beleuchtet werden.

69 Vgl. Holger Rust, der in dieser Studie »Vorurteile« verhandelt sieht, denen »wissenschaftliche Einsichten« gegenüberstehen. Holger Rust: »Theorie der Werbung«, in: Roland Burkart/Walther Hömbergt (Hg.), *Kommunikationstheorien. Ein Textbuch zur Einführung*, Wien: Braumüller 1992, S. 153–170, hier S. 153.

70 Packard spricht von einer »strange and rather exotic new area of American life.« Vance Packard: *The Hidden Persuaders*, New York: McKay 1957, S. 3.

71 D. Cohen: J.B. Watson, S. 175.

In Vorträgen im Rahmen seiner Tätigkeit für die Agentur J. Walter Thompson, die er an seine dortigen Kollegen richtet, entwirft Watson die experimentelle Erforschung in Differenz zu zahlreichen Studien, die zeitgleich im *Journal of Applied Psychology* veröffentlicht werden. Der Kunde soll »vor Ort« beobachtet⁷² werden:

»By laboratory, I do not mean the lab of the colleges. Your lab may be in crowded city quarters, pulling doorbells, wandering over the country talking to consumers, finding out what they do, what papers and magazines they read. It may be standing in the street corners watching what people wear and how they wear it or in the great stores, markets or restaurants. No matter what it is, like the good naturalist you are, you must never lose sight of your experimental animal – the consumer.«⁷³

Die Implementierung der Wirkungsforschung in unterschiedliche Teilbereiche des ökonomischen Prozesses und die Beschreibung des Konsumenten als Versuchstier, selbst wenn dieser nicht an einem Experiment teilnimmt, kennzeichnet Cohen zufolge auch Watsons werbepraktische Arbeit. Um mehr über den Kunden zu erfahren, arbeitet der ehemalige Professor zwei Monate lang als Verkäufer in der Lebensmittelabteilung des großen New Yorker Warenhauses Macy's. Er regt dort an, über ein bestimmtes Arrangement von Lebensmitteln auf und hinter dem Ladentisch den Kunden zum Kauf zu animieren: »[J]ust as rats would tend to go for the nearest piece of food that was available in the wild, customers would tend to buy the nearest goods.«⁷⁴

Watson untersucht den Konsumenten aber auch unter Laborbedingungen, wobei er wichtige Schlüsse aus einem scheiternden Experiment zieht: Die Versuchspersonen sollen mit verbundenen Augen ihre eigene Zigarettenmarke am Geschmack herausfinden. Ergebnis dieser Versuchsanordnung ist, dass dies in den meisten Fällen nicht gelingt. Das Experiment scheint Watsons behavioristischer Ausgangshypothese zuwiderzulaufen: »All kinds of muscular responses ought to have been as-

72 Es handelt sich damit um ein frühes Beispiel so genannter ethnografischer Studien, wie sie später – unter ganz anderen theoretischen Vorzeichen – in den *cultural studies* zentral werden.

73 Watson, zit. nach: D. Cohen: J.B. Watson, S. 187. Cohen gibt leider nicht exakt an, um welchen Vortrag es sich handelt, sondern nur, dass Watsons Studien zur Werbeforschung unveröffentlicht geblieben sind (vgl. ebd., S. 186). Im Anhang nennt er als Quellen Material aus den Archiven von J. Walter Thompson, das allerdings auch nicht näher spezifiziert wird, und das *J. Walter Thompson Bulletin*, in dem Watson einige Artikel publiziert hat. Aufgrund der mangelnden Verfügbarkeit der angegebenen Quellen muss hier auf Cohens Zitat vertraut werden.

74 Ebd., S. 176.

sociated with the smoker's favourite brand.«⁷⁵ Statt die behavioristische Grundannahme zu modifizieren, wendet Watson diesen Misserfolg zu einer Neukonzeptualisierung des Kaufprozesses um: Beim Kaufen sei weit mehr im Spiel als das tatsächliche Produkt. Wichtig seien vielmehr die »Emotionen«, die sich gezielt manipulieren lassen.⁷⁶

Watson geht in seiner behavioristischen Konzeption von Emotionen davon aus, dass dem Menschen nur drei emotionale Instinkte angeboren sind: Angst, Wut und Liebe. Noch im Rahmen seiner Tätigkeit an der John Hopkins University hat er in Experimenten mit Neugeborenen, mit Versuchspersonen also, die noch nicht bzw. vergleichsweise gering durch ihre Umgebung geprägt worden sind, beobachtet, dass allein diese drei Emotionen schon in den ersten Lebensmonaten anzutreffen sind, wobei nur eine geringe Anzahl von Stimuli die jeweilige emotionale Reaktion auslöst: Angst entsteht als Reaktion auf ein lautes Geräusch oder den Verlust von Unterstützung (»loss of support«) – »best shown when you jerk the blanket of a dozing or quiet infant« –, Wut entsteht, wenn das Kind daran gehindert wird, sich zu bewegen, und Liebe, indem seine Haut gestreichelt wird, »especially around the lips, face, breast, and in the sex zone«: »Emotional behavior, then, in the unconditioned child is apparently a very simple matter.«⁷⁷ Komplexer wird die emotionale Reaktion erst durch Konditionierung im Laufe des Lebens: Watson führt, um die Kontrollierbarkeit dieser Konditionierung zu zeigen, gemeinsam mit Rosalie Rayner Experimente mit »Little Albert« durch, der von seiner Geburt an unter einem behavioristischen Forschungsblick aufwächst. Dabei versuchen die Experimentatoren etwa über ein begleitendes lautes Geräusch bestimmte Ereignisse, wie die Konfrontation mit einer Ratte oder einem Hund, mit Angst zu besetzen, und demonstrieren, dass im Versuchsverlauf schließlich das Zeigen des Tieres ohne Geräusch ausreicht, um dem Kind Angst einzujagen.⁷⁸

Da Watson nicht nur eine universale Präformierung der Gefühle unabhängig von jeder individuellen Prägung annimmt, sondern auch davon ausgeht, dass die emotionale Konditionierung im Sozialisierungsprozess der Individuen nicht vollkommen unterschiedlich verläuft, kann er die Gefühle des Konsumenten in seiner Konzeption von erfolgreicher Werbung einbeziehen: »It was the aim of advertising to get consumers to buy by playing on their fear, rage and love.«⁷⁹ Die Frage, ob negative Reize ökonomisch nützlich oder schädlich sind, also die Frage, mit der sich die frühen Werbeforscher beschäftigt haben, stellt Watson gar nicht erst, sondern geht davon aus, dass jeder emotionale »appeal« positiv zum

75 Ebd., S. 178.

76 Vgl. ebd., S. 178f.

77 Vgl. John B. Watson: »The Heart or the Intellect?«, in: Harper's Monthly Magazine 156 (1928), H. 933, S. 345-352, Zitate: S. 348f.

78 Vgl. John B. Watson/Josalie Rayner: »Conditioned Emotional Reactions«, in: Journal of Experimental Psychology 3 (1920), H. 1, S. 1-14.

79 D. Cohen: J.B. Watson, S. 197.

Kaufprozess beiträgt. Deutlich wird dies in einer Angst auslösenden Werbekampagne für die Scott Paper Company:

»In 1931 Watson was involved with a campaign whose final copy is a masterpiece of arousing fear. We are in an operating theatre. Surgeons peer at the patient. The headline reads: ›And the trouble began with harsh toilet tissue.‹ The ad goes on to say that ›surgical treatment for rectal trouble is an everyday occurrence in hundreds of hospitals.‹ If only the poor patient had the sense of use Scots [sic] instead of some pebble-dashed toilet paper, he would never have been in this mess. In a hypochondriac culture, it appealed.«⁸⁰

Die ›medialen Umgebungen‹ der behavioristisch konzipierten Werbung sind – folgt man den Ausführungen des Watson-Biografen Cohen – dieselben wie diejenigen, die in den gestaltpsychologisch informierten Studien von Walter Dill Scott und den Autoren des *Journal of Applied Psychology* reflektiert werden. Es ist nicht verwunderlich, dass die Werbemedien in den Konzepten des Behaviorismus nicht sichtbar werden. Sie treten zurück und fungieren als bloße Kanäle zum Transport von Werbe-reizen. Jedoch kommen mediale Aspekte über eine Verdopplungsfigur mittelbar in den Blick, und zwar über eine Zeitschrift, die in den 1920er Jahren nicht nur als Werbemedium für Konsumgüter fungiert, sondern auch als Medium, in dem der Behaviorismus selbst beworben wird: Es handelt sich um *Harper's Monthly Magazine*.

Das seit Mitte des 19. Jahrhunderts publizierte Journal ist heute die langlebigste general interest-Zeitschrift in den USA.⁸¹ Darüber hinaus ist auch die Zeitschrift *Harper's* eine prominente ›mediale Umgebung‹ für Anzeigenwerbungen, auch wenn die Herausgeber sich bemühen, ihr Journal nicht als ›cheap circus magazine‹⁸² erscheinen zu lassen und möglichst keine ›Fusion‹ von Anzeige und Medium zuzulassen, indem sie ihren kommerziellen Kunden einen gesonderten Anhangteil zu Be-

80 Ebd., S. 188. Cohen führt als Beispiel für die Ökonomisierung von ›Wut‹ Anzeigen an, die über die Darstellung von überfüllten U-Bahnen für Autos, Züge oder Ferienzele werben. ›Liebe‹ wird in Watsons Konzeption über die Konditionierung des Gefühls mit ›mothers and sweethearts‹ für die Werbung nutzbar gemacht. Ebd.

81 Vgl. Arthur Schlesinger, Jr.: ›Foreword‹, in: Lewis H. Lapham/Ellen Rosenbush (Hg.), *An American Album. One Hundred and Fifty Years of Harper's Magazine*, New York: Franklin Square Press 2000, S. viii-ix.

82 D. Cohen: J.B. Watson, S. 170. Cohen berichtet von einem Konflikt zwischen *Harper's* und der Werbeagentur J. Walter Thompson: ›The editor of *Harper's* [sic] threatened to resign when he heard that his company had signed a contract which allowed Thompson to place 100 pages of advertising a year.‹ Ebd.

ginn oder am Ende einer Ausgabe zuweisen.⁸³ Wenn Watson in den 1920er Jahren *Harper's Magazine* nutzt, um den Behaviorismus zu proklamieren, bindet er ihn in die ökonomisch-medialen Prozesse ein, die das Magazin installiert hat: »He made behaviourism news.«⁸⁴

Watson hat im Zeitraum von 1909 bis 1915 schon vor seiner Arbeit in der Werbeagentur Thompson vier Artikel im *Harper's* veröffentlicht. Sie beschäftigen sich alle mit dem neuen Forschungsfeld der Tierpsychologie, beschreiben Experimente und veranschaulichen die Versuchsaappareturen – etwa ein Labyrinth, das eine Ratte durchqueren soll, um zu ihrem Futter zu gelangen – durch grafische Darstellungen.⁸⁵ Nach 1915 publiziert Watson zehn Jahre lang keine Texte im *Harper's*. Wie seinen Publikationen in psychologischen Fachorganen zu entnehmen ist, erfolgt in dieser Zeit die Etablierung des Behaviorismus im akademischen Bereich.⁸⁶ Erst 1925, als Watson schon nicht mehr zum engeren Kreis der wissenschaftlichen *community* gehört, erscheint erneut ein Text im *Harper's Magazine* mit dem programmatischen Titel »What Is Behaviorism?« Angekündigt als »Formerly Professor of Experimental and Comparative Psychology, Johns Hopkins University«, beschreibt Watson den Behaviorismus als Wissenschaft, die etwa seit 1912 in den größeren Universitäten betrieben wird und sich nun um öffentliches Interesse bemüht: »At this moment there is a new psychological claimant for public in-

83 Ein exemplarisch durchgesehenes Heft vom März 1910 zeigt, dass im zwanzigseitigen »Harper's Magazine Literary and General Advertiser«, der noch vor dem Inhaltsverzeichnis der Ausgabe zu finden ist, konsequent in Bezug auf die Programmatik des Magazins Werbungen für Zeitschriften- und Buchpublikationen dominieren. Daneben finden sich Anzeigen für Wandfarbe, ein Haarwachstumsmittel, ein Produkt zur Reinigung von Silber, für Teleskope oder Französischkurse. Vgl. Harper's Magazine Literary and General Advertiser, in: Harper's Monthly Magazine 51 (1910), H. 718/120, S. 1-20.

84 D. Cohen: J.B. Watson, S. 249.

85 Vgl. John B. Watson: »How Animals Find Their Way Home«, in: Harper's Monthly Magazine 50 (1909), H. 713/119, S. 685-689; ders.: »The New Science of Animal Behavior«, in: Harper's Monthly Magazine 51 (1910), H. 717/120, S. 346-353; ders.: »Instinct Activity in Animals«, in: Harper's Monthly Magazine 53 (1912), H. 741/124, S. 376-382; ders.: »Recent Experiments with Homing Birds«, in: Harper's Monthly Magazine 56 (1915), H. 783/131, S. 457-464.

86 Vgl. etwa John B. Watson: »The Place of Conditioned-Reflex in Psychology«, in: Psychological Review 23 (1916), H. 2, S. 89-116; ders.: »An Attempted Formulation of the Scope of Behavior Psychology«, in: Psychological Review 24 (1917), H. 5, S. 329-352; ders.: »A Schematic Outline of the Emotions«, in: Psychological Review 26 (1919), H. 3, S. 165-196; sowie im *Journal of Experimental Psychology*: J. Watson/J. Rayner: »Conditioned Emotional Reactions«.

terest.«⁸⁷ Der Ton des Artikels erinnert in seiner Polemik an das ›behavioristische Manifest‹ von 1913, »Psychology like the Behaviorist Views It«, verschärft diesen aber noch:

»Behaviorism's challenge to introspective psychology was: ›You say there is such a thing as consciousness, that consciousness goes on in you – then prove it. You say that you have sensations, perceptions, and images – then demonstrate them as other sciences demonstrate their facts.«⁸⁸

Watson entwirft eine Theorie der Wissenschaftsgeschichte: Jede Wissenschaft beginne mit der Beobachtung von Ereignissen, gelange in einem nächsten Schritt in die Lage, Vorhersagen zu machen, und erreiche schließlich den Status, in dem sie die beobachteten Ereignisse auch kontrollieren könne. Für die Psychologie konstatiert Watson einen niedrigen, rein deskriptiven Entwicklungsstand, in dem sie sich noch befinde, weil sie zu viel Zeit damit verschwendet habe, den menschlichen Geist anstelle des Verhaltens zu untersuchen. »Can psychology ever get control? Can I make some one who is not afraid of snakes, afraid of them and how? Can I take some one who is afraid of snakes and remove that fear? How?«⁸⁹ Nachdem Watson die behavioristischen Forschungsfragen der Konditionierung vorgestellt hat, gibt er einen optimistischen Ausblick auf die weitere Entwicklung der Psychologie: »Having solved these problems, we hope to reach such proficiency in our science that we can build any man, starting at birth, into any kind of social or a-social being upon order.«⁹⁰

In den folgenden drei Jahren veröffentlicht Watson eine Reihe von Artikeln, die zentrale Aspekte des Behaviorismus – die Konzeption des Denkens, der Erinnerung, der Instinkte, des Unbewussten und der Emotionen – der Leserschaft des *Harper's Magazine* näher bringen sollen, und situiert damit den Behaviorismus in einer Position zwischen Wissenschaft und Publizistik.⁹¹ Auch wenn er dabei nicht direkt auf seine zeitgleiche werbetheoretische und -praktische Arbeit eingeht, prägt diese den Kontext der Artikel. Die Verknüpfung von popularisiertem Behaviorismus und behavioristischen Werbekonzepten, wie sie der diskursive Knotenpunkt ›John B. Watson‹ leistet, trägt dazu bei – so die These – eine

87 John B. Watson: »What Is Behaviorism?«, in: *Harper's Monthly Magazine* 66 (1925), H. 152, S. 723-729.

88 Ebd., S. 724.

89 Vgl. ebd., S. 724. u. S. 727, Zitat: S. 724.

90 Ebd., S. 728.

91 Vgl. John B. Watson: »How We Think: A Behaviorist's View«, in: *Harper's Monthly Magazine* 67 (1926), H. 153, S. 40-45; ders.: »Memory As the Behaviorist Sees It«, in: *Harper's Monthly Magazine* 67 (1926), H. 153, S. 244-250; ders.: »The Behaviorist Looks at Instincts«, in: *Harper's Monthly Magazine* 68 (1927), H. 926/155, S. 228-235; ders.: »The Heart or the Intellect?«

Produktion von Konzepten, die sich im Umfeld der Leerstelle ›Medien-gewalt‹ gruppieren, zu initiieren: Watson gibt das wissenschaftlich objektivierte Versprechen einer Kontrollierbarkeit der menschlichen Emotionen und er führt exemplarisch ihre Einsetzbarkeit in ökonomischen Prozessen vor. Die Wirkung der Werbemedien erscheint analog zur Macht des behavioristischen Experimentators, der seine Versuchspersonen beliebig dazu bringen kann, Ratten oder Schlangen bzw. Zahncreme oder weiches Toilettenpapier zu fürchten, zu lieben oder darüber in Wut zu geraten. Ohne Versuche, dies unsichtbar zu halten, gibt sich der Behaviorismus hier als aggressives Verfahren der Wirkungskontrolle zu erkennen. Auch die Rückseite dieses – ökonomisch produktiven – behavioristischen Versprechens ist nahe liegend: Die Potenzialität des Werbemediums, den Konsumenten beliebig zu konditionieren bzw. seine schon vorhandenen Konditionierungen auszubeuten, schreibt sich in den Diskurs ein und produziert die Aggressivität des Mediums, die letztlich auch die Bedrohung impliziert, der Konsument könne zu einem ›a-social being‹ – zum Gewalttäter – programmiert werden.

4 ERZIEHUNG: PÄDAGOGIK DER GEFÄHRDUNG

In seiner Anleitungsschrift zur pädagogischen Formierung von »glücklichen Kindern«, *Psychological Care of Infant and Child*, warnt John B. Watson alle Mütter, die glauben, ein Kind entwickle sich, indem es seine erblichen Veranlagungen entfalte. Eine Mutter müsse sich folgende Fragen stellen: »Am I not almost wholly responsible for the way my child grows up? Isn't it just possible that almost nothing is given in heredity and that practically the whole course of development of the child is due to the way I raise it?«¹ Wenn im Rahmen einer behavioristischen Epistemologie angenommen werden muss, dass die Prägung eines Neugeborenen äußerst rudimentär ist und ein Kind sich alle komplexeren Verhaltensweisen durch Konditionierung im Prozess der Sozialisation aneignet, bekommt der Erzieher eine ähnliche Macht wie der behavioristische Experimentator, der vorgibt, das Verhalten seiner Versuchspersonen beliebig manipulieren zu können. Diese Macht, so Watson, muss mit Bedacht und unter psychologischer Anleitung ausgeübt werden.

Mit seinen Laborbeobachtungen an über 500 Neugeborenen im John Hopkins Hospital glaubt sich Watson in die Lage versetzt, verantwortungsbewussten Eltern detaillierte Ratschläge erteilen zu können, wie sie die angeborenen Gefühle Angst, Liebe und Wut ihres Kindes produktiv konditionieren und vor allem, welche Erziehungsmaßnahmen sie vermeiden müssen, um zu gewährleisten, dass ihr Kind sich zu einem sozialen Wesen entwickelt. Unbedingt zu unterlassen sei etwa zu viel Mutterliebe, die ein Kind schwächlich und im späteren Eheleben bindungsunfähig werden lasse. Watson empfiehlt der zu weichherzigen Mutter, ab und an ein erzieherisch-experimentelles Arrangement zu schaffen:

»Certainly a mother, when necessary, ought to leave her child for a long enough period for over-conditioning to die down. If you haven't a nurse and cannot leave the child, put it out in the back-yard a large part of the day. Build a fence around the yard so that you are sure no harm can come to it. Do this from the time it is born. When the child can crawl, give it a sand-pile and be sure to dig some small holes in the yard so it has to crawl in and out of them. Let it

1 John B. Watson: *Psychological Care of Infant and Child*, London: Allen & Unwin 1928, S. 18.

learn to overcome difficulties almost from the moment of birth. The child should learn to conquer difficulties away from your watchful eye.«²

Der Behaviorismus formiert auch im Bereich der Erziehung ein Machtarangement, das Wirkung zwingend macht: die pädagogische Konditionierung ist immer am Werk, sodass das Kind sogar vor ihr bewahrt werden muss. Ganz deutlich gibt sich der Behaviorismus hier als ein Verfahren der Wirkungsstabilisierung zu erkennen, das Praktiken der gewaltsamen Einflussnahme mit sich führt.

Noch bevor der Behaviorismus mit seinem postulierten Potenzial zur Vorhersage und Kontrolle menschlichen Verhaltens in lerntheoretische Konzeptionen eingeht und so auch im Bereich der Pädagogik Einfluss auf Fragen der Medienwirkung gewinnt, treten schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Ambivalenzen des Films als Erziehungsmedium zutage.³ Frühe Filmdiskurse zeigen, wie sich die Annahme schädlicher Wirkung in direkter Konsequenz aus dem Erziehungsgedanken ergibt: Auf der Rückseite eines Konzepts, das den Film als Erziehungsmittel einsetzbar macht, taucht die Befürchtung auf, der Mediennutzer könne das Falsche lernen und schlimmstenfalls sogar zum Verbrechen erzogen werden. Da in der Figur des jugendlichen Delinquenten die negative Seite des medialen Erziehungsprojekts offensichtlich wird, ist das pädagogische Segment eng an juristische Diskurse gebunden.

Schon in der Frühzeit des Mediums Film begleiten sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte diese ambivalente Erziehungskonzeption und handeln die empirische Überprüfbarkeit nützlicher oder schädlicher Filmwirkung aus. Diskursiv bleibt die Befürchtung von falscher Erziehung *als Nebenprodukt eines pädagogischen Medienkonzepts* unsichtbar, indem ihre Ursache dem ökonomischen Segment des Medienwirkungs-Diskurses zugeschrieben und postuliert wird, die falsche Erziehung sei einer Kommerzialisierung des Mediums geschuldet. Die Gefährlichkeit des Films wird aus dem Bereich der Erziehung ausgegrenzt und in den ökonomischen Bereich verschoben. Ausgeblendet bleibt dabei auch, wie verwandt pädagogische Medienwirkungskonzepte propagandistischen oder ökonomischen Wirkungsannahmen sind, wie also auch Erziehungskonzepte von – im weitesten Sinne – gewaltsamer Einflussnahme voraussetzen muss, die sie in die Nähe von Propaganda oder Werbung rücken und sie schon in ihrer positiven Ausprägung im diskursiven Umfeld der Kurzschlussformel ›Mediengewalt‹ situieren.⁴ Die Interessen des Er-

2 Ebd., S. 75.

3 Ähnliches lässt sich für das Medium Radio beobachten. Vgl. etwa Robert McChesney: »The Payne Fund and Radio Broadcasting, 1928-1935«. Appendix zu: Garth S. Jowett/Ian C. Jarvie/Kathryn H. Fuller (Hg), *Children and the Movies. Media Influence and the Payne Fund Controversy*, Cambridge: Cambridge University Press 1996, S. 303-335.

4 Eva Geulen hat in ihrer Untersuchung von Erziehung als performativer Rede darauf hingewiesen, dass Aspekte der Beeinflussung, der Überredung

ziehungssystems an der Wirkungskontrolle sind mindestens ebenso entscheidend für die Herausbildung der Mediengewaltforschung wie die des politischen oder ökonomischen Bereichs.⁵

Die Konzeption des als gefährlich, da kommerziell bestimmten Mediums vervollständigend, entsteht im pädagogischen Diskurssegment die Figur des kindlich-unschuldigen Mediennutzers. Nur wenn der Rezipient als Opfer einer medialen Verführung konzipiert werden kann, ist es möglich, sein Verbrechen dem schädigenden Medieneinfluss zuzuschreiben. Diese für das etablierte Feld des Mediengewalt-Diskurses zentrale Formationsregel beruht auf einer langen Tradition und lässt sich in Diskursen über Massenmedien *avant la lettre* bis zur Lesesuchtdebatte im späten 18. Jahrhundert zurückverfolgen. Prominent im Zuge empirischer Forschungen wird der unschuldige Mediennutzer in Debatten um negative Auswirkungen des Comicsens in den 1940er Jahren. Die Kontroverse um Comics weist einerseits Bezüge zur Diätetik im Rahmen der Lesesuchtdebatte auf, deutet andererseits auf Debatten um das Fernsehen voraus, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts das etablierte Feld des Mediengewalt-Diskurses formieren.

Um die Mitte des 20. Jahrhunderts werden die Konzepte des gefährlichen Mediums und des unschuldigen, gefährdeten Mediennutzers auf ein Fundament gestellt, das im etablierten wissenschaftlichen Feld des Mediengewalt-Diskurses eine wichtige Position einnehmen wird. Im Bereich der behavioristisch geprägten Sozialpsychologie entstehen Konzeptionen von sozialem Lernen aggressiven Verhaltens, in denen das Medium Fernsehen eine entscheidende Rolle spielt. Ihm kommt nicht nur gleichzeitig die Funktion zu, Instrument in Experimentalanordnungen zu sein und als »epistemisches Ding«⁶ zu fungieren. Es bildet darüber hinaus den dispositiven Subtext des Beobachtungslernens und präfiguriert auf diese Weise jede Experimentalanordnung.

oder des Zwangs die Erziehung vor einen Widerspruch stellen. Denn im eigenen Selbstverständnis geht es der modernen Erziehung darum, Mündigkeit und Freiheit zu gewährleisten. Vgl. Eva Geulen: »Erziehungsakte«, in: Jürgen Fohrmann (Hg.), *Rhetorik. Figurationen und Performanz*. DFG-Symposium 2002, Stuttgart: Metzler 2004, S. 629-652, hier S. 633.

- 5 Leo Handel stellt in der ersten Überblicksstudie zur Filmpublikumsforschung 1950 fest, dass die meisten Wirkungsstudien im Erziehungsbereich durchgeführt wurden: »Most of the empirical work on the effect of motion pictures has not been done by commercial firms working for the film industry, but by educational groups, interested in movies either as a social force motivating the attitudes and behavior of young people or as a teaching device along with other recently developed visual aids in education.« L. Handel: *Hollywood Looks*, S. 175.
- 6 Vgl. H.-J. Rheinberger: *Experimentalsysteme*, S. 24f.

Die Rückseite des Erziehungsmediums

Inwiefern es sich bei der pädagogischen Konzeption von Filmwirkung um ein zweischneidiges Verfahren handelt, das Paradoxien von Anfang an mit sich führt, wird schon in den ›Schundfilms‹-Debatten in Deutschland zu Beginn des 20. Jahrhunderts deutlich. Hier wird die ›Kommerzialisierung‹ des Mediums, das zur Verbesserung des Menschen bestimmt ist, beklagt, die Geschichte des jungen Mediums also bereits als Verfallsgeschichte erzählt.⁷ Ganz deutlich macht einer der prominentesten Vertreter der Debatte, der Gerichtsassessor Albert Hellwig, in seinen Studien, dass er die Annahme einer schädlichen Filmwirkung auf der Folie eines erzieherischen Konzepts trifft. Voraussetzung für die Konzeption von Mediengewalt ist hier also zunächst ein starker, positiv gedachter pädagogischer Wirkungsbegriff:

»Jedes Kind, auch das völlig gesunde, ist in starkem Maße suggestibel, beruht doch die ganze Erziehung – soweit sie nicht lediglich Bildung des Intellekts ist, sondern danach trachtet, den Charakter des Kindes zu formen, sein Wünschen und Wollen in bestimmte Richtung zu lenken – darauf, daß dem Kinde durch Beispiel, Ermahnung, Lektüre, Strafandrohungen für den Fall des Zuwiderhandelns Suggestionen gegeben werden, welche das Kind derart beeinflussen sollen, wie es im Interesse der menschlichen Gesellschaft als nützlich und zweckentsprechend erachtet wird. Ebenso wie man dem Kinde aber gute Suggestionen geben kann, ebenso natürlich auch unheilvolle, welche in dem Kinde eine ganz falsche Auffassung von der Wirklichkeit zu geben vermögen.«⁸

Hellwigs Beschreibung ähnelt der Kontroverse um negative Suggestion, wie sie in der Werbewirkungsforschung geführt wird, weist aber entscheidende Differenzen zu ihr auf: Die Unterscheidung heißt bei Hellwig nicht positiv/negativ, sondern gut/unheilvoll, bezieht sich also nicht auf ein Nützlichkeitskalkül des Werbekommunikators, sondern darauf, wie die erzieherische Suggestion hinsichtlich ihres Sozialisierungspotenzials

7 Vgl. etwa Karl Brunner: Der Kinematograph von heute – eine Volksgefahr, Berlin: Vaterländ. Schriftenverband 1913, S. 3: »Wenn er [der Kinematograph, I.O.] zum Kulturfeind geworden ist, so tragen allein jene genialen Geschäftsleute die Verantwortung dafür, die ihn zum Werkzeug schlimmster Sensationsmache erniedrigt haben.« Albert Hellwig gibt an, das Wort ›Schundfilms‹ aufgebracht zu haben, um »eine gewisse Sorte von Films, die von geldgierigen Fabrikanten mit Vorliebe auf den Markt gebracht und von geldgierigen Kinematographenbesitzern mit Vorliebe vorgeführt werden«, zu bezeichnen. Albert Hellwig: »Die Schädlichkeit von Schundfilms für die kindliche Psyche«, in: Ärztliche Sachverständigen-Zeitung 17 (1911), H. 22, S. 455-461, hier S. 455.

8 Albert Hellwig: Schundfilms. Ihr Wesen, ihre Gefahren und ihre Bekämpfung, Halle: Waisenhaus 1911, S. 43f.

zu bewerten ist. Darüber hinaus deutet Hellwigs Erziehungskonzeption auf Watsons behavioristische Annahmen voraus, nach denen Erziehung ein gefährliches Instrument der Konditionierung ist, das auch falsches Lernen nach sich ziehen kann. »Erziehung« gibt sich in ihren negativen Ausprägungen als ein Verfahren der machtvollen Wirkungskontrolle, das Wirkung zu erzwingen versucht und in diesem Sinne Gewalt auf den kindlichen Adressaten ausübt, deutlich zu erkennen.

Für Hellwig scheint die Wirkung der unheilvollen Suggestion, die Jugend zu verrohen und sie zu Verbrechen anzustiften, derart evident zu sein, dass er einen empirischen Beweis nicht nur für unmöglich, sondern auch für unnötig hält: »Mit Zahlen wird man freilich diesen Zusammenhang zwischen Schundfilms und Verstärkung der Rohheit nicht beweisen können, aber es gibt ja so manches, was sich in Statistiken nicht fassen läßt und dennoch zweifellos feststehende Tatsache ist.«⁹ Noch schwieriger sei es, bei juveniler Kriminalität »in einem konkreten Fall den Zusammenhang zwischen Verbrechen und Kinobesuch einwandfrei festzustellen«, dennoch sei es »selbstverständlich«, dass »kriminelle Schundfilms, wie auch andere verrohende Schundfilms, eine verbrecherischer Betätigung günstige Disposition schaffen«.¹⁰ Hellwig scheint die Gültigkeit des erzieherischen Wirkungskonzepts, aus dem ein Zusammenhang zwischen Schundfilms und Verbrechen hervorgeht, als derart gesichert anzusehen, dass es seiner empirischen Überprüfbarkeit noch überlegen ist: »Selbst wenn wir kein einziges Beispiel für diesen Zusammenhang konstatieren könnten, würde diese Tatsache, welche auf zwingenden psychologischen Erwägungen beruht, nichtsdestoweniger bestehen bleiben.«¹¹ Der statistisch-experimentelle Beweis fungiert hier noch nicht als Versprechen, die Schädlichkeit der Schundfilms als eindeutig vor Augen führen zu können. Die Konzeption der Sozialforschung als »Waffe« gegen schädliche Filmerziehung bildet sich wenig später in den USA heraus,¹² nicht ohne sich parallel als Advokaten für das erzieherische Potenzial von Filmen zu formieren.

Ebenso wie im Fall Hellwigs gewinnt die Forschung William Healys, der zu dieser Zeit Direktor des Psychopathic Institute am Jugendgericht von Chicago ist, aus juristischer Perspektive Einfluss auf den Erziehungsbereich, indem sie sich mit Fragen der Filmwirkung beschäftigt. In seiner Studie *The Individual Delinquent* von 1915 illustriert Healy unterschiedliche Gründe für delinquentes Verhalten mit insgesamt 173 Fallgeschichten. Unter den »Umweltfaktoren«, die eine Verbrecherkarriere begünstigen, behandelt er auch den Einfluss von Bildern – »especially Moving Pictures« – und schreibt diesen eine Gefährlichkeit zu, die er eng an

9 Ebd., S. 58.

10 Ebd., S. 63f.

11 Ebd., S. 68.

12 Vgl. das Kapitel »Social Science as a Weapon. The Origins of the Payne Fund Studies, 1926-1929«, in: G. Jowett/I. Jarvie/K. Fuller (Hg): *Children and the Movies*.

die Visualität des Mediums knüpft und die von Unsicherheit gegenüber Konzepten der mentalen Repräsentation zeugt: »The strength of the powers of visualization is to be deeply reckoned with when considering the springs of criminality. [...] It is the mental representation of some sort of pictures of himself or others in the criminal act that leads the delinquent onward in his path.«¹³

Healy führt als Fallbeispiel allerdings die Geschichte des knapp elf-jährigen William J. an, der zum Verbrecher wird, weil er Filme sehen will, nicht, weil er Filme gesehen hat: Obwohl er als »charming little boy« zu bezeichnen ist, sich in guter physischer Verfassung befindet, eine »supernormal mental ability« aufweist und aus einer »nice family« stammt, gerät William auf Abwege, weil er ein »perfect craze for moving pictures« entwickelt. Da seine Mutter ihm nicht erlaubt, die öffentlichen Filmshows zu besuchen, reißt er immer wieder von zu Hause aus, stiehlt, um das Eintrittsgeld der »nickel shows« bezahlen zu können, und kehrt nächtelang nicht zu seiner Familie zurück.¹⁴ Der Junge kann, so Healy, von seiner Filmverrücktheit nicht geheilt werden: Weil alle sanktionierenden erzieherischen Maßnahmen scheitern, wird William schließlich dem disziplinarischen Verfahren der Einsperrung ausgesetzt: »After long trial in his old environment it was finally found impossible for him to succeed there. Old associations connected with the shows had too strong a hold upon him. He repeatedly stole several dollars a time, and finally had to be put in an institution.«¹⁵

-
- 13 William Healy: *The Individual Delinquent. A Text-Book of Diagnosis and Prognosis for All Concerned in Understanding Offenders* [1915], Montclair: Patterson Smith 1969, S. 307. Vgl. auch G. Jowett/I. Jarvie/K. Fuller: *Children and the Movies*, S. 26.
 - 14 W. Healy: *Individual Delinquent*, S. 309f. Hellwig dagegen fordert, streng zwischen den unterschiedlichen Delikten, die sich um die Schundfilms gruppieren, zu unterscheiden, und kritisiert die deutsche Presse, die zahlreiche Fälle veröffentlicht, aber ganz unterschiedliche Kriminalfälle vermengt: Kriminalität, die aus dem Anschauen der Filme resultiert, Diebstahl, um Eintrittsgelder bezahlen zu können, und Unzucht im dunklen Kinoraum. Vgl. Albert Hellwig: »Die Beziehung zwischen Schundliteratur, Schundfilms und Verbrechen. Ergebnis einer Umfrage«, in: *Archiv für Kriminologie* 51 (1913), S. 1-31, hier S. 3.
 - 15 Ebd., S. 310. – Die Untersuchung Healys und andere Studien, die vor den sozialen Folgen des Kinos warnen, bilden das diskursive Umfeld, in dem das erste groß angelegte empirische Forschungsunternehmen auf den Weg gebracht wird, das nach den Wirkungen des Films auf kindliche Zuschauer fragt. Es vollzieht sich noch zu einem Zeitpunkt, an dem die komplexe Verschaltung von experimentellen Methoden der Kausalitätsmessung und statistischen Praktiken der Generalisierung noch nicht stattgefunden hat. Die empirische Wirkungsmessung ist hier noch deutlich von pädagogischen Verfahren der Wirkungskontrolle durchzogen. 1933 werden die Er-

Die Delinquenz des unschuldigen Mediennutzers

Für den gegenwärtigen Mediengewalt-Diskurs ist ein Feld rhetorischer Figuren gängig, das Mediengewalt in der Metaphorik des »falschen Lernens« beschreibt.¹⁶ Entscheidend zur Karriere dieser Beschreibungsformeln in publizistischen Diskursen hat der Psychiater Fredric Wertham beigetragen, der 1964 in der *New York Times* das Fernsehen als »School for Violence«¹⁷ bezeichnet hat. Werthams Feldzug gegen Mediengewalt konzentriert sich aber erst in zweiter Linie auf das Fernsehen. Seine Kampagne beginnt bereits in den 40er Jahren und bezieht sich auf die Gefahr der Comics, deren Verbreitung zu dieser Zeit einsetzt. Auch wenn Wertham, der klinische Untersuchungen von Kindern und Jugendlichen vornimmt, sich im medizinischen Bereich situiert, rückt ihn der Duktus seiner Rede gegen die Comicindustrie, in der die Metapher des falschen Lernens im Mittelpunkt steht, in das pädagogische Diskurssegment und bekommt dort Relevanz. In der Comicoffensive des New Yor-

gebnisse in zwölf Bänden unter dem Serientitel *Motion Pictures and Youth* publiziert, die heute als *Payne Fund Studies* bekannt und mittlerweile gut erforscht sind. Lowery und De Fleur verhandeln die *Payne Studies* als einen »Meilenstein« der Massenkommunikationsforschung. Vgl. S. Lowery/M. De Fleur: *Milestones*. Willard D. Rowland beschreibt sie als Vorgeschichte der regierungsinitiierten Erforschung von Fernsehgewalt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Vgl. ders.: *The Politics of TV Violence. Policy Uses of Communication Research*, Beverly Hills/London/New Delhi: Sage Publications 1983. Während die Untersuchungen von Lowery/De Fleur und Rowland sich in ihrer geschichtlichen Darstellung auf die Zusammenfassung des *research directors* W.W. Charters stützen, haben Jowett, Jarvie und Fuller umfangreiches Archivmaterial über die beteiligten Institutionen und Personen ausgewertet. Vgl. G. Jowett/I. Jarvie/K. Fuller: *Children and the Movies*, S. 17-20.

- 16 Vgl. etwa das Pamphlet von Dave Grossman und Gloria DeGaetano: *Wer hat unseren Kindern das Töten beigebracht? Ein Aufruf gegen Gewalt in Fernsehen, Film und Computerspielen*, Stuttgart: Verlag Freies Geistesleben 2003, dessen Originaltitel die Metaphorik noch deutlicher macht: *Stop Teaching our Kids to Kill*.
- 17 Vgl. Fredric Wertham: »School for Violence« [1964], in: Otto N. Larsen (Hg.), *Violence and the Mass Media*, New York, Evanston, London: Harper & Row Publishers 1968, S. 36-39. Vgl. auch das Kapitel »School for Violence: Mayhem in the Mass Media«, in: Fredric Wertham: *A Sign for Cain. An Exploration of Human Violence*, New York/London: Macmillan 1966, S. 193-228. Dass die Beschreibungsformel nicht nur in den USA, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland verwendet wird, zeigt etwa ein Artikel im *Spiegel* Anfang der 70er Jahre mit dem Titel »Fernsehen – Schule der Brutalität?«, in: *Der Spiegel* 25 (1971), H. 49, S. 154-156.

ker Psychiaters Wertham, die eine zentrale Stellung in den Diskursen um das neue Medium einnimmt, werden die Ambivalenzen des Erziehungsmediums ganz zugunsten seiner negativen Seite des falschen Lernens aufgelöst und das Medium wird explizit als gefährliches Medium beschrieben. Infolge dieser Konzeption formiert sich die Figur des gefährdeten, unschuldigen Mediennutzers.

Die beginnende Verbreitung von Comic-Magazinen Ende der 1930er Jahre wird schon bald von Warnungen in der amerikanischen Publizistik begleitet. Der Literaturkritiker Sterling North spricht von einer »National Disgrace« und eröffnet damit zentrale Topoi der Comicdebatte, die – zwischen guter und schlechter Lektüre unterscheidend – in der Tradition der Lesesucht-Kritik im 18. Jahrhundert¹⁸ steht:

»Virtually every child in America is reading color ›comic‹ magazines – a poisonous mushroom growth of the last two years.

Ten million copies of these sex-horror serials are sold every month. One million dollars are taken from the pockets of America's children in exchange for graphic insanity. [...]

The shame lies largely with the parents who don't know and don't care what their children are reading. It lies with unimaginative teachers who force stupid, dull twaddle down eager young throats, and, of course, it lies with the completely immoral publishers of the ›comics‹ – guilty of a cultural slaughter of the innocents.«¹⁹

18 Vgl. zur im späten 18. Jahrhundert geäußerten Sorge, insbesondere jugendliche und weibliche Leser seien nicht in der Lage, ihre Lektüre adäquat auszuwählen und zu dosieren, und müssten deshalb zur richtigen Lektüre erzogen werden, Dominik von König: »Lesesucht und Lesewut«, in: Herbert G. Göpfert (Hg.), *Buch und Leser. Vorträge des ersten Jahrestreffens des Wolfenbütteler Arbeitskreises für Geschichte des Buchwesens 1976*, Hamburg: Hauswedell 1977, S. 89-124, u. Albrecht Koschorke: *Körperströme und Schriftverkehr. Mediologie des 18. Jahrhunderts*, München: Fink 1999, S. 393-430; sowie zu den Umschriften dieser Argumentationsfigur in Mediendiskursen des 20. Jahrhunderts Irmela Schneider: »Konzepte vom Zuschauen und vom Zuschauer«, in: Schneider/Spangenberg (Hg.), *Medienkultur der 50er Jahre* (2002), S. 245-269, hier S. 255-258.

19 Sterling North: »A National Disgrace and a Challenge to American Parents«, in: *Childhood Education* 17 (1941), H. 1/9, S. 56. Der Artikel erscheint sowohl in den *Chicago Daily News* als auch in der Zeitschrift *Childhood Education*. – Die Comic-Gefahr wird schon früh kontrovers verhandelt. Vgl. etwa James D. Landsdowne: »The Viciousness of the ›Comic Book‹«, in: *Journal of Education* (1944), Bd. 127, S. 14f., der ähnlich wie North gegen Comics polemisiert, und die Replik des Lehrers John Newell Emery: »Those ›Vicious‹ Comics«, in: *Journal of Education* (1944), Bd. 127, S. 90f., der wiederum vor übertriebener Verurteilung der Comics warnt.

Entscheidend ist hier die Konzeption der Comics als ein Medium, das potenziell alle kindlichen Mediennutzer adressiert,²⁰ die mit Vorwürfen an die nicht ausreichend führenden, beschämend versagenden Erziehungsagenten, die Eltern und Lehrer, einerseits und die unmoralische, verführende Comicindustrie andererseits verbunden ist. Sprachlich identifiziert North die Comics mit falscher (Zwangs-)Ernährung – Lehrer pressen dummes Geschwätz in die gierigen Rachen der Kinder – und verweist zur ›heilsamen Diätetik‹²¹ auf klassische Kinderliteratur: »There is nothing dull about *Westward Ho* or *Treasure Island*. Sinbad the Sailor didn't need spinach to effect his feats of strength. The classics are full of humor and adventure – plus good writing.«²² Die kommerziellen und deshalb unmoralischen Praktiken der Comicproduzenten beschreibt North in Analogie zu physischer Gewalt als Massaker an Unschuldigen.

In einem seiner ersten Artikel, veröffentlicht im *Saturday Review of Literature*, in dem er gegen die Comics polemisiert, zählt Wertham Argumente virtueller Comicbefürworter auf, um sie sofort zu widerlegen: Es gibt keine guten, pädagogisch einsetzbaren Comics, so Wertham, selbst Comicversionen von klassischen Kinderbüchern hafte die Schädlichkeit des Mediums an:

»Let's look at one of the much-vaunted ›good‹ comic books again, for an example, those ›good‹ comic books used as window-dressing for the whole industry. It would seem that no better choice could be made than the comic-book version of the novel by Charles Dickens: ›Great Expectations.‹ The first nine

20 Vgl. Josette Frank, die die all-inkludierende Comiclektüre mit einer spezifischen ›Medienkompetenz‹ der Kinder koppelt: »Children of all ages, of high and low I.Q., girls as well as boys, good readers and nonreaders, in good homes and poor ones – they *all* read the comics, and read them with an avidity and an absorption that passes understanding. [...] [T]he technique of reading them is something which children seem to possess but adults have to acquire!« Josette Frank: »What's in the Comics?«, in: *Journal of Educational Sociology* 18 (1944), S. 214-222, hier S. 214 u. S. 215.

21 Koschorke zeigt, wie die Kampagne gegen Lesesucht im 18. Jahrhundert in Analogie zur Schädlichkeit falscher Ernährung geführt wird und eine »Diätetik des Zeichenkonsums« entwirft. Zentral ist aus Koschorkes Sicht hierbei die Konzeption klassischer Literatur, die als ›natürliche‹ Lektüre der ›künstlichen‹ und deshalb schädlichen Imaginationswelt falscher Lektüre gegenübergestellt wird. Vgl. A. Koschorke: *Körperströme und Schriftverkehr*, S. 404-423, Zitat: S. 404. Schneider verweist in ihrer Beschreibung, wie die ›Lesesuchtdiätetik‹ in veränderter Form weitergeschrieben wird, auf das Konzept des Konsumierens. Vgl. I. Schneider: »Konzepte vom Zuschauen«, S. 256. Die Beschreibungsformel des Konsums verweist damit auf eine weitere Verflechtung zwischen Mediendiskursen im ökonomischen und pädagogischen Diskurssegment.

22 S. North: »National Disgrace«, S. 56.

pictures of this ›educational‹ book show a gruesome, evil-looking man threatening a little boy with a big knife, and in one picture the little boy is crying out: ›Oh, don't cut my throat, sir!‹ Is this Charles Dickens speaking, or is it the circulation manager of a comic-book publishing firm?«²³

Als Wertham beginnt, an frühe Warnungen wie die von North in dieser Weise anzuschließen, ist er in der öffentlichen Debatte kein Unbekannter, sondern tritt bereits als Experte auf. Es ist zu vermuten, dass seine Stimme aus diesem Grund die Diskursmacht in der Comicdebatte gewinnt und Gegenpositionen marginalisiert. Wertham ist nicht nur *senior psychiatrist* des New York City Department of Hospitals, sondern auch Direktor mehrerer Kliniken für *mental hygiene*, unter anderem der Lafargue Clinic in Harlem, einer psychiatrischen Klinik, in der vorwiegend Patienten der armen schwarzen Bevölkerungsschicht New Yorks behandelt werden. Einen Namen hat Wertham sich hauptsächlich durch seine Tätigkeit als psychiatrischer Experte in Gerichtsprozessen vor Staats- und Bundesgerichten, einschließlich des Supreme Court in Washington, gemacht. In seiner Offensive gegen die Comicindustrie kann Wertham mit der Autorität eines juristisch-medizinischen Fachmanns auftreten, der sein Wissen aus der Analyse jugendlicher Straftäter gewinnt: »An ›expert opinion‹ by a psychiatrist is an opinion based on *facts*, facts that can be demonstrated and proved.«²⁴

Seine Studie *Seduction of the Innocent*, die Wertham 1954 nach mehrjähriger Arbeit mit Jugendlichen in psychiatrischen Kliniken veröffentlicht und damit zentrale Punkte seiner früheren Artikel ausführlicher darstellt, kann als ein umfassendes gerichtsmedizinisches Gutachten verstanden werden, das die Unschuld der Angeklagten beweisen soll, indem es auf Unzurechnungsfähigkeit des kindlichen Verführungsopfers plädiert und die Schuld der verführenden Comicindustrie zuschreibt.²⁵ In

23 Fredric Wertham: »The Comics ... Very Funny!«, in: Saturday Review of Literature 31 (1948), H. 22, S. 6-7 u. S. 27-29, hier S. 27.

24 Publishers Note, in: Fredric Wertham: *Seduction of the Innocent* [1954], Port Washington/NY: Kennikat Press 1972, S. v.

25 Wertham lässt seine Versuchspersonen nicht nur selbst berichten, welcher Zusammenhang zwischen ihrer Medienrezeption und ihrem Verbrechen besteht, sondern stellt diesen auch selbst her, indem er das Verhalten der Kinder auf der Folie seiner eigenen Comiclektüre liest und diese – getreu der Auffassung »you will not understand the response if you do not know the stimulus« – zur Voraussetzung seiner klinischen Untersuchung macht. F. Wertham: *Seduction of the Innocent*, S. 46. »The method we have used is to read, over the years, very many comic books and analyze and classify them from as many points of view as possible.« Ebd., S. 47. Auf diese Weise gelingt es Wertham selbst und auf sehr viel umfassendere Weise, die jugendlichen Verbrechen analog zu Comicerzählungen zu setzen: »There is

zahlreichen Einzelfällen rekonstruiert Wertham die Vorgeschichte der kindlichen Straffälligkeit, er rekonstruiert »ein psychologisch-ethisches Doppel des Delikts«,²⁶ aus dem hervorgeht, dass die Schuld für das Verbrechen nicht beim Kind zu suchen ist. Über einen Jungen, der seine Lehrerin mit einem Messer bedroht hat, urteilt Wertham:

»In going over his life, I had asked him about his reading. He was enthusiastic about comic books. I looked over some of those he liked best. They were filled with alluring tales of shooting, knifing, hitting and strangling. He was so intelligent, frank and open that I considered him not an inferior child, but a superior one. I know that many people glibly call such a child maladjusted; but in reality he was a child well adjusted to what we had offered him to adjust to. In other words, I felt this was a seduced child. But the Court decided otherwise. They felt that society had to be protected from his menace. So they sent him to a reformatory.«²⁷

Auf der Folie des Konzepts der falschen Erziehung, die er als ›Verführung‹ bezeichnet, entwirft Wertham die Figur eines unschuldig-kindlichen Mediennutzers und stellt ihr den kommerziellen Comicproduzenten gegenüber, dessen Verantwortungslosigkeit die Schädigung und die unrechtmäßige Bestrafung des Kindes zuzuschreiben ist.²⁸ Auffällig im Duktus des Pamphlets *Seduction of the Innocent* ist erneut die Metaphorik der falschen Erziehung: »Many children are so sheltered that they have not come into contact with real brutality. They learn it from comic

nothing in these ›juvenile delinquencies‹ that is not described or told about in comic books. These are comic-book plots.« Ebd., S. 155.

26 Michel Foucault: Die Anormalen [1975], Frankfurt/Main: Suhrkamp 2003, S. 34.

27 F. Wertham: *Seduction of the Innocent*, S. 12.

28 Die Figur des unschuldigen Mediennutzers steht in der Tradition eines Topos früher Mediendiskurse, dem zufolge der Nutzer unter (hypnotischem) Einfluss des Mediums subtil zu Verbrechen oder anderen Handlungen angestiftet werden kann. Teil dieses Topos ist etwa die Befürchtung, der Film könne über hypnotische Suggestion schädliche Auswirkungen auf seine Zuschauer haben. Ein anderes Beispiel wäre die Sorge, der Fernsehzuschauer könne ein Opfer unsichtbarer Werbebotschaften werden. Vgl. Stefan Andriopoulos: *Besessene Körper. Hypnose, Körperschaft und die Erfindung des Kinos*, München: Fink 2000, S. 99-109; Christina Bartz: »Telepathologien. Der Fernsehzuschauer unter medizinischer Beobachtung«, in: Schneider/Spangenberg (Hg.), *Medienkultur der 50er Jahre* (2002), S. 373-386; Nicolas Pethes: »Publikumsversuche. Die Normalisierung des Zuschauers aus der Programmierung der Gewalt«, in: Irmela Schneider/Torsten Hahn/Christina Bartz (Hg.), *Medienkultur der 60er Jahre. Diskursgeschichte der Medien nach 1945*, Bd. 2, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2003, S. 99-117, hier: S. 103.

books.«²⁹ An einer anderen Stelle bezeichnet Wertham »crime comics« als »textbook for violent fighting«, er spricht von den »lessons of comic books« oder er erweitert die Erziehungsmetapher zu einer Bildungsgeschichte: »Educated on comic books, they go on to a long postgraduate course in jails.«³⁰ Die Metapher der fehlgeleiteten Erziehung wird durch ihre Spiegelung in einem zentralen Ort des Verbrechens forciert: der Schule. Bis in die gegenwärtige Mediengewaltdebatte hinein – die einleitend angesprochene Kontroverse um den Amoklauf von Erfurt ist hier eines der einleuchtendsten aktuellen Beispiele – ist die Erziehungsinstanz Schule das Ballungszentrum für die falsche Lehre medialer Gewaltdarstellung. Der Topos findet sich mehrfach bereits in *Seduction of the Innocent*.³¹

Wertham konturiert den unschuldigen Mediennutzer, indem er seinen Versuchspersonen – delinquenten Jugendlichen in psychiatrischen Kliniken – das Attribut der Delinquenz abspricht und die Straftat vom Kind trennt: »Children do not become delinquents; they commit delinquencies.«³² Sein gerichtsmedizinisches Verfahren der Normalisierung besteht gerade nicht darin, die Anormalität des Delinquenten zu konstituieren.³³ Über psychiatrische Tests erhält Wertham vielmehr Aufschluss über die Normalität der Kinder: »These tests revealed in a large series of cases that there is nothing intrinsically abnormal about those children who either became very addicted to reading crime comics or are influenced by such reading to delinquent acts.«³⁴

Diese Argumentationsweise hat zwei Implikationen: Zum einen erklärt Wertham die jugendliche Delinquenz zu einem sozialen Phänomen, das nicht nur ein »prädisponiertes« oder »abnormes« Individuum betreffen kann, sondern potenziell jedes Kind. Ein umfassender Schutz der Kinder vor der Comicgefahr ist aus dieser Perspektive also unabdingbar.³⁵ Zum anderen behauptet Wertham einen kindlichen Mediennutzer, der ohne jeglichen Medienkonsum vollständig frei von Aggression, Gewalttätigkeit oder Tendenzen zu delinquentem Verhalten wäre. Ohne jegliche Medienrezeption, so legt Wertham nahe, wäre jedes Kind wohlgezogen und friedfertig.³⁶

29 F. Wertham: *Seduction of the Innocent*, S. 109.

30 Ebd., S. 150, S. 159 u. S. 155.

31 Vgl. ebd., S. 153-155.

32 Ebd., S. 156.

33 Vgl. M. Foucault: *Die Anormalen*, S. 61.

34 F. Wertham: *Seduction of the Innocent*, S. 57.

35 Vgl. ebd., S. 2.

36 Wertham bezeichnet etwa die Argumentation, dass die Vorliebe für Gewaltdarstellungen »normal expressions of the child's likes at his age« seien, als »misleading« (ebd., S. 57), oder er weist die Auffassung, gewalt-sames und zerstörerisches Spielen sei »a natural phase of child development«, vehement zurück (ebd., S. 65).

Werthams Anklage gegen die Comicindustrie findet große Aufmerksamkeit in der amerikanischen Öffentlichkeit und wird von besorgten Comicgegnern dankbar aufgenommen.³⁷ Zögerlich oder gar ablehnend begegnet allerdings die sich gerade formierende Medienwirkungsforschung den Thesen der Comicgegner. Ein Grund für diese Ablehnung lässt sich in Werthams Argumentationsweise finden, die das Medium Comic ausschließlich mit negativen Wirkungen ausstattet und so die Ambivalenzen des Erziehungsmediums einzuebnen droht. Die umfassendste Kritik an Werthams Thesen formuliert bereits 1949 ein Heft des *Journal of Educational Sociology*, das vollständig der Comic-Kontroverse gewidmet ist. Das Editorial macht deutlich, dass der Feldzug gegen die Comicindustrie seinerseits als alarmierendes soziales Problem verstanden wird, als Angriff gegen die freie Meinungsäußerung und damit gegen die Demokratie: »The editors of The Journal of Educational Sociology, in presenting this issue, hope it will contribute to bringing the controversy over the comics back into the realm of constructive discussion.«³⁸ Im Mittelpunkt des pädagogischen Interesses steht hier das Anliegen, die Comics als nicht zu gefährlich und schädlich zu konzipieren, was den erzieherischen Medienwirkungsgedanken grundsätzlich infrage stellen könnte. Gleichzeitig wird mit dem Verweis des Editorials auf die gefährdeten demokratischen Freiheitsrechte deutlich, in welchen Grenzen sich der Mediengewalt-Diskurs im etablierten Feld bewegen müssen, will er innerhalb einer neo-liberalistischen Gouvernamentalität operieren.³⁹

Es ist bezeichnend, dass im Bereich dieser sozialwissenschaftlichen Kritik an Werthams Polemik auch ein Beitrag aus dem Feld der *communications research*, die sich um die Mitte des 20. Jahrhunderts an den amerikanischen Universitäten etabliert,⁴⁰ geleistet wird: Katherine M. Wolf und Marjorie Fiske, Sozialwissenschaftlerinnen am Bureau of Applied Social Research, führen in ihrer Befragung von kindlichen Medienutzern eben die Differenz ein, die Wertham aufhebt: die Unterscheidung

37 Wie James Gilbert zeigt, hat Wertham seine Thesen aktiv in Radio-Talkshows, Panels und in zahlreichen Zeitschriftenartikeln lanciert. Trotz seiner rigiden Medienkritik setzt der Psychiater also auf positive Medienwirkung. Vgl. James Gilbert: *A Cycle of Outrage. America's Reaction to the Juvenile Delinquent in the 1950s*, New York, Oxford: Oxford University Press 1986, S. 104.

38 Payne Educational Sociology Foundation: »Editorial«, in: *Journal of Educational Sociology* 23 (1949), H. 4, S. 193f., hier S. 193.

39 Auf die Beachtung der Meinungsfreiheit als zentrale Stoppregel des Mediengewalt-Diskurses wird im Teil *Regierung der Mediennutzung* noch ausführlich einzugehen sein.

40 Vgl. die Einleitung der Herausgeber Paul F. Lazarsfeld und Frank N. Stanton (1949) des Bandes *Communications Research 1948-1949*, in dem die Studie von Katherine M. Wolf und Marjorie Fiske publiziert wird: Paul F. Lazarsfeld/Frank N. Stanton (Hg.): *Communications Research 1948-1949*, New York: Harper 1949 (Introduction).

zwischen normalen und anormalen Comicslesern. Im ersten Fall kommen Wolf und Fiske zu einer positiven Formulierung der Comicwirkung: »The normal child is a »moderate reader« who uses comics as a means of ego-strengthening.«⁴¹ Selbst für den anormalen »Comicfan« wird die Gefährlichkeit des Mediums relativiert und damit auch die Konzeption eines unschuldigen Delinquenten geschwächt: »The child's problems existed before he became a fan, and the comics came along to relieve him. That he became a fan can no more be blamed upon the comics, than morphine can itself be blamed when a person becomes a drug addict.«⁴²

Wenn Wertham für die »Unwissenschaftlichkeit« seiner Methoden – für den Mangel an statistischer Relationierung oder kontrollierten Experimentalsituationen, der seine Studien kennzeichnet – in die Kritik gerät, weist er solche Gegenpositionen mit einer Unterscheidung von Wissenschaft und Wirtschaft zurück: Durch seine Forschung sei die Schädlichkeit der Comics eindeutig bewiesen, Vertreter anderer Auffassungen stünden im Dienste der Comicindustrie.⁴³ Werthams Polemik erhält, möglicherweise gerade weil sie an sozialwissenschaftliche Methoden nicht anschließt, in der öffentlichen Comic-Kontroverse eine hegemoniale Position. Seine Thesen setzen nicht nur innerhalb der Comicverleger Maßnahmen der Selbstregulation in Gang – die Etablierung eines Codes, nach dem ab 1954 jedes Heft autorisiert wird oder nicht, –⁴⁴ sie erreichen, dass

41 Katherine M. Wolf/Marjorie Fiske: »The Children Talk About Comics«, in: Lazarsfeld/Stanton (Hg.), *Communications Research* (1949), S. 3-50, hier S. 34.

42 Ebd., S. 35.

43 Werthams Kritik richtet sich in erster Linie gegen Psychiater und Pädagogen, die in so genannten »endorsements« in den Comicheften bezeugen, dass diese für Kinder nicht schädlich sind. Vgl. F. Wertham: *Seduction of the Innocent*, S. 23.

44 Die ebenfalls 1954 gegründete Comics Magazine Association of America etabliert eine Prüfstelle, die jedes Heft sichtet, bevor es in Druck geht, und mit einem Siegel versieht, wenn es den Richtlinien des Codes entspricht. Auf diese Weise wird die Unterscheidung zwischen guter und schlechter Lektüre auf der Seite der Comics eingeführt. Nicht genehmigt werden Comics, wenn sie Polizeiautoritäten lächerlich machen, Gesetzesbrecher verherrlichen oder Werte wie Ehe und Familie missachten. Vgl. Comics Magazine Association of America: »The Role of the Code Administrator« [1956], in: Larsen (Hg.), *Violence and the Mass Media* (1968), S. 244-249; Comics Magazine Association of America: »Applying the Comic Book Code« [1960], ebd., S. 250-252. Obwohl auf diese Weise eine gesetzliche Zensur umgangen wird, die das gesamte Genre betroffen hätte, ist der Verlust für die Comicindustrie groß. Ein großer Teil der so genannten *crime comics* kann nicht weiter publiziert werden. Vgl. J. Gilbert: *Circle of Outrage*, S. 107f. Vgl. auch die historiografische Darstellung zum Comic-

mediale Gewaltdarstellungen zum Gegenstand politischer Verhandlungen werden.⁴⁵ Als Anfang der 60er Jahre Kongresshearings zu Gefahren der Fernsehgewalt stattfinden, tritt Wertham als Experte auf, der in der Kampagne gegen die Comics erfolgreich gewesen ist.⁴⁶

Werthams Comic-Offensive scheint auf den ersten Blick sehr viel effektiver und den zaghaft-wissenschaftlichen Projekten überlegen zu sein. Auf den zweiten Blick erweist sich die zögerliche Unentschiedenheit des pädagogischen Diskurssegments, mit der die Ambivalenz des Erziehungsmediums aufrechterhalten wird, als eine zentrale Diskurspolitik, an die sich Wertham in seinem Comic-Feldzug nicht hält. Studien wie *The Seduction of the Innocent* finden im etablierten Feld des Wissenschaftsdiskurses keinen Platz, sondern werden am Rand positioniert und als »unwissenschaftliche Pamphlete« bzw. »Traktätchen-Literatur«⁴⁷ bezeichnet. Möglicherweise geht es im etablierten Feld des Mediengewalt-Diskurses sogar darum zu verhindern, Mediengewalt als ein soziales Problem zu formieren, das Zensurmaßnahmen notwendig werden lässt. Es ist anzunehmen, dass die diskursive Regulation von Mediengewalt schon früher ansetzt und nicht in erster Linie in politischen Regulierungsmaßnahmen ihr Ziel erreicht.

Was der Diskurs mit der Ausgrenzung von Argumentationen wie den Thesen des Psychiaters Wertham allerdings verliert, ist die plastische und anschauliche Figur des unschuldigen Delinquenten. Dies hat zur Folge, dass Verfahren der Normalisierung von Mediengewalt nicht mehr so reibungslos funktionieren, wie dies in Werthams Aussagen geschieht. Die Normalisierung des Mediennutzers gerät – wie im Folgenden noch zu sehen sein wird – im etablierten Mediengewalt-Diskurs in ein Spannungsverhältnis mit Verfahren der Regulation. Diese Verfahren wiederum konzipiert die Figur eines autonomen Mediennutzers, der zur Selbstregierung in der Lage ist. Der kindlich-unschuldige Rezipient weicht diesem neuen Konzept bzw. er taucht als moralisiertes Objekt im Rahmen der familiären Autonomie auf. Anfang der 1960er Jahre wird die Figur des Mediennutzers als unschuldigem Delinquenten allerdings auf ein wissenschaftliches Fundament gestellt, das sie in modifizierter Form in das etablierte Feld des Mediengewalt-Diskurses überführt. Die Voraussetzungen für ihre Relevanz im etablierten Feld werden in der behavio-

Code: Amy Kiste Nyberg: *Seal of Approval. The History of the Comics Code*, Jackson: University of Mississippi Press 1998.

- 45 Den weitreichendsten politischen Effekt findet Werthams Comicfeldzug nach Gilbert in dem Beschluss des Senate Subcommittee on Delinquency, die Produktionsstandards der Comicindustrie zu untersuchen. Vgl. J. Gilbert: *Cycle of Outrage*, S. 106.
- 46 Vgl. William Boddy: »Senator Dodd Goes to Hollywood«, in: Lynn Spigel/Michael Curtin (Hg.), *The Revolution Wasn't Televised. Sixties Television and Social Conflict*, New York: Routledge 1997, S. 161-183, hier S. 162.
- 47 M. Kunczik/A. Zipfel: »Wirkungen«, S. 573.

ristischen Lerntheorie geschaffen. Es handelt sich hierbei um eine Modifikation des Arrangements der Wirkungskontrolle, das der Behaviorismus zur Verfügung stellt.

Die Medien der Lerntheorie

Watsons Experimente, in denen er Neugeborene und Kinder mit Hilfe lauter Geräusche zu angstvollem Verhalten konditioniert, und die Verbreitung dieser Forschungsergebnisse in der *general interest*-Zeitschrift *Harper's Magazine*⁴⁸ haben behavioristische »Erziehungs«-Konzepte schon in den 1920er Jahren bekannt gemacht und sind als Horrorszenerarien einer umfassenden Kontroll- und Manipulationsmacht rezipiert worden. Die an Watson anschließende sozialbehavioristische Lerntheorie muss sich deshalb von öffentlichen Vorstellungen distanzieren, die den Begriff »Behaviorismus« »with odious images of salivating dogs and animals driven by carrots and sticks«⁴⁹ assoziieren. Ein entscheidendes Konzept, das die lerntheoretischen Modifikationen ab den 1940er Jahren vom traditionellen Behaviorismus trennt, ist das der *Imitation*: Lernen wird nicht mehr als sukzessive Annäherung an ein bestimmtes Verhalten definiert, das durch Konditionierung vollzogen wird,⁵⁰ stattdessen rückt die Beobachtungsleistung des Lernenden in den Blick der Theorie: »There is considerable evidence [...] that learning may occur through observation of the behavior of others«.⁵¹ Mithilfe der Konzeption des

48 Vgl. J. Watson/J. Rayner: »Conditioned Emotional Reactions«; J. Watson: »The Heart or the Intellect?«.

49 Albert Bandura: *Aggression. A Social Learning Analysis*, New York, Englewood Cliffs/NJ: Prentice-Hall 1973, S. 42.

50 Solche Lernprinzipien wurden im Anschluss an Watson von Clark L. Hull (*Principles of Behavior*, 1943) und Skinner (*The Behavior of Organisms*, 1938; *Science and Human Behavior*, 1953) konzipiert. Die Einführung des Konzepts der *Imitation* erfolgt in der Humanpsychologie durch die Studie *Social Learning and Imitation* (1941) von John Dollard und Neal E. Miller. Vgl. Albert Bandura/Richard H. Walters: *Social Learning and Personality Development* [1963], London u.a.: Holt, Rinehart and Winston 1970, S. 4. Dieses Konzept hat bereits Vorläufer in tierpsychologischen Studien der 1930er Jahre. Vgl. Eleanor E. Maccoby/William Cody Wilson: »Identification and Observational Learning From Films«, in: *Journal of Abnormal and Social Psychology* 55 (1957), H. 1, S. 76-87, hier S. 76, die sich unter anderen auf Untersuchungen von Carl J. Warden u.a. berufen.

51 A. Bandura/R. Walters: *Social Learning*, S. 4. Eng damit verbunden ist die dem traditionellen Behaviorismus widersprechende Annahme einer wechselseitigen Beeinflussung von Umwelt und Verhalten: »In the social learning view, man is neither driven by inner forces nor buffeted helplessly by environmental influences. Rather, psychological functioning is best un-

Lernens am Modell wird erklärbar, wie komplexe soziale Zusammenhänge durch Nachahmung relativ schnell eingeübt werden können.⁵² Mit dieser Neukonzeptualisierung vollzieht sich innerhalb behavioristischer Experimentalsysteme eine Fokusverschiebung, die weg von reinen Stimulus-Response-Annahmen und hin zum Einbezug kognitiver Vorgänge in den Lernprozess führt. Der für den Mediengewalt-Diskurs entscheidende Aspekt dieser Fokusverschiebung ist: Die Versuchsperson selbst wird zum Beobachter und der Experimentator ist nicht mehr nur eine aperspektivische Kontrollinstanz, sondern ein Beobachter von Beobachtern. Gleichzeitig beginnt sich eine Verschiebung in den Verfahren der Wirkungskontrolle anzudeuten: Diese setzen nun weniger einen passiven Rezipienten voraus, sondern streben die Regierung autonomer Nutzersubjekte an.

Die auf dem Gebiet des Beobachtungslernens hegemonialen Konzepte des Stanforder Psychologen Albert Bandura sind im etablierten Feld des Mediengewalt-Diskurses nicht unumstritten, aber dennoch bis heute von großer Bedeutung und werden von einigen Forschern sogar als die fundierteste Mediengewalt-Konzeption angesehen.⁵³ Da Banduras Forschungsansatz nicht von Anfang an die Verbreitungsmedien impliziert hat, sondern zunächst in Feldstudien zu eruieren versucht, wie Kinder lernen, indem sie das Verhalten ihrer Eltern nachahmen,⁵⁴ stellt sich die Frage, wie das Konzept des Beobachtungslernens im Mediengewalt-

derstood in terms of continuous reciprocal interaction between behavior and its controlling conditions. [...] [E]nvironment is only a potentiality, not a fixed property that inevitably impinges upon individuals and to which their behavior eventually adapts. Behavior partly creates the environment and the resultant environment, in turn, influences the behavior. In this two-way causal process the environment is influence-able, just as the behavior it controls is.« A. Bandura *Aggression* (1973), S. 43.

52 Vgl. A. Bandura/R. Walters: *Social Learning*, S. 3.

53 Kunczik sieht in den lerntheoretischen Studien Banduras ein übergeordnetes Theoriekonzept, das es ermöglicht, die Mediengewaltforschung zu systematisieren. Vgl. M. Kunczik: *Gewalt und Medien*, S. 158. Der Stellenwert, den Kunczik Banduras Konzepten damit zuordnet, ist ungewöhnlich, da Überblicksdarstellungen der Mediengewaltforschung – insbesondere solche, die von Kunczik selbst verfasst wurden – häufig disparate Theorien nebeneinander stellen und auf die Uneinheitlichkeit des Forschungsfelds verweisen.

54 Die Ergebnisse publiziert Bandura 1959 zusammen mit Richard H. Walters. Diese erste Studie der Psychologen zur Thematik des sozialen Lernens kommt zu der zentralen Schlussfolgerung, dass aggressive Jugendliche Eltern haben, die ebenfalls ein hohes Aggressionspotenzial aufweisen und als Modell für das Verhalten ihrer Kinder dienen. Vgl. Albert Bandura/Richard H. Walters: *Adolescent Aggression*, New York: Ronald 1959.

Diskurs diese Stellung erlangen konnte. Wie haben Medien Eingang in die Lerntheorie gefunden?

Aufschlussreich für diese Frage ist, historisch nochmals einen Schritt zurückzugehen und zu berücksichtigen, dass insbesondere der Film noch vor seiner Verbreitung als Unterhaltungsmedium bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts als technisches Medium in physiologischen und psychologischen Studien zum Einsatz gebracht worden ist.⁵⁵ Das Medium Film findet im Laufe seiner Geschichte nicht nur als »epistemisches Ding«, also als Objekt, dem »die Anstrengung des Wissens gilt«, Eingang in die Experimentalsysteme der Sozialwissenschaften, sondern gehört auch – als Instrument oder Aufzeichnungsapparatur – in den Bereich der »Experimentalbedingungen« oder »technischen Dinge«, von denen »die epistemischen Dinge [...] eingefasst und dadurch in übergreifende Felder von epistemischen Praktiken und materiellen Wissenskulturen eingefügt« werden.⁵⁶

In den 1930er Jahren werden im *Journal of Social Psychology* Studien veröffentlicht, in denen Filme einen instrumentell-technischen Status in Experimenten haben und zum Teil auch in dieser Hinsicht explizit reflektiert werden. Eine Rolle spielt der Film etwa in Experimenten, in denen Versuchspersonen Visualisierungen von Gangarten⁵⁷ bzw. manueller Ausdrucksformen⁵⁸ beurteilen sollen. Auch wenn es – wie in einem

55 Vgl. Nicolas Pethes: Spektakuläre Experimente. Allianzen zwischen Massenmedien und Sozialpsychologie im 20. Jahrhundert, Weimar: Verlag und Datenbank für Geisteswissenschaften 2004, S. 35-39. Pethes nennt u.a. die Bewegungsstudien von Muybridge und Marey sowie Münsterbergs Interesse an dem Zusammenhang zwischen Psychologie und kinematographischem Apparat.

56 H.-J. Rheinberger: Experimentalsysteme, S. 24 u. S. 25. Nach Rheinberger stehen »epistemische Dinge« und »technische Dinge« in einem Wechselverhältnis zueinander: Ihre Unterscheidung ist nicht material, sondern funktional zu verstehen, d.h. technische Bedingungen und epistemische Objekte können im Prozess der Forschung ihre Plätze tauschen: »Ob ein Objekt als epistemisches oder als technisches funktioniert, hängt von dem Platz oder dem Knoten ab, den es im experimentellen Kontext besetzt.« Ebd., S. 27.

57 Vgl. Philip Eisenberg/Philip B. Reichline: »Judging Expressive Movement II. Judgment of Dominance-Feeling From Motion Pictures of Gait«, in: *Journal of Social Psychology* 10 (1937), H. 3, S. 345-357. Die Versuchspersonen müssen sich Filme ansehen, die gehende Frauen zeigen, und angeben, ob sie die gezeigten Frauen als dominant oder nicht empfinden.

58 Vgl. L. Carmichael/S.O. Roberts/N.Y. Wessell: »A Study of the Judgment of Manual Expression as Presented in Still and Motion Pictures«, in: *Journal of Social Psychology* 8 (1937), H. 1, S. 115-142. Hier werden zwei Experimente dokumentiert, in denen Versuchspersonen zunächst Fotografien und dann Filme von manuellen Ausdrucksformen gezeigt werden. Zwar macht die Studie das Urteil der Versuchspersonen zu ihrem Anliegen, je-

anderen Experiment, das Herbert S. Conrad und Harold E. Jones beschreiben, – um die Messung von Differenzen im Erinnerungsvermögen geht, liefert das Messergebnis gleichzeitig einen Nachweis darüber, wie brauchbar das filmische Instrument ist, das dieses Ergebnis produziert hat:

»Tests of observation and memory for events have usually been restricted to ›staged‹ activities, as in the conventional experiment on testimony; the screened episode, however, offers certain advantages over the older technique. The film makes possible an accurate control of tempo, an almost unlimited range of event sequences, and a precise repetition or an experimental variation of either conditions or content. It also presents advantages in the motivation of subjects and in the appeal to relatively unselected samples [...].«⁵⁹

Eine genaue Umkehrung dieser Beschreibung des Films als Instrument findet sich in den Experimentalanordnungen, die in den Untersuchungen der Harvard-Psychologin Eleanor Maccoby in den 1950er Jahren eingesetzt werden: Hier wird nicht das Erinnerungsvermögen *durch* Filme getestet, sondern es wird untersucht, wie stark der Film den Probanden im Gedächtnis geblieben ist: Der Film steht also im Mittelpunkt, er ist ›technisches‹ und gleichzeitig ›epistemisches Ding‹. Maccoby ist nicht nur eine der ersten, die das neue Medium Fernsehen empirisch untersuchen,⁶⁰ sondern sie nimmt gemeinsam mit William Cody Wilson auch

doch tritt dieses Anliegen fast hinter das Bestreben zurück, die Rolle des Films in der Experimentalanordnung zu bestimmen und dabei durchaus mediendifferenzielle Gesichtspunkte zu berücksichtigen: »What difference, if any, is introduced in such judgments by the dynamic (motion-picture) presentation of the isolated manual expressions?« Ebd., S. 116. Es geht der Studie also darum, den Film als ein für sozialpsychologische Experimente geeignetes Instrument zu konturieren: »The gestures presented as moving-pictures are judged with a somewhat greater commonality than those presented as still pictures [...] The experiment shows that cinematographic technique has certain new possibilities for use in the study of the so-called ›expressive states.« Ebd., S. 140.

59 Herbert S. Conrad/Harold E. Jones: »Psychological Studies of Motion Pictures V. Adolescent and Adult Sex Differences in Immediate and Delayed Recall«, in: The Journal of Social Psychology 2 (1931), H. 4, S. 433-459, hier S. 433.

60 Vgl. etwa Eleanor E. Maccoby: »Why Do Children Watch Television?«, in: Public Opinion Quarterly 18 (1954), H. 1, S. 239-244. Maccoby berichtet hier über eine 1951-52 durchgeführte Befragung, in der Mütter von Kindergartenkindern Angaben zu ihren Erziehungsmethoden und zur Fernsehrezeption ihrer Kinder machen sollen. Ergebnis der Studie ist, dass (zumindest Kinder aus der Mittelschicht) dann viel fernsehen, wenn sie im realen Leben – etwa durch mangelnde Zuwendung – frustriert werden.

den Film erstmals als »epistemisches Ding« im Kontext eines behavioristisch informierten Konzepts des Beobachtungslernens in den Blick. Allerdings ziehen Maccoby und Wilson keine Schlussfolgerungen darüber, ob das filmische Lernen Auswirkungen auf das Verhalten der Zuschauer hat, sondern beschäftigen sich ausschließlich mit dem »first step of learning from film; that is, with the subject's ability to recall film content verbally after a brief interval.«⁶¹

In den Experimenten, die Bandura in den 1960er Jahren durchführt, geht es im Gegensatz hierzu nicht nur um das Lernen von konkreten *Verhaltensweisen* durch Beobachtung, sondern an zentraler Stelle um »falsches Lernen«, insbesondere um die Aneignung von aggressivem Verhalten. Bandura versteht Aggression nicht als Manifestation eines fundamentalen Aggressionstriebes des Menschen oder als instinktive Reaktion, die zwangsläufig auf eine Frustration folgt,⁶² sondern als eine gelernte Verhaltensweise:

»Obviously, people are not innately equipped with military combat repertoires or with proficient means of insulting others. A complete theory of aggression must therefore explain how intricate behaviors that are potentially injurious and destructive are learned in the first place.«⁶³

In einer ganz anderen diskursiven Ordnung scheint damit wieder die Figur des unschuldigen Delinquenten auf, die Wertham in der Comicedebatte beschworen hat: Wenn der Gewalttäter oder Verbrecher nicht »von Natur aus« dazu in der Lage ist, eine Tat zu begehen, kann er sie nur begehen, wenn er sie sich durch »falsches Lernen« angeeignet hat. Ohne diese Aneignung – so die Argumentationsfigur – wäre der Delinquent unschuldig. Während es Wertham in seinem Kampf gegen die Comicingenieurerei nur darum geht, die Agenten der falschen Erziehung zu beseitigen, verknüpft Bandura seine lerntheoretische Konzeption von Aggression mit der Hoffnung, den Menschen mittels behavioristischer Techniken, deren Spuren auch in der Lerntheorie zu finden sind, bessern zu können.⁶⁴

61 E. Maccoby/W. Wilson: »Identification and Observational Learning«, S. 77. Getestet werden Schulklassen, denen im Rahmen des Unterrichts 20-minütige Filme gezeigt werden. Die Experimentatoren nehmen an – und bestätigen dies auch in ihrer Studie –, dass Kinder sich mit einer filmischen Hauptfigur identifizieren, die ihnen in Geschlecht, Alter und Sozialstatus besonders ähnlich ist. In diesem Fall erinnern sich die Kinder besonders gut an die Filmhandlung bzw. lernen besonders viel.

62 Dieses Aggressionskonzept der Frustrations-Aggressions-Hypothese wird im folgenden Kapitel *Heilung: Therapie der Mediengewalt* noch genauer beleuchtet.

63 A. Bandura: *Aggression* (1973), S. 38.

64 »Since aggression does not originate internally and its social determinants are alterable, social learning theory holds a more optimistic view of man's

In Banduras Lernexperimenten scheinen die Verbreitungsmedien Film oder Fernsehen auf den ersten Blick zumindest keine bedeutende Rolle zu spielen. Das typische Setting seiner Versuche sieht vor, dass kindliche Probanden – meist handelt es sich um Kinder der *Stanford nursery school* – daraufhin untersucht werden, auf welche Weise und unter welchen Bedingungen sie das Verhalten von meist erwachsenen *models* – Studenten oder Mitarbeitern Banduras – nachahmen. So wird etwa experimentell herausgestellt, dass Kinder während eines Spiels mit dem Modell beiläufig dessen Verhalten nachahmen oder dass sie aggressive Verhaltensweisen des Modells in anderen Situationen wiederholen; Bandura und seine Mitarbeiter untersuchen des Weiteren, ob ein Kind durch Beobachtungslernen in seinen moralischen Urteilen beeinflusst werden kann oder ob es seine Angst vor Hunden verliert, wenn es beobachtet, wie das Modell angstfrei mit einem Hund umgeht.⁶⁵

Es finden sich einige Settings unter dieser thematischen Bandbreite der Stanforder Experimente, in denen audiovisuellen Medien der Status von nicht weiter reflektierten »technischen Dingen« zukommt und das zentrale Forschungsinteresse einer Fragestellung gilt, in der das Medium keine Rolle zu spielen scheint.⁶⁶ Von einem der frühesten Experimente, die Kinder dahingehend untersuchen, ob sie das Verhalten eines Modells imitieren, das sie im Fernsehen gesehen haben, berichten Bandura und

capacity to reduce the level of human destructiveness.« Ebd., S. 59. Auch Bandura denkt sein Erziehungskonzept also ambivalent. Besonders deutlich wird dies in seinen Beschreibungen, wie die behavioristische Lerntheorie in der Psychotherapie anwendbar ist. Vgl. das Kapitel »The Modification of Behavior«, in: A. Bandura/R. Walters: *Social Learning*, S. 224-259.

- 65 Vgl. Albert Bandura/Aletha C. Huston: »Identification as a Process of Incidental Learning«, in: *Journal of Abnormal and Social Psychology* 63 (1961), H. 2, S. 311-318; Albert Bandura/Dorothea Ross/Sheila A. Ross: »Transmission of Aggression Through Imitation of Aggressive Models«, in: *Journal of Abnormal and Social Psychology* 63 (1961), H. 3, S. 575-582; Albert Bandura/Frederick J. McDonald: »Influence of Social Reinforcement and the Behavior of Models in Shaping Children's Moral Judgments«, in: *Journal of Abnormal and Social Psychology* 67 (1963), H. 3, S. 274-281; Albert Bandura/Joan E. Grusec/Frances Menlove: »Vicarious Extinction of Avoidance Behavior«, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 5 (1967), H. 1, S. 16-23.
- 66 Vgl. neben dem im Folgenden beschriebenen Experiment Albert Bandura: »Influence of Models' Reinforcement Contingencies on the Acquisition of Imitative Responses«, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 1 (1965), H. 6, S. 589-595; ders./Frances Menlove: »Factors Determining Vicarious Extinction of Avoidance Behavior Through Symbolic Modeling«, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 8 (1968), H. 2, S. 99-108.

seine Mitarbeiterinnen Dorothea Ross und Sheila A. Ross 1963⁶⁷ im *Journal of Abnormal and Social Psychology* (JASP). Die Forscher widmen sich in diesem Experiment der Frage, inwiefern das Beobachtungslernen der Kinder von einer Bestrafung oder Belohnung des Modells abhängig ist. Die Versuchsanordnung gleicht dem typischen Arrangement – mit einem Unterschied: »The models were two adult males presented to the children by means of 5-minute film sequences projected on a glass lenscreen in a television console.«⁶⁸ Die Filmsequenzen zeigen, wie das eine Modell – Rocky – das andere – Johnny – angreift und dessen Spielzeug zerstört, wobei eine Kindergruppe einen Film sieht, in dem Rocky nach dieser Interaktion belohnt, die andere eine Version rezipiert, in der Rocky bestraft wird.

In der Experimentbeschreibung wird nicht erläutert, warum hier die Performance der Modelle über einen Fernsehbildschirm gewählt wird. Gemessen an Ausgangsfrage und Ergebnis des Experiments – die Kinder, die den »Belohnungs-Film« gesehen haben, zeigen in einer anschließenden Spielsituation häufiger aggressives Verhalten – ist nicht plausibel, warum das zu lernende Verhalten – genauso wie in den meisten anderen Experimenten – den Probanden nicht über eine Face-to-Face-Situation vermittelt werden konnte. Die Beschreibung legt nahe, dass die Fernsehsituation ausschließlich aus dem Grund gewählt wurde, die Versuchsanordnung zu optimieren. Im Sinne der Darstellung von Conrad und Jones scheint das Fernsehen zum Einsatz zu kommen, weil die »screened episode« gegenüber den »staged activities« besser kontrollierbar ist. Das Fernsehen ist Teil der Experimentalbedingungen und seine Funktion ist es, der Experimentatorin eine möglichst unbemerkte Observation des Beobachtungslernens zu ermöglichen:

»The experimenter met the child in the nursery school and invited him to play in her toy room. On the way to the room the experimenter informed the child that first she had to complete some paper work in another office during which time the child could watch a televised program. As they entered the office the

67 Bandura und Walters verweisen auf ein unveröffentlichtes Manuskript Banduras aus dem Jahr 1962 mit dem Titel »The Influence of Rewarding and Punishing Consequences to the Model on the Acquisition and Performance of Imitative Responses«. Hier kommt bereits ein Jahr zuvor der Film als »technisches Ding« zum Einsatz, ohne dass das mediale Lernen von aggressivem Verhalten problematisiert wird. Vgl. dies.: *Social Learning*, S. 57.

68 Albert Bandura/Dorothea Ross/Sheila A. Ross: »Vicarious Reinforcement and Imitative Learning«, in: *Journal of Abnormal and Social Psychology* 67 (1963), H. 6, S. 601-607, hier S. 602. Die Technik der Rückprojektion wird – in einer Zeit vor der Verbreitung des Videorekorders – gewählt, um die Fernsehsituation im Experiment kontrollierbar zu machen. Vgl. zu diesem Experiment auch N. Pethes: »Publikumsversuche«, S. 107f.

experimenter seated the child and then ostensibly tuned in a program on the television console situated approximately 5 feet directly in front of the child. The experimenter occupied herself busily in a far corner of the room while the child viewed the filmed performance.«⁶⁹

Die genaue Beschreibung der Fernsehsituation macht deutlich, inwiefern das Medium hier in erster Linie als technisches Instrument konzipiert wird.⁷⁰ Nur am Ende des Artikels verknüpfen die Autoren das Fernsehen mit dem Experimentergebnis, allerdings nur in einem allgemein gehaltenen Verweis, ohne einen konkreten Bezug zur Experimentsituation herzustellen.⁷¹

Umso erstaunlicher ist diese Nichtreflexion der Fernschwirkung als epistemisches Objekt in der Experimentsituation, weil dieselben Autoren bereits einige Ausgaben zuvor im JASP einen Artikel veröffentlicht haben, in dem genau diese Reflexion in einem anderen Zusammenhang im Mittelpunkt steht. Dieser Artikel setzt nicht nur mit einem Verweis auf »research on the possible effects of film-mediated stimulation upon subsequent aggressive behavior« ein, die allerdings die Frage des Beobachtungslernens noch nicht berücksichtigt hätte, sondern referiert zu Beginn auch eine konkrete Nachahmungstat:

»A recent incident (San Francisco Chronicle, 1961) in which a boy was seriously knifed during a re-enactment of a switchblade knife fight the boys had seen the previous evening on a televised rerun of the James Dean movie, *Rebel*

69 A. Bandura/D. Ross/S. Ross: »Vicarious Reinforcement«, S. 602.

70 Das Fernsehen im Experimentaldesign rückt damit in die Nähe von Untersuchungen, die Medientechniken sehr viel deutlicher als Laborapparaturen zum Einsatz bringen. Vgl. Hans H. Toch/Richard Schulte: »Readiness to Perceive Violence as a Result of Police Training«, in: *British Journal of Psychology* 52 (1961), H. 4, S. 389-393. Hier wird eine Apparatur eingesetzt, die den Probanden auf dem einen Auge gewalthaltige und auf dem anderen neutrale Piktogramme zeigt, die in der Wahrnehmung zu Stereogrammen verschmelzen sollen. Die Experimentatoren bestätigen auf diese Weise ihre Ausgangshypothese, dass Personen nach spezifischen Erfahrungen in der Vergangenheit – in diesem Fall nach einer Polizeiausbildung – mehr Gewalt in den Stereogrammen wahrnehmen.

71 »In most televised programs the »bad guy« gains control over important resources and amasses considerable social and material rewards through a series of aggressive maneuvers, whereas his punishment is generally delayed until just before the last commercial. Thus children have opportunities to observe many episodes in which antisocially aggressive behavior has paid off abundantly«. A. Bandura/D. Ross/S. Ross: »Vicarious Reinforcement«, S. 606.

Without a Cause, is a dramatic illustration of the possible imitative influence of film stimulation.«⁷²

Das im Mediengewalt-Diskurs breit rezipierte Experiment⁷³ konfrontiert die beobachtenden Kinder mit aggressiven Handlungen, die erwachsene Modelle gegen eine große, aufblasbare ›Bobo-Puppe‹ ausüben, indem sie diese, begleitet von verbalen Aggressionsäußerungen, auf die Nase schlagen, ihren Kopf mit einem Hammer bearbeiten, sie durch die Luft werfen und mit Tritten durch den Raum schleudern. Dies geschieht unter unterschiedlichen medialen Bedingungen: Eine Experimentgruppe beobachtet »real-life models«⁷⁴ im Rahmen einer Spielsituation, eine andere bekommt die Modelle auf einer Leinwand zu sehen, und der dritten Gruppe wird über einen Fernsehbildschirm eine experimentell erstellte ›Cartoon-Version‹ der Interaktion gezeigt. Alle Modelle führen die gleichen Aggressionshandlungen aus. Nach dieser Konfrontation werden die Kinder der drei Gruppen sowie die einer vierten Kontrollgruppe »mildly frustrated«, indem ihnen attraktives Spielzeug gezeigt aber vorenthalten wird.⁷⁵ Dann werden die Kinder in einem Spielzimmer, das »aggressive toys« – u.a. die Bobo-Puppe und einen Hammer, aber auch Spielzeugpistolen mit Pfeilen – und »nonaggressive toys«, wie ein Teeservice, Stifte, Papier oder Plastiktiere, enthält, der Beobachtung durch die Experimentatoren ausgesetzt.⁷⁶ Bandura, Dorothea und Sheila Ross glauben auf diese Weise zeigen zu können, dass Kinder auch durch Modelle im Film oder im Fernsehen aggressives Verhalten durch Imitation lernen und in einer anschließenden Spielsituation ausführen. Sie kommen am Ende zu einer Generalisierung ihrer Ergebnisse, die sehr viel enger an die Experimentanordnung geknüpft ist:

»Filmed aggression, not only facilitated the expression of aggression, but also effectively shaped the form of the subjects' aggressive behavior. The finding that children modeled their behavior to some extent after the film characters suggests that pictorial mass media, particularly television, may serve as an important source of social behavior.«⁷⁷

Während in anderen Experimenten Banduras Film und Fernsehen Teil der Versuchsbedingungen sind, werden sie hier – aber nahezu als Neben-

72 Albert Bandura/Dorothea Ross/Sheila A. Ross: »Imitation of Film-Mediated Aggressive Models«, in: *Journal of Abnormal and Social Psychology* 66 (1963), H. 1, S. 3-11, hier S. 3.

73 Vgl. etwa M. Kunczik: *Gewalt und Medien*, S. 89.

74 A. Bandura/D. Ross/S. Ross: »Imitation«, S. 3.

75 Ebd., S. 5. Die Frustrations-Aggressions-Hypothese liegt also auch dieser Versuchsanordnung zugrunde, auch wenn Aggression hier als gelernter Zusammenhang verstanden wird.

76 Ebd.

77 Ebd., S. 9.

effekt – zu epistemischen Dingen, zu Objekten, denen die Anstrengung der Forschung gilt. Gemessen an der thematischen Breite der in Fachzeitschriften Anfang der 1960er Jahre publizierten Experimente Banduras, in denen insbesondere das Fernsehen entweder keine Rolle spielt oder vorwiegend als technisches Hilfsmittel fungiert, kann es durchaus erstaunen, dass Bandura ausgerechnet die Fokussierung auf dieses Medium als »epistemisches« Ding in den Vordergrund eines weiteren Artikels stellt und damit – einen »firestorm of social concern«⁷⁸ auslösend – in der Verbreitung seiner Forschungsergebnisse einen im Wissenschaftssystem recht unüblichen Ton anschlägt: »What TV Violence Can Do to Your Child« titelt Bandura 1963 in der Zeitschrift *Look*. Der Artikel liest sich, als gälte die gesamte Forschungsanstrengung in seinen Experimenten dem Thema Fernsehgewalt:

»Precise information can come only through carefully controlled laboratory tests in which the children themselves participate. For this reason, we recently conducted a series of experiments at the Stanford psychological laboratories to provide some real basis for evaluating the impact of televised aggression on preschool children.«⁷⁹

Das Experiment, in dem der Streit zwischen den Modellen Rocky und Johnny den Kindern über das technische Ding »Fernsehbildschirm« vorgeführt wird, stellt Bandura hier so dar, als wäre es um nichts anderes gegangen als zu testen, welche Wirkungen es auf Kinder hat, wenn der Bösewicht im Fernsehen erst ganz am Ende bestraft wird.⁸⁰

Spitzt Bandura seine Forschungsergebnisse auf das Thema »Medien-gewalt« zu, um öffentliches Interesse zu erregen? Wie lässt sich dann aber die eigentümliche Weise verstehen, in der die audiovisuellen Medien in den Versuchsanordnungen zwischen technischen und epistemischen Dingen changieren? Aufschlussreich hierfür ist zu überprüfen, durch welche apriorischen Annahmen Bandura seine Experimente präfiguriert und auf diese Weise jedes Ergebnis antizipiert. Zum einen fällt auf, dass sich in der Experimentalanordnung die Gewalt findet, die aufgespürt werden soll: Sie wird sogar als Spektakel inszeniert und auf diese Weise veranschaulicht.⁸¹ Besonders deutlich wird dies in der Tatsache, dass die erwachsenen Modelle nicht irgendwelche Aggressionshandlun-

78 John P. Murray: »Studying Television Violence. A Research Agenda for the 21st Century«, in: Joy Keiko Asamen/Gordon L. Berry (Hg.), *Research Paradigms, Television, and Social Behavior*, Thousand Oaks, London, New Delhi 1998: Sage Publications, S. 369-409, hier S. 374.

79 Hier zitiert nach: Albert Bandura: »What TV Violence Can Do to Your Child« [1963], in: Otto N. Larsen (Hg.), *Violence and the Mass Media* (1968), S. 123-130, hier S. 124.

80 Vgl. ebd., S. 127.

81 Vgl. N. Pethes: *Spektakuläre Experimente*, S. 74.

gen vorführen, sondern solche, die von kleinen Kindern erwartet werden. Die Kinder imitieren im Experiment also nicht das Verhalten der Erwachsenen, sondern eine Imitation ihres eigenen Verhaltens.

Zweitens und sehr viel entscheidender: Der Konzeption des Beobachtungslernens ist in ihren grundlegenden Thesen schon ein mediales Setting eingeschrieben, das den beobachtenden Probanden als Zuschauer entwirft. In den Versuchsanordnungen der unterschiedlichen Experimente wird deutlich, dass hier, auch wenn kein Medium im Experiment explizit zum Einsatz kommt, das gesamte Arrangement die Rezeptionssituation des Fernsehens inszeniert, in der ein kindlicher Zuschauer in einer alltäglichen Spielsituation beiläufig und möglicherweise unerwünscht medial dargestellte Verhaltensweisen imitiert. Das Fernsehen als »Heimmedium«, das um 1960 in so gut wie allen amerikanischen Haushalten zu finden ist, prägt die Figur des beobachtend-lernenden Kindes, die durch das Lernen von Inhalten gekennzeichnet ist, die gar nicht gelehrt werden sollten. In den Experimentbeschreibungen bleibt durch die Bezeichnung der Modelle als »real life«, wenn sie nicht auf einer Filmleinwand oder auf einem Fernsehbildschirm präsentiert werden, die zugrunde liegende mediale Disposition des Settings unsichtbar.

Inwiefern dem gesamten Konzept des Beobachtungslernens die Verbreitungsmedien und insbesondere das Fernsehen zugrunde liegen, machen Bandura und Walters an anderer Stelle, und zwar in ihrer Studie *Social Learning and Personality Development*, die ebenfalls 1963 publiziert wird, deutlich, indem sie das Konzept der »symbolischen Modellierung« einführen:

»While it is evident that much learning in North American society is still fostered through the presentation of real-life models, with advances in technology and written and audiovisual means of communication increasing reliance is placed on the use of symbolic models.«⁸²

Da Kinder so viel Zeit vor dem Fernsehbildschirm verbringen – Bandura und Walter berufen sich hier auf die ersten Feldstudien, die für Großbritannien und Nordamerika durchgeführt wurden,⁸³ – gewinnen die televisionellen Modelle einen besonders großen Einfluss auf Verhalten und Normvorstellungen der Kinder: »Consequently, parents are in danger of becoming relatively less influential as role models, and often are greatly concerned with the problem of regulating their children's television viewing.«⁸⁴

82 A. Bandura/R. Walters: *Social Learning*, S. 49.

83 Vgl. Hilde T. Himmelweit/A.N. Oppenheim/Pamela Vince: *Television and the Child. An Empirical Study of the Effect of Television and the Young*, New York: Oxford University Press 1958; Wilbur Schramm/Jack Lyle/Edwin B. Parker: *Television in the Lives of Our Children*. Stanford: Stanford University Press 1961.

84 A. Bandura/R. Walters: *Social Learning*, S. 49.

Banduras Umstellung von Feldstudien, die untersuchen, wie Kinder ihre Eltern imitieren, auf Laborexperimente, die das generelle Imitationsverhalten der Kinder unter kontrollierten Bedingungen überprüfen sollen, ist nicht nur eine Änderung der Forschungsmethoden. Die Experimentalbedingungen im Stanforder Labor inszenieren das Fernsehdispositiv, ohne das Medium immer zum technischen oder epistemischen Ding zu machen. Auf diese Weise stellt Bandura sowohl die Konzeption des ambivalenten Erziehungsmediums als auch die Figur des unschuldig-delinquenten Mediennutzers auf ein Fundament, das im etablierten Feld des Mediengewalt-Diskurses anschlussfähig ist. Der Stanforder Psychologe kann mit der Disposition seiner Experimente immer zu dem Ergebnis kommen, dass Mediengewalt eine Gefährdung für kindliche Nutzer darstellt, und zwar nicht nur für einzelne Kinder, sondern für jedes Kind. Allerdings wird sich eben diese Konzeption im etablierten Feld des Mediengewalt-Diskurses auch als problematisch erweisen.

5 HEILUNG: THERAPIE DER MEDIENGEWALT

»If you wished to assess the full effect of a particular medicine on children's physical health, you would hardly do it by soliciting opinions from parents, teachers and self-defined ›experts.«¹ Mit diesem Vergleich kritisiert Albert Bandura 1963 in seinem viel zitierten Artikel »What TV Violence Can Do to Your Child« aus seiner Sicht wenig vertrauenswürdige Forschungsergebnisse, die bezweifeln, dass televisuelle Gewaltdarstellungen für Kinder schädlich sind. Analogiebildungen von Medienwirkung und der Wirkung von Arzneimitteln, Beschreibungen von medialen Wirkungsprozessen in medizinischem Vokabular, sind im Mediengewalt-Diskurs häufig anzutreffen. Schon in Werthams metaphernreichem Pamphlet *Seduction of the Innocent* finden sich neben Darstellungen, in denen Comics als pervertierte Lehrbücher erscheinen, auch Schilderungen, die Medienwirkung mit Krankheitserregern und den Comicsleser mit einem infizierten Individuum parallel setzen:

»The problem of the effect of crime comic books is like a combined clinical and laboratory problem in infectious diseases. You not only have to study the possibly affected individuals; you have to investigate the potentially injurious agents themselves, their varieties, their lives, their habitat. There is a considerable distance from the pure culture of the bacillus to the clinical case.«²

Werthams Kennzeichnung der Comics als »unhealthy« oder als »virus« und seine Diagnose von Verhaltensstörungen und Angstträumen als »common clinical syndrom in comic-book readers«³ bleiben schon allein durch seine Forschungsarbeit in psychiatrischen Kliniken nicht auf den Bereich des Metaphorischen beschränkt. Wie weit aber trägt die Analogie auf einer umfassenderen Diskursebene? Entwirft der Mediengewalt-Diskurs den Mediennutzer in dem Sinne als ein krankes bzw. von Krankheit bedrohtes Individuum, dass seine Heilungsbedürftigkeit als medizinisches Bezugsproblem handlungsrelevant wird? Wenn ja, welcher Art ist die Gesundheitsschädigung, die der Mediennutzer erleidet oder erlitten hat? Und schließlich: Bietet der Diskurs ein Heilmittel an bzw. weist

1 A. Bandura: »TV Violence«, S. 124.

2 F. Wertham: *Seduction of the Innocent*, S. 30.

3 Ebd., S. 51, S. 118 u. S. 107.

er den Weg zur Heilung, ist er also in diesem Sinne ein therapeutischer Diskurs?

Im folgenden Kapitel soll zur Beantwortung dieser Fragen zunächst scheinbar ein Umweg gegangen werden, der aber tatsächlich in den Kern der Problematik führt. In der Mediengewaltforschung gibt es eine Einmütigkeit, die angesichts der immer wieder beklagten Uneinigkeit überrascht: Eine der zahlreichen Thesen zur Frage der Wirkung von medialen Gewaltdarstellungen, die so genannte Katharsisthese, gilt als *empirisch widerlegt*.⁴ Zugespißt und vereinfacht gesagt gehen Vertreter der Katharsisthese davon aus, dass die Rezeption von Gewalt in den Medien eine aggressionsreduzierende Wirkung auf den Nutzer hat: Nach der Nutzung, so die These, sei der Rezipient friedlicher und ausgeglichener als zuvor. Die These einer ausgleichenden, regulierenden Funktion und damit positiven, erwünschten Wirkung von Mediengewalt findet sich bereits in den Aushandlungsprozessen, die der Etablierung des Mediengewalt-Diskurses vorangehen – sie wird allerdings meist noch nicht unter dem Begriff »Katharsis« gehandelt.

Allgemeiner und neutraler ausgedrückt könnte man von inversen Mediengewaltthesen sprechen, denn die diskursbestimmende Kausalformel – medial dargestellte Gewalt evoziert bzw. verstärkt die Aggressivität des Nutzers – wird umgekehrt: Mediale Gewaltdarstellung reduziert seine Aggressivität. Im pädagogischen Diskurssegment steht die Auseinandersetzung mit inversen Mediengewaltthesen in engem Zusammenhang mit der Argumentation, schädliche Wirkungen seien einer Kommerzialisierung der Medien geschuldet. Verfechter solcher Thesen werden als Apologeten von medialer Gewaltdarstellung im Dienste der Medienindustrie kritisiert: »The getting-rid-of-aggression-by-comic-books argument has no clinical basis«,⁵ hält Wertham den »Experten« der Comicindustrie entgegen. Explizit von der Bezeichnung »Katharsis«, »Katharsisthese« oder »-hypothese« ist in den Debatten in großem Umfang erst die Rede, wenn Forscher wie der Psychologe Seymour Feshbach ab Mitte der 1950er Jahre sich um den experimentellen Beweis der aggressionsreduzierenden Funktion von medialer Gewaltdarstellung bemühen.⁶ Das Auftauchen des Begriffs »Katharsis« im Medienwirkungs-Diskurs ist in diesem Fall von Bedeutung, denn dieses Auftauchen ist Voraussetzung

4 Vgl. Burkhard Freitag/Ernst Zeitter: »Stichworte aus Medienwissenschaft und Medienpädagogik: Katharsis«, in: tv diskurs 3 (1999), H. 9, S. 18-26, hier S. 18 u. S. 23.

5 F. Wertham: Seduction of the Innocent, S. 246.

6 Vgl. den ersten, seine Dissertation zusammenfassenden Text, Seymour Feshbach: »The Drive-Reducing Function of Fantasy Behavior«, in: Journal of Abnormal and Social Psychology 50 (1955), H. 1, S. 3-11, der in der Debatte als zentrale Referenz der Katharsisthese auftaucht, obwohl Feshbach weder explizit von Katharsis spricht noch den Aspekt medialer Gewaltdarstellung in den Fokus rückt. Diese Schieflage wird im Folgenden noch genauer erläutert.

für die kontroverse Diskussion der ›Katharsishypothese‹. Bandura kann 1963 in seinem Artikel die Verbreitung des Erklärungsmodells im Diskurs voraussetzen und das Feindbild der Katharsis-Advokaten daher klar benennen:

»Many mental-health workers and a large segment of the general public assume that exposure to violence can be cathartic – i.e., as children identify with the aggressor, their pent-up hostile feelings are drained away – and that television thus serves as a harmless cultural pacifier.«⁷

Im diskursiven Prozess um die Katharsisthese, der sich von ihrem Erscheinen in den Aushandlungsprozessen über ihren empirischen Beweis bis hin zur empirischen Widerlegung dieses Beweises erstreckt, zeichnet sich besonders deutlich eine spezifische Diskurspolitik ab, die den Mediengewalt-Diskurs bis heute bestimmt. Die Katharsisthese erfährt eine diskursive Ausgrenzung, und das heißt: Sie hat nicht den Status einer objektiven wissenschaftlichen Tatsache, von der im Mediengewalt-Diskurs gesprochen werden kann. Die These bleibt zwar eine zentrale Diskursfigur, die sich bis heute als attraktives Modell erweist,⁸ als wissenschaftlich wahre Aussage in der Mediengewaltforschung scheidet sie aber aus. Sie gehört stattdessen zu dem Bereich, den Foucault das ›wilde Außen‹ nennt: »Es ist immer möglich, daß man im Raum eines wilden Außen die Wahrheit sagt; aber im Wahren ist man nur, wenn man den Regeln einer diskursiven ›Polizei‹ gehorcht, die man in jedem seiner Diskurse reaktivieren muß.«⁹

Die Regeln jener ›diskursiven Polizei‹, die zum Ausschluss der Katharsisthese aus dem wissenschaftlichen Feld der Mediengewalt geführt haben, wären sicher unzureichend beschrieben und in ihrer Vielschichtigkeit nicht erfasst, wenn einfach konstatiert würde: Das einzige Ziel dieser Regeln ist es, der Ansicht zur Durchsetzung zu verhelfen, dass mediale Gewaltdarstellung schädlich ist. Vielmehr – so die Überlegung,

7 A. Bandura: »TV Violence«, S. 124.

8 Die Persistenz der Katharsisthese zeigt sich etwa in der Kritik von Freitag und Zeitter, mit dem Katharsiskonzept sei, da es auf negative Medienwirkungen verengt wurde, »ein differenziertes und inhaltsreiches Modell möglicher Medienwirkungen verschenkt worden«, und in ihrer Forderung, auf Aristoteles' Tragödiensatz zurückgreifend in einem dramaturgischen Purgations-Konzept diese ›Versäumnisse‹ aufzuholen. B. Freitag/E. Zeitter: »Katharsis«, S. 27. In jüngster Zeit hat Daniel Hug mit einer Arbeit zur Katharsis sich die Revision eines umstrittenen Konzepts vorgenommen. Auch Hug bemüht sich, »das Verlorene« der empirischen Mediengewaltforschung neu zu erschließen, indem er voraristotelische Katharsiskonzepte für moderne Medienprodukte geltend macht. Daniel Hug: Katharsis. Revision eines umstrittenen Konzepts, London: Turnshare 2004, S. 6.

9 M. Foucault: Ordnung des Diskurses, S. 25.

die in diesem Kapitel verfolgt werden soll, – sind das Erscheinen, der Beweis, die Widerlegung, ja sogar die Persistenz der Katharsisthese im Mediengewalt-Diskurs entscheidende Indizien dafür, dass dieser Diskurs unter anderem, möglicherweise sogar in erster Linie, ein therapeutischer Diskurs ist. Erscheinen und Beweis der Katharsisthese sowie ihre fort-dauernde Attraktivität verdeutlichen, dass ein entscheidender Aspekt des Mediengewalt-Diskurses darin besteht, die Kurzschlussformel Mediengewalt – also die Kopplung von medialer Gewaltdarstellung und ihrer Wirkung auf den Mediennutzer – parallel zu ihrer diskursiven Prozessierung mit einem »Heilungsangebot« zu versehen. Die Widerlegung der Katharsisthese als Resultat einer zentralen Diskursregel wiederum macht deutlich, wie dieses Heilungsangebot *nicht* auszusehen hat und inwiefern der Mediennutzer *nicht* als heilungsbedürftiges Individuum zu konzipieren ist. Wie die folgenden Ausführungen zu zeigen versuchen, untersagt die »diskursive Polizei«, die Formel »Mediengewalt« selbst zum Therapeutikum zu erklären und in diesem Sinne als direkte Heilung des »aggressionskranken« Mediennutzers fungieren zu lassen. Die Katharsisthese macht durch ihre Widerlegung *ex negativo* deutlich, wie das diskursive Heilungsangebot stattdessen zu verstehen ist: *Der Diskurs selbst* formiert sich als *Regulierungspraxis*, die eine sozialhygienische Heilungsbedürftigkeit des gesamten Publikums der Verbreitungsmedien konstatiert und als sein vorrangiges Bezugsproblem entwirft.

Zur Genealogie medizinischer Reinigungskonzepte

Wenn es nun zunächst um die Frage geht, inwiefern das Konzept der Katharsis den medizinischen Aspekt des Mediengewalt-Diskurses kenntlich macht, also darauf verweist, dass der Diskurs an zentraler Stelle Fragen der Krankheit und der Therapie verhandelt, muss berücksichtigt werden, dass er an genealogische Spuren einer diskontinuierlichen Geschichte der Katharsis anschließt, in denen Reinigung als Verfahren der Heilung fungiert. Andere, etwa moralisch-philosophische Konzepte der Katharsis werden ausgeblendet. Im Hinblick auf den Mediengewalt-Diskurs deuten sich damit eigentümliche diskurshistorische Linien an: Das Katharsiskonzept taucht in der Mediengewaltforschung auf, indem es an seine medizinische, nicht aber an seine moralische Diskurslinie anknüpft. Wenn das Heilungsangebot der Katharsisthese im Mediengewalt-Diskurs dem diskursiven Heilungsangebot der Regulation weicht, aktualisiert der Mediengewalt-Diskurs Praktiken der Moralisierung, die allerdings mit dem Katharsiskonzept nicht mehr in direkter Verbindung stehen.

Der Katharsisbegriff ist bis heute eng an die *Poetik* des Aristoteles geknüpft, in der er am Anfang des 6. Kapitels die Tragödie folgendermaßen bestimmt:

»Die Tragödie ist Nachahmung einer guten und in sich geschlossenen Handlung von bestimmter Größe, in anziehend geformter Sprache, wobei diese formenden Mittel in den einzelnen Abschnitten je verschieden angewandt werden – Nachahmung von Handelnden und nicht durch Bericht, die Jammer und Schaudern hervorruft und hierdurch eine Reinigung von derartigen Erregungszuständen bewirkt.«¹⁰

Die gegenwärtige Forschung zur Geschichte des Katharsiskonzepts stimmt darin überein, dass Aristoteles mit seiner Beschreibung der reinigenden Tragödienwirkung, die aufgrund ihrer Unbestimmtheit oder Unvollständigkeit eine lange, kontroverse Interpretationsgeschichte nach sich zieht,¹¹ das Konzept nicht erstmals einführt, sondern auf ältere kultisch-religiöse und medizinische Reinigungsverfahren zurückgreift. Katharsis ist ein Begriff, der vor seinem Auftauchen im Aristotelischen Tragödiensatz rituelle Techniken von Reinigungspriestern und Heilmethoden der hippokratischen Medizin bezeichnet: »die dionysische, homöopathische Therapie: die Reinigung von Wahnsinn durch Wahnsinn; die Reinigung durch Blut; die Reinigung durch Abführung mithilfe von schwarzer Nieswurz; die Reinigung durch Räucherung mit Schwefel und Asphalt.«¹² In der Heilkunde des Hippokrates taucht der Begriff auf, um die Abfuhr krankhafter Flüssigkeiten durch purgative Arzneimittel zu bezeichnen.¹³

Aristoteles' Verwendungsweise des Begriffs geht – wie Wolfgang Schadewaldt und Hellmut Flashar in ihren einschlägigen Beiträgen zur alphilologischen Katharsisforschung gezeigt haben – über eine bloße Analogiebildung hinaus. Der Philosoph überträgt nicht einfach medizinisch-kultische Reinigungskonzepte im metaphorischen Sinn auf den Bereich der Wirkungsästhetik, sondern versteht die Tragödie als ein thera-

10 Aristoteles: Die Poetik. Griechisch/Deutsch, übers. u. hg. v. Manfred Fuhrmann, Stuttgart: Reclam 1994, S. 19.

11 Unbestimmt bleibt die Katharsis, weil Aristoteles keine eindeutige Auskunft darüber gibt, wovon der Tragödienzuschauer gereinigt werden soll. Die Forschung nimmt eine Unvollständigkeit an, weil Aristoteles in seiner *Politik* auf eine genauere Definition der Katharsis in der *Poetik* verweist, diese aber in der nur als Fragment überlieferten Schrift nicht zu finden ist. Vgl. Werner Mittenzwei: »Katharsis«, in: Karlheinz Barck u.a. (Hg.), *Ästhetische Grundbegriffe. Historisches Wörterbuch in sieben Bänden*, Bd. 3, Stuttgart, Weimar: Metzler 2001, S. 245-272, hier S. 246f. u. S. 248.

12 Fortunat Hoessly: Katharsis. Reinigung als Heilverfahren. Studien zum Ritual der archaischen und klassischen Zeit sowie zum Corpus Hippocraticum, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht 2001, S. 317.

13 Vgl. Stanley W. Jackson: »Catharsis and Abreaction in the History of Psychological Healing«, in: *Psychiatric Clinics of North America* 17 (1994), H. 3, S. 471-491, hier S. 472.

peutisches Instrument der »Seelenhygiene«.¹⁴ Nicht nur Aristoteles hat in seiner *Poetik* die therapeutische Wirkung der Katharsis im Bereich der Dichtkunst bestimmt, auch in einer hippokratischen Schrift findet sich ein Hinweis darauf, dass der Betrachtung von Theaterstücken eine heilsame Wirkung zugeschrieben wird: »[D]ie Medizin nimmt die Dichtung für die Heilung einer Krankheit zu Hilfe, in der *Poetik* bedient sich Aristoteles einer medizinischen Anschauung, um die Wirkungsform der Dichtung zu verdeutlichen. Letztlich aber laufen beide Auffassungen auf dasselbe hinaus.«¹⁵ Flashar bringt die Affekte *eleos* und *phobos*, die Aristoteles als Wirkungen der Tragödie nennt, mit im *Corpus Hippocraticum* beschriebenen Krankheitsvorstellungen in Verbindung, nach denen »die Krankheiten als Übermaß von Warm, Kalt, Feucht und Trocken erklärt, die Gesundheit als Gleichgewicht dieser Qualitäten untereinander bestimmt«¹⁶ werden. Bei Aristoteles, so Flashar, haben die Affekte eine dementsprechende somatische Grundlage: *Eleos* sei medizinisch durch ein übermäßiges Auftreten von Feuchtigkeit (Tränen) bestimmt, *phobos* durch zuviel Kälte (Schaudern). Eine bloße Analogie des Tragödiensatzes zum Bereich der Medizin sei daher nicht zutreffend:

»Vielmehr ereignet sich nach der Auffassung des Aristoteles tatsächlich unter dem Einfluß der Tragödie eine Reinigung im medizinischen Sinne, nämlich eine Reinigung von einem Übermaß an Kälte und Feuchtigkeit, die die gesunde Ausgeglichenheit unter jenen Grundqualitäten wiederherstellt und durch das Ausscheiden der überschüssigen Stoffe ein Gefühl der Erleichterung herbeiführt.«¹⁷

Aristoteles' medizinische Tragödienkonzeption steht in engem Zusammenhang mit dem Stellenwert, den er der Tragödie in seinem Staatskonzept im Rahmen der *Politik* zuweist. Im Gegensatz zu Platon verbannt Aristoteles die Tragödie nicht aus dem Staat, weil sie zur moralischen Erziehung untuglich sei, sondern bindet sie als Element der Staatshygiene, das dem einzelnen Menschen ekstatische Purgation und damit Erholung bietet, in seine Staatstheorie ein.¹⁸

Die medizinischen Deutungen von Schadewaldt und Flashar erfolgen rezeptionsgeschichtlich vor dem Hintergrund der moralisch-pädagogischen Auslegung der Aristotelischen Katharsis durch Lessing, die seit

14 Wolfgang Schadewaldt: »Furcht und Mitleid? Zur Deutung des Aristotelischen Tragödiensatzes«, in: *Hermes* 83 (1955), H. 1, S. 129-171, hier S. 164.

15 Hellmut Flashar: »Die medizinischen Grundlagen der Lehre von der Wirkung der Dichtung in der griechischen Poetik«, in: *Hermes* 84 (1956), H. 1, S. 12-48, hier S. 34.

16 Ebd., S. 40.

17 Ebd., S. 48.

18 Vgl. W. Schadewaldt: »Furcht und Mitleid?«, insbes. S. 154-156.

dem 18. Jahrhundert lange Zeit prägend gewesen ist.¹⁹ Die Lessing'sche Deutungslinie, von der sich Schadewaldt und Flashar abgrenzen, ist ein genealogischer Pfad, der in der Geschichtlichkeit des Mediengewalt-Diskurses keine Rolle spielt – auch dies ist bezeichnend für die Medikalisierung des Diskurses. Als wichtiger Hinweis zur Beantwortung der Frage, warum die Diskurspolizei des Mediengewalt-Diskurses die Katharsisthese ausgrenzt, kann schon einmal festgehalten werden: Katharsis, so wie sie im Feld der Mediengewalt auftaucht, hat sich von Aspekten der moralischen Besserung, die in der Katharsisdebatte eine bedeutende Rolle spielen, abgewandt. In den medizinischen Reinigungsvorstellungen, die hier relevant sind, geht es gerade nicht um moralisch-ethische Erziehungs- und Besserungsvorhaben. Wenn der Mediengewalt-Diskurs sein sozialhygienisches Programm in Abgrenzung zur Katharsisthese formiert, spielt die Ausblendung ihrer moralischen Ebene keine unbedeutende Rolle. Denn die Erziehung und Verbesserung des Mediennutzers wird in Praktiken der moralischen Regulation wieder Bedeutung gewinnen.

Eine Etappe in der diskontinuierlichen Geschichte des Katharsiskonzepts, die für den Mediengewalt-Diskurs dagegen von großer Bedeutung ist, stellt das Erscheinen der Katharsis in der Herausbildung der *psychoanalytischen Methode* dar. Die Einschreibung des Katharsiskonzepts in die Entwicklungsgeschichte der Psychoanalyse am Ende des 19. Jahrhunderts erfolgt möglicherweise – vermittelt durch die Darstellungen Jacob Bernays²⁰ – über einen direkten Bezug zum Aristotelischen Begriff.

-
- 19 Indem Lessing *phobos* als milde Form der Furcht in den Hintergrund treten lässt und *eleos* als Mitleid im christlichen Sinne als Zentralbegriff der Tragödie bestimmt, hat er die nichtaristotelische Traditionslinie entscheidend geprägt. Das Konzept der Katharsis versteht Lessing nicht als abführende Purgation, sondern als moralische Besserung. Lessing betrachtet – so die Zuspitzung Schadewaldts – »die Tragödie als eine Art moralischer Kuranstalt, durch die mit der Erregung der beiden Affekte der Furcht und des Mitleids und ihrer darauf folgenden Wegschaffung auch der ganze seelische Habitus des Menschen eine nachhaltige Besserung erfahre.« W. Schadewaldt: »Furcht und Mitleid?«, S. 148.
- 20 Der in Breslau lehrende Altertumswissenschaftler publizierte 1857 einen Text, in dem er, gegen Lessings moralische Deutung, Katharsis als abführende Entladung von schädlichen Körpersäften bestimmt und damit die weitere Diskussion entscheidend prägt. Vgl. in englischer Übersetzung Jacob Bernays: »On Catharsis. From *Fundamentals of Aristotle's Lost Essay on the ›Effect of Tragedy‹* [1857]«, in: *American Imago* 61 (2004), H. 3, S. 319-341. Vgl. auch Francisco Pedrosa Gil/Gerald Kreft: »Einleitung zu ›Die Katharsis bei Aristoteles, Bernays und Freud‹ von Juan Dalma«, in: *psychoneuro* 30 (2004), H. 2, S. 112-115, hier S. 113. Schadewaldt und Flashar knüpfen mit ihren medizinischen Lesarten an Bernays an. Für Freuds Bernays-Rezeption wird häufig auf eine Verwandtschaftsbeziehung

Nahe liegender ist aber, davon auszugehen, dass Sigmund Freud und Josef Breuer in ihren *Studien über Hysterie* ein Modell aufnehmen, das in der zeitgenössischen Medizin gängig ist. Unabhängig von der wirkungsästhetischen aristotelischen Tradition hat sich die reinigende Heilung im Sinne der hippokratischen Humoralpathologie – also der Methode des Ausstoßens krankhafter Körperflüssigkeiten – als medizinisches Verfahren fortgesetzt.²¹ Die Katharsisgeschichte ist damit nicht nur durch Diskontinuitäten, sondern durchaus auch durch Kontinuitäten gekennzeichnet.

Die Wiener Ärzte Freud und Breuer verwenden den Begriff Katharsis, um die therapeutische Methode des »Abreagierens« zu beschreiben, nach der ein Patient ein traumatisches Erlebnis, bei dem eine emotionale Reaktion nicht stattgefunden hat, unter Hypnose ein zweites Mal durchlebt, wobei er die ausgebliebenen Affekte ausagieren und sich ihrer so entledigen kann. Auch wenn Freud sich später von der Hypnose distanziert und zur psychoanalytischen Methode der freien Assoziation übergeht, bleibt das Modell des kathartischen Abreagierens weiterhin signifikant. Die Sprache wird bei Freud nun zum Medium der kathartischen Reinigung.²²

Das diskursive Umfeld, in dem Purgationsverfahren immer noch Teil der medizinischen Praxis sind und »Katharsis« daher ein geläufiger Begriff ist, prägt nicht nur die Entstehung der Psychoanalyse. Parallel zum diskursiven Umfeld der Psychoanalyse in Wien sind auch in der amerikanischen Medizin des 19. Jahrhunderts reinigende Heilverfahren weit verbreitet. Um 1850 – so zeigt es John Harley Warner unter anderem durch die Begriffsanalyse von medizinischen Fallgeschichten – vollzieht sich in der Beschreibung des nicht-kranken Körpers eine Verschiebung von der Bezeichnung *natural* zum Begriff *normal*. Diese Verschiebung in der therapeutischen Perspektive, so Warner, zeigt den Beginn der normalisierenden Sozialmedizin an, die ihre Erkenntnisse nicht mehr aus Interaktionen zwischen Arzt und Patient gewinnt, sondern durch labor-experimentell gemessene empirische Daten.²³ Vor diesem Umstellungs-

hingewiesen: Bernays war der Onkel von Freuds Frau Martha. Vgl. ebd. sowie S. Jackson: »Catharsis and Abreaction«, S. 475.

- 21 Juan Dalma zeigt, dass die hippokratische Medizin Ende des 19. Jahrhunderts trotz zahlreicher Einwände und Gegenkonzepte immer noch vorherrschend war. Juan Dalma: »Die Katharsis bei Aristoteles, Bernays und Freud« [1963], übers. und eingeleitet von Francisco Pedrosa Gil/Gerald Kreft, in: *psychoneuro* 30 (2004), H. 3, S. 169-173, hier S. 170.
- 22 Vgl. W. Mittenzwei: »Katharsis«, S. 260; S. Jackson: »Catharsis and Abreaction«, S. 477; J. Dalma: »Katharsis«, S. 170.
- 23 Vgl. John Harley Warner: *The Therapeutic Perspective. Medical Practice, Knowledge, and Identity in America, 1820-1885*, Princeton: Princeton University Press 1997, S. 7. Vgl. zur Umstellung auf Sozialmedizin und die damit einhergehende Kritik am Verlust der direkten Interaktion zwischen Arzt und Patient auch das Kapitel *Wirkung: Epistemologie des Messens* der vorliegenden Untersuchung.

prozess ist die kathartische Heilung eng mit einem Verständnis der Krankheit als Ungleichgewicht des im »Naturzustand« ausbalancierten Körpersystems verbunden.

»Ordinarily the system was first cleansed of matter that might impede its functioning. Draining off excess excitement from the body was not entirely metaphorical, for it was often accomplished by draining fluids thought to stimulate the internal structures. Heroic depletion was brought about by such drugs as cathartics (calomel, corrosive sublimate, jalap), emetics (tartar emetic, ipecacuanha), and counterirritants (blisters), by low diet, and by drawing blood.«²⁴

Die natürliche Balance des Körpers als Kennzeichnung seiner Gesundheit, die mit kathartischen Arzneien wiederhergestellt werden kann, bestimmt der ärztliche Blick für jedes Individuum gesondert. Krankheit wird weniger distinkten Kausalitäten, als vielmehr dem Ensemble von Exzessen oder Mangelerscheinungen in der Lebensführung des einzelnen Patienten, seinen moralischen Verfehlungen zugeschrieben.²⁵ Die kathartische Entladung soll also die internen, individuellen Unordnungszustände des einzelnen Patienten regulieren. Sie zielt – kurz gesagt – auf das Individuum, nicht auf die Population im Sinne Foucaults.²⁶

Die Umstellung der Medizin auf eine experimentelle Sozialmedizin gegen Ende des 19. Jahrhunderts verschiebt ihren Fokus vom Individuum auf die experimentell verdatete Bevölkerung. Die Medizin kennzeichnet Gesundheit nicht mehr als einen »natürlichen«, sondern als einen »normalen« Zustand und gewinnt ihre Bestimmung von Normalität durch die quantifizierenden Laborwissenschaften. Die Folge dieser Umstellung ist, dass Krankheit nun nicht mehr als diffuses Ungleichgewicht des individuellen Körpers, sondern als eine Entität aufgefasst wird, die aus spezifischen Ursachen resultiert. Es wird deshalb zur Aufgabe des Arztes, die besondere Krankheit des Patienten zu diagnostizieren und eine konkret auf diese Krankheit zugeschnittene Therapieform einzuleiten.²⁷ Die traditionelle Behandlungsmethode, in der kathartische Arzneien eine entscheidende Rolle spielen, wird schrittweise von diesem neuen Therapiezugriff verdrängt. Die behandelnden Ärzte konzentrieren sich immer weniger auf das umfassende körperliche Gleichgewicht des Patienten, sie

24 J. Warner: *Therapeutic Perspective*, S. 92.

25 Vgl. ebd., S. 85f. Die moralische Verfehlung als Ursache für ein Ungleichgewicht des Körpers darf nicht mit moralischen Interpretationen der Katharsis verwechselt werden. Die Reinigung ist hier ganz im hippokratischen Sinn als Abfuhr schädlicher Körperflüssigkeiten gedacht.

26 Vgl. Mittenzweiss Beschreibung der rituellen Katharsis: »Durch die K. löste sich die Verkrampfung, das Individuum fühlte sich versöhnt, wenn auch nicht unbedingt mit dem Staat, der Gemeinschaft, so doch mit sich selbst; denn die Instrumentalisierung der K. blieb trotz des gemeinschaftlichen Erlebnisses auf das Individuum ausgerichtet.« Ders.: »Katharsis«, S. 249.

27 Vgl. J. Warner: *Therapeutic Perspective*, S. 86f.

richten ihren therapeutischen Zugriff vielmehr auf distinkte Körpereinheiten und deren Funktionsweise. Infolgedessen verwenden sie weniger kathartische Medikamente, die den ganzen Körper beeinflussen sollen, sondern verengen ihre therapeutische Perspektive darauf, spezifische physiologische Prozesse zu manipulieren.²⁸ Die ärztliche Perspektive ist nicht mehr auf das Individuum, sondern auf in körperliche Faktoren zergliederte Krankheitsvorgänge gerichtet, deren Anormalität durch empirische Messungen an den durchschnittlichen Normalzuständen der Bevölkerung ausgerichtet werden. Die Gesundheit der Bevölkerung, die öffentliche Hygiene, wird damit zum Anliegen staatlicher Interventionen.²⁹

Die Reinigungspraktiken, die in der Tradition der hippokratischen Medizin stehen, verschwinden nicht schlagartig aus der neuen normalisierenden Heilkunde, deren therapeutische Perspektive die amerikanische Medizin des 20. Jahrhunderts bestimmen wird. Im Hinblick auf die Geschichtlichkeit des Mediengewalt-Diskurses ist entscheidend, welche Semantisierung das Konzept der Katharsis erfährt, wenn es zum *Gegenmodell einer entstehenden Normalisierungsmedizin* wird: Die reinigende Heilung steht für einen therapeutischen Zugriff auf ein Individuum, das aus seinem inneren Gleichgewicht geraten ist. Dieses Therapiemodell – so lässt sich als vorläufige Vermutung formulieren – ist ein Gegenkonzept zum, möglicherweise sogar eine Form der Kritik an dem Behandlungsmodell, das mit der Umstellung auf die sozialmedizinische Perspektive hegemonial wird: Es steht im Gegensatz zu einer ärztlichen Praxis, die sich der Therapierung von Kollektivindividuen widmet, wobei sich die Normalität dieser Kollektivindividuen an gesellschaftlichen Durchschnittswerten orientiert und ihre Pathologie durch spezifisch zu behandelnde Krankheiten definiert ist, die als Wirkungen ermittelbarer Ursachen gelten.

Die Semantik des somatischen Katharsiskonzepts als Gegenmodell zur normalisierenden Therapieform prägt noch das diskursive Umfeld der US-amerikanischen Adaptionen des psychotherapeutischen Katharsismodells, das zu Beginn des 20. Jahrhunderts auch in psychologische Heilungskonzepte Eingang findet. Das kathartische Abreagieren erfährt in seiner Rezeptionsgeschichte Generalisierungen und Modifikationen, die mit seiner Herkunft aus der Psychoanalyse nur noch die Vorstellung der Purgation gemeinsam haben.³⁰ Dass die Katharsis schließlich Eingang in den Mediengewalt-Diskurs findet, dürfte dem anwachsenden Interesse an Konzepten des Abreagierens geschuldet sein, das in den USA nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg zu beobachten ist. Die Behand-

28 Vgl. ebd., S. 101.

29 Diese Umstellung der Gesundheitsfrage auf eine staatlich gelenkte öffentliche Hygiene vollzieht sich nicht nur in den USA, sondern auch in den europäischen Ländern. Vgl. dazu Philipp Sarasin: *Reizbare Maschinen. Eine Geschichte des Körpers 1765-1914*, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2001, S. 95-117.

30 Vgl. S. Jackson: »Catharsis and Abreaction«, S. 481.

lung von Kriegsneurosen nach den beiden Weltkriegen führt zur Entwicklung zahlreicher neuer Therapieformen, wie etwa dem »Psychodrama« Jacob Morenos, in dem das kathartische Abreagieren ein zentrales Element ist.³¹ »Katharsis« wird damit in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einem gängigen Konzept in Wissenschaftsdiskursen und in der amerikanischen Öffentlichkeit.

Mediengewalt als kathartische Arznei

Von der Katharsisthese, wie sie im Mediengewalt-Diskurs erscheint, trennt die bisher dargestellten medizinisch-therapeutischen Reinigungskonzepte noch ein entscheidender Aspekt: In der Geschichte der Katharsis steht die Entladung von Aggression bisher, auch wenn sie im psychoanalytischen Konzept des Abreagierens bereits eine Rolle spielt, noch nicht im Vordergrund. Dies ändert sich, wenn Ende der 1930er Jahre im Rahmen der Aggressions-Frustrations-Hypothese der so genannten Yale-School um John Dollard³² das Konzept der Aggressionskatharsis aufkommt. Es ist bezeichnend für die diskontinuierliche Geschichte der Katharsis, dass die Yale-Gruppe in ihrer zentralen Studie *Frustration and Aggression* zwar an die Tradition des Katharsisbegriffs anknüpft, aber diese auf ihre Weise liest: Dollard und seine Koautoren beziehen sich zwar auf Freud und einen psychoanalytischen Ansatz, knüpfen aber nicht an die kathartische Methode des Abreagierens an, sondern an Freuds Ausführungen zum Aggressionstrieb, in denen er selbst nicht explizit von Katharsis spricht.³³

Das grundlegende Postulat der Yale-Gruppe lautet, dass Aggression immer als Folge einer vorangegangenen Frustration ausgemacht werden kann,³⁴ wobei sie »Frustration« als Störung eines zielgerichteten Verhal-

31 Vgl. ebd., S. 481-487.

32 Es handelt sich neben Dollard um folgende Forscher des Institute of Human Relations an der Yale University: Leonhard W. Doob, Neal E. Miller, O.H. Mowrer und Robert S. Sears. An der grundlegenden Studie *Frustration and Aggression* waren auch Clellan S. Ford, der später durch seine Persuasionsforschung bekannt gewordene Experimentalpsychologe Carl I. Hovland und Richard T. Sollenberger beteiligt.

33 Dollard u.a. beziehen sich ausdrücklich auf die frühen Arbeiten Freuds, in denen Aggression noch nicht mit einem Todestrieb in Verbindung gebracht wird, sondern als ein Vorgang der Spannungsreduktion libidinöser Bedürfnisse im Dienste des Lustprinzips aufgefasst wird. Vgl. Horst Zumkley: *Aggression und Katharsis*, Göttingen, Toronto, Zürich: Hogrefe 1978, S. 17f.; John Dollard u.a.: *Frustration and Aggression*, New Haven: Yale University Press 1939, S. 21f.

34 Vgl. J. Dollard u.a.: *Frustration and Aggression*, S. 1. In einer späteren Darstellung machen die Autoren deutlich, dass sie den Umkehrschluss, je-

tens zum Zeitpunkt seines Ablaufs verstehen und »Aggression« als ein Verhalten, dessen Ziel die Verletzung der Person ist, auf die es sich richtet. Der Aggressionsbegriff ist hier also eng mit einem Gewaltbegriff verschaltet. Wenn die Ausführung einer aggressiven Verhaltenssequenz gehemmt wird, ist dies wiederum frustrierend, was zu einer Steigerung der Aggressivität führt.³⁵ Auf dieser Grundlage kommen die Autoren zu folgender Bestimmung eines – »psychoanalytisch« genannten – Katharsisbegriffs, dessen Implikationen im Hinblick auf ein therapeutisches Reinigungsverfahren zunächst ausgeblendet bleiben. »Katharsis« ist in der Frustrations-Aggressions-Hypothese die Reduktion eines Aggressionsantriebs (*instigation*) durch Ausagieren von Aggression:

»It has been assumed that the inhibition of any act of aggression is a frustration which increases the instigation to aggression. Conversely, the occurrence of any act of aggression is assumed to reduce the instigation to aggression. [...] In psychoanalytic terminology, such a release is called *catharsis*.«³⁶

Die Yale-Gruppe nimmt des Weiteren an, dass eine Aggression sich häufig nicht direkt gegen den Agens der Frustration richtet, denn diese direkte Zielreaktion ist oft mit Sanktionen belegt und dadurch gehemmt. Das aggressive Verhalten kann sich daher verschieben und auf ein anderes Objekt richten, seine Form verändern – sich in Imagination oder Spott verwandeln – oder sich zu Selbst-Aggression transformieren. Hinsichtlich des Katharsiskonzepts führt dies die Autoren zu folgender Konsequenz:

»[W]ith the level of original frustration held roughly constant, there should be an inverse relationship between the occurrence of different forms of aggression. This implication follows because, when any response of aggression is inhibited, its instigation should be displaced to the other responses of aggression; and, conversely, when any response of aggression is expressed, its cathartic effect should lessen the instigation to the other aggressive responses.«³⁷

Der Antrieb zur Aggression – so die Hypothese, die für die weitere Diskussion entscheidend ist, – kann also auch reduziert werden, wenn sie

de Frustration ziehe aggressives Verhalten nach sich, ausdrücklich nicht vertreten. Vgl. Miller, Neal E. u.a.: »Die Frustrations-Aggressions-Hypothese« [1941], in: Hans Thomae (Hg.), Die Motivation menschlichen Handelns, Köln: Kiepenheuer & Witsch ⁸1975, S. 205-208, hier S. 205.

35 Vgl. J. Dollard u.a.: Frustration and Aggression, S. 6f.

36 Ebd., S. 50 (Kursivierung im Original). Das Konzept der *instigation* leiten die Autoren von dem Begriff *instigator* ab, den sie als »some antecedent condition of which the predicted response is the consequence« definieren. Ebd., S. 3.

37 Ebd., S. 51 (Kursivierung im Original).

sich auf andere Weise ›entlädt‹ als in direkter Reaktion auf die Ursache der Frustration. An dieser Stelle spielt der medizinische Hintergrund der Katharsis wieder eine Rolle, denn hier ist die Möglichkeit angelegt, dass eine bestimmte Form des Ausagierens von Aggression stellvertretend für eine gehemmte Aggression stehen und diese im weitesten Sinne ›heilen‹ kann.

Leonard Berkowitz, Psychologe an der University of Wisconsin und schon bald einer der schärfsten Kritiker der Katharsishypothese, hat die medizinische Implikation der Yale-Schule am deutlichsten erkannt. Er weist auf die Analogie der Aggressionskatharsis zu therapeutischen Reinigungstechniken hin: Die kathartische Reduktion von Aggression in der Frustrations-Aggressions-Hypothese habe man sich so vorzustellen, »as if the expression of aggression had ›drained‹ the individual's ›reservoir of hostility.«³⁸ Diese Vorstellung, so Berkowitz, berge unabhängig von ihrer theoretischen Plausibilität ein Potenzial zur Regulierung von Aggression auf sozialer Ebene. Berkowitz weist aber auch gleich auf die Gefahr hin, die dieses Heilungsversprechen birgt:

»Whatever the theoretical interpretation, the decrease in overt hostility following an act of aggression has great practical significance. If such a phenomenon can be produced reliably, for example, legal authorities might be advised to provoke expressions of overt hostility in potentially dangerous mobs in situations in which this hostility can be controlled safely in order to prevent later outbursts when the controlling conditions are inadequate. [...] However, such a technique obviously also has great dangers; the first aggressive acts may provoke a later unpredictable and uncontrollable level of violence [...].«³⁹

Die Forscher der Yale University koppeln – auch das erkennt Berkowitz hiermit klar – ihre Frustrations-Aggressions-Hypothese eng an soziale Problematiken und schreiben insbesondere der Frage, warum Aggression gehemmt und wie sie dennoch ausagiert werden kann, von Anfang an einen prekären Status zu. Dollard hat die Hypothese 1937, bereits zwei Jahre vor der Publikation von *Frustration and Aggression*, in der ethnografischen Studie *Caste and Class in a Southern Town* vorgestellt, in der er die ›emotionale Struktur‹ einer Kleinstadt, die Verflechtung der schwarzen und weißen Bevölkerungsschicht durch Verhaltensstrukturen der Frustration und Aggression, in teilnehmender Beobachtung untersucht hat. Dollard macht schon hier seine grundlegende anthropologische

38 Leonard Berkowitz: »Some Factors Affecting the Reduction of Overt Hostility«, in: *Journal of Abnormal and Social Psychology* 60 (1960), H. 1, S. 14-21, hier S. 14. Berkowitz versteht *hostility* und *aggression* als Synonyme. Vgl. ders.: *Aggression. A Social Psychological Analysis*, New York u.a. McGraw-Hill 1962, S. xii.

39 L. Berkowitz: »Reduction of Overt Hostility«, S. 14.

Annahme geltend: »The usual human response to frustration is aggression against the frustrating object.«⁴⁰

Da die afroamerikanischen Bewohner von »Southern Town«, so eine zentrale These der Studie, durch soziale und wirtschaftliche Abhängigkeiten auf die Frustration durch die unterdrückende Bevölkerungsschicht nicht direkt reagieren können, arrangieren sie sich mit der Unterdrückungssituation und verschieben ihre Aggression zu Selbstdemütigung oder Feindlichkeit innerhalb der eigenen sozialen Gruppe.⁴¹ Vor demselben psychoanalytisch informierten Hintergrund der gesellschaftlich induzierten Hemmung von Aggression⁴² beschreibt Dollard auch Formen des Rassismus, die in Sozialisationsprozessen fundiert sind. Der Prozess der Sozialisierung sei aufgrund der Einschränkung von Freiheiten durch Frustrationen geprägt, auf die das Kind nicht mit aggressivem Verhalten zu reagieren in der Lage sei.

»The result is probably every mature person carries some generalized hostility toward the milieu, a hostility which cannot find a legitimate object on which it may be vented. It is suggested that, when society does indicate an object, like the Negro whom one may detest with a good conscience, much of this irrational affect is drained off.«⁴³

Die kathartische Entladung ist bei Dollard also keineswegs ein positives therapeutisches Konzept, er formuliert sie vielmehr als soziales Problem. Die Frustrations-Aggressions-Hypothese produziert für die weitere Forschung eher die Aufgabe, Modelle im aristotelischen Sinne unschädlicher Affektreinigung zu finden, als dass sie selbst ein Heilungsangebot entwirft.⁴⁴ Allerdings stellt die Yale-Schule der Aggressionsforschung mit ihrer kausalen Verknüpfung von Frustration und Aggression ein Instrument zur Verfügung, das in Experimenten zum Einsatz gebracht werden

40 John Dollard: *Caste and Class in a Southern Town*, New Haven: Yale University Press 1937, S. 267.

41 Vgl. ebd., S. 184 u. S. 267f.

42 Dollard bezieht sich unter anderem auf Freuds 1930 in den USA publizierte Studie *Civilization and its Discontents*: »We must recall the general tendency in our society to disavow aggressive activities and intentions toward others; it is a considerable triumph of our early socialization that we have been persuaded to renounce such overt aggression.« Ebd., S. 363.

43 Ebd., S. 441f.

44 In *Frustration and Aggression* werden die sozialen Fragen auf weitere Gebiete der amerikanischen Gesellschaft ausgeweitet. Nach der Darstellung von allgemeinen psychologischen Prinzipien befasst sich die Studie mit der Sozialisierung in Amerika, mit den Themen Jugend, Kriminalität, dem politischen Themenkomplex »Demokratie, Faschismus und Kommunismus« und analysiert abschließend eine »primitive Gesellschaft«. Vgl. J. Dollard u.a.: *Frustration and Aggression*.

kann: Aggressives Verhalten der Probanden wird über frustrierende Handlungen des Experimentators oder anderer Versuchspersonen zu einer kontrollierbaren Größe.

Das Heilungsangebot innerhalb der sozialpsychologischen Kommunikationsforschung, das im Anschluss an die Hypothesen der Yale-Schule formuliert wird, lautet »symbolische Aggressionskatharsis«. Die Emergenz eines Modells, in dem die Abreaktion zur Wirkung von Verbreitungsmedien wird, vollzieht sich in den Experimenten des Psychologen Seymour Feshbach.⁴⁵ In einem folgenreichen Versuch Mitte der 1950er Jahre, der die Voraussetzungen und zentralen Hypothesen für seine späteren Medienexperimente schafft, untersucht Feshbach, inwiefern das *Fantasieverhalten* den *Aggressionstrieb* reduzieren kann. Auch wenn die Frustrations-Aggressions-Hypothese zentrale Voraussetzung für den Versuchsablauf ist, schließt Feshbach nicht explizit an die Yale-Schule an, sondern bezieht sich wiederum – mit einer anderen Akzentuierung – auf die Psychoanalyse. Bei Feshbach steht die in der Freudrezeption weit verbreitete Annahme im Mittelpunkt, dass Fantasien als Formen der Wunscherfüllung eine kompensatorische Funktion haben und triebreduzierend wirken können.⁴⁶ Feshbach nimmt sich eine auf den Aggressionstrieb konzentrierte experimentelle Überprüfung dieser Annahme vor, wobei der Triebbegriff in der Experimentbeschreibung äußerst unklar bleibt. Der Psychologe scheint einerseits mit Freud einen menschlichen Aggressionstrieb anzunehmen, andererseits geht er davon aus – wie im Folgenden zu sehen sein wird –, dass er den Versuchspersonen experimentell zuallererst induziert werden muss.

Auch Feshbach lässt einen Teil seiner Probanden, es handelt sich um Studenten mehrerer Psychologieklassen eines Colleges, beschimpfen (*insult group*) und setzt damit unausgesprochen die Hypothese der Yale-Schule voraus, nach der Aggression durch Frustration erzeugt werden kann.⁴⁷ Die übrigen Versuchspersonen (*noninsult group*) erhalten eine

45 Vgl. Berkowitzs Rede von »Feshbach's »symbolic catharsis« hypothesis«. Ders.: »Reduction of Overt Hostility«, S. 15.

46 Vgl. S. Feshbach: »Drive-Reducing Function«, S. 3. Feshbach spricht in der Experimentbeschreibung noch nicht von Katharsis, sondern ausschließlich von Triebreduktion.

47 Die Beleidigung geschieht durch den Experimentator selbst: »The E [= experimenter, I.O.] was briefly introduced to the class by its instructor, who left the classroom and did not return until near the end of the period. [...] After the instructor left the classroom, E, in an authoritarian, arrogant manner, made several derogatory remarks about the motivation, ability, and level of maturity of the student body of the college. For example, he made such comments as »Now I realize that you – College students, or should I say – College grinds have few academic interests outside your concern for grades ... if you will try to look beyond your limited horizons, your cooperation will be useful. In other words, I'd like you to act like adults rather than adolescents.« S. Feshbach: »Drive-Reducing Function«, S. 4.

freundliche Einführung in den Experimentablauf. In einem zweiten Schritt teilt Feshbach die Versuchspersonen wiederum in zwei Gruppen ein: Die eine wird zur Fantasietätigkeit angeregt (*insult fantasy group* und *noninsult fantasy group*), ein Teil der beschimpften Probanden soll nicht ›fantasieren‹ und dient damit der Ergebniskontrolle (*insult control group*).⁴⁸ Der Versuchsablauf macht deutlich, wie sehr sich Katharsismodelle nun mit den Dispositiven der Experimentalpsychologie verwoben haben, denn die Kontrolle der Fantasietätigkeit geschieht über unterschiedliche psychologische Testverfahren: Die *fantasy groups* betrachten vier projizierte Bilder eines fantasieanregenden Persönlichkeitstests, während die Kontrollgruppe ›nüchternere‹ Testverfahren absolvieren muss.

Das Experiment bestätigt seine grundlegende Hypothese: Die beleidigten Probanden, deren Fantasie angeregt wurde, zeigen sich am Ende des Versuchs – gemessen an einem Einstellungs- und Satzvervollständigungstest – weniger aggressiv als die beleidigte Kontrollgruppe.⁴⁹ Auch wenn Feshbach in diesem ersten Experiment die Medialität der gezeigten Bilder noch nicht reflektiert und die Kategorien ›Aggression‹ und ›Frustration‹ eng an das experimentelle Arrangement koppelt, weisen seine Schlussfolgerungen darauf hin, dass Medienwirkung hier schon als kathartische Arznei formiert wird:

»Fantasy or imaginative behavior, like other forms of behavior, can serve as a substitute goal response when the most adequate goal response cannot be made. In the present experiment, Ss [= subjects, I.O.] could not give vent to their hostility directly because of social inhibiting factors, fear of possible punishment from an authority figure, or lack of adequate opportunity. The Fantasy group Ss, however, were given an opportunity for indirect expression of hostility in their fantasy constructions.

[...] As viewed here, fantasy behavior is an adjustment mechanism which can serve to reduce tensions and provide substitute goal satisfactions. It may function as an outlet for socially unacceptable motives and frustrated achievement strivings.«⁵⁰

Anfang der 1960er Jahre veröffentlicht Feshbach einen Experimentbericht im *Journal of Abnormal Psychology*, der Medienwirkung nun, zumindest als ›technisches Ding‹, in die Experimentalordnung einbettet und darüber hinaus ein kathartisches Heilungskonzept zugrunde legt, das dem antiken Medizinverständnis *Simila similibus curantur* folgt:⁵¹ Aggressive Versuchspersonen können, einer unterstellten Ähnlichkeitsbeziehung zufolge, sich am besten ›abreagieren‹, wenn sie sich mediale Gewaltdarstellungen ansehen. Die Versuchsanordnung gleicht Feshbachs Experiment

48 Vgl. ebd., S. 4f.

49 Vgl. ebd., S. 9.

50 Ebd., S. 10.

51 Vgl. S. Jackson: »Catharsis and Abreaction«, S. 474.

Mitte der 50er Jahre – mit dem Unterschied, dass der kathartische Effekt nun nicht mittels psychologischer Testverfahren, sondern über eine filmische Kampfszene (*aggressive film*) provoziert wird, während die Kontrollgruppe einen *neutral film* zu sehen bekommt.⁵² Wiederum beweist das Experiment die vorausgesetzte Hypothese: Die zuvor beschimpften Rezipienten des gewalthaltigen Films zeigen sich in anschließenden Testverfahren weniger aggressiv als Versuchspersonen, die zwar auch beschimpft wurden, aber den neutralen Film gesehen haben.⁵³

Nur zwei Jahre nach diesem Experiment, das noch sehr nahe an der Messung von Aggressionskatharsis durch psychologische Tests abläuft, die Feshbach Mitte der 50er Jahre unternommen hat, verschiebt sich die mediale Gewaltdarstellung vom technischen zum epistemischen Ding: 1963 konzentriert Feshbach unter dem Titel »The Effects of Aggression Content in Television Programs Upon the Aggressive Behavior of the Audience« seine Forschungsfragen explizit auf die kathartische Wirkung medialer Gewaltdarstellung.⁵⁴ Mit der Verknüpfung von Aggressionsreduktion und Gewalt in den Medien konturiert die sozialpsychologische Forschung das Katharsiskonzept in seiner langen, diskontinuierlichen Geschichte zu einem *Modell von Mediengewalt als kathartischer Arznei*. Jedoch wird das hiermit bereitgestellte Potenzial der gesellschaftlich verträglichen Reduktion von aggressivem Verhalten, das die Yale-Schule implizit einfordert und das Feshbach mit seinem Modell der fantasieinduzierten Triebreduktion hoffnungsvoll formuliert, nicht ausgenutzt. Dies verhindern – wie im Folgenden zu sehen sein wird – wiederum die *Diskursregeln* der sozialpsychologischen Medienwirkungsforschung.

Die Widerlegung der Katharsisthese

Es ist bezeichnend für ihre Positionierung im »wilden Außen« des Diskurses, dass die Katharsisthese sofort nach ihrem Auftauchen schon eingeschränkt, modifiziert und re-interpretiert wird. Das Heilungsangebot, nach dem Mediengewalt als kathartisches Therapeutikum fungiert, blitzt in uneingeschränkter Form nur kurz in den sozialwissenschaftlichen Ex-

52 Vgl. Seymour Feshbach: »The Stimulating Versus Cathartic Effects of a Vicarious Aggressive Activity«, in: *Journal of Abnormal and Social Psychology* 63 (1961), H. 2, S. 381-385, hier S. 382. Die Konturierung des aggressiven und neutralen Films ist nicht unmittelbar plausibel: Im ersten Fall sehen die Probanden eine Preiskampfszene aus einem Spielfilm, im zweiten Fall handelt der Film von den Konsequenzen, die durch die Verbreitung von Gerüchten in einer Fabrik entstehen.

53 Vgl. ebd., S. 385.

54 Vgl. Feshbach, Seymour: »The Effects of Aggression Content in Television Programs Upon the Aggressive Behavior of the Audience«, in: Leon Arons/Marc A. May (Hg.), *Television and Human Behavior*, New York: Appleton-Century-Crofts 1963, S. 83-97.

perimenten der Mediengewaltforschung auf, um sofort von den Restriktionen der ›diskursiven Polizei‹ eingefangen und den herrschenden Diskursregeln gemäß umformuliert zu werden. Feshbach selbst, der als Hauptverfechter der Katharsisthese gilt, trägt zur Exklusion der nicht-diskurskonformen These bei – fast im selben Atemzug, in dem er für sie plädiert.

Nur kurze Zeit nach der Studie, in der er eine Aggressivitätsreduktion durch Persönlichkeitstests nachgewiesen hat, berichtet Feshbach über ein Experiment, in dem er die *catharsis hypothesis* – hier schon explizit unter diesem Begriff thematisiert und in der Definition der Yale-Schule eingeführt – mit beträchtlichem Zweifel verhandelt. In der Versuchsanordnung lässt Feshbach Kinder einer *elementary school*, nachdem er zuvor die Lehrer gebeten hat, die grundsätzliche Aggressivität ihrer Schüler jeweils zu bewerten, zum Teil mit ›aggressivem Spielzeug‹, zum Teil mit ›neutralen‹ Gegenständen spielen. Die Katharsishypothese wird in diesem Experiment nicht bestätigt, im Gegenteil: »The aggressive play objects elicited significantly more inappropriate aggression than did the neutral toys.«⁵⁵ Dass Prozesse des stellvertretenden Ausagierens von Aggression keinen kathartischen, sondern sogar einen stimulierenden Effekt haben könnten, ist nach Feshbach alarmierend, denn möglicherweise sei es gar nicht so einfach wie zunächst vermutet, sozialverträgliche Aktivitäten der ›Abfuhr‹ von Aggression zu finden. Der Psychologe distanziert sich von uneingeschränkten Katharsisannahmen und unterstützt stattdessen die Auffassung, »that the consequences of aggressive activity are far more complex than a simple ›drainage‹ or ›catharsis‹ theory implies.«⁵⁶

Feshbachs erste Experimente, in denen Mediengewalt als ›technisches‹ bzw. ›epistemisches Ding‹ verhandelt wird, sind dementsprechend von großer Vorsicht geprägt und nehmen eine nicht unerhebliche Einschränkung der Aggressionskatharsis vor: Eine reinigend-entlastende Wirkung könne die mediale Gewalt auf den Zuschauer nur dann haben, wenn er unmittelbar zuvor frustriert wurde und damit *im Moment der Filmrezeption* aggressiv ist. Außerdem dürfe das Verhältnis zwischen aggressiver Motivation des Betrachters und medial dargestellter Aggressionsentladung nicht beliebig sein: »[T]here must be some functional connection between the vicarious act and the original drive instigating conditions.«⁵⁷ Falls dies nicht der Fall ist, so Feshbach, muss das Gegenteil, nämlich eine Zunahme des aggressiven Verhaltens, befürchtet werden. Während er Mitte der 50er Jahre sich noch sehr zuversichtlich über die Entlastungsfunktion der Fantasietätigkeit geäußert hat, klingt seine Diskussion der Experimentergebnisse Anfang der 60er Jahre eher wie ei-

55 Seymour Feshbach: »The Catharsis Hypothesis and Some Consequences of Interaction with Aggressive and Neutral Play Objects«, in: *Journal of Personality* 24 (1955/56), S. 449-462, hier S. 461f.

56 Vgl. ebd., S. 460f., Zitat: S. 461.

57 S. Feshbach: »Stimulating Versus Cathartic Effects«, S. 381.

ne Mahnung, dem mutmaßlichen Heilungsmittel ›Katharsis‹ nicht zu viel zuzutrauen:

»Presumably vicarious aggressive acts do not willy-nilly serve as outlets for aggressive motivation. This latter process warrants further attention. Aggression is not an ever-present tension system pervading all of an individual's activities. Like other acquired motives, its appearance is very much dependent upon situational factors; and, the more specific the category of objects toward which the aggression is directed, the narrower is both the range of stimuli that can elicit the motivation and the range of situations that can serve as substitute outlets for the aggression.«⁵⁸

Was Feshbach mit seiner Einschränkung der Katharsisthese im Grunde zugesteht, ist ihre Abhängigkeit vom Paradigma der Yale-Schule, das in den Experimenten die Kontrollierbarkeit von Aggression ermöglicht hat. Hier führt das Kontrollpotenzial der Aggressions-Frustrations-Hypothese zu einer Einschränkung des Bereichs, für den die Katharsisthese zutrifft: Aggression kann in Feshbachs Experimenten nur *ermöglicht* werden, indem der Experimentator seine Versuchspersonen frustriert. Diese Ermöglichung bekommt den Status einer unabdingbaren Voraussetzung: Aggression kann nur noch dann zu ihrer kathartischen Entladung bereitstehen, wenn sie dem Probanden zuvor durch Frustration zugeführt wurde. Feshbach entfernt sich damit von einer Vorstellung, die ein Aggressionsreservoir im Individuum annimmt und mittels therapeutischer Kathartika eine ›Reinigung‹ und ›Entladung‹ von einer krankhaften Substanz vorsieht. Vielmehr vertritt er nun die Ansicht, dass eine Stimulation der Aggressionsmotivation nötig ist, um in ihrer Entladung mit stellvertretender Aggression zu korrespondieren. Mit anderen Worten: Feshbach distanzisiert sich schon zu Beginn seiner angeblichen Verfechtung der Katharsisthese vom hippokratischen Heilungsmodell und nähert sich dem – diskursmächtigen – behavioristischen Paradigma an. Eng damit verknüpft ist, dass er mehr und mehr die – von Anfang an instabile – psychoanalytisch informierte Annahme eines Aggressionstriebes aufgibt. Aggression ist kein Trieb mehr, sondern ein ›acquired motive‹.

All diese Modifikationen, die Feshbach schon kurz nach seinem Plädoyer für die triebreduzierende Funktion des Fantasieverhaltens anführt, nimmt Berkowitz, der zur gleichen Zeit zu einer umfassenden Kritik und Widerlegung des Entladungskonzepts antritt, nicht zur Kenntnis. In seiner Auseinandersetzung mit Feshbach nagelt er diesen wiederholt auf seine Rolle als Verfechter der »›symbolic catharsis‹ doctrine«⁵⁹ fest, die Feshbach in dieser reinen Form nie vertreten hat. Berkowitz zitiert als

58 Ebd., S. 384.

59 Leonard Berkowitz/Edna Rawlings: »Effects of Film Violence on Inhibitions Against Subsequent Aggression«, in: Journal of Abnormal and Social Psychology 66 (1963), H. 5, S. 405-412, hier S. 405.

Beleg dessen erste Studie aus dem Jahr 1955, in der Feshbach nie von Katharsis gesprochen hat.

Neben Bandura ist Berkowitz der wichtigste Vertreter der experimentellen Sozialpsychologie, die im Mediengewalt-Diskurs die *Schädlichkeit* von Mediengewalt unter Beweis stellt. Die Laborexperimente, die Berkowitz und seine Mitarbeiter ab Ende der 1950er Jahre an der University of Wisconsin durchführen und die unter dem Namen »Wisconsin Studies«⁶⁰ gängig sind, richten ihre experimentellen Settings auf der Kontrastfolie einer Katharsiskonzeption ein, die in dieser Form nie bestanden hat.⁶¹ Berkowitz' Widerlegung der Katharsisthese ist ebenso ein rhetorisches Verfahren der Diskurspolitik wie der immer wiederkehrende Verweis auf eine Zweiteilung der Mediengewaltdebatte, seit Aristoteles die Katharsis- und Platon die Stimulationsthese vertreten haben.

Der Wisconsiner Psychologe führt einen zentralen Begriff ein, mit dem er jedes Experiment, das vermeintlich kathartische Wirkungen gemessen hat, re-interpretieren kann, und zwar den Begriff der *Inhibition*. Schon 1958 weist er darauf hin, dass Feshbachs angebliche Triebreduktion ebenso gut wie einer kathartischen Wirkung einer Aggressionsangst geschuldet sein könnte, die das aggressive Verhalten der Versuchspersonen gehemmt hat.⁶² Die gekränkten Versuchspersonen in Feshbachs Persönlichkeitstest-Experiment 1955 und in seinem Film-Experiment 1961 haben nach Berkowitz möglicherweise nach den Testbildern bzw. dem Kampffilm deshalb nicht aggressiv reagiert, weil Angst oder Schuldgefühle sie daran gehindert haben.⁶³ In seiner Argumentation sind die Katharsisexperimente nicht problematisch, weil Feshbach sie falsch gedeutet hat, sondern weil sie mehrere mögliche Interpretationen zulassen und deshalb zu uneindeutigen wissenschaftlichen Aussagen führen.⁶⁴

60 Vgl. das so betitelte Kapitel von M. Kunczik: Gewalt im Fernsehen, S. 294-382.

61 Vgl. zur Konturierung der These als »Feindbild«: Leonard Berkowitz: »Aggressive Cues in Aggressive Behavior and Hostility Catharsis«, in: Psychological Review 71 (1964), H. 2, S. 104-122, hier S. 111: »The idea of a hostility catharsis is surely one of the most widely accepted doctrines in the folklore of both the man in the street and the social scientist.«

62 Vgl. Leonard Berkowitz: »The Expression and Reduction of Hostility«, in: Psychological Bulletin 55 (1958), S. 257-283.

63 Vgl. zur Kritik am Persönlichkeitstest-Experiment L. Berkowitz: Aggression, S. 218; zur Kritik am Film-Experiment ders./E. Rawlings: »Effects of Film Violence«, S. 411.

64 Vgl. L. Berkowitz: Aggression, S. 219. Um das Gegenkonzept der Inhibitionsthese zu beweisen, führt Berkowitz gemeinsam mit Edna Rawlings ein Experiment durch, in dem die Versuchspersonen ebenso wie in Feshbachs Film-Experiment zuerst beleidigt werden und dann eine kurze Kampfszene aus dem Spielfilm *Champion* ansehen sollen – mit einem entscheidenden Unterschied in der Versuchsanordnung: Der Experimentator gibt einem

Neben dieser Problematisierung von Feshbachs Experimenten argumentiert Berkowitz grundsätzlich gegen die Annahme einer Aggressionskatharsis. Seine Kritik richtet sich zunächst auf ihre theoretischen Herkunft, also auf die Psychoanalyse und die Yale-Schule. Berkowitz wendet sich gegen die psychoanalytische Annahme eines Aggressionstriebs, die ein »hydraulic model« voraussetze, »with notions of the accumulation and discharge of internal somatic energy«, und die »situationally determined stimulus conditions« nicht beachte.⁶⁵ Noch schärfer als Feshbach in seinen Modifikationen des Katharsiskonzepts spricht Berkowitz also in einem behavioristischen Kontext, nach dem das Verhalten des Individuums von Faktoren in seiner Umwelt bestimmt ist. Der Aggressions-Frustrations-Hypothese hält er – mit einem Verweis auf die Experimente Albert Banduras – entgegen, dass nicht jede Aggression zwangsläufig aus einer Frustration resultieren müsse; aggressives Verhalten könne auch aus der Beobachtung anderer gelernt werden.⁶⁶ Als zweiten Bezugspunkt, von dem aus er die Widerlegung der Katharsistheorie organisiert, führt Berkowitz damit die Lerntheorie an.

Darüber hinaus ist das, was gängigerweise *hostility catharsis* genannt wird, nach den Wisconsiner Studien nichts anderes als eine »completion tendency«⁶⁷, die sich einstellt, wenn eine zielgerichtete Handlung blockiert wird. Berkowitz entfernt sich in dieser Annahme vom klassischen Behaviorismus und geht davon aus, in einem gekränkten Probanden entstehe, wenn er daran gehindert wird, seinen Peiniger zu attackieren, eine Spannung, die erst reduziert wird, wenn der Gekränkte die Aggression tatsächlich ausführen kann.⁶⁸ Das Ausagieren der Aggression ist nach Berkowitz in gewisser Hinsicht mit Freude verbunden, aber nicht in dem Sinne »reinigend«, dass sie das »Aggressionsreservoir« eines Individuums entlade. Vielmehr sei nahe liegend, dass die Freude und Erleichterung,

Teil der Versuchspersonen vor der Filmrezeption eine Zusammenfassung des Films, in dem die gezeigte Szene als gerechtfertigte Gewalt gegen den Protagonisten dargestellt wird, die andere Gruppe erhält eine Synopsis, die den Protagonisten positiv beschreibt und die Gewalt gegen ihn als ungerechtfertigt. Das Experiment kommt zu dem Ergebnis, dass die erste Gruppe in anschließenden Tests mehr offene Aggression gegen den beleidigenden Experimentator an den Tag legt als die zweite, weil im ersten Fall die Rechtfertigung von Gewalt dazu geführt hat, Aggressionshemmungen zu reduzieren. Vgl. L. Berkowitz/E. Rawlings: »Effects of Film Violence«.

65 Leonard Berkowitz: »The Concept of Aggressive Drive. Some Additional Considerations«, in: ders. (Hg.), *Advances in Experimental Social Psychology*, Bd. 2, New York, London: Academic Press 1965, S. 301-329, hier S. 303.

66 Vgl. ebd., S. 305.

67 L. Berkowitz/E. Rawlings: »Effects of Film Violence«, S. 406.

68 Vgl. L. Berkowitz: »Aggressive Cues«, S. 112.

die mit einer aggressiven Handlung verbunden ist, das Lernen dieser Verhaltensweise begünstigt.⁶⁹

Das Resultat dieser stark einschränkenden Neukonzeption ist, dass sie die Wirksamkeit von Mediengewalt als kathartischer Arznei in Frage stellt. In Berkowitz' Vervollständigungsmodell ist *hostility catharsis* nur in einer spezifischen Konstellation möglich: »[T]he angered individual will experience a cathartic relief of internal tension only to the extent that he believes that the anger instigator, or someone closely associated with him, is aggressively injured by himself or some acceptable substitute.«⁷⁰ Entscheidend ist, dass die symbolische Katharsis in Berkowitz' Argumentation damit nicht nur zu einem unwirksamen Heilmittel, sondern mediale Gewaltdarstellung gleichzeitig zu einem *schädigenden Gift* wird – »we cannot be altogether sanguine about media violence«,⁷¹ so seine Warnung. Mit Bezug auf Banduras Experimente, in denen das Lernen aggressiver Verhaltensweisen mittels einer im Film gezeigten »Bobo-Puppe« untersucht wurde, konstatiert Berkowitz zuversichtlich, »[t]he research will suggest media violence is more likely to incite children to acts of overt aggression than to ›drain‹ them of their hostile energy«, und wendet sich scharf gegen die Annahme, mediale Gewaltdarstellung könnte kathartisch wirken:

»Fantasy violence may be pleasant and gratifying to the observer, particularly if he imagines himself in the place of the virile, powerful make-believe aggressor. But this pleasure does not necessarily mean his own aggressive inclinations are weakened. He does not have a reservoir of hostile energy to discharge in fantasy. Hostile tendencies would persist to the extent that the individual's real problems and frustrations persist. If aggressive inclinations do weaken after viewing a film or reading a book, this may mean only that the viewer was sufficiently distracted so that he forgot his frustrations and ceased stimulating himself to continued anger.«⁷²

Gewissermaßen als eine Form der Inszenierung dieser Transformation von Mediengewalt vom kathartischen Heilmittel zum »Aggressionsgift«

69 Vgl. L. Berkowitz: Aggression, S. 200 u. S. 203.

70 Leonard Berkowitz/Ronald Corwin/Mark Heironimus: »Film Violence and Subsequent Aggressive Tendencies«, in: Public Opinion Quarterly 27 (1963), H. 2, S. 215-229, hier S. 219. Berkowitz wendet sich aus diesem Grund auch gegen die Sündenbock-Theorie, die etwa Dollard in seiner *Southern Town*-Studie vertritt. Da sich ein kathartischer Effekt nur einstellen kann, wenn die Aggression sich gegen die Peiniger richtet, sei eine Verschiebung des aggressiven Verhaltens auf einen Stellvertreter – ein Mitglied einer gesellschaftlich stigmatisierten Gruppe – nicht möglich. Vgl. L. Berkowitz: »Concept of Aggressive Drive«, S. 311f.

71 L. Berkowitz: Aggression, S. 231.

72 Ebd., S. 236 u. S. 240.

führt Berkowitz Mitte der 60er Jahre eine Reihe von Experimenten durch, deren Anordnung drastisch vor Augen führt, wie gefährlich Mediengewalt ist. Ebenso wie Bandura kindliche Aggressivität als Wirkung medialer Gewaltdarstellung experimentell inszeniert, misst und reproduziert auch Berkowitz Mediengewalt auf eindruckliche Weise, und zwar über Elektroschocks, die seine studentischen Probanden nach der Rezeption aggressiver Filme einem Kommilitonen verabreichen.⁷³

Das zuerst von Arnold H. Buss entworfene und dann von Berkowitz ausgearbeitete experimentelle Verfahren – in der Literatur präsent als »Buss-Berkowitz-Paradigma« – sieht eine Lehrer-Schüler-Konstellation vor, nach der eine ahnungslose Versuchsperson vorgeblich an einem Lernexperiment teilnimmt: Sie soll die Lernfortschritte einer anderen Versuchsperson, die ein getarnter Komplize des Experimentators ist, beobachten und Fehler bestrafen, indem sie ihr vermeintlich Elektroschocks zufügt. Mittels der Intensität und Dauer der verabreichten Schocks messen die Experimentatoren dann die Aggression des Probanden.⁷⁴

Um die Katharsisthese zu widerlegen, führt Berkowitz diesen Experimenttyp beispielsweise in folgender Variation durch: Elf männliche College-Studenten eines Einführungskurses für Psychologie melden sich freiwillig für ein Experiment – das angeblich physiologischen Reaktionsmessungen dienen soll – um Punkte für ihre Abschlussnote zu erhalten. Der Experimentator begrüßt die Studenten einzeln und misst ihren Blutdruck. Im Raum befindet sich noch eine weitere Person, ausgegeben als ein anderer Proband, die tatsächlich aber der Komplize des Experimentators ist. Der Experimentator bittet die beiden, sich einander vorzustellen. Der Komplize stellt sich je nach Experimentalbedingung dem Probanden als ein Student vor, der im Hauptfach Sport studiert und sich für Boxen interessiert (*boxer role*), bzw. als Student der Rhetorik (*speech-major role*). Nach einer kurzen Unterhaltung zwischen der jeweiligen Versuchsperson und dem Komplizen gibt der Experimentator beiden als erste Aufgabe einen Intelligenztest und verlässt den Raum, woraufhin der Komplize je nach Experimentalbedingung den Probanden ärgert (*angered condition*) oder nicht (*nonangered condition*). Der Experimentator kehrt zurück und misst beiden den Blutdruck. Im nächsten Schritt des Experiments wird einem Teil der Versuchspersonen eine Szene aus dem Spielfilm *Champions* gezeigt, in der es um einen Boxkampf geht, wobei der Experimentator ihnen eine Zusammenfassung des Films

73 Die Methode, Gewalttätigkeit über die Verteilung von Elektroschocks experimentell greifbar zu machen, wurde in den 60er Jahren durch das so genannte Milgramexperiment bekannt. Stanley Milgram verwendete diese Methode, um zu messen, inwieweit Versuchspersonen bereit sind, sich einer Autorität (dem Versuchsleiter) zu unterwerfen und Gewalt auszuüben (eine andere Versuchsperson vermeintlich mit Elektroschocks zu verletzen). Vgl. zum Milgramexperiment und seiner Bedeutung für die Publikumsforschung N. Pethes: »Publikumsversuche«.

74 Vgl. H. Zumkley: Aggression und Katharsis, S. 32f.

gibt, in der er die in der Szene dargestellte Gewalt als gerechtfertigt beschreibt (*aggressive film*). Die übrigen Versuchspersonen sehen einen Film über englische Kanalboote (*neutral film*). Erneut wird der Blutdruck gemessen.

In der abschließenden Aufgabe werden Proband und Komplize in unterschiedliche Räume geführt. Der Komplize muss angeblich eine zeichnerische Aufgabe erfüllen, die Versuchsperson soll mittels Elektroschocks, die in Dauer und Anzahl variabel sind, vermeintlich seine Leistung bewerten, tatsächlich bekommen die geärgerten Versuchspersonen hier die Gelegenheit, ihren Peiniger zu bestrafen. Das Experiment endet nicht, bevor nochmals der Blutdruck gemessen wird. Berkowitz kommt zu dem Ergebnis: Die stärksten – imaginären – Stromstöße bekommt der beleidigende Komplize, wenn er sich als Boxer vorstellt und die Probanden den aggressiven Boxkampf film gesehen haben. Von kathartischer Wirkung des Films, im Sinne einer reinigenden Entladung von Aggression, könne also keine Rede sein.⁷⁵

Sozialhygienische Regulation

Es gehört zu den Eigentümlichkeiten der Katharsisthese, dass sie sich weder einen Platz im Mediengewalt-Diskurs behaupten kann, noch aus ihm zu verbannen ist. Gemäß den Diskursregeln der Mediengewaltforschung gilt sie als widerlegt und wird ausgeschlossen, dessen ungeachtet verhält sie sich bis heute widerständig zu diesen Ausschlussverfahren. Es würde zu kurz greifen, wenn man diese Persistenz mit einem Nebeneinander von wissenschaftlichem und archäologischem Feld des Mediengewalt-Diskurses erklären und dabei argumentieren würde, die Katharsisthese sei zwar aus dem Bereich der Wissenschaft ausgeschlossen, finde aber in der öffentlichen Debatte weiterhin Vertreter. Die Katharsisthese ist nämlich *als widerlegte These* auch im wissenschaftlichen Feld noch anzutreffen, sie wird *als eine Auffassung*, die sich im »wilden Außen« des Diskurses befindet, mitgeführt – und zwar nicht allein, um als Abgrenzungsfolie für konträre Konzepte zu dienen. Sie taucht auch in wissenschaftlichen Publikationen weiterhin als eine These auf, die einer erneuten Reflektion wert ist.

Ungeachtet aller Modifikationen, Re-Interpretationen und Widerlegungen der Katharsisthese, die seit ihrem Auftauchen im Mediengewalt-Diskurs Mitte der 1950er Jahre sowohl von ihm selbst als auch von Berkowitz und anderen Forschern angeführt worden sind, publiziert Feshbach noch Ende der 70er Jahre gemeinsam mit John Murray einen Artikel mit dem Titel »Let's Not Throw the Baby Out With the Bathwater: The Catharsis Hypothesis Revisited«. Die Verteidigung der Hypothese,

75 Vgl. Leonard Berkowitz: »Some Aspects of Observed Aggression«, in: Journal of Personality and Social Psychology 2 (1965), H. 3, S. 359-369, hier S. 362f.

die in diesem Artikel geführt wird, klingt etwas umständlich und bemüht: Die vorangegangene Forschung habe eher den Beweis erbracht, dass aggressive Fantasien sich stimulierend und nicht kathartisch auf aggressives Verhalten auswirken, das Interesse an der experimentellen Untersuchung der Katharsisthese sei deshalb stark gesunken. Murray und Feshbach schlagen einen umgekehrten Weg der Untersuchung vor: In einem Experiment glauben sie nachweisen zu können, dass aggressives Verhalten seinerseits aggressive Fantasien verringert, also in diesem Sinne kathartisch wirkt. In einem zirkulären Schluss glauben die Autoren, dass damit wiederum die Bereitschaft zu weiterem aggressivem Verhalten sinkt.⁷⁶

Wie lässt sich dieses – im beschriebenen Fall fast krampfhaft – Festhalten an einer These, die doch empirisch als unhaltbar gilt, erklären? Es scheinen weniger die experimentellen Produktionen von kathartischen Wirkungen, also die konkreten Versuchsergebnisse zu sein, die der Katharsisthese weiterhin Überzeugungskraft im Diskurs verleihen, als vielmehr ihre grundsätzliche Fragestellung; weniger ihr Heilungsangebot, als ihr Programm einer *Heilungssuche*. Letztlich zeigt sich in der Persistenz der Katharsisthese am deutlichsten, dass der Mediengewalt-Diskurs in zentralen Aspekten als ein therapeutischer Diskurs operiert. Wie aber ist die hegemoniale Diskurspolitik dieses therapeutischen Programms zu verstehen, wenn sie gleichzeitig zur Widerlegung der Katharsisthese führt?

Um diese Frage zu klären, ist es aufschlussreich, nochmals auf den historischen Einsatzpunkt zurückzukommen, an dem das Katharsiskonzept mit der sich neu etablierenden Sozialmedizin in Konflikt gerät bzw. zum Element eines Gegenmodells in einer neuen therapeutischen Perspektive wird. Wie zu sehen war, verschiebt sich am Ende des 19. Jahrhunderts in der US-amerikanischen Medizin der therapeutische Fokus vom Individuum zur statistisch verdateten Bevölkerung, also zu Kollektivindividuen, deren Gesundheit/Normalität sich an gesellschaftlichen Durchschnittswerten orientiert. Während Krankheit in der traditionellen Medizin ein internes Ungleichgewicht des Individuums ist, wird sie nun zur Abweichung von einer auf kollektivindividueller Ebene errechneten Normalität, einer Abweichung, deren Bezugspunkt damit außerhalb des Individuums liegt. Die Umstellung auf eine normalisierende Sozialmedizin geht, wie beschrieben, auch mit einer Änderung der Behandlungsmethoden einher: Wenn noch im 19. Jahrhundert der ärztliche Zugriff darin besteht, dem Individuum durch purgative Arzneien wieder zu seinem natürlichen Gleichgewicht zu verhelfen, begibt sich die Normalisierungsmedizin auf die Suche nach dezidierten Ursachen, um die aus ihnen resultierenden pathologischen Veränderungen gezielt zu behandeln.

76 Vgl. John P. Murray/Seymour Feshbach: »Let's Not Throw the Baby Out With the Bathwater: The Catharsis Hypothesis Revisited«, in: *Journal of Personality* 46 (1978), S. 462-473.

Die Kontroverse zwischen Verfechtern der Katharsisthese und ihren Gegnern im Mediengewalt-Diskurs lässt sich vor diesem Hintergrund beschreiben. Sie ist nicht nur ein Beispiel dafür, dass die Umstellung auf eine normalisierende Sozialmedizin nicht vollständig erfolgt, sondern dass das traditionelle Therapiemodell der kathartischen Arznei als Gegenmodell noch im 20. Jahrhundert weiter verhandelt wird. Die Kontroverse führt gleichzeitig vor, inwiefern therapeutische Programme, wie sie im engeren somatisch-medizinischen Kontext ausgehandelt werden, sich auf weitere sozialmedizinische Bereiche ausweiten und auch auf dem Feld der Sozialpsychologie relevant werden.

Wenn Feshbach also in seinen Experimenten das Heilungskonzept einer kathartischen Wirkung von medialer Gewaltdarstellung aufscheinen lässt, bringt er damit auch ein Verständnis von pathologischer Unordnung ins Spiel, in das er das aggressive Verhalten als internes Ungleichgewicht des Individuums integriert, denn seine Vorstellung einer Aggressionsreduktion durch aggressive Fantasie legt die Annahme nahe, der ›Aggressionshaushalt‹ eines Individuums könne sich selbstregulativ ausbalancieren. Konträr hierzu steht die grundsätzliche Ansicht, die Bandura und Berkowitz vertreten: Aggression ist hier in letzter Konsequenz kein Ungleichgewicht, sondern eine pathologische Reaktion auf einen externen Stimulus. Heilung kann in diesem Verständnis auf keinen Fall in medial induzierter aggressiver Fantasie bestehen. Sie kann sich nur als Folge einer Suche nach dem schädigenden Stimulus und seiner Beseitigung einstellen. Bandura und Berkowitz sind mit dieser Auffassung Teil des Diskurses einer normalisierenden Sozialmedizin.

Die sich hiermit abzeichnende zentrale These der vorliegenden Untersuchung lautet: Das etablierte wissenschaftliche Feld des Mediengewalt-Diskurses⁷⁷ emergiert aus Projekten der sozialmedizinischen – man könnte auch sagen biopolitischen – Regulation der Bevölkerung. Der Mediengewalt-Diskurs trägt dazu bei, diese Regulationsprojekte in den Bereich der Mediennutzung zu transformieren. Diese These soll im Folgenden geschärft und im Teil *Regierung der Mediennutzung* ausgeführt werden. Gestützt wird sie zunächst durch eine einfache Beobachtung: Bandura und Berkowitz – also die beiden Hauptvertreter der hegemonialen Diskurspolitik – erhalten für ihre Mediengewaltexperimente Forschungsgelder von der höchsten staatlichen Gesundheitsbehörde. Ihre Forschungen werden von einer wichtigen Instanz der gouvernementalen Sozialmedizin, dem United States Public Health Service, finanziert, und zwar genauer vom National Institute of Mental Health (NIMH), das diesem uniformierten Gesundheitsdienst angehört.⁷⁸ Feshbachs Forschung

77 Was hier unter ›etabliertem Feld‹ verstanden wird, wird zu Beginn des zweiten Hauptteils nochmals genauer beschrieben.

78 In nahezu jeder Publikation von Bandura und Berkowitz, die bisher zitiert wurde, findet sich in einer Fußnote oder im Vorwort ein Verweis darauf, dass die Forschung zu einem Teil durch den Public Health Service finanziert wurde. Vgl. exemplarisch: A. Bandura/R. Walters: Social Learning, S.

hingegen wird nicht auf diese Weise gefördert. Um die sozialhygienische Implikation dieser Forschungspolitik zu verdeutlichen, ist erneut ein kurzer historischer Abriss zu den genannten Gesundheitsorganisationen der amerikanischen Regierung aufschlussreich.

Die Herkunft des U.S. Public Health Service lässt sich auf einen präsidentialen Erlass aus dem Jahr 1798 zurückverfolgen, der die Versorgung von kranken und verletzten seereisenden Kaufleuten sichern sollte. Ziel dieses Erlasses war es, über die Gesundheit der Kaufleute das wirtschaftliche Prosperieren der jungen amerikanischen Nation zu sichern.⁷⁹ Parallel zur Umstellung der amerikanischen Medizin auf eine normalisierende Sozialmedizin Ende des 19. Jahrhunderts formiert sich auch der – zu dieser Zeit noch Marine Hospital Service genannte – Gesundheitsdienst zu einer Organisation der öffentlichen Hygiene, wenn er den Regierungsauftrag bekommt, die anwachsenden Immigrantenströme medizinisch zu betreuen. Der Aufgabenbereich des Service⁷ verschiebt und konzentriert sich damit auf den Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen ansteckenden Krankheiten. Er entwickelt sich damit zu einer Institution der Sozialhygiene. Anfang des 20. Jahrhunderts erfolgt, diesem erweiterten Aufgabenbereich Rechnung tragend, die Umbenennung in Public Health Service. Die militärisch organisierte Institution, an deren oberster Stelle der Surgeon General steht, ist nun für Krankheiten aller Art zuständig. 1912 bekommt der Public Health Service die klare gesetzliche Autorität »to investigate the diseases of man and conditions influencing the propagation and spread thereof, including sanitation and sewage and the pollution either directly or indirectly of the navigable streams and lakes of the United States.«⁸⁰

ix. Es handelt sich hierbei nicht um dezidierte Auftragsforschungen, sondern um Teilfinanzierungen wissenschaftlicher Studien.

79 Vgl. John L. Parascandola: »Public Health Service«, in: George Thomas Kurian (Hg.), *A Historical Guide to the U.S. Government*, New York: Oxford University Press 1998, S. 487-493, unter: http://lhncbc.nlm.nih.gov/apdb/phsHistory/resources/pdf/phs_history.pdf vom 2.4.2006, S. 1; Fitzhugh Mullan: *Plagues and Politics. The Story of the United States Public Health Service*, New York: Basic Books 1989, S. 14-31.

80 Annual Report of the Surgeon General of the Public Health Service, zit. nach: J. Parascandola: »Public Health Service«, S. 5. Für Frankreich hat William Coleman in seiner Studie mit dem bezeichnenden Titel *Death Is a Social Disease* sozialhygienische Projekte im 19. Jahrhundert dargestellt. Vgl. ders.: *Death Is a Social Disease. Public Health and Political Economy in Early Industrial France*, Madison/WI: University of Wisconsin Press 1982. Eine vergleichbare Studie für den amerikanischen Bereich ist bisher noch ein Desiderat. Die folgenden Darstellungen können sich nur auf einige Aspekte begrenzen, die für den Mediengewalt-Diskurs interessant sind, und sich an historischen bzw. selbsthistorisierenden Darstellungen orientie-

Noch vor der Namensänderung beginnt sich der Service zu einer Dachorganisation für medizinische Forschung zu formieren. Das erste Labor, in dem die neue – normalmedizinische – Wissenschaft der Bakteriologie zum Einsatz kommt, wird 1887 in einem Marinehospital in Staten Island etabliert und schon bald nach Washington verlagert. Die zunächst Hygienic Laboratory genannte Institution ist Vorgänger der National Institutes of Health, die heute aus 27 sich jeweils spezifischen Krankheitsgebieten widmenden Instituten bestehen. Die Gliederung in einzelne Organisationen vollzieht sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg im Zuge eines Public Health Service Acts, der die medizinische Forschung der Nachkriegszeit regelt.⁸¹ Eines der ersten Institute, die im Zuge dieser Umstellungen ins Leben gerufen werden, ist das NIMH, das seine Mission bis heute folgendermaßen bestimmt:

»The NIMH mission is to reduce the burden of mental illness and behavioral disorders through research on mind, brain, and behavior. This public health mandate demands that we harness powerful scientific tools to achieve better understanding, treatment, and eventually, prevention of these disabling conditions that affect millions of Americans.«⁸²

Die Gründung des NIMH und seine Verflechtung mit der amerikanischen Sozialpsychologie⁸³ lassen sich mit der gesellschaftlichen Konstitution der amerikanischen Nachkriegszeit in Verbindung bringen. Wade Pickren beschreibt diese als einerseits von wachsendem Wohlstand und Konsumverhalten, andererseits von Ängsten geprägt – Ängste des Kalten Krieges, insbesondere vor einer nuklearen Katastrophe. Dies zieht Befürchtungen nach sich, die sich auf unterschiedliche Bereiche des sozialen Lebens und somit auch auf das neue Medium Fernsehen ausweiten.

ren. Vgl. J. Parascandola: »Public Health Service«, S. 3-5; F. Mullan: *Plagues and Politics*, S. 32-57.

81 Vgl. Victoria A. Harden: »A Short History of the National Institutes of Health«, unter <http://history.nih.gov/exhibits/history/index.html> vom 2.4.2006.

82 National Institute of Mental Health: »Facts About NIMH«, unter <http://www.nimh.nih.gov/about/nimh.cfm> vom 2.4.2006. Als weiteren »fact« führt die Internetseite an, dass sich das Budget des NIMH im Finanzjahr 2005 auf 1,4 Milliarden Dollar belief. Vgl. ausführlicher zur Mission und Geschichte des NIMH: NIH Almanac: »National Institute of Mental Health« unter <http://www.nih.gov/about/almanac/organization/NIMH.htm> vom 2.4.2006.

83 Dem Zusammenhang von NIMH und amerikanischer Psychologie widmet sich in jüngster Zeit ein von Wade E. Pickren und Stanley F. Schneider herausgegebener Sammelband. Vgl. dies.: *Psychology and the National Institute of Mental Health. A Historical Analysis of Science, Practice, and Policy*, Washington: American Psychological Association 2005.

Nicht nur die psychischen Störungen der heimkehrenden Soldaten, sondern auch die Labilität der amerikanischen Zivilbevölkerung veranlasst die amerikanische Regierung, in großem Umfang wissenschaftliche Studien auf den Weg zu bringen oder zu unterstützen und psychotherapeutisches Personal auszubilden. All dies geschieht mit dem Ziel, die mentale Gesundheit der Bevölkerung zu verbessern. Die psychische Störung ist damit zu einem Bezugsproblem der amerikanischen Sozialmedizin geworden.⁸⁴

Aufgrund der Forschungsförderung durch das neu gegründete NIMH kann die Zeit von 1948-1963 als »golden age of American academic psychology«⁸⁵ bezeichnet werden, denn die Gesundheitsbehörde unterstützt nicht nur eigene Forschungsprojekte, sondern finanziert auch psychologische Experimente an unterschiedlichen amerikanischen Universitäten. Zu den zehn Universitäten, denen die meisten Forschungsgelder zufließen, zählen die Universitäten Stanford und Wisconsin: Zu Beginn der 1960er Jahre werden in Stanford Projekte Banduras mit den Titeln »Transmission of aggression through imitation« und »Learning of aggressive behavior through imitation« gefördert. In Wisconsin erhält Berkowitz von 1958-1962 Forschungsgelder für sein Projekt »Expression and reduction of hostility«.⁸⁶ Die hegemoniale Diskurspolitik einer sich etablierenden Mediengewaltforschung wird Teil der Projekte, die eine sozialmedizinische Regulation der Bevölkerung anstreben. Die staatliche Forschungsförderung des NIMH endet nicht bei bloßer Finanzierung, sondern prägt das Profil der Forschung. Der Name Feshbach findet sich unter den geförderten Wissenschaftlern dieser Jahre nicht. Er bleibt zunächst ebenso ausgeschlossen wie die Katharsis als Heilmittel von Mediengewalt.

84 Vgl. Wade E. Pickren: »Science, Practice, and Policy: An Introduction to the History of Psychology and the National Institute of Mental Health«, in: Pickren/Schneider (Hg.), *Psychology and the National Institute of Mental Health* (2005), S. 3-15.

85 Charles E. Rice: »The Research Grants Program of the National Institute of Mental Health and the Golden Age of American Academic Psychology«, in: Pickren/Schneider (Hg.), *Psychology and the National Institute of Mental Health* (2005), S. 61-111, hier S. 61.

86 Vgl. die Tabellen ebd., S. 93 u. S. 98.

DAS WISSEN ÜBER MEDIENGEWALT: ZWISCHENBILANZ

Wirkungsstabilisierende Zählung

Die Kapitel des ersten Hauptteils haben sich den historischen Aushandlungsprozessen gewidmet, in denen, bevor und während sich die Mediengewaltforschung als wissenschaftliche Disziplin zu etablieren beginnt, zentrale Diskursregeln formiert werden. Ausgangspunkt der Überlegungen waren die epistemologischen Aporien der Kausalitätsmessung, die im Kapitel *Wirkung* verhandelt wurden. Wie zu sehen war, steht in der sozialstatistischen Objektivierung der Gesellschaft, die sich im 19. Jahrhundert herausbildet, die Vorstellung von kausalen Zusammenhängen im Widerspruch zu dem grundlegenden aperspektivischen Objektivitätsideal. Die Zuschreibung von Kausalität ist aber nicht ohne Beobachter denkbar, der eben diesen Zusammenhang von Ursache und Wirkung zuallererst herstellt. Gerade diesen Beobachter bemüht sich die positivistische Sozialstatistik aber auszustreichen. Wenn Kausalität erst um die Mitte des 20. Jahrhunderts experimentell messbar und über komplexe Rechenoperationen auch statistisch greifbar wird, mangelt es den so formulierten Kausalitätsaussagen an Eindeutigkeit: Da sie den Beobachter aus dem Wirkungsexperiment wieder ›hinauszurechnen‹ versucht, kann die statistische Experimentalpsychologie bestenfalls aussagen: In der Hypothese ›x hat eine Wirkung auf y‹ ist ein Irrtum signifikant unwahrscheinlich.

Die Kategorie der ›Wirkung‹, die über ihre Messung als wissenschaftliches Objekt hergestellt wird, ist in der Epistemologie der empirischen Sozialwissenschaften labil, sie ist angewiesen auf eine Stützung, auf stabilisierende Diskurspraktiken. Besonders prekär wird die kausale Frage für die Verbreitungsmedien, deren diffuse Wirkungen nicht unter Laborbedingungen isolierbar sind. Um Wirkung zu stabilisieren, muss die Wirkungsforschung also auf andere epistemologische Programme zurückgreifen. Eine zentrale Stellung nimmt hierbei die Experimentalanordnung des Behaviorismus ein, in der die paradoxe Figur eines aperspektivischen, aber *kontrollierenden* Beobachters entworfen wird. Damit gelingt die Stabilisierung von Kausalität, die eine statistische Experimentalpsychologie aufgrund ihres positivistischen Objektivitätsideals nicht leisten kann. Der behavioristische Experimentator ist in der Lage, als ein kontrollierender Beobachter, Ursachen als Stimuli und Wirkungen als

Reaktionen vorherzusagen und zu manipulieren. Damit installiert der Behaviorismus aber ein Arrangement der Macht, das Kausalität nicht nur herstellt, sondern *erzwingt*. Diese Verfahren der Stabilisierung erzeugen im Bereich der Medienwirkungsforschung das, was in der vorliegenden Untersuchung als *aggressives Medium* bezeichnet wird: die Vorstellung eines stark und potenziell schädlich wirkenden Verbreitungsmediums. Die Resultate dieser Installation von behavioristischen oder anderen Kontrollarrangements, man könnte auch sagen, ihre Nebenprodukte, tauchen im Diskurs der Medienwirkungsforschung in Ereignissen und Praktiken auf, die sich um die Leerstelle bzw. die »unterstellte Sache«¹ Mediengewalt gruppieren.

Bei der Untersuchung der politischen, ökonomischen und pädagogischen Diskurssegmente, die dem etablierten Feld der Mediengewaltforschung historisch vorangehen bzw. sich an dessen Schwelle ansiedeln, haben sich unterschiedliche Ereignisse und Praktiken im Umfeld der Leerstelle Mediengewalt ausfindig machen lassen. Das Kapitel *Propaganda: Politik der Beeinflussung* hat gezeigt, wie Lasswell Konzepte der Propagandaforschung mit behavioristischen Instrumenten der Wirkungskontrolle koppelt und auf diese Weise die Verbreitungsmedien, die eng mit seinem Propagandaverständnis verschaltet sind, in die Lehre des Behaviorismus integriert. Ergebnis dieser Kopplung sind Techniken politischer Gewaltkommunikation, die eine Wirkung im Sinne des politischen Kommunikators zwingend machen sollen. Kennzeichnend für diese Gewaltkommunikation ist die im Diskurs beobachtbare Analogsetzung von Propagandatechniken und physischen Gewaltakten.

Hiermit zusammenhängend ordnet sich als weiteres Diskursereignis im politischen Segment die Debatte um die *atrocities propaganda* der Formel »Mediengewalt« zu. Hier werden, wie zu sehen war, mediale Darstellungen der feindlichen Gräueltaten genutzt, um die eigene Bevölkerung gegen den Feind aufzubringen. Das beunruhigte Abhören und die Analyse feindlicher Propagandasendungen, wie sie etwa in den *monitoring services* in den USA Ende der 1930er Jahre einsetzen, sind nichts anderes als die Bearbeitung der anderen Seite eines Konzepts politischer Wirkungskontrolle, deren Nebenprodukte zu einer Bedrohung werden.

Das Kapitel *Werbung* thematisierte, inwiefern die diskursiven Praktiken der frühen Werbewirkungsforschung bereits die mediale Bedingtheit der Werbung reflektieren und Verfahren der *suggestiven* Wirkungskontrolle verhandeln. In diesen Diskurspraktiken zeigt sich, dass der Behaviorismus nicht die einzige Lehre ist, die Verfahren der Wirkungsstabilisierung zur Verfügung stellt. Noch vor dem Aufkommen der behavioristischen Psychologie etabliert die frühe Werbeforschung mit der Suggestion ein Konzept der Gewaltkommunikation, das Wirkung im Anschluss an Verfahren der Hypnose zwingend macht. Welche entscheidende Rolle hierbei schon die medialen Werbeträger spielen, haben gestaltpsychologische Konzeptualisierungen deutlich gemacht. Das Kapitel

1 M. Foucault: *Gouvernementalität II*, S. 16.

Werbung hat außerdem gezeigt, wie das Machtdispositiv des Behaviorismus auch in das ökonomische Segment Eingang findet – konkrete Deutlichkeit gewinnt dies in der Werbetätigkeit des Behaviorismus-Gründers Watson.

Wie im *Erziehungs*-Kapitel beschrieben wurde, kommt die behavioristische Wirkungskontrolle auch im pädagogischen Diskurssegment zum Tragen. Watsons Experimente, die mit der möglichen Konditionierung des Kindes zum *a-social being* eine absolute Kontrolle über das menschliche Versuchstier behaupten, stellen unverhohlen aus, dass die wirkungsstabilisierenden Verfahren des Behaviorismus eine Form der Gewaltkommunikation sind, sich also, wenn sie sich auf Medienwirkung beziehen, dem diskursiven Prozess ›Mediengewalt‹ zuordnen. Wie im ökonomischen Segment gibt es – wie sich gezeigt hat – auch im pädagogischen Bereich wirkungsstabilisierende Verfahren, die dem Behaviorismus historisch vorangehen: Das Konzept von Erziehung selbst erweist sich als ein Arrangement der Macht, auf dessen Rückseite im Diskurs die Sorge vor falschem Lernen auftaucht. Insbesondere in der Schundfilms-Debatte lässt sich diese Sorge ausfindig machen.

Pädagogische Medienwirkung lässt sich als eine ambivalente Konzeption beschreiben, die ein Spannungsfeld aus richtigem und falschem Lernen etabliert, um die Wirkung des Mediums zu unterstreichen. Wertham löst diese Ambivalenz in seinem Comicfeldzug ganz zugunsten der Seite des falschen Lernens auf. Dies erfolgt durch die Figur des unschuldigen kindlichen Mediennutzers, der dem schädigenden Medium hilflos ausgeliefert ist. Eine solche Argumentation führt zu einem Ausschluss durch die hegemoniale Diskurspolitik: Werthams Studien handeln sich – wie zu sehen war – den Vorwurf ein, unwissenschaftliche Pamphlete zu sein.

Die Figur des unschuldigen Mediennutzers wird aber im wissenschaftlichen Feld im Rahmen der lerntheoretischen Modifikationen des Behaviorismus aufgegriffen, die Anfang der 60er Jahre ein neues experimentelles Machtgefüge installieren, das sich auf der Schwelle zum etablierten Feld der Mediengewaltforschung situiert. Banduras lerntheoretische Experimente inszenieren mit ihrem Konzept des Beobachtungslernens sowohl die Aggressivität der Versuchspersonen als auch eine mediale Rezeptionssituation, sodass der Schluss einer Aggressionssteigerung durch mediale Gewaltdarstellungen zwingend wird. Verfahren der Wirkungskontrolle haben sich damit zu Beweisverfahren von Medien Gewalt transformiert.

Beschreibt man die Verfahren der Wirkungsstabilisierung, die epistemologische Aporien des Messens von Medienwirkung bearbeiten, in ihrer historischen Abfolge, ergibt sich folgendes Bild: Schon in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts leisten Hypnose- und Erziehungskonzepte eine Stabilisierung von Medienwirkung im ökonomischen bzw. pädagogischen Diskurssegment. Wenn in den 1910er Jahren der Behaviorismus in der amerikanischen Psychologie diskursmächtig wird, avanciert er schon bald zu einem wichtigen Modell der Wirkungskontrolle im poli-

tischen, ökonomischen und pädagogischen Segment des Medienwirkungs-Diskurses. Nicht zuletzt weil behavioristische Kontrollfantasien mehr und mehr in Misskredit geraten, taucht Anfang der 1960er Jahre im pädagogischen Diskurssegment eine lerntheoretische Modifikation des Behaviorismus auf, die durch ihr Konzept des Imitationslernens eine alternative Wirkungskontrolle zur Verfügung stellt. Dabei hält sie – und das ist entscheidend – das, ihr nach wie vor inhärente, behavioristische Machtarrangement unsichtbar.

Wie beschrieben, ist ein entscheidendes Movens für die historische Herausbildung der Mediengewaltforschung, dass die Resultate bzw. Nebenprodukte der wirkungsstabilisierenden Maßnahmen bearbeitet werden müssen. Diese Bearbeitung kann aber nicht bedeuten, diese Ereignisse und Praktiken zu beseitigen, denn sie sind grundlegende Garanten der Wirkungsstabilisierung. Mediengewaltforschung kann sich daher nur als eine Form der diskursiven Regulation herausbilden, die sich als *wirkungsstabilisierende Zähmung* von Mediengewalt bezeichnen lässt. Verfahren der Regulation, die Mediengewalt gleichzeitig zähmen und die Wirkung der aggressiven Medien formieren, haben sich in den einzelnen Diskurssegmenten mehrfach beobachten lassen.

Die Unsichtbarmachung des Gewaltaspekts wird – wie im *Propaganda*-Kapitel zu sehen war – zu einer kennzeichnenden Strategie der Persuasionsforschung, die ihre Herkunft aus dem Kriegswissen mehr und mehr unkenntlich macht. Im Kapitel *Werbung* war zu sehen, wie in der Kontroverse um negative Suggestionen bzw. Appelle in Werbebotschaften schon eine erste Problematisierung der wirkungsstabilisierenden Gewaltkommunikation aufscheint, die zwar noch ganz den Sprachregelungen eines ökonomischen Nützlichkeitskalküls unterworfen bleibt, aber doch eine Form der Bändigung von Mediengewalt ist: Die Angst des Käufers steht zwar im Rahmen eines Kalküls des Werbeerfolgs, ihre Thematisierung ist aber gleichzeitig eine Reflexion der Folgelasten des Machtarrangements ›Suggestion‹. Eine auffällige Strategie der stabilisierenden Zähmung ist im pädagogischen Diskurssegment wiederum die Invisibilisierung der behavioristischen Wirkungskontrolle, wie sie im Rahmen der Lerntheorie vorgenommen wird.

Die Mediengewaltforschung entsteht in der Bearbeitung von diskursiven Ereignissen und Praktiken, die sich als Resultate oder Nebenprodukte von Arrangements der Wirkungskontrolle ergeben. Diese Kontrollarrangements nehmen eine Stützung der epistemologisch labilen Kategorie ›Medienwirkung‹ vor. In diesem Sinne bildet sich die Mediengewaltforschung als ein Verfahren der wirkungsstabilisierenden Zähmung heraus. Es leuchtet ein, dass die Katharsisthese mit diesem Diskursprogramm in Konflikt geraten muss. Kathartische Wirkung kehrt die Wirkungsvektoren, wie sie das behavioristische Stimulus-Response-Modell ebenso wie Hypnose- und Erziehungskonzepte entwerfen, um: Wirkung als reinigende Ausfuhr eines krankhaften Stoffes, die den Empfänger wieder in ein gesundes Gleichgewicht bringt, steht weit entfernt von einem Verständnis, nach dem Wirkung Übertragung einer Botschaft meint,

die beim Empfänger zu einer Reaktion führt. Katharsis kann also kein Konzept der Wirkungsstabilisierung sein, wie sie das Bezugsproblem der labilen Kausalität in der Epistemologie des Messens einfordert.

Widerlegung und Persistenz der Katharsisthese im Mediengewalt-Diskurs haben aber auch deutlich gemacht, dass sozialhygienische Aspekte eine zunehmend wichtige Rolle für die Formation des Diskurses spielen. In den letzten beiden Kapiteln – *Erziehung* und *Heilung* – ist deutlich geworden, dass bereits Ende der 50er Jahre, spätestens mit Experimenten wie den hier diskutierten von Bandura, Feshbach und Berkowitz ab Anfang der 60er Jahre, sich der wissenschaftliche Bereich des Mediengewalt-Diskurses aus dem archäologischen Feld »herauszuschälen«² beginnt. Insbesondere die Studien von Bandura und Berkowitz ließen sich durch ihre Teilfinanzierung aus Mitteln des NIMH als Elemente einer sozialhygienischen Regulationspolitik identifizieren. Jedoch verweisen diese früheren Studien eher auf eine allmähliche Etablierung des Mediengewalt-Diskurses, als dass sie bereits als Teil des etablierten Feldes zu beschreiben wären. Im Analysemodell der vorliegenden Untersuchung sind die Experimente von Bandura und Berkowitz an einer Scharnierstelle zwischen Aushandlungsprozessen und umfassender Etablierung des Mediengewalt-Diskurses positioniert. Es gilt also im Folgenden die Frage zu klären, wie das Wissen über Mediengewalt, wenn es sich als wissenschaftliches Wissen zu etablieren beginnt, durch seine Rahmung von sozialhygienischen Regulationsprojekten formiert und begrenzt wird.

Das Moralische der Regulation

Es sei zunächst an den Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchung erinnert: Am Fallbeispiel der Kontroverse um den Amoklauf in Erfurt hat sich gezeigt, dass sich die Forschung nicht auf eine Beantwortung der Mediengewalt-Frage einigen kann. Betrachtet man die Forschung insgesamt, bleibt schädliche Wirkung medialer Gewaltdarstellungen ungeklärt. Die sozialwissenschaftlichen Experten können das Problem einer (Mit-)Schuld der Medien an einer Gewalttat, das die öffentliche Debatte so vehement beschäftigt, nicht klären. Jedoch selbst die heftigsten Kritiker vereinfachender Kausalmodelle schreiben den empirischen Beweisverfahren die grundsätzliche *Möglichkeit* zu, die Mediengewalt-Frage zu beantworten. Wenn der Zusammenhang zwischen Gewalt in den Medien und sozialer Gewalt zwar noch nicht geklärt ist, so sei es nur eine Frage der Zeit, bis diese Klärung doch noch erfolgt. Dem empirischen Beweis wird zugetraut, die öffentliche Beunruhigung über Mediengewalt stillzustellen. Er selbst bleibt in solchen Vorstellungen frei von jeglicher Kontamination mit der moralisierenden Entrüstung der Debatte und tritt ihr als rationalisierende Lösung entgegen.

2 Vgl. M. Foucault: Archäologie, S. 263.

In den vorangegangenen historischen Analysen hat sich nun aber gezeigt, dass der empirische Beweis von Medienwirkung alles andere als unschuldig ist. Als prekäres, labiles epistemologisches Konzept ist er vielmehr flankiert von stabilisierenden Verfahren, die Arrangements der *Wirkungskontrolle* in die vermeintlich neutralen Messverfahren integrieren. Wenn sich die Mediengewaltforschung im wissenschaftlichen Feld etabliert – so die Leitthese der folgenden Darstellungen – verzahnt sie sich eng mit Praktiken einer gouvernementalen Formierung der Mediennutzung. Der vorgeblich rationale empirische Diskurs verhandelt Vorstellungen von richtiger und falscher Mediennutzung. Nicht nur in der öffentlichen Debatte, sondern auch in der Forschung wird Mediengewalt als eine moralische Frage formuliert. Inwiefern Forschungswissen moralische Implikationen haben kann, lässt sich mit Blick auf das Konzept der *moral regulation* innerhalb der *governmentality studies* klären.

Das Konzept der *moral regulation* wurde in den 1980er Jahren eingeführt, um die marxistische Gesellschaftsanalyse auf nicht-ökonomische Aspekte der bürgerlichen Gesellschaft auszuweiten.³ Im Anschluss an, aber auch in kritischer Auseinandersetzung mit dieser Vorstellung von moralischer Regulation hat sich in den späten 80er und in den 90er Jahren ein weiterer Zweig der *moral regulation studies* entwickelt. Zentraler Bezugspunkt ist hier der Begriff der Gouvernementalität, den Michel Foucault in seinen späteren Texten und Vorlesungen zur Analyse der bürgerlichen Gesellschaft fruchtbar gemacht hat.

Der entscheidende Unterschied zwischen moralischen Regulationsstudien im Anschluss an theoretische Modelle des Marxismus und solchen Untersuchungen, die moralische Regulation eher an Foucaults Gouvernementalitäts-Begriff anknüpfen, ist der Stellenwert der Staatsformation. Während sie in marxistischen Regulationsstudien eine zentrale Position einnimmt und als untrennbar mit der moralischen Formierung des Bürgers gedacht wird, sehen die gouvernementalitäts-orientierten Studien in der Staatsmacht nur eine Machtpraktik unter vielen. Moralische Regulation im Anschluss an Foucault setzt ein weites Verständnis von Regierung voraus: »including the power of governments and state agencies, without making the state into the primary object of analysis«.⁴ Diese

3 Der britische Soziologe Philip Corrigan hat das Konzept der *moral regulation* Anfang der 1980er Jahre systematisch dargestellt. Vgl. ders.: »On Moral Regulation: Some Preliminary Remarks«, in: *Sociological Review* 29 (1981), H. 2, S. 313-337. Corrigan konturiert moralische Regulation im Anschluss an Emile Durkheims soziologische Projekte und gesellschaftstheoretische Entwürfe in Durkheims Nachfolge. In Corrigans um marxistische Aspekte erweiterter Konzeption kann moralische Regulation nicht unabhängig von der Formation des Staates betrachtet werden. Moralische Regulation ist in seiner Beschreibung eine Form der Erziehung durch den Staat.

4 M. Valverde: *Studies in Moral Regulation* (Editor's Introduction), S. vi. Vgl. auch Mitchell Deans Kritik an Corrigans Regulationskonzept, in deren

Art und Weise, moralische Regulation zu beschreiben, erhält entscheidende Impulse aus dem weiteren Feld der Gouvernamentalitäts-Studien, die, auch wenn sie sich nicht im engeren Sinn mit dem Konzept der moralischen Regulation befassen, große Affinitäten zu diesem Forschungszugang aufweisen.⁵

Die *gouvernamentalitäts-orientierten moral regulation studies* – und das macht sie für die vorliegende Untersuchung so besonders interessant – schließen über die Erweiterung des Machtbegriffs hinaus noch an zwei andere Aspekte der Foucault'schen Machtanalyse an. Sie beschreiben zum einen neue Formen der Regierung, die Foucault mit einer Umstellung von Disziplinierung auf biopolitische Regulation beschreibt. Es geht in diesen neuen Praktiken des Regierens weniger um körperliche Züchtigung und Strafe, als vielmehr um die Implementierung von subtileren Sicherheitsmechanismen, die eine Regierung freier und autonomer Individuen gewährleisten. Eng damit verbunden ist der zweite, an subjekttheoretische Entwürfe anschließende Aspekt: Das Konzept der moralischen Regulation greift Foucaults Vorschlag auf, das moderne Subjekt als Effekt einer »neuen Ökonomie der Machtverhältnisse«⁶ zu verstehen:

»Diese Form von Macht wird im unmittelbaren Alltagsleben spürbar, welches das Individuum in Kategorien einteilt, ihm seine Individualität aufprägt, es an seine Identität fesselt, ihm ein Gesetz der Wahrheit auferlegt, das es anerkennen muß und das andere in ihm anerkennen müssen. Es ist eine Machtform, die aus Individuen Subjekte macht. Das Wort *Subjekt* hat einen zweifachen Sinn: vermittelt Kontrolle und Abhängigkeit jemandem unterworfen sein und durch Bewußtsein und Selbsterkenntnis seiner eigenen Identität verhaftet sein.«⁷

Diese Doppelbedeutung des Subjektbegriffs lässt sich mit der Dopplung von sozialen Regeln und Normen sowie Praktiken der Selbstregulierung in Verbindung bringen, die das Konzept der moralischen Regulation kennzeichnet.⁸ In einer Studie, die sich mit der moralischen Regulierung von Lehrern und Schülern beschäftigt, schlagen sich die Bezüge zu Fou-

Zentrum Corrigans Fokus auf den Staat steht: Ders.: »A Social Structure of Many Souls«.

- 5 Valverde verweist hier insbesondere auf Studien wie Nikolas Rose: *Governing the Soul. The Shaping of the Private Self*, London: Free Association Books 21999.
- 6 Michel Foucault: »Das Subjekt und die Macht«, in: Hubert L. Dreyfus/Paul Rabinow: *Michel Foucault: Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*. Mit einem Nachwort von und einem Interview mit Michel Foucault, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1987, S. 241-261, hier S. 245.
- 7 Ebd., S. 246f. Vgl. auch Kate Rousmaniere/Kari Dehli/Nig de Coninck-Smith: *Discipline, Moral Regulation, and Schooling. A Social History*, New York, London: Garland 1997 (Introduction), S. 8.
- 8 Vgl. ebd., S. 9.

caults Machtanalyse folgendermaßen im Verständnis von moralischer Regulation nieder:

»Compared with constraining and overtly controlling forms of discipline, moral regulation may require no direct physical contact and may not appear as punishment or as exercise of authority and power. This is because moral regulation entails the disciplining of personal identities and the shaping of conduct and conscience through self-appropriation of morals and beliefs about what is right and wrong, possible and impossible, normal and pathological.

The significance and power of moral regulation hinge on its social organization as a web of self-imposed forms of conduct and self-monitoring practices.«⁹

Moralische Regulation – auch das ist ein entscheidender Aspekt, den die vorliegende Studie aufgreift, – ist kein Verfahren der Regierung von Individuen, das in seinen Praktiken der Machtausübung stets erfolgreich wäre. Im Gegenteil: Die Umstrittenheit moralischer Regulationsprojekte, ihr Scheitern, das aus der Widerständigkeit der Individuen gegenüber ihrer Einflussnahme resultiert, ist ein entscheidender Aspekt: »Wherever there is moral regulation there is resistance; wherever social forms are imposed there is human capacity to subvert and exceed their constraints.«¹⁰

Unter den *moral regulation studies* erweisen sich die Arbeiten des kanadischen Soziologen und Rechtshistorikers Alan Hunt für die hier interessierenden medienkulturwissenschaftlichen Fragestellungen als besonders anschlussfähig. Hunt hat das Konzept der moralischen Regulation am Beispiel der Geschichte von gesetzlichen Regelungen des Konsumverhaltens¹¹ oder an puristischen Sexualitätsdiskursen¹² beleuchtet. Wie alle Untersuchungen der *moral regulation studies* bieten Hunts Ausführungen wertvolle Anregungen für die Analyse von sozialhygienischen Regulationsprojekten, die nicht dem medizinischen Bereich im engeren Sinne angehören, also nicht die körperliche Hygiene und physische Gesundheit der Bevölkerung verbessern wollen und auch nur bedingt auf eine psychische Hygiene ausgerichtet sind, sondern auf eine Regulation des Verhaltens bzw. der Lebensführung zielen: »Moral regulation projects are an interesting and significant form of politics in which some people act to problematise the conduct, values of culture of others and

9 Ebd., S. 5.

10 Ebd.

11 Vgl. Alan Hunt: »Moralizing Luxury. The Discourse of the Governance of Consumption«, in: *Journal of Historical Sociology* 8 (1995), H. 4, S. 352–374; ders.: *Governance of the Consuming Passions. A History of Sumptuary Law*, New York: St. Martin's Press 1996.

12 Vgl. Alan Hunt: *Governing Morals. A Social History of Moral Regulation*, Cambridge: Cambridge University Press 1999.

seek to impose regulation upon them.«¹³ Als Vertreter derjenigen Forscher, die Foucaults Überlegungen nahe stehen, kommt es auch Hunt besonders darauf an, die moralische Regierung nicht ausschließlich an staatliche Interventionen zu koppeln, sondern sie als eine Mixtur unterschiedlicher Machtpraktiken zu beschreiben.

Die sozialgeschichtliche Untersuchung moralischer Regulationsprojekte im Bereich von Sexualitätsdiskursen, die Hunt in seiner Studie *Governing Morals* unternimmt, fokussiert in ihren Fallbeispielen auch die Wiederbelebung moralischer Projekte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Hunt geht der Frage nach, inwiefern Regulationsbewegungen ab den 1970er Jahren als Projekte der Re-Traditionalisierung von Moral verstanden werden können.¹⁴ Er beobachtet dabei sowohl Kontinuitäten als auch Diskontinuitäten zwischen viktorianischen und gegenwärtigen Moralisierung. Insgesamt stellt er einen Prozess der Individualisierung fest, eine fundamentale Bewegung, die weg von externen Verhaltenscodes führt und hin zu Stimulationen der Selbstregierung. Was moderne Regulationsprojekte von traditionellen unterscheidet, ist zum einen die Pluralisierung von Expertenmeinungen und zum anderen ihre Umstrittenheit und beständige Anfechtung. Dies wirft das moralisierte Subjekt zunehmend auf sich selbst zurück: »In being required to choose their own experts, individuals increasingly must become »experts for the self.«¹⁵

Dass moralische Regulationsprojekte ab Mitte des 20. Jahrhunderts ständigen Anfeindungen ausgesetzt sind, führt Hunt auf generelle Krisentendenzen des Wohlfahrtsstaats bzw. im Feld der sozialen Beziehungen zurück, die sich in weitreichenden Konflikten über ein Zuviel oder Zuwenig an sozialer Gouvernamentalität äußern. Als ein Symptom dieses Konflikts und gleichzeitig als Brücke zu viktorianischen Projekten diskutiert Hunt die gegenwärtige Krise der Familie, die sich unter anderem in einem ambivalenten moralischen Status von Kindern niederschlägt, die in den Debatten einerseits als zu regierende Zielobjekte der Moralisierung, andererseits als autonome Subjekte auftauchen.

Seit dem frühen 20. Jahrhundert – so konstatiert es Hunt mit Bezug auf Studien von Jacques Donzelot und Nikolas Rose – ist die Familie zum Gegenstand staatlicher Regulation geworden.¹⁶ Die Familie gilt, weil sich die Eltern als unfähig oder unwillig erweisen, ihre Kinder richtig zu erziehen, als Wurzel der Kriminalität. Moralische Regulationsprojekte richten sich darauf, die Eltern auf ihre Verantwortung für die Gesellschaft aufmerksam zu machen. Psychologische Experten fungieren hierbei – so Hunt – als Agenten der Regulation:

13 Ebd., S. 1.

14 Vgl. für die folgenden Ausführungen ebd., S. 192-220.

15 Ebd., S. 219.

16 Vgl. Jacques Donzelot: *Die Ordnung der Familie*, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1980; N. Rose: *Governing the Soul*, S. 124-213.

»In the first half of the twentieth century it was the new techniques of the psychological sciences which introduced new forms of expertise such as child guidance, intelligence testing and personnel management into the governance of the population [...]. My concern is to stress the dimension of moral regulation practised by these experts [...]. In the field of social welfare there has been an inexorable growth of surveillance over families, in particular over working-class families.«¹⁷

Rose hat in seiner Studie *Governing the Soul* deutlich gemacht, dass psychologische Expertisen regierbare Subjekte konstituieren. Das psychologische Wissen über Subjekte stellt er als Voraussetzung für ihre Regierbarkeit heraus; es ermöglicht, Konzepte von Subjektivität und Intersubjektivität in den biopolitischen Zugriff auf die Bevölkerung zu integrieren, der mit der statistischen »Zahlenlawine« (Hacking) im 19. Jahrhundert möglich wird. Die »Technologien des Selbst« im Sinne Foucaults, die nach Rose von psychologischem Expertenwissen zur Verfügung gestellt werden, ordnen sich dabei in ein gouvernementales Regierungsprojekt ein, das, anstatt Zwang auszuüben, zur Selbst-Regierung auffordert:

»Expertise provides this essential distance between the formal apparatus of laws, courts, and police and the shaping of the activities of citizens. It achieves its effects not through the threat of violence or constraint, but by way of the persuasion inherent in its truths, the anxieties stimulated by its norms, and the attraction exercised by the images of life and self it offers to us.«¹⁸

Wenn das Kind im 20. Jahrhundert zunehmend als Bürger wahrgenommen wird, als Mitglied der politischen Gemeinschaft, das gleichermaßen geschützt und aufgrund seiner moralischen Labilität überwacht werden muss, wird die Familie – so Rose – mithilfe des psychologischen Expertenwissens zu einem Regulationsmechanismus, zu einer »human technology«, die diese Selbsttechnologien im Privatbereich zur Anwendung bringt: »It has become the will of the mother to govern her own children according to psychological norms and in partnership with psychological experts. The soul of the young citizen has become the object of government through expertise.«¹⁹

Die Tatsache, dass Rose in dieser Beschreibung das Konzept der *moral regulation* nicht explizit nennt, obwohl er von »psychologischen Normen« spricht, wirft die grundsätzliche Frage nach dem Begriff der Moral in diesem Konzept auf. Es handelt sich nicht um einen Moralbegriff im starken Sinne, sondern vielmehr um eine Form der Spezifizierung bestimmter Projekte der gouvernementalen Regulation. Es ist innerhalb der *moral regulation studies* nicht unumstritten, den Begriff der Moral mit den beschriebenen Praktiken der subtilen Regierung in Verbindung zu

17 A. Hunt: *Governing Morals*, S. 217.

18 N. Rose: *Governing the Soul*, S. 10.

19 Ebd., S. 129 u. S. 134.

bringen.²⁰ Die hier relevanten *moral regulation studies* formulieren ihr Moralkonzept in loser Anlehnung an die Studien zur antiken Ethik und Subjektformierung des späten Foucault. Wie Martin Saar gezeigt hat, liegt diesen Beschreibungen ein »formaler«, »rein deskriptiver« Moralbegriff zu Grunde, der sich nicht »auf die Frage der Gründe oder der Geltung der Moral« und »die Frage nach einer Quelle des Normativen« bezieht.²¹

Wenn die Bezeichnung »moralische Regulation« im Folgenden aufgegriffen wird, so nicht zuletzt deshalb, weil sie gerade für die Frage der Mediengewalt, die immer wieder als moralische Frage formuliert wird, aufschlussreich ist. Es geht als um das Moralische der Regulation, um die moralischen Implikationen der Regulation von Mediengewalt, nicht um ein moralphilosophisches Verständnis.²²

Die moralische Regulation von Mediengewalt

Die Verflechtung unterschiedlicher Machtpraktiken im Verfahren der moralischen Regulation verdeutlicht Hunt am Beispiel von Bestrebungen, die Kindererziehung zu regulieren:

»For example, when parents are advised by experts on child-rearing, this is never simply a technical question, but always, to a greater or lesser extent, includes a moral component that invests parents with responsibility for conduct, present and future, of their children. It is helpful to isolate the following elements of moral regulation and this can be made more concrete by reference to child-rearing:

20 Vgl. M. Dean: »A Social Structure of Many Souls«.

21 Martin Saar: Genealogie als Kritik. Geschichte und Theorie des Subjekts nach Nietzsche und Foucault, Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag 2007, S. 257. Saar zeigt des Weiteren, dass eine Beurteilung dieses Moralkonzepts Kriterien der Moralphilosophie nicht standhält: »Diese Redeweise verschleift natürlich jeden moralphilosophisch bedeutsamen Unterschied zwischen konventionellen und postkonventionellen oder antiken und modernen Moral, die sich in der praktischen Hinsicht allerdings auch nicht grundlegend unterscheiden, sondern erst in den verschiedenen Formen moralischer Subjektivität, die sie ausprägen. Deshalb besteht die Originalität von Foucaults Vorschlag auch nicht, wie manche Interpreten gemeint haben, in einem substanziellen Vorschlag für moralphilosophische Fragestellungen im engeren Sinn, sondern in einer fruchtbaren Beschreibungsperspektive auf moralische Systeme.« Ebd.

22 Dies bedeutet auch, dass die vorliegende Untersuchung keine Anschlüsse an den großen Forschungsbereich der Medienethik anstrebt. Vgl. hierzu exemplarisch: Rainer Leschke: Einführung in die Medienethik, Stuttgart: UTB 2001; Anika Pohl: Medienethik. Eine kritische Orientierung, Frankfurt/Main u.a.: Peter Lang 2005.

- a moralised subject (the parents);
- a moralised object or target (the child);[]
- knowledge (informal or expert);
- a discourse within which the knowledge is given a normative content (parents should monitor the television watching of their children);
- a set of practices (potty training, school attendance);
- a ›harm‹ to be avoided or overcome (poorly socialised children, undisciplined workers, etc.).«²³

Es mag auf den ersten Blick nicht einsichtig sein, den Mediengewalt-Diskurs in die Reihe der *moralisierenden* Projekte, zu denen Hunt auch Debatten über Drogenkonsum, Abtreibung oder Pornografie zählt, einzuordnen, denn der Diskurs formiert die Rezeption von medialer Gewaltdarstellung in erster Linie nicht als eine unmoralische, sondern als eine gefährliche Tätigkeit. Hunts Beschreibung der moralischen Dimension der Regulierungsprojekte lässt aber fraglich werden, ob Unmoral und Gefährlichkeit sich überhaupt ausschließen müssen:

»[...] [T]here is no set of issues that are necessarily moral issues; rather the moral dimension is the result of the linkage posited between subject, object, knowledge, discourse, practices and their projected social consequences.

The ›moral‹ element in moral regulation involves any normative judgment that some conduct is intrinsically bad, wrong, or immoral. It is an important supplement that moralising discourses frequently invoke some utilitarian consideration linking the immoral practice to some form of harm.«²⁴

Inwiefern der Mediengewalt-Diskurs über die Warnung vor schädigender Wirkung der Mediennutzung eine moralische Regulation unternimmt, ob er die Mediennutzung dabei gleichzeitig normiert und normalisiert, wird in den folgenden Kapiteln zu klären sein.

Selbst wenn Hunt Aspekte der Mediennutzung – wie im Beispiel der Kindererziehung, wenn es um die Kontrolle des kindlichen Fernsehkonsums geht, – immer wieder streift, werden sie bei ihm nie zum zentralen Thema. Auch pornografische Debatten verhandelt er nur als Elemente eines umfassenden puristischen Diskurses, ohne der Positionierung des ›moralisierten Objekts‹ in medialen Dispositiven Rechnung zu tragen. Dabei ist dort, wo Hunt ein persistierendes historisches Bezugsproblem für moralische Regulation vermutet, ein massenmediales Setting geradezu greifbar:

»[...] [T]he persistence of moral regulation movements is a manifestation of an ongoing anxiety that has beset modernity about the governability of urbanised masses living without any evident structure of rule under conditions where tra-

23 A. Hunt: *Governing Morals*, S. 7.

24 Ebd.

ditional authorities, such as the Church or a visible dominant class, are weakened or no longer present and where class and other forms of deference are fragile.«²⁵

Der Angst vor ungeordneten, nicht-regierbaren ›Massen‹ ist die Sorge vor der Unsichtbarkeit und Undurchschaubarkeit eines dispersen Publikums der Verbreitungsmedien zur Seite zu stellen. Dass Regulationsprojekte in diesem Sinne auch den Bereich der Mediennutzung betreffen müssen, ist eine naheliegende Ergänzung. Eine Frage der folgenden Analyse wird sein, inwiefern der Mediengewalt-Diskurs in diesem Sinne als ein *Projekt der Regierung von Mediennutzung* verstanden werden kann. Dabei soll einer gängigen Auffassung widersprochen werden, nach der ausschließlich die öffentliche Debatte über Mediengewalt mit Praktiken der Moralisierung operiert, während die Forschung dieser moralischen Panik nüchtern und rational entgegentritt. Gerade die empirische Forschung – so eine zentrale These der vorliegenden Untersuchung – ist Teil einer moralischen Regulation von Mediengewalt.²⁶

Ein weiterer Aspekt, dem Hunt in Regulationsprojekten des 20. Jahrhunderts eine Schlüsselposition zuweist, kann für die folgende Analyse fruchtbar gemacht werden: Moderne Regulationsprojekte, die mit einer zunehmenden Pluralisierung von Expertenmeinungen einhergehen, fordern die Formation eines eigenverantwortlichen Subjekts, das selbst zum Experten seiner moralischen Regulation wird.²⁷ Die folgenden Kapitel werden unter anderem die Frage fokussieren, ob nicht gerade die Unabschließbarkeit und die Pluralisierung von Forschungsergebnissen und Expertenmeinungen, wie sie den Mediengewalt-Diskurs kennzeichnen, Regulationsformen sind, die den Mediennutzer zur Regierung seiner selbst auffordern.

Der Mediengewalt-Diskurs muss angesichts der unkontrollierbar-bedrohlichen *Möglichkeit*, dass Mediennutzung zu einem unsozialen Verhalten führt, spezifische Strategien ins Feld führen. Er muss den Mediennutzer oder genauer: die für kindliche Mediennutzer verantwortlichen Eltern, davon überzeugen, dass Medien ein gefährliches, gesellschaftsschä-

25 Ebd., S. 10f.

26 Damit soll keineswegs behauptet werden, dass in der öffentlichen Debatte keine Praktiken der Moralisierung am Werk sind. Der Fokus der vorliegenden Untersuchung liegt aber auf dem Stellenwert der empirischen Forschung für den medienkulturellen Status von Mediengewalt. Colin Hay hat für das Mediengewalt-Ereignis der Ermordung James Bulgars beispielsweise eindrücklich die Konstruktion einer moralischen Panik in den britischen Medien analysiert. Vgl. Colin Hay: »Mobilization Through Interpolation: James Bulgar, Juvenile Crime, and the Construction of a Moral Panic«, in: *Social and Legal Studies* 4 (1995), S. 197–223. Vgl. auch die umfangreiche Analyse der ethischen Debatten um das Medium Film im 20. Jahrhundert: T. Hausmanninger: *Kritik der medienethischen Vernunft*.

27 Vgl. A. Hunt: *Governing Morals*, S. 198f. u. S. 217–219.

digendes Potenzial bergen und ihre Nutzung deshalb unter beständiger Kontrolle stehen muss. Der Diskurs muss diese Kontrolle als eine moralische Verpflichtung und mangelhafte elterliche Beaufsichtigung des Nutzungsverhaltens ihrer Kinder als unmoralisches, sozial unerwünschtes Verhalten herausstellen. Dies geschieht zu einem entscheidenden Teil, indem ein auf Dauer gestellter Wissenschaftsbereich, der einen Beweis zu erbringen versucht, den er niemals erbringen *darf*, in seinen Forschungspraktiken die Überwachung des Mediennutzers als beständiges Desiderat herausstellt. Die Aufforderung an den Mediennutzer zur Selbstregierung erfolgt nicht über konkrete Anleitungstexte, wie sie etwa Philipp Sarasin am Beispiel der hygienischen Literatur diskutiert.²⁸ Die Mediengewaltforschung produziert vielmehr das Wissen, das in Projekten der moralischen Regulation zum Einsatz kommen kann, und bereitet diese Einsetzbarkeit in ihren Forschungspraktiken vor.

Die Regulation von Mediengewalt lässt sich im Anschluss an Charakteristika moralischer Regulationsprojekte, die Hunt nennt,²⁹ folgendermaßen fassen: *Agenten* der Regulation sind die politischen Initiatoren, die institutionellen – sozialhygienischen – Rahmungen und die wissenschaftlichen Experten, die Mediengewalt als Forschungsgegenstand verhandeln. *Zielobjekt* der Moralisierung ist die diffuse, unkontrollierbare Mediennutzung, die das Potenzial einer gesellschaftlichen Schädigung birgt. Es ist zudem zwischen *moralisierten Subjekten*, den Eltern, und *moralisierten Objekten*, den kindlichen Mediennutzern, zu unterscheiden. Der *diskursive Rahmen*, in dem das wissenschaftliche oder auf Common-sense beruhende Wissen über Mediengewalt situiert ist, wäre das umfassendere archäologische Feld des Mediengewalt-Diskurses, das auch publizistische Verhandlungen des Themas mit einschließt. Gerade in diesem weiteren archäologischen Feld wird die *Umstrittenheit* der moralischen Regulation von Mediengewalt sichtbar, die Hunt als kennzeichnend für gegenwärtige Moralisierungsprojekte herausstellt. Der *politische Kontext* des Mediengewalt-Diskurses ist durch die enge Verschaltung mit den neo-liberalistisch fundierten, grundrechtlich verbürgten Gesetzen der Presse- und Meinungsfreiheit markiert, die den Diskurs begrenzen und seine zentralen Ausschlussregeln formulieren. *Taktiken* oder *Techniken* der moralischen Regulation formuliert der Diskurs in seinen Forschungspraktiken, in denen er das zu moralisierende Nutzungsverhalten wiederholt und epistemologisch greifbar macht. Dieses moralisierende Wissen formiert sich noch bevor es als wissenschaftliches Wissen über Mediengewalt die Forschungslaboratorien und »natürlichen« Versuchsanordnungen verlässt und in publizistischen Verbreitungen den Mediennutzer zur Regierung seiner selbst bzw. die Familien zur Überwachung ihrer Kinder auffordert.

28 Vgl. P. Sarasin: Reizbare Maschinen, S. 147-172.

29 Vgl. A. Hunt: Governing Morals, S. 28-56.

TEIL 2: REGIERUNG DER MEDIENNUTZUNG

Im März 1969 spielt sich ein Ereignis ab, das für die Formation des Mediengewalt-Diskurses von entscheidender Bedeutung ist. Der Vorsitzende des Subcommittee on Communications, Senator John Pastore, richtet einen Brief an Robert Finch, den damaligen Sekretär des Gesundheitsministeriums.¹ Diesem Ministerium untersteht der Public Health Service einschließlich des Surgeon General, der obersten Instanz dieses Gesundheitsdienstes. Obwohl es sich zunächst um nichts weiter als um ein schriftliches Gesuch handelt, ist dieses Diskursereignis folgenreich. In seinem Brief fordert Pastore, Mediengewalt als Bezugsproblem staatlicher Sozialhygiene zu behandeln:

»I am exceedingly troubled by the lack of any definitive information which would help resolve the question of whether there is a causal connection between televised crime and violence and anti-social behavior by individuals, especially children. [...] I am respectfully requesting that you direct the Surgeon General to appoint a committee comprised of distinguished men and women from whatever professions and disciplines deemed appropriate to devise techniques and to conduct a study under his supervision using those techniques which will establish scientifically insofar as possible what harmful effects, if any, these programs have on children. I would hope that such a report and its conclusion would be available to this Subcommittee within one year of today's date.

I am asking the Surgeon General to undertake this task because of the outstanding contribution made by his Committee through its report on Smoking and Health.«²

1 Es handelt sich zu dieser Zeit noch um das mehrere Ressorts umfassende Department of Health, Education, and Welfare.

2 Pastore, in: Subcommittee on Communications of the Committee on Commerce, United States Senate: Hearings. Ninety-First Congress, First Session on: Review of Policy Matters of Federal Communications Commission and Inquiry Into Crime and Violence on Television and a Proposed Study Thereof by the Surgeon General. Part 2. March 12, 19 and 20, 1969, Washington: U.S. Government Printing Office 1969, 12.3.1969, S. 337f.

Pastores Bitte ist nicht nur erstaunlich, weil ihr Gegenstand schon seit Einführung des Fernsehens in den Vereinigten Staaten verhandelt wird, sondern insbesondere, weil er im Moment ihrer Äußerung in großem Umfang bearbeitet wird: In den 1960er Jahren hat die Zunahme von zivilen Unruhen und Gewaltakten in den Straßen sowie die Ermordung von John F. Kennedy, Martin Luther King und Robert Kennedy die amerikanische Öffentlichkeit alarmiert und insbesondere ein politisches Interesse an der Frage verstärkt, ob das noch junge Medium Fernsehen zu gewalttätigen Handlungen anreizt. Auf diese Beunruhigung reagierend, hat der damalige Präsident Lyndon Johnson im Juni 1968 die National Commission on the Causes and Prevention of Violence (im Folgenden: Violence Commission) einberufen – bestehend aus 13 Mitgliedern, vorwiegend aus dem politischen Bereich –, unter deren Leitung sich eine Media Task Force mit dem Problem der Mediengewalt befasst. Als Pastore seinen Brief schreibt, wird gerade der Abschlussbericht vorbereitet – der Vorsitzende des Subcommittee of Communications scheint nicht auf ihn warten zu wollen.

Umso verwunderlicher ist, dass die Petition des Senators umgehend beherzigt wird: Der amtierende Surgeon General William Stewart überträgt dem National Institute of Mental Health die Aufgabe, dem Gesuch aus dem Congress nachzukommen und eine Million Dollar aus seinem Haushalt für Forschungen zur Verfügung zu stellen. Finch ruft das Scientific Advisory Committee on Television and Social Behavior des Surgeon General (im Folgenden: Advisory Committee) ins Leben und wählt Sozialwissenschaftler aus, die mit Forschungsprojekten beauftragt werden. Nach zweijähriger Forschungsarbeit legt das Komitee dem Surgeon General Ende des Jahres 1971 einen Abschlussbericht mit dem Titel *Television and Growing Up: The Impact of Televised Violence* vor, der 60 Einzelstudien zusammenfasst. Der Bericht wird von fünf technischen Bänden begleitet, in denen die beteiligten Forscher ihre Studien im Detail beschreiben. Die vorgelegten Berichte stellen den Diskurs jedoch keineswegs still, indem sie Pastores Bitte nachkommen und eine »definitive Information« liefern. Vielmehr ziehen sie eine öffentliche Kontroverse und ein exponentiales Wachstum der Mediengewaltforschung nach sich. 1982 konstatiert das NIMH: »Up to 1970, there were about 300 titles, and from 1970 through 1980 there were another 2,500, of which more than two-thirds were published in 1975 or later.«³

-
- 3 David Pearl: *Television and Behavior: The Years of Scientific Progress and Implications for the Eighties*, Bd. 1: Summary Report, Bd. 2: Technical Reviews, Rockville/MD: Institute of Mental Health 1982, hier Bd. 1, S. 2. Vgl. zum Bericht: Surgeon General's Scientific Advisory Committee on Television and Social Behavior: *Television and Growing Up: The Impact of Televised Violence*. Report to the Surgeon General, United States Public Health Service, Washington: U.S. Government Printing Office 1972; zu den technischen Bänden: George A. Comstock/Eli A. Rubinstein, (Hg.): *Media Content and Control. Television and Social Behavior. Reports and*

Das dichte und weitläufige diskursive Netz um Pastores Brief exemplarisch für das »etablierte Feld« des Mediengewalt-Diskurses zu verstehen, ist einerseits eine Setzung, die für die vorliegende Untersuchung heuristischen Wert hat. Da die Ausgangsüberlegung lautet, der Mediengewalt-Diskurs formiert sich im Rahmen von Projekten der sozialhygienischen Regulation, ist es nahe liegend, die erste umfassende Forschungsinitiative zu analysieren, in der Mediengewalt zum Gegenstand öffentlicher Gesundheitsfürsorge wird. Die Setzung findet jedoch andererseits Unterstützung in selbsthistoriografischen Darstellungen sowohl in den Sozialwissenschaften der USA⁴ als auch im deutschsprachigen Raum,⁵ in denen das Advisory Committee als entscheidende Etappe in der Mediengewaltforschung herausgestellt wird.

George Comstock, der als Forschungskordinator das Komitee des Surgeon General betreut hat, beschreibt das – als gängig zu bezeichnende – gleichzeitig topografische, mediale und chronologische Geschichtsmodell des Mediengewalt-Diskurses folgendermaßen: Die Kontroverse um mediale Gewaltdarstellung sei, obwohl sie auch in anderen Ländern geführt werde, *in erster Linie* in den USA zu verorten. Auch wenn jedes Medium unter Verdacht gerate, habe sich die Debatte besonders anlässlich des Fernsehens entfacht. Sie sei daher in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zu situieren, wobei eine erste Phase – 1952-1967 – dem Problem wachsende Aufmerksamkeit widme, während eine zweite Phase – ab 1968 – von eingehender Untersuchung, Kontroverse und Konfrontation mit der Medienindustrie geprägt sei.⁶ Zu ergänzen wäre: Der Diskurs fokussiert vorrangig kindliche und jugendliche Mediennutzer.

Papers, Bd. 1, Washington: U.S. Government Printing Office 1972; John P. Murray/Eli A. Rubinstein/George A. Comstock (Hg.): Television and Social Learning. Ebd., Bd. 2; George A. Comstock/Eli A. Rubinstein (Hg.): Television and Adolescent Aggressiveness. Ebd., Bd. 3; Eli A. Rubinstein/George A. Comstock/John P. Murray (Hg.): Television in Day-to-Day Life: Patterns of Use. Ebd., Bd. 4; George A. Comstock/Eli A. Rubinstein/John P. Murray (Hg.): Television's Effects: Further Explorations. Ebd., Bd. 5. Vgl. zur Geschichte des Advisory Committee: Leo Bogart: »Warning: The Surgeon General Has Determined That TV Violence Is Moderately Dangerous to Your Child's Mental Health«, in: Public Opinion Quarterly 36 (1972), H. 4, S. 491-511; Douglass Cater/Stephen Strickland: TV Violence and the Child. The Evolution and Fate of the Surgeon General's Report, New York: Russell Sage Foundation 1975; W. Rowland: Politics of TV Violence, S. 135-196.

4 Vgl. etwa J. Murray: »Studying Television Violence«, S. 377f.

5 Vgl. etwa M. Schenk: Medienwirkungsforschung, S. 63f.. Vgl. aus kulturwissenschaftlicher Sicht N. Pethes: Spektakuläre Experimente, S. 71-73.

6 George Comstock: »Violence«, in: Erik Barnouw (Hg.), International Encyclopedia of Communications (1989), S. 289-294, hier S. 289f.

Im Folgenden wird mit der These, Ende der 1960er Jahre habe sich in den Vereinigten Staaten das Feld des Mediengewalt-Diskurses etabliert, also gleichzeitig eine diskursive Markierung in den Blick genommen und damit eine spezifische Form der Diskurskritik angestrebt. Eine medienkulturwissenschaftlich informierte Diskursanalyse, wie sie in der vorliegenden Arbeit unternommen wird, verfolgt nicht das Anliegen, eine andere Geschichte zu erzählen, indem sie Diskursereignisse aufzufinden versucht, die in Selbsthistorisierungen nicht in den Blick genommen wurden. Stattdessen unternimmt sie den Versuch, eine neue Perspektive einzunehmen, und erhofft sich dabei nicht mehr, sondern anderes zu sehen. Notwendigerweise orientiert sich eine so verstandene Diskurskritik an Ereignissen und Zäsuren, die im Mediengewalt-Diskurs selbst als zentrale historische Gegebenheiten verhandelt werden, und fragt nach den Gründen nicht nur für ihre historische, sondern auch für ihre historiografische Bedeutung. Dass diese Gegebenheiten im Diskurs zentral sind, kann wiederum als Stützung der Ausgangsüberlegung verstanden werden: Auch in seinen Selbsthistorisierungen gibt sich der Mediengewalt-Diskurs als sozialhygienischer Diskurs zu erkennen.

Um Pastores Brief als Knotenpunkt eines Diskursnetzes zu analysieren, wird im folgenden zweiten Hauptteil der Untersuchung dementsprechend der Zeitraum zwischen 1968 und 1975 im US-amerikanischen Mediengewalt-Diskurs, der die Gefährdung kindlicher und jugendlicher Fernsehzuschauer auslöst, fokussiert. Dieses Diskursnetz lässt sich auch als »Experimentalsystem«⁷ bezeichnen, das die wissenschaftlichen Praktiken umfasst, die im Rahmen der Violence Commission und des Advisory Committee zu beobachten sind und die Senatsanhörungen und Korrespondenzen ebenso wie Publikationen in Fachorganen und publizistische Debatten umfasst. Die einzelnen Segmente des Medienwirkungs-Diskurses – seine wissenschaftlichen, politischen, ökonomischen, pädagogischen und medizinischen Bestandteile –, die im vorangegangenen Teil getrennt voneinander in den Blick genommen wurden, sollen nun in ihrer Verflochtenheit und in ihren Reibungspunkten analysiert werden. Während im ersten Hauptteil selektive diachrone Schnitte vorgenommen wurden, die sich zum Teil – wie etwa im Fall der Katharsisthese – über mehrere Jahrhunderte erstreckt haben, soll die folgende Analyse historisch punktuell ein diskursives Ereignis gewissermaßen einem *close reading* unterziehen.

7 Vgl. H.-J. Rheinberger/M. Hagner 1993: »Experimentalsysteme«, S. 9.

1 KONTEXTE DER WISSENSPRODUKTION

»Commissions are usually established in Times of Trouble«:¹ Das konkrete Ereignis, nach dem Präsident Johnson in einer *executive order* im Juni 1968 veranlasst, die National Commission on the Causes and Prevention of Violence einzurichten, ist die Ermordung des Senators Robert F. Kennedy. In der Perspektive einer besorgten öffentlichen Debatte handelt es sich bei diesem Auslöser um ein weiteres Ereignis, das als Indiz dafür zu bewerten ist, inwiefern die amerikanische Gesellschaft in den 1960er Jahren einer zunehmenden Gewalttätigkeit verfallt. Nicht nur vorangegangene Anschläge auf prominente Personen des öffentlichen Lebens, wie John F. Kennedy und Martin Luther King, auch gewaltsame Konflikte im Zuge von Bürgerrechtsbewegungen, die umstrittene amerikanische Beteiligung am Vietnamkrieg, Studentenunruhen und Ghetto-kämpfe werden als Gewalthandlungen wahrgenommen, die das allgemeine Klima prägen, und schüren die zunehmende Angst vor einer »Contagion of Violence«.²

Die Violence Commission – nach ihrem Vorsitzenden Milton Eisenhower auch Eisenhower-Kommission genannt – ist nicht der erste Rahmen, in dem Mediengewalt zum Gegenstand einer regierungspolitischen Untersuchung wird. Von 1954 bis 1965 hat sich der amerikanische Kongress im Subcommittee to Investigate Juvenile Delinquency mehrfach

-
- 1 Robert K. Merton: »Social Knowledge and Public Policy. Sociological Perspectives on Four Presidential Commissions«, in: Mirra Kamarovsky (Hg.), *Sociology and Public Policy. The Case of Presidential Commissions*, New York, Oxford, Amsterdam: Elsevier 1975, S. 153-177, hier S. 159.
 - 2 Leonard Berkowitz: »The Contagion of Violence: An S-R Mediational Analysis of Some Effects of Observed Aggression«, in: William J. Arnold/Monte M. Page (Hg.), *Nebraska Symposium on Motivation 1970*, Lincoln: University of Nebraska Press 1971, S. 95-135. Vgl. zu den Bezugsproblemen der Violence Commission: W. Rowland: *Politics of TV Violence*, S. 116. Neuere historiographische Studien weisen darauf hin, dass in den 1960er/70er Jahren in den USA eine umfassende Reflexion über Gewalt in der Gesellschaft stattfindet. Vgl. Jürgen Martschukat (Hg.): *Gewalt in den USA der 1960er und 1970er Jahre. Amerikastudien/American Studies* 49 (2004), H. 3.

mit möglichen medialen Ursachen von Kriminalität beschäftigt.³ Im Rahmen der ersten öffentlichen Anhörungen zur Frage, ob das neue Medium Fernsehen durch seine Gewaltdarstellungen die Gesellschaft schädigen könnte, 1952 im Repräsentantenhaus und 1954 im Senat, sind zwei Sozialwissenschaftler als Experten beteiligt gewesen: Die Psychologin Eleanor Maccoby und der Soziologe Paul Lazarsfeld haben bereits in den 50er Jahren die Mediengewaltforschung auf diese Weise im Schnittbereich von empirischer Psychologie und Soziologie formiert.⁴

Die Besonderheit der Violence Commission liegt aber darin, Mediengewalt als eine mögliche Erklärung in ein Spektrum von Faktoren, aus denen die Gewalttätigkeit der Gesellschaft resultieren könnte, einzuordnen. Unter sieben Arbeitsgruppen, die sich Themen wie Gruppengewalt, Mord oder Schusswaffen widmen, richtet die Kommission auch eine Media Task Force ein.⁵ Allein dass Mediengewalt in dieser Reihung auftaucht, formiert ihren Stellenwert als soziales Problem, wobei sie gleichzeitig wiederum relativiert wird, indem sie als ein möglicher Faktor unter vielen erscheint. Die Kommission veröffentlicht ihre Ergebnisse in einem 15-bändigen Bericht. Einer dieser Bände, erstellt von David Lange, Robert Baker und Sandra Ball, fasst unter dem Titel *Mass Media and Violence* die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen der Media Task Force zusammen.⁶ Die Art und Weise, wie der Abschlussbericht der

3 Rowland diskutiert ausführlich die jeweils nach den Senatoren, die sie initiiert haben, benannten Komitees: Harris Subcommittee (1952), Hedrickson-Kefauver Subcommittee (1954-1955) und das Dodd Subcommittee (1961-1964). Der Comic-Gegner Wertham hat im Dodd Subcommittee als Experte ausgesagt. Vgl. W. Rowland: *Politics of TV Violence*, S. 99-115.

4 Vgl. J. Murray: »Studying Television Violence«, S. 370.

5 Die Media Task Force stellt kaum eigene Studien an, sondern resümiert hauptsächlich bereits durchgeführte Forschungen. Wichtige Ausnahme ist die neu etablierte *content analysis*, die George Gerbner und seine Mitarbeiter für das amerikanische Fernsehen von diesem Zeitpunkt an jährlich durchführen. Vgl. W. Rowland: *Politics of TV Violence*, S. 119. Auf Gerbners so genannte *Violence Profiles* wird im Kapitel *Formatierung der Wissensordnung* noch eingegangen.

6 Vgl. David L. Lange/Robert K. Baker/Sandra J. Ball: *Mass Media and Violence. A Staff Report to the National Commission on the Causes and Prevention of Violence*, Washington: U.S. Government Printing Office 1969. Die Berichte der sieben Task Forces der Violence Commission haben folgende Titel: *Violence in America*, *Crimes of Violence*, *The Politics of Protest*, *Assassination and Political Violence*, *Law and Order Reconsidered*, *Firearms and Violence in American Life*, *Mass Media and Violence*. Vgl. den abschließenden und zusammenfassenden Bericht der National Commission on the Causes and Prevention of Violence: *To Establish Justice, to Insure Domestic Tranquility. Final Report of the National Commission on*

Violence Commission, in dem kurze Statements der einzelnen Arbeitsgruppen gebündelt werden, die Mediengewalt-Frage trotz aller Relativierungen positiv beantwortet, also einen Zusammenhang zwischen medialer Gewaltdarstellung und sozialer Gewalt konstatiert, ist ganz deutlich von moralisierenden Aussagen geprägt. Die Media Task Force beschreibt das Fernsehen als gefährlich, weil es inakzeptable Wertvorstellungen verbreite:

»We believe it is reasonable to conclude that a constant diet of violent behavior on television has an adverse effect on human character and attitudes. Violence on television encourages violent forms of behavior, and fosters moral and social values about violence in daily life which are unacceptable in a civilized society.

We do not suggest that television is a principal cause of violence in society. We do suggest it is a contributing factor. Television, of course, operates in a complex social setting and its effects are undoubtedly mitigated by other social influences. But it is a matter for grave concern that at a time when the values and the influence of traditional institutions such as family, church, and school are in question, television is emphasizing violent, antisocial styles of life.«⁷

Schon in den 1960er und 70er Jahren haben sich Soziologen, die teilweise selbst in präsidialen Kommissionen beteiligt gewesen sind, mit der Frage beschäftigt, welche Möglichkeiten und Schwierigkeiten sich ergeben, wenn sozialwissenschaftliches Wissen in politischen Fragen als Expertenwissen zu konkreten Empfehlungen führen soll.⁸ Auf dasselbe Bezugsproblem reagierend, aber mit ganz anderer Fragestellung, hat Willard D. Rowland 1983 in seiner Studie *The Politics of TV Violence* aus der Perspektive der »critical cultural studies«⁹ sich mit der politischen und wirtschaftlichen Einsetzbarkeit der »administrativen« quantitativen

the Causes and Prevention of Violence, Washington: U.S. Government Printing Office 1969.

7 Ebd., S. 199.

8 Vgl. Paul F. Lazarsfeld/Martin Jaekel: »The Uses of Sociology by Presidential Commissions«, in: Kamarovsky (Hg.), *Sociology and Public Policy* (1975), S. 117-142. – Lazarsfeld und Jaekel verweisen auf eigene Beschäftigungen mit dem Thema in den 1960er Jahren; Vgl. auch R. Merton: »Social Knowledge«; James F. Short: »The National Commission on the Causes and Prevention of Violence. Reflections on the Contributions of Sociology and Sociologists«, in: Kamarovsky (Hg.), *Sociology and Public Policy* (1975), S. 61-91.

9 W. Rowland: *Politics of TV Violence*, S. 15. Auch wenn sich die vorliegende Arbeit – wie im Folgenden verdeutlicht – von der Perspektivierung und den zentralen Thesen Rowlands distanziert, profitieren die folgenden Ausführungen von seiner materialreichen historischen Aufarbeitung der Thematik.

Sozialforschung auseinandergesetzt. Aus Rowlands Sicht schafft sich die Forschung, indem sie Politik und Wirtschaft die gewünschten Ergebnisse verspricht, in Kommissionen und Anhörungen ein Forum, in dem sie sich zum unersetzbaren Experten erhebt und damit weitere wissenschaftliche Aktivitäten sicherstellt.¹⁰ Im Fall der Violence Commission kritisiert Rowland, dass die Media Task Force keine konkreten Empfehlungen ausspricht, die das Mediensystem in den USA fundamental infrage stellen. In erster Linie ginge es der empirischen Sozialwissenschaft darum, auf die Notwendigkeit weiterer Studien zu verweisen, um ihre eigene Position im Geflecht von politischen und wirtschaftlichen Interessen auf Dauer zu stellen.¹¹

Der Fokus des folgenden Abschnitts liegt nicht auf der Frage nach den Einsatzmöglichkeiten der Mediengewaltforschung im Dienst von Politik und Wirtschaft. Wenn Senator Pastore, noch bevor die Violence Commission ihren Bericht veröffentlicht, eine neue Forschungsinitiative startet, macht dies zwar eindrucklich deutlich, dass die unabschließbare Suche nach dem definitiven Beweis für Mediengewalt ein Aspekt ist, der in einer diskurshistorischen Untersuchung der Mediengewaltforschung Beachtung finden muss. Auch im Folgenden wird dieser Aspekt also eine zentrale Frage bilden. Jedoch ist stark zu bezweifeln, dass der Zirkellauf der sich ablösenden, einander scheinbar nicht zur Kenntnis nehmenden Forschungsprojekte sich allein mit einem Verweis auf wissenschaftspolitische Strukturen erklären lässt. Die folgenden Ausführungen verfolgen daher zwei Leitfragen: Zunächst wird untersucht, inwiefern divergierende diskursive Sprachregelungen innerhalb des Mediengewalt-Diskurses verhindern, dass ein Unternehmen wie die Violence Commission zu einer – im Sinne aller Beteiligten – abschließenden Lösung der Mediengewalt-Frage kommen *kann*. Schließlich wird Gegenstand der Analyse sein, ob die Violence Commission eine *Regulation* von Mediengewalt anstrebt, in der es gerade darum geht, die Kurzschlussformel in einer ungeklärten Schwebe zu halten, ob die Mediengewalt-Frage also in gewisser Weise unbeantwortet bleiben *muss*. Senator Pastores Brief und seine Folgen wären dann eine konsequente Fortsetzung und Forcierung dieses Regulationsprojekts.

10 »[...] [T]he communication research community began to find itself elevated to the status of indispensable expert. With the promise of increasing public approbation, funding, and prestige, there was little pressure to consider any questions about the intellectual and policy accommodations implicit in allowing a research field to define itself largely in light of the needs of its industrial and governmental clients.« Ebd., S. 114f.

11 Vgl. ebd., S. 132f.

Rhetoriken der Beweisführung

Der in der Werbebranche tätige Sozialwissenschaftler Leo Bogart war als *staff consultant* an der Media Task Force der Violence Commission beteiligt. Dem Advisory Committee des Surgeon General gehörte er jedoch nicht an, obwohl er sich zunächst in der engeren Auswahl der Wissenschaftler befand, die im Public Health Service für einen Beratungsposten vorgesehen waren. Am Beispiel Bogart zeigen sich exemplarisch die Konflikte zwischen Sozialwissenschaft und Sendeanstalten, denn er wird auf Wunsch der Fernsehindustrie aus dem Kreis der designierten Wissenschaftler ausgeschlossen.¹² 1972 äußert Bogart im Fachorgan *Public Opinion Quarterly*, in einem Artikel mit dem bezeichnenden Titel »Warning: The Surgeon General Has Determined That TV Violence is Moderately Dangerous to Your Child's Mental Health«, seinen Unmut über den erneuten Forschungsauftrag des Senators Pastore: »As though this authoritative, extensive, and expensive review of the subject by the Eisenhower Commission had never taken place, a request for ›definitive information‹ was made in March, 1969, by Senator John Pastore.«¹³

Bogart rezensiert die Berichtsbände des Advisory Committee durchaus lobend, fragt sich aber, ob die Studie wirklich notwendig gewesen wäre. Die Frage der Mediengewalt sei schließlich in der Violence Commission klar beantwortet und mit Handlungsanweisungen verknüpft worden: In ihrem Bericht appelliert die Media Task Force an die Verantwortlichkeit der Medieninstitutionen, empfiehlt mediale Gewaltdarstellungen zu reduzieren und schlägt zudem die Gründung eines Centers for Media Study vor, das von Regierung und Wirtschaft unabhängig forschen soll.¹⁴ Als Pastore seine Forderung formuliert, liegt der Abschlussbericht der Violence Commission zwar noch nicht vor. Der Senator befindet sich aber ganz und gar nicht in Unkenntnis über den Stand der Kommissionsarbeit. Dem Subcommittee on Communications ist zu diesem Zeitpunkt bereits ein vorläufiger Bericht bekannt. Dennoch drängt Pastore zur Eile, behauptet, nachdem die Commission nicht einmal ein Jahr besteht, das Ergebnis dürfe nun nicht länger auf sich warten lassen, und setzt ein neues Forschungsunternehmen in Bewegung.¹⁵ Warum diese Schieflage zwi-

12 Dieses Ausschlussverfahren wird im Folgenden noch ausführlicher erläutert.

13 L. Bogart: »Warning«, S. 495. Der Titel spielt auf die Warnungen des Surgeon General vor den gesundheitsschädigenden Folgen des Rauchens an, die nach einem Kongressbeschluss kurz vor der Veröffentlichung von Bogarts Artikel auf allen Zigarettenschachteln aufgedruckt sein müssen. Auf das Beratungskomitee des Surgeon General, das diesem Beschluss vorausgeht, wird im Folgenden noch eingegangen.

14 Vgl. D. Lange/R. Baker/S. Ball: *Mass Media*, S. 381-393.

15 Vgl. den im Protokoll einer Senatsanhörung abgedruckten Bericht: Subcommittee on Communications: Hearing, 12.03.1969, S. 361-367; Pastore erwähnt die Violence Commission auch in seinem Brief (vgl. ebd., S. 337).

schen vorbereiteten bzw. vorliegenden Ergebnissen und der Forderung nach einer »definitiven Information«? Bogart beantwortet diese Frage nicht direkt. Er weist jedoch auf ein grundlegendes Missverständnis hin, das die Beweisbarkeit eines sozialwissenschaftlichen Gegenstands betrifft:

»[T]he issue should never have been made one of »proving« a case against TV violence, or failing to prove it. The legal analogy simply does not apply to science, where we come ever closer to an elusive truth by a constant re-examination of the evidence, where exceptions are more interesting than generalizations, and where the quality of almost any study is to be judged not only by its findings but by the new questions it presents.«¹⁶

Bogart beruft sich hiermit auf die Diskursregeln der empirischen Sozialforschung, die immer nur eine Annäherung an eine per se unerreichbare Wahrheit ermöglichen, immer nur die Falsifikation, niemals die Verifikation einer Hypothese gestatten. Indirekt ruft er damit auch die Problemlage auf, die im vorangegangenen Teil als prekärer Status des Kausalitätsbeweises in der Wirkungsforschung beschrieben wurde, der letztlich auf eine Inkompatibilität von statistischem Positivitätsanspruch und Kausalitätsmessung zurückgeht und deshalb sofort Mechanismen der Wirkungsstabilisierung einfordert. Bogart macht auch deutlich, dass dieses Problem sich für den Nachweis medialer Wirkung noch verschärft:

»The entire history of mass communications research has shown the tremendous difficulty of teasing out specific effects from the tissue of surrounding social influences. The absence of conclusive results, when rigorous criteria of statistical significance are applied, may reflect the limitations of our available research methodology more than any weakness in the influences being assessed.«¹⁷

Was Bogart diesen Grenzen der Forschungsmethoden als ein Verfahren der Wirkungsstabilisierung entgegensetzt, ist kein behavioristisches oder suggestives Arrangement der Macht, sondern – der gesunde Menschenverstand. Seine Argumentation wandelt sich hier zu fast provozierend-vereinfachenden Postulaten: »Common sense tells us that communications leave effects and that violence is bad rather than good. A substantial body of evidence supported these premises before the present project [the Advisory Committee, I.O.] was undertaken.«¹⁸

Vgl. auch W. Rowland: *Politics of TV Violence*, S. 140f. Rowland erklärt dieses Rätsel – recht vage – mit einer veränderten Kommunikationspolitik unter der Präsidentschaft Richard Nixons. Vgl. ebd., S. 141-144.

16 L. Bogart: »Warning«, S. 516.

17 Ebd., S. 518.

18 Ebd., S. 516.

Bogart verhandelt hier zwei unterschiedliche Beweisbegriffe, deren semantische Färbungen sich im Deutschen nicht ohne weiteres wiedergeben lassen: *proof* und *evidence*. Während *proof* sich auf einen konkreten Gegenstand oder Sachverhalt bezieht und von Bogart mit dem juristischen Diskurs in Verbindung gebracht wird, bleibt *evidence*, ein Begriff, der sich auf eine bestimmte Eigenschaft des Beweises, auf seinen ›Evidenzcharakter‹ bezieht, in seinen Ausführungen den sozialwissenschaftlichen Befunden zur Mediengewalt vorbehalten: Im Unterschied zu einem bewiesenen Sachverhalt steht die Schädlichkeit medialer Gewaltdarstellung nach Bogart klar vor Augen, es ist ein grundlegendes Charakteristikum dieses Zusammenhangs, offensichtlich zu sein: Die Formel ›Mediengewalt‹ kann nicht bewiesen werden, aber sie hat die Eigenschaft, unmittelbar einzuleuchten.¹⁹

Wenn Bogart darauf verweist, dass die ›legal analogy‹ nicht auf sozialwissenschaftliche Bereiche applizierbar sei, hat dies einen speziellen Hintergrund. Die Violence Commission ist in besonderem Maße von Interferenzen zwischen juristischem und sozialwissenschaftlichem Diskurs geprägt, weil jede der einzelnen Task Forces in Form einer Co-Leitung jeweils einem Forscher aus den beiden Diskursfeldern untersteht – eine Innovation, die im Nachhinein als äußerst problematisch beschrieben wird.²⁰ Robert K. Merton bringt die Problematik zwischen Recht und Sozialwissenschaft, die in jeder politischen Kommission besteht und in der Konstellation der Violence Commission auf die Spitze getrieben wird, ebenfalls mit unterschiedlichen Formen der Beweisführung in Verbindung, wobei er sich ganz auf unterschiedliche Evidenzformen des Beweises, also auf *evidence* bezieht:

»The modes and loci of diverse and sometimes rival professional expertise are themes running throughout the reported behavior of staffs and commissioners. These are perhaps best crystallized in the preference of lawyers for use of sworn eye-witness depositions, and the contrasting preference of sociologists for interviews, social surveys, and other quantitative evidence. These preferences are sustained by a considerable professional apparatus and a not inconsiderable academic apparatus by which the evidence is evaluated. The reward system of science and learning, centered in peer review, reinforces the differential attachment to types of evidence.«²¹

Die Reibungspunkte zwischen Recht und Sozialwissenschaft zeigen sich vielleicht am deutlichsten in den so genannten Mass Media Hearings, die bereits im Dezember 1968 stattfinden, Pastore also bei der Formulierung

19 Vgl. zu dieser Unterscheidung von *proof* und *evidence* die Anm. 1 des Übersetzers Michael Cuntz zu Bill Nichols: »*Evidence* – Fragen nach dem Beweis«, in: Michael Cuntz u.a. (Hg), Die Listen der Evidenz (2006), S. 86-100, hier S. 98.

20 Vgl. P. Lazarsfeld/M. Jaekel: »Uses of Sociology«, S. 123.

21 R. Merton: »Social Knowledge«, S. 165.

seines Forschungsauftrags im März 1969 bekannt sind. Hier treten die Sozialwissenschaftler gewissermaßen als Augenzeugen vor die von Präsident Johnson ernannten Mitglieder der Violence Commission, und hier werden die unterschiedlichen Verfahren der Beweisführung am deutlichsten. In den Anhörungen wird ein weiterer Aspekt offensichtlich: Die sozialwissenschaftlichen Experten sind sich keineswegs einig, sondern wählen ihrerseits unterschiedliche Strategien der Beweisführung.

Bogarts Expertenmeinung wird am zweiten Tag angehört. Hinsichtlich des Beweises von Mediengewalt argumentiert er ganz ähnlich wie vier Jahre später in der *Public Opinion Quarterly*: Die *evidence* von Mediengewalt jenseits jeglicher statistischer Signifikanz sei aus seiner Sicht deutlich genug.²² Den argumentativen Duktus, dass trotz eines nicht zu erbringenden wissenschaftlichen Beweises der *mögliche* Zusammenhang von medialer Gewaltdarstellung und sozialer Gewalt schon ausreicht, um politische Handlungsanweisungen zu formulieren, vertritt der Sozialpsychologe Percy Tannenbaum schon am ersten Tag der Anhörungen:

»The verdict, as I said, is not proven. I don't think it will be proved in my lifetime, certainly not in the lifetime of this Commission. And if that is what you are looking for, I think you better stop now.

The question is, when is there a reasonable doubt; when are there grounds so that we can take the chance? There are a lot of things at stake.«²³

Ganz ähnlich wie Bogart und Tannenbaum bezweifelt auch Leonard Berkowitz, dass die Forschung jemals einen Beweis liefern könne, der im Rechtsbereich tragfähig wäre: »I would like strongly to support the contention that very few if any scientific statements are ever proven. All we can do really is to offer educated guesses and probability statements.«²⁴ In der Beschreibung seiner Experimente und in Verweisen auf die Experimente Banduras spricht Berkowitz dann ebenfalls von *evidence* oder von *significance* der Befunde. Im Gegensatz zu Bogart beharrt er aber auf der unklaren Beweislage einer medieninduzierten Gewalttat, ohne auf den gesunden Menschenverstand auszuweichen: »I am not offering any definite statements; all I was offering was a probability statement – I was saying there is some likelihood, perhaps low, but some likelihood that this could happen.«²⁵

22 »The experimental evidence regarding the effects of media violence on children's subsequent behavior is to me entirely convincing so far as it goes. I am not concerned about efforts of statistical significance when experiment after experiment points in the same direction.« Bogart, in: Paul L. Briand (Hg.): *Violence and the Media*. Mass Media Hearings, Bd. 9A, Washington: U.S. Government Printing Office 1969, S. 103.

23 Tannenbaum, in: P. Briand (Hg.): *Mass Media Hearings*, S. 47.

24 L. Berkowitz, ebd., S. 36.

25 Ebd., S. 42.

Als ein noch unbequemerer – zugespitzt könnte man sagen: noch unbrauchbarer – Experte erweist sich Joseph Klapper, ein Sozialwissenschaftler, der aus der Forschergruppe um Lazarsfeld stammt und der das Paradigma der begrenzten Medienwirkung vertritt. Er tritt als Direktor des Office of Social Research beim Sender Columbia Broadcasting System vor die Violence Commission.²⁶ Im Protokoll seiner Befragung manifestieren sich die verzweifelte Versuche der Kommissionsmitglieder, ihn auf eine definitive »Zeugenaussage« festzunageln. Klapper verweigert diese nicht nur, indem er in einem Abriss der bisher geleisteten Forschung im Unterschied zu Bogart und Berkowitz darlegt, dass noch keine *evidence* für Mediengewalt erbracht wurde.²⁷ Er legt auch den prekären Status der Beweisführung offen, dem die Mediengewaltforschung nur über zwei Wege entkommen könne: »If research has revealed nothing that one can base a policy decision on, it seems to me there are two things you do: one is you try to do more research, and the other is you take common sense steps.«²⁸ Die Wirkungsforschung kann ihre Ergebnisse also entweder nur als Zwischenergebnisse präsentieren oder sie muss auf Aussagen ausweichen, die nicht ihren Diskursregeln entsprechen – wie eben eine durch Commonsense verbürgte Empfehlung.

Klapper wählt in seiner Anhörung zwar den ersten Weg und fordert grundsätzlich, dass die Forschung besser und adäquater werden müsse. Die Medienwirkungsfrage beantwortet er allerdings – wobei er positive und negative Wirkungen konsequent gleich behandelt – mit ausgestellt

26 Rowland sieht in Klappers Anhörung eine Veranschaulichung der Interessenverflechtung von Sozialforschung und Medienindustrie. Die Sozialforschung, so Rowland, ist überhaupt nicht dazu in der Lage, sich in eine oppositionelle Position zur Medienindustrie zu bringen, weil sie ihr eigenes forschungspolitisches Interesse verfolgen muss, auch von der Industrie als Expertenkreis zurate gezogen zu werden. Ein wichtiges Indiz hierfür ist nach Rowland, dass Klappers viel beachtete Studie *The Effects of Mass Communication* (1960), in der er das Postulat der begrenzten Effekte formuliert hat, von CBS gesponsert worden ist. Vgl. W. Rowland: *Politics of TV Violence*, S. 124-127.

27 Klapper kritisiert u.a., Bandura und Berkowitz hätten in ihren Experimenten einen lebensfernen Gewaltbegriff zugrunde gelegt. Weder Aggressionen gegen die Bobo-Puppe noch das Austeilen von Elektroschocks ist nach Klapper im konkreten experimentellen Setting an eine Verletzung von sozialen Normen gebunden, denn im Experiment werde das Schlagen der Puppe bzw. die Bestrafung mit Elektroschocks den Versuchspersonen durchaus als akzeptierte Handlung präsentiert. Klapper geht davon aus, dass Gewalt immer auch eine Verletzung sozialer Normen und Werte bedeutet. Vgl. J. Klapper, in: P. Briand (Hg.): *Mass Media Hearings*, S. 17-21. Es wird auf den Stellenwert der gesellschaftlichen Normen im Kapitel *Von der Gewalttat zum alltäglichen Normverstoß* zurückzukommen sein.

28 Ebd., S. 35.

Unwissenheit, was Kommissionsmitglieder wie den Staatsanwalt Leon Jaworski zu insistierender Nachfrage provoziert:

»Mr. Jaworski: [...] Now, couldn't television, for instance, have programs that placed greater emphasis on good citizenship, the value of it, to show what the life of delinquency or the first act of crime that a young person commits, what that leads to eventually as far as his future life as a citizen is concerned? [...]

Dr. Klapper: Certainly television could show these things. What effect they would have, I don't know. I mean just as I don't know what effect the depictions of violence have. One thing, of course, I would say, is they have to be good programs. They have to be programs people want to see.

Mr. Jaworski: You don't have a study on it, because it is not being done now. But, as a sociologist, what is your opinion? Don't you believe it would have a helpful and valuable effect?

Dr. Klapper: Well, sir, for 26 years, or rather for 22 years, I have been engaged in urging people not to guess and to rely on fact. I don't know. I doubt that it would have any effect unless it was complemented by parallel influences from other walks of life which would have to be subtle.

[...] Television certainly couldn't do any harm in doing what you are suggesting, but I just honestly don't know whether it would have an effect.«²⁹

Klapper verlässt, nach mehrfacher Nachfrage seitens der Violence Commission, den Bereich der sozialwissenschaftlichen Sprachregelung, nur um spekulativ seine eigene Meinung zu äußern, nach der mediale Gewalt nur extrem unwahrscheinlich zu sozialer Gewalt führt.³⁰ Auf eine politische Handlungsempfehlung, die auf Commonsense beruht, lässt er sich nicht ein. Ein weiteres Kommissionsmitglied, die Botschafterin Patricia Roberts Harris, schließt die argumentative Figur, der Klapper sich verweigert:

»I think when scientific data fail us that we then revert to the point that I referred to as conventional wisdom and when people have a strong feeling that something negative has happened, unless scientific data indicate that this is not true I suspect our obligation is to deal in terms of the conventional wisdom, and then hope the data will catch up with it.

29 Ebd., S. 23f. Die teilweise verzerrte Syntax ist der wörtlichen Wiedergabe von Oralität geschuldet.

30 »Very well. Speaking then, making the usual protestations as a researcher that I hate to speak speculatively, I will now speak speculatively. It is my personal opinion that in reference to fictional portrayals of violence – portrayals of violence in fiction – the likelihood that witnessing depictions of violence would lead anybody other than an occasional psychopath into acts of violence is very, very unlikely. I would not go so far as to say it did not occur.« J. Klapper, ebd., S. 29.

In other words, the fact that it is not proven does not say to me that we cannot act; it says to me, move ahead quickly to prove it, but in the meantime take those steps that conventional wisdom suggest ought to be taken.«³¹

Wenn die Daten doch ohnehin nur dazu dienen sollen, politische Maßnahmen nachträglich abzusichern, warum löst die Mediengewaltforschung eine solche Unzufriedenheit aus, die gleichzeitig auf die große Bedeutung verweist, die man ihr beimisst? Warum bekundet Senator Pastore wenige Monate nach den Anhörungen seine Unzufriedenheit über den Mangel an definitiver Information – die prekären Begriffe *proof* und *evidence* vermeidend –, wo die Sozialwissenschaftler doch mehrfach darauf verwiesen haben, dass sie nicht in der Lage seien, sie zu liefern? Möglicherweise, weil die Rolle der Sozialwissenschaftler im etablierten Feld des Mediengewalt-Diskurses darin besteht, die definitive Information immer wieder *nicht* zu erbringen.

Regulation statt Kontrolle

Im Dezember 1969 legt die Violence Commission ihren Abschlussbericht mit dem bezeichnenden, auf die Präambel der amerikanischen Verfassung verweisenden Titel *To Establish Justice, to Insure Domestic Tranquility* vor. In der Einleitung, die schon zahlreiche Empfehlungen darüber enthält, wie die Gewalt in der amerikanischen Gesellschaft in den Griff zu bekommen ist, findet sich folgende aufschlussreiche Passage:

»Necessary as measures of control are, they are only a part of the answer. They do not cure the basic causes of violence. Violence is like a fever in the body politic: it is but the symptom of some more basic pathology which must be cured before the fever will disappear.

Indeed, if measures of control were this society's only response to violence, they would in the long run exacerbate the problem. The pyramiding of control measures could turn us into a repressive society, were the peace is kept primarily through official coercion rather than through willing obedience to law. That kind of society, where law is more feared than respected, where individual expression and movement are curtailed, is violent too – and it nurtures within itself the seeds of its own violent destruction.

In this Report, we analyze basic causes which underlie the chief varieties of contemporary violence. We make a number of recommendations directed to removing these causes.«³²

Auffällig ist zunächst die medizinische Metaphorik, die schon auf die Nähe zu dem Forschungsunternehmen verweist, das zeitgleich der Sur-

31 P. Harris, ebd., S. 27.

32 National Commission: *Establish Justice*, S. xix.

geon General auf den Weg bringt. Gewalt wird schon hier mit einer Krankheit der Gesellschaft in Verbindung gebracht. Sie fungiert als Form der Sichtbarkeit einer grundlegenden sozialen Pathologie, ist ein Symptom, dessen Ursachen gefunden und beseitigt werden müssen, um die Gesellschaft zu heilen. Als eine dieser Ursachen für die soziale Krankheit verhandelt die Violence Commission die Massenmedien.

Was diese medizinische Rhetorik aufscheinen lässt, macht der zweite Absatz des Zitats explizit: Die Violence Commission strebt keine repressive Kontrolle von Gewalt an. Als Schreckensszenario, das es zu vermeiden gilt, wird das Bild einer Gesellschaft gezeichnet, die über ihre Maßnahmen der Kontrolle Gewalt reproduziert anstatt sie zu beseitigen. Die Differenz zwischen der Repression von Gewalt und dem eigenen Vorgehen, das in Ursachenanalyse und der Formulierung von Empfehlungen besteht, wie diese Ursachen zu beseitigen sind, lässt sich mit der Differenz in Verbindung bringen, die Foucault zwischen einer Disziplinargesellschaft und einer Gesellschaft beschreibt, deren Gouvernementalität über biopolitische Regulation organisiert ist, über eine Form der Regierung also, die in liberalistischem Sinne auf die Eigenverantwortung freier Subjekte setzt.

Die Media Task Force verhandelt die prekäre Aufgabe, Gewalt zu regulieren, ohne sie repressiven Kontrollmaßnahmen zu unterwerfen, in Auseinandersetzung mit dem First Amendment, das in der amerikanischen Verfassung seit 1791 die Presse- und Meinungsfreiheit als demokratisches Grundrecht verbürgt.³³ Der Verfassungsartikel gilt als Eckpfeiler der amerikanischen Demokratie und bildet, wie auch in aktuellen Debatten noch deutlich wird, ein Spannungsfeld für Fragen der Mediengewalt.

Die Verfasser des Amendments Thomas Jefferson und James Madison, so eine aktuelle Publikation des so genannten First Amendment Centers,³⁴ »could not have anticipated today's technology or popular culture, but they certainly recognized the importance of a free exchange of ideas to a free society.«³⁵ Die emphatische Beschreibung einer freien Gesellschaft bekommt im Rahmen der Mediengewalt-Debatte besondere Brisanz. Besonders nach dem Massaker in der Columbine Highschool in

33 »Congress shall make no law respecting an establishment of religion, or prohibiting the free exercise thereof; or abridging the freedom of speech, or of the press; or the right of the people peaceably to assemble, and to petition the Government for a redress of grievances.« First Amendment Center: »About the First Amendment«. Vgl. zum First Amendment auch das Kapitel *Werbung: Ökonomie der Suggestion*.

34 Das First Amendment Center bemüht sich durch Veranstaltungen und Veröffentlichungen darum, die amerikanischen Bürger über ihre Grundrechte aufzuklären. Vgl. die Homepage: <http://www.firstamendmentcenter.org> vom 24.1.2006.

35 Kenneth A. Paulson: »The First Amendment. Preface«, in: Media Studies Journal 14 (2000), H. 3, S. ix f., hier S. x.

Littleton, Colorado, im Jahr 1999, das man ebenso wie den Erfurter Amoklauf als medieninduzierte Nachahmungstat diskutiert, wird im Amendment Center eine Debatte über das Spannungsverhältnis von Sicherheit an amerikanischen Schulen und dem Recht auf freie Meinungsäußerung bzw. unzensurierte Medieninhalte geführt.³⁶ Dabei argumentieren die Verfechter des First Amendments insbesondere gegen eine Beweislage in der Mediengewalt-Frage, die Einschränkungen des Grundrechts rechtfertigen würde. Der politische Aktionismus nach den Morden in Littleton sei fragwürdig:

»The rationale for all these actions and activities appeared to lie with academic studies that suggest a link between media and violence. There is serious concern by some, however, that the number and certainty of such studies have been overstated. Others note that even if a causal link were satisfactorily demonstrated, it still would not justify restricting or punishing the First Amendment rights of the entertainment media or their consumers.«³⁷

Die Juristin Marjorie Heins verdeutlicht, dass der oberste Gerichtshof zwar für obszöne Medieninhalte – erstmals in einem Prozess 1957 – Ausnahmen vom Schutz durch das First Amendment gewährte, die ein Verbot dieser Inhalte ermöglichten. Für mediale Gewaltdarstellung gab es jedoch keinen vergleichbaren Fall. Den Grund hierfür sieht Heins in der Allgegenwärtigkeit von Gewaltdarstellungen in Kunst, Literatur, Unterhaltung, Sport und Politik. Der Gewaltbegriff ist vage und dehnt sich auf den gesamten Bereich der freien Meinungsäußerung aus.³⁸ Dieser breite und nicht klar definierbare Bereich von medialer Gewaltdarstellung hat gleichzeitig eine entscheidende Konsequenz: »As a judge in one copycat case explained, »if the shield of the First Amendment can be eliminated« by *proving* that one individual imitated a description of a dangerous activity, than »all free speech becomes threatened.«³⁹

Die Bedrohung, die von einem Beweis der Mediengewalt – im Sinne von *proof* – für das Recht auf freie Meinungsäußerung ausgeht, wird in den Anhörungen der Violence Commission nicht thematisiert. Die rhetorischen Winkelzüge, die sich in den Dialogen von Sozialwissenschaftlern und Mitgliedern der Violence Commission beobachten lassen, sind aber ein Indiz für die dabei entstehende paradoxe Konzeption von Mediengewalt, nach der sie evident ist, ohne als juristischer Beweis tauglich zu

36 Vgl. David L. Hudson: »Student Expression in the Age of Columbine: Securing Safety and Protecting First Amendment Rights«. First Amendment Center, First Reports 6 (2005), H. 2; Marjorie Heins u.a.: Violence and the Media. An Exploration of Cause, Effect, and the First Amendment, Nashville: First Amendment Center 2001.

37 Paul K. McMasters: »Foreword«, in: Marjorie Heins u.a.: Violence and the Media (2001), S. vf., hier S. vi.

38 Vgl. M. Heins u.a.: Violence and the Media, S. 10f.

39 Ebd., S. 12 (Kursivierung I.O.).

sein: *Mediengewalt muss regulierbar sein, ohne das Recht auf freie Meinungsäußerung zu gefährden.* Die Regulation von Mediengewalt hat innerhalb einer liberalen Gouvernamentalität zu funktionieren, sie darf sich nicht in Opposition zu ihr positionieren.

In seinem Report *Mass Media and Violence* reagiert der aus Sozialwissenschaftlern und Juristen bestehende Staff der Media Task Force direkt auf diese Problematik. Schon das Vorwort bringt zur Sprache, dass Mediengewaltforschung im Dienst der Regierung sich auf heiklem Terrain bewegt: »When a government commission undertakes to evaluate any aspect of media performance, it is properly a delicate inquiry in a society which prizes free expression.«⁴⁰ Gleich im ersten Teil des Berichts, der sich mit der Geschichte des amerikanischen Mediensystems beschäftigt, findet sich ein Abschnitt mit dem Titel »The Philosophy as Law«⁴¹, der auf ein Papier von Harry Kalven, Professor an der University of Chicago Law School, zurückgeht. Kalven nennt hier die Probleme, die sich angesichts des First Amendment für die gesetzliche Kontrolle von medialer Gewaltdarstellung ergeben. Die Argumente ähneln denjenigen, die gut dreißig Jahre später Marjorie Heins anführt. Eine gesetzliche Kontrolle von Gewaltdarstellung stoße aufgrund der Vagheit des Gewaltbegriffs in der Öffentlichkeit auf sehr viel weniger Akzeptanz als die Reglementierung von Pornografie.⁴² Ein klarer Beweis (*evidence*) von Mediengewalt sei Voraussetzung für die gesetzliche Kontrolle.⁴³ Da dieser Beweis nicht zu erbringen ist, gehöre die Frage, ob mediale Gewaltdarstellung kontrollierenden Maßnahmen zugänglich ist, in den Bereich der Spekulation: »[W]hat we have learned to date about the relationship between the media and violence makes the case for legislative ›solutions‹ less than clear.«⁴⁴

Da rechtlich unklar bleibt, wie eine Regierungskommission unter den Vorzeichen des First Amendments gegen mediale Gewaltdarstellungen vorgehen kann, verfährt der Staff Report nach der Strategie einer einfachen Umkehrung: Er wirft den Medieninstitutionen ihrerseits vor, das Grundrecht der Meinungsfreiheit zu missachten. Argumentativ gestützt wird dies zunächst durch einen historischen Abriss, in dem die liberale Herkunft der Massenmedien rekonstruiert wird: »All media today directly descend from the American press and they have naturally come to

40 D. Lange/R. Baker/S. Ball: *Mass Media and Violence*, S. v.

41 Vgl. ebd., S. 11-15.

42 »Much of our culture accepts violence as a normal occurrence without real definition or without much thought about the forms of violence; to try to separate unacceptable violence from the acceptable would require initially an exploration into concepts hitherto largely ignored, and likely to be of little use.« Ebd., S. 14.

43 »[A]ny effort to control the appearance of violence in media content should be supported by clear evidence of its effects upon the audience.« Ebd., S. 14.

44 Ebd., S. 15.

share in the hard-won freedom of the press.«⁴⁵ Die amerikanische Tradition der freien Presse wird als untrennbar mit der politischen Philosophie des Liberalismus herausgestellt, der ein grundsätzliches Vertrauen in die Selbstkorrektur der freien Meinungsäußerung zugrunde liegt: »A press unfettered by government, the libertarian believed, would create a marketplace of ideas similar to the classical economist's marketplace of goods and services.«⁴⁶ Der offene Meinungsmarkt – so der Staff Report – hat sich aber als Mythos erwiesen: längst nicht alle Mitglieder der Bevölkerung haben gleichen Zugang zu den Massenmedien. Die kommerzielle Organisation der Medien erlaube es den Bürgern gerade nicht, ihre im First Amendment verbürgten Rechte in Anspruch zu nehmen: »Today, unless the individual has access to formal channels of communication, it is almost impossible for him to have an impact.«⁴⁷

Einen wesentlichen Grund hierfür sieht die Media Task Force in der kommerziellen Struktur der amerikanischen Massenmedien. Gegenwärtig werde das ehemalige liberale Konzept der Pressefreiheit durch die Invasionsmacht großer Medienkonzerne pervertiert: »The media today pervade our culture to a degree unmatched by any other social institution.«⁴⁸ Die kapitalistische Prägung der Medienanstalten verknüpft der Staff Report eng mit dem Konzept von Mediengewalt, das er zugrunde legt. Es sei wichtig zu wissen, »what forces shape the media«, und sie als ein »multi-billion dollar business« zu begreifen, das von ökonomischen Konkurrenzkämpfen geprägt ist – eine strukturelle Komponente, die aus Sicht der Media Task Force einen grundsätzlichen agonalen Faktor einführt: »[T]he pressures of competition become an urgent, literal, life-or-death need to attract audiences sufficiently large to earn the advertising revenues necessary to sustain them.«⁴⁹ In ihrem »Hunger nach einem Publikum«,⁵⁰ der die Medienkonzerne in ihrem wirtschaftlichen Konkurrenzkampf prägt, sehen die Autoren der Media Task Force einen entscheidenden Grund für ihre Affinität zu Gewaltdarstellung. Ihr Plädoyer lautet deshalb: »[...] [A]ny study of the relationship between violence and the media must take into account the conflicting nature of the media as institutions.«⁵¹

Mit diesem Votum formuliert der Bericht mehr als eine bloße Empfehlung für weitere Projekte der Mediengewaltforschung. Indem sie me-

45 Ebd., S. 3.

46 Ebd., S. 68.

47 Ebd.

48 Ebd., S. 1.

49 Ebd., S. 2.

50 Vgl. ebd.: »[...] [S]ex, violence, and sensationalism have been served up in generous portions by publishers hungry for audiences.« Vgl. auch ebd., S. 151: »Long ago, publishers learned that they could expand their readership among heretofore non-newspaper readers by openly marshalling the most exaggerated and detailed reports of violence and sex.«

51 Ebd., S. 3.

diale Gewaltdarstellung mit der wirtschaftlichen Struktur der amerikanischen Medienlandschaft verknüpft, formuliert die Media Task Force einen Einwand, der das Schutzschild des First Amendment nicht brechen, sondern umgehen soll. Auf der einen Seite ist die staatliche Kontrolle der Medien unerwünscht, auf der anderen Seite wird sie in Anbetracht der kommerziell-agonalen Struktur der Medien als das kleinere Übel angesehen. Vor diesem Hintergrund erscheint aber auch die unklare, schwebende Beweislage der Mediengewaltforschung in einem anderen Licht. Die Weigerung der Sozialwissenschaftler, vor der Violence Commission einen juristisch verwertbaren Beweis zu erbringen, gibt sich nun deutlich als Sicherheitsmechanismus zu erkennen, durch den der Mediengewalt-Diskurs eben kein disziplinierender Diskurs zu werden droht, sondern sich als *regulierender Diskurs* behaupten kann. Die Art und Weise, wie der Staff-Bericht die Sachlage umkehrt und nicht der Regierungskommission, sondern den Medien einen Angriff auf das First Amendment zuschreibt, lässt sich aus dieser Perspektive mit der Argumentation der Sozialwissenschaftler vergleichen, die bei mangelnder Beweiskraft ihrer Ergebnisse auf den gesunden Menschenverstand ausweichen: Es handelt sich um rhetorische Handlungen, die gerade dann zum Zuge kommen, wenn Evidenz nicht oder zumindest nicht ohne Weiteres verfügbar ist.⁵²

Die sozialhygienische Institution als Ort der Wissensproduktion

Am 12. März 1969 erscheint der Surgeon General William H. Stewart vor dem Subcommittee on Communications im U.S. Senat. Der Vorsitzende Senator Pastore hat die Anwesenden über seinen Brief an Secretary Finch informiert, Stewart ist anwesend, um den versammelten Senatoren persönlich Rede und Antwort über die geplante Forschungsarbeit zu stehen. Er formuliert die Frage der Mediengewalt, die er als »still unanswered question« bezeichnet, als medizinische Frage: »[H]ow does TV violence and crime affect the mental health and the emotional and social development of the Nation's children?«⁵³ Wie in den Anhörungen der Violence Commission fragen die Senatoren nach dem Stand der »factual information« bzw. nach »information that would be of value« und fordern einen »complete job so that the American people can be convinced

52 Vgl. Hans Blumenbergs Rede von der »Rhetorik als Theorie und Praxis der Beeinflussung von Verhalten unter der Voraussetzung, daß Evidenz des Guten nicht verfügbar ist.« Hans Blumenberg: »Anthropologische Annäherung an die Aktualität der Rhetorik«, in: ders.: Ästhetische und metaphologische Schriften. Auswahl und Nachwort von Anselm Haverkamp, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2001, S. 406-431, hier S. 408.

53 Stewart, in: Subcommittee on Communications: Hearing, 12.3.1969, S. 338.

that we have the answer.«⁵⁴ Stewart selbst verspricht, das NIMH werde sich auf die Suche nach den definitiven und objektiven Antworten begeben.⁵⁵ Keine Kosten und Mühen sollen für dieses Vorhaben gescheut werden. Die Nachfrage eines Senators, wie die benötigte Million Dollar zur Verfügung gestellt werden soll, ob sie etwa aus der Krebsforschung abgezogen werde oder ob der Senat damit zu rechnen habe, für die Kosten aufzukommen, weist Pastore strikt zurück:

»We are going to spend a lot of money to remove pollution from the water, from the air, from the streams. We are going to spend a lot of money to remove crime from the streets and I hope we spend a lot of money to remove crime from the minds of our people. If you break down the morality of this Nation, it will be the end of this Republic. There has been a disintegration and degeneration and I would hope that something will happen as a result of these hearings and studies that will help to lift up the mind of man rather than to bring it further down.«⁵⁶

Die Forderung, eine definitive Antwort auf die Mediengewalt-Frage zu finden, ist Teil einer diskursiven Regulation, die sich hier deutlich als moralische Regulation zu erkennen gibt. Erneut findet sich hier eine rhetorische Figur, die nicht nur Strategeme des Beweisens liefert, wo es an unmittelbarer Einsichtigkeit mangelt, sondern die darüber hinaus »Handlung selbst zu ersetzen vermag«.⁵⁷ Der Diskurs erhält die moralische Regulation aufrecht, er stellt sie auf Dauer. Dass gerade die notwendige Unmöglichkeit, eine definitive Antwort zu finden, ein ebenso entscheidender Teil des Diskurses ist, bleibt sein blinder Fleck, der sein weiteres Prozessieren gewährleistet.

Die Überführung des Problems in den medizinischen Bereich lässt vermuten: Es geht nicht mehr nur darum, die Medieninstitutionen zur Eigenverantwortlichkeit aufzufordern und so ihren Schutz durch das First Amendment zu umgehen. Es geht vor allem um den einzelnen Mediennutzer, der sich selbst um seine moralische Gesundheit kümmern soll. Der unmittelbare Anschluss des Advisory Committee an die Violence Commission ist deshalb weniger eine Dopplung als vielmehr die konsequente Weiterführung und Pointierung eines Regulationsprojekts, das auch die Gewaltkommission schon verfolgt hat.

In seinem Brief an das Gesundheitsministerium begründet Pastore seine Bitte, den Surgeon General mit dem Mediengewalt-Problem zu betrauen, indem er auf vergangene Erfolge verweist, und zwar auf »the outstanding contribution made by his Committee through its report on

54 Ebd., S. 339f.

55 Vgl. W. Stewart, ebd., S. 342.

56 J. Pastore, ebd., S. 344.

57 H. Blumenberg: »Aktualität der Rhetorik«, S. 416.

Smoking and Health.«⁵⁸ Das Ergebnis dieses Berichts, das der damals amtierende Surgeon General Luther L. Terry am 11. Januar 1964 – an einem Samstag, um die Auswirkungen auf dem Aktienmarkt für die Tabakindustrie zu minimieren und gleichzeitig breite Beachtung durch die Sonntagspresse zu gewährleisten – bekannt gemacht hat, sowie die daraufhin folgenden Reaktionen in Öffentlichkeit und Politik,⁵⁹ liefern Pastore ein Idealszenario, das er für den Gegenstand Fernsehgewalt zu wiederholen wünscht.

Die möglichen gesundheitsschädigenden Wirkungen des Tabakkonsums beschäftigen den Public Health Service schon seit Mitte der 50er Jahre. Schon zu dieser Zeit weist der Gesundheitsservice auf einen kausalen Zusammenhang zwischen Rauchen und Lungenkrebs hin. Breite Aufmerksamkeit gewinnt dieses Statement aber erst zehn Jahre später, wenn Terry – veranlasst durch einen Brief, den mehrere medizinische Institutionen an Präsident Kennedy richten, – sich des »tobacco problem« annimmt. Aus einer Liste von 150 Wissenschaftlern und Ärzten, mit der sich die beteiligten Institutionen – einschließlich des Tobacco Institutes, durch das die Industrie ihre Interessen vertreten lässt, – einverstanden erklärt haben, wählt Terry zehn Forscher aus, die für die folgende Zeit als *The Surgeon General's Advisory Committee on Smoking and Health* fungieren.⁶⁰ Das Komitee evaluiert bereits durchgeführte Studien und präsentiert nach einem Jahr ein Resultat, aufgrund dessen Terry Mitte der 60er Jahre eine »definitive Information« vorweisen kann: »Cigarette smoking is causally related to lung cancer in men [...]. The magnitude of the effect of cigarette smoking far outweighs all other factors. The data for women, though less extensive, point in the same direction.«⁶¹ Das Statement alarmiert die Öffentlichkeit und veranlasst den Congress zur Handlung. Auf jeder Zigarettenschachtel muss von nun an eine Warnung vor Gesundheitsschäden aufgedruckt werden, Zigarettenwerbung in Fernsehen und Radio wird verboten.⁶²

Kein anderes Thema hat in der Geschichte des Public Health Service die alle vier Jahre wechselnden Inhaber des Surgeon General-Postens so sehr beschäftigt wie die schädlichen Folgen des Rauchens. Von 1964 bis 2001 gehen 32 der 55 offiziellen Berichte des Gesundheitsdienstes dieser Frage nach, erst Mitte der 80er Jahre kommt mit Aids ein weiteres großes

58 Pastore, in: Subcommittee on Communications: Hearing, 12.3.1969, S. 338.

59 Vgl. National Library of Medicine: »The 1964 Report on Smoking and Health«, unter <http://profiles.nlm.nih.gov/NN/Views/Exhibit/narrative/smoking.html> vom 2.5.2006; F. Mullan: *Plagues and Politics*.

60 Vgl. Surgeon General's Advisory Committee on Smoking and Health: *Smoking and Health. Report of the Advisory Committee to the Surgeon General of the Public Health Service*, Washington: U.S. Government Printing Office 1964, S. 7-9.

61 Terry, zit. nach: F. Mullan: *Plagues and Politics*, S. 149.

62 Vgl. National Library of Medicine: 1964 Report, S. 2.

Thema hinzu.⁶³ Der Vergleich, den Senator Pastore herstellt, zielt also in den Kernbereich der amerikanischen Sozialhygiene, wie sie in den 60er Jahren Kontur gewinnt. Die Kampagne gegen das Rauchen ist seit Terrys Report untrennbar mit der Figur des Surgeon General verknüpft.⁶⁴

Pastores Begründung für seine Adressierung des Surgeon General zielt aber auch auf eine methodologische Gemeinsamkeit von Konsequenzen des Rauchens und Mediengewalt: In beiden Fällen geht es um eine eindeutige Antwort auf die Frage, »whether there is a causal connection«⁶⁵ zwischen zwei miteinander assoziierten Variablen – und zwar bei unsicherer und kontroverser Beweislage. Der Bericht *Smoking and Health* trägt dieser Problematik in einem Kapitel zu den »Criteria for Judgment«⁶⁶ Rechnung. Hier werden Debatten des Komitees referiert, in denen die Möglichkeiten, statistisch erhobenen Daten Kausalität zuzuschreiben, abgewogen wurden, und es wird erläutert, in welchem Sinne der Bericht in Anbetracht einer komplexen Datenlage von Ursache und Wirkung spricht:

»The situation of smoking in relation to the health of mankind includes a host (variable man) and a complex agent (tobacco and its products, particularly those formed by combustion in smoking). The probe of this inquiry is into the effect, or non-effect, of components of the agent upon the tissues, organs, and various qualities of the host which might: a) improve his wellbeing, b) let him proceed normally, or c) injure his health in one way or another. To obtain information on these points the Committee did its best, with extensive aid, to examine all available sources of information in publications and reports and through consultation with well informed persons.

[...] The word *cause* is the one in general usage in connection with matters considered in this study, and it is capable of conveying the notion of a significant, effectual relationship between an agent and an associated disorder or disease in the host.«⁶⁷

Der Vorsitzende des Communications Subcommittee scheint zu hoffen, in Anbetracht einer ähnlich komplexen Beweislage im Fall von Mediengewalt sei – unter der Führung des Surgeon General – eine ähnlich klare Kausalitätsaussage zu erlangen, wie sie dem *Smoking and Health Committee* schließlich gelungen ist. Vermutlich rechnet er mit klaren Emp-

63 Vgl. National Library of Medicine: »The Reports of the Surgeon General: Chronological Listing by Primary Document Type«, unter <http://profiles.nlm.nih.gov/NN/ListByDate.html> vom 2.5.2006.

64 Vgl. F. Mullan: *Plagues and Politics*, S. 150.

65 Pastore, in: Subcommittee on Communications: Hearing, 12.3.1969, S. 337.

66 Vgl. Surgeon General's Smoking and Health Committee: Report, S. 18-21.

67 Ebd., S. 20f.

fehlungen für politische Handlungen, die sich mit der Autorität einer Warnung des Surgeon General durchsetzen lassen.

Ein Blick auf weitere Projekte, die der Surgeon General in Angriff genommen hat – das Television Advisory Committee sei hier zunächst ausgespart – verdeutlicht die Schwierigkeiten, die eine Erforschung von Mediengewalt als Kopie des Unternehmens ›Smoking and Health‹ mit sich führt. Ein Indiz für die Schieflage von Pastores Vergleich ist, dass die Überführung des Mediengewalt-Problems in den medizinischen Bereich zumindest erklärungsbedürftig ist. Wenn Rauchen als mögliche Ursache für Lungenkrebs oder Herzkrankheiten untersucht werden soll, ist die Zuständigkeit des Public Health Service einleuchtend. Anders verhält es sich, wenn soziale Gewalt als Wirkung televisueller Gewaltdarstellung zu beweisen ist. Es überrascht, dass diese Frage weder in Pastores Brief noch im Hearing des Surgeon General Stewart zum Thema wird. Keiner der Beteiligten scheint es für notwendig zu halten, infrage zu stellen oder zu begründen, warum soziale Gewalt nun nicht mehr ausschließlich metaphorisch, sondern in ganz wörtlichem Sinn als Krankheit verhandelt werden soll.

Erst Mitte der 80er Jahre, in der Amtszeit des Surgeon General Everett Koop, wird diese Erklärung nachgeliefert, maßgeblich auf einem Workshop der vom 27. bis 29. Oktober 1985 in Leesburg, Virginia, unter dem Titel *Violence and Public Health* stattfindet.⁶⁸ Kein Mediziner, sondern ein Jurist – Marvin E. Wolfgang von der University of Pennsylvania – verdeutlicht als erster Vortragender des Workshops Gewalt als Bezugsproblem der öffentlichen Gesundheitsfürsorge – und zwar, indem er an die Violence Commission des Präsidenten Johnson erinnert:

»The Violence Commission elected to carry out its charge by focusing on the means ›to establish justice and to insure domestic tranquility,‹ the first two national purposes penned in the Preamble to the Constitution. Tensions between justice and public tranquility and order were guiding concerns in the quest of the Violence Commission to understand and to prevent violence. [...]

The Founding Fathers seemed prescient in their deliberations and constitutional framing. They inscribed another viewpoint and objective into this nation's first legal document: namely, the promotion of the general welfare. Now this workshop on violence is fueled by that original national purpose. The disorders of violence are as much a challenge to the general health and welfare of our nation as they are to its system of justice and law. Our objective at this assembly is to

68 Vgl. Health Resources and Services Administration (Hg.): Surgeon General's Workshop on Violence and Public Health. Report, Leesburg, Virginia, October 27-29, 1985, Washington: Health Resources and Services Administration 1986.

wed to the insights and advancements of law, order, and stability, those of public health and welfare.«⁶⁹

Während Wolfgang Gewalt auf diese Weise als Problem herausstellt, das nicht nur juristisch, sondern auch sozialmedizinisch bearbeitet werden muss, klärt der Assistant Surgeon General William H. Foege in seinem anschließenden Vortrag, was dies konkret bedeutet: »Throughout history, the two leading causes of early or premature death have been infectious diseases and violence.«⁷⁰ Gewalt in Anbetracht dieser Befunde *nicht* als ein Problem der öffentlichen Gesundheit zu behandeln, hieße nach Foege, sie fatalistisch als ein unvermeidbares soziales Phänomen zu betrachten. Stattdessen gelte: »That we live in a cause-and-effect world is as true with violence as with infectious diseases, an important observation for both public health people and educators.«⁷¹

Der Assistant Surgeon General erhofft sich von dieser neuen Sicht auf Gewalt eine Veränderung sozialer Normen. Gewalt könne nun als eine vermeidbare und heilbare soziale Krankheit angesehen werden, und er verdeutlicht die bereits erbrachten Leistungen auf diesem Gebiet: Gewalt sei seit Ende der 70er Jahre als Risikofaktor in die Präventionsstrategie des Public Health Service aufgenommen worden. Surgeon General Koop habe gegenwärtig maßgeblich dazu beigetragen, Gewalt auf die Agenda der öffentlichen Gesundheit zu setzen.⁷²

Der Preis dieses Beitrags, der gleichzeitig eine Autorisierung liefert, die dem Advisory Committee Ende der 60er Jahre fehlte, scheint allerdings zu sein, dass *Mediengewalt* als Ursache für soziale Gewalt im Rahmen des Public Health Service stark relativiert werden muss bzw. weit in den Hintergrund tritt. Koop macht dies bereits zwei Jahre vor dem Violence-Workshop deutlich, wenn er als Keynote-Speaker vor die National Coalition on Television Violence tritt. Er beginnt zwar mit einem emphatischen Bezug auf das Problem Fernsehgewalt, leitet aber sofort dazu über, Gewalt in der Gesellschaft als sozialmedizinisches Anliegen zu beschreiben:

»As you well know, this topic of violence on television is as much a part of the office of Surgeon General as the flag and the uniform. And violence is every bit

69 Marvin E. Wolfgang: »Interpersonal Violence and Public Health Care: New Directions, New Challenges«, in: Health Resources and Services Administration (Hg.), Surgeon General's Workshop on Violence and Public Health (1986), S. 9-18, hier S. 10f.

70 William H. Foege: »Violence and Public Health«, in: Health Resources and Services Administration (Hg.), Surgeon General's Workshop on Violence and Public Health (1986), S. 19-23, hier S. 19.

71 Ebd., S. 19.

72 Vgl. ebd., S. 20.

a public health issue for me and my successors in this century, as smallpox, tuberculosis, and syphilis were for my predecessors in the last two centuries.«⁷³

In seinem Vortrag scheint Koop die Mediengewalt-Thematik dann fast aus den Augen zu verlieren oder zumindest einem sehr viel zentraleren Anliegen unterzuordnen. Er diskutiert hauptsächlich, inwiefern er Gewalt als eine Epidemie verstanden wissen will und welche Ursache er für ihre Verbreitung annimmt: ein mangelndes Verantwortlichkeitsgefühl der amerikanischen Bürger füreinander, eine mangelnde Zivilcourage, die Koop »the dilemma of the detached bystander in the presence of violence«⁷⁴ nennt. Dieses Problem sieht Koop als einen angemessenen Gegenstand für die Sozialforschung in den Vereinigten Staaten an: »That's a far more significant issue than whether one or another television show promotes violence.«⁷⁵ Koop geht in seiner Provokation sogar so weit, seinen Gastgebern implizit vorzuwerfen, das Problem der gesellschaftlichen Gewalt aus einer falschen Richtung anzugehen, und schließt mit einem Lob des Mediums Fernsehen:

»When we do... when we see that people feel good again about being responsible for one another... then the issue of violence on television will be academic. Conferences such as this one will not be needed. The violence that may remain will have far less of an effect than it now has.

Let me close by saying I do not entirely despair of the television industry. It's an extraordinary medium and, for many millions of Americans, it is their best connection to the rest of society and the world. And many times in the course of a broadcast day, American T.V. will reveal its good humor, gentleness, and human caring. We don't want to lose that either.«⁷⁶

1986 sieht sich Koop jedoch noch einmal dazu veranlasst, Medieninhalte als Bezugsproblem der öffentlichen Gesundheitsfürsorge genauer unter die Lupe zu nehmen. Auf Anfrage des Justizministeriums führt er einen Workshop durch, der dazu dienen soll, »to provide the Attorney General with a report summarizing the evidence that was available from the scientific community regarding the effects of pornography on public health.«⁷⁷ Der Bericht des Workshops formuliert seine Ergebnisse und Empfehlungen aber nur mit allergrößter Vorsicht und nicht ohne auf das

73 Everett Koop: »Address Presented to the National Coalition on Television Violence, Washington, D.C., October 6, 1983«, unter http://profiles.nlm.nih.gov/qq/B/B/C/T/_/qbbct.pdf am 2.5.2006, S. 1.

74 Ebd., S. 18.

75 Ebd., S. 19.

76 Ebd., S. 21f.

77 Edward P. Mulvey/Jeffrey L. Haugaard: Report of the Surgeon General's Workshop on Pornography and Public Health, June 22-24, 1986, Arlington, Virginia, Washington: Office of the Surgeon General 1986, S. 3.

Scheitern vorangegangener Untersuchungen hinzuweisen, die Wirkungen von Pornografie nachweisen sollten: »This report summarizes the consensus of a group of social scientists and mental health professionals regarding the nature and extent of evidence about the effects of pornography [...]. The purpose of this assessment is not to prescribe public policy.«⁷⁸

In der zurückhaltend-skeptischen Umgangsweise, die der Public Health Service ihm zukommen lässt, unterscheidet sich das Thema Mediengewalt nicht vom Gegenstand Pornografie. Diese Zurückhaltung prägt die weitere Geschichte des Gesundheitsdienstes. Die Mediengewalt-Frage ist trotz umfangreicher Forschungsfinanzierung bis heute⁷⁹ nur 1982 noch einmal zum Thema eines Berichts des NIMH geworden⁸⁰ und wird kein weiteres Mal zum Gegenstand eines offiziellen Reports des Surgeon General. Es gibt also seit Anfang der 80er Jahre keine Auftragsforschung mehr, sondern nur noch eine Unterstützung von Projekten, die ein Antragsverfahren auf Forschungsförderung erfolgreich durchlaufen haben. In späteren selbsthistoriografischen Darstellungen findet sich kein Hinweis darauf, dass Mediengewalt jemals ein Thema war, mit dem sich die sozialhygienische Institution beschäftigt hat.⁸¹ Die Frage der Mediengewalt wird im Jahr 2001 dann doch noch einmal in einem Report des Surgeon General über Jugendgewalt verhandelt, allerdings nur im Anhang eines Kapitels, das sich möglichen Risikofaktoren widmet. Die Verhandlung des Themas geschieht auch nicht ohne Warnung, allerdings nicht vor medialer Gewaltdarstellung, wie Pastore es sich gewünscht hätte, sondern vor ihrer Überbewertung als mögliche Ursache für soziale Gewalt.⁸² Fernsehgewalt taucht Ende der 60er Jahre als ein offizieller Gegenstand des Public Health Service für einen Zeitraum von etwa 12 Jahren auf, um dann aus der *Gesundheitspolitik* der sozial-

78 Ebd., S. 1.

79 Eine Abfrage der Suchmaschine des NIMH liefert bei Eingabe der Stichwörter »Media & Violence« für den Zeitraum von 1972 bis 2006 107 Projekte, die gefördert wurden bzw. aktuell gefördert werden. Vgl. http://crisp.cit.nih.gov/crisp/crisp_query.generate_screen vom 26.11.2006.

80 Vgl. National Institute of Mental Health: Television and Behavior 1 u. 2.

81 F. Mullan: Plagues and Politics behandelt zwar den Zeitraum des Advisory Committee, erwähnt es jedoch mit keinem Wort.

82 »[T]he preponderance of evidence indicates that violent behavior seldom results from a single cause; rather, multiple factors converging over time contribute to such behavior. Accordingly, the influence of the mass media, however strong or weak, is best viewed as one of the many potential factors that help to shape behavior, including violent behavior.« National Library of Medicine: Youth Violence. A Report of the Surgeon General [2001], Chapter 4: »Risk Factors for Youth Violence«, unter <http://www.ncbi.nlm.nih.gov/books/bv.fcgi?rid=hstat5.section.12589> vom 2.5.2006, S. 29.

hygienischen Institution wieder zu verschwinden – ohne allerdings aus ihrer *Forschungspolitik* ausgeschlossen zu werden.

Koop geht 1983 in seinem Vortrag nicht so weit, die vom NIMH geförderte Mediengewaltforschung als vollständig nutzlos zu beurteilen. Er lehnt es aber strikt ab, aus Forschungsergebnissen eine Rechtfertigung für politische Maßnahmen gegen die Fernsehindustrie abzuleiten, und beruft sich dabei auf das liberalistische Ideal der Selbstregulation.⁸³ Aus der Sicht der Fernsehsender sei es durchaus nachvollziehbar, Gewaltdarstellungen in ihr Programm zu integrieren: »Why a network would broadcast that program is quite clear: precisely to get that larger ›audience share.‹ We may be uncomfortable about it, but we would have to admit that the decision makes sense from the viewpoint of the health of the network.«⁸⁴ Koops Verweis auf ein »adversarial tone that permeates all our discussions between the mental health community and the networks«⁸⁵ legt nahe, hierin zumindest einen wichtigen Grund für das Umschwenken in der Politik des Public Health Service Anfang der 80er Jahre zu sehen: Der nun versöhnliche Ton des Surgeon General gegenüber den Fernsehsendern offenbart gleichzeitig die neue Programmatik, eben nicht die Rechtfertigung für politische Maßregelungen medialer Gewaltdarstellung zu liefern, die Pastore Ende der 60er Jahre einfordert. Für Koop geht damit eine Fokusverschiebung in der Mediengewalt-Frage einher, die er lapidar formuliert, die aber aufschlussreich für ein Verständnis der *moralischen Regulation von Mediengewalt* ist: »The real issue, however, is this: Why on earth does anybody watch that stuff?«⁸⁶

Koop nimmt eine Verschiebung vor, die den Mediengewalt-Diskurs als einen Diskurs der moralischen Regulation kenntlich macht, in dem der Mediennutzer zur Regierung seiner selbst aufgefordert wird. Dass diese Programmatik, den Mediennutzer zur Selbstregierung anzuleiten, auch später explizit im Bereich der Regierungspolitik zum Tragen kommt, zeigt der Television Violence Report Card Act of 1995 (S. 772), der Anfang 1996 vom amerikanischen Senat verabschiedet wird. Das Gesetz sieht keine politische Kontrolle medialer Gewaltdarstellungen, sondern allein eine Forschungsfinanzierung vor, mit dem Ziel, im Verlauf der Jahre 1996 und 1997 im Rhythmus von drei Monaten jeweils ei-

83 »An Industry function within the American Marketplace Economy. As such, each network and each station has certain responsibilities that are fundamental to any business or industry. Of course, we hope every private for-profit enterprise can be both profitable and socially useful. And I would have to say that all our media – regardless of the anxieties we may have about their conduct now and then – all our media have done very well in maintaining this touchy balance between profitability and social utility. Still, most of them do.« E. Koop: »Address«, S. 10f.

84 Ebd., S. 11.

85 Ebd., S. 9.

86 Ebd., S. 11.

ne inhaltsanalytische Untersuchung zur Gewaltdarstellung im Fernsehen zu erhalten:

»S. 772 would impose no regulation nor penalties on the television industry. Rather, the legislation takes the approach of providing consumers with information necessary to monitor television viewing in their homes. S. 772 achieves the goal of protecting children through empowering consumers with information as opposed to other approaches that use regulation or government mandates [...]«.«⁸⁷

Pastores Adressierung des Surgeon General im Jahr 1969 schlägt also, wie im Folgenden noch ausführlicher zu sehen sein wird, in dem Sinne fehl, das die erhoffte Grundlage für politische Handlungen nicht erbracht wird. Das relativ kurze Eintauchen der Mediengewalt-Frage in die Praktiken der Gesundheitsfürsorge, wie sie der Public Health Service lanciert, macht aber deutlich, dass der Diskurs durchaus als eine Form der sozial-hygienischen Regulation zu bezeichnen ist. Allerdings hat diese Regulation innerhalb einer liberalistischen Gouvernamentalität zu funktionieren. Das bedeutet: Sie muss in den Verfahren des öffentlichen Gesundheitsdienstes unsichtbar bleiben und darf sich auf keinen Fall dem Verdacht aussetzen, politische Kontrolle zu implementieren. Die Form der Regierung muss subtiler sein: Als moralische Regulation soll sie den einzelnen Mediennutzer zur Regierung seiner selbst auffordern. Sie verlangt eine Forschung, die zwar immer alarmierende Evidenzen, aber niemals eine »definitive Information« liefert, wie Pastore sie verlangt. Die Fehlschläge und Verwerfungen im diskursiven Netz, die sich um Pastores Brief gruppieren, geben in diesem Sinne gerade Aufschluss über die Funktionsweise des Mediengewalt-Diskurses.

Das folgende Kapitel wird der Frage nachgehen, inwiefern die Mediengewaltforschung, auch wenn sie als Lieferant eines definitiven Ergebnisses scheitert, Wissen über Gewalt, Medien und Mediennutzer produziert, das Aufschluss über die Diskursregeln der Mediengewaltforschung gibt. Zunächst soll aber als letzter Aspekt der Rahmenbedingungen, in denen diese Wissensproduktion stattfindet, beleuchtet werden, wie sich das Advisory Committee in die beschriebenen Projekte des Public Health Service einordnet und die Mediengewaltforschung in diesem Kontext neu justiert.

87 Committee on Commerce, Science, and Transportation: Television Violence Report Card Act of 1995. Report Together With Minority Views. S. 772, Washington: Government Printing Office 1996, S. 1. Die Verwendung des englischen Wortes »regulation« bezieht sich hier auf politische Maßnahmen, die nichts mit dem zu tun haben bzw. genau das Gegenteil von dem meinen, was hier als moralische Regulation bezeichnet wird.

Justierung des Experimentalsystems

»Government does not always move at a snail's pace«⁸⁸ – so geben Douglass Cater und Stephen Strickland, die das Advisory Committee noch während seiner Arbeit einer eingehenden Beurteilung unterziehen, ihrem Erstaunen über die Schnelligkeit Ausdruck, mit der die sozial-hygienische Institution sich in Gang setzt und Pastores Bitte entspricht. Schon wenige Tage nachdem Surgeon General Stewart vor dem Subcommittee on Communications gesprochen hat, sichert Präsident Nixon Pastore brieflich seine Unterstützung zu. Am 16. April 1969 autorisiert Secretary Finch die Formierung des Beratungskomitees. Der Surgeon General wird zum Vorsitzenden erklärt, Eli Rubinstein, Assistant Director für Forschungsförderung durch das NIMH, soll die Position des stellvertretenden Vorsitzenden einnehmen. Finch macht ganz deutlich, dass das Unternehmen – im Rahmen der öffentlichen Gesundheitsfürsorge – wissenschaftliche Ergebnisse erzielen, nicht aber politische Empfehlungen formulieren soll:

»As far as this department is concerned [...] we have no mandate and no power that relate to commercial broadcasting and we do not seek any, but we do have a clear responsibility in the area of public health including the important field of mental health.«⁸⁹

In der folgenden Zeit verschickt das Büro des Surgeon General Anfragen an eine Vielzahl sozialwissenschaftlicher Institutionen wie die American Sociological Association und die Psychological Association, an die Vereinigung der Amerikanischen Rundfunkanstalten (NAB) sowie an die drei großen Sender CBS, NBC und ABC. Die Institutionen werden gebeten, Forscher zu empfehlen, die aus ihrer Sicht für das Advisory Committee geeignet sind. Auf der Grundlage dieser Empfehlungen erstellt das Office of the Surgeon General eine Liste von 40 Namen. Das weitere Verfahren mit dieser Liste wird heftig umstritten und häufig für die Problematik, ja sogar für das Scheitern des Komitees verantwortlich gemacht. Am 28. April 1969 schickt Stewart die Liste an die Präsidenten der NAB und der drei nationalen Sender und bittet sie anzuzeigen, welche Forscher sie für ungeeignet halten, eine unparteiische Studie durchzuführen. Während der CBS-Präsident Frank Stanton sich weigert, einen der designierten Forscher zu diskreditieren, streichen NAB, NBC und ABC insgesamt sieben Namen von der Liste; unter diesen sind, neben dem bereits erwähnten Leo Bogart, Albert Bandura und Leonard Berkowitz.

Die Auseinandersetzungen, die das Ausschlussverfahren nach sich zieht, versucht Secretary Finch mit einem Verweis auf das Smoking and Health-Committee zu beschwichtigen: Auch hier habe die Tabakindustrie

88 D. Cater/S. Strickland: TV Violence, S. 19.

89 Finch, zit. nach: Surgeon General's Advisory Committee: Report, S. 22. Vgl. auch D. Cater/S. Strickland: TV Violence, S. 19f.

die Gelegenheit bekommen, von einem Vetorecht gegen unliebsame Forscher Gebrauch zu machen. Dies sei geschehen, um späteren Vorwürfen, die Forschung sei interessegeleitet, vorzubeugen. Die nach einem abschließenden Auswahlverfahren übrig bleibenden zwölf Mitglieder des Advisory Committee, die aus unterschiedlichen Disziplinen wie Psychologie, Pädagogik, Soziologie, Psychiatrie, Politologie, Kommunikationsforschung und Anthropologie sowie aus den Forschungsabteilungen der Fernsehsender stammen, äußern noch im Abschlussbericht ihre Unzufriedenheit über dieses Sonderrecht, das den Fernsehanstalten damit eingeräumt wurde.⁹⁰

Dass Bandura und Berkowitz mit ihrem lerntheoretisch modifizierten Behaviorismus einerseits ein breit rezipiertes Forschungsmodell in den Mediengewalt-Debatten der 60er und 70er Jahre liefern, aber andererseits aus dem Advisory Committee, das hier als etabliertes Feld des Diskurses verhandelt wird, ausgeschlossen werden, erscheint zunächst als Widerspruch. Noch irritierender könnte erscheinen, dass die Katharsisthese, die insbesondere von Feshbach in modifizierter Form weiterhin vertreten wird, trotz ihres diskursiven Ausschlusses sowohl im Bericht, den die Media Task Force für die Violence Commission verfasst, als auch in den Berichtsbänden des Advisory Committee wieder auftaucht.

Dazu ist zunächst zu berücksichtigen, dass Ausschlussverfahren, die im Diskurs auftauchen, nicht unbedingt *diskursive* Ausschlussverfahren sind. Sie können, wie im Fall der Positionierung von Bandura, Berkowitz und Feshbach im diskursiven Netz um Pastores Brief, Elemente des Diskurses sein, die sich teilweise konträr zu diskursiven Ein- und Aus-

90 Vgl. ebd., S. 22; L. Bogart: »Warning«, S. 496; Surgeon General's Advisory Committee: Report, S. 24. Die zwölf Mitglieder des Advisory Committee sind: Ira H. Cisin, Professor für Soziologie an der George Washington University; Thomas E. Coffin, Vizepräsident der National Broadcasting Company; Irving L. Janis, Professor für Psychologie an der Yale University; Joseph T. Klapper, Director of Social Research, Columbia Broadcasting System; Harold Mendelsohn, Professor für Massenkommunikation und Direktor des Communication Arts Center der University of Denver; Eveline Omwake, Professorin und Vorsitzende am Department of Child Development des Connecticut College; Charles A. Pinderhughes, assoziierter klinischer Professor für Psychiatrie an der Tufts University und Lektor für Psychiatrie an der Harvard Medical School; Ithiel de Sola Pool, Professor und Vorsitzender am Political Science Department des Massachusetts Institute of Technology; Alberta E. Siegel, assoziierte Professorin für Psychologie an der Stanford University Medical School; Anthony F.C. Wallace, Professor und Vorsitzender am Department of Anthropology der University of Pennsylvania; Andrew S. Watson, Professor für Psychiatrie und Professor für Recht an der University of Michigan; Gerhart D. Wiebe, Dekan der School of Communications an der Boston University. Vgl. D. Cater/S. Strickland: TV Violence, S. 23f.

schlussverfahren verhalten. Der Ausschluss von Bandura und Berkowitz aus dem Advisory Committee bedeutet nicht, dass ihre Forschungen nun keine Rolle mehr spielen. Im Gegenteil: Gerade das Veto gegen die renommierten Vertreter des wissenschaftlichen Feldes führt zu Unmut innerhalb der wissenschaftlichen *community* und markiert eine zentrale Kontroverse des Mediengewalt-Diskurses. Auch die Weiterführung der Katharsisthese bedeutet nicht, dass sie nun rehabilitiert und von der ›diskursiven Polizei‹ zugelassen wird. Stattdessen wird sie als widerlegte These im etablierten Feld mitgeführt und trägt dazu bei, ein Spektrum wissenschaftlicher Studien aufzufächern, das innerhalb des Verfahrens einer diskursiven Regulation nicht zu einer abschließenden, definitiven Antwort kommen darf.

Der Ausschluss von Bandura und Berkowitz kann andererseits auch als ein *diskursiver Ausschluss* aus dem etablierten Feld verstanden werden, da beide Forscher mit ihren Experimenten an einer Scharnierstelle zwischen dem Verfahren der wirkungsstabilisierenden Zählung und dem der moralischen Regulation angesiedelt sind. Ihre behavioristisch geprägten Versuchsanordnungen führen Mediengewalt zu plastisch, zu eindeutig vor Augen. Die Exklusion von Bandura und Berkowitz aus dem Advisory Committee kann als weiteres Indiz dafür aufgefasst werden, dass eine eindeutige Lösung der Mediengewalt-Frage im etablierten Diskursfeld unerwünscht ist.

Wie die Dokumentationen der ersten Treffen des Advisory Committee deutlich machen, wird das Spektrum der Studien schon von vornherein so angelegt, dass es nicht möglich sein wird, sie zu einer ›definitiven Information‹ über Mediengewalt zu kondensieren. In einem Bericht über seine ersten Aktionen von Juni bis Oktober 1969 legt das Komitee – im Gegensatz zur Media Task Force der Violence Commission, deren Bericht nun vorliegt, – Wert darauf, sich mit der Produktion von neuen Erkenntnissen zu beschäftigen, also sich nicht darauf zu beschränken, vorhandene Forschungen auszuwerten. Unterstützt von einem Mitarbeiterstab des NIMH verschickt das Komitee Einladungen an Forscher und wissenschaftliche Organisationen und wertet die Forschungsanträge, die es daraufhin erhält, nach dem formalen Begutachtungsverfahren des NIMH aus. 23 Projekte gehen aus diesem Verfahren hervor, die insgesamt über 40 Studien für das Advisory Committee durchführen werden.⁹¹ Mit der Wissensordnung, die sich auf diese Weise formiert, beschäftigt sich das folgende Kapitel.

91 Vgl. Surgeon General's Advisory Committee: Report, S. 232 u. 27f.

2 FORMATIERUNG DER WISSENSORDNUNG

Senator Pastore hat das Beratungskomitee des Surgeon General im Frühjahr 1969 mit großer Verve auf den Weg gebracht. Als Anfang August desselben Jahres das sich gerade konstituierende Komitee erneut in einem Hearing des Subcommittee on Communications zur Sprache kommt, sind seine Redebeiträge jedoch von Vorbehalten, ja fast von Skepsis geprägt. In Vertretung des Surgeon General Stewart, dessen Amtszeit in diesem Monat zu Ende geht, tritt Rubinstein vor das Subcommittee und stellt sich den unerwarteten Bedenken des Senators. Pastore weist darauf hin, dass im September die Violence Commission ihren Abschlussbericht vorlegen wird. Was zuvor nicht zur Sprache gekommen ist, aber als ungeklärtes Rätsel Pastores Forschungsinitiative begleitet hat, nämlich seine Initiation des Advisory Committee, obwohl die Violence Commission gerade das Thema Mediengewalt behandelt, problematisiert Pastore dies nun selbst, und zwar in aller Deutlichkeit:

»I hope that we don't get into duplication. Whatever is new, or hasn't been yet discovered, I hope will be discovered in the public interest. But, by the same token, let's not get into another big bureaucratic agency to do a job that in many instances has already been done.«¹

Als wollte er diese Befürchtung sofort wieder ausräumen, erinnert Pastore nochmals an seine anfängliche Hoffnung, die sich verwirklichen werde, wenn das Advisory Committee auch auf bereits durchgeführte Studien zurückgreift: »So in the final analysis, we will get a very comprehensive study and know exactly where we stand on this very, very important subject, just as we did on cigarette smoking.«² Jedoch klingt diese Zuversicht halbherzig, denn seine Rückfragen zu Rubinsteins Be-

1 Pastore, in: Subcommittee on Communications of the Committee on Commerce, United States Senate: Hearings. Ninety-First Congress, First Session on: S. 2004 to Amend the Communications Act of 1934 to Establish Orderly Procedures for the Consideration of Applications for Renewal of Broadcast Licences With an Interim Report of the Surgeon General's Scientific Advisory Committee on Television and Social Behavior, Department of Health, Education and Welfare. Part 1. August 5, 6, and 7, 1969, Washington: U.S. Government Printing Office 1969, 5.8.1969, S. 3.

2 Ebd.

richt über die bisherigen Aktivitäten des Advisory Committee sind wiederum von Zweifeln geprägt: »[D]o you think we are actually operating in a dark area here, or do you feel there is a feasibility of some answers? [...] Do you think that this is a problem that could be resolved by the lay mind, without some scientific study?«³

Pastore verfolgt sicherlich eine Rhetorik, in der er stellvertretend für die Skeptiker im Senat spricht, um Rubinstein die Gelegenheit zu geben, diese Einwände zu widerlegen. Jedoch ist der Wechsel seiner Argumentation im Vergleich zu seinem Brief an Secretary Finch und zu seinen Reden in den vorangegangenen Hearings auffällig: Weitaus zurückhaltender spricht er nun nicht mehr von definitiver Information, sondern von der »feasibility of some answers«. Im diskursiven Netz um Pastores Brief scheint zu diesem Zeitpunkt bereits der Verdacht auf, der Surgeon General werde den gewünschten Beweis über die Schädlichkeit televisueller Gewaltdarstellungen niemals erbringen.

In gewisser Weise antizipieren Pastores Vorbehalte in der Konstituierungsphase des Advisory Committee das Ergebnis, mit dem das Komitee gut zwei Jahre später mögliche Erwartungen enttäuschen wird. Der Bericht *Television and Growing Up* liefert alles andere als einen juristisch verwertbaren *proof* für Mediengewalt:

»The accumulated evidence, however, does not warrant the conclusion that televised violence has a uniformly adverse effect nor the conclusion that it has an adverse effect on the majority of children. It cannot even be said that the majority of the children in the various studies we have reviewed showed an increase in aggressive behavior in response to the violent fare to which they were exposed. The evidence does indicate that televised violence may lead to increased aggressive behavior in certain subgroups of children, who might constitute a small portion or a substantial proportion of the total population of young television viewers. We cannot estimate the size of the fraction, however, since the available evidence does not come from cross-section samples of the entire American population of children.«⁴

Diese äußerst vorsichtige und vage Formulierung, die nach einer dreifachen Zurückweisung in der Beweislage von Mediengewalt – im Sinne von *evidence* – schließlich möglicherweise in gewissen sozialen Gruppen gefährdete Kinder identifiziert, um diese spärliche Klarheit gleich wieder zu vernebeln – es sei schließlich nichts über die Anzahl dieser Kinder bekannt –, löst einen Sturm der Entrüstung in publizistischen, wissenschaftlichen und politischen Debatten aus. Es ist kaum verwunderlich, dass die Anschuldigungen nicht selten so weit gehen, dem hochsubventionierten Advisory Committee vollständiges Scheitern zu bescheinigen.

Den Mediengewalt-Diskurs im Rahmen eines Projekts der moralischen Regulation zu untersuchen, wie es die vorliegende Studie verfolgt,

3 Ebd., S. 6.

4 Surgeon General's Advisory Committee: Report, S. 11f.

heißt im Unterschied hierzu keineswegs, die Ergebnislosigkeit des Advisory Committee mit seinem Scheitern gleichzusetzen. Im Gegenteil ist in dieser Perspektivierung davon auszugehen: Gerade das Ausbleiben von klaren, politisch verwertbaren Ergebnissen stellt den Diskurs auf Dauer, gewährleistet eine fortlaufende Regierung des Mediennutzers, ohne grundsätzliche Rechte der Meinungs- und Pressefreiheit zu gefährden. Das Projekt der moralischen Regulation besteht nicht darin, ein festgefügttes Wissen zur Verfügung zu stellen. Die Ausgangsüberlegung, die das folgende Kapitel durchzieht, lautet: Dies wird bereits in den Forschungspraktiken selbst sichtbar. Eine Wissensordnung des Mediengewalt-Diskurses formatiert sich nicht in endgültigen Beweisen – denn gemessen an diesem Maßstab würde der Diskurs überhaupt kein Wissen zur Verfügung stellen –, sondern im *Prozess* der häufig divergenten Experimente, Erhebungen und Analysen. Die folgende Untersuchung richtet daher ihren Blick auf die *Materialität* der wissenschaftlichen Studien, die im Rahmen des Advisory Committee durchgeführt werden.

Als kulturwissenschaftlich perspektivierte Analyse der sozialwissenschaftlichen Mediengewaltforschung profitiert die vorliegende Studie von einer Entwicklung innerhalb der *science studies* ab Ende der 1970er Jahre, die mit Andrew Pickering als eine Bewegung weg von einer Untersuchung der »products of science«, von einer Konzeption von »science-as-knowledge«, hin zu einer Beobachtung von *Science as Practice and Culture* bezeichnet werden kann.⁵ Pickering versteht den Kulturbegriff in einem weiten, wie er selbst sagt, »deflationären« Sinn.⁶ Das schließt aber nicht aus, dass die – auch in den deutschsprachigen *science studies* gängige – Bezeichnung einer *Wissenschafts-* bzw. *Experimental-kultur*⁷ durchaus entscheidende Unterschiede zwischen empirisch-sozialwissenschaftlichen und kulturwissenschaftlichen Herangehensweisen an den Gegenstand »Mediengewalt« verdeutlicht: Anstatt eine Progressgeschichte der Mediengewaltforschung zu erzählen, die das Advisory Committee rückblickend als einen wichtigen, aber noch unausgereiften und verbesserungsbedürftigen Schritt in der Entwicklung der Disziplin beschreibt und dabei generell von einer kontinuierlichen Annäherung an

5 Andrew Pickering (Hg.): *Science as Practice and Culture*: Chicago, London: University of Chicago Press 1992 (Introduction), S. 3. Zentrale Publikationen dieses *turns* zur Materialität der Forschung sind Bruno Latour/Steven Wolgar: *Laboratory Life. The Construction of Scientific Facts* [1979], Princeton: Princeton University Press 1986; Karin Knorr-Cetina: *The Manufacture of Knowledge. An Essay on the Constructivist and Contextual Nature of Science*, Oxford, New York: Pergamon Press 1981 und Ian Hacking: *Einführung in die Geschichte der Naturwissenschaften [Representing and Intervening 1983]*, Stuttgart: Reclam 1996.

6 Vgl. A. Pickering (Hg.): *Science* (Introduction), S. 2f., Anm. 1.

7 Hagner spricht etwa von »Kulturen des Messens« oder »Kulturen des Experiments«. Vgl. M. Hagner (Hg.): *Wissenschaftsgeschichte* (Einleitung), S. 24.

das – notwendigerweise unerreichbare – Ideal des *proof* von Mediengewalt ausgeht, bemüht sich die folgende Analyse darum, den unabgeschlossenen Forschungsprozess, die »dynamics of scientific knowledge«,⁸ in den Blick zu nehmen. Für die kulturwissenschaftliche Beobachtung der Mediengewaltforschung ist dabei insbesondere entscheidend, sich an der Durchlässigkeit des wissenschaftlichen Feldes, an seiner Verflochtenheit mit kulturellen Praktiken außerhalb der Versuchsanordnung, zu orientieren.⁹ In dieser Perspektive interessieren weniger die divergierenden Ergebnisse der einzelnen Studien, die das Advisory Committee schließlich vorweisen kann, und auch nicht das letztlich erzielte Konsensergebnis.

Wenn im Folgenden anhand exemplarischer Analysen die Wissensordnung, die sich in den empirischen Forschungspraktiken herausbildet, als Teil einer moralischen Regulation der Mediennutzung untersucht wird, so lautet die leitende Frage: Inwiefern bereitet diese Wissensordnung Konzepte vor, die, wenn sie in den Prozess der publizistischen Zirkulation eintreten, den Mediennutzer zur Regierung seiner selbst anleiten? Auf welche Weise positionieren das vage Konsensergebnis und die Pluralität der kontroversen Studien den Mediennutzer als moralisiertes Subjekt und sind daher keineswegs Teil einer scheiternden Wissenschaft, sondern vielmehr – in einer Mediengesellschaft – von höchster sozialer Relevanz?

Im Folgenden wird es zunächst darum gehen, wie die Gewalttat in die Praktiken der Forschung gleichsam »hineingerechnet« wird, auf diese Weise ihren Charakter als überraschendes, unerklärtes Ereignis – als soziales Problem – verliert und zur Gewalt wird, die dem einzelnen Probanden in seinem mikrosozialen Umfeld begegnet. In einem nächsten Schritt steht die Frage im Mittelpunkt, welche Konzepte von Medialität die Studien des Advisory Committee entwerfen. Es wird auszuloten sein, wie die Gefährlichkeit des Mediums in der mikrosozialen Struktur der Mediennutzung verteilt wird und auf diese Weise als ständige Herausforderung einer moralisierenden Beobachtung fungiert. Schließlich beobachtet der dritte Abschnitt dieses Kapitels, inwiefern sich in den Praktiken und Apparaturen des Messens, die in den Forschungsberichten beschrieben werden, ein Diskursprogramm widerspiegelt, nach dem der Mediennutzer zu seiner eigenen Überwachung anzuhalten ist. Inwiefern fordern bereits die Praktiken des Messens – so die Frage – zu einem eigenverantwortlichen Umgang mit Medien auf?

8 Sabine Maasen/Matthias Winterhager (Hg.): Science Studies. Probing the Dynamics of Scientific Knowledge, Bielefeld: transcript 2001 (Introduction), S. 10.

9 Vgl. M. Hagner (Hg.): Wissenschaftsgeschichte (Einleitung), S. 23.

Von der Gewalttat zum alltäglichen Normverstoß

Die Unbestimmtheit des Gewaltkonzepts begleitet den Diskurs als beständig mitgeführte Kritik.¹⁰ Auch dem Advisory Committee begegnet der Vorwurf, keinen einheitlichen Begriff entwickelt, sondern es jedem Forschungsteam überlassen zu haben, Gewalt für die jeweilige Studie selbst zu definieren.¹¹ Hierbei handelt es sich aber weniger um ein Versäumnis, als um eine programmatische Entscheidung. In seinem Abschlussbericht beruft sich das Komitee auf die Ergebnisse der Violence Commission, um zu unterstreichen, dass es Gewalt für ein in generellem Sinne undefinierbares, da beobachterabhängiges Konzept hält. Zudem – das ist hier entscheidend – verweist es auf die Abhängigkeit des Gewaltbegriffs von Moral- und Legitimitätsvorstellungen der Gesellschaft bzw. gesellschaftlicher Gruppen:

»The first is that violence has characterized our society throughout its history, and the second is that there is no simple or universal explanation of the causes of violence. In fact, there is not even a clear consensus about what constitutes violence. [...]

The character of an act does not, by itself, define whether the act is violent. The effect, the social context, the moral framework, the degree of legitimization, and the amount and kinds of group endorsement of the act are very relevant to the definition of violence in the real world.«¹²

Trotz der Definitionsoffenheit operationalisieren die meisten Wissenschaftler in ihren Untersuchungen jedoch – sowohl medial dargestellte als auch soziale – Gewalt relativ einheitlich im strikten Sinne einer Schädigung durch physische Handlungen – nicht zuletzt, um Komplexität zu reduzieren und eine empirisch relativ leicht messbare Variable zugrunde legen zu können. Joseph R. Dominick und Bradley S. Greenberg versuchen beispielsweise in einer Feldstudie herauszufinden, inwiefern sich bei Kindern nach der Rezeption medialer Gewaltdarstellungen beobachten lässt, dass sich ihre Einstellung zu Gewalt verändert. Fast beiläufig weisen sie darauf hin, eine gängige Definition des Begriffs zugrunde gelegt zu haben: »Violence was defined as behavior which would produce physical pain in another.«¹³

10 Vgl. etwa M. Kunczik: Gewalt im Fernsehen, S. 17f., oder K. Merten: Gewalt, S. 9.

11 Vgl. zur Nichtfestlegung des Gewaltbegriffs: Surgeon General's Advisory Committee: Report, S. 52-54, und zur Kritik an dieser Vorgehensweise D. Cater/S. Strickland: TV Violence, S. 52.

12 Surgeon General's Advisory Committee: Report, S. 46.

13 Joseph R. Dominick/Bradley S. Greenberg: »Attitudes Toward Violence: The Interaction of Television Exposure, Family Attitudes, and Social Class«, in: Comstock/Rubinstein (Hg.), Television and Adolescent Aggres-

Das Experimentalsystem um Violence Commission und Advisory Committee, oder: das diskursive Netz um die Petition des Senators Pastore, wird – gemäß seiner politischen Initiatoren – mit einer Bezugnahme auf gesellschaftliche Gewalt etabliert. Einerseits lassen sich die 60er Jahre, die den sozialhistorischen Kontext dieser Bezugnahme bilden, insgesamt als eine Zeit beschreiben, in der radikale Protesthandlungen und gewaltsame Rebellionen eine »distinctive cultural mood«¹⁴ bzw. einen *Spirit of the Sixties*¹⁵ ausmachen:

»Huge numbers of Americans – especially among the young who had to fight the war – rebelled not only against American policy in Vietnam but against existing cultural patterns and the nation's social and economic system as well. At

siveness (1972), S. 314-335, hier S. 320. George Gerbner, der eine inhaltsanalytische Untersuchung unternimmt, grenzt den Begriff der medialen Gewaltdarstellung folgendermaßen ein: »For this study violence was defined in its strictest physical sense as an arbiter of power. Analysts were instructed to record as violent only ›the overt expression of physical force against others or self, or the compelling of action against one's will on pain of being hurt or killed.‹ The expression of injurious or lethal force had to be credible and real in the symbolic terms of the drama. [...] The agent of violence could be any sort of creature, and the act could appear to be accidental as well as intentional.« George Gerbner: »Violence in Television Drama: Trends and Symbolic Functions«, in: Comstock/Rubinstein (Hg.), *Media Content and Control* (1972), S. 28-187, hier S. 31. Ähnlich definieren David G. Clark und William B. Blankenburg Gewalt in ihrer inhaltsanalytischen Untersuchung: »A fairly typical definition of violence was applied in all cases: physical acts or the threat of physical acts by humans designed to inflict physical injury to persons or damage property.« David G. Clark/William B. Blankenburg: »Trends in Violent Content in Selected Mass Media«, in: Comstock/Rubinstein (Hg.), *Media Content and Control* (1972), S. 188-243, hier S. 189. Die drei genannten Gewaltdefinitionen weisen neben dem gemeinsamen Bezug auf körperliche Gewalt wiederum entscheidende Unterschiede auf – sieht man einmal davon ab, dass sich Gerbner und Clark/Blankenburg auf medial dargestellte Gewalt beziehen und Dominick/Greenberg auf soziale Gewalt: Während Gerbner Gewalt unabhängig von Intentionalität bestimmt, spielt diese bei Clark/Blankenburg eine wichtige Rolle. Clark/Blankenburg wiederum verhandeln Gewalt unabhängig von der Zufügung von Schmerzen, während dies bei Dominick/Greenberg zentral ist. Vgl. die ausführliche Diskussion dieser Unterschiede in Gewaltdefinitionen bei M. Kunczik: *Gewalt im Fernsehen*, S. 33-97.

- 14 Julie Stephens: *Anti-Disciplinary Protest. Sixties Radicalism and Postmodernism*, Cambridge: Cambridge University Press 1998, S. 10.
- 15 Vgl. James J. Farrell: *The Spirit of the Sixties. Making Postwar Radicalism*, New York, London: Routledge 1997.

the same time, black citizens, frustrated by over a century of unfulfilled promises of equality, drastically intensified their own revolution. [...] By rioting and burning cities they made violence as much a characteristic of the decade at home as it was in Vietnam.«¹⁶

Andererseits besteht die Tendenz, auch in Konzeptionen von sozialer Gewalt – gerade wenn sie zum Gegenstand der Ursachenforschung wird – diese an spektakulären Einzeltaten festzumachen, die als eindruckliche Exemplifikationen dienen. Solche Ereignisse ermöglichen es dann einerseits, plausibel zu machen, warum Kommissionen unbedingt notwendig sind, die den *Ursachen* für Gewalt nachgehen. Andererseits kann die zu Ereignissen kondensierte gesellschaftliche Gewalt wiederum zum Ausgangspunkt von Untersuchungen werden, die den *Wirkungen* solcher spektakulärer Gewalttaten auf die Gesellschaft nachgehen.

Ein Ereignis, das zu Beginn der 60er Jahre die amerikanische Öffentlichkeit prägt, ist die Ermordung John F. Kennedys am 22. November 1963. Nur sieben Tage nach der Tat setzt der neue Präsident Johnson die Commission on the Assassination of President Kennedy in Kraft. Ihre Aufgabe ist es, die »Ereigniskette« um die Ermordung Kennedys aufzuklären und die Erschießung des Hauptverdächtigen Lee Harvey Oswald durch den Nachtclubbesitzer Jack Ruby »in full view of a national television audience« zu untersuchen.¹⁷

Mit besonderem Fokus auf eben diese medialen Praktiken beobachten dagegen sozialwissenschaftliche Studien das Ereignis des Attentats nicht als *Wirkung*, sondern als *Ursache*. Solche »Ereignis-Analysen« machen sich die Ausnahmesituation als »Quasi-Experiment«¹⁸ zunutze, um auf diese Weise Einsichten in die Kommunikation der amerikanischen Öffentlichkeit zu gewinnen: Die »Kennedy story« fungiert hier als »stimulus [...] with added overtones of violence and irony, and with full and vivid television coverage«.¹⁹

Fast noch eindringlicher trägt ein weiteres Ereignis zur Konzeption von sozialer und medial vermittelter Gewalt in den 1960er Jahren bei: die Ermordung Martin Luther Kings am 4. April 1968, denn hier verläuft die

16 Jim F. Heath: *Decade of Disillusionment. The Kennedy-Johnson Years*, Bloomington, London: Indiana University Press 1975, S. 12.

17 President's Commission on the Assassination of President Kennedy: Report [1964], unter <http://www.archives.gov/research/jfk/warren-commission-report> vom 3.2.2007 (Foreword), S. ix.

18 Vgl. Donald T. Campbell/Julian C. Stanley: *Experimental and Quasi-Experimental Designs for Research*, Boston: Houghton Mifflin 1963.

19 Wilbur Schramm: »Communication in Crisis«, in: Bradley S. Greenberg/Edwin B. Parker (Hg.), *The Kennedy Assassination and the American Public. Social Communication in Crisis*, Stanford: Stanford University Press 1965, S. 1-25, hier S. 5. Vgl. auch Isabell Otto: »Das Ereignis als soziales Experiment«, in: Schneider/Bartz (Hg.), *Formationen der Medien-nutzung* (2007), S. 45-52.

Ordnung der Tat explizit entlang der Unterscheidung gewaltlos/gewalt-sam. Im Gegensatz zum radikalen Flügel der afroamerikanischen Bürger-rechtsbewegung – dieser gehörte etwa, als Anführer der Black Muslims, Malcolm X an, der drei Jahre zuvor ebenfalls ermordet wurde, – predigte King den gewaltlosen Kampf gegen die Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung. Das in den Verbreitungsmedien breit verhandelte Attentat auf den Baptistenpastor wird in Wirkungsstudien als Ursache für eine Zunahme von Gewalt innerhalb der Bürgerrechtsbewegung untersucht. Studien, die das Ereignis als Experiment nutzen, gehen der Frage nach, ob Kings »philosophy and tactic would suffer a setback in the competi-tion for commitment of urban Negroes«²⁰ oder ob die Gewalttat als Stimulus fungiert, »that led individuals to an emotional disengagement from the realm of normal political behavior«.²¹

Als zwei Monate nach Kings Ermordung auch Senator Robert F. Kennedy einem Attentat zum Opfer fällt, und sich um seinen Tod ähnli-che Verschwörungstheorien zu ranken beginnen, wie anlässlich der To-desschüsse auf seinen älteren Bruder, nimmt Präsident Johnson dies zum Anlass, nun nicht mehr die einzelne Gewalttat, sondern die Gewaltstruk-tur der amerikanischen Gesellschaft insgesamt untersuchen zu lassen: Er etabliert die National Commission on the Causes and Prevention of Vio-lence. Die Gewalttaten werden damit zum Ausgangspunkt einer breiteren Analyse, die ausgehend von einem Ereignis allgemeine Fragen zum Zu-sammenhang von medialer Gewaltdarstellung und sozialer Gewalt stellt.²²

Wenn jedoch in der Violence Commission – und noch intensiver im Advisory Committee des Surgeon General – Mediengewalt als eine mög-liche Ursache für soziale Gewalt untersucht wird, lässt sich beobachten, dass eine Trennung zwischen sozialer und medialer Gewaltwelt vollzogen wird. Diese Trennung scheint einer kausalen Verknüpfung beider Welten eher zu widersprechen. Es findet eine Transformation der sozialen Gewalt statt: In den Studien der Mediengewaltforschung ist Gewalt in den sel-tensten Fällen identisch mit den großen Gewaltereignissen der 60er und 70er Jahre. Sie wird vielmehr häufig in einen Normverstoß umgewandelt, der jedem Mediennutzer in seinem unmittelbaren sozialen Umfeld begeg-nen kann.

Wie zu sehen sein wird, bedeutet der Entwurf differenter Gewaltpro-file und die Transformation des sozialen Gewaltereignisses keineswegs,

-
- 20 Philip Meyer: »Aftermath of Martyrdom: Negro Militancy and Martin Lu-ther King«, in: *Public Opinion Quarterly* 33 (1969), S. 160-173, hier S. 160.
 - 21 Richard C. Hofstetter: »Political Disengagement and the Death of Martin Luther King«, in: *Public Opinion Quarterly* 33 (1969), S. 174-179, hier S. 174.
 - 22 Vgl. die Bezugnahme von D. Lange/R. Baker/S. Ball: *Mass Media*, S. viii: »After the tragic assassinations in the spring of 1968, there was much pub-licity in the trade and regular press about how the networks were reducing violence on television.«

dass damit ein kausaler Zusammenhang zwischen medialer und sozialer Gewalt vollständig zurückgewiesen wäre. Stattdessen wird die Kausalverknüpfung von sozialer und medialer Gewalt in das Projekt der moralischen Regulation der Mediennutzung eingebunden.

Die Konzeption getrennter Gewaltwelten treibt maßgeblich George Gerbner von der Annenberg School of Communications voran, der im September 1968 von der Violence Commission beauftragt wird, in weniger als zwei Monaten eine detaillierte Inhaltsanalyse gewalthaltiger fiktionaler Fernsehprogramme zu erstellen und so ein Gewaltprofil des amerikanischen Fernsehprogramms zu entwerfen – dies ist eine der wenigen empirischen Studien, die eigens für die Violence Commission durchgeführt werden.²³ Gerbner setzt damit eine Untersuchung aus dem Vorjahr fort und vergleicht jeweils für eine Woche im Herbst die televisuelle Gewalt im Abend- und Samstagvormittagsprogramm der Jahre 1967 und 68.²⁴ Er erweitert im Auftrag des Advisory Committee seine Untersuchung um die Analyse einer Woche im Jahr 1969 und stellt einen umfassenden Vergleich der drei untersuchten Analyseeinheiten an.²⁵ Die Inhaltsanalyse der Annenberg School formiert damit die deutlichste Kontinuitätslinie zwischen Violence Commission und Advisory Committee. Gerbners Untersuchung des Fernsehprogramms ist damit jedoch nicht abgeschlossen: Von 1972 bis 1989 werden die *Violence Profiles* regelmäßig publiziert.²⁶ Sie verdeutlichen damit signifikant, dass eine moralische Regulation von Mediengewalt mit einer auf Dauer gestellten Forschung einhergeht.

Im Bericht der Violence Commission formuliert Gerbner den Zusammenhang zwischen sozialen Gewaltereignissen und medial dargestellter Gewalt, die er als »symbolische Gewalt« bezeichnet, noch im Rahmen einer offenen Forschungsfrage: »How could a study based on 1967 material reflect the impact upon television programming, if any, of the tragic series of violent events that shook the conscience of the nation

-
- 23 Vgl. [G. Gerbner:] Chapter 15 »The Television World of Violence«, in: D. Lange/R. Baker/S. Ball: *Mass Media*, S. 313; Gerbners Autorschaft zumindest großer Teile dieses Kapitels ist naheliegend, wird aber nicht explizit kenntlich gemacht. Gerbner selbst verweist auf den Bericht der Media Task Force, wenn er von seiner Untersuchung im Rahmen der Violence Commission spricht. Vgl. G. Gerbner: »Violence in Television Drama«, S. 32 u. Anm. 2. Vgl. zum Stellenwert von Gerbners Inhaltsanalysen in der Violence Commission: W. Rowland: *Politics of TV Violence*, S. 119.
 - 24 Vgl. [G. Gerbner:] Chapter 15 »The Television World of Violence«, in: D. Lange/R. Baker/S. Ball: *Mass Media*, S. 311-339.
 - 25 Vgl. G. Gerbner: »Violence in Television Drama«.
 - 26 Vgl. George Gerbner/Nancy Signorielli: *Violence Profile 1967 Through 1988-89: Enduring Patterns*, Philadelphia/PA: The Annenberg School of Communications, University of Pennsylvania 1990.

and the world in 1968?»²⁷ Sein Bericht für das Surgeon General's Advisory Committee weist dagegen die Vorstellung eines Reflexions- oder Spiegelungsverhältnisses zwischen beiden Gewaltwelten strikt zurück und propagiert ihre Verschiedenheit, indem er eine Differenz markiert, die häufig verloren geht: »It is obvious that television violence is communication, not violence.«²⁸ Im Prozess der *Violence Profiles* lässt sich also eine Bewegung beobachten, die von der Gewalt als Ereignis weg und hin zu auf Dauer gestellten Gewaltstrukturen führt. Die Trennung der Gewaltwelten ist hier die Voraussetzung dafür, die mediale Gewaltdarstellung unabhängig von sozialen Ereignissen untersuchen zu können und ihre Struktur in den Blick zu nehmen. In seinem Entwurf von Gewaltwelten, die eben keinen ansteckenden Nachahmungsprozess annehmen, bringt Gerbner soziale Moralvorstellungen ins Spiel:

»The fictional world reflects, not life, but purpose. Its time, space, and motion – even its accidents – follow, not laws of physics, but the logic of dramatic action. Its society is not a mirror but a projection of dramatic and social intent. [...]

In a fictional world governed by the economics of the assembly line and the production values of optimal appeal at least cost, action follows conventional ground rules of social morality.«²⁹

Welche Voraussetzung hat Gerbners Rede von einer sozialen Moral in seinen Forschungspraktiken? Zugrunde liegt ihr zunächst die akribische Auswertung von 182,35 Stunden auf Videoband aufgezeichneter Fernsehprogramme, in der jeweils mehrere Forscher aus Gerbners Team – um subjektive Einschätzungen gering zu halten – kleine Programmeinheiten in einem engmaschigen Analyseraster auf ihre Gewalthaltigkeit hin untersuchen. Wichtige Analysekatoren sind dabei die Orte, an denen Gewalt ausgeübt wird, und die Charaktere, die Gewalttaten begehen oder erleiden.³⁰

Um die Ergebnisse dieser Untersuchung darzustellen berechnet Gerbner nicht nur für jedes untersuchte Jahr einen so genannten *violence index*, der sich aus der Addition von Messungen unterschiedlicher Gewaltdarstellungen ergibt und die drei großen Fernsehsender miteinander vergleichbar machen soll.³¹ Infolge seiner Ablehnung des Spiegelungs-

27 [G. Gerbner:] Chapter 15 »The Television World of Violence«, in: D. Lange/R. Baker/S. Ball 1969: Mass Media, S. 313.

28 G. Gerbner: »Violence in Television Drama«, S. 28.

29 Ebd., S. 43.

30 Vgl. ebd., insbesondere S. 32. Die tabellarische Darstellung der Inhaltsanalyse ist dem Bericht in einem 121-seitigen Appendix-Teil beigelegt.

31 Der *violence index* ergibt sich aus der Summe von *program score* und *character score*. Der *program score* addiert sich aus der Prozentzahl der Fernsehprogramme, die Gewalt enthalten, aus der Anzahl der Gewaltepisoden pro Analyseinheit (*play*) und der Anzahl der Gewaltepisoden pro Stunde,

konzepts unternimmt er darüber hinaus eine demografische Analyse der fiktionalen Population und formuliert Aussagen über die Häufigkeit, mit der einzelne Bevölkerungsgruppen in der Fernsehwelt der Gewalt im Laufe der Zeit zu Opfern oder Tätern werden. Gerbners Studie findet gesellschaftliche Machtstrukturen im Fernsehprogramm wieder: »[N]on-whites suffered more and killed less than whites. But when nonwhites killed they died for it, while the white group was more than twice as likely to get away with murder – or to kill in a ›good cause‹ to begin with.«³²

Vor dem Hintergrund seiner Inhaltsanalysen entwirft Gerbner eine nicht-mimetische Mediengewalt-Konzeption, in der er die ›symbolische Gewalt‹ nicht als Spiegel von, aber dennoch in Relation zu sozialer Gewalt beschreibt und ihr wichtige gesellschaftliche Funktionen zuweist. Er versteht die Fernsehwelt, die mit ihren Akteuren und Opfern der Gewalt häufig exotische und geografisch weit entfernte Orte bevölkert, als ein ›moralisches Drama‹, das nach dem Muster traditioneller Rituale, wie Mythen oder Märchen, eine implizite Kultivierung (*acculturation*) vornimmt:

»The implicit lessons of acts of violence, the lessons of the different risks of violence for different kinds of people assuming different power roles in the vicarious world of mass entertainment, probably emerge most clearly and sharply when relatively stylized and uncontaminated by familiar and potentially conflicting clues.«³³

Die Beziehung zwischen den beiden Gewaltwelten, wie Gerbner sie konzipiert, lässt sich als Normierung in negativem Sinne beschreiben: Die symbolische Gewalt des Fernsehens lehrt seine Zuschauer die Machtbeziehung der sozialen Welt: »Television relates to social behavior as it defines the world beyond one's ken, and cultivates symbolic structures in which violence may – or may not – play an instrumental role.«³⁴ Noch deutlicher als im späteren Auftrag des Advisory Committee formuliert

wobei die letzten beiden Zahlen verdoppelt werden, um ihrer Bedeutung Rechnung zu tragen. Der *character score* wiederum errechnet sich aus der Addition von der Prozentzahl aller handlungstragenden Charaktere, die Gewalt ausüben oder erleiden und – um dieser Art der Gewaltausübung besonderes Gewicht zu geben – der Prozentzahl aller Charaktere, die entweder als Opfer oder Täter in einen Tötungsakt involviert sind. Vgl. ebd., S. 34f. Der *violence index* ist also ein reines Analyseinstrument, das nur im Vergleich der Fernsehsender Sinn gewinnt.

32 Ebd., S. 60.

33 Ebd., S. 42. Gerbner hat mit dieser, hier nur angedeuteten Kultivierungsthese breite Beachtung gefunden. Vgl. die Diskussion von M. Kunczik/A. Zipfel: Gewalt und Medien, S. 119-141.

34 G. Gerbner: »Violence in Television Drama«, S. 64.

Gerbner diese negative Normierung – in der wieder die Figur der falschen medialen Erziehung aufscheint – schon in seinem Bericht für die Violence Commission. Hier extrahiert er aus den Botschaften der Gewaltprogramme die auf diese Weise propagierten Normen:

- »Message: Non-whites kill less often than do whites, but are killed more often.
- Message: Violent young males are more likely to kill than are violent middle-aged males, but less likely to be killed.
- Norm: The violent people, including killers, who should be the most concerned about getting killed are middle-aged men and non-whites. [...]
- Message: When there are witnesses to violence, the most typical reaction is non-reaction or passivity.
- Norm: If you are a witness to a violent episode, do not get directly involved by intervening, and do not publicly disapprove; just watch quietly.«³⁵

Was sich daraus ergibt, ist ein moralisch geprägtes Mediengewalt-Verständnis: Symbolische Gewalt wird durch die normativen Botschaften, die sie vermittelt, zur Gewalt, die bestimmten Zuschauergruppen zugefügt wird. Es zeigt sich hierbei, dass Gerbners Zurückweisung des Spiegelungsverhältnisses zwischen televisueller und sozialer Gewalt den Medien keineswegs Unschuld an violentem Verhalten in der Gesellschaft bescheinigt. Im Gegenteil: Die Trennung der Gewaltwelten lässt das Medium umso einflussreicher und gefährlicher werden.

Gerbner unterscheidet zwischen sichtbarer und unsichtbarer Gewalt, wobei er die Differenz analog zu seiner Unterscheidung von symbolischer und »realer« Gewalt verhandelt. Während Gewalt in der Gesellschaft subtil und langsam verlaufe, machten offensichtliche physische Aktionen in der symbolisch-medialen Welt auf dramatische Weise sichtbar, was in der »realen Welt« verborgen bleibt, nämlich die gesellschaftlichen Machtstrukturen, die beiden Gewaltwelten zugrunde liegen.³⁶

Da die symbolische Gewaltwelt ihre Wurzeln in den institutionellen Strukturen der Gesellschaft hat, so Gerbner, kann sie nicht ohne weiteres verändert werden. Jedes politische Bestreben, mediale Gewaltdarstellungen zu reglementieren, sei deshalb problematisch – »even the best-intentioned program controls introduced into the same basic structures have unanticipated consequences.«³⁷ Grundsätzlich könne nur institutionelle Erneuerung und gesellschaftlicher Wandel zu einer Änderung führen. Am Ende seines Forschungsberichts gibt Gerbner aber einen produktiven Ausblick für eingeschränkte, aber schnellere Lösungen. An erster

35 [G. Gerbner:] Chapter 15 »The Television World of Violence«, in: D. Lange/R. Baker/S. Ball: Mass Media, S. 335.

36 Vgl. G. Gerbner: »Violence in Television Drama«, S. 44.

37 Ebd., S. 63.

Stelle steht der Vorschlag, die *Violence Profiles* als langfristige Trendstudien fortzusetzen. Implikation dieser Empfehlung ist die Vorstellung, es könne der negativen Normierung des Mediennutzers durch die televisuelle Gewaltwelt ein ausgleichendes Gegengewicht, eine positive Normierung, entgegengesetzt werden. Dieses Gegengewicht sollen die Beobachtungen und Warnungen einer auf Dauer gestellten Forschung bieten.

Trotz der sozialkritischen Anklänge, die Gerbners Berichte kennzeichnen, zielt das Forschungsunternehmen des Advisory Committee insgesamt nicht darauf, einen gesellschaftlichen Wandel einzufordern, weil die Lösung des Mediengewalt-Problems nur auf diese Weise zu erreichen sei. Ein großer Teil der Studien entwirft vielmehr ein positives Verständnis von Sozialität, das die bestehenden institutionellen Strukturen nicht infrage stellt. Ein eng daran geknüpft Konzept von Gewalt, das im Experimentalsystem ebenfalls dominant ist, beschreibt diese als Gegenbegriff zu einem emphatischen Verständnis von Gesellschaftlichkeit. Dass diese positive Beschreibung für das Gesamtprojekt und für die Beratung des Surgeon General prägend ist und aufgrund der diskursiven Verortung des Projekts im regierungspolitischen Kontext kaum anders denkbar wäre, macht schon der gemeinsame Titel der fünf Berichtsbände deutlich: Er lautet nicht etwa *Television and Violence*, sondern *Television and Social Behavior*.

Ein Verständnis von Gewalt, nach dem diese als ›das andere‹ bzw. als Bedrohung der gesellschaftlichen Ordnung entgegensteht und jeder Gewaltausbruch als ein Zurückfallen in vorzivilisatorische Zustände verstanden werden muss, ist ein gängiger und auch vielfach kritisierter Topos der Gewaltforschung. Gewalt so zu behandeln, als ob sie in frühere Welten gehört und sich in die Gegenwart lediglich verirrt hat – so der Gewaltforscher Bernd Hüppauf – konstruiert das Eigene, indem Gewalt zu einem Teil des anderen gemacht und in einem außerhalb der eigenen Gesellschaft gelegenen Raum verortet wird. »Gewalt wird zum Eindringling aus diesem äußeren Raum und ist in der eigenen Welt anwesend durch Irrtum, als Ausnahme, als bedauerlicher Rest, als Fremdkörper in einer sonst zivilisierten Ordnung.«³⁸ Jedoch ist die Vermutung, die Mediengewaltforschung hänge in diesem Sinne dem »Mythos« einer gewaltlosen Gesellschaft an, indem sie »Gewalt [...] als etwas der Gesellschaft Fremdes konstituiert, als das Atypische, das die ›eigentlich‹ friedfertigen Verhältnisse stört«,³⁹ zumindest für das Experimentalsystem um Violence Commission und Advisory Committee nicht zutreffend. Stattdessen folgen auch die Studien, die aggressives oder gewalttätiges Verhalten ›prosozialen‹ Handlungen gegenüberstellen, der Programmatik, die in den Berichten Gerbners aufscheint: der Umstellung von der Ge-

38 Bernd Hüppauf: »Krieg, Gewalt und Moderne«, in: Frauke Meyer-Gosau/Wolfgang Emmerich (Hg), *Gewalt. Faszination und Furcht. Jahrbuch für Literatur und Politik in Deutschland 1* (1994), S. 12-40, hier S. 34.

39 Jutta Röser: *Fernsehgewalt im gesellschaftlichen Kontext*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2000, S. 38.

walt als Ereignis zur Gewalt als möglicherweise unsichtbarer Struktur, die sich auch in der ›Fernsehwelt‹, unabhängig von sozialen Gewaltausbrüchen, finden lässt. Gewalt ist dann genau keine ›Ausnahme‹ oder ›Störung‹, und sie erscheint auch nicht plötzlich. Sie ist vielmehr allgegenwärtig und dauernd am Werk.

Die Vorstellung einer dauerhaften, nicht-ereignishaften Strukturierung formuliert sich in den Studien des hier beobachteten Experimentalsystems im Zusammenhang mit Konzepten von Mikrosozialität aus. Gewalt erscheint dann nicht als das Ereignis, das in die Gesellschaft als Ganze eindringt und ihr atypisch ist. Sie wird vielmehr zu den Verhaltensweisen oder Handlungen transformiert, die dem einzelnen Medienutzer als konkrete Erfahrung begegnen. Die alltägliche, für jedes Individuum erfahrbare Gewalt lässt sich gewissermaßen als ein Resultat einer Divisionsrechnung verstehen, bei der das störend in die Gesellschaft eindringende Ereignis in viele Kleinstereignisse zergliedert wird. Gewalttätigkeit als Gegenkonzept zu gesellschaftlich erwünschten Handlungen ist Teil des mikrosozialen Kontexts: Sie kommt dort als alltäglicher Verstoß gegen soziale Normvorstellungen vor. Auch hier formatiert die Mediengewaltforschung ihre Wissensordnung passgenau für die Nachfrage einer öffentlichen Debatte, die temporär begrenzt ist, sich aber nach ähnlichem Muster stets wiederholt. Stellt sich in dieser Debatte die Frage nach den Ursachen für ein unfassbares Ereignis, kann die Forschung zwar nicht das konkrete Geschehen aufklären, aber sie ist in der Lage, auf eine Feinstverteilung von Gewalt in ihren Forschungspraktiken zu rekurrieren.

Im Bericht, den die Media Task Force für die Violence Commission verfasst, folgt Gerbners Kapitel über die televisuelle Welt der Gewalt ein Abschnitt mit dem Titel »The Actual World of Violence«, in dem es nicht etwa um die großen Gewaltereignisse der 60er Jahre geht, sondern um »violence as experienced by Americans«. Ausgangsüberlegung der Media Task Force ist, dass die Wirkung medialer Gewaltdarstellung auf das Verhalten des Publikums nicht nur durch die Beschaffenheit der televisuellen Gewaltwelt, sondern auch durch Normen geprägt sei, die sich aus direkten, alltäglichen Gewalterfahrungen ergeben.⁴⁰

Um diesen Zusammenhang zu klären, beauftragt die Violence Commission das New Yorker Meinungsforschungsinstitut Louis Harris and Associates mit der Durchführung einer repräsentativen Erhebung.⁴¹ Die Interviews sollen erstens Aufschluss darüber geben, welche Normen die Befragten bei ihrer Einschätzung von Gewalt zugrunde legen, zweitens, in welchem Ausmaß und in welcher Form sie bereits Gewalt erfahren haben, und drittens, welche Gewohnheiten und Präferenzen der Mediennutzung für sie kennzeichnend sind.⁴²

40 Vgl. D. Lange/R. Baker/S. Ball: Mass Media, S. 341-362, Zitat: S. 341.

41 Vgl. Appendix III.I: »Sampling Procedures Used in the Harris Poll«, ebd., S. 503.

42 Vgl. ebd., S. 342.

Normen, so die Ausgangsüberlegung der Media Task Force, installieren Verhaltensstandards und definieren den Grenzbereich zwischen akzeptablem und inakzeptablem Verhalten. Positive Gewaltnormen setzt die Task Force in ihrer Auswertung der Harris-Befragung mit der Befürwortung von Gewalt als legitimem Mittel gleich. Die Befragung soll kenntlich machen, in welchen Situationen welche Anteile der amerikanischen Bevölkerung Gewalt als einen positiven Wert schätzen. Die Task Force der Violence Commission folgt damit unausgesprochen einem Forschungsdesiderat, auf das Walter M. Gerson kurz zuvor hingewiesen hat, nämlich »Violence as an American Value Theme« zu analysieren. Da Gewalt fest im kulturellen Wertesystem der amerikanischen Gesellschaft verankert sei, könne sie als Teil der »American everyday scene« gelten.⁴³ Die Media Task Force versucht, diese Verankerung von Gewalt in der Erfahrung der Interviewten etwa durch folgende Fragen auszuloten: »Are there any situations that you can imagine in which you would approve of a husband shooting his wife?« Oder: »Are there any situations you can imagine in which you would approve of a policeman striking an adult male citizen?«⁴⁴

Die Befragung nach der konkreten Erfahrung von Gewalt hat zum Ergebnis, dass die Mehrheit der Amerikaner in ihrem Alltag nicht mit schweren Formen von Gewalt konfrontiert ist. Die Interviews machen aber eine Bevölkerungsgruppe ausfindig, deren Mitglieder durchaus an Messerstechereien oder Schießereien beteiligt gewesen sind, sei es als Täter, Opfer oder Beobachter. Die Media Task Force nennt sie die »violents«⁴⁵ und stellt in ihrem Fall eine Koinzidenz von Gewaltnormen und -erfahrungen fest: »There is a striking similarity between the demographic characteristics of ›violents‹ and high approvers of violence in the adult population.«⁴⁶

In einem nächsten Schritt stellt der Bericht für die Violence Commission einen Vergleich zwischen den »Two Worlds of Violence: Television and Reality« an. Dies geschieht über die Fernsehgewohnheiten der Befragten und ihre Beurteilung von medialer Gewaltdarstellung. Gerbners Normen der televisuellen Gewaltwelt zugrunde legend, konstatiert der Bericht eine Differenz zwischen medialen und sozialen Normen. Doch auch hier bildet die Gruppe der »violents« eine Ausnahme: »There is also a considerable overlap between the adult and teenage demographic groups of ›violents‹ and the demographic groups of adults and teenagers who approve of the kind of violence portrayed on television and have a high media violence preference.«⁴⁷ Ohne einen strikten kausalen Zusammenhang zu behaupten, der erst in experimentellen Untersuchungen

43 Walter M. Gerson: »Violence as an American Value Theme«, in: Larsen (Hg.), *Violence and the Mass Media* (1968), S. 151-162, hier S. 156.

44 D. Lange/R. Baker/S. Ball: *Mass Media*, S. 511 u. S. 512.

45 Ebd., S. 357.

46 Ebd., S. 358.

47 Ebd., S. 367.

überprüft werden müsse, weist der Bericht von Lange, Baker und Ball auf einen Prozess der negativen Sozialisation hin: »If television teaches, as the evidence indicates that it can, it teaches norms and attitudes which promote violence. If it can socialize, it socializes audiences, especially children, into norms, attitudes, and values which promote violent behavior and toleration of violence.«⁴⁸

Die Forschungspraktiken der Surgeon General-Studien setzen diese Bestandsaufnahme in ein Projekt der moralischen Regulation um: Gewalt wird nicht etwa wertfrei verhandelt und ihre Legitimität wird nicht den Einschätzungen der befragten Individuen überlassen. Apriorisch legen die Forschungen für Violence Commission und Advisory Committee fest, dass gewalttätiges Verhalten in Opposition zu Sozialität steht. In den Forschungspraktiken wird deutlich, dass diese Normierung durch die Gewaltwelt des Fernsehens nicht einfach als sozial inakzeptabel konstatiert wird. Vielmehr finden sich in den Verfahren des Messens positive Gegenentwürfe, die sich als Anleitungen zu richtigem Verhalten, und das heißt: zur adäquaten Medienrezeption, lesen lassen. Dem unsozialen Verhalten der medieninduzierten Aggression oder Gewalttätigkeit stellen viele Untersuchungen Formen von »prosozialem« Verhalten gegenüber.

Vielleicht am signifikantesten führen Robert M. Liebert und Robert A. Baron diese Dichotomie in ihrem Experiment mit Kindern ein, und zwar über einen einfachen Knopfdruck, dem eine Wahl zwischen zwei Alternativen vorausgeht: zwischen einem roten Knopf, neben dem das Wort »HURT« steht, und einem grünen, den das Wort »HELP« kennzeichnet. Der Versuchsablauf sieht vor, dass die Kinder entweder eine gewalthaltige Fernsehserie oder eine Sportsendung zu sehen bekommen und anschließend einem anderen Kind beim Spielen helfen oder es verletzen können. Die Apparatur, an der die beiden Knöpfe angebracht sind, so belehren die Experimentatoren ihre kindlichen Versuchspersonen, sei mit einem Griff im Nachbarraum verkabelt, den ein anderes Kind drehen müsse, um ein Spiel zu gewinnen. Ein weißes Licht signalisiere, dass im anderen Raum gerade der Griff gedreht wird. Wenn die Versuchsperson den HELP-Button drückt – so wird ihm weisgemacht – dann lässt sich der Griff leichter drehen, das andere Kind bekommt Hilfe. Drückt sie aber den HURT-Button, habe dies zur Folge, dass der Griff heiß wird und das andere Kind verletzt.⁴⁹ Unabhängig von der Eigentümlichkeit dieses formalisierten Settings und seinem Ergebnis, dass die aggressionssteigernde Wirkung der televisuellen Gewalt zu stützen meint, führt die Versuchsanordnung in kondensierter Form vor Augen, wie die Moralisierung durch die Unterscheidung prosozial/gewalttätig codiert ist.

48 Ebd., S. 369.

49 Robert M. Liebert/Robert A. Baron: »Short-Term Effects of Televised Aggression on Children's Aggressive Behavior«, in: Murray/Rubinstein/Comstock (Hg.), *Television and Social Learning* (1972), S. 181-201, hier S. 185f.

Deutlich ausformuliert findet sich diese Codierung in einem anderen Experiment, in dem zusätzlich ein weiterer Aspekt offensichtlich wird: das Bestreben, diese Moralisierung auf Dauer zu stellen. Aletha Huston Stein und Lynette Kohn Friedrich von der Pennsylvania State University gehören zu den bis dahin weniger bekannten Forschern, die das Advisory Committee mit einer Untersuchung beauftragt; dennoch findet ihr ausgefeiltes Forschungsdesign große Anerkennung.⁵⁰ Stein und Friedrich arrangieren ein natürliches Experiment, um auf der Grundlage von Banduras Theorie des Beobachtungslernens, aber in kritischer Auseinandersetzung mit seinen Laboruntersuchungen, Aufschluss über »the everyday effects of television violence«⁵¹ zu erhalten. Über einen Zeitraum von neun Wochen hinweg beobachten die beiden Forscherinnen eine Gruppe von 97 Vorschulkindern, die eigens für das Experiment zu einem *summer nursery school program* rekrutiert werden, wobei sie darauf achten, Kinder aus unterschiedlichen sozialen Schichten zu versammeln.⁵² In den ersten drei Wochen des Experiments werden die Kinder ausschließlich beim Spielen beobachtet, um ihr Vertrauen zu gewinnen und um ihre Verhaltensweisen kennenzulernen. Zwischen dieser und einer zweiwöchigen Abschlussphase, in der die Kinder wiederum beobachtet und u.a. die Mütter nach den täglichen Fernsehgewohnheiten ihrer Kinder befragt werden, liegt eine vierwöchige Phase, in der die Kinder in drei Gruppen unterteilt werden, um unterschiedliche Fernsehprogramme anzusehen. Die Untersuchung unterscheidet dabei nicht zwischen einer Experiment- und einer Kontrollgruppe, sondern zwischen drei experimentellen Konditionen: *aggressive*, *neutral* und *prosocial*. In der Ausgangsüberlegung, mit der Stein und Friedrich die Einführung der dritten Kategorie begründen, wird eine Medienkonzeption ersichtlich, die Alternativen zu unerwünschten Praktiken der Mediennutzung aufzeigt:

»A number of studies have demonstrated that exposure to models can increase children's altruism or generosity to others and can promote the setting of high standards for self-reward [...]. Other forms of prosocial behavior of concern in the present study are cooperation, nurturance, frustration tolerance, and task persistence. The influence of television on prosocial behavior is almost unexplored in survey studies; yet the potential of this medium for such effect is immense.«⁵³

Stein und Friedrich gehen damit über eine bloße Messung von Fernsehgewalt weit hinaus: Ihre Beobachtungsperspektive stellt gleichsam dar,

50 Vgl. D. Cater/S. Strickland: TV Violence, S. 50.

51 Aletha Huston Stein/Lynette Kohn Friedrich: »Television Content and Young Children's Behavior, in: Murray/Rubinstein/Comstock (Hg.), Television and Social Learning (1972), S. 202-317, hier S. 202.

52 Vgl. ebd., S. 208-211. Sie organisieren zu diesem Zweck etwa einen Bus, der Kinder aus armen ländlichen Familien täglich in die Schule bringt.

53 Ebd., S. 203.

was richtige und was falsche Mediennutzung ist und welche Wirkungen jeweils zu erwarten sind. Das spektakuläre Ereignis der sozialen Gewalt hat damit zum einen in segmentierter Form Eingang in die mikrosoziale Welt des Mediennutzers gefunden. Zum anderen ist es, indem ihm das Gegenkonzept der Prosozialität gegenübergestellt wird, deutlich als Gegenstand einer moralisierenden Beobachtung kenntlich geworden. Schließlich ist das Gewaltereignis über die Beobachtung von täglichen Nutzungs- und Verhaltensmustern in eine auf Dauer gestellte moralisierende Beobachtung integriert worden. Der Mediengewalt-Diskurs ist damit auf die soziale Gewalttat nicht mehr angewiesen. Er kann von ihr unabhängig operieren und nimmt sie nur zum Anlass, um der moralischen Regulation des Mediennutzers einen neuen Impuls zu geben. Welche Apparaturen die Studien »erfinden«, um den Mediennutzer in diesem Sinne zu beobachten, wird Thema des abschließenden Teils dieses Kapitels sein. Zunächst soll es jedoch um die Frage gehen, wie sich durch Konzepte von Alltäglichkeit und Dauer Vorstellungen von Medialität formieren.

Dispersion des gefährlichen Mediums

George Comstock – Senior Research Coordinator der Studien, die das Advisory Committee in Auftrag gibt, und Mitherausgeber der fünf Ergebnisbände – beschreibt 1998 in einer Überblicksdarstellung die nicht unerheblichen Anforderungen, die das Medium Fernsehen an die empirische Publikumsforschung stellt. Das Fernsehen lasse sich durch vier Charakteristika bestimmen: durch Ubiquität, Popularität, Präsenz in jedem Abschnitt des menschlichen Lebenslaufs und durch ein hohes Innovationspotenzial. Aufgrund dieser Eigenschaften sei das Fernsehen ein schwieriges Untersuchungsobjekt für die Sozial- und Verhaltenswissenschaften. Es halte für die Forschung, wie Comstock formuliert, einige Herausforderungen bereit.⁵⁴

Wie im Kapitel *Wirkung* beschrieben, ist die Messung von Kausalität von Paradoxien geprägt. Der Objektivitätsanspruch einer statistischen Erhebung lässt zunächst keine Kausalaussagen zu, denn diese würden als interpretatorische Aussagen dem Ideal der Beobachterunabhängigkeit zuwiderlaufen. Erst komplizierte Rechenoperationen ermöglichen es, in experimentellen Untersuchungen statistische Signifikanz zu erzielen und Kausalhypothesen zu bestätigen oder zu widerlegen, ohne dass ein deutender Beobachter in diesem Prozess sichtbar wäre. Dass die Messung von Kausalität jedoch weiterhin prekär und umstritten bleibt, wird in empirischen Auslotungen der Wirkungen, die televisuelle Gewalt auf den Zuschauer hat, besonders deutlich.

54 Vgl. George Comstock: »Television Research. Past Problems and Present Issues«, in: Asamen/Berry (Hg.), *Research Paradigms, Television, and Social Behavior* (1998), S. 11-36.

In den 1960er Jahren glaubten insbesondere Bandura und Berkowitz, durch ihre Laborexperimente Fernsehgewalt eindeutig belegt zu haben. Jedoch der Vorwurf der Künstlichkeit, der Isolation von »realen« Gegenheiten, die der experimentellen Methode immer schon begegnet, verschärft sich für den Untersuchungsgegenstand »Fernsehwirkung«. Die Forschung nimmt das Fernsehen seit seiner Verbreitung in den Vereinigten Staaten als ein Phänomen wahr, das sich auf komplexe Weise mit den individuellen und sozialen Strukturen der empirischen Realität verzahnt, sodass die kontrollierte Überprüfung von Kausalhypothesen im Labor unmöglich scheint. Skepsis gegenüber der Kausalanalyse, mit der sich bereits die empirische Forschung zur Film- und Radiowirkung konfrontiert sah, trifft das noch junge Medium Fernsehen in besonderer Weise.

Die Studien für das Beratungskomitee des Surgeon General reagieren auf den Künstlichkeits-Einwand gegen Laborexperimente, den insbesondere Klapper in den Mass Media Hearings der Violence Commission angeführt hat,⁵⁵ indem sie in ihren Untersuchungen avancierte sozialwissenschaftliche Methoden anwenden. Diese Verfeinerungen der Forschungspraktiken lassen Konzepte des Medialen sichtbar werden, ohne dass die Studien einen expliziten Medienbegriff formulieren. Indem sie das Fernsehen als Messproblem auftauchen sieht und neue Methoden der Kausalitätsmessung nutzt und weiterentwickelt, um Lösungen für dieses Problem zu finden, reflektiert die empirische Forschung in ihren Praktiken des Messens die *Medialität* des Fernsehens. Das Mediale des Fernsehens kommt so gesehen als Störung in den Blick der Publikumsforschung.

Eine Studie, die das NIMH auf Wunsch des Advisory Committee finanziert und die bis heute immer wieder diskutiert wird,⁵⁶ lässt sich als einer der avanciertesten Lösungsversuche des Messproblems »Fernsehwalt« verstehen: Das Team der Untersuchung, die nach ihrer ersten Förderungsinstitution auch *Rip Van Winkle Study* genannt wird, besteht aus den Psychologen Monroe M. Lefkowitz, Leonard D. Eron, Leopold O. Walder und L. Rowell Huesmann. Ihre Ergebnisse publizieren die Forscher unter dem Titel »Television Violence and Child Aggression: A Followup Study«. Es handelt sich um eine Untersuchung, die bereits 1955 auf den Weg gebracht wurde und durch das Advisory Committee die Möglichkeit einer Fortsetzung erhält. Die Ausgangsstudie Mitte der 50er Jahre fokussierte zunächst eine Fragestellung, die mit Mediengewalt nichts zu tun hat. Es ging vielmehr darum, die psychische Gesundheit einer ländlichen Bevölkerung anhand der Variable »Aggressivität« zu ermitteln. Eher zufällig gelangt das Fernsehen ins Blickfeld der Forscher. Jedoch verdeutlicht das anfängliche Untersuchungsdesign nochmals signifikant, wie Fragen der Mediengewalt im Kontext der Sozialhygiene

55 Vgl. das Kapitel *Kontexte der Wissensproduktion*.

56 Vgl. die ausführliche Kritik der Studie noch in der aktuellsten Auflage des Studienhandbuchs *Gewalt und Medien* (M. Kunczik/A. Zipfel, S. 201-215).

emergieren.⁵⁷ Bevor diese Studie genauer beleuchtet wird, stellt sich zunächst die Frage, inwiefern die zeitgenössische Sozialwissenschaft Fernsehen als Messproblem wahrnimmt und wie sie dieses Problem zu lösen versucht.

a) Fernsehen als Messproblem

Schon Mitte der 50er Jahre kommt innerhalb der Sozialwissenschaft die Frage auf, ob nicht eine grundsätzliche Differenz in der Möglichkeit, die Wirkung von Film und Fernsehen empirisch zu messen, angenommen werden muss. Die Sozialforscher vergleichen skeptisch die Kinosituation mit dem häuslichen Fernsehzimmer. Im Fall des Films sehen sie eine große Nähe zu einer kontrollierten experimentellen Anordnung bzw. die Möglichkeit ihrer Nachbildung in einem experimentellen Setting. Im Fall des Fernsehens finden sie einen privaten Raum vor, der sich nur schwerlich mit einem Forschungslabor vergleichen lässt oder in diesem simulierbar ist. Ist Fernsehwirkung überhaupt mit den gängigen Instrumentarien der Forschung zu eruieren? Die ohnehin schon umstrittenen Kausalmodelle der *social sciences* verlieren in Anbetracht der Nutzungsbedingungen des neuen Mediums Fernsehen ihr Vertrauenspotenzial als brauchbare Instrumente der Forschung. Die zentrale Frage, mit der sich die Wirkungsforschung durch die Einführung des Fernsehens konfrontiert sieht, lautet demnach: Ist Fernschwirkung – also ein Phänomen, das sich so offensichtlich nicht auf ein experimentelles Setting reduzieren lässt, – überhaupt messbar? Oder, abstrakter formuliert: Kann Kausalität außerhalb des Labors quantifiziert werden?⁵⁸

Die Sozialforschung reflektiert diese Frage häufig im Vergleich mit den Naturwissenschaften. In der sozialwissenschaftlichen Forschungspraxis mache sich der Unterschied zu den »exakten Wissenschaften« insbesondere dadurch bemerkbar, dass theoretische Hypothesen nur sehr schwer unter idealen Bedingungen – d.h. in kontrollierbaren Modellsituationen – überprüfbar sind. Nach Hubert M. Blalock müssen deduktive Theorien nicht unbedingt im Labor überprüft werden, wenn »natürliche« Gegebenheiten so weit kontrolliert werden können, dass sie als Annäherungen an die ideale Bedingung hinreichend sind. Die Sozialwissenschaft sieht sich jedoch häufig in der misslichen Lage, keinen der beiden möglichen Wege beschreiten zu können: »[W]hen one can neither approximate the ideal experimentally nor find these approximations in the real world,

57 Vgl. Monroe M. Lefkowitz u.a.: »Television Violence and Child Aggression: A Followup Study«, in: Comstock/Rubinstein (Hg.), *Television and Adolescent Aggressiveness* (1972), S. 35-135.

58 Vgl. Carl I. Hovland: »Effects of the Mass Media of Communication«, in: Lindzey (Hg.), *Handbook of Social Psychology*, Bd. 2. (1954), S. 1062-1103.

the problem is made extremely difficult.«⁵⁹ Blalock sieht keinen anderen Ausweg, als Simplifizierungen in Kauf zu nehmen. Die Notwendigkeit der Vereinfachung konfrontiert den *social scientist* mit einem beständigen Dilemma: »On the one hand, simple theories are easier to construct and evaluate. On the other hand, the more complex ones may stand a better chance of conforming to reality.«⁶⁰

Die angebliche Notwendigkeit einer kontrollierenden Manipulation durch den Experimentator unter isolierten Laborbedingungen ist für Blalock zentraler Ansporn für den Entwurf komplexerer Kausalmodelle in nicht-experimentellen und damit für die soziologische, aber auch für die sozialpsychologische Analyse passenderen Settings. Das Dilemma der Sozialforschung zwischen Simplifizierung einerseits und adäquateren, aber zu komplexen Hypothesen andererseits lösen Blalock und zahlreiche sozialwissenschaftliche Kausalforscher mit ihm, wie etwa Alden D. Miller, auf dem schmalen Grat eines Mittelwegs, der beide Varianten des Dilemmas so weit wie möglich zu reduzieren sucht. Solche Bemühungen können zudem als Fortsetzungen Fisher'scher Experimentkonzeptionen verstanden werden, die versuchen, den Beobachter so weit wie möglich aus der Untersuchung »hinauszurechnen« und auf diese Weise Objektivität zu erzielen.⁶¹ Mittels einer komplexen statistischen Analyse glaubt Miller nachgewiesen zu haben, dass starke Ähnlichkeiten zwischen den Mechanismen experimenteller und nicht-experimenteller Untersuchungen bestehen. Demnach kann dieselbe Basisanalyse in beiden Forschungsvarianten verwendet werden. Das Experiment kann also auch unter »natürlichen« Bedingungen stattfinden, bzw. die Realität bietet dem Sozialforscher genügend Möglichkeiten der – unsichtbaren – Kontrolle.⁶² Auch die *Rip Van Winkle Study* wertet ihre Daten – wie im nächsten Abschnitt zu sehen sein wird – mithilfe einer komplexen statistischen Analyse aus und kommt so zu Aussagen über Fernschwirkung außerhalb des Labors.

b) Korrelation in Zeitsprüngen

Die Rip Van Winkle Foundation schickt 1955 ein Forscherteam ins Feld, um die psychische Gesundheit der Einwohner Columbia Countys zu eruieren. Das Forschungsvorhaben wird bereits zu dieser Zeit vom U.S. Public Health Service finanziell unterstützt. Ein Team, bestehend aus

59 Hubert M. Blalock: »Theory Building and Causal Inferences«, in: ders./Ann B. Blalock (Hg.), *Methodology in Social Research*. New York u.a.: McGraw-Hill 1968, S. 155-198, hier S. 157.

60 Ebd., S. 159.

61 Vgl. das Kapitel *Wirkung: Epistemologie des Messens*.

62 Vgl. Alden D. Miller: »Logic of Causal Analysis: From Experimental to Nonexperimental Design«, in: Hubert M. Blalock (Hg.), *Causal Models in the Social Sciences*, London: Macmillan 1971, S. 273-294.

ortsansässigen Forschern, dem, außer Huesmann, bereits alle Autoren der Surgeon General-Studie angehören, wählt aus rein pragmatischen Erwägungen die Variable »Aggression« als Indikator für die psychische Verfasstheit der Bevölkerung, denn Aggression könne, orientiert an der Definition, die Dollard und seine Co-Autoren im Rahmen der Frustrations-Aggressions-Hypothese entwickelt haben, leicht beobachtet und gemessen werden. Die Autoren der Yale-Schule vereinfachend, definieren die Rip Van Winkle-Forscher Aggression als »act which injures or irritates another person«. ⁶³ Bei der Auswahl seiner Probanden legt das Forscher-Team das gesamte Einzugsgebiet seiner Trägerorganisation zugrunde und nimmt sich vor, sämtliche Kinder zu untersuchen, die sich im Schuljahr 1959-1960 in der dritten Klasse befinden, also durchschnittlich acht Jahre alt sind. Vier voneinander unabhängige Quellen sollen dabei Aufschluss über das aggressive Verhalten der Kinder geben: die Klassenkameraden, die Mutter, der Vater und das jeweilige Kind selbst. Da das Team anstrebt, eine Bevölkerungsschicht vollständig zu erfassen, ist es auf die Kooperation seiner Versuchspersonen dringend angewiesen. Geplant ist eine Langzeitstudie, in der die Entwicklung aggressiven Verhaltens derselben Probanden über eine längere Zeitspanne hinweg beobachtet werden soll.

Im anfänglichen Untersuchungsdesign spielt die Fernsehrezeption nur eine äußerst untergeordnete Rolle. Zwar taucht im Interviewbogen für beide Elternteile die Frage nach der Dauer des Fernsehkonsums und den drei Lieblingssendungen des Kindes auf, doch dient dies in der Perspektive der Forscher zunächst nur der »Tarnung« der gesamten Studie. Ein vorrangiges Ziel der Studie, nämlich den Zusammenhang zwischen aggressivem Verhalten der Kinder und Erziehungsmethoden der Eltern zu klären, soll verdeckt bleiben – die Frage nach dem Fernsehen taucht dabei als eine Verhüllungsmethode auf. Die Untersuchung verlässt sich dabei gewissermaßen auf die öffentliche Debatte, die dem Fernsehen eine schädliche Wirkung zuschreibt. Die Forscher meinen voraussetzen zu können, dass der Zusammenhang zwischen visueller Gewaltrezeption und kindlicher Aggressivität eine plausible Forschungsfrage ist und deshalb den tatsächlichen Fokus der Untersuchung – der nämlich auf die Eltern selbst zielt – unsichtbar halten könnte. ⁶⁴

Die Rip Van Winkle-Studie sieht sich im Verlauf ihrer Arbeit mit einer heftigen öffentlichen Kontroverse konfrontiert, die in den lokalen Medien breit verhandelt wird: Die Entrüstung der ländlichen Bevölkerung richtet sich insbesondere auf die Befragungstechniken. Man befürchtet, die Forscher könnten mit ihren Praktiken der *mental health*-

63 M. Lefkowitz u.a.: »Television Violence«, S. 36.

64 Vgl. Leonard D. Eron/Leopold O. Walder/Monroe M. Lefkowitz: Learning of Aggression in Children, Boston: Little, Brown and Co. 1971, S. 39.

Untersuchung in den Privatbereich der Familien eindringen und würden ein Zerrbild des Familienlebens zur Schau stellen.⁶⁵

Die Medienkontroverse hat einschneidende Konsequenzen für den weiteren Gang der Forschungen. 1962 endet die finanzielle Förderung und das Team löst sich auf. Der geplante zweite Schritt der Langzeitstudie, nämlich die Kinder erneut zu testen, wenn sie in der achten Klasse, also etwa dreizehn Jahre alt sind, lässt sich nur noch in Ansätzen realisieren, da mehrere Schulen die erneute Zusammenarbeit verweigern. Immerhin gelingt es den Forschern, im Schuljahr 1964-65 noch 252 der ursprünglichen 875 Kinder zu testen – wiederum begleitet von feindlicher Publicity.⁶⁶

Auf Veranlassung des Advisory Committee mit erneuter finanzieller Unterstützung durch das NIMH ausgestattet, wird die ehemalige Rip Van Winkle-Forschung 1969 wieder aufgegriffen und formiert sich, auf der Folie ihrer schwierigen Vorgeschichte, zu einem zentralen Diskursereignis im Feld der Mediengewalt. Ihre zentrale Hypothese, die sie über eine erneute Befragung derselben Kinder zehn Jahre später statistisch nachzuweisen sucht, lautet nun: Es besteht ein positiver Zusammenhang zwischen Fernsehkonsum in der Kindheit und aggressivem Verhalten im jungen Erwachsenenalter. Angesichts dieser neuen Konstellation stellt sich die Frage: Wie konnte aus der marginalen und nur zur Verhüllung von Forschungszielen erhobenen Variable »Fernsehverhalten« die Grundlage dafür werden, die 1955 begonnene Langzeitstudie zu beenden? Die beteiligten Forscher selbst bieten zwei verschiedene Erklärungen hierfür an. Die eine verweist auf externe Gründe: Wegen des steigenden Interesses an den Auswirkungen von Fernsehen auf kindliches Verhalten sei dieser Frage auch in der Rip Van Winkle-Forschung nachgegangen worden.⁶⁷ Die zweite Erklärung verweist auf interne Gründe, und zwar auf Praktiken der Datenverarbeitung. Beinahe scherzhaft sei die Variable »Fernsehverhalten« zunächst als Tarnung des tatsächlichen Untersuchungsinteresses verhandelt worden, jedoch:

»The computer, unaware of our jokes, analyzed these responses along with the others. It was found that the number of hours children watched TV per week and the violence rating of their three favorite TV programs were both highly related to aggression as related by peers [...].«⁶⁸

65 Vgl. Leonard D. Eron/Leopold O. Walder: »Test Burning II«, in: *American Psychologist* 16 (1961), H. 5, S. 237-244.

66 Vgl. M. Lefkowitz u.a.: »Television Violence«, S. 39 u. S. 42.

67 Vgl. ebd., S. 38.

68 L. Eron/L. Walder/M. Lefkowitz: *Learning of Aggression*, S. 39f. Die interessante Frage, inwieweit der Einsatz von Computertechniken die Medienwirkungsforschung entscheidend verändert, kann hier nur als Desiderat einer eingehenden Untersuchung angezeigt werden. Das »somewhat unexpected finding« (M. Lefkowitz u.a.: »Television Violence«, S. 82) der Relation zwischen Rezeption von Gewaltdarstellungen im Fernsehen und ag-

Der Streit um die *Rip Van Winkle Study* lässt zusätzlich zu den beiden Erklärungen, die das Team selbst gibt, eine weitere Antwortmöglichkeit auf die Frage zu, warum Fernsehverhalten schließlich eine solch bedeutende Variable wird. Das Forscherteam verschiebt mit seiner Beobachtung des Fernsehens den Fokus auf einen »Eindringling« in den Privatbereich der Familie, der die acht- bzw. neunjährigen Kinder im Untersuchungszeitraum 1959-60 derart in ihrer Entwicklung geprägt hat, dass noch ihr aggressives Verhalten als Achtzehn- oder Neunzehnjährige davon beeinflusst ist. Gewissermaßen streifen die Forscher damit den alten Vorwurf ab, sie seien mit ihren Praktiken in den Bereich des Privaten eingedrungen und hätten die Kinder auf diese Weise nachhaltig geschädigt. Diese Anschuldigung der entrüsteten Eltern in Columbia County scheinen sie über ihre erneute Datenauswertung an das Medium weiterzugeben. Im ursprünglichen Untersuchungsdesign noch kaum beachtet, wird das Fernsehen mittels avancierter statistischer Methoden zu einem stets präsenten Begleiter im Leben des Kindes erklärt, der eng mit dessen Verhaltensentwicklung verbunden ist.

Obwohl einige Schulen auch nach zehn Jahren noch die Zusammenarbeit mit Lefkowitz und seinen Kollegen verweigern und keine Auskunft über die Adressen ihrer ehemaligen Schüler geben wollen, gelingt es dem Team, 436 der Probanden aufzufinden und Interviews mit ihnen durchzuführen. In der Befragung müssen die Probanden erneut Einschätzungen über die Aggressivität ihrer ehemaligen Mitschüler geben und darüber hinaus von ihrem eigenen aggressiven Verhalten sowie von ihren Fernsehgewohnheiten berichten. Das Team misst auf diese Weise vier zentrale Variablen: Rezeption von visueller Gewaltdarstellung in der dritten Klasse (TVVL3), aggressives Verhalten in der dritten Klasse (AGG3), televisuelle Gewaltrezeption in der 13. Klasse⁶⁹ (TVVL13) und Aggressivität in der 13. Klasse (AGG13). Diese vier Größen werden

gressivem Verhalten publiziert Eron 1963 im *Journal of Abnormal and Social Psychology* – allerdings ohne daraus eine Kausalaussage abzuleiten und mit einem zweiten Ergebnis, das diesen klaren Befund ein wenig verwässert: Die Anzahl der Stunden, die nach Angaben der Mütter mit Fernsehen verbracht werden, stehe in negativer Relation zum aggressiven Verhalten der Kinder. Je mehr die Kinder fernsehen, so das daraus resultierende Ergebnis, desto friedlicher werden sie. Zudem muss Eron eine Einschränkung machen: Die Zusammenhänge seien nur für Jungen, nicht aber für Mädchen statistisch signifikant. Ebenso wie knapp zehn Jahre später im Bericht für das Advisory Committee wird dieser Befund mit den unterschiedlichen sozialen Rollen von Jungen und Mädchen erklärt. Vgl. Leonard D. Eron: »Relationship of TV Viewing Habits and Aggressive Behavior in Children«, in: *Journal of Abnormal and Social Psychology* 67 (1963), H. 2, S. 193-196.

- 69 Auch wenn die Probanden nicht mehr zur Schule gehen, wird diese Bezeichnung zur Vereinfachung eingeführt. Vgl. M. Lefkowitz u.a.: »Television Violence«, S. 85, Anm. 8.

dann mittels des Verfahrens der *cross-lagged correlation* miteinander in Verbindung gesetzt.⁷⁰

An dieser Stelle schließen die Forschungspraktiken des ehemaligen Rip Van Winkle-Teams an die parallele Entwicklung an, die im vorangegangenen Abschnitt beschrieben wurde: Die Wirkung des neuen Mediums Fernsehen wird in der Sozialforschung als Messproblem wahrgenommen; gleichzeitig entstehen komplexere Methoden, mit deren Hilfe Kausalanalysen außerhalb kontrollierter Laborexperimente möglich werden sollen. Um eine solche Methode handelt es sich bei der *cross-lagged correlation*. Wenn Lefkowitz und seine Kollegen für das Advisory Committee diese statistische Methode anwenden, führen sie die parallele Entwicklung zusammen, indem sie ein neues Verfahren der Kausalitätsmessung für das Messproblem Fernsehen fruchtbar machen.

Anfang der 1960er Jahre bestimmt Donald T. Campbell die *cross-lagged correlation* als eine Möglichkeit, auch außerhalb einer randomisiert-experimentellen Berechnung in der Tradition Fishers auf »quasiexperimentellem« Weg Kausalität identifizieren zu können.⁷¹ Die Bezeichnung »cross lagged« bezieht sich auf einen Zusammenhang, der den Zeitabstand zwischen den Messungen überspringt, im Beispiel der beschriebenen Studie also die Korrelation zwischen TVVL3 und AGG13. Campbell warnt davor, die Korrelation im Zeitsprung mit einem kausalen Zusammenhang zu verwechseln. Nur durch den Ausschluss konkurrierender Variablen kann eine kausale Interpretation erfolgen.⁷²

Lefkowitz und seine Co-Autoren überprüfen dementsprechend vier rivalisierende Hypothesen, die sich aus der Korrelierung der vier Variablen ergeben: (A) TVVL3 verursacht sowohl AGG3 als auch AGG13; (B) TVVL3 verursacht AGG3, die wiederum AGG13 verursacht; (C) AGG3 verursacht TVVL3, die wiederum AGG13 verursacht; (D) AGG3 verursacht sowohl AGG13 als auch TVVL3. Das Team um Lefkowitz konstatiert über die unterschiedlichen Höhen der sechs Relationen zwischen den vier Variablen, dass nur die Interpretation (A) plausibel ist: »[T]he most plausible single causal hypothesis would appear to be that watching violent television in the third grade leads to the building of aggressive habits.«⁷³

Diese Methode der Kausalinterpretation stößt auf breite Kritik. Das Advisory Committee selbst diskutiert die Langzeitstudie in seinem Abschlussbericht ausführlich, wobei ein zentraler Kritikpunkt sich an Daten entzündet, die das ehemalige Rip Van Winkle-Team in seinem Bericht einfach weggelassen hat: die Ergebnisse aus der zweiten, nur einge-

70 Vgl. ebd., S. 47-49.

71 Vgl. Donald T. Campbell: »From Description to Experimentation: Interpreting Trends as Quasi-Experiments« [1963], in: Chester W. Harris (Hg.), Problems in Measuring Change, Madison, Milwaukee, London: University of Wisconsin Press 1967, S. 212-242.

72 Vgl. ebd., S. 242.

73 Vgl. M. Lefkowitz u.a.: »Television Violence«, S. 49-51, Zitat: S. 51.

schränkt durchgeführten Erhebungswelle, in der die Probanden die achte Klasse besucht haben. Der Report des Advisory Committee zeigt, dass sich ein ganz anderes Bild ergibt, wenn diese Daten berücksichtigt werden: TVVL3 korreliert nur sehr gering mit AGG8 und der Zusammenhang zwischen TVVL8 und AGG13 ist gleich null. Zieht man diese Daten in Betracht, so ergibt sich der Eindruck, die Wirkung von Fernsehgewalt würde mit steigendem Alter stark nachlassen.⁷⁴

Die Ergebnisberichte der Columbia County-Studie werden nicht nur bei ihrer Veröffentlichung in den technischen Bänden des Advisory Committee, sondern auch bei einer Publikation im *American Psychologist*⁷⁵ von kritischen Kommentaren zur Methode der *cross-lagged correlation* begleitet.⁷⁶ Im Jahr 2006, in der aktuellsten Ausgabe ihres Studienbuchs *Gewalt und Medien*, greifen Kunczik und Zipfel die Kritik des Advisory Committee auf und diskutieren die Langzeitstudie als »ein eindrucksvolles Beispiel dafür, dass angeblich »wissenschaftliche« Befunde häufig nichts anderes sind als Hörensagen und Datenmanipulation.«⁷⁷

Die Kontroverse um ihre Methoden scheint seit der Medienkampagne um 1960 untrennbar mit der ehemaligen *Rip Van Winkle Study* verbunden zu sein. Wie schon in den ersten Anfeindungen erweist sich das Forscherteam aber als unbeirrbar und unermüdlich: Nicht nur werden einige derselben Versuchspersonen in Columbia County nochmals getestet, wenn sie 30 Jahre alt sind, die Studie wird auch in mehreren Ländern wiederholt.⁷⁸ Noch 2003 erscheint ein Forschungsbericht über eine Langzeitstudie zu Fernsehgewalt, die den Zeitraum von 1977-1992 umfasst, in der Fachzeitschrift *Developmental Psychology*.⁷⁹ Einer der Auto-

74 Vgl. Surgeon General's Advisory Committee: Report, S. 153-156.

75 Vgl. Leonard D. Eron u.a.: »Does Television Cause Aggression?« In: *American Psychologist* 27 (1972), H. 4, S. 253-263.

76 Vgl. die Kommentare von Gilbert Becker, Robert M. Kaplan, Denis Howitt und Herbert Kay in der Ausgabe des *American Psychologist* vom Oktober 1972, S. 967-973, sowie die Erwiderung des Forscherteams in der Ausgabe vom Juli 1973, S. 617-620. Vgl. in den Berichtsbänden des Advisory Committee David A. Kenny: »Threats to the Internal Validity of Cross-Lagged Panel Inference, as Related to »Television Violence and Child Aggression: A Followup Study«, in: Comstock/Rubinstein (Hg.), *Television and Adolescent Aggressiveness* (1972), S. 136-140 und John M. Neale: »Comment on »Television Violence and Child Aggression: A Followup Study«, in: Comstock/Rubinstein (Hg.), *Television and Adolescent Aggressiveness* (1972), S. 141-148.

77 M. Kunczik/A. Zipfel: *Gewalt und Medien*, S. 205.

78 Huesmann und Eron führen ab 1977 Langzeitstudien in fünf verschiedenen Ländern durch: USA, Australien, Finnland, Israel und Polen. Vgl. ebd., S. 207-210.

79 Vgl. L. Rowell Huesmann u.a.: »Longitudinal Relations Between Children's Exposure to TV Violence and Their Aggressive and Violent Beha-

ren ist Leonard D. Eron, der schon 1955 im Auftrag der Rip Van Winkle Foundation Feldforschungen betrieben hat und dabei zufällig auf die Variable ›Fernsehen‹ gestoßen ist. Fernsehen wird durch diese Forschungspraktiken als ein Medium bestimmt, das den Lebenslauf seiner Nutzer durchzieht und seine Wirkungen über große Zeitabstände hinweg entfaltet. Nur akribische und geduldige Forschungsarbeit, so die Implikation des Rip Van Winkle-Projektes, kann die dispersen Fernschwirkungen sichtbar machen.

c) Muster der Rezeption

Schramm, Lyle und Parker nennen die kanadische Stadt, die sie Ende der 50er Jahre zur Kontrolle ihres Feldexperiments *Television in the Lives of Our Children* nutzen, ›Radiotown‹, weil hier noch kein Fernsehprogramm verfügbar ist. Die Einwohner seien sich aber durchaus bewusst, im Zeitalter des Fernsehens zu leben, und erwarteten die Ankunft des neuen Mediums schon ungeduldig. Einige der Befragten erhofften sich von der Studie sogar eine Beschleunigung dieses Vorgangs. Viele hielten bereits ein Fernsehgerät bereit und warteten auf die Verfügbarkeit eines Signals. Schramm, Lyle und Parker berichten von einem kuriosen Fall:

»One family has connected its set to an antenna. This family reports that two or three nights a year they are able to receive some television. Stray signals bounce off the magnetic layer and give them either the sound or the picture of a television program – seldom both together. Two or three nights a year! And yet, practically every night they turn on the set, hoping that this is the night!«⁸⁰

Anfang der 70er Jahre, wenn Lyle gemeinsam mit Heidi R. Hoffman mit Untersuchungen im Auftrag des Advisory Committee an diese Feldforschungen anknüpft,⁸¹ ist der Attraktions- und Sensationswert des neuen Mediums in dieser Form nicht mehr gegeben, Fernsehen ist zum Element des Alltags geworden. Die Forschung muss die Fernsehrezeption neu reflektieren. In seinem Überblicksartikel zum vierten Band des technischen Berichts, der den Titel *Television in Day-To-Day Life: Patterns of Use* trägt, stellt Lyle fest: »Overall, the studies suggest several changes over the decade in the public's use of and attitude toward television. It seems

vior in Young Adulthood: 1977-1992«, in: *Developmental Psychology* 39 (2003), H. 2, S. 201-221.

80 Vgl. W. Schramm/J. Lyle/E. Parker: *Television*, S. 16f., Zitat: S. 17.

81 Vgl. Jack Lyle/Heidi R. Hoffman: »Children's Use of Television and Other Media«, in: Rubinstein/Comstock/Murray (Hg.), *Television in Day-to-Day Life* (1972), S. 129-256; Jack Lyle/Heidi R. Hoffman: »Explorations in Patterns of Television Viewing by Preschool-Age Children«, in: Rubinstein/Comstock/Murray (Hg.), *Television in Day-to-Day Life* (1972), S. 257-273.

that more time is spent in the company of the set, but it appears that the level of attention to program content fluctuates markedly.«⁸²

Schon in der 1961 veröffentlichten Feldstudie weisen Schramm, Lyle und Parker auf die Bedeutung von Nutzungsfragen im Gegensatz zu einer reinen Fokussierung der Medienwirkung hin. Anfang der 70er Jahre ist diese Perspektivierung durch medientheoretische Ansätze in der empirischen Sozialforschung fest implementiert. John P. Robinson bezieht sich in seiner Funktionsbestimmung des Fernsehens, die er auf der Grundlage von empirischen Studien vornimmt, auf Marshall McLuhans *Understanding media* (1964) und auf William Stephens *The Play Theory of Mass Communication* (1967). Robinson verweist auf McLuhans Beschreibung des Fernsehbildes als zweidimensionales Mosaik, um die Fernsehrezeption als diskontinuierlichen Prozess der aktiven Selektion darzustellen, der in Laboruntersuchungen unmöglich nachzustellen sei.⁸³ Mit Bezug auf Stephens' Beschreibung des Fernsehens als genussvolle, konsequenzenlose Erfahrung konstatiert er, dass Fernsehen eher zur Entspannung als zu edukativen Zwecken genutzt wird.⁸⁴

Als ein grundsätzliches Messproblem verhandeln die Studien im Rahmen des Advisory Committee die Kategorie ›viewing time‹. Fernsehen erweist sich Anfang der 70er Jahre als ein Medium, dessen Nutzung von anderen alltäglichen Tätigkeiten begleitet wird. Lyle beschreibt die Fernsehrezeption als einen Verhaltenskomplex, der sich auf unterschiedlichen Ebenen der Aufmerksamkeit vollzieht. Woran können sich die Messungen dann orientieren? Ist die Zeit der Aufmerksamkeit auf die Momente begrenzt, in denen der Rezipient ›Augenkontakt‹ mit dem Bildschirm hält? Als eine Konsequenz aus dieser Differenzierung von Nutzungsformen tauchen neue Typologien der Mediennutzung in den Studien auf: die bügelnde Hausfrau, der Mann, der sich dem Fußballspiel im Fernsehen nur zuwendet, wenn ihn akustische Signale dazu veranlassen, oder das vor einem Fernsehgerät spielende Kind.⁸⁵

Wie die spektakuläre Gewalttat hat sich in den Entwürfen der Forschung auch das Medium mit den Alltagsstrukturen der Nutzer verwoben. Doch diese Veralltäglicung des Fernsehens bedeutet aus der Perspektive der Gewaltforschung nicht, dass es nun harmlos wäre. Im Ge-

82 Jack Lyle: »Television in Daily Life: Patterns of Use (Overview)«, in: Rubinstein/Comstock/Murray (Hg.), *Television in Day-to-Day Life* (1972), S. 1-32, hier S. 23.

83 Vgl. John P. Robinson: »Toward Defining the Functions of Television«, in: Rubinstein/Comstock/Murray (Hg.), *Television in Day-to-Day Life* (1972), S. 568-603, hier S. 578. Vgl. Marshall McLuhan: *Die magischen Kanäle. Understanding Media* [1964], Düsseldorf u.a.: ECON-Verlag 1992, S. 352-383.

84 Vgl. J. Robinson: »Functions of Television«, S. 595; William Stephenson: *The Play Theory of Mass Communication*, Chicago/IL: University of Chicago Press 1967.

85 Vgl. J. Lyle: »Television in Daily Life« (Appendix), S. 26f.

genteil: Das immer schwierigere Unterfangen, Fernschwirkung als distinkten Stimulus isoliert messen und kontrollieren zu können, geht mit der Problematik einher, wie insbesondere der kindliche Rezipient überhaupt noch zur richtigen Mediennutzung erzogen werden kann:

»Television today is an integral part of our everyday life. It appears that it is not an unmixed blessing. To the extent that it can be dysfunctional to individuals and (by extension) to the social fabric, the manner in which it is intertwined in our daily lives makes it an exceedingly difficult problem to deal with. This does not mean it is an impossible problem. But the findings reported herein suggest that even those most directly concerned – the mothers of young children – do not have the will to come to grips with it.«⁸⁶

Lyles Kritik an der mangelnden Bereitschaft der Mütter, das Nutzungsverhalten ihrer Kinder zu überwachen, steht in engem Zusammenhang mit der Beobachtung, dass die Versuchspersonen unzuverlässig sind und ihrer Bewertung kein Vertrauen geschenkt werden kann. Welche Mechanismen der Kontrolle die Forschungspraktiken dem entgegensetzen und wie sie auf diese Weise zur Selbstregierung der Mediennutzer auffordern, behandelt der folgende Abschnitt.

Die Überwachung gewalttätiger Mediennutzer

Moralisierende Aussagen, die den Mediennutzer betreffen, schreiben sich in die Versuchsanordnung besonders prägnant in jene Verfahren ein, die überprüfen sollen, ob die Probanden überhaupt zuverlässig sind, ob sie in den Befragungen der Wissenschaftler wahrheitsgemäße Angaben machen oder ob sie die Ergebnisse der Studien verfälschen. Die Studien, die das Beratungskomitee des Surgeon General in Auftrag gibt, rufen mit diesen selbstreflexiven Fragen eine Forschungsrichtung auf, die untersucht, inwiefern Versuchspersonen als Einflussfaktoren in experimentelle Settings mit einbezogen werden müssen. Dieses Untersuchungsfeld wurde von Martin T. Orne, der 1960 zwei einschlägige Artikel im *American Psychologist* veröffentlichte, auf den Weg gebracht. Orne zeigte, dass Versuchspersonen, etwa indem sie selbst Hypothesen über die Ziele des Experiments bilden und ihre Handlungen danach ausrichten, entscheidenden Einfluss auf Versuchsanordnungen nehmen können.⁸⁷

Versuchspersonen sind demnach keine passiven Instrumente der Forschung, sondern greifen aktiv in das Geschehen ein. Ihr Verhalten muss deshalb durch den kontrollierenden Aktanten der Versuchsanordnung in den Untersuchungsprozess mit einbezogen werden. Dieses Interesse der

86 Ebd., S. 25.

87 Vgl. Rolf H. Bay: Zur Psychologie der Versuchsperson. Eine sozialpsychologische Studie der sogenannten »Verbalen Konditionierung«, Köln, Wien: Böhlau 1981, S. 20-27.

Forschung an der Rolle der Versuchsperson betrifft nicht nur das Experiment. In Befragungen außerhalb des Labors wirft sie einen Schatten der Skepsis auf die Methode des *Self-Report*, die insbesondere in medizinischen und sozialhygienischen Studien unabdingbar ist. Wenn die Befragten dem Interviewer über Aspekte ihres sozialen Lebens oder über ihre körperliche Verfasstheit berichten, also Informationen geben, die keinem anderen zugänglich und deshalb auch nicht überprüfbar sind, darf sich der Forscher dann auf die Vertrauenswürdigkeit der Probanden verlassen?⁸⁸

Durch die skeptische Beobachtung ihrer Versuchspersonen formulieren die wissenschaftlichen Experten gleichzeitig eine wertende Einschätzung über die Fähigkeit der Fernsehzuschauer, ihr eigenes Nutzungsverhalten bzw. das ihrer Kinder richtig einzuschätzen, zu kontrollieren und zu überwachen. Die Quintessenz dieser Beobachtung lautet: Die Verlässlichkeit der Versuchspersonen, respektive die Selbstregierung der Mediennutzer ist äußerst mangelhaft und verbesserungsbedürftig. Um dies vor Augen zu führen, installieren die Wissenschaftler Techniken, die den Probanden gewissermaßen überführen, seine Unzuverlässigkeit kenntlich machen. Dabei spielt die Technik des neuen Mediums Video eine wichtige Rolle. Anfang der 70er Jahre, zu der Zeit also, in der das Advisory Committee tagt, wird sie in einer doppelten Perspektive beobachtet: Zum einen wird Video als Bedrohung oder Chance einer vollständigen Überwachung der Gesellschaft verhandelt, zum anderen gilt es aufgrund seiner Möglichkeit, in Bildprogramme einzugreifen und diese durch Speicherung verfügbar zu machen, als Gegenmodell zur Flüchtigkeit des televisuellen Programmflusses.⁸⁹ Wenn die Studien Videotechniken einsetzen, um den Fernsehzuschauer zu überwachen, dann schreiben sie sich in eine Debatte der Medienkonkurrenz ein, die zwei unterschiedliche Zuschauermodelle konzipiert: das Modell des passiven Fernsehzuschauers und das des aktiv selektierenden und eingreifenden Videozuschauers. Die Experimente nutzen diese Differenzierung aber nicht, um ein neues Zuschauermodell in ihrem Blick auf die Wirkungen des Fernsehens zu konstatieren. Vielmehr markiert die Mediendifferenz ein Hierarchiegefälle zwischen Experimentator und Versuchsperson. Die wissenschaftlichen Videorezipienten markieren ihre Überlegenheit über die fernsehenden

88 Vgl. hierzu in jüngerer Zeit: Arthur A. Stone u.a. (Hg.): *The Science of Self-Report. Implications for Research and Practice*, Mahwah, NJ, London: Erlbaum 2000; insbesondere: Wendy Baldwin: »Information No One Else Knows: The Value of Self-Report«, in: Stone u.a. (Hg.), *The Science of Self-Report* (2000), S. 3-7.

89 Vgl. Torsten Hahn/Isabell Otto/Nicolas Pethes: »Emanzipation oder Kontrolle? – Der Diskurs über »Kassetten-Fernsehen«, Video und Überwachungstechnologie«, in: Albert Kümmel/Leander Scholz/Eckhard Schumacher (Hg.), *Einführung in die Geschichte der Medien*, Paderborn: Fink 2004, S. 225-253.

Versuchspersonen und sie entwerfen einen idealen Fernsehzuschauer, der mit dem Videozuschauer identisch wäre.

Robert B. Bechtel, Clark Achelpohl und Roger Akers, eine Forschergruppe der Greater Kansas City Mental Health Foundation, stellen zwei Verfahren einander gegenüber, um die Zuverlässigkeit ihrer Probanden auf die Probe zu stellen: die Fragebogentechnik und die der Videoüberwachung. Die Untersuchung sieht vor, die Probanden zunächst über ihr Fernsehverhalten zu befragen und anschließend mithilfe von Videoaufzeichnungen in deren Wohnzimmer die Richtigkeit dieser Angaben zu überprüfen. Es überrascht kaum, dass die Studie mit Vorbehalten gegen die Überwachung des Privatlebens zu kämpfen hat: Nur acht der 52 Versuchspersonen, die einen Fragebogen ausgefüllt haben, lassen zu, dass die Forschergruppe für einen Zeitraum von sechs Tagen Videokameras in ihrem Haus installiert. Das Team heuert deshalb zusätzlich zwölf freiwillige Testfamilien an.⁹⁰

Wie sehr die Studie ihr Programm der Regulation von Mediennutzung an die zeitgenössische Videodebatte anschließt und Modelle der Kontrolle und Überwachung aus diesem Mediendiskurs »importiert«, verdeutlicht ihre detaillierte Technikbeschreibung: Das Forscherteam installiert im Fernsehraum der Versuchspersonen zwei Kameras des Modells Sony CVC 2100 mit Weitwinkellinsen. Kamera 1 installieren sie oberhalb des TV-Geräts, sodass sie einen möglichst weiten Blick über den gesamten Raum hat, und Kamera 2 dem TV-Gerät gegenüber, um das laufende Fernsehprogramm aufzunehmen. Immer wenn die Probanden den Fernseher anstellen, schalten sich automatisch die beiden Kameras ein. Das Bild der zweiten Kamera wird in die linke untere Ecke des ersten Kamerabildes eingefügt, sodass die überwachenden Forscher in einem Bild sehen können, *was* der Fernsehzuschauer sieht und *wie* er es sieht. Ein Techniker überwacht die Videoaufnahme von einem Lastwagen aus, der in der Nähe des Hauses geparkt ist. Er wechselt dort stündlich die Videobänder und spricht den Namen der überwachten Familie sowie das Datum in die Tonspur der neu eingelegten Kassetten.⁹¹

Den Familien wird ein Tag Zeit gelassen, sich an die Kameras zu gewöhnen, bevor die Aufnahme beginnt. Immerhin die Hälfte der Versuchspersonen gibt später an, durch die Videoüberwachung in ihrem Fernsehverhalten beeinflusst worden zu sein: »We dressed better, used better language and watched more.« [...] »Husband wouldn't sit in the room in pajamas.« [...] »My 14-year-old was constantly trying to watch himself.«⁹² Dies hält das Forscherteam jedoch nicht davon ab, den Blick durch die Kamera als »wahrhaftiger« zu kennzeichnen, weil er Aufschluss

90 Vgl. Robert B. Bechtel/Clark Achelpohl/Roger Akers: »Correlates Between Observed Behavior and Questionnaire Responses on Television Viewing«, in: Rabinstein/Comstock/Murray (Hg.), *Television in Day-to-Day Life* (1972), S. 274-299, hier S. 275.

91 Vgl. ebd., S. 277f.

92 Ebd., S. 289.

darüber gibt, wie sich die untersuchten Familien tatsächlich in Bezug auf das Fernsehgerät positionieren. Die aufgezeichneten Videotapes werden je nach Grad, in dem die Probanden mit dem laufenden Fernseher befasst sind, codiert und auf einer Skala von 1-6 eingeordnet. Die Kennzahl 1 bedeutet: »Participating, actively responding to the TV set or to others regarding content from the set,« während die Zahl 5 am Ende der Skala »[i]n the viewing area of the TV but positioned away from the set in a way that would require turning to see it« bezeichnet.⁹³ Darüber hinaus identifizieren die Forscher eine sie selbst überraschende Vielfalt an Tätigkeiten, die ihre Probanden während des Fernsehens ausführen: »Looking out window, Picking nose, Scratching (someone else and self), Doing homework, Smoking, Rocking, Reading, Dancing« usw.⁹⁴

Am Ende seines Berichts kommt das Forscherteam zu dem Ergebnis: Es besteht eine große Diskrepanz zwischen den Angaben in den Fragebögen und dem videotechnisch sichtbar gemachten Nutzungsverhalten. Die Versuchspersonen überschätzen ihre reine Fernsehzeit, sie geben auch dann an, das Medium genutzt zu haben, wenn sie tatsächlich mit zahlreichen anderen Dingen beschäftigt waren: »In general, the subjects' consistent overreporting indicates a lack of awareness of the complexity of behavior during the time the television set is on.«⁹⁵ Mit anderen Worten: Die Fernsehzuschauer seien selbst nicht in der Lage zu begreifen, was Fernsehen »eigentlich« ist. Sie hätten selbst keine Einsicht in die komplexe Funktionsweise des Mediums, in der Mediennutzung als Segment in einem mehrdimensionierten Verhaltensrepertoire fungiert.

Diese Erkenntnis formulieren Bechtel, Achelpohl und Akers noch nicht explizit als eine moralisierende Aussage. Das unternimmt dann umso deutlicher eine weitere Studie im Programm des Advisory Committee, die Bradley S. Greenberg, Philip M. Ericson und Mantha Vlahos durchführen. Diese Untersuchung trennt moralisiertes Subjekt und moralisiertes Objekt, indem sie untersucht, wie gut Mütter das Fernsehverhalten ihres Kindes, gemessen an dessen eigenem Bericht, einzuschätzen wissen. Die vergleichende Befragung kommt zu einer – aus Sicht der beteiligten Forscher – traurigen Bilanz. Getrennt voneinander befragt, müssen die Kinder und Mütter Angaben darüber machen, wie viel Zeit die Kinder vor dem Fernsehgerät verbringen, wie oft sie gewalthaltige Sendungen rezipieren, ob sie alleine oder im Beisein von Familienmitgliedern bzw. Freunden fernsehen, wie die Programmauswahl erfolgt, inwiefern sie das Gesehene als »real« empfinden, ob es in der Familie Regeln über die Fernsehrezeption gibt und wie stark die familiäre Interaktion ausgeprägt ist.⁹⁶

93 Ebd., S. 279.

94 Ebd., S. 297.

95 Ebd., S. 298.

96 Vgl. Bradley S. Greenberg/Philip M. Ericson/Mantha Vlahos: »Children's Television Behaviors as Perceived by Mother and Child«, in: Rubinstein/

Das Ergebnis des Vergleichs lautet: Es gibt kaum Übereinstimmungen zwischen den Angaben der Mütter und denen der Kinder. Eher nebenbei kommt das Forscherteam zu einem Ergebnis, das die Bestandsaufnahme der mütterlichen Überwachungskompetenz noch düsterer aussehen lässt: Sowohl die Antworten der Mütter als auch die der Kinder, aus denen hervorgeht, dass ein großer Teil der kindlichen Fernsehrezeption im Beisein der Eltern geschieht, stehen in positivem Zusammenhang mit der Menge der konsumierten Gewaltsendungen. Aus Sicht der Forscher bedeutet dies: Die Mütter überwachen den Fernsehkonsum ihrer Kinder nicht nur mangelhaft, sie schauen sich sogar gemeinsam mit ihren Kindern gewalthaltige Sendungen an und erhöhen so die Gewalt-Rezeption ihrer Schützlinge. Das Forscherteam kommt ebenfalls zu dem Ergebnis, das Medienverständnis der Familien sei äußerst mangelhaft: »[T]he American family has not seemingly specified a role for television in the process of family growth. It is just there. Always there. No one has decided what to do about it, or with it.«⁹⁷ Am Ende steht die Empfehlung einer umfassenden Medienerziehung von Eltern und Kindern, die – und das ist signifikant für das Projekt der moralischen Regulation – mit einer Forderung nach weitergehender Forschung verknüpft ist:

»One might propose to develop an educational effort for young people in terms of how to use the medium of television, and a second effort for parents. The books on raising children give little space (most give none at all) to the issue of the media. Yet television occupies a large portion of one's life space; it is absorbed without formal training in its use and offers few criteria for selecting among its offerings. Of course, the research necessary for indicating principles of television viewing remains largely undone.«⁹⁸

Diese und andere Forschungsergebnisse zusammenfassend und kommentierend, wählt auch Jack Lyle in seiner Einleitung des Bandes *Television in Day-to-Day Life* ganz deutlich das Vokabular der moralischen Regulation:

»With these findings in mind, it is difficult to be sanguine about the possibility that parents will accept the responsibility for undertaking a sustained program of directing their children's exposure to television, even if they do recognize the potential impact of the medium – good and bad – on their children. Giving the ubiquity of the medium, perhaps this is not only an unrealistic, but an unfair, expectation.«⁹⁹

Comstock/Murray (Hg.), *Television in Day-to-Day Life* (1972), S. 395-409, hier S. 397f.

97 Ebd., S. 407.

98 Ebd., S. 406.

99 J. Lyle: »Television in Daily Life«, S. 24.

Lyle macht damit auch ganz deutlich, welche Aufgabe der Forschung im Projekt der moralischen Regulation durch Mediengewalt zukommt: Die Forschungen sollen verhindern, dass Bewertungen der kindlichen Medienrezeption von Gleichgültigkeit geprägt sind. Ohne zu einem einheitlichen Ergebnis über die Wirkung von Gewaltdarstellungen auf kindliche Fernsehzuschauer kommen zu müssen, soll die Forschung ein Problembewusstsein wachhalten. Dies geschieht u.a., wenn sie durch ihre Forschungstechniken der Überwachung unzuverlässiger Probanden nachweist, dass die Selbstregierung des Mediennutzers perfektioniert werden muss, da diese mangelhaft ist, selbst wenn ein guter Wille besteht: »[D]espite uneasiness and intentions of mothers to guide the viewing of their young children, much of the viewing of even very young children is unsupervised, unmonitored.«¹⁰⁰

Im Auftrag des Advisory Committee finanziert das NIMH auch eine Untersuchung, die nicht nur den Mediennutzer an seine Verpflichtung zur Selbstregierung gemahnt, sondern die selbst einen Vorschlag darüber formuliert, wie das moralisierte Objekt, der kindliche Mediennutzer, am besten zu überwachen ist. Es handelt sich um eine Untersuchung, die ein Forscherteam um den Psychologen Paul Ekman durchführt. Ekman ist zu diesem Zeitpunkt schon für seine Forschungen zu facialen Emotionsausdrücken bekannt. Ähnlich wie bei Banduras Forschungen zur kindlichen Aggression wandert auch bei Ekman das Medium Fernsehen erst durch eine Verschiebung der Untersuchungsperspektive in ein vorhandenes experimentelles Setting hinein.¹⁰¹

Ekman setzt in seinem Experiment eine These voraus, die er, seiner Ansicht nach, in vorangegangenen Forschungen eindeutig bewiesen hat: Es sei möglich, über den Gesichtsausdruck einer Person deren Emotionen eindeutig und objektiv zu messen. Seit Anfang der 60er Jahre hat Ekman Beobachter aus unterschiedlichen kulturellen Kontexten daraufhin getestet, ob sie aus Fotografien, Filmen und Videoaufzeichnungen von Gesichtern beurteilen können, welche emotionale Stimulation der Mimik vorausgegangen ist. Er stellt fest, dass die Probanden zu recht einheitlichen Ergebnissen darüber kommen, ob die gezeigte Person Ekel, Freude, Trauer, Wut, Überraschung, Glück oder Interesse empfindet.¹⁰²

In seiner Fernsehstudie verschiebt Ekman den Untersuchungsfokus auf die faciale Sichtbarkeit der Emotionen von Post-Diktion zu Prä-Diktion: Die Beobachter sollen nicht beurteilen, aus welchen Emotionen die

100 Ebd.

101 Vgl. Paul Ekman u.a.: »Facial Expressions of Emotion While Watching Televised Violence as Predictors of Subsequent Aggression«, in: Comstock/Rubinstein/Murray (Hg.), *Television's Effects*, S. 22-43.

102 Meike Adam vergleicht Ekmans Studien mit Lavatars Physiognomik und konstatiert einen »normativen Beigeschmack«. Dies.: »Symbol oder Symptom? Lesbarmachung des Gesichts«, in: Petra Löffler/Leander Scholz (Hg.), *Das Gesicht ist eine starke Organisation*, Köln: DuMont 2004, S. 121-139.

mimischen Expressionen resultieren, sondern Vermutungen darüber anstellen, welche sozialen Konsequenzen ein bestimmter Gesichtsausdruck hat. Ebenso wie Bechtel, Achelpohl und Akers arbeitet auch das Forscherteam um Ekman mit Videoaufzeichnungen von Fernsehzuschauern. Die überwachende Videokamera blickt aber hier nicht weitwinklig in den privaten Fernsehraum, sondern erfasst das Gesicht eines kindlichen Probanden in Nahaufnahme im Rahmen eines experimentellen Settings. Ekman führt seine Studie mit einem Teil der Versuchspersonen durch, deren medieninduzierte Aggression Liebert und Baron mithilfe von »HELP« und »HURT«-Buttons bestimmen.¹⁰³

Die fünf- und sechsjährigen Probanden werden einige Minuten alleine vor ein Fernsehgerät gesetzt und dürfen sich eine Kampfszene oder einen sportlichen Wettkampf ansehen. In der Wand hinter dem Fernseher ist eine Videokamera versteckt, die das Gesicht des Kindes währenddessen aufnimmt. Die spätere Auswertung der Videoaufzeichnung ist weit aus aufwendiger angelegt, als das Experiment selbst. Acht Gruppen von je 25 bezahlten Beobachtern werden um ihre Einschätzung der mimischen Expressionen gebeten. Nicht nur Ekmans Vorarbeiten zu Gesicht und Emotionen, sondern auch diese personelle Menge auf der Beobachterseite verlagern den Schwerpunkt des Experiments eindeutig auf die Praxis des Überwachens. Ekman geht es nicht darum, den Zusammenhang von visueller Gewaltrezeption und aggressivem Verhalten zu bestimmen. Diesen setzt er als evident voraus. Vielmehr ist er an adäquaten *Möglichkeiten der Vorhersage* interessiert, an Taktiken, mit deren Hilfe schon während des Rezeptionsprozesses bestimmt werden kann, ob ein kindlicher Mediennutzer auf die gesehene Gewalt aggressiv reagieren wird oder nicht.

Ekman und seine Co-Autoren berichten, in diesem Vorhersage-Test vereinfacht folgende Hypothese zugrunde gelegt zu haben: »[V]iewers who seem *happy* and *interested* when viewing violence might be expected subsequently to engage in more aggressive behavior than those who seem *unhappy*, *sad*, *disgusted*, *pained*, *afraid*, or *disinterested*.«¹⁰⁴ Für Jungen, allerdings nicht für Mädchen,¹⁰⁵ gelingt es dem Team, diese Hypothese zu bestätigen: Anhand des Gesichtsausdrucks eines kindlichen Fernsehzuschauers soll es also möglich sein, seine Anfälligkeit für Mediengewalt zu erkennen, vorherzusagen und – das bleibt die implizite Instruktion – rechtzeitig zu regulieren.

Das Experiment stellt Möglichkeiten der Überwachung zur Verfügung, bei denen die Position der bezahlten Beobachter für die Eltern des

103 Vgl. den Abschnitt *Von der Gewalttat zum alltäglichen Normverstoß*.

104 P. Ekman u.a.: »Facial Expressions«, S. 24 (Kursivierung im Original).

105 Dass weibliche Probanden nicht nur hier, sondern in vielen Studien der Mediengewaltforschung als Messproblem auftauchen (vgl. z.B. L. Eron: »TV Viewing Habits«), weil sich hier die Hypothesen nicht bestätigen lassen, wäre ein interessantes Thema für einen gendertheoretisch perspektivierten Blick auf die Forschung.

Kindes konzipiert zu sein scheint. Ekmans Fernsehstudie übt in diesem Sinne einen überwachenden Blick auf das fernsehende Kind, auf das Objekt der moralischen Regierung ein. Der psychologische Experte ermöglicht damit der paternalen Kontrolle des kindlichen Medienverhaltens eine Perspektive des Beobachtens. Die Videoaufzeichnung des Gesichts in der experimentellen Anordnung ist im Sinne Foucaults ein disziplinierender Zugriff auf den Körper des kindlichen Mediennutzers: Sie macht Differenzen in der emotionalen Reaktion auf ein Fernsehprogramm sichtbar und ist damit eine Technik der Individualisierung, die gewalttätige Mediennutzer von nicht-gewalttätigen unterscheidbar machen soll. Deutlich wird hierbei, dass Praktiken der moralischen Regulation nach wie vor mit Verfahren wirkungsstabilisierender Machtarrangements operieren. Das Expertenwissen der Mediengewaltforschung dient jedoch – und das verdeutlicht ihre Verortung in gouvernementalen Regierungspraktiken – nicht einer staatlichen Kontrolle über Mediengewalt; diese soll vielmehr im Privatbereich der Familie zum Einsatz kommen, dort, wo der überwachende Blick auf den kindlichen Mediennutzer im Alltag möglich ist.

3 DIFFUSION DES WISSENS

Projekte moralischer Regulation sind, wie Hunt verdeutlicht, spätestens im 20. Jahrhundert keine stabilen Verfahren des Regierens mehr. Sie sind vielmehr beständig heftigen Anfeindungen und Kontroversen ausgesetzt. Gerade dass ihre Art und Weise, Subjekte zu regieren oder genauer: diese zur Regierung ihrer selbst aufzufordern, immer im Kontext einer gouvernementalen ›sanften Führung‹¹ bleibt, macht ihre Umstrittenheit aus. Moralisierungssprojekte in jüngerer Zeit sehen sich entweder dem Vorwurf ausgesetzt, zu viel zu regieren, oder sie sind mit Anschuldigungen konfrontiert, zu wenig zu regieren. Dies geschieht, weil sie notwendigerweise über kein fixes Maß der richtigen Führung verfügen, sondern der Logik einer liberalen (Selbst-)Regulation verpflichtet bleiben, in der dieses Maß gerade offen bleiben muss. Diese Umstrittenheit gilt für den Mediengewalt-Diskurs in besonderer Weise und sie lässt sich gut vor Augen führen, wenn man, als ein Beispiel, verfolgt, wie die publizierten Forschungsergebnisse des Surgeon General's Advisory Committee in publizistischen, politischen und wissenschaftlichen Debatten verhandelt werden.

Wie zu Beginn des letzten Kapitels schon vorweggenommen, kommt auch das Advisory Committee keineswegs zu einem eindeutigen Beweis von Mediengewalt, der die politischen Auftraggeber in die Lage versetzen könnte, klare politische Maßnahmen in Gang zu setzen. In seinem Abschlussbericht, den das Komitee auf der Grundlage seiner Auftragsforschung erstellt, tastet es sich vielmehr vorsichtig zu einem vagen Konsensergebnis vor: Die ›akkumulierte Evidenz‹ (*evidence*) der 23 Einzelprojekte ließe *nicht* die Schlussfolgerung zu, dass televisuelle Gewalt für die *Mehrheit* der Kinder schädlich sei oder sie zu aggressivem Verhalten veranlasse. Jedoch, trotz seiner Vorsicht, formuliert das Komitee einen Satz, in dem sich eine zaghafte Bejahung der Frage, ob televisuelle Gewalt den Mediennutzer zu aggressiven Handlungen führt, erkennen lässt. Dieser Satz bleibt aber so deutungs offen, dass er in der Kontroverse, die

1 Vgl. den nach einem Song der Band Tocotronic gewählten Titel der studentischen Tagung ›Führe mich sanft. Gouvernementalität – Anschlüsse an Michel Foucault‹, die im November 2002 an der Johann Wolfgang von Goethe-Universität Frankfurt/Main stattgefunden hat. Vgl. <http://www.copypriot.com/gouvernementalitaet/intro.htm> vom 3.10.2006.

der Publikation des Reports folgt, nur in verschiedenen Versionen des Missverstehens auftauchen wird: »The evidence does indicate that televised violence may lead to increased aggressive behavior in certain subgroups of children, who might constitute a small portion or a substantial proportion of the total population of young television viewers.«² Entscheidend ist hierbei, dass die Größe der gefährdeten Bevölkerungsgruppe nicht festgelegt wird und deshalb mehrere Auslegungen ermöglicht werden. Das Komitee situiert Mediengewalt nicht im Normalbereich der Gesellschaft, d.h. es behauptet nicht, Medien hätten auf eine statistische Mehrheit oder ein »Durchschnittskind« eine schädliche Wirkung. Dies erlauben ihm weder seine empirischen Methoden³ noch die diskursiven Grenzen, die sein liberaler, durch Gesetze der freien Meinungsäußerung konstituierter Rahmen ihm steckt. Indem der Bericht in seiner vorsichtigen Ergebnisformulierung die betroffene Minderheit nicht näher bestimmt, hält er aber die *Möglichkeit* offen, dass *jedes* Kind zur Gruppe der potenziellen medieninduzierten Gewalttäter gehört. Es gelingt ihm auf diese Weise, Mediengewalt als regulierungsbedürftiges soziales Problem herauszustellen, ohne es für die Mehrheit der Bevölkerung geltend machen zu müssen. In der Grauzone einer nicht genauer definierten betroffenen Minderheit kann das Projekt der Moralisierung ansetzen.

Das Advisory Committee verhandelt dieses Konsensergebnis selbstverständlich nicht, wie zahlreiche Kritiker aus Publizistik, Politik und Wissenschaft, als Fehlschlag. Ein solches Zugeständnis ließe die hochsubventionierte Regierungskommission als vollständig gescheitertes Unternehmen erscheinen. Ganz im Gegenteil: Die Mitglieder des Beratungskomitees verteidigen ihre unsichere und vorsichtige Beantwortung der Mediengewalt-Frage heftig. Entscheidend ist dabei, dass sie, wenn sie ihre Ergebnisformulierung verteidigen, das Verfahren der moralischen Regulation kenntlich werden lassen. Besonders deutlich wird dies in den Rechtfertigungen, die das Komiteemitglied Ithiel de Sola Pool im März 1972 in einem erneuten Hearing des Subcommittee on Communications vorbringt:

»The qualifications are important and the report did the right thing in stressing them. We who work as scientists are all too often dismayed at the way a small partial finding gets blown up and distorted in popular reporting. Someone finds that a drug reduces the incidence of some cancers in rats and popular magazines announce a cancer cure. We could have written a careless report said without further qualification that »violence on TV leads to violence in our society.« The

2 Surgeon General's Advisory Committee: Report, S. 12.

3 Nicolas Pethes spricht mit Bezug auf die Methoden der Mediengewaltforschung von einer Paradoxie: Es sei unmöglich, den Mediennutzer mittels statistischer und experimenteller Verfahren zu normalisieren, da Gewalt als Ausnahme bestimmt ist. Vgl. N. Pethes: »Publikumsversuche«, S. 101.

next day people would have been misusing the report to justify censorship and to frighten parents.«⁴

Das Regulierungsprojekt, das unter der Leitung des Surgeon General durchgeführt wird, hat zwei einander entgegengesetzte Gefahrenkomplexe zu vermeiden: Es darf nicht zu viel, aber auch nicht zu wenig regieren. Nur die eine, aus zwei Aspekten bestehende Seite eines Übermaßes des Regierens bringt Pool zur Sprache. Er nennt zum einen die Gefahr, ein unachtsam verfasster Bericht könne eine wissenschaftliche Rechtfertigung für die Verletzung der Presse- und Meinungsfreiheit liefern. Zum anderen gilt es nach Pool zu vermeiden, die Subjekte der Regulation – die Eltern der gefährdeten oder möglicherweise gewalttätigen kindlichen Mediennutzer – durch Ängstigung unter Druck zu setzen und auf diese Weise die Autonomie der Subjekte bzw. der Familie zu missachten. Die sanfte Führung der Moralisierung setzt im Gegensatz dazu auf die Fähigkeit zur freiwilligen Selbstregulation – sowohl aufseiten der Medienindustrie, als auch aufseiten der moralisierten Subjekte der Mediennutzung, die auf Einsicht und nicht auf Angst beruht. In diesem Prozess des Führens kann eine Antwort auf die Frage der Mediengewalt nicht anders ausfallen als vage, vorsichtig und uneindeutig. Sie muss dem Adressaten einen Spielraum offenlassen, in dem er seine Selbstregulation vollziehen kann. Deshalb darf der Prozess der Moralisierung nicht *zu viel* regieren.

Den anderen Gefahrenkomplex, dem sich die moralische Regulierung ausgesetzt sieht, erwähnt Pool allerdings nicht, und zwar die Gefährdung, *zu wenig* zu regieren. Ein Moralisierungsprojekt, das auf die Sanftheit seiner Führung bedacht ist, sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, der Eigennützigkeit liberalistischer Interessen zu wenig entgegenzusetzen, diese zu wenig in gesellschaftlichen Nutzen zu verwandeln. Im konkreten Fall des Advisory Committee bedeutet dies: Es hat mit der Anschuldigung zu kämpfen, im Interesse, ja sogar im Dienste der Fernsehindustrie zu agieren. Die Kritik, *zu wenig* zu regieren, auf die Pool hier nicht eingeht, prägt die Kontroverse um das Komitee sehr viel stärker als der Vorwurf, *zu viel* zu regieren.

Wie im vorangegangenen Kapitel zu sehen war, formiert sich das Wissen der moralischen Regulation in den empirischen Forschungspraktiken der Sozialforschung. Das folgende Kapitel der vorliegenden Untersuchung geht den diskursiven Pfaden der sozialwissenschaftlichen Daten nach, wenn diese den engeren Kontext der *scientific community* verlassen und einer größeren Öffentlichkeit zugänglich werden. Es stellt die Frage, wie das Moralisierungswissen über Mediengewalt verbreitet und wie es zum Gegenstand von Kontroversen wird. Auf welche Weise ordnet das Projekt der moralischen Regulation das Wissen über Mediengewalt neu, wenn es als Expertenwissen einer öffentlichen Debatte zugänglich wird? Der erste Abschnitt zentriert sich um die Debatte in der US-amerikanischen Presse – insbesondere in der *New York Times* – über das va-

4 Pool, in: Subcommittee on Communications: Hearing, 21.3.1972, S. 47.

ge Konsensergebnis, die sich an die Publikation des Abschlussberichts anschließt. Der zweite Abschnitt beobachtet Versuche der politischen Kurskorrektur, wie sie in den Hearings des Subcommittee on Communications deutlich werden. Im dritten Teil geht es um die weitere Forschungsförderung des NIMH, die bezeichnenderweise einer sozialwissenschaftlichen Organisation anvertraut wird, die von der amerikanischen Regierung unabhängig ist. Das Kapitel schließt mit einem Ausblick auf einige punktuelle Aspekte der Rezeption des Komitees und der Forschungen, die es auf den Weg bringt, im Mediengewalt-Diskurs der Bundesrepublik Deutschland in den 1970er Jahren.

Die Irrwege publizierter Daten

Das Surgeon General's Advisory Committee ist von Anfang an Gegenstand einer kritischen publizistischen Beobachtung, die eng mit den Geschehnissen auf der politischen Bühne verflochten ist.⁵ Jedoch erst als Ende des Jahres 1971 Ergebnisse einiger Einzelprojekte auf dem jährlichen Treffen der American Psychological Association präsentiert werden, findet das Komitee des Surgeon General breite publizistische Beachtung. In den Zeitungsberichten, die dieser ersten Ergebnispräsentation folgen, wird deutlich: Die Regulierung von Mediengewalt ist ein eigen-dynamischer Prozess, der sich von den beteiligten Agenten der Regulation – den politischen Auftraggebern und den wissenschaftlichen Experten – nur unvollständig steuern lässt. Das Moralisierungswissen über Mediengewalt wird durch seine Veröffentlichung in ein Netzwerk ganz unterschiedlicher Machtpraktiken überführt, die sich keineswegs auf den staatspolitischen Bereich beschränken lassen.

Dem neuen Surgeon General Jesse Steinfeld, der seinen Amtsvorgänger Stewart abgelöst hat, kurz nachdem dieser das Advisory Committee auf den Weg gebracht hat, ist bekannt, dass einige Studien anlässlich des Treffens der Psychological Association präsentiert werden sollen, und die Ergebnisdarstellung geschieht mit dem ausdrücklichen Einverständnis des Forschungskoordinators Rubinstein. Erst als die Präsentation eine unerwartete Presseberichterstattung nach sich zieht, moniert die Seite der politischen Auftraggeber diese Vorgehensweise. Senator Pastore ruft Steinfeld vor das Subcommittee on Communications und fragt ihn, warum den Mitgliedern der Psychological Association die Ergebnisse des Advisory Committee vorgestellt werden, bevor die politischen Auftraggeber diese zu Gesicht bekommen.⁶

5 Der folgenden Analyse liegt eine Recherche im historischen Internet-Archiv der *New York Times* für den Zeitraum 1969-1972 zugrunde. Ergänzt wird diese Materialbasis durch eine Presseauswertung, die Cater und Strickland (TV Violence) unmittelbar im Anschluss an die Aktivitäten des Advisory Committee vorgenommen haben.

6 Vgl. D. Cater/S. Strickland: TV Violence, S. 77-79.

Pastores Kritik zielt dabei eindeutig nicht auf den Wissensvorsprung der *scientific community*, sondern auf die *publizistische Verbreitung* des Moralisierungswissens, ohne dass dieses mit politischen Intentionalitäten versehen werden konnte. Dabei scheint der Bericht mit dem Titel »Federal Study Says TV Can Make Youth More Violent«, den Boyce Rensberger einen Tag vor dem Treffen der psychologischen Vereinigung für die *New York Times* verfasst, Pastores Wünschen nicht grundlegend zu widersprechen. Sein Bericht über vier Studien lässt durchaus erkennen, dass diese eine schädliche Wirkung von televisueller Gewaltdarstellung annehmen, also die Mediengewalt-Frage positiv beantworten. Problematisch aus der Sicht von Bemühungen, das Regulationsprojekt zu steuern, ist vielmehr die publizistische Vorwegnahme des offiziellen Abschlussberichts: »The findings will become part of evidence on which an official report by the Surgeon General's Advisory Committee on Television and Social Behavior will be made later this year.«⁷

Am 31. Dezember 1971 erhält Surgeon General Steinfeld auf informellem Weg den Abschlussbericht seines Beratungskomitees. Zu diesem Zeitpunkt geht den politischen und wissenschaftlichen Akteuren jegliche Handlungsmacht über die Daten verloren. Diese scheinen eine Eigendynamik entwickelt zu haben. Eine Woche bevor der Bericht offiziell veröffentlicht wird, erscheint am 11. Januar 1972 auf der Titelseite der *New York Times* eine Interpretation seines Konsensergebnisses, die für die weitere Debatte prägend ist.⁸ Wie der Fernsehkritiker der *New York Times* Jack Gould – der Verfasser des Artikels – an den unveröffentlichten Report gelangt ist, bleibt unklar. Gould selbst gibt an, die Studie sei am Vortag in Washington verfügbar geworden. Einige Komiteemitglieder vermuten, er sei über die New Yorker Fernsehindustrie an Teile des Berichts gelangt.⁹ Der Artikel bezieht sich auf jenen vagen und vorsichtig formulierten Satz, in dem das Advisory Committee die Mediengewalt-Frage affirmativ beantwortet. Er entfernt jedoch die rhetorischen Winkelzüge und findet klarere Worte:

»The office of the United States Surgeon General has found that violence in television programming does not have an adverse effect on the majority of the nation's youth but may influence small groups of youngsters predisposed by many factors to aggressive behavior.«¹⁰

Gould definiert, indem er sie als »klein« bezeichnet, was das Advisory Committee absichtsvoll offen gelassen hat: die Größe der von Mediengewalt betroffenen Bevölkerungsgruppe. Die Überschrift des Artikels auf

7 Boyce Rensberger: »Federal Study Says TV Can Make Youths More Violent«, in: *The New York Times* vom 4.9.1971.

8 Vgl. D. Cater/S. Strickland: *TV Violence*, S. 79.

9 Vgl. ebd., S. 80.

10 Jack Gould: »TV Violence Held Unharmful to Youth«, in: *The New York Times* vom 11.1.1972.

der Titelseite verdeutlicht, dass diese Auslegung den Zusammenhang zwischen medial dargestellter Gewalt und schädlicher Wirkung auf den Mediennutzer negiert: »TV Violence Held Unharmful to Youth«.

Diese Auslegung des Berichts ist folgenreich. In der öffentlichen Debatte ruft man sich nun in Erinnerung, wie sich das Komitee konstituiert hat. Dass die Fernsehindustrie ein Vetorecht bei der Auswahl der Mitglieder hatte, fungiert nun als passende Erklärung für die angebliche Verharmlosung von Mediengewalt. Der *Times*-Artikel erweist sich außerdem als anschlussfähig im politischen Feld: Insbesondere den Repräsentanten des Staates New York, John Murphy, veranlasst er dazu, den Komiteebericht als »whitewash« zu bezeichnen.¹¹ Das Forschungsunternehmen, so zitiert auch die *Times* wiederum den Politiker, sei »heavily loaded in favor of the industry,« an »arrant waste of the taxpayer's money« and an invitation to escalate the volume of violence on television.«¹²

Goulds Transformation einer vorsichtigen Bejahung des kausalen Zusammenhangs zwischen Gewalt im Fernsehen und Gewalt in der Gesellschaft in eine Verneinung wird im Januar 1972 von mehreren Zeitungen aufgegriffen. Im *Washington Evening Star* heißt es: »A government-funded study cautiously concludes that televised crime and violence contribute in only a small way to violence in America.«¹³ Die Zeitschrift *Broadcasting* kritisiert unter der Schlagzeile »Violence on Air and in Life: No Clear Link« das – aus ihrer Sicht – klägliche Ergebnis der Studie, die mit einer Million Dollar von der Regierung unterstützt wurde, und wird noch deutlicher: »A blue ribbon committee of social scientists has concluded that there is no causal relationship between television programs that depict violence and aggressive behavior by the majority of children.«¹⁴ Ironisch zugespitzt untergräbt ein Artikel im *National Observer* die Autorität des Expertenwissens, wenn er zu dem Schluss kommt, »TV Gets a Slap, Not a Wallop«:

»Beep, beep!

Move over Road Runner, 'cause here come a dozen distinguished behavioral scientists who say that watching your antics and other violence-laden TV fare may be hazardous to some kids' mental health.

Television violence, the scientists emphasize, does not have a »uniformly adverse effect on the majority of children,« but kids who are already violence

11 »TV Violence Study Called Whitewash«, in: *Washington Evening Star* vom 18.1.1972, zit. nach: D. Cater/S. Strickland: *TV Violence*, S. 80.

12 Jack Gould: »U.S. Aide Accused on TV Violence. Murphy Says Ex-Surgeon General Aided Industry«, in: *The New York Times* vom 12.1.1972.

13 »TV Violence Study Called Whitewash«, zit. nach: D. Cater/S. Strickland: *TV Violence*, S. 81.

14 »Violence on Air and in Life: No Clear Link«, in: *Broadcasting* vom 17.1.1972, zit. nach: D. Cater/S. Strickland: *TV Violence*, S. 81.

prone may be spurred on the yet more aggressive anti-social behavior after watching it on the tube.«¹⁵

In dieser publizistischen Kontroverse verbirgt sich der Vorwurf, die moralische Regulation, die das Advisory Committee unternehme, sei zu gering. Die *New York Times* bemüht sich dementsprechend, die Gefährlichkeit von Mediengewalt zu bekräftigen und sie von der Notwendigkeit eines wissenschaftlichen Beweises zu befreien: »Parents who see the blood and gore to which their children are so regularly exposed form their own strong views entirely independent of any scientific studies.«¹⁶ Mit dieser Aussage formuliert die *Times* eher ein Postulat als eine zutreffende Beschreibung, denn das wissenschaftliche Wissen liefert – wie mehrfach zu sehen war – einen entscheidenden Teil des Moralisierungswissens, das den elterlichen Blick auf den kindlichen Mediennutzer formiert. Als deuthungsoffenes Wissen, das weder das First Amendment noch die Autonomie des Mediennutzers gefährden soll, gerät es in der publizistischen Debatte allerdings unter den Verdacht, es verfolge ganz andere Ziele bzw. es konterkariere sogar das Projekt der Moralisierung selbst. In einem Leserbrief, den die *New York Times* veröffentlicht, wird das Ergebnis des Komitees dementsprechend als ein Zeichen der Demoralisierung gedeutet: »[W]e might be concerned about the moral condition of a society whose governmental study commissions find nothing alarming or exceptional about the dominance of life-denying values on the most influential media.«¹⁷

Am 17. Januar 1972, dem Tag der offiziellen Veröffentlichung des Reports, berichtet Christopher Lydon in der *New York Times* über eine andere Deutungsmöglichkeit. Steinfeld hat am Vortag in einer Pressekonferenz verlauten lassen, dass es sich bei den Zeitungsberichten um Missdeutungen des Reports handelt, und aufzuklären versucht, zu welchem Ergebnis das Advisory Committee tatsächlich gekommen sei: »[T]he study shows for the first time a causal connection between violence shown on television and subsequent behavior by children.«¹⁸ Kurz darauf nehmen drei Mitglieder des Advisory Committee in einem Leserbrief selbst Stellung zur öffentlichen Kontroverse um ihre Ergebnisformulierung:

-
- 15 Michael Putney: »TV Gets a Slap, Not a Wallop, for Violence«, in: *The National Observer* vom 29.1.1972, zit. nach: D. Cater/S. Strickland: *TV Violence*, S. 81.
 - 16 *New York Times*: »The Violent Strain«, in: *The New York Times* vom 15.1.1972.
 - 17 Franklin Terry: »Impact of Television Violence. To the Editor«, in: *The New York Times* vom 20.1.1972.
 - 18 Steinfeld, zit. nach: Christopher Lydon: »Hearings to Weight TV Violence Study«, in: *The New York Times* vom 18.1.1972.

»Before the publication of the Surgeon General's Advisory Committee Report on the impact of televised violence, The Times ran a reasonable story about it with a misleading headline, ›TV Violence Held Unharmful to Youth.« Since then, Congressmen, editorialists, letter writers, mothers and others, whether they have read the report or not, have interpreted the report in the light of The Times' headline.

The report reaches no such conclusion. The lead finding in the topic sentence in the one paragraph summary in the report itself is that of an ›indication of a causal relation between viewing violence on television and aggressive behavior.«¹⁹

Mit direktem Bezug auf die Auslegung Goulds stellen die Komiteemitglieder klar, dass die Minderheit, für die sie die Mediengewalt-Frage positiv beantwortet haben, ganz und gar nicht klein sei: »The committee on which we served was fully conscious of the profound social significance of an effect on a minority amounting to possibly millions of young people.«²⁰ Was aus der Perspektive des Komitees missverstanden wurde, ist ihr Vorschlag einer ›sanften Führung‹ des Mediennutzers. In diesem Vorschlag wird Mediengewalt gerade nicht als harmlos bezeichnet und schon gar nicht von jeder Regulation Abstand genommen.

Die *New York Times* nimmt zu den Korrekturen der Komiteemitglieder keine Stellung. Stattdessen ergreift die Zeitung selbst Initiative und interviewt mehr als ein Dutzend Sozialwissenschaftler, die an der Forschung im Auftrag des Advisory Committee beteiligt gewesen sind, um zu den ›Wurzeln‹ der Kontroverse vorzudringen. Beinahe triumphierend titelt Linda Charlton auf der Frontseite der *Times*: »Study Aides Voice Misgivings About Report on TV Violence«.²¹ Die Wissenschaftler selbst seien unzufrieden mit der Zusammenfassung ihrer Ergebnisdaten im Komiteebericht, die erst einen Monat später im fünfbandigen technischen Report veröffentlicht werden sollen.

Der im hinteren Teil der Zeitung fortgesetzte Artikel entwirft insgesamt ein differenzierteres Bild dieser Kritik. Ebenso wie der Wortführer der politischen Gegner, Murphy, unterstellten einige Forscher, der Komiteebericht sei eine absichtliche Täuschung. Sie kritisierten, dass die wissenschaftlichen Resultate zugunsten eines Statements ignoriert werden, das Mediengewalt verharmlose. Jenes Statement, so die Vermutung dieser Forscher, resultiere aus der Verflechtung des Komitees mit der Fernsehindustrie. Wenn Charlton allerdings Robert Liebert als einen der schärfsten Kritiker des Berichts zitiert, verdeutlicht sie damit möglicherweise unfreiwillig, worauf seine Kritik tatsächlich zielt, nämlich auf die missverständene Auslegung der vagen Ergebnisformulierung. Zwar habe

19 Ithiel de Sola Pool/Irving L. Janis/Alberta E. Siegel: »Findings on TV Violence«, in: The New York Times vom 21.1.1972.

20 Ebd.

21 Linda Charlton: »Study Aides Voice Misgivings About Report on TV Violence«, in: The New York Times vom 19.2.1972.

das Komitee nur einen statistisch geringen Zusammenhang zwischen medialer Gewaltdarstellung und sozialer Gewalt herausgestellt, jedoch – so auch Liebert – sei dieser Zusammenhang keineswegs als soziales Problem vernachlässigbar. Der Psychologe wählt den immer wieder bemühten Vergleich von Mediengewalt und Tabakkonsum: »Dr. Liebert contended that research showed only a small number of cigarette smokers – ›some‹ cigarette smokers with a predisposition to malignancy – develop lung cancer. ›A modest relationship is clearly enough to take action,‹ he declared.«²²

Was unterscheidet Lieberts Statement dann von dem der Komiteemitglieder, sodass seine Aussage ihn, aus Sicht der Presse, nicht nur zu einem scharfen Kritiker des Berichts, sondern auch zu einem Experten im moralischen Kampf gegen Mediengewalt erhebt? Den Unterschied macht ein differenter Sprachgestus. Liebert benutzt in seinem Interview mit der *New York Times* nicht die notwendigerweise vorsichtigen Formulierungen eines sozialwissenschaftlichen Ergebnisberichts, sondern er wählt klare Worte, um zu demonstrieren, dass er Fernsehen zwar nicht für die einzige, aber für eine wichtige Ursache für kindliche Aggression hält: »›We don't want to take the baby-sitter away,‹ he said, ›we just want to stop her from committing murder in the living room.‹«²³

In der Kontroverse um den Komiteebericht wird immer wieder auf dessen unverständliche Formulierung hingewiesen. Cater und Strickland sprechen von einer »abstruse language« der 279 Seiten langen Darstellung: »[E]ven those whose minds were open to persuasion had difficulty understanding what the Report really said.«²⁴ Am Ende ihres Artikels stellt auch Charlton fest, dass es sich bei den Missverständnissen um ein Übersetzungsproblem zwischen publizistischem und wissenschaftlichem Diskurs handeln könnte.²⁵ Besonders kritisch verhandelt Joseph Morgenstern in der Zeitschrift *Newsweek* die schwer zugängliche Sprache des Berichts: »Whether by intent or ineptitude, the committee misrepresented some of the data, ignored some of it, and buried all of it alive in prose that was obviously meant to be unreadable and unread.«²⁶

Senator Pastore, der Initiator des Surgeon General-Projekts, ist äußerst unzufrieden mit dem vage formulierten Ergebnis und der Kontroverse, die es nach sich zieht – daran lässt auch die *New York Times* keinen Zweifel. Schon am Tag der offiziellen Veröffentlichung gibt Pastore bekannt, dass erneut öffentliche Senatsanhörungen in Planung sind. Die

22 Ebd.

23 Ebd.

24 D. Cater/S. Strickland: TV Violence, S. 81 u. S. 82.

25 »One example might be the repetition of the statement ›there is evidence that a modest relationship does exist between the viewing of violence and aggressive behavior‹ – in which, according to social science parlance, modest does not mean insignificant or trivial.« L. Charlton: »Study Aides«.

26 Joseph Morgenstern: »The New Violence«, in: *Newsweek* vom 14.2.1972, zit. nach: D. Cater/S. Strickland: TV Violence, S. 96.

zaghaften Schlussfolgerungen der Sozialwissenschaftler, so die Hoffnung des Senators, sollen hier in handfeste politische Empfehlungen verwandelt werden.²⁷

Staatspolitische Handlungssohnmacht

Die Hearings vor dem Subcommittee on Communications über den umstrittenen Bericht des Surgeon General finden vom 21. bis zum 24. März 1972 statt. Die publizistische Debatte, insbesondere die Interpretation der *New York Times*, überschattet die Anhörungen. Immer wieder nehmen die als Zeugen geladenen Komiteemitglieder, Forscher und Politiker Bezug auf die aufsehenerregenden Pressedarstellungen, die der Bericht veranlasst hat. Der Vorsitzende des Subcommittee on Communications, Senator Pastore, spitzt seine Frage an den Surgeon General zu, die er drei Jahre zuvor gestellt und in deren Folge das Beratungskomitee initiiert wurde. Er pointiert seine Frage, indem er sich auf das augenscheinliche publizistische Missverständnis bezieht: »Now, in very simple language, will you tell me if this report by the Advisory Committee contains enough evidence and states there is a causal effect?«²⁸

Während die Violence Commission in ihren Medienanhörungen noch darum bemüht gewesen ist, den befragten Forschern einen »Beweis« (*proof*) von Mediengewalt zu entlocken, der politische Schritte gegen die Fernsehindustrie ermöglicht,²⁹ scheinen nun im politischen Feld die Diskursregeln der Sozialforschung gängig zu sein, nach denen eben dieser Beweis nicht geliefert werden kann. Pastore fordert nicht mehr, wie in seinem Brief an das Gesundheitsministerium, eine *definitive Antwort* auf die Mediengewalt-Frage, sondern gibt sich mit einer *ausreichenden Menge an evidence* zufrieden. Surgeon General Steinfeld lässt in seinem Statement am 21. März 1972, verständnisvoll auf die sozialwissenschaftlichen Rhetoriken verweisend, keinen Zweifel daran, dass diese »akkumulierte Evidenz« nun vorliegt:

»While the committee report is carefully phrased and qualified in language acceptable to social scientists, it is clear to me that the causal relationship between televised violence and antisocial behavior is sufficient to warrant appropriate and immediate remedial action. The data on social phenomena such as television and violence and/or aggressive behavior will never be clear enough for all social scientists to agree on the formulation of a succinct statement of

27 Vgl. C. Lydon: »Hearings to Weight TV Violence Study«.

28 Pastore, in: Subcommittee on Communications: Hearing, 21.3.1972, S. 27. Die oft umgangssprachlichen Formulierungen sind der direkten Wiedergabe von Oralität in den Protokollen der Hearings geschuldet.

29 Vgl. das Kapitel *Kontexte der Wissensproduktion*.

causality. But there comes a time when the data are sufficient to justify action.«³⁰

In den Anhörungen zeigt sich aber, dass sich auf diese Weise das Problem, politische Maßnahmen gegen Mediengewalt einzuleiten, nur verschoben hat. Zwar scheint man sich nun einig zu sein, dass es nur auf Missverständnissen beruhen kann, wenn die wissenschaftliche Evidenz nicht als ausreichende Handlungsanweisung erkannt wird. Die Frage, *was genau* auf diese Erkenntnis hin politisch zu tun ist, bleibt allerdings weiterhin unklar.

Wie bereits am Beginn dieses Kapitels erwähnt, verteidigt auch der Politikwissenschaftler Pool am selben Tag der Hearings vehement die vorsichtige Sprache des Reports und seine feinen Differenzierungen. Er geht dabei besonders auf die deutungsoffene Formulierung ein, nach der nur »certain subgroups of children« von Mediengewalt betroffen seien. Deutlich wird dabei, dass der Mediengewalt-Diskurs, wenn er sich explizit als Projekt der moralischen Regulation zu erkennen gibt, gleichzeitig als ein Diskurs offensichtlich wird, der gerade nicht auf Normalisierung zielt:

»Exactly the same TV diet will have one effect on one child and a different effect on another. Both kids may be perfectly healthy and normal. Our report has been misinterpreted as saying that violence on TV does not affect normal children. We did not say that and it is not true. We say that TV violence has harmful effects on predisposed children. We do not know just what makes for this predisposition, but there need be nothing abnormal about it.

The report has also been misquoted as saying that these predisposed children are a small number. We made no such statement. We said that we do not know how large the number is. It may be large. It may be small. That is an important question that deserves further study.«³¹

Die hier vorgenommene moralische Regulation ist kein Zugriff auf den Mediennutzer, der mit Normalisierung in eins fällt, stattdessen steht sie in einem Spannungsverhältnis zur Konstitution eines gesellschaftlichen Normalbereichs.³² Entscheidend ist hierbei eine Rhetorik des Nicht-

30 Steinfeld, in: Subcommittee on Communications: Hearing, 21.3.1972, S. 26.

31 Pool, in: Subcommittee on Communications: Hearing, 21.3.1972, S. 48.

32 Damit soll nicht behauptet werden, dass normativ-moralisierende Appelle Verfahren der Normalisierung grundsätzlich widersprechen. Lutz Ellrich hat in jüngster Zeit plausibel verdeutlicht, dass die Trennung zwischen Normativität und Normalität nicht so klar zu vollziehen ist, wie dies insbesondere Jürgen Link mehrfach postuliert hat. Vgl. ders.: »Normativität und Normalität«, in: Christina Bartz/Marcus Krause (Hg.), *Spektakel der Normalisierung*, München: Fink 2007, S. 25-51. Das Spannungsverhältnis zwi-

Wissens, die jede Aussage darüber verweigert, wie groß die Gefahr für ein hypothetisches Durchschnittskind ist. Die Adressaten des Moralisierungswissens – in erster Linie die Eltern als moralisierte Subjekte – werden auf diese Weise im Unklaren darüber gelassen, woran sie sich orientieren können, um die Gefährdung ihres eigenen Kindes abzuschätzen. Moralisierungswissen über Mediengewalt ist hier kein normalistisches Orientierungswissen im Sinne Jürgen Links, an dem die Subjekte mittels eines »inneren Bildschirms« ihre Lebensführung im Hinblick auf eine gesellschaftliche Normalverteilung ausrichten.³³ Vielmehr operiert die moralische Regulation mit einem unbestimmten Risiko, das jedes Subjekt betreffen kann, egal an welcher Stelle der Normalverteilungskurve es sich befindet, und das gerade deshalb alle Subjekte zur Regierung ihrer selbst aufruft. Pool kennzeichnet diese Grauzone des Risikos als etwas, dass *noch nicht* definiert ist. Er formuliert damit die zentrale Figur des Nicht-Wissens, die das Wissen über Mediengewalt kennzeichnet, als »noch nicht Gewusstes« und situiert es damit innerhalb der Diskursregeln der empirisch-positivistischen Sozialforschung. Die zur moralischen Regulation notwendige Grauzone des undefinierten Risikos erscheint so in der Fiktion, in einer unbestimmten Zukunft vollständig erforscht und damit definiert zu sein. Die Formulierung von *Nicht-Wissen* als *Noch-Nicht-Wissen* stellt in diesem Sinne die moralische Regulation auf Dauer.

Da die Unbestimmtheit der Subjekte, die »tatsächlich« von Mediengewalt betroffen sind, erst den Bereich aufspannt, in dem die moralische Regulation stattfinden kann, leuchtet ein, dass diese Zukunft immer als erreichbar vor Augen gestellt wird, aber nie erreicht werden *darf*. Nur eine auf Dauer gestellte Forschung, die sich dem »Beweis« von Mediengewalt immer weiter annähert, ohne ihn jemals zu erreichen, kann dieser Paradoxie entsprechen. Neben der Unmöglichkeit, einen Beweis für Mediengewalt zu erbringen, der im juristischen Diskurs verwendbar ist, wäre die Unkenntnis über die von Mediengewalt betroffenen Subjekte als eine weitere Stoppregel des Mediengewalt-Diskurses zu beschreiben, die verhindert, dass sein vorgebliches Ziel – die Lösung der Mediengewalt-Frage – je erreicht werden kann. Während die Unerreichbarkeit des juristischen Beweises eine Gefährdung von liberalistischen Grundrechten der Presse- und Meinungsfreiheit verhindert, hält die Unkenntnis über die von Mediengewalt betroffenen Subjekte den Diskurs davon ab, die Autonomie der regierten Subjekte zu gefährden.

Wenn das Wissen über Mediengewalt nicht in diesem Sinne mit dem Verweis auf eine unbekannte Grauzone betroffener Subjekte ausformuliert wird, begibt es sich in Opposition zum Projekt einer moralischen Regulation. Dies verdeutlicht Leonard Berkowitz innerhalb der Hearings im März 1972. Der Wisconsiner Psychologe gehört zu den Forschern, die

schen moralischer Regulation und Normalisierung im Fall des Mediengewalt-Diskurses bezieht sich vielmehr auf die ausbleibende bzw. aufgeschobene Festlegung eines Normalbereichs der Mediennutzung.

33 Vgl. J. Link: Versuch über den Normalismus, S. 370.

aufgrund des Vetorechts der Fernsehindustrie aus dem Kreis der potenziellen Advisory Committee-Mitglieder ausgeschlossen wurden. Sein Unmut über diese Vorgehensweise drückt sich in seinem Statement vom 22. März 1972 aus, etwa, wenn er den Expertenstatus der Komiteemitglieder in Fragen der Mediengewalt anzweifelt.³⁴ Berkowitz bemüht sich folgerichtig auch nicht, den Report gegen seine Fehlinterpretationen stark zu machen. Stattdessen konstatiert er, nicht nur die Leser der *New York Times* gewannen den Eindruck, dass der Bericht die Generalisierbarkeit von Mediengewalt minimiere. »The implication seems clear: only a relatively few bad children will be stimulated to aggression.«³⁵ Berkowitz liest den Bericht also ebenso wie der *Times*-Journalist Gould als Verharmlosung televisueller Gewaltdarstellungen und hält dagegen:

»I would like to even make a stronger statement, and that is that the hyperaggressive persons are not the only ones who can be affected because at any one time an individual may be in a state that permits even him, who is otherwise quite normal, quite unaggressive, to be susceptible to the impact of the violence on the screen.

All of us are capable of being affected and indeed we find in our research that very normal college students, very normal young adults, in fact sometimes even older people than that, can be affected if they are momentarily so inclined. That holds for all of us. It is not only children; it is adults who can be affected.«³⁶

In letzter Konsequenz unterscheiden sich Pools und Berkowitz' Argumentation nicht voneinander. Die bei Pool implizite, bei Berkowitz explizite Schlussfolgerung lautet: Jeder Fernsehzuschauer ist potenziell von Mediengewalt betroffen, egal an welcher Position der Normalverteilung er sich befindet. Jedoch vermeidet es Berkowitz, von einer unbestimmten Minderheit der betroffenen Subjekte zu sprechen, und koppelt stattdessen Mediengewalt mit einem emphatischen Normalitätsbegriff (»very normal«). Was ihm dabei verloren geht, ist der Möglichkeitsraum, in dem sich die Subjekte im Rahmen der moralischen Regulation befinden: In Pools Version ist jeder *potenziell* von Mediengewalt betroffen, aber nur eine unbekannte Minderheit *tatsächlich*. Die ebenfalls unbestimmt bleibende »predisposition« dieser Minderheit, die Pool zur Voraussetzung von Mediengewalt macht, ist der Bereich, in dem die Selbstregulation

34 »I do not mean to question the general scientific competence of the Committee members. But no matter how good they are overall, they could have benefited from the expertise of persons with specific experience in experimental research into the consequences of television and movie aggression. From my viewpoint NIH showed bad judgment in not adequately appreciating the importance of this very special kind of experience.« Berkowitz, in: Subcommittee on Communications: Hearing, 22.3.1972, S. 138.

35 Ebd., S. 139.

36 Ebd., S. 140.

bzw. die edukative Führung der Subjekte greifen kann, ohne deren Autonomie zu gefährden.

Surgeon General Steinfeld beruft sich in seinem Statement, wenn die Senatoren ihn nach den politischen Handlungen fragen, dementsprechend auf Praktiken der Erziehung, die seiner Ansicht nach den Erkenntnissen des Advisory Committee folgen sollen. Steinfeld wehrt sich auch nach mehrmaligem Nachfragen dagegen, konkrete Handlungsanweisungen zu empfehlen. Das Gesundheitsministerium (HEW), so der Surgeon General, sei nicht der Ort, an dem politische Regelungen des Kommunikationsbereichs ihren Ausgang nehmen könnten; für diese sei die Federal Communications Commission zuständig: »I would be getting out of my field if I moved into any specific recommendations.«³⁷ Er beruft sich auf eine sozialhygienische Regierung des Subjekts, die diesem keine Vorschriften macht und keine Restriktionen auferlegt, sondern ihm Wissen bereitstellt, das es zur eigenverantwortlichen Selbstregierung befähigt:

»Let me suggest a few guidelines, if I may, across the broad spectrum, beginning with the family. As a result of this report, Mr. Chairman, I have talked with Dr. Ed Zigler, of the Office of Child Development in HEW, and he has informed me that within the next 2 or 3 months, HEW will publish a book for parents on how to watch television, how to get more out of television, how to utilize it appropriately for professional behavior with their children.

I think this will be very useful. We have books on many other things. We spend a lot of time and effort on education, but we spend very little on utilizing television in a positive way. I think this will be useful.«³⁸

Die Mitglieder des Advisory Committee, die gleich nach Steinfeld vor den Senatsausschuss gerufen werden, ihre Statements zum Abschlussbericht abgeben und sich den Fragen der Politiker stellen, argumentieren in ähnlicher Weise. Auch Pool weist die Forderung von sich, als Wissenschaftler politische Empfehlungen auszusprechen, und formuliert seine Ratschläge nicht als Mitglied des Advisory Committee, sondern als »citizen«. Er schlägt zwei Strategien der Regulation vor: zum einen, die Produktion von »prosozialen« Fernsehsendungen – so der immer wieder verwendete Ausdruck – durch gezielte finanzielle Unterstützung zu favorisieren, zum anderen, sowohl die Eltern und Lehrer als auch das Personal der Fernsehsender auf die Schädlichkeit von Fernsehgewalt aufmerksam zu machen.

Pool geht damit insbesondere in seinem zweiten Punkt einen entscheidenden Schritt über Steinfelds Empfehlungen hinaus, denn er führt nicht nur an, welche Regulationspraktiken der Komiteebericht nach sich ziehen sollte, sondern er stellt den Bericht selbst als eine Praktik der Regulation heraus: »One of the main values of the Surgeon General's study

37 Steinfeld, in: Subcommittee on Communications: Hearing, 21.3.1972, S. 34.

38 Ebd., S. 31.

is influence on public awareness.«³⁹ In Pools Statement wird deutlich, wie der Mediengewalt-Diskurs in Anbetracht der Grenzen, die seine liberalistisch-gouvernementale Rahmung ihm steckt, als lenkende Instruktion der Mediennutzung fungiert, indem er Moralisierungswissen zur Verfügung stellt:

»If one rejects censorship, as I do, then the alternative is to keep instructive criticism of bad programming before the eyes of parents, teachers, and TV people.

We should not underestimate the impact of public awareness on people's behavior. For example, the teachings of modern psychology have had a profound effect on how parents treat their children in America today. Advertisers and TV professionals are no more impervious to influence than are mothers. They are very sensitive to public criticism. If mothers, educators, and Congressmen keep exposing abuse of the airwaves, broadcasters will respond by changing their programming.«⁴⁰

Die sanfte Führung der moralischen Regulation, die im Hintergrund dieser Ausführungen aufscheint, vertraut auf die Einflusskraft, auf das regulative Potenzial sozialpsychologischen Wissens. Dieses Wissen selbst wird zur Praktik der Regierung, indem es ein öffentliches Bewusstsein für die Gefahr der Mediengewalt schafft und die moralisierten Subjekte dazu bringt, ihr eigenes Verhalten freiwillig so auszurichten, dass diese Gefahr gebannt wird. Der Mediengewalt-Diskurs gibt sich hier als ein Prozess der Regierung von Mediennutzung zu erkennen, der ohne politische Restriktionen auskommt.

Strategien der moralischen Regulation finden sich in unterschiedlichen Facetten in den Statements der meisten Komiteemitglieder wieder, die in den Hearings zu Wort kommen. Joseph Klapper betont die Bedeutung von kommunikativem Austausch zwischen Eltern und Kindern. Durch edukative Maßnahmen sollten die Eltern darauf aufmerksam gemacht werden, dass sie mit ihren Kindern über Mediengewalt sprechen müssen. Im Dialog müssten die auf diese Weise aufgeklärten Eltern ihren Kindern verdeutlichen, dass Gewalt und aggressives Verhalten unerwünscht sind. Wie viele seiner Komiteekollegen plädiert auch Klapper für die Verbesserung des Fernsehprogramms und den Ausbau der »prosozialen« Potenziale des Mediums.⁴¹ Alberta Siegel knüpft darüber hinaus an eine Traditionslinie der Regulation von Konsumverhalten an⁴² und schlägt vor, die Konzerne, die televisuelle Gewalt über Werbung sponsern – sie bezeichnet diese als »violence vendors« –, zu identifizieren, öffentlich an den Pranger zu stellen und so die Konsumenten zum Boykott

39 Pool, in: Subcommittee on Communications: Hearing, 21.3.1972, S. 50.

40 Ebd., S. 50.

41 Vgl. Klapper, in: Subcommittee on Communications: Hearing, 21.3.1972, S. 58.

42 Vgl. A. Hunt: Governance of the Consuming Passion.

ihrer Produkte zu bewegen.⁴³ Ira Cisin stellt wiederum die Rolle der Eltern in den Mittelpunkt seiner Regulationsvorschläge und nimmt ebenso wie Pool Bezug auf die liberalistischen Werte, die nur gewährleistet bleiben könnten, wenn die Kontrolle von Mediengewalt in die elterliche Verantwortung gelegt werde. Er argumentiert in diesem Sinne vehement gegen jene, die staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung von televisueller Gewaltdarstellung befürworten:

»It alarms me that in a society where we pride ourselves on the exercise of free choice, in such a society, I must admit, sir, I am alarmed that both our social scientists and our civic leaders assume that only Government and only the TV industry can do anything about the television fare that enters our home.

We seem to somewhere have lost the on-off switch and it is a very powerful switch. Parents have the power to control the television that their children watch. Now parents exercise that power in a great many other fields. If you, as a parent, feel that some particular food, not a poison, but some particular food could be harmful in certain quantities, you either restrict the consumption of that food by your child, or you restrict the quantities.«⁴⁴

Neben der immer wieder benannten Notwendigkeit, die elterliche Führung zu stärken, stimmen die Komiteemitglieder in einer weiteren Empfehlung überein: Die wissenschaftliche Überwachung der televisuellen Gewaltdarstellung muss auf Dauer gestellt und institutionalisiert werden. Am präzisesten führt dies Siegel aus. Sie schlägt vor, eine »monitoring agency« einzurichten, die regelmäßig die Öffentlichkeit vor gewalthaltigen Medieninhalten warnt. Siegel betont, dass diese Institution privat finanziert werden, also von Regierung und Fernsehindustrie unabhängig operieren müsse.⁴⁵

Das moralische Regulationsprojekt, das die Komiteemitglieder in den Hearings so explizit kenntlich werden lassen, ist im Subcommittee des Senats ähnlich heftigen Anfeindungen ausgesetzt wie in der publizistischen Debatte. Besonders scharfe Kritik äußert das Team der *Rip Van Winkle Study*, das am zweiten Tag der Anhörungen geschlossen vor die Senatoren tritt und sich, auf zahlreiche Beispiele verweisend, über die Verfälschung ihrer Forschungsergebnisse im Komiteebericht beklagt. Auch aus ihrer Sicht ist es wenig verwunderlich, dass die *New York Times* zu ihrer Fehlinterpretation des Berichts gekommen ist, denn die Darstellung des Komitees selbst lenke diese Lesart, sei irreführend, voll von Ungenauigkeiten und verwässere die im Grunde eindeutigen Forschungsergebnisse.⁴⁶ Als Instrument der Regulation taugt der Report

43 Siegel, in: Subcommittee on Communications: Hearing, 21.3.1972, S. 64.

44 Cisin, in: Subcommittee on Communications: Hearing, 21.3.1972, S. 76.

45 Siegel, in: Subcommittee on Communications: Hearing, 21.3.1972, S. 63f., Zitat S. 63 (im Original kursiv).

46 Der Vorwurf der Ungenauigkeit und Fehlerhaftigkeit beruht auf Gegenseitigkeit. Bezogen auf die Auftragsforschung ist er in ähnlichem Wortlaut im

nach der Auffassung von Lefkowitz und seinen Kollegen jedenfalls nicht:

»When parents are led to believe that only children already predisposed towards aggression will be adversely affected by TV violence, the restraints on a violent television diet have, in effect, been lifted. How many parents are ready to believe that their children are predisposed towards aggression?«⁴⁷

Die Rip Van Winkle-Forscher liefern auch eine Erklärung für die Verfälschungen des aus ihrer Sicht missratenen Reports, indem sie einen Bericht über die Arbeitsweise des Advisory Committee zitieren.⁴⁸ Aus dem Zitat geht hervor, dass es dem CBS-Forschungsdirektor Klapper, der sich von Anfang an als Komiteemitglied verdächtig gemacht hat, gelungen sei, den Bericht nach seinen Vorstellungen zu beeinflussen.⁴⁹ Der Argwohn, das Advisory Committee stelle sich mit seiner vagen Ergebnisformulierung in den Dienst der Fernsehindustrie, ist also auch während der Hearings virulent. Auch in der politischen Debatte sieht sich die Regulation, die das Advisory Committee vorschlägt, dem Vorwurf ausgesetzt, zu wenig zu regieren.

Gleich zu Beginn der Anhörungen wird Surgeon General Steinfeld mit diesen Anschuldigungen konfrontiert. Senator Cook kritisiert Steinfelds Weigerung, konkrete politische Handlungen zu empfehlen. Dies sei in Anbetracht des Reports und der fünf Ergebnisbände, die das Advisory Committee der Gesundheitsbehörde nun vorgelegt hat, unverständlich und eine Verschwendung von Steuergeldern. Steinfelds erneute Beteuerung, das Gesundheitsministerium sei für die Erziehung und die psychische Gesundheit der Bevölkerung, nicht aber für Empfehlungen zuständig, die den Kommunikationsbereich betreffen, will Cook nicht gelten lassen. Schließlich sei, so der Senator, die Mediengewalt-Frage positiv, also im Sinne einer Gesundheitsschädigung der Mediennutzer beantwortet worden: »Do you wish to give up that authority to the Federal Com-

Statement des Komiteemitglieds Cisin zu finden, der die Verfassung des Berichts als äußerst frustrierende Angelegenheit beschreibt, da die unterschiedlichen Forschungsergebnisse so widersprüchlich seien. Vgl. Cisin, in: Subcommittee on Communications: Hearing, 21.3.1972, S. 73.

47 Lefkowitz, in: Subcommittee on Communications: Hearing, 22.3.1972, S. 149.

48 Es handelt sich höchstwahrscheinlich um einen Auszug aus dem kritischen Bericht »Social Policy Research and the Realities of the System: Violence Done to TV Research«, den Matilda B. Paisley von der Stanford University angefertigt hat. Vgl. dazu D. Cater/S. Strickland: TV Violence, S. 144, Anm. 7.

49 Vgl. Lefkowitz, in: Subcommittee on Communications: Hearing, 22.3.1972, S. 149f.

munications Commission to make that determination and tell you how you should look after their health?»⁵⁰

Doch wie kann das Maß, die richtige Dosierung des Regulationsprojekts ausgelotet werden, welche Aktionen gegen Mediengewalt sind überhaupt sinnvoll? Diese Fragen ziehen sich wie ein roter Faden durch die Hearings und sie spalten durchaus auch das politische Lager. Senator Stevens bezweifelt grundsätzlich die Effizienz von politischer Regelung des Fernsehverhaltens, weil er von einem nicht-regierbaren Mediennutzer ausgeht, der sich gerade solche Sendungen ansehen würde, die eine Überwachungsbehörde als besonders gewalthaltig gekennzeichnet hat.⁵¹ Steinfeld sieht sich daraufhin gezwungen, das Regulationsprojekt in umgekehrter Richtung zu verteidigen: Die Gesundheitsbehörde favorisiere keine Zensur des Fernsehprogramms, nicht einmal eine den Zigarettenschachteln analoge Etikettierung »The Surgeon General has determined that watching television is harmful to your health«.⁵² Das Regulationsprojekt muss also sowohl gegen den Vorwurf, zu wenig zu regieren, als auch gegen die Anschuldigung, zu viel zu regieren, verteidigt werden.

Dass es ein Zuviel an Regierung unbedingt zu vermeiden gilt, lässt sich in den Reaktionen der Senatoren auf das Statement Nicholas Johnsons von der Federal Communications Commission erkennen. Das Statement erregt aufgrund seiner agitatorischen Beschuldigungen der Fernsehindustrie auch in der publizistischen Öffentlichkeit Aufsehen.⁵³ Johnson wirft den Sendern seelische Misshandlung der Kinder im Interesse des Profits vor, wobei seine Verwendung der Bezeichnung »misshandeln« über ein rein metaphorisches Verständnis hinausgeht. Die Gesellschaft messe seiner Ansicht nach Kindesmisshandlung mit zweierlei Maß: »If you do it during the week, on the school playground, to one child, you are driven off to prison in a police car. But if you do it Saturday morning, in the living room, to millions of young children, you are just driven home, by a chauffeur, in a long black limousine.«⁵⁴ Johnson hält sich mit Empfehlungen nicht zurück, sondern fordert einschneidende staatliche Maßnahmen gegen die kommerziellen Fernsehsender, wie etwa die Beschränkung der erlaubten Werbezeit.⁵⁵

Die Senatoren lassen in ihren Reaktionen keinen Zweifel daran, dass eine Umsetzung dieser Forderungen das Maß des Regierens eindeutig überziehen würde. Senator Cannon bezeichnet die Empfehlungen noch

50 Cook, in: Subcommittee on Communications: Hearing, 21.3.1972, S. 38.

51 Vgl. Subcommittee on Communications: Hearing, 21.3.1972, S. 35-37.

52 Steinfeld, in: Subcommittee on Communications: Hearing, 21.3.1972, S. 37.

53 Vgl. Linda Charlton: »F.C.C.'s Johnson Accuses TV Of Molesting Children's Minds«, in: The New York Times vom 23.3.1972.

54 Johnson, in: Subcommittee on Communications: Hearing, 22.3.1972, S. 117.

55 Vgl. ebd., S. 119.

relativ moderat als »quite drastic in the context of what we are doing today«,⁵⁶ während Senator Baker unverhohlen seine Empörung kundtut:

»What you are suggesting is an intricate line of logic that you have attempted to describe and failed, is supposed to make the American public equate in its mind the crime of child molesting with programming of children's television in 1970. I think that is a violence of the most despicable kind. I think it is irresponsible, and unbecoming of a federal government official. [...]

I feel an outrage, Mr. Johnson, that you have brought to this hearing a trauma of emotionalism that will positively impede our progress in trying to arrive at a sensible solution to a real problem.«⁵⁷

Johnsons Statement situiert sich eindeutig außerhalb der Skala, in der Mediengewalt in einer gouvernementalen Rahmung reguliert werden kann. Praktiken der Regierung von Mediengewalt, die in zu großem Maße staatliche Restriktionen und Verbote favorisieren, sehen sich – wie hier – dem Vorwurf ausgesetzt, selbst mit Gewalt zu operieren.

Der Initiator des Advisory Committee, Pastore, der mit dem Bericht ebenso wenig einverstanden war wie seine zahlreichen Kritiker aus Publizistik, Politik und Wissenschaft, lässt im Verlauf der vier Tage mehr und mehr durchblicken, dass er mit den Anhörungen äußerst zufrieden ist. Die Empfehlungen des Komitees zielen auf einen Vorschlag zur Regulation von Mediengewalt, der sich in einem mittleren Bereich zwischen zwei Extrempolen des Regierens ansiedelt. In den Hearings besetzen diese Pole Senator Stevens und Commissioner Johnson, wenn sie von einem autonomen und deshalb nicht-regierbaren Mediennutzer ausgehen bzw. den Mediennutzer als passives Missbrauchsoffer konzipieren, dem nur die Staatsgewalt zu Hilfe eilen kann. Aus Stevens Perspektive geht die Regulierung des Komitees zu weit, aus Johnsons Sicht ist sie nicht ausreichend.

In den Befragungen entlockt Pastore dem Surgeon General und den Mitgliedern des Advisory Committee immer wieder Aussagen über die Gefährlichkeit und Regulierungsbedürftigkeit von Mediengewalt. »Don't you think there has been much violence on television that is unnecessary?«⁵⁸, so etwa seine Frage an das umstrittene Komiteemitglied Klapper. Dieser antwortet mit einem schlichten »Ja«. Als am zweiten Tag der Anhörungen der Komiteebericht von Berkowitz und den Rip Van Winkle-Forschern heftig kritisiert wird, nimmt Pastore die Verfasser in Schutz, indem er auf die klar positive Beantwortung der Mediengewalt-Frage in ihren Statements verweist: Sie hätten den kausalen Zusammenhang zwischen televisueller Gewaltdarstellung und aggressiven Handlungen in der

56 Cannon, in: Subcommittee on Communications: Hearing, 22.3.1972, S. 120.

57 Baker, in: Subcommittee on Communications: Hearing, 22.3.1972, S. 124.

58 Pastore, in: Subcommittee on Communications: Hearing, 21.03.1972, S. 59.

Gesellschaft bestätigt. Den letzten Tag der Hearings eröffnet Pastore mit einem euphorischen Resümee:

»In my judgement, what has taken place in the past few days is nothing less than the scientific and cultural breakthrough. For we now know there is a causal relation between televised violence and antisocial behavior which is sufficient to warrant immediate remedial action. It is this certainty which has eluded men of good will for so long.«⁵⁹

In Anbetracht dieser starken Worte mag es schon erstaunen, dass Pastore in seiner »immediate remedial action« nichts anderes tut als ein Regulationsverfahren, das Komiteemitglieder vorgeschlagen haben, aufzugreifen und erneut eine Anfrage zu stellen. Adressaten sind der Sekretär des Ministeriums für Gesundheit, Erziehung und Wohlfahrt, der Surgeon General und die Federal Communications Commission. Pastore bittet diese eine Methode zu erarbeiten, um die televisuelle Gewalt zu messen, die in die amerikanischen Heime eindringt, einen *violence index*. Nach den Vorstellungen des Senators soll der Sekretär des HEW dem Subcommittee on Communications jährlich über diesen Index berichten. Diese Forderung bleibt das einzige konkrete Ergebnis, das die Hearings im März 1972 erzielen.

Schließung des Forschungskreislaufs

Nach den Anhörungen scheint sich der diskursive Prozess, den Pastores Brief im März 1969 in Gang gesetzt hat, nur in Nuancen verändert, zu wiederholen. Kurz nach den Hearings schreibt Pastore erneut einen Brief an den nun amtierenden Sekretär des Ministeriums für Gesundheit, Erziehung und Wohlfahrt, Elliot Richardson, in dem er die weitere Zuständigkeit für den geforderten *violence index* in die Verantwortung der Gesundheitsbehörde legt.

Richardson entgegnet in einem Antwortschreiben: Um diese Forderung zu erfüllen müsse erst die Meinung von Experten eingeholt werden. Vom 31. Mai bis zum 2. Juni 1972 findet ein Workshop des National Institute of Mental Health statt, in dessen Rahmen diese Expertendiskussion geführt werden soll. Mitglieder der Gesundheitsbehörde und der Federal Communications Commission treffen sich mit Wissenschaftlern und Vertretern privater Stiftungen, um die Möglichkeit eines *violence index* nach Pastores Vorstellungen zu diskutieren.⁶⁰

Pastore spielt den »schwarzen Peter« der Regulation von Mediengewalt, wie schon 1969, der Gesundheitsbehörde zu, weil nur auf diese Weise überhaupt Maßnahmen möglich sind. Den politischen Institutio-

⁵⁹ Pastore, in: Subcommittee on Communications: Hearing, 24.03.1972, S. 243.

⁶⁰ Vgl. D. Cater/S. Strickland: TV Violence, S. 104-108.

nen sind aufgrund des First Amendment die Hände gebunden. Dass die Gesundheitsbehörde die Verantwortung an die sozialwissenschaftlichen Experten weitergibt, führt nochmals deutlich vor Augen, inwiefern die Sozialforscher im Projekt der moralischen Regulation von Mediengewalt eine zentrale Stellung einnehmen.

In den Empfehlungen, die am Ende des Workshops stehen, befürworten die Experten nicht nur weitere Forschungen, sondern legen auch nahe, dass es sich bei dem gewünschten Regulationsinstrumentarium weniger um einen *violence index* als um ein mehrdimensionales *violence profile* handeln müsse, das über eine bloße Indexialisierung von televisueller Gewalt hinausgeht. Schließlich betonen sie explizit, dieses Instrument der Gewaltmessung dürfe keinesfalls zur *staatspolitischen Regulation* eingesetzt werden, sondern sei als *edukatives Verfahren* zu verstehen.

Wiederum sind diese Empfehlungen im Sinne der politischen Initiatoren alles andere als handfest. Im Juli 1972 kann Richardson Pastore nur einen konkreten Hinweis über den Stand des Gewaltprofils geben, und zwar, dass die Forschungen von Gerbner weiterhin gefördert werden. Die einzige Schlussfolgerung, die nach dem NIMH-Workshop allgemeine Akzeptanz findet, ist die Verschiebung der Frage, wie Mediengewalt mithilfe eines Gewaltprofils reguliert werden kann, auf weitere Forschungsaktivitäten. Es herrscht Konsens darüber, dass diese Aktivitäten von einer regierungsunabhängigen Organisation durchgeführt werden sollen.

Ende des Jahres 1972 richtet David Pearl, der Chef des Verhaltensforschungsprogramms am NIMH, ein Gesuch an die sozialwissenschaftliche Vereinigung Social Science Research Council (SSRC): Diese solle weitere Aktionen koordinieren.⁶¹ Das Council kommt der Bitte entgegen und reicht im Januar 1973 einen Forschungsvorschlag im NIMH ein. Diesem zufolge soll die unklare Situation nach dem Advisory Committee bearbeitet werden, indem ein neues Komitee, das Committee on Television and Social Behavior, etabliert wird.⁶² Der zentrale Mehrwert dieser regressiven Schleife ist, dass die Regulation von Mediengewalt damit ganz in den Verantwortungsbereich der Sozialwissenschaften gewandert ist: Die Gesundheitsbehörde finanziert zwar das neue Committee für einen Zeitraum von drei Jahren mit jährlich 50.000 Dollar, in ihrer offiziell-

61 Vgl. P&P Minutes [Committee on Problems and Policy]: »Television and Social Behavior«, 15.12.1972. Folder 1751, box 303, series 1.33, Record Group 1, SSRC, Rockefeller Archive Center, Sleepy Hollow, New York. Für die Unterstützung während des Aufenthalts im Archiv danke ich Beth Jaffe.

62 Vgl. Brewster Smith: »Proposal for a Special Research Grant from National Institute of Mental Health For Support of Committee on Television and Social Behavior«, 27.1.1973. Folder 1747, box 303, series 1.33, Record Group 1, SSRC, Rockefeller Archive Center, Sleepy Hollow, New York.

len Politik treten Fragen der Mediengewalt allerdings immer weiter in den Hintergrund des Interesses.⁶³

Stephen B. Withey von der University of Michigan wird zum Vorsitzenden des Komitees gewählt, als Mitglieder fungieren u.a. Leo Bogart, Percy Tannenbaum und die britische Forscherin Hilde Himmelweit.⁶⁴ Nach den Vorstellungen des Council soll das Komitee die gewünschte Evaluierung eines *violence profile* möglichst schnell erledigen, um dann zu den eigentlich interessierenden Forschungsfragen zu gelangen, die darauf zielen, wie das Fernsehen für die kindliche Sozialisation nutzbar gemacht werden kann. Im ersten Treffen des Komitees deutet sich jedoch bereits an, dass es den versammelten Forschern außerordentlich schwer fallen wird, die Auftragsforschung rasch und zufriedenstellend abzuschließen. Das Protokoll dokumentiert einige skeptische Fragen über den möglichen Gebrauch und Missbrauch eines Verfahrens zur Messung von Mediengewalt.⁶⁵

Wieder einmal sind sich Komiteemitglieder, was die Mediengewalt-Frage allgemein und den *violence index* im Besonderen betrifft, völlig uneinig. Die Diskussion des *violence index* im zweiten Treffen des Komitees erzielt nur in einer Frage Einigkeit: Einen wissenschaftlichen Index über Fernsehgewalt, der alle Mitglieder der sozialwissenschaftlichen *community* zufrieden stellt, kann es überhaupt nicht geben. Da man sich darüber hinaus selbstverständlich dennoch einig ist, dass zu viel überflüssige Gewalt im Fernsehen gezeigt wird, entscheidet man, dass Withey ein gemeinsames Statement über den *violence index* verfassen soll. Dieses soll, nach Zustimmung aller Mitglieder, dem NIMH vorgelegt werden.⁶⁶ Das Komitee dreht sich im Kreis, und so ist es kaum verwunderlich, dass im April 1974, wenn Senator Pastore erneut die Hearings zur Frage der Fernsehgewalt aufnimmt, seine Aktivitäten von einigen Beteiligten noch gar nicht wahrgenommen worden sind.

63 Nach Cater und Strickland zeigt sich dieses sinkende Interesse an der Reduktion des Forschungsbudgets für die *behavioral sciences*. Vgl. D. Cater/S. Strickland: TV Violence, S. 109; vgl. auch das Kapitel *Kontexte der Wissensproduktion*.

64 Vgl. P&P Minutes [Committee on Problems and Policy]: »Television and Social Behavior«, 22.3.1973. Folder 1751, box 303, series 1.33, Record Group 1, SSRC, Rockefeller Archive Center, Sleepy Hollow, New York; Council Agenda [Social Science Research Council]: »Review of Council Activities. A. Committees. 30. Television and Social Behavior«, 1973. Folder 1751, box 303, series 1.33, Record Group 1, SSRC, Rockefeller Archive Center, Sleepy Hollow, New York.

65 Vgl. Committee on Television and Social Behavior: »Minutes«, 12.-13.10.1973. Folder 1747, box 303, series 1.33, Record Group 1, SSRC, Rockefeller Archive Center, Sleepy Hollow, New York.

66 Vgl. Committee on Television and Social Behavior: »Minutes«, 1.-2.2.1974. Folder 1747, box 303, series 1.33, Record Group 1, SSRC, Rockefeller Archive Center, Sleepy Hollow, New York.

Eli Rubinstein, der mittlerweile seinen Posten im NIMH verlassen und eine Professur für Psychiatrie an der University at Stony Brook, New York, angenommen hat, beklagt in seinem Statement vor dem Subcommittee on Communications, dass die Forschung nach der Surgeon General-Studie keine Fortschritte erzielt hat und bisher Pastores Forderung, einen *violence index* zu erarbeiten, nicht eingelöst worden ist.⁶⁷

Im November 1974 bestätigt das Committee on Television and Social Behavior Gerbners Profile als im Großen und Ganzen sinnvoll.⁶⁸ Auch wenn Gerbner seine Form der Gewaltindexikalisierung – gewissermaßen durch das Statement des Komitees autorisiert – fortsetzt, erreicht sie jedoch nie den Status, den Pastore vorgesehen und gewünscht hat. Gerbners Gewaltprofil fungiert nie als offizieller ›Smogbericht‹ über televisuelle Gewalt, der dem Senat jährlich vorgelegt werden könnte. Damit hat sich der letzte ›Effekt‹ des Advisory Committee verflüchtigt.

Wenn Eli Rubinstein 1976 das Surgeon General-Unternehmen als ein Beispiel für die Beziehung zwischen Sozialforschung und sozialpolitischen Maßnahmen nochmals Revue passieren lässt, fällt sein Urteil weit weniger entmutigt aus, als man es nach seinem Statement in den Hearings 1974 erwarten könnte. Schließlich ist zwei Jahre nach seiner enttäuschten Feststellung, dass sich die Gewalthaltigkeit des Fernsehprogramms noch nicht geändert habe, der Versuch, ein politisch einsetzbares Überwachungs- und Kontrollinstrumentarium in der Form eines *violence index* zu etablieren, endgültig im Sande verlaufen. Rubinstein mahnt, statt zu klagen, eher dazu, keine zu großen Erwartungen zu hegen. In die Bemühungen, sozialwissenschaftliches Wissen in politische Handlungen zu übersetzen, dürfe keine zu große Hoffnung gesetzt werden. Die Erwartung, mithilfe von Komitees, Kommissionen oder Forschungsberichten könne ein sozialer Wandel auf den Weg gebracht werden, hält Rubinstein mittlerweile nicht mehr für realistisch.⁶⁹

Dennoch attestiert der ehemalige stellvertretende Vorsitzende dem Surgeon General's-Program Wirksamkeit auf einer anderen Ebene. Der Report, so Rubinstein, habe seine »target audience«⁷⁰ erreicht: Die Präsidenten der drei großen Fernsehanstalten hätten in den Anhörungen 1972 Einsicht gezeigt und – zwar nicht sofort, aber allmählich doch – Gewaltprogramme im Fernsehen reduziert. Gerade der Kontroverse um den

67 Vgl. Eli A. Rubinstein: »Statement Before Subcommittee on Communications of the Senate Commerce Committee, U.S. Senate«, 3.4.1974. Folder 7551, box 618, series 1.33, Record Group 1, SSRC, Rockefeller Archive Center, Sleepy Hollow, New York.

68 Vgl. Committee on Television and Social Behavior: »An Index of Violence on Television«, 19.11.1974. Folder 1748, box 303, series 1.33, Record Group 1, SSRC, Rockefeller Archive Center, Sleepy Hollow, New York.

69 Vgl. Eli A. Rubinstein: »Warning: The Surgeon General's Research Program May Be Dangerous to Preconceived Notions«, in: Journal of Social Issues 32 (1976), H. 4, S. 18-34, hier S. 28.

70 Ebd., S. 29.

Bericht misst Rubinstein nachträglich einen positiven Anteil an dieser Effektivität bei: »If the entire sequence of events is analyzed, it would not be difficult to develop the thesis that much of what happened, including the misinterpretation in the *New York Times* headline about the committee conclusions, curiously interacted to increase the impact of the report.«⁷¹

Die Untersuchung des Surgeon General's Advisory Committee als ein Projekt der moralischen Regulation von Mediengewalt, die der zweite Hauptteil der vorliegenden Studie unternommen hat, kommt für die »target audience« der Moralisierung – die zur Regierung ihrer selbst aufgeförderten Mediennutzer – zu einer ähnlichen, aber doch entscheidend anders akzentuierten Schlussfolgerung. Das Wissen über Mediengewalt ist zwar einer Diffusion unterzogen worden, dies bedeutet aber nur, dass es zur Formulierung von konkreten politischen Handlungsanweisungen immer weniger tauglich wurde. Keineswegs ist diese Verdünnung oder Auslaugung des Wissens gleichbedeutend mit seinem Verschwinden. *Als Moralisierungswissen* gewinnt es durch diesen Prozess der Feinstverteilung nur an Effizienz. Es entfernt sich immer mehr von der Gefahr, die ein Beweis von Mediengewalt für die liberalen Grundrechte der Presse- und Meinungsfreiheit bedeuten könnte. Statt eines konkreten *juristischen Beweises von Mediengewalt* formuliert das Moralisierungswissen eine wenig greifbare, aber dennoch *permanent präsente Mahnung vor Mediengewalt*.

Die Kontroverse um das Statement des Advisory Committee in seinem Abschlussbericht ordnet sich in diese ständige Präsenz der Moralisierung ein. Da das sozialwissenschaftliche Wissen dazu tendiert, seine Ergebnisse vorsichtig zu präsentieren, um ja nicht in den Verdacht einer politischen Instrumentalisierung zu geraten, fordert es zu weiteren Debatten heraus, in denen es selbst zum Skandalon wird. Es stellt den Mediengewalt-Diskurs keineswegs still, sondern intensiviert ihn. Dass der Bericht zu keinen konkreten Handlungen gegen mediale Gewaltdarstellung führt und schließlich auch die Implementierung eines *violence index* scheitert, fungiert ebenfalls als Diskursanreiz. Zentral für den Mediengewalt-Diskurs ist, dass er den Status einer »Unfinished Agenda«⁷² hat. Die Mediengewalt-Frage erscheint auf diese Weise immer als »noch zu lösende« Frage.

71 Ebd., S. 30.

72 Vgl. das letzte Kapitel des Abschlussberichts »The Unfinished Agenda«, Surgeon General's Advisory Committee: Report, S. 192-210.

Rezeptionspolitiken

Das öffentliche Aufsehen um das Surgeon General-Unternehmen, das so entscheidend für sein Prozessieren als Projekt der Moralisierung ist, beschränkt sich nicht auf die USA. Auch in der Bundesrepublik Deutschland finden das Projekt der amerikanischen Gesundheitsbehörde und die empirischen Studien, die es in Auftrag gegeben hat, breite Beachtung. Ein gutes Jahr nach seiner Veröffentlichung in *Public Opinion Quarterly* erscheint Bogarts Artikel »Warning: The Surgeon General Has Determined That TV Violence Is Moderately Dangerous To Your Child's Mental Health« in einer Übersetzung von Eberhard Reiß und Will Teichert im Fachorgan *Rundfunk und Fernsehen*.⁷³ Schon der deutsche Titel des Aufsatzes verdeutlicht, dass der sozialhygienische Kontext, den Bogart mit seiner Titelgebung unterstreicht, durch den Übersetzungsvorgang ausgeblendet wird. Der Titel »Vorsicht: Es gibt Untersuchungen, die den Einfluß von Gewaltdarstellungen im Fernsehen verharmlosen« lässt nicht nur den Surgeon General unter den Tisch fallen, er verfehlt auch den im englischen Wortlaut gegebenen ironischen Verweis auf analoge Warnungen der Gesundheitsbehörde, etwa vor schädlichem Tabakkonsum. In der deutschen Übersetzung gerät auch aus dem Blick, dass der zentrale Fokus des amerikanischen Unternehmens auf die *psychische Gesundheit* von Kindern zielt. Was in *Rundfunk und Fernsehen* rezipiert wird, ist eine Gefahr, die von sozialwissenschaftlichen Studien generell ausgeht: Es gibt Untersuchungen, die Mediengewalt verharmlosen, so die Botschaft des Titels. Bogarts Ausführung zu den Hintergründen des Surgeon General-Projekts, die er als Verflechtung von politischen, ökonomischen, publizistischen und wissenschaftlichen Interessen darstellt, bekommt auf diese Weise den Status eines Fallbeispiels, das generalisierbar ist und auch auf die deutsche Situation zutreffen kann.

Es kann im Folgenden nur darum gehen, in der Form eines Ausblicks einige Schlaglichter auf die Rezeptionspolitiken zu werfen, die den deutschen Mediengewalt-Diskurs prägen. Die vorliegende Untersuchung hat ihren Ausgangspunkt an der Debatte um den Erfurter Amoklauf genommen, die vor wenigen Jahren in der deutschen Öffentlichkeit die Mediengewalt-Frage wieder einmal in den Vordergrund gerückt hat. Das zentrale Interesse, das einleitend an dieser Debatte formuliert wurde, war der Status des wissenschaftlichen Expertentums in einer solch akuten Situation der öffentlichen Erregung über Mediengewalt. Um diesen Status zu beleuchten, hat die vorliegende Studie zunächst diachrone Schnitte durch unterschiedliche Felder, in denen frühe Aushandlungen von Mediengewalt stattfinden, und dann einen synchronen Schnitt im etablierten Feld der Mediengewaltforschung vorgenommen. Damit war die Vorgehensweise von der Überlegung geleitet, dass der deutsche Mediengewalt-

73 Vgl. Leo Bogart: »Vorsicht: Es gibt Untersuchungen, die den Einfluß von Gewaltdarstellungen im Fernsehen verharmlosen«, in: *Rundfunk und Fernsehen* 22 (1974), H. 1, S. 3-36.

Diskurs vom US-amerikanischen entscheidend geprägt ist, auch wenn nationale Differenzen die Debatte unterschiedlich formatieren mögen. Ein Verständnis für die historischen Herkünfte des umstrittenen Wissens über Mediengewalt kann auch für deutsche Kontroversen nicht gewonnen werden, ohne den Blick auf die Frühzeit der Mediengewaltforschung in den USA zu richten. Um auf das deutschsprachige Diskursfeld zurückzukommen, sollen ein paar Aspekte der Debatte über Mediengewalt in den 1960er und 70er Jahren angesprochen werden, in die sich die Rezeption von Bogarts Artikel über das Surgeon General-Unternehmen einordnet.

Ab Ende der 60er Jahre entbrennt auch in der deutschen Öffentlichkeit eine heftige Diskussion über die Schädlichkeit televisueller Gewaltdarstellungen.⁷⁴ Diese Debatte wird noch weiter angeheizt, wenn etwa der Pädagoge Heribert Heinrichs in der Zeitschrift *Eltern* eine inhaltsanalytische Erfassung von gewalthaltigen Sendungen in ARD und ZDF veröffentlicht. Heinrichs Studie, die über eine reine Inhaltsanalyse hinaus eine zunehmende Aggression des kindlichen Fernsehzuschauers unterstellt, zieht eine Debatte im Deutschen Bundestag nach sich. Die Fernsehsender sehen sich veranlasst, eigene Statements in die Debatte einzubringen. Das ZDF beauftragt hierzu seine Forschungsreferentinnen Hella Kellner und Imme Horn mit einem Forschungsüberblick.⁷⁵

Der 1971 in der *Schriftenreihe des ZDF* erscheinende Literaturbericht kann die Ergebnisse des Surgeon General's Advisory Committee noch nicht zugrunde legen. Er erfasst aber das sich etablierende Feld des Mediengewalt-Diskurses in den USA, indem er die Experimente von Feshbach, Bandura und Berkowitz referiert und auf die Violence Commission verweist. Kellner und Horn formulieren im Gegensatz zu Heinrichs keine klaren Antworten, sondern spannen das komplexe Feld der Mediengewaltforschung auf, das eine klare Beantwortung der Mediengewalt-Frage – noch – nicht ermöglicht. Auch wenn sie aus ihrer Literaturübersicht das Konsensergebnis ableiten, televisuelle Gewalt habe eine schädliche Wirkung auf den Rezipienten, gliedern sie die Ergebnisse in die divergenten Methoden und Hypothesen, die den amerikanischen Diskurs prägen. So unterscheiden sie nach Experimenten, Feldstudien und Inhaltsanalysen und differenzieren die Resultate der experimentellen Studien wiederum nach Katharsisthese, Habitualisierungsthese, Inhibitions-

74 Vgl. Hella Kellner/Imme Horn: Gewalt im Fernsehen. Literaturbericht über Medienwirkungsforschung. Schriftenreihe des ZDF 8 (1971), S. 8, insbesondere Anm. 1, in der auf Presseartikel über Mediengewalt in der *Süddeutschen Zeitung*, der *Zeit*, der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* sowie im Fachorgan *epd/Kirche und Fernsehen* hingewiesen wird.

75 Vgl. Hans-Dieter Kübler: »Kinder und Fernsehgewalt«, in: Hans Dieter Erlinger u.a. (Hg.), Handbuch des Kinderfernsehens, Konstanz: UVK-Medien Ölschläger ²1998, S. 503-522, unter http://nibis.ni.schule.de/nli1/chaplin/portal/html/Lernen/kinder_und_medien/kinder_und_fernsehgewalt.pdf vom 14.10.2006, S. 10.

these und Simulationsthese. Am Ende der Literaturübersicht steht die Forderung, auch in der Bundesrepublik Forschungen auf den Weg zu bringen. Die Autorinnen schließen mit einem Untersuchungsplan, der eine Inhaltsanalyse nach Gerbners Vorbild und eine repräsentative Zuschauerstudie vorsieht.⁷⁶

Mitte der 70er Jahre legt Michael Kunczik an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln seine Dissertation *Gewalt im Fernsehen* vor, die eine umfassende Aufarbeitung des bisherigen Forschungsstandes leistet. Kunczik rückt damit in den Status eines Experten für Mediengewaltforschung, den er bis heute innehat. Er berücksichtigt in seiner Analyse die Auftragsforschung des Surgeon General-Unternehmens, allerdings ohne auf den Kontext und die Kontroverse um den Abschlussbericht einzugehen. Auch wenn Kuncziks Darstellung sehr viel komplexer und umfangreicher ist als der Literaturbericht der ZDF-Forscherinnen, ähnelt er diesem in der Art, wie er das divergierende Feld der Mediengewaltforschung aufbereitet. Auch Kunczik unterteilt die Forschung in Hypothesen, die einander teilweise widersprechen. Diese Darstellung erweist sich seither als prägend für den deutschen Mediengewalt-Diskurs. Anstelle einer umfassend gültigen Lösung der Mediengewalt-Frage nennt man die divergierenden Lösungen, die unterschiedliche Mediengewalt-Hypothesen nahe legen.⁷⁷

Die öffentliche Debatte über Fernsehgewalt, die ab Ende der 60er Jahre den bundesdeutschen Mediendiskurs prägt, hängt – wie auch Kellner und Horn andeuten⁷⁸ – eng mit der Furcht vor einer ›Amerikanisierung‹ des deutschen Fernsehens zusammen, die sich in erster Linie auf die zunehmende Ausstrahlung amerikanischer Serien in ARD und ZDF konzentriert.⁷⁹ Die Debatte richtet sich in der deutschen Publizistik jedoch auch auf die Sorge vor einer Kommerzialisierung des Fernsehens. Das Magazin *Der Spiegel* kann hierfür als Beispiel fungieren. Ende der 1970er Jahre, als die Einführung des Privatfernsehens schon unabwendbar erscheint, mahnt *Der Spiegel* in einer Titelgeschichte »Privatfernsehen: Nur noch Volksverdummung?« eindringlich vor der Einführung ›amerikanischer Zustände‹ in die deutsche Fernsehlandschaft. Die USA fungiert als »grausliche[s] Beispiel«, denn hier beherrschten die Sponsoren das aus Sex und Gewalt bestehende Fernsehprogramm: »Un-

76 Vgl. H. Kellner/I. Horn: Gewalt im Fernsehen.

77 Vgl. M. Kunczik: Gewalt im Fernsehen.

78 Vgl. H. Kellner/I. Horn: Gewalt im Fernsehen, S. 30, Anm. 1.

79 Vgl. hierzu die Publikationen des Forschungsprojekts »Zur Geschichte und Entwicklung des britischen und amerikanischen Einflusses auf die Fernsehprogramme in der BRD« (1986-1994, Leitung: Christian W. Thomsen, Irmela Schneider), hier insbesondere Irmela Schneider (Hg.): Amerikanische Einstellung. Deutsches Fernsehen und US-amerikanische Produktionen, Heidelberg: Winter 1992; Irmela Schneider (Hg.): Serien-Welten. Strukturen US-amerikanischer Serien aus vier Jahrzehnten, Opladen: Westdeutscher Verlag 1995.

verkennbar hat die Elektronik das gesamte kindliche Verhalten in den USA revolutioniert. Amerikanische Kinder lesen nicht, sondern sehen fern; sie schreiben keine Briefe, sondern telefonieren.«⁸⁰ Dass ein ähnliches ›Schreckensszenario‹ auch schon für deutsche Kinder zutrifft, hat *Der Spiegel* im Verlauf der 70er Jahre in zwei Titelgeschichten zum Thema Fernsehgewalt nahegelegt: 1972 konstatiert das Magazin: »Vorm Schlafengehen kommt der Kommissar«, 1977 warnt es unter dem Titel: »Fernsehgewalt: ›Leidtragende sind die Kinder‹.«⁸¹

Was weitere Untersuchungen genauer klären müssten, kann hier zumindest als Vermutung formuliert werden: Die Übersetzung des Bogart-Artikels und seine Publikation in *Rundfunk und Fernsehen* treffen im bundesdeutschen Mediendiskurs auf eine historische Situation, in der sich die Bezugsprobleme und die Möglichkeiten einer *moralischen Regulation von Mediengewalt* ebenfalls zu etablieren beginnen. Die öffentliche Debatte über Mediengewalt in den 70er Jahren ist eng an die Sorge geknüpft, eine liberale Öffnung des Mediensystems, die eine Begünstigung privatwirtschaftlicher Interessen bedeutet, könne der Gesellschaft insgesamt zum Schaden gereichen. Mit der Rezeption des wissenschaftlichen Wissens über Mediengewalt, mit den Studien von Kellner und Horn oder Kunczik, bekommt die Debatte gleichzeitig ein Instrument geliefert, das mit der liberalen Öffnung des Marktes in Einklang steht. Aufgrund seiner Diversität und Uneindeutigkeit kann der Mediengewalt-Diskurs innerhalb eines gouvernementalen (Neo-)Liberalismus funktionieren. Das rezipierte und weiter prozessierte Wissen über Mediengewalt beginnt, ebenso wie im etablierten Feld in den USA, eine beständige Warnung vor Mediengewalt zu formulieren, die den Mediennutzer auf sich selbst zurückwirft und die Regulation von Mediengewalt in seine eigene Verantwortung legt.

In den deutschen Forschungsdebatten lassen sich in diesem Sinne Wiederholungen von amerikanischen Rhetoriken und Praktiken der moralischen Regulation beobachten. Inwiefern der Prozess der moralischen Regulation sich auch in der deutschen Debatte beständig mit der Frage konfrontiert sieht, wie das richtige Maß der Regulation zu finden und wie ein Zuviel oder ein Zuwenig an Regierungsmaßnahmen zu vermeiden ist, verdeutlicht eine Untersuchung, die exemplarisch genannt sei. 1974 veröffentlichten die Psychologen Erich und Jutta Bauer »auf Anregung« des

80 *Der Spiegel*: »Privatfernsehen: Nur noch Volksverdummung? Spiegel Titel«, in: *Der Spiegel* 33 (1979), H. 51, S. 39-62, hier S. 51 u. 53.

81 Vgl. *Der Spiegel*: »Vorm Schlafengehen kommt der Kommissar. Spiegel Titel«, in: *Der Spiegel* 26 (1972), H. 4, S. 32-52 und *Der Spiegel*: »Fernsehgewalt: ›Leidtragende sind die Kinder‹. Spiegel Titel«, in: *Der Spiegel* 31 (1977), H. 51, S. 46-60. Vgl. auch: Irmela Schneider: »Das beschirmte Kind. Zur Diskursgeschichte *Kind und Fernsehen*«, in: Irmela Schneider/Christina Bartz/Isabell Otto (Hg.): *Medienkultur der 70er Jahre. Diskursgeschichte der Medien nach 1945*, Bd. 3, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2004, S. 217-229.

Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit und im Auftrag des Deutschen Jugendinstituts München – wie die Surgeon General-Studie also in einem sozialhygienischen Kontext – eine Darstellung über *Weiterführende Aspekte zum Problem Fernsehen und aggressives Verhalten bei Kindern und Jugendlichen*.⁸² Den Autoren ist daran gelegen, die Gefahren von Jugendschutz und Zensur – von Praktiken, die aus ihrer Perspektive *zu viel* regieren, – zu verdeutlichen:

»Unsere Arbeit will gerade aufzeigen, daß das Potenzial an Gewalt sich nicht in sogenannten aggressiven Massenmedien erschöpft, daß daher Schutzmaßnahmen zwar ein Problembewußtsein beseitigen, das Problem selbst aber unberührt bestehen lassen könnten. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen ist eine Maßnahme innerhalb der zunehmenden staatlichen Eingriffe in das gesellschaftliche Geschehen, die von der Konjunkturpolitik bis zu alljährlichen Pflichtuntersuchungen reichen. »Gesellschaftsplaner« sollten sich immer der Ambivalenz ihrer Maßnahmen bewußt sein: ob sie sich im Vorfeld autoritärer Entmündigung der Bevölkerung bewegen oder in Zielrichtung auf eine sozialere, sozialstaatliche Wirklichkeit.«⁸³

Zensurmaßnahmen seien beim »gegenwärtigen Stand der Forschung«, den die Autoren als disparat und uneindeutig kennzeichnen, nicht sinnvoll. Um schädliche Medienwirkungen einzudämmen, halten sie vielmehr »eine kritische Durchleuchtung des ganzen Ausbildungssystems« für Erfolg versprechend.⁸⁴ Das Projekt der Regulation von Mediengewalt wird damit auch hier aus einer staatspolitischen Zuständigkeit in edukative Regulierungsmaßnahmen überführt. In ihrer Kritik an der unklaren Forschungslage bleibt aber – entsprechend einer zentralen Formationsregel des Mediengewalt-Diskurses – unsichtbar, dass gerade diese Unklarheit nicht-staatliche Formen der Regulierung erst ermöglicht. Die empirische Quantifizierung von Mediengewalt ist Teil und entscheidender Faktor einer moralischen Regulation der Mediennutzung.

82 Erich Bauer/Jutta Bauer: *Weiterführende Aspekte zum Problem Fernsehen und aggressives Verhalten bei Kindern und Jugendlichen*. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit, Bd. 14, Stuttgart u.a.: Kohlhammer 1974, S. 4.

83 Ebd., S. 14.

84 Dies und das vorangehende Zitat: ebd., S. 119.

DIE OFFENHEIT DER MEDIENGEWALT-FRAGE

Das Zimmer ist sonnendurchflutet, man hört leises Vogelgezwitscher, eine sanfte musikalische Untermalung unterstreicht die Harmonie der Szene. Ein etwa neun Jahre alter Junge, im rot-weiß karierten Schlafanzug, geht auf den Esstisch an der offenen Terrassentür zu. Er zieht einen großen braunen Teddybären an einer Tatze hinter sich her. Der bereits am Tisch sitzende Familienvater streichelt seinem Sohn, als dieser an ihm vorbei auf seinen Platz zusteuert, liebevoll über den Kopf. Seine Mutter reicht ihm fürsorglich eine Tasse, als er sich setzt. Der Junge nimmt sich ein Frühstücksei in einem Eierbecher. Die Eltern beobachten ihn glücklich und zufrieden. Jedoch: Plötzlich hebt der Junge ein Messer bis weit über seinen Kopf und rammt es von oben in das Ei, sodass die Hälfte der Klinge darin verschwindet. Mit dem schmatzenden Geräusch des eindringenden Messers endet die Musik. In die Stille hinein dreht der Junge mehrmals das Messer im Innern des Eis knirschend um, hebt die Waffe empor, sodass Eiweiß und Dotter hinabtropfen und sticht noch einige Male heftig und entschlossen auf das zerstörte Nahrungsmittel ein, um es dann mit Wucht auf den Teller der Mutter zu schleudern. Im Blick der Eltern spiegelt sich Entsetzen und Ratlosigkeit. Eine gütige Frauenstimme erklingt aus dem Off – tröstend, aber sanft tadelnd: »Wissen Sie, was Ihr Kind so alles zu sehen bekommt? SCHAU HIN! gibt Tipps zum kindgerechten Umgang mit Medien. Schau hin, was deine Kinder machen.«¹

Die Bilderfolge mit der überraschenden Wendung wird im Dezember 2006 als TV-Spot der Aktion SCHAU HIN! im Ersten und im ZDF ausgestrahlt. SCHAU HIN! ist eine Initiative, die das Bundesfamilienministerium gemeinsam mit den Sendern ARD und ZDF, dem Telekommunikationsunternehmen Arcor sowie der Programmzeitschrift *TV Spielfilm* unternimmt. Unter www.schau-hin.info sind die vielfältigen Aktivitäten des seit 2003 bestehenden Projekts in einem Internetportal gebündelt: Neben mehreren TV-Spots erscheint vierteljährlich – auch kostenlos als pdf-Datei – eine Broschüre, in der Eltern Informationen über »Neue Medien« und Erziehungstipps erhalten. Prominente Vorbilder – von den Popstars Nena und DJ Bobo über die Moderatorin Tita von Hardenberg bis hin zur Ministerin Ursula von der Leyen – schildern, wie

1 Zu sehen unter <http://www.schau-hin.info/index.php?id=170> vom 24.1. 2007.

sie Medien sinnvoll und kontrolliert in ihren Familienalltag integrieren.² »SCHAU HIN!«, so die Selbstbeschreibung der Initiative, »bildet eine Brücke zwischen Eltern und ihren Kindern. Die Aktion gibt Eltern praktische Orientierungshilfen zur Mediennutzung und -erziehung und fördert den Dialog zwischen Eltern und Kindern.«³

Den Fernsehspot über die fehlgeleitete Umgangsweise eines Kindes mit seinem Frühstücksei kommentiert SCHAU HIN! in einer Pressemitteilung am 11. Dezember 2006: »Der Spot ist in seiner Aussage bewusst plakativ und in seiner Gestaltung überzeichnend, denn er soll auf die Gefahren einer unsachgemäßen Mediennutzung hinweisen und eindringlich an die Erziehungsverantwortung erinnern.«⁴ Bemerkenswert ist dabei die Selbstverständlichkeit, mit der die Darstellung eines unvermittelten kindlichen Gewaltausbruchs auf kulturelles Wissen über Mediengewalt zurückgreift. Ohne den Topos, oder genauer: die *Kurzschlussformel* »Mediengewalt« als kulturelle Objektivation, die aggressives Verhalten fest mit Medienkonsum verknüpft, bliebe der Spot kryptisch und unverständlich. Der Subtext, der nicht ausgesprochen werden muss, lautet: Mediennutzung kann Gewalt bewirken. Der kausale Link, den der Spot voraussetzt, ist so gängig, dass er unsichtbar bleiben kann: Der Adressat des Spots soll ihn selbst ergänzen.

Die Initiative SCHAU HIN! lässt sich eindeutig als Projekt der moralischen Regulation identifizieren: Sie fordert die Eltern – moralisierte Subjekte – dazu auf, ihre Kinder – moralisierte Objekte – zum richtigen Mediengebrauch anzuleiten, und legt damit die Verantwortung zur Regulierung der Mediennutzung in den Aktionsraum der autonomen Familie – sie fordert zur Selbstregulierung der Mediennutzung auf. Die auf einen Begriff verdichtete Kurzschlussformel »Mediengewalt« spielt hierbei eine entscheidende Rolle: Dass die Adressaten auf ein Wissen über Mediengewalt zurückgreifen können, ist eine entscheidende Voraussetzung für das Gelingen der moralischen Regulation.

Dieses Wissen ist den moralisierten Subjekten jedoch nicht angeboren, es hat seine Herkunft nicht in einer anthropologisch fundierten Angst

-
- 2 Vgl. beispielsweise das Ideal einer funktionierenden Medienerziehung, das die Familienministerin und siebenfache Mutter von der Leyen entwirft: »Wenn wir etwas zusammen spielen, dann nie am Computer. Natürlich gibt es auch besondere Tage, an denen wir alle gemeinsam vor dem Fernseher sitzen, weil etwa ein spannendes Fußballspiel übertragen wird. Dann wird jeder Spielzug heiß diskutiert und wenn es noch hell ist, gehen mein Mann und die Kinder hinterher noch auf den Bolzplatz.« SCHAU HIN!: »Regeln als Teil der Erziehung. Gespräch mit Dr. Ursula von der Leyen«, unter <http://www.schau-hin.info/index.php?id=167> vom 22.12.2006.
 - 3 SCHAU HIN!: »Eine Aktion für mehr Medienkompetenz«, unter <http://www.schau-hin.info/index.php?id=9> vom 22.12.2006.
 - 4 SCHAU HIN!: »Wissen Eltern, was ihre Kinder sehen? SCHAU HIN! appelliert und sensibilisiert mit neuem TV-Spot. Pressemitteilung«, 11.12.2006, unter <http://www.schau-hin.info/index.php?id=594> vom 29.1.2007.

vor Medien. Es handelt sich vielmehr um ein Wissen, das in Forschungsarrangements der Mediengewaltforschung, in Experimenten, Feldstudien und statistischen Erhebungen produziert und als glaubwürdiges Expertenwissen in kulturelle Zirkulationsprozesse überführt wird. Die Formel »Mediengewalt« kann ihre ungebrochene Brisanz in der medienkulturellen Kommunikation nur behaupten, weil sie beständig wissenschaftlich reproduziert wird. Nur auf diese Weise kann Mediengewalt als ein Verfahren der moralischen Regulation von Mediennutzern fungieren.

Der Kurzfilm über den Jungen, der seine Eltern mit Attacken auf sein Frühstücksei schockiert, moralisiert nicht mit dem Gestus eines streng erhobenen Zeigefingers. Die gesamte Darstellung der Szene ist durch ihre Überzeichnung ironisch gebrochen. Der Spot ähnelt weniger einem besorgniserregenden Sozialdrama als einer augenzwinkernden Parodie kulturkritischer Ängste vor Medienwirkungen. Das zerstoichene Ei fungiert dabei als leicht spöttische Metapher für die eigentliche Befürchtung dieser kulturkritischen Tradition, dass medial induzierte Gewalt menschliche Körper verletzen und töten könnte. Die moralische Regulation, die hier vollzogen wird, verläuft knapp an der Grenze zur eigenen Dekonstruktion. Damit reagiert das Projekt der Regulation auf eine Umstrittenheit, der sich alle gegenwärtigen Verfahren der Moralisierung ausgesetzt sehen. Es führt seine Kritik mit sich und setzt sie spielerisch in Szene.

Die hier unternommene Studie hat die historischen Voraussetzungen für und die Umstellung auf eine *moralische Regulation von Mediengewalt* untersucht. Sie hat danach gefragt, welchen Stellenwert das Wissen über Mediengewalt in diesem Projekt der Moralisierung einnimmt. Am Ende stellt sich nun die Frage, inwiefern Formationsregeln des Mediengewalt-Diskurses, die anhand historischer Debatten, Ereignisse und Forschungspraktiken analysiert wurden, im gegenwärtigen Diskurs noch anzutreffen sind bzw. inwieweit sich die Einsichten in diese historischen Prozesse für das Verständnis aktueller Debatten als fruchtbar erweisen. Als Ausgangspunkt wurde mit dem Erfurter Amoklauf im Frühjahr 2002 ein Diskursereignis aus jüngerer Zeit gewählt. Dementsprechend soll ein Blick auf die Debatte um den Amoklauf in Emsdetten im Herbst 2006 den Kreis schließen.

Killerspiele verbieten: Die Sackgasse der Restriktionen

Beide Machttechniken, die sich um eine Regierung des Medienpublikums bemühen, – restriktive Wirkungskontrolle und moralische Regulation – sind auch im gegenwärtigen Mediengewalt-Diskurs noch anzutreffen. Die Etablierung einer moralischen Regulation mit Hilfe des Wissens über Mediengewalt um 1970 bedeutet nicht, dass Verfahren der Restriktion verschwinden. Die gouvernementale Regulationspraxis wird jedoch in diesem Zeitraum zur hegemonialen Operationsweise des wissenschaftlich etablierten Mediengewalt-Diskurses. Als wissenschaftliches Wissen

operiert das Wissen über Mediengewalt vorrangig im Rahmen der moralischen Regulation. Bis in heutige Debatten hinein lässt sich beobachten, dass Bestrebungen einer restriktiven Regierung kurzlebig sind, zwar immer wieder aufflackern, aber sofort angefochten werden und schnell wieder erlöschen. Verfahren der Regulation erweisen sich dagegen als längerfristig einsetzbar. Im Herbst 2006 ließ sich dies in der publizistischen Debatte um den Amoklauf an einer Schule in Emsdetten im Münsterland beobachten.⁵

Als am 20. November 2006 – viereinhalb Jahre nach dem Amoklauf in Erfurt – ein 18-Jähriger schwer bewaffnet seine ehemalige Schule stürmt, 37 Menschen verletzt und schließlich sich selbst tötet, ist eine markante Verbindung zwischen beiden Taten sofort augenfällig: Beide Täter waren begeisterte Spieler des Computerspiels *Counterstrike*. Noch mehr als der Erfurter Amoklauf gibt sich die Tat des Emsdettener Schülers Sebastian B. in den Presseberichten als eine Form von Mediengewalt zu erkennen. Die Artikel beobachten dabei die Selbstinszenierung, mit der Sebastian B. seinen Amoklauf im Internet angekündigt hat: Er habe »im Kampfanzug nach dem Vorbild aus dem Computerspiel ›Counterstrike‹ posiert. Robert Steinhäuser überbietend soll er sogar den Grundriss seiner Schule in das Spiel integriert haben.⁶ Aus der Perspektive vieler Presseartikel lässt sich der Amoklauf als medieninduzierte Nachahmungstat identifizieren; es scheint klar, dass Sebastian B., der in seiner ehemaligen Schule »wie seine Helden in den Killerspielen auf seinem Computer«⁷ auftrat, »seine Killerspielfantasien vom Internet in die Wirklichkeit übertragen wollte«.⁸ Wenn man von dem TV-Spot der Initiative SCHAU HIN! ausgeht, ließe sich der Amoklauf in Emsdetten auch als eine Tat verstehen, die sich auf der Folie eines kulturellen Wissens über Mediengewalt vollzieht. Diese Möglichkeit ziehen die Artikel allerdings nicht in Erwägung.

Weil der Emsdettener Amokläufer durch die Inszenierung seiner Tat die Diagnose »Mediengewalt« nahe legt, hält sich die publizistische Debatte nicht lange damit auf, dieser Erklärungsmöglichkeit Plausibilität zu verleihen. Die Rekonstruktion der Tat als Medienwirkung – wie sie beim Erfurter Amoklauf zu beobachten war – ist nicht mehr notwendig, denn das Verbrechen liefert seine Deutung gleich mit. Im Zentrum der Kontroverse um den Amoklauf in Emsdetten steht daher die Frage, wie auf

5 Der folgenden kurzen Analyse liegt eine Auswertung der deutschen Presse im November und Dezember 2006 über die Datenbank *LexisNexis* zugrunde. Vgl. <http://www.lexisnexis.com/de/business> vom 19.1.2007.

6 Christian Denso: »Ihr müsst alle sterben...!«, in: *Hamburger Abendblatt* vom 21.11.2006.

7 *Hamburger Abendblatt*: »Amok an der Schule – warum hat ihn niemand gestoppt?«, in: *Hamburger Abendblatt* vom 21.11.2006.

8 Simone Meyer: »Machen Computerspiele süchtig? Wenn das Internet die reale Welt ersetzt – Mediziner stellt neue Studie vor«, in: *Die Welt* vom 22.11.2006.

das Problem ›Mediengewalt‹ reagiert werden muss. Dabei prägen die Diskussion – vorwiegend von Politikern der CDU und CSU geäußerte – Forderungen, die so genannten ›Killerspiele‹ gesetzlich zu verbieten.

Als besonders nachdrücklichen Befürworter eines Herstellungs- und Verbreitungsverbots von gewalthaltigen Computerspielen zitieren die Zeitungen Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber, der schon seit Jahren ähnliche Appelle formuliert. Nun dürfe es »keine Ausreden und Ausflüchte mehr geben«, brutale Ego-Shooter-Spiele seien »unverantwortliche und indiskutable Machwerke, die in unserer Gesellschaft keinen Platz haben dürfen.«⁹ In einem Gespräch mit Thomas Zeitner, der als Deutschland-Chef von Electronic Arts unter anderem das Spiel *Counterstrike* vertreibt, argumentiert der bayerische Innenminister Günther Beckstein, der die erneute Verbotsforderung maßgeblich initiiert hat, in der *Frankfurter Rundschau* in ähnlicher Weise:

»Ich schiebe weder der Firma Electronic Arts noch einzelnen Personen die Schuld für solche Taten zu. Aber ich bin felsenfest überzeugt: Spiele wie ›Counter-Strike‹ [sic] oder ›Medal of Honor‹ können einen Einfluss auf das Verhalten von labilen Menschen haben. Da werden Hemmschwellen herabgesetzt, es gibt Nachahmungstaten. Das sagen uns die Kriminalisten. Deswegen müssen die Killerspiele verboten werden. Es wäre allerdings nicht richtig zu behaupten, dass jeder, der stundenlang Killerspiele spielt, auch einen Mord begeht.«¹⁰

Die Argumentation der Verbotsbefürworter unterscheidet sich signifikant von einer Rhetorik der moralischen Regulation. Zwar werden auch hier nur einige – ›labile‹ – Mediennutzer als Personen identifiziert, die von Mediengewalt betroffen sein können. Allerdings behaupten diese restriktiven Regierungsbemühungen eine derart starke und gefährliche Wirkung von Computerspielen auf diese Bevölkerungsgruppe, dass die Gesellschaft nur geschützt werden kann, wenn der Stimulus beseitigt, die mediale Gewalt also verboten wird. Die nicht-normalisierende Verteilung von Risikofaktoren auf die gesamte Bevölkerung, die das Verfahren der moralischen Regulation kennzeichnet, greift hier nicht. Vielmehr operiert die Verbots-Argumentation mit einer Unterscheidung von normalen und anormalen Subjekten, wobei sichernde Maßnahmen gegen anormales Verhalten als nur dann möglich erscheinen, wenn sie zulasten der Freiheit der gesamten Bevölkerung zum Einsatz kommen. Voraussetzung ist dabei gerade nicht, dass unerwünschte Medienwirkungen zu beseitigen sind, wenn die Bevölkerung zur richtigen Mediennutzung angehalten wird. Restriktive Regierungsverfahren setzen voraus, dass eine Lenkung

9 Stoiber, zit. nach: Robert Roßmann: »Geschwätzigkeit statt Prävention. Warum es noch Killerspiele gibt«, in: Süddeutsche Zeitung vom 22.11.2006.

10 Beckstein, zit. nach: G. Schindler: »Killerspiele verbieten« – »Das ist der falsche Reflex«, in: Frankfurter Rundschau vom 18.12.2006.

der Mediennutzung nur erfolgreich ist, wenn Medienwirkung strikt kontrolliert wird – und das heißt im Fall unerwünschter Wirkung: Ihre Ursache muss beseitigt werden. Den regierten Subjekten werden dabei keine Fähigkeiten zur Selbstregierung, keine Kompetenz, das Risiko »Mediengewalt« selbst zu regulieren, zugetraut. Das bedeutet in letzter Konsequenz: Der Mediennutzer wird nicht als ein autonomes Subjekt konzipiert.

Die Verbotsforderung ist in den Presseberichten nach dem Amoklauf in Emsdetten aus diesem Grund heftig umstritten. Nicht nur die Gewalttat in der Schule, auch der wieder neu aufbrandende Ruf nach einer schärferen Reglementierung der Computerindustrie gilt als »widersinnig und beängstigend«, ja sogar als eine »kontraproduktive Geste«.¹¹ Publizistische Diskursbeiträge, die sich kritisch mit der Verbotsdiskussion befassen, bemühen sich, die bedrohte Autonomie des Subjekts wiederherzustellen. Dies geschieht, indem sie den Mediennutzer als resistent gegenüber restriktiven Regierungsmaßnahmen entwerfen und auf diese Weise Verbote von Computerspielen als nutzlos herausstellen. Das Spiel *Counterstrike* selbst fungiert dabei als Symbol für dieses unverbrüchliche Recht auf eine selbstbestimmte Mediennutzung. 1999 ist es aufgrund von Programmierungsmodifikationen einiger Spieler selbst aus dem Verkaufsspiel »Half-Life« hervorgegangen und erst nach den technischen Eingriffen der Nutzer zu einem kommerziell vermarktetem Spiel geworden. *Counterstrike* steht als »Erfindung der Szene selbst« für die Freiheit des Mediennutzers, die sich Machtstrukturen widersetzt und der auch mit Verboten nicht beizukommen ist:

»»Counter Strike« [sic] liegt auf Millionen PCs weltweit, es wird auf Servern gespielt, die außerhalb deutscher Gerichtsbarkeit operieren, es lässt sich für die Weitergabe auf Schulhöfen leichter und schneller kopieren, als eine Hausaufgabe abgeschrieben ist. Die »Counter-Strike«-Kultur lässt sich nicht einkassieren, wegsperren, dichtmachen.«¹²

»Killerspiele« zu verbieten – so die generalisierende Argumentation vieler Reglementierungs-Gegner – ist im Zeitalter des Internets nicht durchführbar.¹³ Die Praxis der Mediennutzung selbst verhindert diese Möglichkeit, sie zu regieren. Um die Nutzlosigkeit von Verboten zu unterstreichen, wird vielfach darauf hingewiesen, dass es schon vor dem Amoklauf in Emsdetten strafbar gewesen ist, gewaltverherrlichende

11 Thomas Klingensmaier: »Reden und schießen lassen. Killerspiele zu verbieten ist keine Lösung«, in: Stuttgarter Zeitung vom 9.12.2006.

12 Ebd.

13 Vgl. exemplarisch die Argumentation des Medienforschers Jo Groebel, zit. in: R. Hebestreit: »Initiative Bayerns stößt auf Skepsis. Experten fordern Druck auf Hersteller von Killerspielen«, in: Frankfurter Rundschau vom 7.12.2006.

Computerspiele zu verbreiten.¹⁴ Die politischen Forderungen werden dann als »reflexartiger« Aktionismus bezeichnet, der eine »echte Auseinandersetzung mit den wirklichen Ursachen« des Amoklaufs verhindert: »Nach Littleton, Erfurt und jetzt nach Emsdetten offenbart sich darin [...] nur die Hilflosigkeit, mit der unsere Gesellschaft solchen schrecklichen Ereignissen gegenübersteht.«¹⁵

Die Verbotsforderung bleibt nicht ohne Rückhalt aus dem wissenschaftlichen Feld. So können beispielsweise die drastischen Thesen des Ulmer Hirnforschers Manfred Spitzer zitiert werden, die den Gegnern von Gewaltspielen »handfeste« Argumente liefern: »Wenn wir die Entwicklung so weiterlaufen lassen wie bisher, dann verursachen Bildschirme im Jahr 2020 hierzulande jährlich einige hundert Morde, einige tausend Vergewaltigungen und zehntausende von Gewaltdelikten gegen Personen.«¹⁶ Spitzer bewegt sich mit diesen Zukunftsprognosen allerdings nicht im etablierten Feld der Mediengewaltforschung, sondern in populärwissenschaftlichen Randbezirken. Die empirische Sozialforschung stützt die Verbotsforderung gerade nicht, sie liefert vielmehr plausible Gegenargumente. Erneut tritt der Mediengewalt-Experte Kunzick als Mahner vor zu starken Wirkungsthesen auf:

»Es ist nicht bewiesen, dass Spiele aggressiv machen«, sagte Professor Michael Kunzick von der Universität Mainz. Zwar lasse sich belegen, dass Gewaltszenen negative Effekte haben können, das gelte »aber nur für Problemgruppen«. Den Politikern wirft der Medienwissenschaftler »Profilneurose« vor. Mit der von Beckstein angestoßenen Verbotsdiskussion werde versucht, von anderen Ursachen zur Gewaltneigung wie Arbeitslosigkeit oder fehlende Zukunftsperspektiven abzulenken.«¹⁷

Die immer wieder auftauchende Rede von der (noch) unbewiesenen Mediengewalt, die kennzeichnend für die Praxis der moralischen Regulation ist, greifen die Verbotgegner dankbar auf: »Es gibt keinen wissenschaftlichen Beweis für einen monokausalen Zusammenhang zwischen Gewalt auf dem Bildschirm und in der Realität«, entgegnet der Electronic Arts-

14 Vgl. Stuttgarter Nachrichten: »Jugendschützer lehnen Killerspiel-Verbot ab. Amoktäter hinterlässt Abschiedsvideo – Bayerischer Innenminister fordert mehr Internet-Kontrollen«, in: Stuttgarter Nachrichten vom 24.11.2006.

15 Stuttgarter Nachrichten: »Verbot von Killerspielen – Aktiv werden statt kapitulieren – Verantwortung zeigen statt verbieten«, in: Stuttgarter Nachrichten vom 25.11.2006.

16 Spitzer, zit. nach: Berliner Zeitung: »Gewaltspiele. Hirnforscher an der Playstation«, in: Berliner Zeitung vom 11.12.2006.

17 Frank Käßner: »Weniger brutal als James Bond«. Entwickler von Killer-Computerspielen weisen Verbotsdrohung zurück. Gewaltspiele«, in: Die Welt vom 7.12.2006.

Chef Thomas Zeitner den Verbotsforderungen Günther Becksteins und verweist auf die Selbstbestimmtheit des Subjekts: »Wir leben in einer freien Gesellschaft, jeder muss selbst über sein Leben entscheiden können.«¹⁸ Den Computerspielen die Schuld an sozialer Gewalt zu geben, ist aus der Sicht der Grünen-Fraktion, wie die *Süddeutsche Zeitung* sie zitiert, ein zynisches Verhalten, das politisches Versagen zu verbergen versucht: »Schließlich habe die Wissenschaft bisher keinen einfachen Zusammenhang zwischen dem Konsum von Killerspielen und kriminellen Handlungen beweisen können.«¹⁹

Wer Verbote medialer Gewaltdarstellung als nutzlos, unangemessen oder gar als schädigend ablehnt, Mediengewalt aber dennoch als eine ernstzunehmende gesellschaftliche Gefahr ansieht, bringt – das lässt sich auch in der Pressedebatte nach dem Amoklauf in Emsdetten beobachten – eine andere Strategie zum Einsatz, die sich selbst nicht ohne Weiteres als Praxis des Regierens zu erkennen gibt. Sie findet sich in der publizistischen Debatte als Forderung einer »Kultur des Hinschauens«²⁰ wieder: »Wir müssen grundsätzlich mehr als bisher hinschauen, was Kinder und Jugendliche machen, was sie bewegt, wo sie Ängste vor der Zukunft haben«, so der Ludwigsburger »Experte für Medienpädagogik« in den *Stuttgarter Nachrichten*.²¹ Dass es sich bei diesen Forderungen häufig nur um eine leichte Modifikation der restriktiven Regierungstechnik handelt, wird etwa in der Argumentation der Bildungsministerin Annette Schavan in der *Berliner Zeitung* deutlich: »Es wäre schön, wenn man Gewaltvideos einfach verbieten könnte.« Dies sei aber nicht machbar. »Also bleibt nur der komplizierte Weg: Die Gesellschaft muss mehr am Leben von Kindern und Jugendlichen teilhaben, damit die nicht in eine ganz andere Welt abdriften.«²² Dass der Zusammenhang zwischen medialer und sozialer Gewalt wissenschaftlich ungelöst – aber grundsätzlich lösbar – ist, liefert dieser Machttechnik der *moralischen Regulation* sein entscheidendes diskursives Fundament. Wie aber unterstützt die empirische Forschung diese subtile Machttechnik, die sich nicht auf staatliche Regierungspraktiken beschränkt und ihr Eindringen in den Alltag der Bevölkerung so weit wie möglich unsichtbar hält? Ein letzter Blick auf die Aktion SCHAU HIN! soll den gegenwärtigen Einsatz der Forschung im Verfahren der moralischen Regulation veranschaulichen.

18 G. Schindler: »Killerspiele verbieten«.

19 R. Roßmann: »Geschwätzigkeit statt Prävention«.

20 Die *Stuttgarter Nachrichten* berufen sich hierbei auf einen Appell des baden-württembergischen Kultusministers Helmut Rau. Vgl. *Stuttgarter Nachrichten*: »Killerspiel-Verbot reicht nicht«, in: *Stuttgarter Nachrichten* vom 8.12.2006.

21 Ebd.

22 Jörg Michel/Daniela Vates: »Schavan fordert härtere Waffengesetze. Zustimmung auch bei der Opposition. Länderinitiative zum Verbot von Killerspielen stößt auf Bedenken«, in: *Berliner Zeitung* vom 24.11.2006.

Schau hin! Der Appell an autonome Subjekte

SCHAU HIN! geht zwar auf eine Initiative des Bundesfamilienministeriums zurück, lässt diese staatliche Fundierung jedoch weit in den Hintergrund treten, indem es den vier Partnerorganisationen – Arcor, ARD, ZDF und *TV Spielfilm* – einen zentralen Platz einräumt. Darüber hinaus verweist die Selbstdarstellung auf eine Zusammenarbeit mit »vielen Stars und Prominenten, Verbänden und Institutionen, die sich – auch auf lokaler Ebene – für die Ziele von SCHAU HIN! einsetzen und konkrete Unterstützung leisten.«²³ Die Regulationspraxis ist also breit gestreut und umgeht so den Verdacht, es könne sich um einen staatlichen Zugriff auf die Bevölkerung handeln. Jedoch bleibt die politische Institution federführend: Insbesondere stellt das Ministerium die zentrale Verbindung zur empirischen Forschung her, indem es – in Form einer Auftragsstudie – die aktuellen Ergebnisse integriert.

2004 erscheint die Studie *Medien und Gewalt. Befunde der Forschung seit 1998* – als Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung – in der Form eines pdf-Dokuments auf den Internetseiten der Kampagne SCHAU HIN!²⁴. Die Autoren der Studie geben sich erst auf der letzten Seite des über 300 Seiten langen Berichts zu erkennen: Es handelt sich – wenig überraschend – um Michael Kunczik und Astrid Zipfel vom Institut für Publizistik der Universität Mainz. Kunczik hat also seit den 70er Jahren seinen Status als Gewährsmann für das Wissen über Mediengewalt nicht eingebüßt. Die Einleitung der Studie wiederholt die gängige Argumentation, mit der sich die Forschung rationalisierend einer »simplifizierenden Vorstellung von der Wirkung der Medien«, wie sie bei »Laien« im Gegensatz zu »Experten« vorherrscht, entgegenstellt, und weist eine populärwissenschaftliche Perspektive zurück, »bei der als Faustregel gilt: Je einfacher eine These aussieht, desto attraktiver und erfolgreicher ist sie für den Laien.«²⁵ Solch vereinfachenden Auffassungen von Mediengewalt halten Kunczik und Zipfel die »Komplexität der tatsächlichen Zusammenhänge«²⁶ entgegen. Damit postulieren sie eine grundsätzliche Überlegenheit der empirischen Vermessung von Mediengewalt und gehen davon aus, dass sie unabhängig von einer emotionalisierten öffentlichen Debatte operiert.

Der Bericht entfaltet dann das bekannte Bild der Forschung im etablierten Feld: Die unterschiedlichen theoretischen und methodischen Ansätze werden vorgestellt; es finden sich immer wieder Verweise auf offe-

23 SCHAU HIN!: »Eine Aktion für mehr Medienkompetenz«.

24 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: *Medien und Gewalt. Befunde der Forschung seit 1998* (Autoren: Michael Kunczik/Astrid Zipfel), Stand: Juli 2004, unter http://www.schau-hin.info/fileadmin/content/Medienerziehung/langfassung_medien_und_gewalt.pdf vom 4.1.2007.

25 Ebd., S. 6.

26 Ebd., S. 7.

ne Fragen und Desiderate. Dies gelte insbesondere für das noch neue Forschungsgebiet zur Wirkung von Gewalt in Computerspielen. Bei allen Unsicherheiten wird die Mediengewalt-Formel jedoch niemals grundsätzlich zurückgewiesen, ihre Ungeklärtheit heißt immer: Der Zusammenhang ist *noch nicht ausreichend erforscht*, ein ›Beweis‹ für Mediengewalt ist *noch nicht erbracht*. An keiner Stelle entsteht jedoch der Verdacht, Mediengewalt sei widerlegt oder – was noch schlimmer wäre – wissenschaftlich überhaupt nicht zu klären. Zusammenfassend argumentieren Kunczik und Zipfel dann in der typischen Manier eines nicht-normalisierenden Verweises auf eine unbekannte Risikogruppe: »Letztlich bestätigen aktuelle Forschungsbefunde die schon länger gültige Aussage, dass *manche* Formen von Mediengewalt für *manche* Individuen unter *manchen* Bedingungen negative Folgen nach sich ziehen können.«²⁷

Im letzten Kapitel ihrer Studie über »Medienpädagogische Interventionsstrategien« gehen Kunczik und Zipfel einen Schritt über einen reinen Forschungsbericht hinaus und erklären die empirische Vermessung von Mediengewalt deutlich zu einer Regulationstechnik. Auch wenn der Kausalzusammenhang der Formel eine (noch) ungeklärte Frage ist, scheint er doch so klar zu sein, dass er bearbeitet werden muss: »Eine zentrale Funktion der Medien-und-Gewalt-Forschung sollte darin bestehen, durch ihre Befunde zur Entwicklung sinnvoller Strategien beizutragen, um negative Folgen von Mediengewalt abzumildern oder zu vermeiden.«²⁸ Erstaunlicherweise sind die Autoren, wenn sie die empirischen Wirkungsstudien über regulierende Aktionen gegen Mediengewalt – durch die Eltern, die Schule oder die Medien selbst – beurteilen, weit weniger skeptisch, als sie sich in ihrer Bewertung von Mediengewaltstudien zeigen: »Insgesamt sprechen die Befunde empirischer Untersuchungen dafür, dass medienpädagogische Maßnahmen in der Lage sind, negativen Effekten von Fernsehgewalt entgegenzuwirken.«²⁹

Kuncziks und Zipfels Bewertung der einzelnen ›Interventionsstrategien‹ zeigt, dass sich die ›sanfte Führung‹ der moralischen Regulation auf der Ebene der moralisierten Subjekte wiederholen soll; auch das Kind, das Zielobjekt der Regulation, wird als autonomes Subjekt konzipiert: Restriktive Maßnahmen der Eltern – etwa eine starke Reglementierung der Fernsehzeiten bis hin zum Fernsehverbot –, so das Ergebnis, erweisen sich häufig als kontraproduktiv, weil sie die Gefahr bergen, »das Verhältnis zu den Kindern zu belasten, Gewaltinhalte erst richtig interessant zu machen und den Gewaltfilmkonsum auf den Freundeskreis zu verlagern.«³⁰ ›Aktive Interaktionsstrategien‹ – wenn Eltern beispielsweise mit ihren Kindern über das Fernsehen sprechen, ihnen nahe legen,

27 Ebd., S. 290. Kunczik und Zipfel beziehen – im Unterschied zu der hier gewählten Verwendungsweise – den Begriff ›Mediengewalt‹ ausschließlich auf die mediale Darstellungsebene.

28 Ebd., S. 262.

29 Ebd., S. 283.

30 Ebd.

»mediale Gewaltdarstellungen moralisch zu verurteilen«³¹ – erweisen sich bei älteren Kindern als wirkungsvoller.³²

Da die *Medien und Gewalt*-Studie explizite Aussagen über den Erfolg von Regulationsmaßnahmen trifft, erweist sie sich für die Aktion SCHAU HIN! direkt anschlussfähig. In »10 Goldenen Regeln zur Fernsehnutzung«, die sich auf den Internetseiten der Kampagne finden, wird dieses »Expertenwissen« konkret angewendet. Regel 4 warnt etwa davor, das Medium nicht als Druckmittel einzusetzen, denn: »das Interesse am Fernsehen wird durch das Verbot noch gesteigert«; Regel 5 wiederum mahnt die Eltern, ihre Kinder zu einer kritischen Mediennutzung anzuhalten: »Sie sollten mit ihnen auch über Gewaltdarstellungen sprechen.« Darüber hinaus sollten die Eltern selbst ihre Vorbildfunktion nicht aus dem Blick verlieren, wie Regel 7 mahnt:

»Überdenken Sie als Vorbild für Ihre Kinder Ihr eigenes Fernsehverhalten. Zappen Sie oberflächlich oder wählen Sie Programme bewusst aus? Lassen Sie den Fernseher oft nebenbei laufen? Besser ist es, den Fernseher zu einer bestimmten Sendung einzuschalten und danach wieder abzuschalten.«³³

SCHAU HIN! legt das Problem »Mediengewalt« deutlich in den Verantwortungsbereich der Familie. Das empirische Wissen über Mediengewalt hilft in seiner Unabgeschlossenheit, diese Regierungspraxis in einer Balance zu halten, die einerseits fehlgeleitete Mediennutzung als ernstzunehmende Gefahr postuliert, andererseits immer dem Verdacht zu entkommen versucht, die Autonomie der regierten Subjekte durch eine allzu eindeutige, allzu zwingende Beweislage zu missachten. Die moralische Regulation befindet sich in einem Zustand der unverbindlichen Schwebelage, der zu viel Sorge gleichermaßen zu vermeiden sucht, wie zu viel Unbekümmertheit. Manchmal stehen diese beiden Seiten sogar unverbunden nebeneinander:

»Die »Killerspiele« sind in. Aber bitte nicht in Panik verfallen, wenn Sie Ihr Kind beim Ballern »erwischt«. Ihr Kind wird durch ein Computerspiel nicht zwangsläufig zum psychopathischen Gewalttäter. Für die Entwicklung der Persönlichkeit sind immer mehrere Faktoren wichtig.

Tatsächlich bestätigen aktuelle Forschungen, dass reale Gewalt und der Konsum aggressiver Medien gemeinsam auftreten können [...].«³⁴

31 Ebd., S. 272.

32 Vgl. ebd., S. 284.

33 SCHAU HIN!: »Kinder und der Fernseher. 10 Goldene Regeln zur Fernsehnutzung«, unter <http://www.schau-hin.info/index.php?id=60> vom 22.12.2006.

34 SCHAU HIN!: »Wenn Gewalt zum Spiel wird. Die Diskussion über Gewalt in Computerspielen und ihre Wirkung auf die Spieler ist längst nicht

Die moralische Regulation von Mediengewalt ist aufgrund dieser Unentschiedenheit schwer zu greifen. Als subtile Regierungstechnik lässt sie weniger leicht als restriktive Verbotsforderungen erkennen, dass sie Vorstellungen von richtiger und falscher Mediennutzung formiert und auf diese Weise Mediennutzung regiert. Jede Position der Forschung – selbst die widerlegte Katharsisthese – kann in ihren Anleitungsschriften als *Möglichkeit* vorkommen. Sie kann eine soziale Gewalttat – wie einen erneuten Amoklauf in einer Schule – jederzeit in ihr auf Dauer gestelltes Regulierungsverfahren integrieren. Die Regulation erfolgt allein über den Verdacht, dass sich der immense Bereich der Mediengewaltforschung in der beständigen Reproduktion seines Forschungsgegenstands ›Mediengewalt‹ nicht irren kann und in einer unbestimmten Zukunft den wissenschaftlichen Beweis doch noch erbringt. Sie hält die Vermutung wach, dass es doch nicht ganz ungefährlich und harmlos sein könnte, ein Kind medialer Gewaltdarstellung auszusetzen – und damit geht die Adressierung des Medienpublikums weit über die gezielte Erziehung von Eltern in Initiativen wie SCHAU HIN! hinaus. Moralische Regulation vergegenwärtigt Mediengewalt als Vermutung immer wieder – alles andere überlässt sie der ›freiwilligen Selbstkontrolle‹ des autonomen, moralisierten Subjekts.

abgeschlossen. Viele Eltern sind verunsichert«, in: SCHAU HIN! Was Deine Kinder machen 3 (2005), H. 7, S. 6f., hier S. 6.

LITERATURVERZEICHNIS

- Adam, Meike: »Symbol oder Symptom? Lesbarmachung des Gesichts«, in: Petra Löffler/Leander Scholz (Hg.), *Das Gesicht ist eine starke Organisation*, Köln: DuMont 2004, S. 121-139.
- Andree, Martin: *Archäologie der Medienwirkung. Faszinationstypen von der Antike bis heute*, München: Wilhelm Fink Verlag 2005.
- Andree, Martin: *Wenn Texte töten. Über Werther, Medienwirkung und Mediengewalt*, München: Wilhelm Fink Verlag 2006.
- Andriopoulos, Stefan: *Besessene Körper. Hypnose, Körperschaft und die Erfindung des Kinos*, München: Fink 2000.
- Annis, Albert D./Meier, Norman C.: »The Induction of Opinion Through Suggestion by Means of »Planted Content««, in: *Journal of Social Psychology* 5 (1934), H. 1 S. 65-81.
- Archiv der Jugendkulturen (Hg.): *Der Amoklauf von Erfurt*, Berlin: Tilsner 2003.
- Aristoteles: *Die Poetik*. Griechisch/Deutsch, übers. u. hg. v. Manfred Fuhrmann, Stuttgart: Reclam 1994.
- Art. »Ursache/Wirkung«, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer/Gottfried Gabriel (Hg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. 11. U-V, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2001, Sp. 377-412.
- Asamen, Joy Keiko/Berry, Gordon L. (Hg.), *Research Paradigms, Television, and Social Behavior*, Thousand Oaks, London, New Delhi: Sage Publications 1998.
- Associated Press: »Bergmann nennt neues Jugendschutzgesetz dringend notwendig. Erste Zusammenfassung. Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt in Medien soll oberste Priorität haben«, in: *Associated Press Worldstream – German* vom 28.5.2002.
- Atwan, Robert: »Newspapers and the Foundations of Modern Advertising«, in: Wright (Hg.), *The Commercial Connection* (1979), S. 9-23.
- Baars, Bernard J.: *The Cognitive Revolution in Psychology*, New York: Guilford Press 1986.
- Baecker, Dirk: »Gewalt im System«, in: *Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis* 47 (1996), H. 1, S. 92-109.
- Baldwin, Wendy: »Information No One Else Knows: The Value of Self-Report«, in: Stone u.a. (Hg.), *The Science of Self-Report* (2000), S. 3-7.
- Bandura, Albert: *Aggression. A Social Learning Analysis*, New York, Englewood Cliffs/NJ: Prentice-Hall 1973.
- Bandura, Albert: *Aggression. Eine sozial-lerntheoretische Analyse*, Stuttgart: Klett-Cotta 1979.

- Bandura, Albert: »Influence of Models' Reinforcement Contingencies on the Acquisition of Imitative Responses«, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 1 (1965), H. 6, S. 589-595.
- Bandura, Albert: »What TV Violence Can Do to Your Child« [1963], in: Larsen (Hg.), *Violence and the Mass Media* (1968), S. 123-130.
- Bandura, Albert/Grusec, Joan E./Menlove, Frances: »Vicarious Extinction of Avoidance Behavior«, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 5 (1967), H. 1, S. 16-23.
- Bandura, Albert/Huston, Aletha C.: »Identification as a Process of Incidental Learning«, in: *Journal of Abnormal and Social Psychology* 63 (1961), H. 2, S. 311-318.
- Bandura, Albert/McDonald, Frederick J.: »Influence of Social Reinforcement and the Behavior of Models in Shaping Children's Moral Judgments«, in: *Journal of Abnormal and Social Psychology* 67 (1963), H. 3, S. 274-281.
- Bandura, Albert/Menlove, Frances: »Factors Determining Vicarious Extinction of Avoidance Behavior Through Symbolic Modelling«, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 8 (1968), H. 2, S. 99-108.
- Bandura, Albert/Ross, Dorothea/Ross, Sheila A.: »Imitation of Film-Mediated Aggressive Models«, in: *Journal of Abnormal and Social Psychology* 66 (1963), H. 1, S. 3-11.
- Bandura, Albert/Ross, Dorothea/Ross, Sheila A.: »Transmission of Aggression Through Imitation of Aggressive Models«, in: *Journal of Abnormal and Social Psychology* 63 (1961), H. 3, S. 575-582.
- Bandura, Albert/Ross, Dorothea/Ross, Sheila A.: »Vicarious Reinforcement and Imitative Learning«, in: *Journal of Abnormal and Social Psychology* 67 (1963), H. 6, S. 601-607.
- Bandura, Albert/Walters, Richard H.: *Adolescent Aggression*, New York: Ronald 1959.
- Bandura, Albert/Walters, Richard H.: *Social Learning and Personality Development* [1963], London u.a.: Holt, Rinehart and Winston 1970.
- Barnouw, Erik (Hg.): *International Encyclopedia of Communications*, New York, Oxford: Oxford University Press 1989.
- Bartz, Christina: »Der »Mike Mendez Killers-Coolness-Faktor«. Warum Robert Steinhäuser Amok läuft«, in: Schneider/Bartz (Hg.), *Formationen der Mediennutzung I* (2007), S. 229-243.
- Bartz, Christina: *MassenMedium: Fernsehen. Die Semantik der Masse in der Medienbeschreibung*, Bielefeld: transcript 2007.
- Bartz, Christina: »Telepathologien. Der Fernsehzuschauer unter medizinischer Beobachtung«, in: Schneider/Spangenberg (Hg.), *Medienkultur der 50er Jahre* (2002), S. 373-386.
- Bauer, Erich/Bauer, Jutta: *Weiterführende Aspekte zum Problem Fernsehen und aggressives Verhalten bei Kindern und Jugendlichen. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit, Bd. 14*, Stuttgart u.a.: Kohlhammer 1974.
- Baumgärtel, Tilman: »Fighter mit Gefühl. Mehr Medienkompetenz für Politiker und Journalisten! Neue Studien über den Zusammenhang zwischen Computerspielen und Jugendgewalt«, in: *Die Tageszeitung* vom 4.12.2002.

- Bay, Rolf H.: Zur Psychologie der Versuchsperson. Eine sozialpsychologische Studie der sogenannten »Verbalen Konditionierung«, Köln, Wien: Böhlau 1981.
- Bechtel, Robert B./Achelpohl, Clark/Akers, Roger: »Correlates Between Observed Behavior and Questionnaire Responses on Television Viewing«, in: Rubinstein/Comstock/Murray (Hg.), *Television in Day-to-Day Life* (1972), S. 274-299.
- Beier, Lars-Olav u.a.: »Die freie Hasswirtschaft. Unterhaltungsindustrie«, in: Spiegel Online vom 7.5.2002, unter <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,194999,99.html> vom 8.8.2005.
- Beniger, James R.: *The Control Revolution. Technological and Economic Origins of the Information Society*, Cambridge/MA, London: Harvard University Press 1986.
- Berkowitz, Leonard: *Aggression. A Social Psychological Analysis*, New York u.a. McGraw-Hill 1962.
- Berkowitz, Leonard: »Aggressive Cues in Aggressive Behavior and Hostility Catharsis«, in: *Psychological Review* 71 (1964), H. 2, S. 104-122.
- Berkowitz, Leonard: »Some Aspects of Observed Aggression«, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 2 (1965), H. 3, S. 359-369.
- Berkowitz, Leonard: »Some Factors Affecting the Reduction of Overt Hostility«, in: *Journal of Abnormal and Social Psychology* 60 (1960), H. 1, S. 14-21.
- Berkowitz, Leonard: »The Concept of Aggressive Drive. Some Additional Considerations«, in: ders. (Hg.), *Advances in Experimental Social Psychology*, Bd. 2, New York, London: Academic Press 1965, S. 301-329.
- Berkowitz, Leonard: »The Contagion of Violence: An S-R Mediational Analysis of Some Effects of Observed Aggression«, in: William J. Arnold/Monte M. Page (Hg.), *Nebraska Symposium on Motivation* 1970, Lincoln: University of Nebraska Press 1971, S. 95-135.
- Berkowitz, Leonard: »The Expression and Reduction of Hostility«, in: *Psychological Bulletin* 55 (1958), S. 257-283.
- Berkowitz, Leonard/Corwin, Ronald/Heironimus, Mark: »Film Violence and Subsequent Aggressive Tendencies«, in: *Public Opinion Quarterly* 27 (1963), H. 2, S. 215-229.
- Berkowitz, Leonard/Rawlings, Edna: »Effects of Film Violence on Inhibitions Against Subsequent Aggression«, in: *Journal of Abnormal and Social Psychology* 66 (1963), H. 5, S. 405-412.
- Berliner Zeitung: »Gewaltspiele. Hirnforscher an der Playstation«, in: Berliner Zeitung vom 11.12.2006.
- Berliner Zeitung: »Medienforschung. Fernsehen macht gewalttätig. Oder auch nicht«, in: Berliner Zeitung vom 30.4.2002.
- Bernays, Jacob: »On Catharsis. From *Fundamentals of Aristotle's Lost Essay on the Effect of Tragedy*« [1857]«, in: *American Imago* 61 (2004), H. 3, S. 319-341.
- Beyer, Christof: *Der Erfurter Amoklauf in der Presse. Unerklärlichkeit und die Macht der Erklärung: Eine Diskursanalyse anhand zweier ausgewählter Beispiele*, Hamburg: Verlag Dr. Kovač 2004.

- Blalock, Hubert M.: »Theory Building and Causal Inferences«, in: ders./Ann B. Blalock (Hg.), *Methodology in Social Research*. New York u.a.: McGraw-Hill 1968, S. 155-198.
- Blumenberg, Hans: »Anthropologische Annäherung an die Aktualität der Rhetorik«, in: ders.: *Ästhetische und metaphorologische Schriften*. Auswahl und Nachwort von Anselm Haverkamp, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2001, S. 406-431.
- Boakes, Robert: *From Darwin to Behaviorism*, Cambridge: Cambridge University Press 1984.
- Boddy, William: »Senator Dodd Goes to Hollywood«, in: Lynn Spiegel/Michael Curtin (Hg.), *The Revolution Wasn't Televised. Sixties Television and Social Conflict*, New York: Routledge 1997, S. 161-183.
- Bogart, Leo: *Strategy in Advertising. Matching Media and Messages to Markets and Motivations*, Lincolnwood/IL: NTC Business Books³ 1996.
- Bogart, Leo: »Vorsicht: Es gibt Untersuchungen, die den Einfluß von Gewaltdarstellungen im Fernsehen verharmlosen«, in: *Rundfunk und Fernsehen* 22 (1974), H. 1, S. 3-36.
- Bogart, Leo: »Warning: The Surgeon General Has Determined That TV Violence Is Moderately Dangerous to Your Child's Mental Health«, in: *Public Opinion Quarterly* 36 (1972), H. 4, S. 491-511.
- Boring, Edwin G.: *A History of Experimental Psychology*, New York, London: The Century Co. 1929.
- Boring, Edwin G.: »The Beginning and Growth of Measurement in Psychology«, in: Harry Woolf (Hg.), *Quantification. A History of the Meaning of Measurement in the Natural and Social Sciences*, Indianapolis: Bobbs-Merrill 1961, S. 108-127.
- Bortz, Jürgen: *Statistik für Sozialwissenschaftler*, Berlin u.a.: Springer⁵ 1999.
- Briand, Paul L. (Hg.): *Violence and the Media. Mass Media Hearings*, Bd. 9A, Washington: U.S. Government Printing Office 1969.
- Brinkbäumer, Klaus u.a.: »Mörderischer Abgang«, in: *Der Spiegel* 56 (2002), H. 18, S. 80-92.
- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2000.
- Brockmeier, Jens/Rohbek, Johannes: »Beobachten, Kalkulieren, Eingreifen. Zusammenhänge zwischen Gesellschaftstheorie und Naturtheorie bei der Entstehung der rechnend-experimentellen Wissenschaft im 17. Jahrhundert«, in: Peter Damerow/Wolfgang Lefèvre (Hg.), *Rechenstein, Experiment, Sprache. Historische Fallstudien zur Entstehung des exakten Wissens*, Stuttgart: Klett-Cotta 1981, S. 171-221.
- Brooke, Michael Z.: *Le Play. Engineer and Social Scientist*, London: Longman 1970.
- Brosius, Hans-Bernd: *Modelle und Ansätze der Medienwirkungsforschung. Überblick über ein dynamisches Forschungsfeld* [Düsseldorfer Medienwissenschaftliche Vorträge 8], Bonn: ZV Zeitungs-Verlag Service 1997.

- Bruder, Klaus-Jürgen: Psychologie ohne Bewußtsein. Die Geburt der behavioristischen Sozialtechnologie, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1982.
- Brunner, Karl: Der Kinematograph von heute – eine Volksgefahr, Berlin: Vaterländ. Schriftenverband 1913.
- Brunner, Otto u.a. (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, 7 Bde., Stuttgart: Klett 1972ff.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Medien und Gewalt. Befunde der Forschung seit 1998 (Autoren: Michael Kunzlik/Astrid Zipfel), Stand: Juli 2004, unter http://www.schau-hin.info/fileadmin/content/Medienerziehung/langfassung_medien_und_gewalt.pdf vom 4.1.2007.
- Burchell, Graham/Gordon, Colin/Miller, Peter (Hg.): The Foucault Effect. Studies in Governmentality With Two Lectures and an Interview With Michel Foucault, Chicago: University of Chicago Press 1991.
- Campbell, Donald T.: »From Description to Experimentation: Interpreting Trends as Quasi-Experiments« [1963], in: Chester W. Harris (Hg.), Problems in Measuring Change, Madison, Milwaukee, London: University of Wisconsin Press 1967, S. 212-242.
- Campbell, Donald T./Stanley, Julian C.: Experimental and Quasi-Experimental Designs for Research, Boston: Houghton Mifflin 1963.
- Cantril, Hadley/Allport, Gordon W.: The Psychology of Radio [1935], New York: Arno Press 1971.
- Carmichael, L./Roberts, S.O./Wessell, N.Y.: »A Study of the Judgment of Manual Expression as Presented in Still and Motion Pictures«, in: Journal of Social Psychology 8 (1937), H. 1, S. 115-142.
- Cater, Douglass/Strickland, Stephen: TV Violence and the Child. The Evolution and Fate of the Surgeon General's Report, New York: Russell Sage Foundation 1975.
- Charlton, Linda: »F.C.C.'s Johnson Accuses TV Of Molesting Children's Minds«, in: The New York Times vom 23.3.1972.
- Charlton, Linda: »Study Aides Voice Misgivings About Report on TV Violence«, in: The New York Times vom 19.2.1972.
- Childs, Harwood Lawrence: »Short-Wave Listening in the United States«, in: Public Opinion Quarterly 5 (1941), H. 2, S. 210-226.
- Childs, Harwood Lawrence/Whitton, John B. (Hg.): Propaganda by Short Wave Including Charles A. Rigby's The War on the Short Waves [1942], New York: Arno Press 1972.
- Clark, David G./William B. Blankenburg: »Trends in Violent Content in Selected Mass Media«, in: Comstock/Rubinstein (Hg.), Media Content and Control (1972), S. 188-243.
- Cohen, David: J.B. Watson: The Founder of Behaviourism. A Biography, London, Boston, Henley: Routledge & Kegan Paul 1979.
- Coleman, William: Death Is a Social Disease. Public Health and Political Economy in Early Industrial France, Madison/WI: University of Wisconsin Press 1982.
- Comics Magazine Association of America: »Applying the Comic Book Code« [1960], in: Larsen (Hg.), Violence and the Mass Media (1968), S. 250-252.

- Comics Magazine Association of America: »The Role of the Code Administrator« [1956], in: Larsen (Hg.), *Violence and the Mass Media* (1968), S. 244-249.
- Committee on Commerce, Science, and Transportation: *Television Violence Report Card Act of 1995. Report Together With Minority Views*. S. 772, Washington: Government Printing Office 1996.
- Committee on Television and Social Behavior: »An Index of Violence on Television«, 19.11.1974. Folder 1748, box 303, series 1.33, Record Group 1, SSRC, Rockefeller Archive Center, Sleepy Hollow, New York.
- Committee on Television and Social Behavior: »Minutes«, 12.-13.10.1973. Folder 1747, box 303, series 1.33, Record Group 1, SSRC, Rockefeller Archive Center, Sleepy Hollow, New York.
- Committee on Television and Social Behavior: »Minutes«, 1.-2.2.1974. Folder 1747, box 303, series 1.33, Record Group 1, SSRC, Rockefeller Archive Center, Sleepy Hollow, New York.
- Comstock, George: »Television Research. Past Problems and Present Issues«, in: Asamen/Berry (Hg.), *Research Paradigms, Television, and Social Behavior* (1998), S. 11-36.
- Comstock, George: »Violence«, in: Erik Barnouw (Hg.), *International Encyclopedia of Communications* (1989), S. 289-294.
- Comstock, George A./Rubinstein, Eli A. (Hg.): *Media Content and Control. Television and Social Behavior. Reports and Papers*, Bd. 1, Washington: U.S. Government Printing Office 1972.
- Comstock, George A./Rubinstein, Eli A. (Hg.): *Television and Adolescent Aggressiveness. Television and Social Behavior. Reports and Papers*, Bd. 3, Washington: U.S. Government Printing Office 1972.
- Comstock, George A./Rubinstein, Eli A./Murray, John P. (Hg.): *Television's Effects: Further Explorations. Television and Social Behavior. Reports and Papers*, Bd. 5, Washington: U.S. Government Printing Office 1972.
- Conrad, Herbert S./Jones, Harold E.: »Psychological Studies of Motion Pictures V. Adolescent and Adult Sex Differences in Immediate and Delayed Recall«, in: *The Journal of Social Psychology* 2 (1931), H. 4, S. 433-459.
- Corrigan, Philip: »On Moral Regulation: Some Preliminary Remarks«, in: *Sociological Review* 29 (1981), H. 2, S. 313-337.
- Council Agenda [Social Science Research Council]: »Review of Council Activities. A. Committees. 30. Television and Social Behavior«, 1973. Folder 1751, box 303, series 1.33, Record Group 1, SSRC, Rockefeller Archive Center, Sleepy Hollow, New York.
- Creel, George: *How We Advertised America. The First Telling of the Amazing Story of the Committee on Public Information that Carried the Gospel of Americanism to Every Corner of the Globe*, New York, London: Harper & Brothers 1920.
- Critcher, Chas: *Moral Panics and the Media*, Buckingham, Philadelphia: Open University Press 2003.
- Cuntz, Michael u.a. (Hg.): *Die Listen der Evidenz*, Köln: DuMont 2006.

- Czienskowski, Uwe: Wissenschaftliche Experimente: Planung, Auswertung, Interpretation, Weinheim: Belz 1996.
- Dalma, Juan: »Die Katharsis bei Aristoteles, Bernays und Freud« [1963], übers. und eingeleitet von Francisco Pedrosa Gil/Gerald Kreft, in: *psychoneuro* 30 (2004), H. 3, S. 169-173.
- Daniel, Ute: »Suggestive Experten: Zur Etablierung der US-amerikanischen Medienforschung in den 1930-1950er Jahren«, in: *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 30 (2007), S. 183-198.
- Danziger, Kurt: *Constructing the Subject. Historical Origins of Psychological Research*, Cambridge u.a.: Cambridge University Press 1990.
- Daston, Lorraine: »Objektivität und die Flucht aus der Perspektive«, in: dies.: *Wunder, Beweise und Tatsachen. Zur Geschichte der Rationalität*, Frankfurt/Main: Fischer ²2003, S. 127-155.
- Daston, Lorraine: »Rational Individuals versus Laws of Society. From Probability to Statistics«, in: Krüger/Daston/Heidelberger (Hg.), *The Probabilistic Revolution*, Bd. 1 (1987), S. 296-304.
- Daston, Lorraine/Galison, Peter: *Objektivität*, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2007.
- Dean, Mitchell: »»A Social Structure of Many Souls«: Moral Regulation, Government and Self-Formation«, in: Valverde (Hg.), *Studies in Moral Regulation* (1994), S. 145-168.
- Denso, Christian: »Ihr müsst alle sterben...!«, in: *Hamburger Abendblatt* vom 21.11.2006.
- Der Spiegel: »Fernsehen – Schule der Brutalität?«, in: *Der Spiegel* 25 (1971), H. 49, S. 154-156.
- Der Spiegel: »Fernsehgewalt: »Leidtragende sind die Kinder«. Spiegel Titel«, in: *Der Spiegel* 31 (1977), H. 51, S. 46-60.
- Der Spiegel: »Privatfernsehen: Nur noch Volksverdummung? Spiegel Titel«, in: *Der Spiegel* 33 (1979), H. 51, S. 39-62.
- Der Spiegel: »Vorm Schlafengehen kommt der Kommissar. Spiegel Titel«, in: *Der Spiegel* 26 (1972), H. 4, S. 32-52.
- Desrosières, Alain: *The Politic of Large Numbers. A History of Statistical Reasoning*, Cambridge/MA, London: Harvard University Press 1998.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (Hg.): *Medienwirkungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland, Teil I. Berichte und Empfehlungen. Enquete der Senatskommission für Medienwirkungsforschung unter dem Vorsitz von Winfried Schulz und der Mitarbeit von Jo Groebel, Teil II. Dokumentation. Katalog der Studien*, Weinheim: VCH-Verlagsgesellschaft 1986.
- Diekmann, Andreas: *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt ⁹2002.
- Dollard, John: *Caste and Class in a Southern Town*, New Haven: Yale University Press 1937.
- Dollard, John u.a.: *Frustration and Aggression*, New Haven: Yale University Press 1939.
- Dominick, Joseph R./Greenberg, Bradley S.: »Attitudes Toward Violence: The Interaction of Television Exposure, Family Attitudes, and Social Class«, in: Comstock/Rubinstein (Hg.), *Television and Adolescent Aggressiveness* (1972), S. 314-335.

- Donzelot, Jacques: Die Ordnung der Familie, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1980.
- Doob, Leonard W.: »Propaganda«, in: Barnouw (Hg.), International Encyclopedia of Communications (1989), S. 374-378.
- Eberhard, Kurt: »Die Kausalitätsproblematik in der Wissenschaftstheorie und in der sozialen Praxis«, in: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit 4 (1973), S. 118-131.
- Edwards, Allen L.: »Experiments. Their Planning and Execution«, in: Lindzey (Hg.), Handbook of Social Psychology, Bd. 1. Theory and Method, Cambridge/MA: Addison-Wesley Publishing 1954, S. 259-288.
- Eisenberg, Philip/Reichline, Philip B.: »Judging Expressive Movement II. Judgment of Dominance-Feeling From Motion Pictures of Gait«, in: Journal of Social Psychology 10 (1937), H. 3, S. 345-357.
- Eisermann, Jessica: Mediengewalt. Die gesellschaftliche Kontrolle von Gewaltdarstellungen im Fernsehen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2001.
- Ekman, Paul u.a.: »Facial Expressions of Emotion While Watching Televised Violence as Predictors of Subsequent Aggression«, in: Comstock/Rubinstein/Murray (Hg.), Television's Effects (1972), S. 22-43.
- Ellrich, Lutz: »Normativität und Normalität«, in: Christina Bartz/Marcus Krause (Hg.), Spektakel der Normalisierung, München: Fink 2007, S. 25-51.
- Elsner, Eckart: »Entwicklungslinien der Statistik«, in: Humanismus und Technik 18 (1974), S. 132-155.
- Emery, John Newell: »Those ›Vicious‹ Comics«, in: Journal of Education (1944), Bd. 127, S. 90f.
- Eron, Leonard D.: »Relationship of TV Viewing Habits and Aggressive Behavior in Children«, in: Journal of Abnormal and Social Psychology 67 (1963), H. 2, S. 193-196.
- Eron, Leonard D. u.a.: »Does Television Cause Aggression?« In: American Psychologist 27 (1972), H. 4, S. 253-263.
- Eron, Leonard D./Walder, Leopold O.: »Test Burning II«, in: American Psychologist 16 (1961), H. 5, S. 237-244.
- Eron, Leonard D./Walder Leopold O./Lefkowitz Monroe M.: Learning of Aggression in Children, Boston: Little, Brown and Co. 1971.
- Esposito, Elena: »Macht als Persuasion oder Kritik der Macht«, in: Maresch/Werber (Hg.), Kommunikation (1999), S. 83-107.
- Esser, Frank/Brosius, Hans-Bernd: »Auf der Suche nach dem Stimulus-Response-Modell. Ein kritischer Beitrag zur Geschichtsschreibung der Medienwirkungsforschung«, in: Angela Schorr (Hg.), Publikums- und Wirkungsforschung. Ein Reader, Wiesbaden 2000: Westdeutscher Verlag, S. 55-70.
- Ewald, François: Der Vorsorgestaat, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1993.
- Ewen, Stuart B.: »History of Advertising«, in: Barnouw (Hg.), International Encyclopedia of Communications (1989), S. 14-21.
- Farrell, James J.: The Spirit of the Sixties. Making Postwar Radicalism, New York, London: Routledge 1997.

- Feshbach, Seymour: »The Catharsis Hypothesis and Some Consequences of Interaction with Aggressive and Neutral Play Objects«, in: *Journal of Personality* 24 (1955/56), S. 449-462.
- Feshbach, Seymour: »The Drive-Reducing Function of Fantasy Behavior«, in: *Journal of Abnormal and Social Psychology* 50 (1955), H. 1, S. 3-11.
- Feshbach, Seymour: »The Effects of Aggression Content in Television Programs Upon the Aggressive Behavior of the Audience«, in: Leon Arons/Marc A. May (Hg.), *Television and Human Behavior*, New York: Appleton-Century-Crofts 1963, S. 83-97.
- Feshbach, Seymour: »The Stimulating Versus Cathartic Effects of a Vicarious Aggressive Activity«, in: *Journal of Abnormal and Social Psychology* 63 (1961), H. 2, S. 381-385.
- First Amendment Center: »About the First Amendment«, unter http://www.firstamendmentcenter.org/about.aspx?item=about_firstamd vom 27.12.2005.
- Flashar, Hellmut: »Die medizinischen Grundlagen der Lehre von der Wirkung der Dichtung in der griechischen Poetik«, in: *Hermes* 84 (1956), H. 1, S. 12-48.
- Foege, William H.: »Violence and Public Health«, in: *Health Resources and Services Administration* (Hg.), *Surgeon General's Workshop on Violence and Public Health* (1986), S. 19-23.
- Fohrmann, Jürgen: »Der Unterschied der Medien«, in: ders./Erhard Schüttelz (Hg.), *Die Kommunikation der Medien*, Tübingen: Max Niemeyer Verlag 2004, S. 5-19.
- Foucault, Michel: *Archäologie des Wissens*, Frankfurt/Main: Suhrkamp⁸1997.
- Foucault, Michel: »Das Subjekt und die Macht«, in: Hubert L. Dreyfus/Paul Rabinow: *Michel Foucault: Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik. Mit einem Nachwort von und einem Interview mit Michel Foucault*, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1987, S. 241-261.
- Foucault, Michel: *Die Anormalen* [1975], Frankfurt/Main: Suhrkamp 2003.
- Foucault, Michel: »Die Geburt der Sozialmedizin« (Vortrag) [1977], in: ders.: *Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits*, Bd. III. 1976-1979, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2003, S. 272-298.
- Foucault, Michel: »Die Gouvernementalität« [1978], in: ders., *Analytik der Macht*, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2005, S. 148-174.
- Foucault, Michel: *Die Ordnung des Diskurses. Inauguralvorlesung am Collège de France, 2.12.1970*, Frankfurt/Main: Fischer 1991.
- Foucault, Michel: *Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesung am Collège de France 1977-1978*, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2004.
- Foucault, Michel: *Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik. Vorlesung am Collège de France 1977-1978*, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2004.
- Foucault, Michel: *In Verteidigung der Gesellschaft*, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1999.
- Foucault, Michel: *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1994.

- Für die Familie e.V.: »Mediengewalt: Handeln statt resignieren. Ergebnisse der Medienwirkungsforschung – Politische und pädagogische Konsequenzen«, in: Für die Familie e.V., Infobrief vom 4.12.2002, unter <http://www.fuerdiefamilie.de/MediengewaltHandelnStattResignieren.html> vom 7.12.2004.
- Frank, Josette: »What's in the Comics?«, in: *Journal of Educational Sociology* 18 (1944), S. 214-222.
- Freitag, Burkhard/Zeitter, Ernst: »Stichworte aus Medienwissenschaft und Medienpädagogik: Katharsis«, in: *tv diskurs* 3 (1999), H. 9, S. 18-26.
- Früh, Werner: »Die Interpretationsbedürftigkeit von Kausalität oder: Woher kommen die Ursachen«, in: Werner Wirth/Edmund Lauf/Andreas Fahr (Hg.), *Forschungslogik und -design in der Kommunikationswissenschaft* 1. Einführung, Problematisierungen und Aspekte der Methodenlogik aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive, Köln: Herbert von Halem Verlag 2004, S. 13-38.
- Galison, Peter: »History, Philosophy, and the Central Metaphor«, in: *Science in Context* 2 (1988), S. 197-212.
- Gary, Brett: *The Nervous Liberals. Propaganda Anxieties from World War I to the Cold War*, New York: Columbia University Press 1999.
- Gerbner, George: »Violence in Television Drama: Trends and Symbolic Functions«, in: Comstock/Rubinstein (Hg.), *Media Content and Control* (1972), S. 28-187.
- Gerbner, George/Signorielli, Nancy: *Violence Profile 1967 Through 1988-89: Enduring Patterns*, Philadelphia/PA: The Annenberg School of Communications, University of Pennsylvania 1990.
- Gerson, Walter M.: »Violence as an American Value Theme«, in: Larsen (Hg.), *Violence and the Mass Media* (1968), S. 151-162.
- Geulen, Eva: »Erziehungsakte«, in: Jürgen Fohrmann (Hg.), *Rhetorik. Figurationen und Performanz*. DFG-Symposium 2002, Stuttgart: Metzler 2004, S. 629-652.
- Gigerenzer, Gerd/Murray, David J.: *Cognition as Intuitive Statistics*, Hillsdale/NJ, London: Lawrence Erlbaum 1987.
- Gigerenzer, Gerd u.a.: *Das Reich des Zufalls. Wissen zwischen Wahrscheinlichkeiten, Häufigkeiten und Unschärfen*, Heidelberg, Berlin: Spektrum Akademischer Verlag 1999.
- Gil, Francisco Pedrosa/Kreft, Gerald: »Einleitung zu »Die Katharsis bei Aristoteles, Bernays und Freud« von Juan Dalma«, in: *psychoneuro* 30 (2004), H. 2, S. 112-115.
- Gilbert, James: *A Cycle of Outrage. America's Reaction to the Juvenile Delinquent in the 1950s*, New York, Oxford: Oxford University Press 1986.
- Glogauer, Werner: *Kriminalisierung von Kindern und Jugendlichen durch Medien. Wirkungen gewalttätiger, sexueller, pornographischer und satanischer Darstellungen*, Baden-Baden: Nomos³1993.
- Gould, Jack: »TV Violence Held Unharmful to Youth«, in: *The New York Times* vom 11.1.1972.
- Gould, Jack: »U.S. Aide Accused on TV Violence. Murphy Says Ex-Surgeon General Aided Industry«, in: *The New York Times* vom 12.1.1972.

- Graves, Harold N.: »Propaganda by Short Wave: Berlin Calling America«, in: *Public Opinion Quarterly* 4 (1940), H. 4, S. 601-619.
- Greenberg, Bradley S./Ericson, Philip M./Vlahos, Mantha: »Children's Television Behaviors as Perceived by Mother and Child«, in: Rubin-stein/Comstock/Murray (Hg.), *Television in Day-to-Day Life* (1972), S. 395-409.
- Grossman, Dave/DeGaetano, Gloria: *Wer hat unseren Kindern das Töten beigebracht? Ein Aufruf gegen Gewalt in Fernsehen, Film und Computerspielen*, Stuttgart: Verlag Freies Geistesleben ²2003.
- Hacking, Ian: »Biopower and the Avalanche of Printed Numbers«, in: *Humanities in Society* 5 (1982), H. 3-4, S. 279-295.
- Hacking, Ian: *Einführung in die Geschichte der Naturwissenschaften [Representing and Intervening 1983]*, Stuttgart: Reclam 1996.
- Hacking, Ian: »How Should We Do the History of Statistics?«, in: Burchell/Gordon/Miller (Hg.), *The Foucault Effect* (1991), S. 181-195.
- Hacking, Ian: »Telepathy: Origins of Randomization in Experimental Design«, in: *Isis* 79 (1988), S. 427-451.
- Hacking, Ian: *The Emergence of Probability. A Philosophical Study of Early Ideas About Probability, Induction, and Statistical Inference*, Cambridge, London, New York: Cambridge University Press 1975.
- Hacking, Ian: *The Taming of the Chance*, Cambridge u.a.: Cambridge University Press 1990.
- Hagen, Wolfgang: »Lazarsfelds »Soziale Physik«. Für eine Archäologie der Demoskopie«, in: ders.: *Gegenwartsvergessenheit. Lazarsfeld – Adorno – Innis – Luhmann*, Berlin: Merve Verlag 2003, S. 23-36.
- Hagner, Michael (Hg.): *Ansichten der Wissenschaftsgeschichte*, Frankfurt/Main: Fischer 2001.
- Hahn, Torsten/Otto, Isabell/Pethes, Nicolas: »Emanzipation oder Kontrolle? – Der Diskurs über »Kassetten-Fernsehen«, Video und Überwachungstechnologie«, in: Albert Kümmel/Leander Scholz/Eckhard Schumacher (Hg.), *Einführung in die Geschichte der Medien*, Paderborn: Fink 2004, S. 225-253.
- Hamburger Abendblatt: »Amok an der Schule – warum hat ihn niemand gestoppt?«, in: *Hamburger Abendblatt* vom 21.11.2006.
- Handel, Leo A.: *Hollywood Looks at its Audience. A Report of Film Audience Research*, Urbana: University of Illinois Press 1950.
- Hänsel, Rudolf: »Stellungnahme zum Kongress »Mediengewalt: Handeln statt Resignieren! Ergebnisse der Medienwirkungsforschung – politische und pädagogische Konsequenzen«, LMU München, 25.7.2002«, unter <http://www.schulberatung.bayern.de/erfurt1.htm#stellkongr> vom 28.9.2005.
- Harden, Victoria A.: »A Short History of the National Institutes of Health«, unter <http://history.nih.gov/exhibits/history/index.html> vom 2.4.2006.
- Harley, Bill: »Cater: Field General in the 1960s Campaign for Federal Aid«, unter <http://www.current.org/pb/pb518c.html> vom 11.6.2006.
- Harper's Magazine Literary and General Advertiser, in: *Harper's Monthly Magazine* 51 (1910), H. 718/120, S. 1-20.
- Haubner, Steffen: »Krieg auf dem Monitor«, in: *Hamburger Abendblatt* vom 20.11.2001.

- Hausmanninger, Thomas: »Die Geschichte der ethischen Debatte über Gewalt im Film«, in: ders./Thomas Bohrmann (Hg.), *Mediale Gewalt. Interdisziplinäre und ethische Perspektiven*, München: W. Fink (UTB) 2002, S. 37-50.
- Hausmanninger, Thomas: *Kritik der medienethischen Vernunft. Die ethische Diskussion über den Film in Deutschland im 20. Jahrhundert*, München: Wilhelm Fink Verlag 1992.
- Hawthorn, Jeremy (Hg.): *Propaganda, Persuasion, and Polemic*, London: Arnold 1987.
- Hay, Colin: »Mobilization Through Interpelation: James Bulgar, Juvenile Crime, and the Construction of a Moral Panic«, in: *Social and Legal Studies* 4 (1995), S. 197-223.
- Health Resources and Services Administration (Hg.): *Surgeon General's Workshop on Violence and Public Health. Report*, Leesburg, Virginia, October 27-29, 1985, Washington: Health Resources and Services Administration 1986.
- Healy, William: *The Individual Delinquent. A Text-Book of Diagnosis and Prognosis for All Concerned in Understanding Offenders* [1915], Montclair: Patterson Smith 1969.
- Heath, Jim F.: *Decade of Disillusionment. The Kennedy-Johnson Years*, Bloomington, London: Indiana University Press 1975.
- Hebestreit, R.: »Initiative Bayerns stößt auf Skepsis. Experten fordern Druck auf Hersteller von Killerspielen«, in: *Frankfurter Rundschau* vom 7.12.2006.
- Heins, Marjorie u.a.: *Violence and the Media. An Exploration of Cause, Effect, and the First Amendment*, Nashville: First Amendment Center 2001.
- Hellwig, Albert: »Die Beziehung zwischen Schundliteratur, Schundfilms und Verbrechen. Ergebnis einer Umfrage«, in: *Archiv für Kriminologie* 51 (1913), S. 1-31.
- Hellwig, Albert: »Die Schädlichkeit von Schundfilms für die kindliche Psyche«, in: *Ärztliche Sachverständigen-Zeitung* 17 (1911), H. 22, S. 455-461.
- Hellwig, Albert: *Schundfilms. Ihr Wesen, ihre Gefahren und ihre Bekämpfung*, Halle: Waisenhaus 1911.
- Hiery, Hermann Joseph: »Angst und Krieg. Die Angst als bestimmender Faktor im Ersten Weltkrieg«, in: Franz Bosbach (Hg.), *Angst und Politik in der europäischen Geschichte*, Dettelbach: Röhl 2000, S. 167-124.
- Himmelweit, Hilde T./Oppenheim, A.N./Vince, Pamela: *Television and the Child. An Empirical Study of the Effect of Television and the Young*, New York: Oxford University Press 1958.
- Hoessly, Fortunat: *Katharsis. Reinigung als Heilverfahren. Studien zum Ritual der archaischen und klassischen Zeit sowie zum Corpus Hippocraticum*, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht 2001.
- Hofstetter, Richard C.: »Political Disengagement and the Death of Martin Luther King«, in: *Public Opinion Quarterly* 33 (1969), S. 174-179.
- Honneth, Alex/Saar, Martin (Hg.): *Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption. Frankfurter Foucault Konferenz 2001*, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2003.

- Hopf, Werner u.a.: »Resolution. Kongress Mediengewalt: Handeln statt Resignieren! Ergebnisse der Medienwirkungsforschung – Politische und pädagogische Konsequenzen«, 25.7.2002, unter http://www.pluspunkt-online.de/download/hopf_kongress.doc vom 28.9.2005.
- Horne, John N./Kramer, Alan: *German Atrocities, 1914. A History of Denial*, New Haven: Yale University Press 2001.
- Hovland, Carl I.: »Effects of the Mass Media of Communication«, in: Lindzey (Hg.), *Handbook of Social Psychology*, Bd. 2 (1954), S. 1062-1103.
- Hovland, Carl I./Janis, Irving L./Kelley, Harold H.: *Communication and Persuasion. Psychological Studies of Opinion Change*, New Haven, London: Yale University Press 1953.
- Hovland, Carl I./Lumsdaine, Arthur A./Sheffield, Fred D.: *Experiments on Mass Communication*, Princeton: Princeton University Press 1949.
- Hudson, David L.: »Student Expression in the Age of Columbine: Securing Safety and Protecting First Amendment Rights«. *First Amendment Center, First Reports* 6 (2005), H. 2.
- Huesmann, L. Rowell u.a.: »Longitudinal Relations Between Children's Exposure to TV Violence and Their Aggressive and Violent Behavior in Young Adulthood: 1977-1992«, in: *Developmental Psychology* 39 (2003), H. 2, S. 201-221.
- Hug, Daniel: *Katharsis. Revision eines umstrittenen Konzepts*, London: Turnshare 2004.
- Hunt, Alan: *Governance of the Consuming Passions. A History of Sumptuary Law*, New York: St. Martin's Press 1996.
- Hunt, Alan: *Governing Morals. A Social History of Moral Regulation*, Cambridge: Cambridge University Press 1999.
- Hunt, Alan: »Moralizing Luxury. The Discourse of the Governance of Consumption«, in: *Journal of Historical Sociology* 8 (1995), H. 4, S. 352-374.
- Hüppauf, Bernd: »Krieg, Gewalt und Moderne«, in: Frauke Meyer-Gosau/Wolfgang Emmerich (Hg.), *Gewalt. Faszination und Furcht. Jahrbuch für Literatur und Politik in Deutschland* 1 (1994), S. 12-40.
- Jackson, Stanley W.: »Catharsis and Abreaction in the History of Psychological Healing«, in: *Psychiatric Clinics of North America* 17 (1994), H. 3, S. 471-491.
- Jonas, Friedrich: *Geschichte der Soziologie II. Sozialismus – Positivismus – Historismus. Mit Quellentexten*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1968.
- Jowett, Garth S./Jarvie, Ian C./Fuller, Kathryn H. (Hg.): *Children and the Movies. Media Influence and the Payne Fund Controversy*, Cambridge: Cambridge University Press 1996.
- Jowett, Garth S./O'Donnell Victoria: *Propaganda and Persuasion*, Newbury Park u.a.: Sage Publications 1986.
- Kamarovsky, Mirra (Hg.): *Sociology and Public Policy. The Case of Presidential Commissions*, New York, Oxford, Amsterdam: Elsevier 1975.
- Kangun, Norman: »How Advertisers Can Use Learning Theory. Mass Marketing Requires Mass Communications«, in: *Business Horizons* 11 (1968), H. 2, S. 29-40.

- Käßner, Frank: »Weniger brutal als James Bond«. Entwickler von Killer-Computerspielen weisen Verbotsdrohung zurück. *Gewaltspiele*, in: *Die Welt* vom 7.12.2006.
- Keller, Felix: *Archäologie der Meinungsforschung. Mathematik und die Erzählbarkeit des Politischen*, Konstanz: UVK Universitätsverlag 2001.
- Kellner, Hella/Horn, Imme: *Gewalt im Fernsehen. Literaturbericht über Medienwirkungsforschung*. Schriftenreihe des ZDF 8 (1971).
- Kenny, David A.: »Threats to the Internal Validity of Cross-Lagged Panel Inference, as Related to »Television Violence and Child Aggression: A Followup Study«, in: Comstock/Rubinstein (Hg.), *Television and Adolescent Aggressiveness* (1972), S. 136-140.
- Keppeler, Angela: *Mediale Gegenwart. Eine Theorie des Fernsehens am Beispiel der Darstellung von Gewalt*, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2006.
- Kitson, Harry D.: »Minor Studies in the Psychology of Advertising. From the Psychological Laboratory of Indiana University. Introduction: The Use of the Historical Method in Investigation of Problems of Advertising«, in: *The Journal of Applied Psychology* 5 (1921), H. 1, S. 5-7.
- Kitson, Harry D.: »Minor Studies in the Psychology of Advertising. From the Psychological Laboratory of Indiana University VII. Negative Suggestion in Advertising«, in: *The Journal of Applied Psychology* 6 (1922), H. 1, S. 66-68.
- Kittler, Friedrich: *Gramophon Film Typewriter*, Berlin: Brinkmann & Bose 1986.
- Klingenmaier, Thomas: »Reden und schießen lassen. Killerspiele zu verbieten ist keine Lösung«, in: *Stuttgarter Zeitung* vom 9.12.2006.
- Klix, Friedhart: »Über Gestaltpsychologie«, in: *Zeitschrift für Psychologie* 112 (2001), H. 209/1, S. 1-16.
- Knappe, Joachim: »Persuasion«, in: Gert Ueding (Hg.), *Historisches Wörterbuch der Rhetorik*, Bd. 6, Tübingen: Niemeyer 2003, Sp. 874-907.
- Knorr-Cetina, Karin: *The Manufacture of Knowledge. An Essay on the Constructivist and Contextual Nature of Science*, Oxford, New York: Pergamon Press 1981.
- König, Dominik von: »Lesesucht und Lesewut«, in: Herbert G. Göpfert (Hg.), *Buch und Leser. Vorträge des ersten Jahrestreffens des Wolfenbütteler Arbeitskreises für Geschichte des Buchwesens 1976*, Hamburg: Hauswedell 1977, S. 89-124.
- Koop, Everett: »Address Presented to the National Coalition on Television Violence, Washington, D.C., October 6, 1983«, unter http://profiles.nlm.nih.gov/QQ/B/B/C/T/_/qqbbet.pdf am 2.5.2006.
- Koschorke, Albrecht: *Körperströme und Schriftverkehr. Mediologie des 18. Jahrhunderts*, München: Fink 1999.
- Krasemann, Susanne: »Kriminelle Elemente regieren – und produzieren«, in: Honneth/Saar (Hg.), *Michel Foucault* (2003), S. 94-114.
- Krippendorff, Klaus: »Der verschwundene Bote. Metaphern und Modelle der Kommunikation«, in: Merten/Schmidt/Weischenberg (Hg.), *Die Wirklichkeit der Medien* (1994), S. 80-113.
- Krüger, Lorenz/Daston, Lorraine/Heidelberger, Michael (Hg.): *The Probabilistic Revolution*, Bd. 1. *Ideas in History*, Cambridge/MA, London: MIT Press 1987.

- Krüger, Lorenz/Gigerenzer, Gerd/Morgan, Mary S. (Hg.): *The Probabilistic Revolution*, Bd. 2. *Ideas in the Sciences*, Cambridge/MA, London: MIT Press 1987.
- Kübler, Hans-Dieter: »Kinder und Fernsehgewalt«, in: Hans Dieter Erlinger u.a. (Hg.), *Handbuch des Kinderfernsehens*, Konstanz: UVK-Medien Ölschläger ²1998, S. 503-522, unter http://nibis.ni.schule.de/nli1/chaplin/portal/html/Lernen/kinder_und_medien/kinder_und_fernsehgewalt.pdf vom 14.10.2006.
- Kübler, Hans-Dieter: »Vom Gewaltvoyeur zum virtuellen Täter? Gewaltforschung bei Ego-Shootern«, in: *medien praktisch. Zeitschrift für Medienpädagogik* 27 (2003), H. 1, Themenschwerpunkt: Gewalt und Medien 3, S. 4-12.
- Kuhn, Thomas S.: *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen* [1962], Frankfurt/Main: Suhrkamp ⁹1988.
- Kunczik, Michael: *Gewalt im Fernsehen*, Köln: Böhlau 1975.
- Kunczik, Michael: *Gewalt und Medien*, Köln, Weimar, Wien: Böhlau ³1996.
- Kunczik, Michael/von Gottberg, Joachim: »Normativ vorgehen. Was kann der Jugendschutz mit der Wirkungsforschung anfangen?«, in: *TV-Diskurs* 4 (2000), H. 14, S. 38-43.
- Kunczik, Michael/Zipfel, Astrid: *Gewalt und Medien. Ein Studienhandbuch*, Köln, Weimar, Wien: Böhlau ⁵2006.
- Kunczik, Michael/Zipfel, Astrid: »Gewalttätig durch Medien?«, in: *Das Parlament* 52 (2002), H. 44, Beilage: Aus Politik und Zeitgeschehen, S. 29-37.
- Kunczik, Michael/Zipfel, Astrid: »Wirkungen von Gewaltdarstellungen«, in: Walter Klingler/Gunnar Roters/Oliver Zöllner (Hg.), *Fernsehforschung in Deutschland. Themen – Akteure – Methoden*, Bd. 1, Teilbd. 2, Baden-Baden: Nomos 1998, S. 561-577.
- Kusch, Martin: *Foucault's Strata and Fields. An Investigation into Archaeological and Genealogical Science Studies*, Dordrecht, Boston, London: Kluwer Academic Publishers 1991.
- Landsdowne, James D.: »The Viciousness of the »Comic Book«, in: *Journal of Education* (1944), Bd. 127, S. 14f.
- Lange, David L./Baker, Robert K./Ball, Sandra J.: *Mass Media and Violence. A Staff Report to the National Commission on the Causes and Prevention of Violence*, Washington: U.S. Government Printing Office 1969.
- Larsen, Otto N. (Hg.): *Violence and the Mass Media*, New York, Evanston, London: Harper & Row Publishers 1968.
- Lasswell, Harold D.: *Propaganda Technique in World War I [Propaganda Technique in the World War 1927]*, Cambridge/MA, London: MIT Press 1971.
- Lasswell, Harold D.: »The Structure and Function of Communication in Society«, in: Lyman Bryson (Hg.), *The Communication of Ideas*, New York: Harper & Bros. 1964, S. 37-51.
- Lasswell, Harold D.: »The Theory of Political Propaganda«, in: *American Political Science Review* 21 (1927), H. 3, S. 627-631.

- Latour, Bruno/Wolgar, Steven: *Laboratory Life. The Construction of Scientific Facts* [1979], Princeton: Princeton University Press ²1986.
- Lazarsfeld, Paul F.: »Foreword«, in: *Handel: Hollywood Looks* (1950), S. ix-xiv.
- Lazarsfeld, Paul F./Jaekel, Martin: »The Uses of Sociology by Presidential Commissions«, in: *Kamarovsky (Hg.), Sociology and Public Policy* (1975), S. 117-142.
- Lazarsfeld, Paul F./Stanton, Frank N. (Hg.): *Communications Research 1948-1949*, New York: Harper 1949.
- Lefkowitz, Monroe M. u.a.: »Television Violence and Child Aggression: A Followup Study«, in: *Comstock/Rubinstein (Hg.), Television and Adolescent Aggressiveness* (1972), S. 35-135.
- Lemke, Thomas: *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*, Berlin, Hamburg: Argument 1997.
- Lemke, Thomas: »Räume der Regierung. Kunst und Kritik der Menschenführung«, in: *Peter Gente (Hg.), Foucault und die Künste*, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2004, S. 162-180.
- Leschke, Rainer: *Einführung in die Medienethik*, Stuttgart: UTB 2001.
- Liebert, Robert M./Baron, Robert A.: »Short-Term Effects of Televised Aggression on Children's Aggressive Behavior«, in: *Murray/Rubinstein/Comstock (Hg.), Television and Social Learning* (1972), S. 181-201.
- Lindzey, Gardner (Hg.): *Handbook of Social Psychology*, Bd. 1. Theory and Method, Bd. 2. Special Fields and Applications, Cambridge/MA: Alisn-Wesley Publishing Company 1954.
- Link, Jürgen: *Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird*, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht ³2006.
- Lowery, Shearon A./De Fleur, Melvin L.: *Milestones in Mass Communication Research. Media Effects*, New York, London: Longman ²1988.
- Lucas, D.B./Benson, C.E.: »Some Sales Results for Positive and Negative Advertisements«, in: *The Journal of Applied Psychology* 14 (1930), H. 4, S. 363-370.
- Lucas, D.B./Benson, C.E.: »The Historical Trend of Negative Appeals in Advertising«, in: *The Journal of Applied Psychology* 13 (1929), H. 4, S. 346-356.
- Lucas, D.B./Benson, C.E.: »The Recall Values of Positive and Negative Advertising Appeals«, in: *The Journal of Applied Psychology* 14 (1930), H. 3, S. 218-238.
- Lucas, D.B./Benson, C.E.: »The Relative Values of Positive and Negative Advertising Appeals as Measured by Coupons Returned«, in: *The Journal of Applied Psychology* 13 (1929), H. 3, S. 274-300.
- Luhmann, Niklas: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, 2 Bde, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1999.
- Luhmann, Niklas: *Die Wissenschaft der Gesellschaft*, Frankfurt/Main: Suhrkamp ²1994.
- Luhmann, Niklas: *Soziologie des Risikos*, Berlin, New York: Walter de Gruyter 1991.
- Lukesch, Helmut: »Mediengewaltforschung: Überblick und Probleme. Vortrag auf dem Kongress »Mediengewalt. Handeln statt Resignieren!«, LMU München, 25.7.2002«, unter <http://rpss23.psychologie.uni-regens->

- burg.de/download/lukesch/kongress_mediengewalt_2002.pdf vom 7.12.2004.
- Lukesch, Helmut u.a.: Das Weltbild des Fernsehens. Eine Untersuchung der Sendungsangebote öffentlich-rechtlicher und privater Sender in Deutschland, 2 Bde, Regensburg: S. Roderer Verlag 2004.
- Lydon, Christopher: »Hearings to Weight TV Violence Study«, in: The New York Times vom 18.1.1972.
- Lyle, Jack: »Television in Daily Life: Patterns of Use (Overview)«, in: Rubinstein/Comstock/Murray (Hg.), Television in Day-to-Day Life (1972), S. 1-32.
- Lyle, Jack/Hoffman, Heidi R.: »Children's Use of Television and Other Media«, in: Rubinstein/Comstock/Murray (Hg.), Television in Day-to-Day Life (1972), S. 129-256.
- Lyle, Jack/Hoffman, Heidi R.: »Explorations in Patterns of Television Viewing by Preschool-Age Children«, in: Rubinstein/Comstock/Murray (Hg.), Television in Day-to-Day Life (1972), S. 257-273.
- Maasen, Sabine/Winterhager, Matthias (Hg.): Science Studies. Probing the Dynamics of Scientific Knowledge, Bielefeld: transcript 2001.
- Maccoby, Eleanor E.: »Why Do Children Watch Television?«, in: Public Opinion Quarterly 18 (1954), H. 1, S. 239-244.
- Maccoby, Eleanor E./Wilson, William Cody: »Identification and Observational Learning From Films«, in: Journal of Abnormal and Social Psychology 55 (1957), H. 1, S. 76-87.
- Mackenzie, Brian D.: Behaviourism and the Limits of Scientific Method, Atlantic Highlands/NJ: Humanities Press 1977.
- Maresch, Rudolf/Werber, Niels (Hg.): Kommunikation, Medien, Macht, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1999.
- Martschukat, Jürgen (Hg.): Gewalt in den USA der 1960er und 1970er Jahre. Amerikastudien/American Studies 49 (2004), H. 3.
- Maus, Heinz: »Zur Vorgeschichte der empirischen Sozialforschung«, in: René König (Hg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 1. Geschichte und Grundprobleme der empirischen Sozialforschung, Stuttgart: Enke³1973, S. 21-56.
- McChesney, Robert: »The Payne Fund and Radio Broadcasting, 1928-1935«. Appendix zu: Jowett/Jarvie/Fuller (Hg), Children and the Movies (1996), S. 303-335.
- McLuhan, Marshall: Die magischen Kanäle. Understanding Media [1964], Düsseldorf u.a.: ECON-Verlag 1992.
- McMasters, Paul K.: »Foreword«, in: Marjorie Heins u.a.: Violence and the Media (2001), S. vf.
- McQuail, Denis: Mass Communication Theory. An Introduction, London, Thousand Oaks, New Delhi: Sage Publications³1994.
- McQuail, Denis: »The Influence and Effects of Mass Media«, in: James Curran/Michael Gurevitch/Janet Woollacott (Hg.), Mass Communication and Society, London: Arnold 1977, S. 70-94.
- Meinel, Christoph (Hg.): Instrument – Experiment. Historische Studien. Berlin, Diepholz: GNT-Verlag 2000.
- Mercado, Stephen C.: »FBIS Against the Axis, 1941-1945. Open-Source Intelligence From the Airwaves«, in: CSI Studies Fall/Winter (2001),

- unter http://www.cia.gov/csi/studies/fall_winter_2001/article04.html vom 27.11.2005.
- Merten, Klaus: Einführung in die Kommunikationswissenschaft, Münster: LIT Verlag 1999.
- Merten, Klaus: Gewalt durch Gewalt im Fernsehen?, Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1999.
- Merten, Klaus: »Vom Nutzen der Lasswell-Formel – oder Ideologie in der Kommunikationsforschung«, in: Rundfunk und Fernsehen 22 (1974), H. 2, S. 143-165.
- Merten, Klaus/Schmidt, Siegfried J./Weischenberg, Siegfried (Hg.): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft, Opladen: Westdeutscher Verlag 1994.
- Merton, Robert K.: »Social Knowledge and Public Policy. Sociological Perspectives on Four Presidential Commissions«, in: Kamarovsky (Hg.), Sociology and Public Policy (1975), S. 153-177.
- Meyer, Philip: »Aftermath of Martyrdom: Negro Militancy and Martin Luther King«, in: Public Opinion Quarterly 33 (1969), S. 160-173.
- Meyer, Simone: »Machen Computerspiele süchtig? Wenn das Internet die reale Welt ersetzt – Mediziner stellt neue Studie vor«, in: Die Welt vom 22.11.2006.
- Michel, Jörg/Vates, Daniela: »Schavan fordert härtere Waffengesetze. Zustimmung auch bei der Opposition. Länderinitiative zum Verbot von Killerspielen stößt auf Bedenken«, in: Berliner Zeitung vom 24.11.2006.
- Mikos, Lothar: »Amok in der Mediengesellschaft«, in: Archiv der Jugendkulturen (Hg.), Der Amoklauf von Erfurt, Berlin: Tilsner 2003, S. 46-74.
- Miller, Alden D.: »Logic of Causal Analysis: From Experimental to Nonexperimental Design«, in: Hubert M. Blalock (Hg.), Causal Models in the Social Sciences, London: Macmillan 1971, S. 273-294.
- Miller, Neal E. u.a.: »Die Frustrations-Aggressions-Hypothese« [1941], in: Hans Thomae (Hg.), Die Motivation menschlichen Handelns, Köln: Kiepenheuer & Witsch 1975, S. 205-208.
- Mises, Richard von: Kleines Lehrbuch des Positivismus. Einführung in die empiristische Wissenschaftsauffassung, hg. u. eingeleitet v. Friedrich Stadler, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1990.
- Mittenzwei, Werner: »Katharsis«, in: Karlheinz Barck u.a. (Hg.), Ästhetische Grundbegriffe. Historisches Wörterbuch in sieben Bänden, Bd. 3, Stuttgart, Weimar: Metzler 2001, S. 245-272.
- Morris, Edward K./Todd, James T.: »Watsonian Behaviorism«, in: O'Donohue/Kitchener (Hg.), Handbook of Behaviorism (1999), S. 15-69.
- Mullan, Fitzhugh: Plagues and Politics. The Story of the United States Public Health Service, New York: Basic Books 1989.
- Mulvey, Edward P./Haugaard, Jeffrey L.: Report of the Surgeon General's Workshop on Pornography and Public Health, June 22-24, 1986, Arlington, Virginia, Washington: Office of the Surgeon General 1986.
- Murray, John P.: »Studying Television Violence. A Research Agenda for the 21st Century«, in: Asamen/Berry (Hg.), Research Paradigms, Television, and Social Behavior (1998), S. 369-409.

- Murray, John P./Feshbach, Seymour: »Let's Not Throw the Baby Out With the Bathwater: The Catharsis Hypothesis Revisited«, in: *Journal of Personality* 46 (1978), S. 462-473.
- Murray, John P./Rubinstein, Eli A./Comstock, George A. (Hg.): *Television and Social Learning. Television and Social Behavior. Reports and Papers*, Bd. 2, Washington: U.S. Government Printing Office 1972.
- National Commission on the Causes and Prevention of Violence: *To Establish Justice, to Insure Domestic Tranquility. Final Report of the National Commission on the Causes and Prevention of Violence*, Washington: U.S. Government Printing Office 1969.
- National Institute of Mental Health: »Facts About NIMH«, unter <http://www.nimh.nih.gov/about/nimh.cfm> vom 2.4.2006.
- National Library of Medicine: »The 1964 Report on Smoking and Health«, unter <http://profiles.nlm.nih.gov/NN/Views/Exhibit/narrative/smoking.html> vom 2.5.2006.
- National Library of Medicine: »The Reports of the Surgeon General: Chronological Listing by Primary Document Type«, unter <http://profiles.nlm.nih.gov/NN/ListByDate.html> vom 2.5.2006.
- National Library of Medicine: *Youth Violence. A Report of the Surgeon General* [2001], Chapter 4: »Risk Factors for Youth Violence«, unter <http://www.ncbi.nlm.nih.gov/books/bv.fcgi?rid=hstat5.section.12589> vom 2.5.2006.
- Neale, John M.: »Comment on »Television Violence and Child Aggression: A Followup Study«, in: Comstock/Rubinstein (Hg.), *Television and Adolescent Aggressiveness* (1972), S. 141-148.
- New York Times: »The Violent Strain«, in: *The New York Times* vom 15.1.1972.
- Nichols, Bill: »Evidence – Fragen nach dem Beweis«, in: Michael Cuntz u.a. (Hg.), *Die Listen der Evidenz* (2006), S. 86-100.
- NIH Almanac: »National Institute of Mental Health« unter <http://www.nih.gov/about/almanac/organization/NIMH.htm> vom 2.4.2006.
- Noelle-Neumann, Elisabeth: »Die Rolle des Experiments in der Publizistikwissenschaft«, in: *Publizistik* 3 (1965), H. 10, S. 239-250.
- North, Sterling: »A National Disgrace and a Challenge to American Parents«, in: *Childhood Education* 17 (1941), H. 1/9, S. 56.
- Northwestern University Alumni News, February 1939: *Northwestern's Number One Alumnus. Dr. Walter Dill Scott*, unter http://www.angel-fire.com/biz/pottershouse/walterdillscott/bio_w_d_scott_feature1.html vom 29.12.2005.
- Nyberg, Amy Kiste: *Seal of Approval. The History of the Comics Code*, Jackson: University of Mississippi Press 1998.
- O'Donohue, William/Kitchener, Richard (Hg.): *Handbook of Behaviorism*, San Diego/CA, London: Academic Press 1999.
- Otto, Isabell: »Das Ereignis als soziales Experiment«, in: Schneider/Bartz (Hg.), *Formationen der Mediennutzung I* (2007), S. 45-52.
- Otto, Isabell: »Massenmedien wirken. Zur Aporie einer Evidenzlist«, in: Michael Cuntz u.a. (Hg.), *Die Listen der Evidenz* (2006), S. 221-237.
- Otto, Isabell: »»Public Opinion and the Emergency«. Das *Rockefeller Communications Seminar*«, in: Imela Schneider/Isabell Otto (Hg.), *Forma-*

- tionen der Mediennutzung II: Strategien der Verdattung, Bielefeld: transcript 2007, S. 73-91.
- P&P Minutes [Committee on Problems and Policy]: »Television and Social Behavior«, 15.12.1972. Folder 1751, box 303, series 1.33, Record Group 1, SSRC, Rockefeller Archive Center, Sleepy Hollow, New York.
- P&P Minutes [Committee on Problems and Policy]: »Television and Social Behavior«, 22.3.1973. Folder 1751, box 303, series 1.33, Record Group 1, SSRC, Rockefeller Archive Center, Sleepy Hollow, New York.
- Packard, Vance: *The Hidden Persuaders*, New York: McKay 1957.
- Pankoke, Eckart: »Soziologie, Gesellschaftswissenschaften«, in: Brunner u.a. (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 4 (1978), S. 997-1032.
- Parascandola, John L.: »Public Health Service«, in: George Thomas Kurian (Hg.), *A Historical Guide to the U.S. Government*, New York: Oxford University Press 1998, S. 487-493, unter: http://lhncbc.nlm.nih.gov/apdb/phsHistory/resources/pdf/phs_history.pdf vom 2.4.2006.
- Paulson, Kenneth A.: »The First Amendment. Preface«, in: *Media Studies Journal* 14 (2000), H. 3, S. ix.
- Payne Educational Sociology Foundation: »Editorial«, in: *Journal of Educational Sociology* 23 (1949), H. 4, S. 193f.
- Pearl, David: *Television and Behavior: The Years of Scientific Progress and Implications for the Eighties*, Bd. 1: Summary Report, Bd. 2: Technical Reviews, Rockville/MD: Institute of Mental Health 1982.
- Pethes, Nicolas: »Publikumsversuche. Die Normalisierung des Zuschauers aus der Programmierung der Gewalt«, in: Irmela Schneider/Torsten Hahn/Christina Bartz (Hg.), *Medienkultur der 60er Jahre. Diskursgeschichte der Medien nach 1945*, Bd. 2, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2003, S. 99-117.
- Pethes, Nicolas: *Spektakuläre Experimente. Allianzen zwischen Massenmedien und Sozialpsychologie im 20. Jahrhundert*, Weimar: Verlag und Datenbank für Geisteswissenschaften 2004.
- Petterson, Theodore: »Magazine Advertising: Its Growth and Effects«, in: Wright (Hg.), *The Commercial Connection* (1979), S. 38-58.
- Pickering, Andrew (Hg.): *Science as Practice and Culture*, Chicago, London: University of Chicago Press 1992.
- Pickren, Wade E.: »Science, Practice, and Policy: An Introduction to the History of Psychology and the National Institute of Mental Health«, in: Pickren/Schneider (Hg.), *Psychology and the National Institute of Mental Health* (2005), S. 3-15.
- Pickren, Wade E./Schneider, Stanley F. (Hg.): *Psychology and the National Institute of Mental Health. A Historical Analysis of Science, Practice, and Policy*, Washington: American Psychological Association 2005.
- Poffenberger, Albert T.: *Psychology in Advertising*, New York, London: McGraw-Hill 1932.
- Pohl, Anika: *Medienethik. Eine kritische Orientierung*, Frankfurt/Main u.a.: Peter Lang Verlag 2005.
- Pool, Ithiel de Sola/Janis, Irving L./Siegel, Alberta E.: »Findings on TV Violence«, in: *The New York Times* vom 21.1.1972.

- Popper, Karl R.: »Die Zielsetzung der Erfahrungswissenschaft«, in: Hans Albert (Hg.), *Theorie und Realität*, Tübingen: Mohr 1964, S. 73-86.
- Porter, Theodore: »Quantification and the Accounting Ideal in Science«, in: *Social Studies of Science* 22 (1992), S. 633-652.
- Porter, Theodore: *The Rise of Statistical Thinking. 1820-1900*, Princeton: Princeton University Press 1986.
- Potter, David: »The Meaning of Commercial Television« [1966], in: Wright (Hg.), *The Commercial Connection* (1979), S. 82-93.
- President's Commission on the Assassination of President Kennedy: Report [1964], unter <http://www.archives.gov/research/jfk/warren-commission-report> vom 3.2.2007.
- Princeton University Library: »Records of the Princeton Listening Center (1939-1941)«, unter http://infoshare1.princeton.edu/libraries/firestone/rbrc/finding_aids/plc.html vom 27.11.2005.
- Quandt, Siegfried (Hg.): *Der Erste Weltkrieg als Kommunikationsereignis [Medien Kommunikation Geschichte 1]*, Gießen: Justus-Liebig-Universitätsverlag 1993.
- Quetelet, Adolphe: *Soziale Physik oder Abhandlung über die Entwicklung und Fähigkeiten des Menschen* [1869], 2 Bde., Jena: Verlag von Gustav Fischer 1914.
- Read, James Morgan: *Atrocity Propaganda 1914-1919* [1941], New York: Arno Press 1972.
- Regener, Susanne: »Masken des Bösen: Der Erfurter Amokläufer in den Medien, N – Nachricht«, in: Albert Kümmer/Erhard Schüttpeitz (Hg.), *Signale der Störung*, München: Wilhelm Fink Verlag 2003, S. 199-207.
- Regnery, Claudia: *Die Deutsche Werbeforschung 1900 bis 1945*, Münster: Monsenstein und Vannerdat 2003.
- Rensberger, Boyce: »Federal Study Says TV Can Make Youths More Violent«, in: *The New York Times* vom 4.9.1971.
- Rheinberger, Hans-Jörg: *Experimentalsysteme und epistemische Dinge. Eine Geschichte der Proteinsynthese im Reagenzglas*, Göttingen: Wallstein 2001.
- Rheinberger, Hans-Jörg: »Mischformen des Wissens«, in: ders.: *Iterationen*, Berlin: Merve Verlag 2005, S. 74-100.
- Rheinberger, Hans-Jörg/Hagner, Michael: »Experimentalsysteme«, in: dies. (Hg.), *Die Experimentalisierung des Lebens. Experimentalsysteme in den biologischen Wissenschaften 1850/1950*, Berlin: Akademie Verlag 1993, S. 8-27.
- Rice, Charles E.: »The Research Grants Program of the National Institute of Mental Health and the Golden Age of American Academic Psychology«, in: Pickren/Schneider (Hg.), *Psychology and the National Institute of Mental Health* (2005), S. 61-111.
- Riedel, Hergen: *Zur Erforschung von Wirkungen. Über den kritischen Rationalismus in den Sozialwissenschaften und dessen Adaption in der Medienwirkungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/Main u.a.: Peter Lang Verlag 1990.
- Riepe, Manfred: »Wer die Toten zählt«, in: *Die Tageszeitung* vom 24.4.2003.

- Robins, Kevin/Webster, Frank/Pickering Michael: »Propaganda, Information, and Social Control«, in: Hawthorn (Hg.), *Propaganda* (1987), S. 1-17.
- Robinson, John P.: »Toward Defining the Functions of Television«, in: Rubinstein/Comstock/Murray (Hg.), *Television in Day-to-Day Life* (1972), S. 568-603.
- Rogers, Everett M.: *A History of Communication Study. A Biographical Approach*, New York: Free Press 1994.
- Rose, Nikolas: *Governing the Soul. The Shaping of the Private Self*, London: Free Association Books ²1999.
- Rosen, Philip T.: *The Modern Stentors. Radio Broadcasters and the Federal Government, 1920-1934*, Westport/CT, London: Greenwood Press 1980.
- Röser, Jutta: *Fernsehgewalt im gesellschaftlichen Kontext*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2000.
- Roßmann, Robert: »Geschwätzigkeit statt Prävention. Warum es noch Killerspiele gibt«, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 22.11.2006.
- Rousmaniere, Kate/Dehli, Kari/de Coninck-Smith, Nig: *Discipline, Moral Regulation, and Schooling. A Social History*, New York, London: Garland 1997.
- Rowland, Willard D.: *The Politics of TV Violence. Policy Uses of Communication Research*, Beverly Hills/London/New Delhi: Sage Publications 1983.
- Rubinstein, Eli A.: »Statement Before Subcommittee on Communications of the Senate Commerce Committee, U.S. Senate«, 3.4.1974. Folder 7551, box 618, series 1.33, Record Group 1, SSRC, Rockefeller Archive Center, Sleepy Hollow, New York.
- Rubinstein, Eli A.: »Warning: The Surgeon General's Research Program May Be Dangerous to Preconceived Notions«, in: *Journal of Social Issues* 32 (1976), H. 4, S. 18-34.
- Rubinstein, Eli A./Comstock George A./Murray, John P. (Hg.): *Television in Day-to-Day Life: Patterns of Use. Television and Social Behavior. Reports and Papers*, Bd. 4, Washington: U.S. Government Printing Office 1972.
- Ruoff, Michael: *Foucault-Lexikon*, Paderborn: Wilhelm Fink Verlag 2007.
- Rust, Holger: »Theorie der Werbung«, in: Roland Burkart/Walther Hömbert (Hg.), *Kommunikationstheorien. Ein Textbuch zur Einführung*, Wien: Braumüller 1992, S. 153-170.
- Saar, Martin: *Genealogie als Kritik. Geschichte und Theorie des Subjekts nach Nietzsche und Foucault*, Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag 2007.
- Saar, Martin: »Genealogie und Subjektivität«, in: Honneth/Saar (Hg.), *Michel Foucault* (2003), S. 157-177.
- Sanders, Cornelis: *Die behavioristische Revolution in der Psychologie*, Salzburg: Müller 1978.
- Sarasin, Philipp: *Reizbare Maschinen. Eine Geschichte des Körpers 1765-1914*, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2001.
- Schadewaldt, Wolfgang: »Furcht und Mitleid? Zur Deutung des Aristotelischen Tragödiensatzes«, in: *Hermes* 83 (1955), H. 1, S. 129-171.

- SCHAU HIN!: »Eine Aktion für mehr Medienkompetenz«, unter <http://www.schau-hin.info/index.php?id=9> vom 22.12.2006.
- SCHAU HIN!: »Kinder und der Fernseher. 10 Goldene Regeln zur Fernsehnutzung«, unter <http://www.schau-hin.info/index.php?id=60> vom 22.12.2006.
- SCHAU HIN!: »Regeln als Teil der Erziehung. Gespräch mit Dr. Ursula von der Leyen«, unter <http://www.schau-hin.info/index.php?id=167> vom 22.12.2006.
- SCHAU HIN!: »Wenn Gewalt zum Spiel wird. Die Diskussion über Gewalt in Computerspielen und ihre Wirkung auf die Spieler ist längst nicht abgeschlossen. Viele Eltern sind verunsichert«, in: SCHAU HIN! Was Deine Kinder machen 3 (2005), H. 7, S. 6f.
- SCHAU HIN!: »Wissen Eltern, was ihre Kinder sehen? SCHAU HIN! appelliert und sensibilisiert mit neuem TV-Spot. Pressemitteilung«, 11.12.2006, unter <http://www.schau-hin.info/index.php?id=3> vom 29.12.2006.
- Schenk, Michael: Medienwirkungsforschung, Tübingen: Mohr Siebeck 2002.
- Schieder, Wolfgang/Dipper, Christof: »Propaganda«, in: Brunner u.a. (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 4 (1978), S. 69-112.
- Schindler, G.: »Killerspiele verbieten« – »Das ist der falsche Reflex«, in: Frankfurter Rundschau vom 18.12.2006.
- Schlesinger, Arthur, Jr.: »Foreword«, in: Lewis H. Lapham/Ellen Rosenbush (Hg.): An American Album. One Hundred and Fifty Years of Harper's Magazine, New York: Franklin Square Press 2000, S. viii-ix.
- Schmidt, Siegfried J.: Werbewirtschaft als soziales System. Arbeitshefte Bildschirmmedien 27 (1991).
- Schneider, Irmela (Hg.): Amerikanische Einstellung. Deutsches Fernsehen und US-amerikanische Produktionen, Heidelberg: Winter 1992.
- Schneider, Irmela. »Das beschirmte Kind. Zur Diskursgeschichte *Kind und Fernsehen*«, in: dies./Christina Bartz/Isabell Otto (Hg.): Medienkultur der 70er Jahre. Diskursgeschichte der Medien nach 1945, Bd. 3, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2004, S. 217-229.
- Schneider, Irmela: »Konzepte vom Zuschauen und vom Zuschauer«, in: Schneider/Spangenberg (Hg.), Medienkultur der 50er Jahre (2002), S. 245-269.
- Schneider, Irmela: »»Rundfunk für alle«. Zur Paradoxie von All-Inklusion und Differenzkonstruktion durch Verbreitungsmedien« [unveröffentlichtes Vortragsmanuskript]. Workshop »Achsen der Differenzen. Soziale Ungleichheit und Medien«, Frankfurt/Main, 7./8.10.2005.
- Schneider, Irmela (Hg.): Serien-Welten. Strukturen US-amerikanischer Serien aus vier Jahrzehnten, Opladen: Westdeutscher Verlag 1995.
- Schneider, Irmela/Bartz, Christina (Hg.): Formationen der Mediennutzung I: Medienereignisse, Bielefeld: transcript 2007.
- Schneider, Irmela/Spangenberg, Peter M. (Hg.): Medienkultur der 50er Jahre. Diskursgeschichte der Medien nach 1945, Bd. 1, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002.
- Schrage, Dominik: Psychotechnik und Radiophonie: Subjektkonstruktion in artifiziellen Wirklichkeiten 1918-1932, München: Fink 2001.

- Schramm, Wilbur: »Communication in Crisis«, in: Bradley S. Greenberg/Edwin B. Parker (Hg.), *The Kennedy Assassination and the American Public. Social Communication in Crisis*, Stanford: Stanford University Press 1965, S. 1-25.
- Schramm, Wilbur: »Kommunikationsforschung in den Vereinigten Staaten«, in: ders. (Hg.), *Grundfragen der Kommunikationsforschung [The Science of Human Communication 1963]*. 5. Aufl, München: Juventa 1973, S. 9-26.
- Schramm, Wilbur: *The Beginnings of Communication Study in America. A Personal Memoir*, Thousand Oaks, London, New Delhi: Sage Publications 1997.
- Schramm, Wilbur/Lyle, Jack/Parker, Edwin B.: *Television in the Lives of Our Children*. Stanford: Stanford University Press 1961.
- Schumacher, Renate: »Zur Geschichte der Hörfunkforschung«, in: Joachim-Felix Leonhard u.a. (Hg.), *Medienwissenschaft. Ein Handbuch zur Entwicklung der Medien und Kommunikationsformen [Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft 15]*, Bd. 2, Berlin, New York: de Gruyter 2001, S. 1445-1459.
- Schüttpelz, Erhard: »»Get the message through«. Von der Kanaltheorie der Kommunikation zur Botschaft des Mediums: Ein Telegramm aus der nordatlantischen Nachkriegszeit«, in: Irmela Schneider/Peter M. Spangenberg (Hg.), *Medienkultur der 50er Jahre. Diskursgeschichte der Medien nach 1945*, Bd. 1, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002, S. 51-76.
- Schüttpelz, Erhard: »Von der Kommunikation zu den Medien/In Krieg und Frieden (1943-1960)«, in: Jürgen Fohrmann (Hg.), *Gelehrte Kommunikation. Wissenschaft und Medium zwischen dem 16. und 20. Jahrhundert*, Wien, Köln, Weimar: Böhlau 2005, S. 483-552.
- Scott, Walter Dill: *Influencing Men in Business. The Psychology of Argument and Suggestion [1911]. Revised and Enlarged by Delton T. Howard*, New York: The Ronald Press Comp. ³1928.
- Scott, Walter Dill: *The Psychology of Advertising [1932, Completely Revised by Delton T. Howard]*, Bristol: Thoemmes 2000.
- Scott, Walter Dill: *The Theory and Practice of Advertising. A Simple Exposition of the Principles of Psychology in their Relation to Successful Advertising [1913]*, Bristol: Thoemmes 2002.
- Short, James F.: »The National Commission on the Causes and Prevention of Violence. Reflections on the Contributions of Sociology and Sociologists«, in: Kamarovsky (Hg.), *Sociology and Public Policy (1975)*, S. 61-91.
- Simpson, Christopher: *Science of Coercion. Communication Research and Psychological Warfare. 1945-1960*, New York, Oxford: Oxford University Press 1994.
- Skinner, Burrhus F.: *About Behaviorism*, London: Knopf 1974.
- Smith, Brewster: »Proposal for a Special Research Grant from National Institute of Mental Health For Support of Committee on Television and Social Behavior«, 27.1.1973. Folder 1747, box 303, series 1.33, Record Group 1, SSRC, Rockefeller Archive Center, Sleepy Hollow, New York.

- Spalding, John W.: »1928: Radio Becomes a Mass Advertising Medium«, in: Wright (Hg.), *The Commercial Connection* (1979), S. 70-81.
- Springhall, John: *Youth, Popular Culture and Moral Panics. Penny Gaffs to Gangsta-Rap, 1830-1996*, New York: St. Martin's Press 1998.
- Stadler, Friedrich: »Richard von Mises (1883-1953) – Wissenschaft im Exil«, in: von Mises: *Kleines Lehrbuch des Positivismus* (1990), S. 7-51.
- Stein, Aletha Huston/Friedrich, Lynette Kohn: »Television Content and Young Children's Behavior, in: Murray/Rubinstein/Comstock (Hg.), *Television and Social Learning* (1972), S. 202-317.
- Stephens, Julie: *Anti-Disciplinary Protest. Sixties Radicalism and Postmodernism*, Cambridge: Cambridge University Press 1998.
- Stephenson, William: *The Play Theory of Mass Communication*, Chicago/IL: University of Chicago Press 1967.
- Stone, Arthur A. u.a. (Hg.): *The Science of Self-Report. Implications for Research and Practice*, Mahwah, NJ, London: Erlbaum 2000.
- Stuttgarter Nachrichten: »Jugendschützer lehnen Killerspiel-Verbot ab. Amoktäter hinterlässt Abschiedsvideo – Bayerischer Innenminister fordert mehr Internet-Kontrollen«, in: *Stuttgarter Nachrichten* vom 24.11.2006.
- Stuttgarter Nachrichten: »Killerspiel-Verbot reicht nicht«, in: *Stuttgarter Nachrichten* vom 8.12.2006.
- Stuttgarter Nachrichten: »Verbot von Killerspielen – Aktiv werden statt kapitulieren – Verantwortung zeigen statt verbieten«, in: *Stuttgarter Nachrichten* vom 25.11.2006.
- Subcommittee on Communications of the Committee on Commerce, United States Senate: *Hearings. Ninety-First Congress, First Session on: Review of Policy Matters of Federal Communications Commission and Inquiry Into Crime and Violence on Television and a Proposed Study Thereof by the Surgeon General. Part 2. March 12, 19 and 20, 1969*, Washington: U.S. Government Printing Office 1969.
- Subcommittee on Communications of the Committee on Commerce, United States Senate: *Hearings. Ninety-First Congress, First Session on: S. 2004 to Amend the Communications Act of 1934 to Establish Orderly Procedures for the Consideration of Applications for Renewal of Broadcast Licences With an Interim Report of the Surgeon General's Scientific Advisory Committee on Television and Social Behavior, Department of Health, Education and Welfare. Part 1. August 5, 6, and 7, 1969*, Washington: U.S. Government Printing Office 1969.
- Subcommittee on Communications of the Committee on Commerce, United States Senate: *Hearings. Ninety-Second Congress, Second Session on: The Surgeon General's Report by the Scientific Advisory Committee on Television and Social Behavior. March 21, 22, 23, and 24, 1972*, Washington: U.S. Government Printing Office 1972.
- Surgeon General's Advisory Committee on Smoking and Health: *Smoking and Health. Report of the Advisory Committee to the Surgeon General of the Public Health Service*, Washington: U.S. Government Printing Office 1964.

- Surgeon General's Scientific Advisory Committee on Television and Social Behavior: Television and Growing Up: The Impact of Televised Violence. Report to the Surgeon General, United States Public Health Service, Washington: U.S. Government Printing Office 1972.
- Terry, Franklin: »Impact of Television Violence. To the Editor«, in: The New York Times vom 20.1.1972.
- Thomson, Oliver: Mass Persuasion in History. An Historical Analysis of the Development of Propaganda Techniques, Edinburgh: Harris 1977.
- Toch, Hans H./Schulte Richard: »Readiness to Perceive Violence as a Result of Police Training«, in: British Journal of Psychology 52 (1961), H. 4, S. 389-393.
- Todd, James T./Morris, Edward K.: Modern Perspectives on B.F. Skinner and Contemporary Behaviorism, Westport/CT, London: Greenwood 1995.
- Valverde, Mariana (Hg.): Studies in Moral Regulation. The Two Paths. Sonderheft des Canadian Journal of Sociology 19 (1994), H. 2.
- Wallis, Allen W./Roberts, Harry V.: Methoden der Statistik. Anwendungsbereiche, 400 Beispiele, Verfahrenstechniken [1956], Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1973.
- Warner, John Harley: The Therapeutic Perspective. Medical Practice, Knowledge, and Identity in America, 1820-1885, Princeton: Princeton University Press 1997.
- Watson, John B.: »A Schematic Outline of the Emotions«, in: Psychological Review 26 (1919), H. 3, S. 165-196.
- Watson, John B.: »An Attempted Formulation of the Scope of Behavior Psychology«, in: Psychological Review 24 (1917), H. 5, S. 329-352.
- Watson, John B.: Behaviorism, Chicago: University of Chicago Press 1930.
- Watson, John B.: »How Animals Find Their Way Home«, in: Harper's Monthly Magazine 50 (1909), H. 713/119, S. 685-689.
- Watson, John B.: »How We Think: A Behaviorist's View«, in: Harper's Monthly Magazine 67 (1926), H. 153, S. 40-45.
- Watson, John B.: »Instinct Activity in Animals«, in: Harper's Monthly Magazine 53 (1912), H. 741/124, S. 376-382.
- Watson, John B.: »Memory As the Behaviorist Sees It«, in: Harper's Monthly Magazine 67 (1926), H. 153, S. 244-250.
- Watson, John B.: Psychological Care of Infant and Child, London: Allen & Unwin 1928.
- Watson, John B.: »Psychology as the Behaviorist Views It«, in: Psychological Review 20 (1913), H. 2, S. 158-177.
- Watson, John B.: »Recent Experiments with Homing Birds«, in: Harper's Monthly Magazine 56 (1915), H. 783/131, S. 457-464.
- Watson, John B.: »The Behaviorist Looks at Instincts«, in: Harper's Monthly Magazine 68 (1927), H. 926/155, S. 228-235.
- Watson, John B.: »The Heart or the Intellect?«, in: Harper's Monthly Magazine 156 (1928), H. 933, S. 345-352.
- Watson, John B.: »The New Science of Animal Behavior«, in: Harper's Monthly Magazine 51 (1910), H. 717/120, S. 346-353.
- Watson, John B.: »The Place of Conditioned-Reflex in Psychology«, in: Psychological Review 23 (1916), H. 2, S. 89-116.

- Watson, John B.: »What Is Behaviorism?«, in: Harper's Monthly Magazine 66 (1925), H. 152, S. 723-729.
- Watson, John B./Rayner, Josalie: »Conditioned Emotional Reactions«, in: Journal of Experimental Psychology 3 (1920), H. 1, S. 1-14.
- Weber, Karsten: »Gewalt und Medien. Gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse gibt es noch nicht«, in: Telepolis vom 3.5.2002, unter <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/12459/1.html> vom 28.2.2003.
- Wertham, Fredric: A Sign for Cain. An Exploration of Human Violence, New York/London: Macmillan 1966.
- Wertham, Fredric: »School for Violence« [1964], in: Larsen (Hg.), Violence and the Mass Media (1968), S. 36-39.
- Wertham, Fredric: Seduction of the Innocent [1954], Port Washington/NY: Kennikat Press 1972.
- Wertham, Fredric: »The Comics ... Very Funny!«, in: Saturday Review of Literature 31 (1948), H. 22, S. 6-7 u. S. 27-29.
- Wheatley, John J./Oshikawa, Sadaomi: »The Relationship Between Anxiety and Positive and Negative Advertising Appeals«, in: Journal of Marketing Research 7 (1970), S. 85-89.
- Williams, Gordon: »Remember the Llandovery Castle: Cases of Atrocity Propaganda in the First World War«, in: Hawthorn (Hg.), Propaganda (1987), S. 19-34.
- Winkler, Hartmut: Diskursökonomie. Versuch über die innere Ökonomie der Medien, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2004.
- Wolf, Katherine M./Marjorie Fiske: »The Children Talk About Comics«, in: Lazarsfeld/Stanton (Hg.), Communications Research (1949), S. 3-50.
- Wolfgang, Marvin E.: »Interpersonal Violence and Public Health Care: New Directions, New Challenges«, in: Health Resources and Services Administration (Hg.), Surgeon General's Workshop on Violence and Public (1986), S. 9-18.
- Wright, John W. (Hg.): The Commercial Connection. Advertising and the American Mass Media, New York: Dell 1979.
- Zeisel, Hans: »Zur Geschichte der Soziographie«, in: Marie Jahoda/Paul F. Lazarsfeld/Hans Zeisel: Die Arbeitslosen von Marienthal [1933], Frankfurt/Main: Suhrkamp 1975, S. 113-142.
- Zumkley, Horst: Aggression und Katharsis, Göttingen, Toronto, Zürich: Hogrefe 1978.

Formationen der Mediennutzung

Isabell Otto

Aggressive Medien

Zur Geschichte des Wissens
über Mediengewalt

April 2008, 342 Seiten,

kart., 29,80 €,

ISBN: 978-3-89942-883-4

Irmela Schneider,

Isabell Otto (Hg.)

Formationen der

Mediennutzung II:

Strategien der Verdattung

2007, 288 Seiten,

kart., 27,80 €,

ISBN: 978-3-89942-742-4

Irmela Schneider,

Christina Bartz (Hg.)

Formationen der

Mediennutzung I:

Medienereignisse

2007, 250 Seiten,

kart., 25,80 €,

ISBN: 978-3-89942-616-8

Leseproben und weitere Informationen finden Sie unter:
www.transcript-verlag.de